C 21734 D



Weg mit dem KPD-Verbot!

Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 87 23.8.'76
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

Libanon

Faschistisches Blutbad



2 Fotos aus dem libanesischen Bürgerkrieg

Die Mörder – Die Opfer

Auf dem Foto links sehen wir einen katholischen Priester. An der Seite eines faschistischen Milizionärs schießt er mit seinem US-Maschinengewehr hinter einer Säule auf Tell Zaatar. Das rechte Foto zeigt die Opfer seiner christlichen Mission: Vier aus Tell Zaatar durch das Rote Kreuz gerettete Kinder, schwer verletzt und halb verdurstet. Vielleicht sind einige von ihnen getauft, denn ein Drittel der Bewohner Tell Zaatars sind Palästinenser und Libanesen christlichen Glaubens („stern", 19.8.). Der „stern"-Reporter Robert Pfeffer hat Anfang August einen der „christlichen" Milizionäre vor Tell Zaatar begleitet. Sein Bericht entlarvt den faschistischen Charakter dieser Söldnerbanden treffend:

„Claude, mein libanesischer Begleiter, hat seinen schwarzen Cowboy-Hut auf einen Stapel Artilleriemunition ‚made in Israel' gelegt. Er ist Christ, elegant gekleidet... Er rückt die Pistole zurecht, die ihm aus dem Bund seiner sorgsam gebügelten weißen Hose herausschaut..."

Im 6. Stock eines Hochhauses vor dem Lager bezieht Claude Stellung, um eine Wasserstelle im Lager unter Feuer zu nehmen, vor der schon zahlreiche Kinderleichen liegen: *„Das ist die Wasserstelle, an der ich jage. Ich brauch da nur zu warten, bis die Sonne hoch genug am Himmel steht – dann treibt der Durst diese Ratten aus den Löchern. Nur so kriegt man sie vors Visier"* (zit. nach „stern", 19.8.).

Über die Belagerung von Tell Zaatar äußert sich Claude so: *„Das dauert nicht mehr lange, höchstens ein, zwei oder drei Wochen. Und dann kommt die Endlösung, das, was Hitler mit den Juden gemacht hat."* Die libanesische Falangistenpartei, heutige Bruderorganisation der CDU/CSU im Libanon, wurde 1936 in Anlehnung an die Faschisten in Spanien, Deutschland und Italien gegründet, woher sich auch ihr Name begründet.

Während des Besuchs des „stern"-Reporters fand ein Schwerverwundeten-Abtransport des IKRK aus dem Lager statt, dessen Lastwagen in einiger Entfernung vom Standort Claudes das Lager verließen. Der Kommentar des Faschisten: *„Scheiße, die nehmen eine andere Route. Wenn die hier vorbeigekommen wären, hätten wir Handgranaten herunter fallen lassen können – so ganz aus Versehen"* (zitiert nach „Stern", 19.8.).

Während sein Kollege auf eingeschlossene Kinder, Frauen und Männer schießt, reiste der Generalobere des libanesischen Mönchordens der Maroniten, Scherbel Kassis, durch die Bundesrepublik, um bei der katholischen Kirche um Unterstützung zu werben. Eine Woche lang besuchte er seine Glaubensbrüder in Aachen, Freiburg und München. Pater Scherbel Kassis leitet gemeinsam mit dem Staatspräsidenten Franjie, und den beiden Führern faschistischer Milizen, Gemayel und Schamun, die Koalition der „Libanesischen Front". Verärgert stellte der Pater gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" fest:

„Die in der libanesischen Front vertretenen Parteien werden von ihren Gegnern als verknöcherte Konservative oder gar als Faschisten verunglimpft."

Krieg in Korea?

Kriegsdrohungen der USA in Korea! Die 40.000 Soldaten der US-Besatzungstruppen in Südkorea und die 600.000 Soldaten der südkoreanischen Armee wurden in „höchste Alarmbereitschaft" versetzt. Der amerikanische Flugzeugträger „Midway", der mindestens 75 Bombenflugzeuge an Bord hat, ist von Japan in Richtung Korea ausgelaufen. Zusätzlich wurden 36 modernste Düsenjäger der US-Luftwaffe nach Korea verlegt.

Der angebliche Grund für diesen Aufmarsch ist ein von den USA provozierter Zwischenfall an der Grenze zu Nordkorea. Dabei kamen zwei US-Offiziere ums Leben und drei nordkoreanische Soldaten wurden verletzt. Amerikaner und Südkoreaner hatten widerrechtlich versucht, im nordkoreanischen Teil der „Sicherheitszone" an der Grenze einen Baum zu fällen, der ihnen angeblich die Sicht versperrte. Als sie zur Einstellung der Arbeiten aufgefordert wurden, hatten sie eine Schlägerei begonnen.

Zwischenfälle dieser Art hat es in der Vergangenheit sehr oft gegeben – beispielsweise wurden allein 1967 rund 550 Grenzzwischenfälle registriert („Bild", 22.8.76). Schon oft gab es dabei Tote und Verletzte auf beiden Seiten.

Neu daran ist nur die Reaktion der USA mit „höchster Alarmstufe", Mobilmachung an der Grenze. **Offensichtlich ist, daß die USA den Zwischenfall an der Grenze bewußt herbeigeführt haben, um in Korea ein Klima von Kriegsdrohungen zu schaffen. Bereits in den vergangenen Wochen, also längere Zeit v o r dem Zwischenfall, war damit begonnen worden, die US-Besatzungstruppen und die südkoreanische Armee erheblich zu verstärken und in Kriegsbereitschaft zu bringen.**

So wurde am 21. Juli bekannt, daß Südkorea mit neuen, wärmeempfindlichen Flugabwehrraketen ausgerüstet wurde. *„Zuvor, und zwar am 9. Juli, hatte ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums enthüllt, daß die USA vor einiger Zeit ... heimlich das 8. taktische Luftgeschwader der USA nach Südkorea verlegten"* („Monitordienst", 2.8.). Dieses Geschwader besteht aus 72 modernen Phantom-Flugzeugen.

Am 8. August wurden erneut *„über 30 Kampfflugzeuge verschiedener Typen, darunter Kampfbomber, Aufklärungsflugzeuge und große Transportflugzeuge sowie eine große Anzahl von Piloten und Bodenpersonal von der auf Okonawa, Japan, stationierten 5. US Air-Force zu den Flughäfen von Osan und Kunsan in Südkorea verlegt"* („Monitordienst", 10.8.).

Am 9.8. wurde zusätzlich bekannt, daß die USA weitere 60 Kampfflugzeuge des Typs F-5e nach Südkorea entsenden wollen („FAZ", 9.8.).

Außerdem wurde vor wenigen Wochen ein Gremium gebildet, das die militärischen Aktivitäten von USA/Südkorea und Japan koordinieren soll. Es ist also kein Wunder und trifft den Nagel auf den Kopf, wenn die nordkoreanische Regierung zu der Schlußfolgerung kommt: *„Das ist die Vollendung eines gemeinsamen Militäreinsatzsystems der amerikanischen Imperialisten, der japanischen Reaktionäre und der südkoreanischen Marionetten – mit dem amerikanischen Imperialismus im Mittelpunkt – für die Provokation eines Aggressionskrieges in Korea"* („Monitordienst", 14.7.). Und: **„Erst haben sie uns provoziert, und jetzt drohen sie uns mit Krieg. Dies deu-**

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Rhodesischer Killertrupp überfällt Flüchtlingslager in Mosambik

Grauenhafter Massenmord

Am 9. August unternahm eine Spezialeinheit der rhodesischen Armee den bisher blutigsten Überfall auf mozambikanisches Territorium. In einem 25 km von der Grenze entfernt gelegenen Flüchtlingslager in der mozambikanischen Provinz Manica – hier hatten 10.000 Menschen aus Zimbabwe Zuflucht vor dem Rassistenregime gefunden – ermordeten die Faschisten mindestens 670 Menschen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der Opfer noch wesentlich höher liegt, da viele Lagerbewohner angesichts des Gemetzels in den Busch geflohen sind und die dort ermordeten Menschen erst nach und nach gefunden werden. Das eingetroffene mozambikanische medizinische Personal befürchtet, daß insgesamt Tausend Menschen Opfer des Blutbades wurden.

Die Schilderungen der Überlebenden zeugen von der menschenverachtenden Skrupellosigkeit der rhodesischen Killer.

Um ins Lager zu gelangen, hatte die Mörderbande sich als FRELIMO-Einheit getarnt. Die meisten Söldner waren Schwarze, sie trugen nachgemachte FRELIMO-Uniformen und an den Fahrzeugen waren FRELIMO-Abzeichen angebracht. Dem Flüchtlingslager näherten sie sich mit dem Ruf „Viva FRELIMO". Ein Überlebender schilderte den weiteren Hergang: *„Die Leute liefen auf sie zu, Kinder sprangen auf ihre Fahrzeuge. Dann rief einer von ihnen ‚Wo sind eure Führer? Geht und ruft sie, wir wollen mit ihnen sprechen'. Einige von uns begannen, auf die Häuser zu zeigen, wo die Verantwortlichen waren. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Rhodesier das Feuer auf uns zu eröffnen. Die am nächsten Stehenden fielen. Sie starben auf der Stelle. Dann begannen sie, diejenigen zu verfolgen, die zum Fluß wegliefen. Sie kamen aus den Fahrzeugen heraus und schossen unablässig. Auf der Straße überfuhren die Fahrzeuge jeden, der im Weg war. Viele Menschen starben im Fluß, als sie versuchten, ihn zu überqueren, um in den Busch zu entfliehen. Vor allem Frauen, Kinder, alte Leute und solche, die nicht schwimmen konnten."*

Nachdem hunderte von Frauen, Männder und Kindern erschossen waren, wurden die Überlebenden gezwungen, die Leichen in Hütten aufeinanderzulegen, um sie dann zu verbrennen. Die Verbrennung der Leichen von Frauen und Kindern sollte dazu dienen, Fotografen die Möglichkeit zu nehmen, den Beweis dafür zu bringen, daß es sich um ein unbewaffnetes Flüchtlingslager handelte. (Die Rassisten hatten nach dem Überfall behauptet, sie hätten ein Militärcamp der Freiheitskämpfer angegriffen, auf das sie in einer Verfolgungsaktion gestoßen seien. Diese verlogene Version wurde bezeichnenderweise von der gesamten bürgerlichen Presse der BRD kolportiert, die aus Mozambique eintreffenden Nachrichten wurden vollständig ignoriert!!).

Gegenwärtig leben im Flüchtlingslager nur noch 4oo Menschen, die anderen Überlebenden sind meist panikartig in den Busch geflohen. 300 Verwundete, meist Frauen und Kinder, werden in den umliegenden Krankenhäusern der Provinzhauptstadt Chimoio und Tete behandelt. (Alle Angaben nach „Guardian", 18.8. sowie der mozambikanischen Tageszeitung „Noticias", v. 15. und 16.8.).

Rassisten provozieren Krieg

Stellt man dieses grauenhafte Massaker in eine Reihe mit den immer häufigeren Überfällen der rhodesischen Faschisten auf Mozambique (allein von März bis Juli 37 Überfälle!), so wird erkennbar, daß die Rassisten sehr bewußt die Gefahr eines regulären Krieges gegen Mozambique steigern.

Je mehr die Rassisten erkennen müssen, daß der zimbabwische Widerstand trotz Rückschlägen eine unbesiegbare Kraft ist, die vom sicheren mozambikanischen Hinterland die Kampfhandlungen zunehmend bestimmt, desto größer wird die Gefahr, daß sie mit einem gigantischen Flächenkrieg die Revolution im südlichen Afrika zu zerschlagen trachten.

Daß diese Gedanken nicht nur den Hirnen ultra-reaktionärer „Siedler" entspringt, beweist die Äußerung des US-Imperialisten Ford, der mit Blick auf Zimbabwe droht: *„Einen neuen Einmarsch fremder Truppen* (gemeint sind die cubanischen Freiwilligen in Angola) *werden wir nicht tatenlos hinnehmen"* („FR", 26.6.).

Das ist der Hintergrund, vor dem das scheinbar schwache, isolierte Rhodesien seine Aggressionen gegen Mozambique betreibt; bei einem mozambikanischen Gegenschlag weiß es den Imperialismus auf seiner Seite!

Propagandistisch tun die Rassisten bereits heute alles, um in der Weltöffentlichkeit das Bild eines „aggressiven Mozambique" zu erzeugen. Die Rassisten hetzen über ihre Nachrichtenagenturen von *„täglichen Grenzverletzungen"* durch Mozambique (siehe „FAZ", 3.8.). Weiter wird gelogen, daß *„gutkoordinierte Angriffe der mozambikanischen Befreiungsfront FRELIMO dem Guerillakrieg eine neue Dimension gegeben"* hätten (Agence France Presse, nach dem Monitor Dienst, 11.8.).

Ebenfalls aus Rassistenquelle zitiert „Le Monde" (3.8.), daß *„die fanatischen Mozambikaner demnächst eine Invasion des gesamten Landes durchführen werden"*.

Tatsache ist, daß es bis heute keine mozambikanischen Aktionen auf rhodesischem Gebiet gibt. Auf der Ebene der Guerillakriegsführung wäre ein mozambikanisches Eingreifen in der Tat auch absurd, diese Aufgabe wird von den zimbabwischen Freiheitskämpfern mit wachsendem Erfolg erledigt.

Andererseits muß gesehen werden, daß die mozambikanischen Revolutionäre über einen längeren Zeitraum kaum nur defensiv, – daß heißt auf mozambikanischem Gebiet – die ständig eskalierenden Überfälle auf ihr Land beantworten können. Bereits anläßlich des rassistischen Bombenangriffs auf Mapai hatte Samora Machel am 3. Juli die Streitkräfte aufgefordert, sich auch auf die Möglichkeit eines Angriffs auf den Rassistenstaat vorzubereiten (siehe ausführlich AK 85).

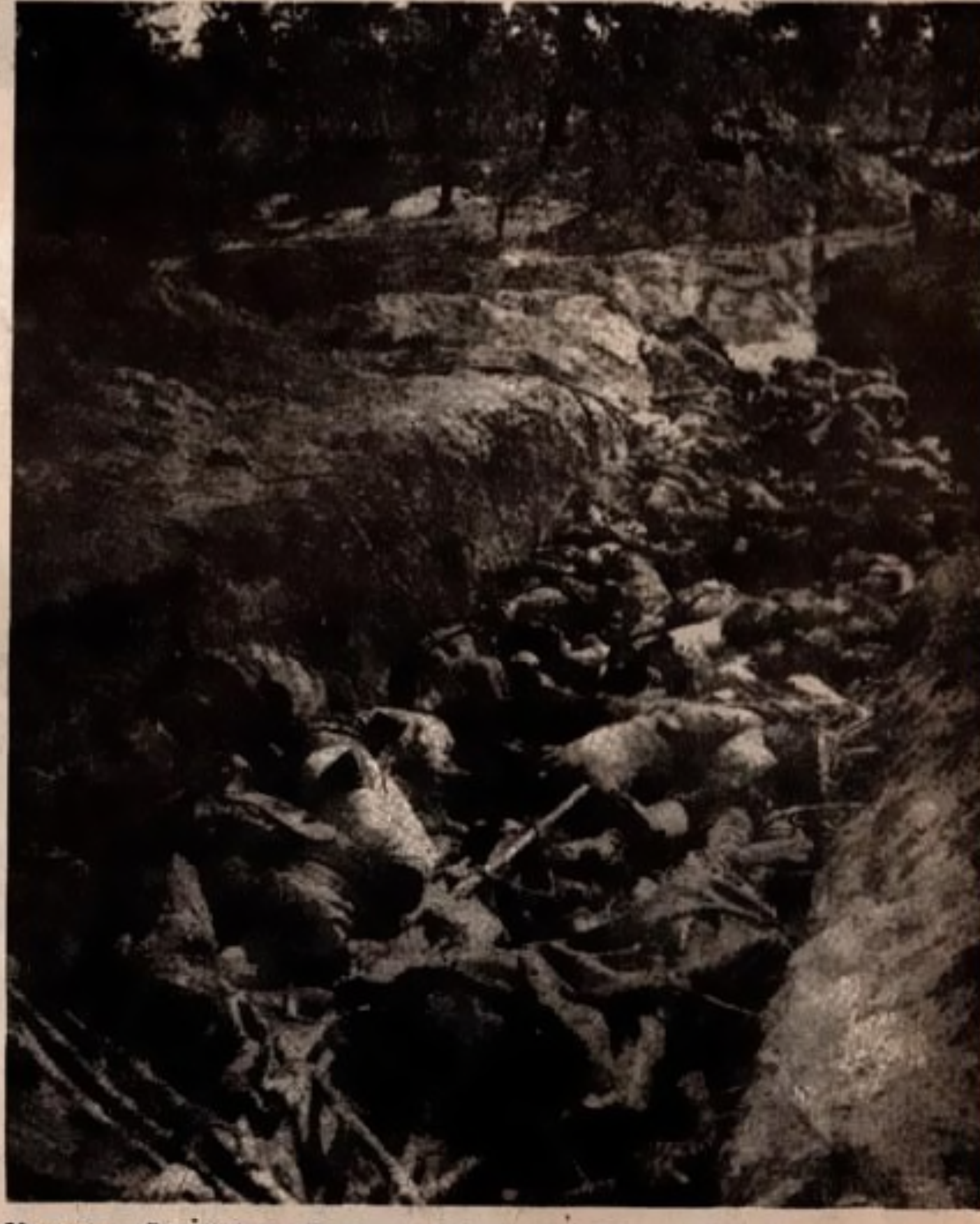
Tatsächlich wird heute in Mozambique auch organisatorisch alles getan, um zu jeder Antwort auf die faschistischen Überfälle in der Lage zu sein. Aus einem Rundschreiben der FRELIMO an die Aktivisten, zitiert nach BBC Summary of World Broadcasts, 16. Juli 76: *„Die Aktivistengruppen müssen aus dem Volk die politisch und physisch besten Freiwilligen aussuchen, damit sie ausgebildet, bewaffnet und in die Brigaden der Miliz eingegliedert werden können.*

In diesem Zusammenhang müssen alle Aktivistengruppen auf Unterdistrikts- und Zellenebene Listen von Freiwilligen für die Verteidigung des Beruf und Zivilstatus angeben müssen, sowie auch das moralische und politische Verhalten, müssen von den Aktivistengruppen auf strukturellem Wege an das Hauptquartier der FRELIMO in ihrer Provinz vor dem 15. August gesandt werden.

Die Aktivistengruppen müssen unserem Volk erklären, daß wir vom Rovuma bis zum Maputo organisiert und vorbereitet sein müssen für ein Vorrücken gegen die rassistischen Aggressoren von Ian Smith, wenn die oberste Führung der FRELIMO das Kommando gibt..."

Die Genossen der FRELIMO wissen, nur ein gut gerüstetes, kampfbereites mozambikanisches Volk schafft die Möglichkeit, daß der Imperialismus und seine faschistischen Statthalter von ihren aggressiven Abenteuern abgehalten werden.

Afrika-Kommission



Nach dem Überfall der Rassisten: Hunderte in Massengräbern

Fortsetzung von Seite 1

tet darauf hin, daß die US-Imperialisten die Zündschnur des Krieges entzünden werden" („Bild", 22.8. 1976).

Man erinnert sich, daß auch der Korea-Krieg (1950 - 1953) in derselben Weise vorbereitet wurde: Zuerst provozierten die US-Imperialisten und die südkoreanischen Reaktionäre Zwischenfälle an der Grenze, die sie in der Weltöffentlichkeit Nordkorea anlasteten, bis sie schließlich am 25. Juni zum militärischen Angriff übergingen – wobei sie gleichzeitig die Lüge in die Welt setzten, Nordkorea sei der Aggressor gewesen.

Innerhalb weniger Wochen und Monate gelang es der Volksarmee Nordkoreas, die Aggression zu zerschlagen und rund 90 % Südkoreas zu befreien. Im September 1950 begann eine neue Phase des Krieges: Unter Einsatz von schließlich mehreren hunderttausend US-Soldaten wurde fast ganz Korea von den US-Imperialisten besetzt. Ungeheure Opfer an Menschen und die weitgehende Zerstörung des Landes war die Folge. Ende Oktober 1950 begann die dritte Phase des Krieges: Unterstützt von Freiwilligen der chinesischen Volksbefreiungsarmee gingen Armee und Volk Koreas zur Gegenoffensive über. Die US-Truppen, die voller Hochmut auf das koreanische Volk geblickt hatten und die sich für unbesiegbar gehalten hatten, erlitten vernichtende Niederlage und mußten sich aus dem gesamten Norden Koreas zurückziehen. Im Juni 1951 kam die Front etwa in Höhe der heutigen Waffenstillstands-Grenze zum Stehen. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich am 27. Juli 1953 das Abkommen von Panmunjong unterzeichnet.

Heute kann nicht ausgeschlossen werden, daß die US-Imperialisten im Verein mit dem südkoreanischen Regime und den japanischen Militaristen unmittelbar dabei sind, zum zweiten Mal einen Krieg in Korea vom Zaun zu brechen. Auf jeden Fall aber ist offenkundig, daß ihre gegenwärtigen Grenzprovokationen und ihre Mobilmachung eng mit der Entwicklung der Korea-Frage in der UNO zusammenhängen: Dort bahnt sich nämlich die Auflösung der UNO-Truppen in Südkorea an (die US-Besatzungsarmee befindet sich derzeit noch unter dem Deckmantel einer UNO-Truppe in Korea!), wodurch die USA die Legitimation für ihre militärische Besetzung Südkoreas verlieren würden. Hinzu kommt, daß das südkoreanische Regime sich wachsenden inneren Schwierigkeiten gegenübersieht – selbst mit totaler Diktatur und Terrorurteilen gegen die politische Opposition kann es der Widersprüche nicht mehr Herr werden.

Seit die US-Imperialisten sich aus Indochina geschlagen zurückziehen mußten, haben sie w e l t - w e i t mit Krieg gedroht oder direkt bei der Schürung von lokalen Kriegen mitgewirkt. Kriegsdrohungen gegen die arabischen Staaten während der „Öl-Krise", Kriegsdrohungen gegen Libyen und Uganda, Schürung des Zypern-Krieges und des libanesischen „Bürgerkriegs", Unterstützung der FNLA/UNITA-Banden in Angola. Zugleich verstärken die imperialistischen Staaten, mit den USA an der Spitze, immer mehr ihre Aufrüstung und bereiten mit der Wiederbelebung des Märchens von der „Gefahr aus dem Osten" Kriegsstimmung vor.

Die akuten Kriegsdrohungen der US-Imperialisten in Korea zeigen erneut, daß die Imperialisten sich darauf vorbereiten bzw. teilweise schon dabei sind, in den verschiedensten Teilen der Welt militärische Konflikte und Kriege zu beginnen, um die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten (vor allem durch die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt!) aufzuhalten und diese Tendenz umzukehren. Mit der Kriegsgefahr wächst auch die Bedeutung des Kampfes g e g e n die imperialistischen Kriegspläne, des Kampfes für den Frieden. Dieser Kampf ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für die endgültige Vernichtung der U r s a c h e n des Krieges, mit dem Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, mit dem Kampf für Sozialismus und Demokratie.



Blick in die Welt

Gladys Diaz zum dritten Mal verschwunden

Aus einem Schreiben des „Solidaritätsvikariats" (vicaria de la solidaridad) vom 3.8.76 in Santiago geht hervor, daß die MIR-Genossin Gladys Diaz seit 31.7. zum dritten Mal verschwunden ist.

„Wir kennen weder die Gründe, die zu dieser harten Maßnahme geführt haben, noch den Ort, an den sie gebracht wurde . . . wir haben inzwischen beim Obersten Gerichtshof ein Gnadengesuch eingereicht." Die Gefahr, daß die Genossin in einem der Folterhäuser ermordet worden ist oder ermordet werden wird, erhöht sich immer mehr.

Am Fall von Gladys Diaz läßt sich die Komplizenschaft der SPD/FDP-Regierung (und auch der österreichischen Sozialdamokratie) mit den chilenischen Faschisten sehr gut nachweisen.

Gladys wurde vom 20.2.1975 zusammen mit ihrem jetzt achtjährigen Sohn verhaftet und in verschiedenen KZ's aufs Brutalste gefoltert. Die Genossin verschwand spurlos bis zum 10.5.75, tauchte dann wieder in einem der KZ's auf, und verschwand darauf zwei weitere Male.

Seit April '75 liegt von der „Stiftung Mitbestimmung" ein Arbeitsplatz in der BRD für die Genossin vor. Im Juni 75 wurde der im KZ schwer erkrankten Genossin und ihrem Sohn die Einreise in die BRD verweigert. Das Auswärtige Amt der BRD begründete die Einreiseverweigerung damals wie folgt:

„. . . daß nach Mitteilung der zuständigen innerdeutschen Stellen (sprich VS) Personen, die führende Funktionäre des MIR waren, keine Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik Deutschland erhalten können. Frau Gladys Diaz Armijo gehört dem MIR an. Die Einbeziehung Frau Diaz' in die Aufnahmeaktion der BRD ist daher nicht möglich." (Schreiben des AA vom 4.6. 75).

Seit diesem Zeitpunkt intervenierten mehrere offizielle Stellen und Persönlichkeiten beim Bundesinnenministerium und baten um Rücknahme der Einreiseverweigerung.

Mit Schreiben vom 16.7. teilte Ex-Juso und SPD-Abgeordneter Norbert Gansel mit, *„daß das Bundesministerium des Inneren gegen eine Aufnahme von Frau Gladys Diaz in der BRD keine Sicherheitsbedenken geltend machen wird . . . Die Entscheidung hängt nunmehr davon ab, ob die chilenische Regierung bereit ist, Frau Diaz freizulassen und ihr die Ausreise in die BRD zu gestatten. Entsprechende Bemühungen, die chilenische Regierung zu einer positiven Entscheidung zu bewegen, sind durch Vertreter der Bundesregierung bereits eingeleitet worden."*

In welche Richtung die „Bemühungen" der Bundesregierung gehen, erhellt folgender Tatbestand: Auf die Intervention einer Hamburger Patenschaftsgruppe, die die Ausweisung der Genossin nach dem Erlaß Nr. 504 forderte, bekam die Gruppe vor ca. zwei Wochen die Nachricht, daß eine Ausreise *„aus Sicherheitsgründen nicht in Frage käme und sich für die „Schutzbefohlene" auch nichts tun und verbessern ließe."* Dieser Brief stammt aller Wahrscheinlichkeit nach vom chilenischen Geheimdienst. Die gleiche „Begründung" teilte die chilenische Militärjunta der österreichischen Botschaft in Santiago am 14.7. mit. (Gladys hat inzwischen ein Visum für die BRD, Österreich und England!).

Inzwischen wird aus der SPD-Ecke das Gerücht verbreitet, daß Gladys bereits freigelassen worden und ins Ausland gereist sei.

Umso zynischer werden solche Behauptungen, wenn die Österreichische Botschaft am 30.7. mitteilt, *„daß der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten nach einem Besuch des KZ Tres Alamos* (wo sich Gladys befindet) *öffentlich erklärte, (daß) die Verhältnisse dort durchaus akzeptabel (sind). Beim Besuch meines Mitarbeiters klagte Frau Diaz weder über körperliche noch über sonstige Beschwerden oder über schlechte Behandlung (!!??) . . . es besteht kein Anlaß für Sorge um Leben und Gesundheit von Frau Diaz"* (???)

Das Auswärtige Amt teilte wiederum am 22.7. mit, *„daß Frau Diaz, obwohl ihr die Aufnahmezusage bekannt ist, bislang noch nicht den Wunsch (!!?) geäußert hat, von der BRD aufgenommen zu werden."*

Für diese Herren ist der Aufenthalt in chilenischen KZs bei schönem Wetter wahrscheinlich recht angenehm. Wir sollten das ganze Pack dahin wünschen!

Wir fordern die sofortige Einreise für Gladys Diaz und ihren Sohn!

Lateinamerikakommission

Kommt Rolf Pohle frei?

Das Athener Oberlandesgericht lehnte am 20. August den Antrag der BRD-Behörden auf Auslieferung des ehemaligen politischen Häftlings Rolf Pohle ab. Begründung: Pohle sei kein „Krimineller" oder „Terrorist", wie es die BRD-Behörden (einschließlich sämtlicher bürgerlicher Parteien, der gesamten westdeutschen bürgerlichen Presse etc.pp.) hinstellen, sondern ein „Antiimperialist" und „antifaschistischer Kämpfer", der in der BRD allein wegen seiner politischen Ansichten und daraus folgender Praxis verfolgt wird.

Dieses Urteil des Athener Oberlandesgerichts stellt noch keine endgültige Entscheidung dar. Der Staatsanwalt hat Revision beim obersten Gerichtshof in Athen gestellt, um eine Ausweisung Pohles in die BRD doch noch durchzusetzen. Die politische und wirtschaftliche Erpressung Griechenlands durch die BRD-Regierung wird in diesen Tagen noch erheblich zunehmen, um die griechischen Behörden in die Knie zu zwingen.

Für eine Auslieferung des politischen Häftlings Rolf Pohle an die BRD bietet das griechische Recht überhaupt keine Grundlagen. Eine Auslieferung kann deshalb nur als juristischer und politischer Willkürakt erfolgen. Sämtliche Delikte, die Pohle von den BRD-Behörden vorgeworfen werden und deretwegen er zu 6 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, gelten in Griechenland (wie in fast allen west- und südeuropäischen Ländern) als politische (!!) – und keineswegs kriminelle – Straftaten und sind entweder überhaupt nicht strafbar oder bilden jedenfalls keine Rechtsgrundlage für eine Auslieferung. Vor dieser Problematik sah sich auch die griechische Justiz, die keineswegs als besonders demokratisch gelten kann, sondern die in der nahezu ungebrochenen Tradition des griechischen Junta-Faschismus steht.

Seit vielen Monaten unternehmen die BRD-Behörden und ihre verantwortlichen Politiker gesteigerte Anstrengungen, um die demokratische Öffentlichkeit des europäischen Auslandes über das ganze Ausmaß der Zerstörung des bürgerlichen Demokratismus in der BRD und die rasante Faschisierung von Staat und Gesellschaft hinwegzutäuschen und die BRD als „demokratisches Musterländle" („Modell Deutschland") darzustellen. In dieser Situation hat das Athener Urteil wie eine kalte Dusche auf die verantwortlichen Politiker der BRD gewirkt; sagt doch dieses Urteil schlicht und einfach aus, daß der BRD-Imperialismus seine politischen Gegner verfolgt und ins Gefängnis
BRD gewirkt; sagt doch dieses Urteil schlicht und einfach aus, daß der BRD-Imperialismus seine politischen Gegner verfolgt und ins Gefängnis
steckt.

Demgegenüber behauptete Regierungssprecher Grünewald, daß es in der BRD überhaupt „keine politischen Prozesse gibt". Gleichlautend behauptet die SPD-Regierung nach wie vor, daß es in der BRD „keine Berufsverbote" gibt. Tatsächlich fällt es dem BRD-Imperialismus immer schwerer, gegenüber dem demokratischen Lager im Ausland darüber hinwegzutäuschen, daß sich z.B. die westdeutschen Gefängnisse mit hunderten von politischen Gefangenen füllen, daß viele hundert junger Lehrer vom BRD-Staat wegen ihrer demokratischen Gesinnung mit Berufsverbot belegt wurden, daß tausende linker Arbeiter und Angestellte wegen ihrer politischen Gesinnung aus den DGB-Gewerkschaften gesäubert wurden, tausende politisch motivierter Kündigungen von den Arbeitsgerichten abgesegnet werden, daß der politische Terror der BRD-Behörden gegen die linke Opposition im Lande – mit Bullenüberfällen, Schlägereinsätzen, Publikations- und Demonstrations-Verboten usw.usf. zum alltäglichen Bild in der BRD ebenso gehört wie umgekehrt die Verhätschelung und der Schutz der Faschisten, der enorme Ausbau des Polizeiapparates und der politischen Geheimdienste, die faschistoide Profilierung der CDU/CSU u n d der Regierungsparteien, die forcierten Kriegsvorbereitungen der BRD und die gleichgeschaltete Kriegshetze der BRD-Presse gegen arabische und afrikanische Völker, die zunehmende wirtschaftliche und politische Erpressung des europäischen Auslandes (Italien, Dänemark z.B.) usw.

In diesem Zusammenhang ist das Athener Urteil – unabhängig von seiner endgültigen Bestätigung durch den obersten Gerichtshof – eine gute Unterstützung des demokratischen Widerstandes in der BRD und eine empfindliche Abfuhr der westdeutschen Polizei-Behörden und der demagogischen Legitimation des staatlichen Terrors des BRD-Staates.

Faschistisches Blutbad

Fortsetzung von Seite 1

„Wenn ihr Mitleid habt mit den Frauen und Kindern der Palästinenser, denkt daran, daß sie Kommunisten sind und neue Kommunisten gebären werden." Mit diesen Worten forderte Abu Arz, der „christliche" Oberbefehlshaber der Faschisten-Milizen „Wächter der Zedern", seine Söldnerbanden zum Massaker an den Bewohnern Tell Zaatars auf (zitiert nach „stern", 19.8.).

Nach 71 größeren Angriffen gegen das Lager gelang den Faschisten am 54. Tag der Belagerung der Sturmangriff durch ein brutales Täuschungsmanöver: Nach dem Abbruch der Evakuierung Schwerverletzter am 6.August schlug das „Internationale Komitee des Roten Kreuzes" (IKRK) die Evakuierung aller Zivilisten aus dem Lager vor. In der Nacht vom 11. auf den 12.August wurde ein entsprechendes Evakuierungsabkommen des IKRK von der PLO unterzeichnet („Le Monde", 13.8.). Am nächsten Tag rückten die faschistischen Milizen gegen das Lager vor und bezogen in geringer Entfernung mit weit über 100 Panzern, 150mm-Kanonen, Missiles-Raketen und Panzerwagen Stellung („El Moudjahid", 13.8.). Entsprechend dem Abkommen zwischen dem IKRK und der PLO, dessen Einhaltung durch die Faschisten anscheinend von Kholi, dem „Vermittler" der „Arabischen Liga", zugesagt worden war, forderten sie über Lautsprecher die Lagerbewohner auf, in Massen das Lager zu verlassen („Neue Zürcher Zeitung" – NZZ, 14.8., 16.8. und „Süddeutsche Zeitung" – SZ, 13.8.). Anschließend nahmen sie die wehrlosen und unbewaffneten Lagerbewohner unter ihr mörderisches Feuer. Die mordgierigen Faschisten tobten sich aus. In der ARD-Tagesschau waren Bilder zu sehen, wie Faschisten ermordete Palästinenser-Kämpfer hinter ihre PKW's banden und sie durch die Straßen Ostbeiruts hinter sich her schleiften. Auf zahlreiche Flüchtlinge, die die unmittelbare Umzingelung Tell Zaatars durchbrachen und sich nach Westbeirut durchzuschlagen versuchten, wurde unmittelbar an der Grenze das Feuer eröffnet. Diese Flüchtlinge waren völlig unbewaffnet, zumeist Frauen, Kinder und Alte. Die saudi-arabischen „Friedenstruppen" der „Arabischen Liga", die angeblich die Grenze zwischen den Faschisten und fortschrittlichen Kräften in Beirut sichern, sahen kaltblütig aus zehn Meter Entfernung zu („NZZ", 14.8.).

Ein älterer Palästinenser, der sich auf einem Fahrzeug des IKRK nach Westbeirut retten konnte, berichtete, daß zuletzt nach dem Wasser und den Lebensmitteln die Munition ausgegangen sei: *„Wir hatten Raketenwerfer, aber keine Raketen mehr. Wir hatten kein Wasser, keine Lebensmittel, nichts mehr"* (zitiert nach „stern", 19.8.). Mit Messern und Bajonetten wehrten sich die Kämpfer.

Nach palästinensischen Angaben kostete der faschistische Überfall Hunderte von Lagerbewohnern das Leben: *„Sehr viele Frauen und Kinder (seien) getötet worden. Die Evakuierung der Geflüchteten sei in einem Klima unbeschreiblichen Hasses und unter dramatischen Umständen vor sich gegangen. Personen, die versuchten, die Trennungslinie zu überschreiten, seien mit Maschinengewehren und Kanonen (!!) beschossen worden. In Tell Zaatar hätten die christlichen Milizen Männer zusammengetrieben und die jüngeren von ihnen erschossen"* („NZZ", 15./16.8.). Das IKRK berichtete von *„fürchterlichen Szenen"* (zit. nach „Frankfurter Rundschau" – FR, 14.8.).

Der Faschistenführer Abu Arz verhängte sofort Quarantäne über Tell Zaatar und sperrte das Lager für ausländische Journalisten. Eine ähnliche Sperre hatten die Faschisten Anfang des Jahres über das Armenviertel Karantina nach dessen Eroberung erhoben (Karantina liegt noch weiter östlich in Beirut im Faschigebiet in der Nähe des Hafens, siehe Karte). Wozu die „Quarantäne" damals diente, berichtete ein faschistischer Milizionär dem „stern": In Karantina *„sind die meisten bei lebendigem Leibe verbrannt. Viele Frauen und Kinder, die noch rauskamen, haben wir laufen lassen. Die Männer haben wir erst mal in Quarantäne genommen. Verstehst Du? Wir haben gesagt, wegen der Seuchengefahr. Nach drei Tagen haben wir die Dreckfinger abgeknallt"* (zit. nach „stern", 19.8.). Die schwedische Krankenschwester Eva Stahl, die in Tell Zaatar arbeitete und während der Belagerung einen Arm verlor und eine Fehlgeburt erlitt, gehörte zu den ca. 400 vom IKRK Anfang August evakuierten Schwerverletzten. In Göteborg berichtete sie, daß die Faschisten bei ihrem Vormarsch *„in Bunker des Lagers eingedrungen und Palästinenser mit Ästen zerstückelt (!) hätten"* („SZ", 9.8.). Mit besonderem Haß wüteten die Faschisten unter den Medizinern und Krankenpflegern des Lagers, die in unermüdlichem Einsatz Hunderten schwerverwundeter Bewohner das Leben gerettet hatten, nach außen die Verbindung zum IKRK herstellten und den Terror der „christlichen" Verbände anklagten, wie z.B. der schwedische Arzt Lars Semdmall über Funk (vgl. AK 86): *„Französische Reporter erfuhren von Ärzten aus Tell Zaatar, daß die meisten Mediziner und Krankenpfleger die ‚Evakuation' am Ende der Kämpfe nicht überlebten. Die Einwohner des Lagers wurden nämlich durch das Nachbarviertel Dekuanah geführt, an mehreren Barrikaden der ‚christlichen' Milizen vorbei. Und jedesmal griffen sich diese einige Leute vom Ärztepersonal heraus. Sie wurden einfach erschossen. Auch die Armbinden des Roten Kreuzes halfen nichts"* („tat", 20.8.).

Der Kampf um Tell Zaatar hat noch einmal die Lügen der bürgerlichen Presse, in Libanon fände ein Religionskrieg zwischen Christen und Moslems bzw. ein Krieg von Libanesen gegen ihre palästinensischen „Unterdrücker" statt, entlarvt: Das Lager gehörte zu den 15 Lagern, in denen den Palästinensern schon 1969 im Kairoer Abkommen Bewegungsfreiheit zugesichert worden war. In ihm lebten fast 40% Libanesen, arme Bauern, die aus dem Süden vor den israelischen Bombenangriffen geflüchtet waren. Ein grosser Teil der Bewohner, der „stern" spricht von einem Drittel (19.8.), gehörten christlichen Kirchen an.

Tell Zaatar ist mehr als ein Symbol des palästinensischen Widerstandes. Das Lager ist in der bürgerlichen Presse immer wieder als „Hochburg" der Linken bezeichnet worden. Das stimmt, und gerade in diesem Lager bewies sich die Richtigkeit der politischen Linie der PFLP. Die notwendige Zusammenarbeit des Widerstandes mit der fortschrittlichen Bewegung im Lande selbst wurde in der Praxis beispielhaft umgesetzt. Die Palästinenser und die armen Libanesen im Lager leiden unter der gleichen Rechtlosigkeit und Ausbeutung. Sie haben denselben Feind, und daher ist ihr Kampf ein gemeinsamer.

Deswegen richteten die Faschisten und ihre syrischen Hintermänner ihre ganze Kraft auf die Einnahme des Lagers. Die algerische Zeitung „El Moudjahid" berichtete, daß die Operationen unter der Aufsicht des syrischen Hauptmannes Ali Al Madani standen (13.8.). Kholi, der Leiter der panarabischen „Waffenstillstands"-Kommission, drückte sogar *„sein Erstaunen"* darüber aus, daß syrische Offiziere in den Kommandostellen der Faschisten ein- und ausgehen (zit. nach „tat", 20.8.).



Neue Kämpfe im Libanon-Gebirge und um Tripoli

Nach dem Fall Tell Zaatars sind die Kämpfe im Libanon-Gebirge und vor Tripoli heftig entbrannt. Mit syrischer Unterstützung rücken die Faschisten gegen zwei wichtige Stellungen in den Bergen vor, deren Einnahme den Nachschub der fortschrittlichen Kräfte ins Gebirge stoppen soll („NZZ", 15./16.8.). Ultimativ forderten die Syrer den Rückzug der Linken („FR", 17.8.) und drohten Bombardements an, falls die fortschrittlichen Kräfte versuchen sollten, ihre Truppen in den Bergen aus Beirut zu verstärken („NZZ", 19.8.). Außerdem verlegten die Syrer neue Panzerverbände über die Grenzstation Masnaa nach Libanon. In dem umkämpften Gebiet in den Bergen stehen inzwischen 4.000 syrische Soldaten und 150 Panzer („NZZ", 19.8.). Am 21.8. eröffneten die Faschisten ihre neue Front gegen die Stadt Tripoli. Diese Stadt und die sie umgebenden Palästinenser-Lager gelten als starke linke Stellungen. Schon seit mehreren Wochen lag dieses Gebiet unter syrischem Artilleriefeuer (NDR II, Nachrichten am 21.8.).

Dschumblatt gründet Volksarmee

Dschumblatt gründet Volksarmee

Der Führer der libanesischen Linken, Dschumblatt, hat am 8.8. erklärt: *„Wir sind uns nicht mehr sicher über Gespräche für eine Regelung. Man muß einen langen Krieg erwarten, wenn Syrien seine Truppen in Libanon behält"* („El Moudjahid", EM - 10.8.). Nach einem Gespräch mit Arafat bestand Dschumblatt weiter auf dem vollständigen Abzug der syrischen Invasoren. Die Fortsetzung des Bürgerkrieges sei *„unseren Interessen nicht entgegen gerichtet"*, erklärte er wörtlich (zit. nach „FR", 10.8.). Die fortschrittlichen Kräfte brauchten keinen Waffenstillstand zu akzeptieren.

Später gab die von Dschumblatt geführte Progressive Sozialistische Volkspartei, neben den faschistischen Falangisten die größte Partei im Libanon, den Aufbau einer Volksbefreiungsarmee bekannt. Alle Sympathisanten wurden über Radio aufgefordert, sich in diese Armee einzureihen. Ihr vorläufiges Hauptquartier liegt in Aley im Gebirge nordöstlich Beiruts („EM", 12.8.).

Damit hat Dschumblatt seiner Ankündigung, einen langen Volksbefreiungskrieg führen zu wollen, erste Taten folgen lassen und eine ebenso entschiedene Haltung gegen jede Kapitulation eingenommen wie der linke Flügel des palästinensischen Widerstandes, die „Ablehnungsfront" (vgl. AK 86), auf dessen Konzeption (langandauernder Volksbefreiungskrieg) er nun einzuschwenken scheint. Der linke Flügel des palästinensischen Widerstandes gewinnt dadurch einen wichtigen Verbündeten für den langwierigen Volkskrieg. Der derzeitige Vormarsch der imperialistischen Kräfte zwingt zwar den fortschrittlichen Kräfte eine Defensive auf, aber diese Defensive beweist den Kämpfern immer mehr die Richtigkeit der revolutionären Linie eines Volksbefreiungskampfes. Die Erfolge der Reaktion lassen die Bedingungen für die zukünftige endgültige Niederlage des Imperialismus in diesem Raum reifen. Ein ermutigendes Zeichen sind die schärferen Auseinandersetzungen in Syrien selbst, die in den letzten Wochen angewachsen sind.

In der libanesischen Presse wurde von wiederholten Unruhen und Sprengstoffanschlägen berichtet. Am Tag der internationalen Messe von Damaskus explodierten mehrere Bomben. Nach der Zeitung „Al Kifah al-Arabi" verschärften die syrischen Behörden daraufhin ihre
Bomben. Nach der Zeitung „Al Kifah al-Arabi" verschärften die syrischen Behörden daraufhin ihre
Kontrollen an der Grenze zum Libanon. Später wurde die Grenze geschlossen („FR", 14.8.). Der „stern" berichtete, daß Syrien 3.000 verwundete Soldaten in den jordanischen Militärkrankenhäusern pflegen läßt, damit ihre Mission im Libanon nicht in Syrien bekannt wird (19.8.).

In den syrischen Großstädten Damaskus, Aleppo, Homs und Hama kam es nach der Eroberung Tell Zaatars zu Demonstrationen und Kundgebungen, die mit brutaler Polizei- und Militärgewalt auseinander getrieben wurden. Zahlreiche Demonstranten wurden verletzt, andere verhaftet („NZZ", 17.8.). Zur Zeit quellen die syrischen Gefängnisse anscheinend vor politischen Gefangenen über. Ein Trupp syrischer Militärs überfiel in Damaskus das Büro der PFLP. Ein Genosse wurde ermordet, die übrigen festgenommen („SZ", 17.8.). Anscheinend wird Assad nur durch Terror der anwachsenden Kritik an seiner Libanon-Politik Herr.

Nahost-Kommission

Die Zionisten feiern ihre militärischen Aggressionen

Das israelische Fernsehen berichtete in einem längeren Film von einer totalen Blockade der libanesischen Küste. Patrouillenboote der israelischen Marine stünden als Barriere zwischen den Versorgungsschiffen und der libanesischen Küste.

Israelische Militärkreise in Tel Aviv bestätigten, daß Patrouillen, Kontrollen und Störaktionen entlang der libanesischen Küste verstärkt worden seien. Israelische Raketenboote verfolgten aus sicherer Distanz von der Küste den gesamten Schiffsverkehr in den und vom Libanon („Süddeutsche Zeitung" SZ, 11.8.76).

Ziel der Zionisten ist, den letzten noch freien Versorgungsweg für die linken Linanesen und Palästinenser zu sperren . Dabei beschränken sie sich keineswegs nur darauf, den militärischen Nachschub zu verhindern, sondern vernichten ebenso Nahrungsmittelladungen. Da ausländische Schiffe und Gewässer selbst im völkerrechtlichen Sinn fremde Hoheitsgebiete sind, handelt es sich bei den israelischen Angriffen um kriegerische Akte und um nackte Piraterie (die in diesem Fall den ungeteilten Beifall der gesamten Presse des imperialistischen „Freien Westens" erhält).

– Am 4.8. wurde ein griechischer Tanker, der von Zypern nach Süd-Libanon fahren wollte, von isra-

Fortsetzung Seite 30

Die westdeutsche bürgerliche Presse zu Libanon
Lügen, Erfindungen, Verdrehungen

Die bürgerliche Presse in der BRD bemüht sich in ihrer Libanon-Berichterstattung und in den Kommentaren, den ökonomischen und politischen Interessen des BRD-Imperialismus zu dienen. Es werden alle Register der Demagogie und Verschleierung gezogen, um die wahren Ursachen der Kampfhandlungen zu vertuschen oder in ihr Gegenteil zu verkehren. Die Palette – dem erwarteten Bewußtseinsstand der Leser angepaßt – reicht von einer offenen Parteinahme für die Faschisten in der Rechtspresse bis hin zur absichtlich verwirrenden Darstellung nach dem Motto „Jeder schlachtet jeden ab" in der sogenannten liberalen oder „linken" bürgerlichen Presse.
In trauter Eintracht stehen sie nebeneinander, wenn es um die niederträchtigste Verleumdung des palästinensischen-libanesischen Befreiungskampfes geht. Kommentator in der „Frankfurter Rundschau", Stockklausner, („Idi Amin in Beirut") steht darin einem Vocke („linke Milizen plündern") in der „Frankfurter Allgemeinen" nichts nach.
Wir gehen im Folgenden auf einige Aspekte dieser Berichterstattung ein. Ein Teil der Zitate ist dem „3. Welt-Magazin" Januar/Februar 76 entnommen.

BRD-Rechtspresse zwischen weinerlichem Geheuchel und offener Propaganda für die Faschisten

„Der Libanon und Beirut sind für die arabische Welt und das Ausland einfach nicht zu ersetzen. Nur hier gibt es diese Liberalität, diese Handelsmentalität der alten Phönizier. Nur hier können alle Geld- und sonstigen Geschäfte in der Grauzone unterhalb der Legalität abgewickelt werden, so daß jeder zufrieden ist und verdient" („Welt", 2.2.76).

Springer trauert alten Zeiten in romantischer Schilderung nach. Ein Land, in dem dank imperialistischer Umtriebe *„jeder zufrieden ist und verdient"*, in dem Geschäfte so schön unterhalb der Legalität – welch Worte aus Springers ordnungsschreienden Mund – abgewickelt werden konnten, ist nun der Zerstörung ausgesetzt. Auch die Frankfurter Rundschau mag da nicht zurückstehen:

„Der Libanon war bisher der einzige arabische Staat, der seiner vollständigen Struktur nach westlich orientiert war ... Die libanesischen Christen, etwa eine Million an der Zahl, galten als Garanten eines prowestlichen Kurses, den sie 1958 sogar um den Preis einer amerikanischen Intervention aufrechterhielten." („FR", 21.1.76) !!

In der bürgerlichen Presse findet sich kaum ein Hinweis auf die Armut des libanesischen Volkes, auf dessen Rücken die „Schweiz des Orients" aufgebaut wurde, kaum wird das wirkliche Elend der 300 bis 400tausend aus Israel vertriebenen Palästinenser im Libanon angesprochen, ihre Armut, ihre nationale Unterdrükkung und die ständigen Aggressionen der Zionisten gegen ihre Lager. Beharrlich wird verschwiegen oder verdreht, daß zur unterdrückten Klasse moslemische wie christliche Libanesen zählen, die u.a. gemeinsam mit Palästinensern an Massendemonstrationen im Anschluß an die Ermordung dreier Palästinenser-Führer durch Israelis teilnahmen und die auch gemeinsam Tel-Zaatar verteidigten.

Die Tatsache, daß im wesentlichen Christen Industrie-, Finanz- und Dienstleistungsbetriebe beherrschen und daß christliche Führer faschistische Milizen aufbauten, um die herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnisse zu garantieren, läßt „die Christen" in den Pressekommentaren zu Wächtern des Libanon überhaupt werden. Im widerlichsten Romanstil schildert die rechtsradikale Massen-Illustrierte „Quick" in ihrer Ausgabe vom 12.8.76 die Lage:

„Einerseits gibt es da den blauen Himmel, die Berge, den weiten Strand am Mittelmeer und die Mädchen. Das wirkt wie ein Werbefoto in einem Urlaubsprospekt. Andererseits wird dieses Stückchen Paradies von einem teuflischen Krieg zerstört, von Haß und fanatischer Mordlust." Als die Quick-Schmierfinger von ihren Badefreuden Abschied nehmen – *„Unten in der romantischen Bucht baden bezaubernde Mädchen"* – und ins Kampfgebiet vordringen, stoßen sie auf zwei Falangisten, die sofort ihr Gewehr auf sie richten. Aber die Situation ist schnell bereinigt: *„Wir erklären mit erhobenen Händen, daß wir aus Deutschland kommen und ebenfalls Christen sind. Da wird Maron (einer der Faschisten) freundlich und gesprächig."*

Schließlich sind die beiden Kämpfer aus den Reihen des Falangistenführers P. Gemayels, des neuen Helden der schwärzesten BRD-Blätter FAZ, Welt und Bayernkurier. *„Gott, Familie und Vaterland, diese Devise hatte Gemayel für seine Phalangen gewählt. Sein Lebenswerk gilt einer demokratischen laizistischen Ordnung des libanesischen Staates. Dennoch werden seine Anhänger neuerdings wieder als Faschisten beschimpft, diesmal von Moskau und von der radikalen arabischen Linken"* („FAZ", 5.12.75). Auf der Boulevard-Ebene nimmt diese Presse sinnlichen Anteil an dem blutigen Treiben der Faschisten: *„In gebrochenem Englisch erklärt er: Die drei Toten waren Schweine. Moslems. Sie wollten unser Land kaputtmachen. Sag deinen Leuten in Deutschland, wir werden sie alle killen"* („Quick").

Liberale und pseudolinke Presse „Das große Durcheinander"

Mit dieser Offenheit kann die liberale oder „linksliberale" Presse nicht vorgehen. Ihre Aufgabe ist schließlich eine andere. Sie hat einen Leserstamm, der sich durch kritischeres Denken auszeichnet. Profaschistische Propaganda könnte das Gegenteil bewirken, eine Solidarisierung mit den Palästinensern und linken Libanesen. Wenn in dieser Szene schon keine Sympathie für die Falangisten vorhanden sein kann, weil ihr bestialisches Morden nicht mehr zu verschleiern ist, soll zumindest eine Solidarisierung mit den palästinensischen und libanesischen Freiheitskämpfern verhindert werden.

Grob lassen sich in dieser Presse zwei Linien erkennen, Verwirrung stiften und faschistische Greuel mit erfundenen „Terroristengreueln" der Palästinenser zu überdecken.

Zu der Verwirrungstaktik zählen von der Klassenlage losgelöste Berichte über konfessionelle Hasser oder Menschen, die Spaß an der Zerstörung haben. *„Es gibt Leute, sagt ein libanesisches Sprichwort, für die dreht sich der Erdball erst dann richtig, wenn sie auf ihn schießen. Mit den Leuten müssen die Libanesen selbst gemeint sein. In wahnwitzigem Rausch scheinen sie ihr Land und sich selbst zerstören zu wollen. Nach Wochen relativer Ruhe stürzten sich die verfeindeten Christen und Moslems Ende März in die bisher schlimmste Runde..."* („Spiegel", 5.4.76). Noch am 13.7.76 weiß Wolfgang Stockklausner in der „Frankfurter Rundschau" über den seit Monaten andauernden Angriff syrischer Einheiten auf Palästinenser-Stellungen nicht mehr zu sagen als: *„Die Führer der palästinensischen Freischärler behaupten* (!), *daß die Christen durch syrische Einheiten verstärkt worden seien. Eindeutige Beweise* (!) *dafür fehlen, aber eine Beteiligung der Syrer ist sehr wahrscheinlich."*

Der „Stern" läßt unter der Überschrift „Jeder gegen jeden" den syrischen Außenminister „hilflos" sagen: *„Man müßte ihnen die Köpfe zusammenschlagen. Bei unzähligen Arbeitsdiners zanken sie nur und sehen den Ernst ihrer Lage nicht"* (1.4.76). Wie kleine Kinder, soll man denken, die Spaß am Kampf haben. Syrische Truppen stehen als neutrale Friedensstifter da. *„Von Washington als staatsmännische Meisterleistung* (!) *gelobt, selbst vom Erzfeind Israel als kluger Schachzug gepriesen* (!), *hatte Syriens Präsident Hafez Assad mit seinen Truppen die Libanesen an den Verhandlungstisch gezwungen."* (ebenda). Der verhältnismäßig kurze Text dieses „Stern"-Artikels wird weit überragt von einer Fotoserie. Die Bildunterschriften in der Reihenfolge der Bilderserie: *„Ein Muslim zerrt an einem Strick einen toten Christen aus den Trümmern." „Die Leiche wird an ein Auto gebunden, das mit einem Nasser-Porträt beklebt ist." „Bevor die Leiche des Christen, in der ein Doch steckt, weggeschafft wird, schießt ein Muslim noch mit dem Schnellfeuergewehr auf den Toten." „Laut hupend verläßt der Wagen..."*.

Die Hinterhältigkeit dieser „liberalen" Schreiber wird an der komplexen Darstellung deutlich. Während im Text das Bild zweier ebenbürtig verrückter Gruppen gezeichnet wird, zwischen denen verzweifelt die Syrer unter Anerkennung der Zionisten und den USA um Frieden ringen, suggeriert die Bilderserie dem Leser schlicht mordende Palästinenser.

Der wohl nach eigener Einschätzung links-sozialdemoratischen Zeitschrift „Pardon" gelingt es gar, unter der Überschrift *„Was ist im Libanon los? Stoßseufzer eines verwirrrten Zeitgenossen"*, faschistischen Massenmord satirisch darzustellen: *„Man kann nicht leugnen, das Fernsehen bringt uns nicht nur Olympische Spiele, sondern auch waschechte, lebensgefährliche Kämpfe mitten ins Haus. Aber was da unten los ist – wissen wir das eigentlich? A schießt auf B, weil C auf D geschossen hat und E greift ein, angeblich um B, in Wirklichkeit vielleicht um C – aber möglicherweise doch nur, um die eigenen Interessen zu schützen, während C und A, weil B.... Finden Sie sich da durch?"*

Schließlich darf bei aller Verwirrung ein Schuß „Modell-Deutschland"-Chauvinismus nicht fehlen: *„Im libanesischen Bürgerkrieg ist die Bundesrepublik nämlich vollkommen neutral... Unsere Reporter erfahren alles und werden von allen Seiten geschont, weil jede hofft, sie werde künftig Sieger sein und dann eine günstige Anleihe von den reichen Bundesdeutschen bekommen"* („Pardon"). Wenn „unsere" Reporter einerseits alles erfahren und andererseits diese Berichterstattung daraus hervorgeht, kann der Titel dieser Zeitschrift wirklich nicht mehr entschuldigen.

Diesen „links" oder „liberal" eingestuften Schreibern gelang es beispielsweise dagegen in der Chile-Berichterstattung nicht, den faschistischen Terror auszuklammern. Im Fall Libanon können sie die lang andauernde chauvinistische und rassistische Hetze gegen Palästinenser, Araber usw. sofort nutzen, um faschistischen Terror im Auftrag der Imperialisten zu verwässern und schlimmstenfalls in eine Hetze gegen die unterdrückten Palästinenser und Libanesen verdrehen.

Gegen Palästinenser schlagen sie vereint

Am besten begibt man sich dabei auf den Boden der Terroristen-Hatz. Eine führende Rolle übernimmt Wolfgang Stockklausner in der „Frankfurter Rundschau":

„Über die Hamra, einst die eleganteste Geschäftsstraße der libansesischen Hauptstadt Beirut, marschiert regelmäßig ein schwarzer Hüne. Er sieht von fern dem ugandischen Diktator Idi Amin zum Verwchseln ähnlich. Arabisch spricht das Idi-Amin-Double nur sehr gebrochen. Er ist libyscher Staatsbürger und ist vermutlich Offizier in der Armee von Muammar Ghaddafi. Libanon ist heute der größte Tummelplatz von Terroristen und Söldnern aus aller Welt. In den Straßen Beiruts können sie sich austoben und praktische Erfahrungen im totalen Krieg der Stadtguerilla sammeln." (10.7.76). Am Schluß des Kommentars wird nüchtern festgestellt: „Daß die Christen im Ausland Söldner anwerben, ist kein Geheimnis." Dieser am Rassismus ansetzende Kommentar soll aus einem Klassenkampf ein Übungsschießen internationaler „Terroristen" machen. Die Tatsache, daß Tell Zaatar keine hochgerüstete „Palästinenserfestung" war, sonder von den palästinensischen und libanesischen Bewohnern mutig verteidigt wurde – auch die ARD belegt das mit Filmmaterial – wird von Stockklausner in widerlicher Verdrehung so ausgeschlachtet: *„Tausende erfahrene Kämpfer, meist Anhänger der marxistisch-leninistischen Volksfront zur Befreiung Palästinas, wurden nach Tell Saatar geschleust. Ein Teil der einst 30.000 bis 50.000 Menschen zählenden Zivilbevölkerung, darunter Frauen und Kinder, blieb zurück. Ihre Anwesenheit sollte die Moral der Verteidiger stärken, der Anblick von getöteten Frauen und Kindern den Haß anstacheln"* („FR", 13.7.76). Wie sehr heben sich doch davon die Zionisten ab: *„Durch eine schmale Öffnung des riesigen Drahtzaunes, der die ganze israelisch-libanesische Grenze entlangläuft, hilft ein israelischer Soldat arabischen Frauen, Kindern, Greisen, manchmal Kranken auf Tragbahren. Die ärztliche Hilfe ist kostenlos – für die Libanesen"* („FR", 22.7.76).

In der gleichen Zeitung wird davon gesprochen – weil nicht mehr zu verheimlichen – daß Israel gleichzeitig Waffen an die Faschisten liefert und mit Kanonenbooten jede Versorgung der palästinensischen und links-libanesischen Massen verhindern will, d.h. die Abschlachtung und Aushungerung im großen Stil offen betreibt.

Sollte sich dennoch ein Leser aus dem Lügendschungel herauswinden und die Frage aufwerfen, welche Interessen eigentlich hinter dem Konflikt stehen, hat Vocke in der „FAZ" die folgende Erklärung. Schon am 1.11.75 wußte er: *„Die Hauptgegner bei den blutigen Kämpfen waren nicht die christlichen Falangen und die palästinensischen Fedayin, die Unruhen sind auch nicht Symptome einer unabwendbaren sozialen Revolution* (!!). *Moskau weiß, daß ein verarmter und verelendeter Libanon kommunistischen Einflüssen leichter zugänglich wird, als ein wohlhabender libanesischer ... Die von dem sowjetischen Botschafter Soldatow gesteuerten linken Milizen zögerten daher nicht, Fabriken, Kaufhäuser und mehrere tausend Geschäfte zu plündern, zu sprengen oder in Flammen zu setzen"*. Diesen heißen Tip sollten sich unsere vaterländischen Freunde in der „ML"-Bewegung nicht dadurch verleiden lassen, daß die „Frankfurter Rundschau" auch am 18. August 1976 aus Moskau noch nicht mehr melden kann, als: *„Aus informierten Kreisen verlautete in Beirut, die Regierung in Moskau fühle zunehmend Enttäuschung über die syrischen Aktionen im Nachbarland"*.

Keineswegs enttäuscht sind die BRD-Imperialisten. Die „Zerschlagung des schweizerischen Orients" flößt ihnen nicht Schrecken, sondern neue Hoffnung ein. „Handelsblatt" am 5.2.76: *„Sollte die gegenwärtige Beruhigung anhalten, so dürfte sich der Libanon möglicherweise schon in der nahen Zukunft zu einem erheblich aufnahmefähigeren Absatzmarkt für fast alle Güter entwickeln* (!!!), *als dies vor Ausbruch der Krise der Fall war"*.

Nahost-Kommission

Ein halber „historischer Kompromiß"

Nach den vorzeitig angesetzten Neuwahlen vom 20. Juni (siehe AK 83) hat Italien wieder eine „neue" Regierung. Regierungschef ist Andreotti, der schon in der Vergangenheit mehrere Regierungen leitete und als Freund des Großkapitals und des US-Imperialismus gilt. Seine Regierung besteht nur aus Christdemokraten (DC).

Neu ist, daß erstmals seit 1947 die revisionistische „KP" (PCI) nicht in Opposition zur Regierung steht: In der entscheidenden Abstimmung haben sich die Abgeordneten der PCI der Stimme enthalten. Ebenso verhielten sich die Abgeordneten der „Sozialistischen" Partei (PSI) und der kleineren bürgerlichen Parteien (insgesamt 303 Enthaltungen). Für Andreotti stimmten nur die DC (258 Stimmen), gegen ihn die sechs Abgeordneten der Democrazia Proletaria (linkes Wahlbündnis), die vier Abgeordneten der „Radikalen" Partei (PR) und – mit unklaren Gründen – der frühere EG-Kommissar Spinelli, der als Unabhängiger auf der Liste der PCI kandidiert hatte. Außerdem stimmten auch die Faschisten (MSI) gegen Andreotti (33 Stimmen).

Die Regierung Andreotti ist auf die Stimmenthaltung und die „konstruktive Opposition" der PCI angewiesen, ebenso wie auf das „Wohlverhalten" und „Entgegenkommen" der Gewerkschaftszentralen.

Auf der anderen Seite steht vor allem der starke Druck des US- und BRD-Imperialismus, die mit allen Mitteln nackter wirtschaftlicher und politischer Erpressung operieren, um in Italien eine „kommunistische" Regierungsbeteiligung zu verhindern. Dies ebenso wie starke Tendenzen in der italienischen Monopolbourgeoisie steht derzeit immer noch einem vollen „historischen Kompromiß" (Bündnis von DC und PCI) oder der von der PCI aktuell propagierten „Notstandsregierung" aller „demokratischen" Parteien) (d.h. aller Parteien mit Ausnahme der MSI und wahrscheinlich auch der DP und PR) im Wege.

Daß jedoch die Regierung Andreotti bzw. die Umstände ihres Zustandekommens faktisch einen ersten Schritt zum „historischen Kompromiß" bedeuten, ist offensichtlich. Daß die Entwicklung in diese Richtung gehen würde, zeigte sich schon, als Anfang Juli die Präsidenten der „Kammer" und des „Senats" gewählt wurden: Präsident der „Kammer" (entspricht etwa dem Bundestag) wurde Pietro Ingrao (PCI), des „Senats" der DC-Ultrarechte Fanfani – beide jeweils mit einem Großteil der Stimmen von Abgeordneten der anderen Partei und allgemeinem Beifall bei der Bekanntgabe der Wahl.

Dieser Vorgang kennzeichnete schon das „neue Klima" im italienischen Parlament und ließ für die Regierungsbildung entsprechendes ahnen. Ausdruck der Schritte zum „historischen Kompromiß" ist auch die Tatsache, daß in Rom erstmals ein „kommunistischer" Bürgermeister (er hatte als Unabhängiger auf der PCI-Liste kandidiert) gewählt wurde, bei Stimmenthaltung der DC.

Andreotti selbst hat erklärt, daß er für seine Regierung keine lange Lebensdauer sieht. Stabilisierung der Wirtschaft – vor allem durch größere Auspressung der Arbeiterklasse und Kürzung sozialer Leistungen – Arrangement mit den Gewerkschaftszentralen, Bekämpfung des „assentismo" (Fehlen der Arbeiter wegen Krankheit oder oft auch Unlust und Protest gegen die Zustände im Betrieb), Eindämmung der Kapitalflucht, Zuschanzung von Staatshilfen für das Monopolkapital zur „Investitionsankurbelung", Lockermachen neuer Kredite im Ausland (vor allem BRD und USA), das sind die wesentlichen Aufgaben, die sich die Regierung Andreotti gesetzt hat.

Die Rechnung der PCI-Führung ist derzeit eindeutig: Sie geht davon aus, daß die Tür zum „historischen Kompromiß" jetzt einen Spalt offen steht und daß es darum geht, sie weiter aufzudrücken. Ihre Taktik besteht darin, das strikte Veto des Imperialismus (und die Opposition grosser Teile des italienischen Monopolkapitals) gegen eine direkte Regierungsbeteiligung der PCI Zug um Zug zu unterlaufen, sich allmählich in festere „Konsultationen" mit der Regierung hineinzumogeln (ohne formal die Rolle der „konstruktiven Opposition" aufzugeben) und womöglich in ein paar Monaten doch noch eine offenere Form der „Notstandsregierung" zu erreichen, als es die Regierung Andreotti im Grunde schon ist. Dafür wirft sie ihr Wohlverhalten und ihr Entgegenkommen gegenüber der arbeiterfeindlichen Politik der Regierung Andreotti sowie gegenüber den Kapitalisten in den tariflichen und betrieblichen Auseinandersetzungen in die Waagschale.

Die PCI hat sich in den letzten Jahren außerordentlich rasch zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelt. Die Widerstände, auf die sie heute noch bei Teilen der Bourgeoisie stößt, sind kaum größer als die, mit denen es auch die SPD bei ihrem Regierungsantritt zu tun hatte.

Auf der anderen Seite zeigt das Wahlergebnis klar, daß die PCI noch weit davon entfernt ist, durch ihre Versöhnung mit der DC und der Bourgeoisie einen Bruch mit Teilen ihrer Basis zu provozieren. Die Democrazia Proletaria, die sich als einzige revolutionäre Alternative zur Wahl stellte, kam mit mageren 1,5% davon. Eine nennenswerte Linksopposition in der PCI selbst ist nicht vorhanden. Überdies zeigt sich, daß die PCI selbst dort, wo sie schon seit längerem – teilweise seit Jahren – in der Kommunal- und Regionalpolitik in der „Regierungsverantwortung" steht – ihren Stimmenanteil zumindest stabil hält, meist sogar noch steigern kann, daß sie also noch weit davon entfernt ist, in der konkreten Regierungs- und Verwaltungspolitik abzuwirtschaften.

Es bleibt aber der grundlegende Widerspruch, daß die allgemeine und beschleunigte Rechtsentwicklung der PCI nicht etwa in einer Phase erfolgt, wo es der Arbeiterklasse und dem Volk scheinbar „besser" geht, sondern im Gegenteil in einer Situation zunehmender Krisenhaftigkeit des italienischen Kapitalismus und absoluter Verelendung der Massen. Dieser Widerspruch bleibt das Problem der italienischen Revisionisten und der Bourgeoisie.

Spinola kehrt zurück

Nachdem in Portugal „die demokratischen Institutionen voll funktionieren" (aus dem Aufnahme-Antrag der portugiesischen Regierung an den Europa-Rat zitiert) fühlen sich die Faschisten dort wieder sicher. Von diesem neuen Lebensgefühl profitiert auch Ex-Staatspräsident und Ex-General Spinola.

Er traf am 10. August aus Brasilien in Lissabon ein, wurde höflich und pro forma zwei Tage festgehalten und am 12. August bedingungslos auf freien Fuß gesetzt. Während die Gefangenen des 25. November nach monatelanger Haft in „begrenzte Freiheit" entlassen wurden, die es zum Beispiel Otelo de Cavalho nicht gestattet, die Region Lissabon zu verlassen, beeilt sich Präsident Eanes mitzuteilen, daß Spinola sich ohne jede Einschränkung frei bewegen kann.

Zu dem Haftbefehl, der gegen Spinola wegen Beteiligung am Putschversuch vom 11. März 75 vorliegt, äußerte Eanes lediglich: *„Der Ex-General ist ein portugiesischer Staatsbürger wie jeder andere, und wenn er Fehler gemacht hat, muß er sich dafür verantworten".*

Ministerpräsident Soares erklärte gar: *„Spinola ist willkommen ..."* Und gegen eventuelle Kritiker aus seiner eigenen Partei: *„Es ist besser, wenn der Ex-General im Land ist, als wenn er im Ausland konspiriert".*

Tatsächlich ist die unbehelligte Rückkehr Spinolas ein alarmierendes Zeichen dafür, wie weit die Rechtsentwicklung in Portugal inzwischen schon fortgeschritten ist.

Schon seit Monaten gehen Gerüchte in Portugal um, daß Spinola zurückkehren werde. Von der Regierung und den Militärbehörden war daraufhin immer betont zurückhaltend reagiert worden. Lediglich Soares
daraufhin immer betont zurückhaltend reagiert worden. Lediglich Soares
hatte bereits bei früheren Gelegenheiten erklärt, er habe gegen eine solche Rückkehr nichts einzuwenden.

Die portugiesische Linke hat sofort und einhellig auf diese Provokation reagiert. Gerade die Tatsache, daß Spinola als Führer der faschistischen Terrorbande MDLP/ELP nicht nur an früheren Putschversuchen (28. September 1974, 11. März 1975) beteiligt war, sondern direkt für die hunderte Bombenanschläge der letzten Monate mit verantwortlich ist, ruft die Empörung der fortschrittlichen Kräfte in Portugal hervor.

Am 13. August riefen die GDUP's, die Organe der Volkseinheit, zu Massendemonstrationen in Porto und Lissabon auf. Daran nahmen „Viele Tausende" teil – eine Formulierung, wie sie die portugiesische Presse nur bei sehr großen Massendemonstrationen gebraucht.

In Lissabon sagte ein Genosse der GDUP auf der Abschlußkundgebung: *„Spinola war der Fluchhelfer für die direkten Kollaborateure des faschistischen Regimes nach Brasilien, darunter Americo Tomas und Marcelo Caetano ... Hinter der Rückkehr Spinolas stehen die Kräfte, die die Restauration des portugiesischen Kapitalismus beschleunigen wollen. Die Rückkehr beweist, daß die politisch-militärische Führung in Portugal das Geschäft der Rechten betreibt, derselben Rechten, die ständig und entschlossen weiter vorrückt, weil sie im Regierungsprogramm der PS genügend Spielraum dafür hat.*

... Wir akzeptieren keine Regierung, die Gesetze gegen die Arbeiterkontrollen verabschiedet und sich mit den Rechtskräften verbündet. Das ist einer der Gründe, warum die GDUP's auf der Organisierung der Arbeiter gegen Unterdrückung und Ausbeutung bestehen. Den Faschismus bekämpft man nicht mit parlamentarischen Mehrheiten" (Nach „A Capital" vom 14.8.76).

Am 17.8. fand auch in Portimao eine Demonstration statt, zu der die GDUP aufgerufen hatte. Den Protesten schlossen sich die meisten Einzelgewerkschaften, die Intersindical-Zentrale, ebenso wie auch die PC, die Demokratische Frauenbewegung und viele andere Organisationen an. Im ganzen Land protestierten Arbeiterkommissionen gegen die Rückkehr und die Freilassung Spinolas.

Die Arbeiterkommission von Setenave organisierte zwei Arbeitsniederlegungen, die auch in anderen Betrieben befolgt wurden.

Vom Kriegsverbrecher zum Terroristenchef

Die Gründe für diese starke Protestbewegung liegen darin, daß Spinolas Faschistenkarriere ihn zu einem „Symbol" der volksfeindlichen Politik der portugiesischen Bourgeoisie macht. Wenn Spinola zurückkehrt, ist der Tag nicht mehr fern, daß auch der Ex-Diktator Caetano wieder nach Portugal kann! Hier soll eine kurze und unvollständige Liste der wichtigsten Verbrechen Spinolas gegeben werden:

- Im spanischen Bürgerkrieg nahm Spinola als Offizier auf faschistischer Seite teil.
- Während des zweiten Weltkrieges hielt er sich wiederholt an der Ostfront bei den Nazitruppen auf. Er besuchte sogar Stalingrad.
- 1961-64 war er Oberbefehlshaber der portugiesischen Truppen in Angola und in dieser Zeit verantwortlich für die blutige Unterdrückung
Angola und in dieser Zeit verantwortlich für die blutige Unterdrückung
von Aufständen.
- 1968-73 war Spinola Oberbefehlshaber in Guinea-Bissau, wo er für brutale Unterdrückung der Volkskämpfe eine traurige Berühmtheit erreichte.
- 1972 befahl er einen Überfall auf Guinea-Conakry, um die Führung der PAIGC ermorden zu lassen.
- 1973 ließ er Amilcar Cabral, den Führer der PAIGC, ermorden.
- Nachdem er durch Tricks und unter Ausnutzung der politischen Unerfahrenheit der MFA-Offiziere Staatspräsident des nachfaschistischen Portugals geworden war, wollte er die Mai-Demonstrationen verbieten, um „Chaos zu vermeiden".
- Juni 74 auf einer MFA-Vollversammlung machte er den (gescheiterten) Versuch, sich diktatorisch Vollmachten erteilen zu lassen.
- Im Juni 74 unternahm er zusammen mit dem damaligen Ministerpräsidenten Palma Carlos, seinem heutigen Verteidiger, den Versuch eines „konstitutionellen Putsches".
- Sommer 74: Versuch, die Entkolonialisierung zu hintertreiben.
- Juni 74: Treffen mit Nixon und Mobutu (!) auf den Azoren, um die weitere Politik, insbesondere gegenüber Angola, abzusprechen.
- 28. September 74: Putschversuch mit Hilfe eines „Marschs der schweigenden Mehrheit" auf Lissabon.
- 11. März 75: Zweiter Putschversuch, in dessen Verlauf das RALIS bombardiert wird.
- Danach Flucht über Spanien in verschiedene kapitalistische Länder, darunter Brasilien und BRD, um als Führer der Faschistenbanden MDLP und ELP gegen Portugal zu konspirieren.

Die Rechte sieht ihre Zeit gekommen

Die portugiesische Linke weiß, daß Spinolas Rückkehr Teil eines umfassenden Plans der Rechten ist, systematisch ihre Positionen im Staatsapparat auszubauen.

So ist es sicher kein Zufall, daß Spinola gerade in dem Augenblick zurückkommt, in dem die portugiesische Militärspitze umgruppiert wird.

Nach der „Normalisierung" der Lage durch die Wahlen werden gegenwärtig alle entscheidenden Positionen neu besetzt. Scheinheilig erklärte dazu der Sprecher des „Revolutionsrats", Hauptmann Sousa e Castro: *„In einer bestimmten schwierigen Situation ist es notwendig gewesen, Ämterhäufungen vorzunehmen. Diese Situation ist heute überwunden und wird verändert".*

Der Abbau der „Ämterhäufung" wirkte sich dann so aus, daß die letzten Mitglieder der „Gruppe der Neun", einer sozialdemokratisch ausgerichteten Fraktion des MFA, die im vergangenen Sommer als Sammelpunkt der R e c h t e n im MFA gegründet wurde und entscheidenden Anteil an der Spaltung des MFA und der Isolierung der Linken hatte, aus den Kommandoposten verdrängt wurden. Sie gelten heute als „Linke"!!

So wurde Vasco Lorenço, der im November als Kommandant der Militärregion Lissabon Nachfolger des abgesetzten Otelo de Cavalho wurde, von diesem Posten jetzt ebenfalls abgesetzt, und auf den ziemlich bedeutungslosen Posten eines Militärgouverneurs von Lissabon „befördert". Ebenso wurden die Kommandanten der Militärregion Mitte, Franco Charais, und Süd, Pezarat Correia, abgesetzt.

rais, und Süd, Pezarat Correia, abgesetzt.

Insbesondere an dem Posten des Kommandanten der Militräregion Süd ist die Rechte stark interessiert, weil im Süden in nächster Zeit der Kampf gegen die Agrarreform geführt werden wird. Für diese Auseinandersetzung, in der es um die Rückgabe großer Ländereien an die Großgrundbesitzer geht, will die Rechte einen zuverlässigen Faschisten als Miltärkommandanten haben.

Im gleichen Zuge wurde der „Revolutionsrat" nun zu einem völlig unbedeutenden Repräsentationsgremium gemacht, in dem sich die abgesetzten „gemäßigten" Militärs nun auf Lebenszeit tummeln dürfen.

Der General Kaulza de Arriaga, Altfaschist und tatsächlicher Führer der portugiesischen Rechten, wollte mit der Rückkehr von Spinola den Zeitpunkt selbst festsetzen, zu dem die portugiesische Militärführung die Rehabilitierung der faschistischen Militärs in aller Öffentlichkeit vornimmt.

Die Reaktion der Behörden und des Präsidenten wie der Regierung zeigt, daß dieser Zeitpunkt jetzt gekommen ist. In nächster Zeit werden die prominenten faschistischen Militärs wieder in aller Offenheit in den höchsten Ämtern sitzen.

Die Aktionen der Linken gegen diese Entwicklung waren erst ein kleiner Anfang. Die Arbeiter von Setenave haben den richtigen Weg gezeigt: Es gilt jetzt, den Kampf gegen die faschistische Restauration zum Massenkampf zu machen, sonst sind die Errungenschaften der letzten Jahre schnell verspielt.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Portugal
Jeder Polizist ist ein potentieller Terrorist

Seit dem Spätsommer des vergangenen Jahres geht eine Welle von faschistischen Terrorakten über Portugal.

Handelte es sich zunächst um „legal arbeitende" Faschistenhorden, die am hellen Tage, überwiegend im Norden, meist im Anschluß an Hetzreden der lokalen Pfaffen(ab und zu bemühte sich aber auch der Bischof persönlich) Parteibüros und Läden der linken und revolutionären Organisationen überfielen und verwüsteten, so entwickelten sich diese Faschisten immer mehr zu heimtückischen Bombenlegern.

Seit Herbst letzten Jahres wurden hunderte Sprengstoffanschläge auf Büros und Wohnungen verübt, bei denen über hundert Menschen verletzt und mindestens zehn getötet wurden.

Dennoch gelang es der Polizei, die gegen die revolutionäre Linke und gegen fortschrittliche Ausländer unermüdlich im Einsatz ist, angeblich nie, auch nur die kleinste Spur von den Tätern zu entdecken.

Erst vor wenigen Wochen fand in Porto eine Pressekonferenz von Terroropfern statt, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Polizei in ihren Fällen so gut wie nicht ermittelt habe. Die revolutionäre Organisation UDP wies vor einigen Wochen nach, daß im Falle des ermordeten UDP-Kandidaten Pater Maximino die Polizei Ermittlungsmaterial verschwinden ließ.

Inzwischen hat die Polizei eine teilweise Erklärung für diese Vorgänge selbst geliefert:

Am 6. August hob die Polizei von Porto eine Bombenlegerbande aus, die inzwischen auf 15 Köpfe angewachsen ist. Unter den Verhafteten befinden sich so „bedeutende Persönlichkeiten" wie:

- Antonio Julio Regadas, Mitglied der Kriminalpolizei von Porto, der sich bereits 1969 bei der Unterdrückung der Studentenrevolte in Coimbra „ausgezeichnet" hatte;
- Conçalo Conçalvez Martins, Beamter am Arbeitsamt von Porto;
- Abilio de Oliveira, Kapitalist aus Santo Tirso;
- Joaquim Ferreira Torres, ehemaliger Präsident des Gemeinderats von Murca, ehemaliges Mitglied der Faschistenpartei ANP und Schwager des Kommandanten der Schutzpolizei von Porto, Major Mota Freitas;
- schließlich der Herr Major Mota Freitas selbst, sowie aller Wahrscheinlichkeit nach sein Stellvertreter Sampaio Cerveira.

In der portugiesischen Presse wird außerdem berichtet, zu dieser Bande hätten noch mindestens zwei Offiziere des Heeres und mindestens ein „prominenter Politiker", offensichtlich des CDS, gehört, deren Namen von den Behörden jedoch verschwiegen werden.

Außerdem ist erwiesen, daß die Bande über amerikanische Waffen verfügt hat, die aus den Beständen der portugiesischen Kolonialarmee stammten. Diese Waffen waren im vergangenen Jahr, als die letzten Kolonialtruppen aus Afrika abzogen, unter „größten Sicherheitsvorkehrungen" in Lissabon verladen worden. Verantwortlich für diesen Vorgang waren damals die berüchtigten „Comandos" aus Amadora unter dem Befehl des Faschisten Jaime Neves ...

Inzwischen ließen die Ermittlungsbehörden bereits verlauten, der Bande würden so ziemlich sämtliche Terroranschläge, die überhaupt stattgefunden haben, zur Last gelegt.

Daran wird deutlich, daß der Staat auch diesmal nach dem alten Prinzip verfahren will, in einer Situation, in der die Öffentlichkeit energisch nach einem Vorgehen gegen die Faschisten verlangt, ein paar „kleine Fische" vorzuzeigen, und den Rest zu decken. Daß diese kleinen Fische so kapital ausfallen wie ein Polizeikommandant von Porto, ist in diesem Fall nur ein weiterer Beweis dafür, daß die Hintermänner der Terroristen sehr hoch oben in der Hierarchie des Apparats sitzen müssen.

In diesem Zusammenhang weist die fortschrittliche portugiesische Presse darauf hin, daß die jetzt verhafteten Terroristen nachweislich zu den konspirativen Faschistenorganisationen MDLP/ELP gehören, über die der westdeutsche Journalist Wallraff erst vor wenigen Monaten enthüllt hat, daß sie über Verbindungsleute in den höchsten militärischen Gremien verfügen, daß sie eng mit dem CDS zusammenarbeiten, und daß der heutige Staatspräsident Eanes zu ihnen gehört.

Der Herr Staatspräsident zögerte denn auch nicht, sich direkt „in die Ermittlungen einzuschalten" („Le Monde" vom 11.8.76).

Schließlich enthüllte Wallraff, daß der damals flüchtige (und vor kurzem zurückgekehrte) Ex-Staatspräsident Spinola der Präsident der MDLP/ELP-Bande ist.

Insofern ist die Aufdeckung eines kleinen Zipfels des Terroristennetzes der Preis, den die Bourgeoisie für die Rückkehr von Spinola nach Portugal zahlt.

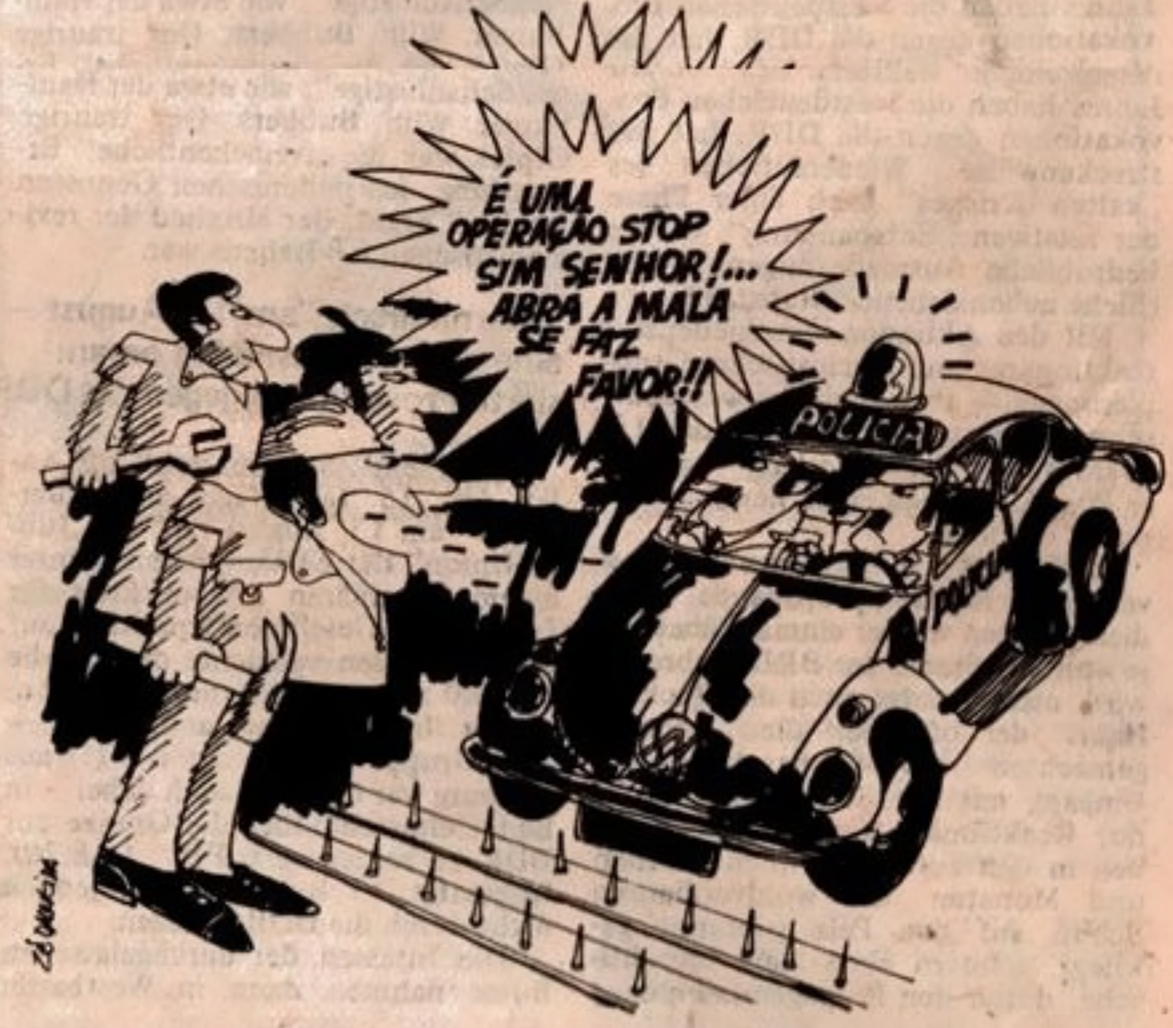
Offensichtlich ist jetzt der Moment gekommen, in dem die faschistische Unterwelt wieder gesellschaftsfähig gemacht werden soll. Dazu müssen pro forma ein paar Verhaftungen vorgenommen werden ... Man kann sicher sein, daß es den Gefangenen nicht schlecht geht, und daß sie nicht lange im Gefängnis sein werden!

Andererseits bieten diese Verhaftungen der Regierung das Alibi, noch brutaler gegen die Linke vorzugehen. Das ist dann der Preis, den die fortschrittlichen Kräfte für die Rückkehr Spinolas nach Portugal zahlen.

Die unglaubliche Tatsache, daß die faschistischen Bombenleger monatelang unter dem Schutz der Behörden ihr Unwesen treiben konnten, zeigt erneut, wie schädlich es sich auswirkt, daß nach dem 25. April 74 keine gründliche Säuberung des Staatsapparats von Faschisten vorgenommen wurde.

Die Präsenz all jener alten Faschisten des Salazar- und Caetano-Regimes in Armee, Polizei und Verwaltung erleichterten und erleichtern der portugiesischen Bourgeoisie die Re-Faschisierung von Staat und Gesellschaft ganz gewaltig!

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Jawohl, Herrschaften, das ist eine Auto-Kontrolle. Öffnen Sie bitte den Kofferraum! (Karikatur aus „A Gazeta" zu den Verhaftungen in Porto)

„PCP/ML" begrüßt Rückkehr Spinolas

Die „PCP/ML", Bruderpartei der „KPD" und als bisher einzige portugiesische „ML"-Organisation einer Einladung nach Peking gewürdigt (zweimal im vorigen Jahr, einmal in diesem!), begrüßt die Rückkehr des Altfaschisten und Putschisten Spinola nach Portugal! In einem Kommunique aus diesem Anlaß bezeichnet die „PCP/ML" Spinola als **„Opfer zweier ‚inventonas', die vom KGB inszeniert waren"**. ‚Inventona' ist ein gebräuchliches Wortspiel der portugiesischen Rechten – eine ‚inventona' ist ein kleiner Putsch, ‚inventar' heißt erfinden, eine ‚inventona' ist also ein erfundener Putsch, den es gar nicht gegeben hat. Den Rechten geht es dabei um ihre Putsche vom 28. September 74 und 11. März 75, von denen sie behauptet, daß sie von der revisionistischen „KP" nur erfunden worden seien. Der KGB ist der sowjetische Geheimdienst. – Die „PCP/ML" übernimmt also die Version der Rechten und macht den Putschisten Spinola zum unschuldigen Opfer falscher Anschuldigungen!

In dem Kommunique der „PCP/ML" heißt es weiter, Spinola sei **„einer der wenigen bürgerlichen Politiker gewesen, der einen klaren Blick hatte, was die Ziele der Lakaien des russischen Sozialimperialismus in unserem Land angeht"**, und erwähnt besonders lobend seine Versuche, die PCP aus der Regierung zu drängen. die „PCP/ML", *„obgleich sie viele Vorstellungen Spinolas nicht teilt, sieht seine Rückkehr nach Portugal mit Befriedigung"*, da es sich *„um einen Ausdruck des Scheiterns der sozialimperialistischen Manipulationen im Staatsapparat"* handle und die Möglichkeit geben, *„sich ein Urteil darüber zu bilden, was der 11. März war"* (Zitate nach „O Seculo", 13.8.76).

Die Reaktion der westdeutschen Bruderpartei der „PCP/ML", der „KPD", bleibt abzuwarten. Zwar veröffentlichte sie in ihrer „Roten Fahne" (18.8.76) einen total idiotischen Artikel, wo „Sozialfaschismus" und „Sozialimperialismus" immer noch als „Hauptgefahr" für Portugal hingestellt wurde und wo man sich im Geiferton darüber ereiferte, daß Cunhal, Vorsitzender der PCP und *„der Drahtzieher des Putschversuchs vom 25. November", „immer noch frei herumläuft"*, aber wo andererseits Spinola immerhin als *„Altgeneral und Rechtsputschist"* tituliert wurde. Da ist die „KPD" offenbar noch nicht auf dem neuesten Stand ihrer Bruderpartei?

Sicher sein kann man, daß die „KPD", die heute teilweise noch mit „demokratischen" und „antifaschistischen" Zügen auftritt, bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe genauso ins Lager des offenen Faschismus abdriften würde wie ihre Freunde in Portugal.

. 15. „Jahrestag des Mauerbaus"

BRD-Imperialismus wieder auf Revanche-Kurs



Insbesondere während des letzten Jahres haben die westdeutschen Provokationen gegen die DDR, hat das streckenweise Wiederaufleben des „kalten Krieges" nach einer Phase der relativen „Entspannung", wieder bedrohliche Ausmaße angenommen. (Siehe nebenstehende Statistik.)

Mit den Aktionen verschiedenster reaktionärer und faschistischer Grup-

der relativen „Entspannung", wieder bedrohliche Ausmaße angenommen. (Siehe nebenstehende Statistik.)
Mit den Aktionen verschiedenster reaktionärer und faschistischer Grup-

pierungen – aber auch des westdeutschen Staates – aus Anlaß des 15. „Jahrestages des Mauerbaus" hat diese Politik kürzlich einen neuen Höhepunkt erreicht.

Begünstigt hat die Wirkung der revanchistischen Hetzpropaganda, die in diesen Tagen wieder einmal kübelweise von der Presse der BRD verbreitet wird, nicht zuletzt auch die „lockere Hand" der offenbar allzu „scharf" gemachten DDR-Grenzsoldaten im Umgang mit der Schußwaffe. Nicht nur Reaktionäre und Faschisten haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten den wohlverdienten Schuß auf den Pelz gebrannt gekriegt, sondern eben auch unpolitische, durch den Propaganda-Feldzug des BRD-Imperialismus aufgescheuchte „Schaulustige", wie etwa der Hamburger Willi Bubbers. Der traurige Gipfel war die „versehentliche" Ermordung des italienischen Genossen Benito Corghi, der Mitglied der revisionistischen KP-Italiens war.

Benito Corghi, der Mitglied der revisionistischen KP-Italiens war.

„Sternmarsch" am 13. August – eine generalstabsmäßig organisierte Provokation gegen die DDR

„Sternmarsch" am 13. August – eine generalstabsmäßig organi-

Zu einem „Sternmarsch" aus Anlaß des „15. Jahrestages der Mauerbaues" am 13. August rief die „Junge Union" der CDU, versteckt hinter einem imaginären „Arbeitskreis für freiheitliche Gesellschaftspolitik", auf. Mit 18 Bussen versuchte die JU, die ca. 700 zusammengetrommelten Anhänger ihrer „Deutschlandpolitik" – eine Gruppe von J u s o s (!) aus Marburg war übrigens auch dabei – in Bad Helmstedt über die Grenze zur DDR zu schleusen („FR", 16.8.76). Insgesamt 13 Busse wurden jedoch nicht durch die DDR gelassen.

Die Insassen der durchgelassenen Busse nahmen dann in Westberlin an den revanchistischen Umtrieben der CDU teil: Zunächst eine Veranstaltung im „Haus des deutschen Städtetages" und dann ein „Fackelzug zum Reichstag" (!), wo der CDU-Generalsekretär Biedenkopf und der CDU-Fraktionschef in Westberlin, Heinrich Lummer, sprachen – der sowjetische „Regimekritiker" Andrej Amalrik, neuster Munitions-Lieferant für Springers Dreckschleudern, hatte ‚bedauerlicherweise' aus „Termingründen" abgesagt („FR", 11.8.76).

Die JU genoß bei ihrer provokativen „Sternfahrt" – wie der Ablauf der weiteren Ereignisse zeigt – die volle Schützenhilfe des westdeutschen Staates. Offenbar nach einer vorgefertigten „Checkliste" wurde noch am Freitagnachmittag, als die ersten Busse gestoppt waren, „unverzüglich" der Bundeskanzler in seinem Urlaubsort am Schleswig-Holsteiner Brahm-See informiert, ebenso wie die drei West-Alliierten. Noch am selben Nachmittag jagte der westdeutsche Vertreter in der Transitkommission ein Fernschreiben los, in dem die DDR „aufgefordert" wurde, „ ... *die Fahrzeuge ohne Zeitverlust zur Fortsetzung ihrer Reise nach Westberlin passieren zu lassen* "(„FAZ", 16.8.76). Am Freitag abend beauftragte die Bundesregierung ihren „Ständigen Vertreter in der DDR", Günther Gaus, deswegen beim DDR-Außenministerium vorstellig zu werden. Am Sonnabend vormittag schließlich fand eine Sitzung der Alliierten unter Hinzuziehung westdeutscher Vertreter statt, als deren Ergebnis die DDR in einer Erklärung der „Verletzung des Transitabkommens" beschuldigt wurde. Die Erklärung endete mit der nicht näher konkretisierten Drohung: *„Die Alliierten beobachten die Situation genau und sind in ständigem Kontakt mit der Bundesregierung, um zu entscheiden, welche weiteren Schritte angezeigt sind"* („FAZ", 16.8.76).

Der SPD-Bürgermeister von West-

um zu entscheiden, welche weiteren Schritte angezeigt sind" („FAZ", 16.8.76).
Der SPD-Bürgermeister von West-

berlin, Klaus Schütz, sprach sich nachdrücklich mit Bezug auf den JU-„Sternmarsch" „ ... *für das Recht jedes Einzelnen* (aus), *in Berlin das zu tun, was er für richtig halte*" („SZ", 16.8.76). Im einzelnen meinte er das Recht:
- der Westberliner Parteivorsitzenden (Peter Lorenz – CDU, Wolfgang Lüder – FDP und Schütz selbst für die SPD), in einer schmierigen Komödie einträchtig mit einer Kranzniederlegung am „Mahnmal für die Opfer des Stalinismus" ihren Antikommunismus zu demonstrieren;
- der JU-CDU, die oben beschriebene Kundgebung und den „Sternmarsch" zu inszenieren;
- des rechtsradikalen „Bund freies Deutschland", eine Veranstaltung mit „Originaltonbändern der Ereignisse am 13.8.1961" durchzuführen;
- zahlreicher faschistischer Gruppierungen, in der Woche vor dem 13.8. ihre Nazi-Propaganda zu betreiben. So insbesondere Veranstaltungen des „Bundes für deutsche Wiedervereinigung", der „Gemeinschaft ostdeutscher Grundstücksbesitzer" und von Frey's „Deutscher Volksunion", auf denen Referenten der „Aktion Oder/Neiße" oder solche faschistischen Einpeitscher wie der Byzantinistik-Professor Berthold Rubin hetzten. Die Liste ist unvollständig! („FR", 11.8.76)

In dieser illustren Gesellschaft konnten natürlich auch die Halb- und Voll-Vaterlandsverteidiger der „KPD" und „KPD/ML" nicht fehlen. Ihre zentrale Demonstrationsparole: „Nieder mit der Schandmauer!".



Ohne Kommentar

„Die Mauer" – in erster Linie Ergebnis der Aggressivität des BRD-Imperialismus!

„Die Mauer" – in erster Linie Ergebnis der Aggressivität des BRD-Imperialismus!

Seit ihrer Existenz ist die sogenannte „Mauer" ein Schwerpunkt in der revanchistischen Propaganda des BRD-Imperialismus, wobei dieser sich den Umstand zu Nutze machen kann, daß mit dem Mauerbau in der Tat erstmals in der Geschichte ein sozialistisches Land gezwungen war, breite Teile seiner Bevölkerung an der Flucht in den Kapitalismus zu hindern. D a s war der Hauptgrund für den „Mauerbau", auch wenn die DDR-Revisionisten diesen mit ihrer Legende vom „antifaschistischen Schutzwall" gern a u s s c h l i e ß l i c h in der Aggression von außen sehen wollen. Dennoch ist es die Politik des Imperialismus, der geschickt an den noch vom Hitlerfaschismus übriggebliebenen antikommunistischen Stimmungen bei breiten Teilen der DDR-Bevölkerung anknüpfte, und der mit „kaltem Krieg" und Wirtschaftsblokkade sowie offenen Sabotageakten die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR verhindern wollte, die die Hauptschuld an der Spaltung Deutschlands und schließlich der Existenz der „Mauer" bzw. der anderen Grenzbefestigungen trägt. Das wird schon bei einem kurzen historischen Rückblick deutlich.

Die Grenze zwischen der DDR und Westberlin/BRD war seit der spalterischen Gründung der BRD durch eine separate Währungsreform für die damaligen drei Westzonen und der Konstituierung des Bundestages am 7.11.49, bis zur Errichtung der Befestigungen am 13.8.61, also über einen Zeitraum von 12 Jahren offen. Dieser Zustand wurde vom BRD-Imperialismus zu umfangreichen Waren- und Währungsspekulationen ausgenutzt. Ebenso wurde

ren offen. Dieser Zustand wurde vom BRD-Imperialismus zu umfangreichen Waren- und Währungsspekulationen ausgenutzt. Ebenso wurde

während der ganzen Zeit eine massive Kampagne zur Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften betrieben. Von 1949-61 sind nach Angaben des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" insgesamt 2,7 Mio. Menschen in den „Goldenen Westen" geflohen, wovon etwa 620.000 vormals in Industrie und Handwerk beschäftigt waren. Das Ausmaß des Schadens durch diese Abwanderung, das W. Ulbricht im Jahre 1966 auf 30 Mrd. Mark schätzte (in „Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung"), dürfte noch greifbarer werden, wenn man in Betracht zieht, daß die Gesamtbevölkerung der DDR 1948 nur 19,1 Mio.

Fortsetzung Seite 7

Statistik der jüngsten Grenzprovokationen

Die Erschießung des italienischen Kommunisten Benito Corghi an der DDR-Staatsgrenze und die Zurückweisung von 13 Bussen mit Mitgliedern der Jungen- und Schüler-Union und anderer rechtsradikaler Gruppierungen sowie der 15. „Jahrestag des Mauerbaus" haben die Anti-DDR-Hetze in der BRD gewaltig gesteigert.

In der folgenden, sicherlich nicht vollständigen Aufstellung sollen die zunehmenden Grenzprovokationen der letzten Zeit beleuchtet werden:

- Im Juli 1975 geriet der Lüneburger Klaus Lange nur mit einer Badehose bekleidet auf das Gebiet der DDR. Angeblich sei er beim harmlosen Paddeln auf der Elbe in Bedrängnis geraten und mußte somit das DDR-Ufer aufsuchen. Nach 16tägiger Untersuchungshaft wurde er in die BRD abgeschoben. Gleich darauf erhob sich bei den bürgerlichen Parteien und den Hetzblättern ein wüstes Geschrei über angebliche Mißhandlungen an Lange in der DDR. Der CDU-Reaktionär Olaf v. Wrangel verstieg sich zur Forderung, sofort den „Bundestagsausschuß für Innerdeutsche Beziehungen" einzuberufen.

Ein abschließender Bericht der Bundesregierung im Januar '76 konnte schließlich nicht umhin, Lange als *„zweitgrößten Schnacker von Lüneburg"* zu bezeichnen. („FR", 6.1.76) *„Spuren von Mißhandlungen sind objektiv nicht nachweisbar"* (s. AK 72).

- Seit vielen Jahren, insbesondere nach dem Bau der „Mauer", arbeiten in der DDR sogenannte „Fluchthelferorganisationen", deren enge Verbindung zum CIA, zu faschistischen Organisationen und nicht zuletzt zum BRD-Staatsapparat kein Geheimnis sind (s. AK 73). Im Januar dieses Jahres fand nunmehr einer von vielen Prozessen gegen einen Fluchthelfer statt. Der Angeklagte Rainer Schubert wurde überführt, von 1972 an 130 Menschen für Summen zwischen 10.000 und 28.000 DM die Flucht aus der DDR ermöglicht zu haben; er wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die bürgerliche Presse stimmte ihr schon bekanntes Wutgeheul an und beschwor den „Geist von Helsinki" und die „Menschlichkeit". Schubert selbst, ein offener Faschist, bezeichnete sich als „politischen Überzeugungstäter". Darüberhinaus war er Mitte der sechziger Jahre an der Planung eines Sprengstoffanschlages gegen die „Mauer" und an Entführungsplänen für ein DDR-Grenzwachboot beteiligt. Schubert unterhielt mit Unterstützung des CIA eine 13 Mann starke „Fluchthelfer-Truppe", die mit Karabinern ausgrüstet war.
- In der Nacht des 30. April 1976 wurde an der DDR-Grenze bei Büchen Michael Gartenschläger aus Hamburg nach einem Schußwechsel (er war mit einer Pistole bewaffnet, einer seiner Kumpane mit einem Gewehr) von DDR-Grenzern erschossen. Gartenschläger hatte zum dritten Mal versucht, an der Grenze ein Selbstschußgerät zu demontieren und mitzunehmen.

Um Gartenschläger hatte sich eine faschistische Bande aus ehemaligen politischen Häftlingen aus der DDR gebildet, die entweder von der Bundesregierung freigekauft oder von der DDR in die BRD abgeschoben worden sind (AK 82). Zum ersten Mal hatte Gartenschläger in der Nacht zum 30. März an der DDR-Grenze ein Selbstschuß-Gerät abgebaut und es dem „Spiegel" für DM 12.000 überlassen. Am 23. April demontierte er ein weiteres Gerät, bevor er versuchte, im Auftrage der rechtsradikalen „Arbeitsgemeinschaft 17. Juni" am 30. April '76 ein drittes "zu besorgen", das diese Gruppierung für „Demonstrationszwecke" verwenden wollte.

Die Bundesregiergung „protestierte" sofort gegen den „unangemessenen Schußwaffengebrauch", und der „Spiegel" vom 26. April veröffentlichte in dieser Ausgabe „exakte Hinweise für eine gefahrlose Demontage".

- So ermuntert unternahmen die Täter Jürgen Müller und Gerd Kiese am 30. Mai einen weiteren erfolgreichen Versuch, und Müller war mit seiner Beute ganz stolz auf einer Polizeiwache erschienen (AK 82). Das „Neue Deutschland" vom 31.7.76 kritisierte die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Lüneburg und Lübeck, die das Verfahren gegen Kiese und Müller wegen „Geringfügigkeit" eingestellt haben und nennt das in diesem Zusammenhang richtigerweise einen „Freibrief für Grenzverletzer" (lt. „FR", 2.8.76).

„Die eingezogenen Todesautomaten sollen nach Angaben des Ministeriums in absehbarer Zeit an einem geeigneten Ort öffentlich ausgestellt werden" („FR", 29.7.76).

- Am 15.6.76 wurden zwei BGS-Leute von Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR auf DDR-Gebiet festgenommen. Eine Untersuchung ergab, daß sich die beiden Bundesgrenz„schützer" eindeutig etwa 200 Meter auf DDR-Gebiet befanden. Nachdem sie im DDR-Fernsehen ihre b e w u ß t e Grenzüberschreitung zugegeben hatten, wurden sie in die BRD entlassen.

Die bürgerliche Presse verbreitete gleich nach dem Vorfall, die Beamten seien vermutlich von DDR-Grenzbeamten auf das Gebiet der DDR „verschleppt" (!!) und widerrechtlich festgehalten worden (laut „SZ", 18.6.). Diese Provokation um den „17. Juni" herum war sicherlich nicht zufällig. Genausowenig wie die geplanten Grenzverletzungen von Reaktionären aller Schattierungen. So wurden an zahlreichen Grenzpunkten in Schleswig-Holstein Plaketten mit dem DDR-Emblem, Hammer und Zirkel, von den Grenzpfählen gebrochen und Hakenkreuze geschmiert. In der „Welt" vom 29.5.76 rühmt sich eine Thora Ruth aus Mainz öffentlich, mit Angehörigen der JN (Jugendorganisation der NPD) zahlreiche Grenzpfähle an der Grenze zwischen der DDR und Bayern beschädigt und beschmiert zu haben.

- Ohnehin stellt der vorweg geschilderte Verstoß von Angehörigen des BGS keine Seltenheit dar. In einer im „Neuen Deutschland" vom 10.8.76 abgedruckten Erklärung der Moskauer „Prawda" ist von einer weiteren schweren Grenzverletzung die Rede, die allerdings in der BRD nicht publik gemacht wurde. *„Der letzte Zwischenfall, von dem die Presse schweigt: Sechs westdeutsche Grenzer mit Waffen in der Hand haben die Grenze überschritten und eine Rauchbombe gegen Grenzer der DDR geworfen. In Bonn streitet man diesen Zwischenfall ab, indem man erklärt, daß der Regierung nichts bekannt ist. Dieser Zwischenfall paßt anscheinend nicht in die Version über ‚zufällig verirrte Touristen'"*.
- Ebenfalls im August diese Jahres warf die DDR-Nachrichtenagentur ADN dem Bundesgrenzschutz vor, er *„habe in zwei Fällen Bundesbürger zur vorsätzlichen Grenzverletzung angestiftet"* („FR", 12.8.76). *„Nach Darstellung der DDR-Nachrichtenagentur ADN ist am 8. April der aus Backnang stammende Klaus-Dieter Freimark in der Nähe der Ortschaft Kella von vier Zollbeamten im Dienstfahrzeug* (!!) *an die Grenze gebracht und von diesen ‚in sein Verhalten beim Überwinden der Grenzsicherungsanlagen eingewiesen' worden. Am 31. Mai sei in ähnlicher Weise der aus Dortmund-Buvinghausen stammende Ulrich Schmidt bei* Obersuhl (Hessen) angewiesen wor*den, wiederrechtlich in das Staatsgebiet der DDR einzudringen. Beide wurden inzwischen vom Kreisgericht Erfurt-Mitte verurteilt"* („FR", 12.8. 76.).
- Ein weiterer Fall, in dem ein bislang Unbekannter im Kreis Lüchow-Dannenberg versucht hat, die Grenzbefestigungsanlagen mittels eines Wurfankers zu beschädigen, ist noch im Ermittlungsstadium (ebd.).
- Welche Rolle der BGS gegenüber solchen übertrittswilligen „Touristen" an den Tag legt, wird aus folgender Erklärung deutlich, die das Bundesinnenministerium zu den Grenzverletzungen am 8. April und 31. Mai abgab:

„Angesichts der Rechtslage (sog. ‚innerdeutsche Grenze') *hätten die Beamten die beiden Männer aber nicht davon abhalten können, über die Grenze zu gehen und sich damit selbst Schaden zuzufügen"* („FR", 12.8.76). Eine Einladung für jeden Provokateur!

- Wenn sich nach solch einladender „Hilfestellung" des BGS tatsächlich jemand ungewollt oder aus Neugierde auf DDR-Gebiet verirrt, wie im Fall des „schaulustigen" Hamburgers Willi Bubbers, dann ist das eindeutig die Schuld der westdeutschen Behörden. Der Schußwaffengebrauch im Fall Bubbers allerdings muß ebenfalls kritisiert werden, denn nachdem Bubbers auf das Territorium der DDR gelangt war und von den DDR-Grenzsoldaten angerufen wurde, hätte man den unbewaffneten Mann auch ohne Schußwaffe festnehmen können.

Diese paar Beipiele zeigen wohl deutlich, daß die BRD-Revanchisten wieder kräftig an der Wiederbelebung des „Kalten Krieges" arbeiten.

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 6

(höchster Stand) betrug. Der Schaden, der der DDR insgesamt durch die offene Grenze in Berlin und die damit verbundenen günstigen Bedingungen für die imperialistische Wühltätigkeit, Sabotage, Spekulationen etc. zugefügt wurde, wird nach übereinstimmenden Schätzungen von DDR, BRD und US-amerikanischen Wissenschaftlern auf ca. 100 Milliarden Mark geschätzt (Stefan Doernberg, „Kurze Geschichte der DDR", Dietz-Verlag 1965, S. 438).

Ohnehin ist der wirtschaftliche Wiederaufbau der DDR unter wesentlich schlechteren Bedingungen vonstatten gegangen als in der BRD. Bei der Spaltung Deutschlands entfielen auf die DDR (insbesondere durch Verlust des Ruhrgebietes) nur 1,3 % der Roheisen-, 7 % der Stahl- und 2 % der Steinkohleproduktion. Der Rohstoffbedarf mußte weitgehend durch Importe gedeckt werden. Abgesehen von Braunkohle und Salzvorkommen ist die DDR zu fast 100 % auf diese Importe angewiesen: Nur ca. 5 % des Eisenbedarfs wird durch eigene Förderung gedeckt, noch schlechter ist das Verhältnis bei Erdöl und Buntmetallen.

Dazu kam in Deutschland eine Infrastruktur, die weitgehend auf den ehemaligen Industriekern – Ruhrgebeit – abgestimmt war, also q u e r verläuft und unter den Bedingungen der Spaltung nur noch begrenzten Nutzen hatte, sowie eine kaum entwickelte Investitionsgüter- und Grundstoffindustrie (DIW-Berlin, „DDR-Wirtschaft"; Fischer Verlag, S. 26-30).

Im Gegensatz zu diesen Bedingungen wurde die BRD bekanntlich mit dem Marshall-Plan relativ schnell wieder als Vorposten des Imperialismus in Europa hochgepäppelt, sodaß 1959 z.B. der Lebensstandard (pro Kopf verbrauchte Gebrauchsgüter) zwischen 35 und 40 % höher als in der DDR lag (DIW – S. 61 – Zahlen haben begrenzte Aussagekraft, da unter „Lebensstandard" nicht die Sozialen Errungenschaften, z.B. Gesundheitsversorgung etc. erfaßt werden).

Mit „ökonomischem Wettbewerb" gegen die Aggressoren...

Zeigen die Fakten zwar deutlich, daß die DDR-Führung 1961 gar nicht anders konnte, als die Grenze dicht zu machen, um dem Treiben des Imperialismus einen Riegel vorzuschieben und die wirtschaftliche Entwicklung der DDR durch Verhinderung der Abwerbung einzudämmen, so bleibt dennoch die Frage ob und inwieweit die Politik der DDR-Revisionisten am nicht abreißenden Flüchtlingsstrom mitverantwortlich war. Mitverantwortlich nicht in dem Sinne, daß die Menschen vor dem „Kommunismus" oder gar dem „Revisionismus" davongelaufen wären, sondern in dem Sinn, daß die Politik der SED nicht sonderlich geeignet war, der imperialistischen Abwerbung durch beharrliche politische Überzeugungsarbeit, offene und ehrliche Diskussion etc. einen ideologischen Damm entgegenzustellen. In einer Situation verschärfter imperialistischer Aggression der BRD, Mitte bis Ende der 50er Jahre (Hallstein-Doktrin, Remilitarisierung, Stationierung von US-Atomwaffen etc.), übernahm die SED auf der 3. Parteikonferenz die Beschlüsse des 20. Parteitages der KPdSU von 1956, wonach „ ... **in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus der ö k o n o m i s c h e W e t t b e w e r b eine immer größere Bedeutung** ..." erlangt. Im Juli 1958 beschloß der 5. Parteitag der SED in Anwendung dieser Position:

„Die ökonomische Hauptaufgabe besteht darin, die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird. Deshalb muß erreicht werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland (!)" (Dokumente der SED, Bd. 7, S. 259).

Als Begründung dieser auf völlig unhaltbaren Illusionen und Versprechungen basierenden Politik führte man eine *„deutliche Tendenz zur internationalen Entspannung"* an.

Anstelle der politischen Diskussion über den unvermindert aggressiven Charakter des Imperialismus und der ehrlichen Einschätzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten setzte die SED die Illusion vom „friedlichen Wettbewerb" und von der Möglichkeit, kurzfristig den Imperialismus wirtschaftlich zu überrunden. Allerdings erwies sich diese Politik sehr bald als Bumerang. Die Wirtschaft der DDR war trotz massiver Anstrengungen nicht im versprochenen Maß zu entwickeln. Die gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten gingen sogar von zunächst 11 % (1959) auf 5 % (1960) und 4 % (1961) zurück.

Die für die imperialistische Propaganda anfälligen Menschen, von der SED selbst auf der Ebene des wirtschaftlichen Vergleichs zwischen BRD und DDR belassen, wandten sich erst recht vom Sozialismus ab. Die nicht eingelösten Versprechen, als Sieger aus dem „ökonomischen Wettbewerb" hervorzugehen, war einer der Gründe, die 1960 die Fluchtbewegung wieder anschwellen ließen.

Nun allerdings, nach Errichtung der „Mauer", später der Selbst - schußgeräte, der Verminung usw., gingen die DDR-Staatsorgane unnachgiebig gegen ‚Republikflüchtige' vor. Im ersten Jahr nach der Errichtung der „Mauer" wurde nach westlichen Statistiken 360 mal seitens der DDR-Grenzer von der Schußwaffe Gebrauch gemacht („FR", 11.8.76).

Konnte schon damals kein Kommunist diesen Praktiken ungeteilten Beifall zollen, so gibt es heute, nach der weiteren revisionistischen Entwicklung der DDR, für uns kaum Gründe, dieses Vorgehen zu verteidigen – natürlich abgesehen von dem Recht der DDR, sich gegen Angriffe und Übergriffe auf ihre Staatsgrenze zu schützen.

„Grenzzwischenfälle", oftmals gezielt provoziert, sind für den BRD-Imperialismus willkommene Munition in seinem Bestreben, die westdeutsche Bevölkerung national-chauvinistisch zu verhetzen und wieder verstärkt zu Formen des „Kalten Krieges" überzugehen. Davon haben die diesjährigen Provokationen anläßlich des „15. Jahrestages des Mauerbaues" und die in diesem Zusammenhang ausgesprochenen „Empfehlungen" westdeutscher Politiker zur künftigen Behandlung der DDR ein Beispiel gegeben.

Zurück zum „Kalten Krieg" ...

Alfred Dregger, faschistischer Einpeitscher der CDU/CSU, sah nach der Abweisung seines Jungvolkes an der DDR-Grenze für die Zukunft wirtschaftliche Sanktionen und Erpressungen als das geeignete Mittel der „innerdeutschen Beziehungen" an. Sein Kollege Stoltenberg sagte zunächst am gleichen Tag, daß man derartige Dinge *„genauer untersuchen"* müßte; schließlich gebe es *„ ... ein grundsätzliches Interesse der Bundesrepublik, geregelte, ausgeglichene, wirtschaftliche Beziehungen weiterzuführen"* („SZ", 16.8.76). Einen Tag später sah er sich jedoch genötigt, darauf hinzuweisen, daß er *„irreführend zitiert"* worden sei, und sich *„in grundsätzlicher Übereinstimmung"* und *„anderen Unionspolitikern"* befinde: *„Ich habe klar gesagt, daß wir auch im Bereich der finanzwirtschaftlichen Beziehungen zu Ost-Berlin zu einer anderen Politik übergehen wollen"*. Und dann noch konkreter: *„Eine feindselige und aggressive Politik Ost-Berlins kann jedoch zu einer Überprüfung der Darlehensgewährung (Swing) an Ost-Berlin im Rahmen des Interzonenhandels führen"* („FR", 17.8.76).

Wenn es auch am Unverhülltesten die CDU/CSU ist, die die Methoden des kalten Krieges propagiert, so haben SPD und FDP ebenfalls keinen Zweifel daran gelassen, daß sie prinzipiell in die gleiche Kerbe hauen. So hat Genscher schon vor dem 13.8. angekündigt, daß er im Auftrag der Bundesregierung die „Verletzung der Menschenrechte" durch die DDR Ende September vor die UN bringen wird, was wiederum flugs von der CDU/CSU um die Forderung nach Einsetzung eines „UN-Menschenrechtskommissars" – nicht für Chile etc. sondern eigens für die DDR ! – erweitert wurde („FR", 11. und 16.8.76). Daß der westdeutsche Imperialismus seine aggressiven Eroberungspläne gegen die DDR trotz aller „Entspannung" nicht fallengelassen hat, wird wohl am deutlichsten an den Äußerungen der beiden ‚Paradepferde' der CDU/CSU, Kohl und F.J.Strauß, die allen demokratischen, antifaschistischen Menschen Mahnungen zur Wachsamkeit sein sollten. Strauß sprach vom *„Scheitern der Entspannungspolitik"*, die ein *„schwerwiegender politischer Fehlgriff von geschichtlicher Tragweite für das Schicksal Deutschlands und Europas"* sei – Kohl konkretisierte: Eine *„ ... erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik* (setze) *eine politische Ordnung in Europa vorraus, in der das wiedervereinigte Deutschland seinen natürlichen Platz* (hat). *Daher besteht zwischen der Europapolitik der Union und dem Ziel der Wiedervereinigung ein unauflöslicher Zusammenhang. Die Wiedervereinigung Deutschlands* (steht) *im Zeichen einer historischen Notwendigkeit ..."* („FR", 13.8.76).

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Revanchisten treiben ihr Unwesen

Am Freitag, den 13. August hatte die Junge Union auf dem Berliner Platz in der Kieler Innenstadt eine etwa acht Meter lange und 2,50 m hohe Holzmauer aufgebaut, an der ein Schild mit der Aufschrift: *„109 Morde an der Mauer in Berlin bis zum heutigen Tage"* hing. Hierzu schrieben die „Kieler Nachrichten":

„Eine Mauer auf dem Berliner Platz b e h i n d e r t e gestern nachmittag die Passanten beim Bummel durch die Holstenstraße ... was beabsichtigt war, um durch diesen Stopp auf die Situation an der Berliner Mauer aufmerksam zu machen" („KN", 14.8.76).

Die Junge Union kann also eine Mauer in der Innenstadt errichten, die die Passanten absichtlich behindert, während Linken das Aufstellen von Stelltafeln am Sonnabend vormittag wiederholt verboten wird, mit der Begründung, sie behinderten den Fußgängerverkehr.

Ein Genosse des KB/Gruppe Kiel



Die Kieler „Mauer"

„ML"er beim Antikommunismus voll dabei

Von Jahr zu Jahr mehr lassen die Führer der „KPD" und der „KPD/ML" am 13. August den letzten Rest von Schamgefühl fallen und reihen sich offener ein in den antikommunistischen Chor „gegen die Schandmauer".

Trotz sonstiger Differenzen und obwohl die „KPD/ML" in letzter Zeit gern behauptet, mit den Vaterlandsverteidigern gar nichts zu tun zu haben, fanden sich beide Vorhut - Parteien am 13. August zur „Aktionseinheit" zusammen. Vorher hatten sie sich schon auf eine gemeinsame Erklärung und Parolen geeinigt, bei denen der BRD-Imperialismus (angeblich soll das ja der H a u p t - feind der „KPD/ML" sein?!) überhaupt nicht erwähnt wurde. An der Demonstration beteiligten sich 6-700 Menschen (*„über 7oo Westberliner"* laut Angaben der ‚Roten Fahne' der „KPD") – erfreulich wenig, wenn man bedenkt, daß früher (vor ihrer vaterländischen Wende) die „KPD" a l l e i n in Westberlin ohne weiteres 2-3000 Menschen mobilisieren konnte.



Mit Antikommunismus ist kein Geschäft mehr zu machen. Der Markt ist „satt"!

Mit Antikommunismus ist kein Geschäft mehr zu machen. Der Markt ist „satt"!

Die offene Übernahme antikommunistischer Parolen und Argumentationsmuster geht beispielsweise soweit, daß die „KPD/ML" jetzt mit Vorliebe von der „Schandmauer" spricht – ein Begriff, der ursprünglich von der Springerpresse erfunden wurde. Die „KPD" ihrerseits ging in einem Aufrufflugblatt soweit, gegen *„Grenzprovokationen"* der D D R zu hetzen, wobei sie folgende Fälle erwähnte:

– Die Erschießung des Faschisten Gartenschläger, als dieser zum dritten Mal versuchte, mit Komplizen ein Selbstschußgerät an der DDR-Grenze abzumontieren;
– die Festnahme zweier westdeutscher BGS'ler, die absichtlich auf das Gebiet der DDR eingedrungen waren.

Dies also rechnet die „KPD" als „Grenzprovokatonen", für die die D D R verantwortlich sei !! Kein Wunder, daß in dem vierseitigen Flugblatt kein Wort gegen den aggressiven und revanchistischen BRD - Imperialismus zu lesen ist.

In der ‚Roten Fahne' vom 18.8. ist die „KPD" gleich noch einen Schritt weiter gegangen: In der Manier der CDU/CSU wird da der SPD/FDP-Regierung vorgeworfen, *„daß sie völlig vor den Drohungen um die ‚Entspannungspläne' von Breschnew und Honnecker nicht zu stören"*. Aus diesem Grund habe die BRD-Presse auch *„die Aktivitäten der KPD zum 13. August unterschlagen"*, denn *„die Entspannungsfanatiker zittern vor jedem Windstoß, der das Kartenhaus der Ergebnisse von Helsinki zum Einsturz bringen könnte"*.

Im selben Zug verspottet die „KPD" die CDU/CSU als *„Maulhelden"* und macht sich über das *„klägliche Scheitern"* ihres Bus-Ausfluges nach Westberlin lustig. Das ist nun schon astreine Faschistenpropaganda, wie sie genausogut in der „Nationalzeitung" des Dr. Frey gestanden haben könnte (und wahrscheinlich auch gestanden hat).

Ähnlich schräg „argumentiert" auch der ‚Rote Morgen' (RM, 7.8.). Dort ist zu lesen, der „Mauerbau" 1961 habe die Kapitalisten und Imperialisten *„nicht sonderlich aufgeregt"*. Empört hingegen sei *„das Volk im Osten und Westen Deutschlands"* gewesen. *„12.000 Polizisten hatten den Auftrag einzugreifen, wenn die Bevölkerung zu Aktionen übergehen sollte. Später dann täuschten die Westmächte Protest vor (!!!), kam Kennedy, um mit seinem Spruch ‚Auch ich bin ein Berliner' die empörte Bevölkerung zu beruhigen(!!!)"*.

Besonders schweinisch ist diese Geschichtsfälschung, weil der Herausgeber des ‚Roten Morgen', der damals noch glühende Loblieder auf die „Mauer" schrieb, natürlich ganz genau weiß, wie nach dem Bau der „Mauer" die Springer-Presse, das Fernsehen, die bürgerlichen Politiker in ungeheuerlichem Ausmaß die „spontane Volkswut" schürten und anheizten. Diese Leute dachten gar nicht daran, das Volk zu „beruhigen", sondern putschten es kräftig auf. Westdeutsche und US-amerikanische Stellen finanzierten und organisierten Grenzprovokationen aller Art, bei denen mehrere DDR-Grenzer sogar ihr Leben verloren. Der Herausgeber des ‚Roten Morgen' weiß auch das, denn er hat früher Kommentare – etwas blutrünstig, aber im Kern durchaus korrekt – gegen die imperialistischen Provokationen an der Staatsgrenze der DDR geschrieben. Daß die ständigen antikommunistischen Großkundgebungen, die mit Kennedy, und zahlreiche andere dieses Typs, in Westberlin zur „Beruhigung" der Bevölkerung gedient hätten und nicht etwa zu deren Aufputschung, kann man auch nur behaupten, wenn man entweder total uninformiert ist – was der Herausgeber des RM ganz und gar nicht ist – oder wenn man total moralisch auf den Hund gekommen ist. Im ‚Roten Morgen' vom März 1968 (!) kann man übrigens nachlesen, wie es am Rande der solchermaßen „beruhigten" Kundgebungen zuging – Leute wurden über die Straße gejagt, wei sie einen Bart hatten oder ein rotes Hemd trugen usw.

Die „KPD/ML" behauptet, daß der Antikommunismus gerade in großen Teilen der Bevölkerung Westberlins eigentlich Antirevisionismus sei. Auch die Leute aus der DDR seien nicht etwa abgehauen, weil sie gegen den Sozialismus waren, sondern gegen den Revisionismus (RM, 7.8.). Nachweisbar ist aber, daß der Antikommunismus, in dem sich jetzt „KPD" und „KPD/ML" mit sichtlichem Wohlbehagen suhlen, seine Wurzeln schon lange vor 1961 hat – in den Auseinandersetzungen um Westberlin Ende der 40er Jahre („Blockade"), im 17. Juni 1953 usw. Auch darüber ist der Herausgeber des ‚Roten Morgen', seit Anfang der 50er Jahre in der KPD aktiv, natürlich genau informiert.

Junge „ML"- Genossen ärgern sich und fühlen sich auf den Schlips getreten, wenn man sie als Vaterlandsverteidiger oder gar Faschisten bezeichnet. Nun, niemand kann bezweifeln, daß diese Genossen mit Faschismus nichts zu tun haben wollen, daß sie sogar bereit sind, ihn militant zu bekämpfen. Aber wenn es ihnen ehrlich um die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus geht, sollten sie sich zuerst einmal dafür einsetzen, daß solche Schweins-Artikel nicht mehr in ihrer Zeitung erscheinen können!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Preisrätsel

Am 22. Mai 1964 erschien in einer westdeuschen Zeitung ein Artikel, aus dem das im Folgendem von uns abgedruckte Zitat stammt. Frage: Wer ist der Verfasser und um welche Zeitung handelt es sich? Auflösung im nächsten AK. Der Einsender der richtigen Lösung erhält 200.000 Mark in bar sowie die Gesamtausgabe des ‚Roten Morgen' in bibliophiler Sonderanfertigung (Schweinsleder-Einband, Gold- und Purpur-Prägung). Bei mehreren richtigen Einsendungen behält die Redaktion den Gewinn selbst. Also, hier das Zitat, und auf geht's beim lustigen Ratespiel:

„Was ist das für eine Jugend, die der DDR, die hier Rede und Antwort stand. Wie selbstbewußt, wie selbstsicher, stolz auf ihren Staat und ihren Aufbau. Man spürte, hier ist eine Jugend, die eine Perspektive hat, die weiß, was sie will, die im Heute schon für das Jahr 2000 plant".

Noch ein Tip: Bei dem Verfasser handelt es sich um einen großen Sohn der deutschen Arbeiterklasse, nach seiner eigenen Meinung sogar um den größten. Na, habt ihr's?...

Neue Steuergeschenke für's Kapital:

BRD-Konzerne rüsten für die Ausplünderung der Weltmeere

Auf der letzten Kabinettssitzung verabschiedete die Bundesregierung ein neues „Meeresforschungsprogramm". Aus Bundesmitteln stellt es für die Jahre 1976 bis 1979 über 700 Mio. DM zur Verfügung. Die Bundesländer in der Küstenzone stellen ihrerseits 26 Mio. DM und über die aus Steuergeldern finanzierte Deutsche Forschungsgesellschaft fließen weitere 115 Mio. DM in das Projekt (indirekt stellen so der Bund mit 90 Mio. und die Länder mit 26 Mio. DM weitere Steuermittel zu Verfügung).

Dies ist innerhalb kürzester Zeit der zweite fette Brocken, den die SPD/FDP-Regierung den Kapitalisten in den Rachen wirft: Erst im Juli wurde ein „Rohstoff-Forschungsprogramm" verabschiedet, das den Kapitalisten in den nächsten Jahren mit einer halben Milliarde DM unter die Arme greift!

Die Industrie selber, die von den Forschungsergebnissen schließlich profitiert, steuert voraussichtlich nur einen Anteil von 180 Mio. DM bei.



Mit dieser gewaltigen Summe sollen die Meere nach Energieträgern wie Erdgas und -öl und nach verschiedenen Metallen durchforscht werden. Gleichzeitig sollen mit diesen Mitteln wirtschaftliche Abbaumöglichkeiten entwickelt und erprobt werden. Wohl eher um den Menschen diese direkten Subventionen für die westdeutschen Konzerne „schmackhaft" zu machen, sollen mit diesen Mitteln auch Forschungen zur Reinhaltung der Meere und Küstengewässer vor Verschmutzung betrieben werden (wie ernst es die Regierung in Wirklichkeit mit dem Umweltschutz meint, machte sie gerade bei der Verabschiedung des „Abwässerabgabengesetzes" (s. AK 86, S.11) deutlich, daß den Kapitalisten weiterhin die straflose Verschmutzung der Gewässer bis 1989 (!) freistellt). Von der Ausbeutung der Meeresschätze erwarten die Kapitalisten riesige Profite. Alle bisherigen Forschungen beweisen, daß es in den Meeresböden riesige Erdgas- und Erdöllager gibt, daß auf dem Meeresboden in Form sogenannter Manganknollen Millionen Tonnen Erze lagern usw.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn sich die BRD-Kapitalisten mit großen Anstrengungen die technischen Voraussetzungen schaffen wollen, diese Reichtümer ausbeuten können. *„Mehr Geld als in den früheren Programmen soll für die Meerestechnik ausgegeben werden. Aufgabe der rohstoffbezogenen Meerestechnik ist es, eine optimale Fördertechnik zu entwickeln"* (SZ, 5.8.76). Die BRD-Imperialisten behaupten schon heute dank ihres hohen technischen Niveaus, einer auch in der Vergangenheit bereits intensiv betriebenen Meeresforschung sowie ihrer enormen Kapitalstärke, die zudem laufend durch staatliche Subventionen verstärkt wird, einen hervorragenden Platz auf diesem Industriesektor.

Ständig kreuzen mehrere westdeutsche Forschungsschiffe auf den Weltmeeren, um hier nach Erzen, Öllagern usw. zu suchen. Das staatliche Forschungsschiff „Valdivia" beispielsweise erforschte Gebiete mit Erzschlämmen im Roten Meer, mit Mineralseifen vor der ostafrikanischen Küste und Manganknollenvorkommen in der Tiefsee südlich von Hawai (nach SZ). Auch auf dem Gebiet der Fördertechnik liegen die BRD-Konzerne mit an der Spitze: *„Im Bereich der 'Offshore-Technik' (Bohrinselbau) für die Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen hat die deutsche Industrie durch Lieferung von Spezialstählen, von Rohren für Pipelines, von Halbtauchern (ein besonderer Bohrinseltyp - d. Red.) und Spezialschiffe große Aktivitäten entwickelt"* (SZ).

Von dieser guten Position ausgehend, erscheint den westdeutschen Konzernen daher das Geschäft einzig von einer Seite noch gefährdet: Durch die Forderungen der meisten „Entwicklungsländer" nach einem sie schützenden internationalem „Seerecht". Insbesondere wird hier die Ausweitung der nationalen Hoheitsgewässer von jetzt zumeist noch drei auf zwölf Seemeilen, sowie die Einrichtung zweihundert Meilen reichender sogenannter „Wirtschaftszonen" gefordert, in denen nur die Küstenstaaten das Recht auf Ausbeutung der Meeresschätze haben. Werden diese Forderungen auch noch von einigen imperialistischen Staaten mit langen Küsten (z.B. USA und Kanada) vertreten, so gibt es eine einheitliche Front aller Imperialisten gegen die von der „3. Welt" geforderte internationale „Meeresbehörde", die, nach dem Vorbild der „Vereinten Nationen" zusammengesetzt, über die Ausbeutung der Meeresschätze in den internationalen Gewässern zu entscheiden hätte. Die „Entwicklungsländer", die derzeit nicht über eine den Imperialisten zur Verfügung stehende vergleichbare Meerestechnik verfügen, wollen so verhindern, daß diese Meeresschätze, die das *„gemeinsame Erbe der Menschheit"* sind (UNO-Resolution), allein von den Imperialisten ausgebeutet werden. Gegen dieses berechtigte Anliegen der „Entwicklungsländer" ziehen die Imperialisten – allen voran die BRD – mit dem demagogischen Slogan, die „Freiheit der Meere" stünde auf dem Spiel, zu Felde. In einer Erklärung zum Meeresforschungsprogramm verlangte die CDU/CSU, die Bundesregierung solle *„auf der Seerechtskonferenz* (die derzeit wieder tagte – d. Red.) *dafür Sorge tragen, daß die meerestechnische Industrie Zugang ohne Diskriminierung zu den Meeresschätzen und ihrer Nutzung enthält"* (SZ).

Dies allerdings bedeutet nichts anderes als die Diskriminierung der „Entwicklungsländer", die heute gar nicht in der Lage wären, beim Konkurrenzkampf um die Ausbeutung der Meere mit den Imperialisten gleichzuziehen.

Die Bundesregierung, die bisher auf der Seerechtskonferenz Forderungen der „Dritten Welt" in diese Richtung ablehnte, scheint nunmehr einen taktischen Wechsel in ihrer Politik vollzogen zu haben. In der Begründung für das „Meeresforschungsprogramm" heißt es, daß *„man zu mehr Kooperation mit den Entwicklungsländern kommen"* müsse: *„Viele Staaten in der Dritten Welt verfügen über große Küstenstreifen, nicht aber über das technische 'Know-How', um Bodenschätze im Meer zu heben oder das Meer als Produktionsstätte für Eiweiß zu nutzen. Ohne internationale oder bilaterale Zusammenarbeit würden nach den sich abzeichnenden Tendenzen in der Gestaltung des künftigen Seerechts die deutsche Meerestechnik und Meeresforschung erheblich beeinträchtigt, da die Bundesrepublik bei ihren Küsten ein von der Geographie benachteiligtes Land ist"* (SZ). Es scheint, als wolle man durch das Angebot der „Kooperation" sich den Rücken für eine „Zusammenarbeit" mit der „Dritten Welt" freihalten. Diese Länder seien allerdings gewarnt. Denn diese Zusammenarbeit kann beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis nur einseitig zugunsten des BRD-Imperialismus verlaufen.

Wirtschaftskommission KB/Gruppe Hamburg

Lübeck: Der Kampf geht weiter!

Fahrpreise runter – Busse her sonst geben wir keine Ruhe mehr!

Nach einer erfolgreichen Demonstration mit mehr als 300 Teilnehmern am 31. 7. brachten am 7. 8. erneut 500 Demonstranten ihren Protest gegen die 25 %ige Busfahrpreiserhöhung in Lübeck auf einer sehr kämpferischen Demonstration zum Ausdruck. Solche Teilnehmerzahl hat es in Lübeck seit Jahren nicht mehr gegeben; selbst auf der diesjährigen DGB-Demonstration am 1. Mai waren es mit immerhin 400 Teilnehmern weniger. Mobilisiert hatten die inzwischen zahlreich entstandenen Initiativen und Komitees aus Schulen, Stadtteilen und Großbetrieben.

Bullenterror gegen Demonstranten!

Als spontan beschlossen wurde, die Abschlußkundgebung nicht – wie ursprünglich geplant – auf dem relativ menschenleeren Kohlmarkt abzuhalten, sondern auf einer nahe gelegenen Kreuzung, gab es kämpferische Zustimmung. So nahmen mehr Menschen an der Protestkundgebung teil und außerdem legte man demonstrativ den Verkehr lahm.

Nach einer kurzen Rede zur Sparpolitik dieses Staates wurden mehrere Redebeiträge zum Stand der Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhung gehalten und in mehreren Stellungnahmen wurde die bisherige säuische Berichterstattung in den „Lübecker Nachrichten" verurteilt. Auch die im Kampf entstandenen Fahrpreislieder wurden über Lautsprecher abgespielt und fanden viel Zuspruch auch bei der umstehenden Bevölkerung. Ohne Vorwarnung ritten plötzlich acht Bullen auf Pferden in die völlig unvorbereitete Menge, worunter sich auch Kinder befanden. Viele flüchteten sofort auf Fußwege, wobei die Anwesenheit der Pferde Angst erzeugte!

Auch ein Unfallwagen und ein Polizeiauto mit Gitterfenstern sollte unter den Demonstranten Panik hervorrufen. Diejenigen, die nicht sofort fluchtartig die Kreuzung verließen, wurden von den Bullen brutal angegriffen: mit langen Peitschen schlugen sie auf die Demonstranten ein, ritten zurück und dann mit Schwung wieder ohne Warnung in die aufgebrachte Menschenmenge, unterstützt von einer angerückten Prügelkolonne der Polizei. Die meisten umstehenden Passanten und die Demonstranten waren über dieses wahrhafte Lehrstück der bundesdeutschen Polizei ganz schön in Wut geraten; eine ältere Frau z. B. lief mit erhobenem Stock mutig auf sie zu und bezeichnete sie sehr lautstark als das, was sie sind: „Ihr Schweine, ihr!"


Lübeck: Die Abschlußkundgebung wurde spontan auf einer Straßenkreuzung durchgeführt


Lübeck: Bullen räumen ohne Vorwarnung die von Demonstranten besetzte Kreuzung

Die Demonstranten ließen sich nicht auf die Polizeiprovokationen ein, sondern entschlossen sich spontan zu einer weiteren Demonstration: Etwa 400 Menschen zogen mit kämpferischen Parolen weiter, wobei der Polizei ein Schnippchen geschlagen wurde: Die Bullen warteten vergeblich am relativ menschenleeren ZOB auf einen erneuten Prügeleinsatz, während die Demonstranten – entgegen den ersten spontanen Plänen – in der Innenstadt im Schutze der Bevölkerung blieben. Dabei zog die Demonstration durch die beiden belebtesten Geschäftsstraßen Lübecks, in der offizielle Demonstrationen bisher immer verboten waren und vergrößerte sich sogar noch durch spontane Teilnahme der Bevölkerung!

Die DKP auf dem Holzweg

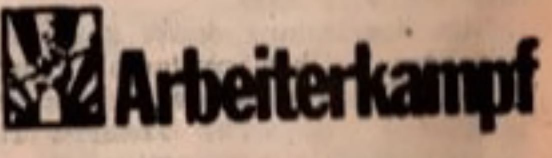
Wie schon bei der Demonstration am 31.7. (s. AK 86) trat die DKP als Abwiegler auf, nachdem sie noch vor einiger Zeit sich als „die einzige Partei" bezeichnete, die gegen die Fahrpreiserhöhungen kämpft. Sie verbreitete unter ihren Mitgliedern und Anhängern das Gerücht, daß die Teilnahme an der Demonstration „unsinnig" und „spalterisch" sei, da so wenig Demonstranten sich lächerlich machen würden ...! Verständlicherweise haben DKP-Genossen und Sympathisanten am Straßenrand angesichts dieser Demonstration ziemlich blöd aus der Wäsche geguckt! In der letzten Woche nun veranstaltete die DKP und die von ihr gegründete sogenannte „Initiative gegen die Fahrpreiserhöhung" eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema. Geladen waren unter Führung der DKP und dieser ominösen „Initiative" die bürgerlichen Parteien CDU, FDP und SPD, die zu Wahlkampfzeiten natürlich jede Gelegenheit nutzen, ihre Lügen auf die Bevölkerung zu schütten. Nicht geladen, aber reichlich erschienen waren Kollegen und Genossen der wirklichen Initiativen gegen Fahrpreiserhöhung! „Verwerflicherweise" ließen sie die CDU nicht ausreden und forderten auf, endlich über die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhung zu diskutieren und nicht den „Argumenten" dieser feisten Herren zu lauschen. Im Gegensatz zu den CDU- und anderen bürgerlichen Provokateuren war die DKP gegenüber unserer Kritik sehr auf Redezeitbeschränkung bedacht und ließ uns nicht ausreden! Als daraufhin die meisten aktiven Fahrpreisgegner die Nase voll hatten und den Saal verließen, wurde diese „Talk-show" vor ca. 70 Teilnehmern zu Ende geführt.

Gemeinsam anpacken – Fahrpreise knacken!

Auf einem Treffen der Initiativen nach der Demonstration wurde beschlossen, jetzt die Arbeit an der Basis (Stadtteile, Schulen und Betriebe) zu intensivieren und erst Ende August bis September weitere gemeinsame Aktionen durchzuführen, wobei besonders die Übergabe der Unterschriften in der Bürgerschaft, ein demonstrativer Boykott einer Buslinie und ein Fest in's Auge gefaßt worden sind. Die Initiativen zeigten teilweise schon recht ideenreiche Aktivitäten, mit denen weitere Teile der Bevölkerung in den Kampf mit einbezogen werden konnten, z. B. eine öffentliche Auseinandersetzung über Wandzeitungen an einer Schule mit Schülern, die die Demonstration als „parteipolitisch" ablehnten.

KB/ Gruppe Lübeck

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.500 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Für uns heute wichtig

SPD-Osnabrück

Nicht „Links 'rum" sondern rechts 'rum

Die Ausrichtung der SPD auf die Linie des Vorstandes geht weiter. Neuerliches Beispiel dafür ist das Parteiordnungsverfahren gegen Willi Brüggen, ein Redaktionsmitglied der von den Osnabrücker Falken herausgegebenen fortschrittlichen Jugendzeitung „Links 'Rum".

Willi Brüggen wird vorgeworfen *„einen Beitrag mit dem Titel ‚Die Krise der Sozialdemokratie' veröffentlicht"* und damit *„... die SPD erheblich geschädigt"* zu haben. (aus „Links 'Rum" Nr. 12). In diesem Artikel heißt es u.a.: *„Die Zeiten sozialdemokratischer Reformeuphorie sind, für jedermann deutlich erkennbar, endgültig beendet. Sie wurden abgelöst durch eine Phase der politischen Unterdrückung, die an Härte in Westeuropa nur noch vom halbfaschistischen Regime in Spanien übertroffen wird! ... In dem Bestreben der CDU/CSU den ersten Rang beim Kampf gegen Radikale, Kriminelle und Terroristen streitig zu machen, wird die SPD zu einem Instrument zur Durchsetzung eines repressiven politischen Klimas der Ungewißheit, Angst und Verfolgung! Wir erkennen, daß die gegenwärtige Politik der SPD-geführten Bundesregierung letztendlich auf eine Ausweitung der politischen Unterdrückung in der BRD hinausläuft!"* (Aus „Links 'Rum" Nr. 10).

Eben wegen dieser und ähnlicher völlig korrekter Äußerungen wurde das Parteiordnungsverfahren von dem Osnabrücker SPD-Vorsitzenden Hans Kaiser (MdL) gegen Willi Brüggen eingeleitet.

Die Redaktion der „Links 'Rum" stellte sich hinter Willi Brüggen und gab eine Erklärung dazu ab. In dieser Erklärung heißt es u.a.: *„Das Parteiordnungsverfahren gegen den Genossen Willi Brüggen muß im Zusammenhang gesehen werden mit dem Bestreben der Partei, vor den Bundestagswahlen auch in allen Basisgliederungen jene stromlinienförmige Einmütigkeit einziehen zu lassen, wie sie schon für die Diskussion auf dem letzten Parteitag in Mannheim charakteristisch war. So gewinnt die Diskussion um die Verwirklichung der politischen Grundfreiheiten auch in der SPD jene beängstigende Eindimensionalität, wie sie bisher vor allem für die Parteien der Rechten charakteristisch war. Da ist es dann nur noch ein kleiner Schritt, bis der chilenische Putsch als notwendig für den Schutz der freien Welt erkannt wird. Das Scheitern der Reformhoffnungen vor Augen, treten die SPD-Funktionäre die Flucht nach hinten an, zurück zu einer nur noch kurzfristig taktischen Wahlorientierung. Jeder, der diesem Weg nicht bedingungslos zu folgen bereit ist und dies auch öffentlich kundtut, fällt unter den Bannstrahl der innerparteilichen Disziplinierung. Ohne lange Diskussion strich der Unterbezirk Osnabrück-Stadt jegliche finanzielle Unterstützung, während der Unterbezirk Osnabrück-Land ebenfalls ohne genaue Information und Diskussion ein Ordnungsverfahren gegen Willi Brüggen beschloß."*

Und zu dem Verhalten der Juso schreibt die Redaktion: *„War es einst zentrale Grundlage der Juso-Doppelstrategie, die Veränderung der SPD vor allem aus dem dialektischen Zusammenwirken von Basismobilisierung und Parteiarbeit zu erwarten, so macht heute z.B. der Juso-Unterbezirk Osnabrück-Land die von Willi Brüggen in dem angesprochenen Artikel aufgestellte Forderung nach Entfaltung einer autonomen Basismacht zur Grundlage einer inhaltlichen Distanzierung! Der Vorsitzende des Juso-Unterbezirks ging sogar so weit, sich bei der Abstimmung über die Einleitung der Ordnungsverfahren im SPD-Vorstand demonstrativ der Stimme zu enthalten! Eine – gemessen an den großen Worten der Vergangenheit – sicherlich traurige Entwicklung. Die Doppelstrategie scheint zu einer leeren ideologischen Hülle für plattesten Parteikarrierismus verkommen zu sein"*
(Aus „Links 'Rum", Nr. 12).

Ein Metall-Genosse
KB/Gruppe Hamburg

SPD-Hetze gegen Sozialistisches Büro

Der vom Sozialistischen Büro erfolgreich durchgeführte Pfingstkongreß gegen die Repression in Frankfurt hat offensichtlich bei der SPD (wie übrigens auch bei der DKP) die Alarmglocken klingeln lassen. Der Grund ist allzu deutlich: Die Herrschaften fürchten eine Linkswendung des SB und seiner relativ breiten Anhängerschaft. Dabei bleibt es nicht bloß bei demagogischen Vorwürfen: Fritz Vilmar – „linker" (? ?) SPD- und Gewerkschaftsideologe – droht dem SB unmißverständlich mit der Illegalisierung.

Vilmar unternimmt in einem „das da"-Artikel (August '76) den waghalsigen Versuch einer scheinbar „theoretischen" Auseinandersetzung mit dem SB. Genauer gesagt versucht er, eine Flut von Beschimpfungen und Drohungen, mit einem pseudo-„linken" Vokabular versehen, als „Theorie" zu verkaufen.

Er habe seinerzeit die Gründung des SB als eine *„Einrichtung zur Unterstützung und Zusammenfassung von Basisaktivitäten, die von den großen linken* (oho!) *Organisationen – SPD und Gewerkschaften – aus verschiedenen Gründen* (welchen?) *nicht getragen werden"*, unterstützt. Das SB habe aber, statt *„die Vermittlung* (man beachte die Wortwahl!) *mit den makropolitischen Organisationen/Prozessen* (gemeint sind natürlich wieder SPD und DGB) *zu verstärken" ... „mehr und mehr zu einer antisozialdemokratischen Konfrontation aufgerufen"*. Vilmars „Auseinandersetzung" mit dem SB besteht sodann in der schlichten zwanzig- bis dreißigfachen Wiederholung dieses Vorwurfs – ohne auch nur einmal inhaltlich darauf einzugehen. Hier einige Kotzproben für Liebhaber moderner Werbetexte: *„dogmatisch-marxistischer Antisozialdemokratismus und Antiparlamentarismus"; „antireformistische und antiinstitutionelle Affekte"; „negative Ideologisierung"; „Schlechtmachen der linken Großorganisationen* (SPD, DGB)*"; „dogmatisch-antireformistisches Abseits"* usw. usf.

Vilmar scheut verständlicherweise die deutsche Sprache, weil der Kern seiner Aussagen allzu kümmerlich und plump ist. Er lautet: Alles, was gegen die SPD- und DGB-Führung ist, ist *„doktrinär-marxistisch"* begibt sich ins *„dogmatische Abseits"* und leistet *„Wahlhilfe für die CDU/CSU"*.

Also die übliche „Chaoten"-Hetze, erweitert auf linke Sozialisten und radikale Demokraten.

Auf die konkrete antidemokratische Politik von SPD- und DGB-Führung geht Vilmar selbstverständlich mit k e i n e m Wort ein. Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Polizeiterror etc erwähnt Vilmar natürlich an keiner Stelle.

Stattdessen wird alles auf den Kopf gestellt. Vilmar vermutet im SB ein *„Verbot, von dieser ‚unserer' verfassungsmäßigen Ordnung in ‚links' in einem positiven Sinne zu sprechen"*. Wie u n d e m o k r a t i s c h ! Ein Glück, daß es noch die „Bild"zeitung oder den „Vorwärts", die SPD, Gewerkschaften, Schulen usw. gibt, wo man die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" noch bejahen „darf"

Vilmar bleibt bei rein verbalen Angriffen nicht stehen. Die vom SB nicht einmal konsequent propagierte Aufforderung, aus der SPD auszutreten (wobei Vilmar es dem SB besonders ankreidet, „ausgetretenen" Jusos – in der großen Mehrheit handelt es sich doch wohl um A u s g e s c h l o s s e n e ! – Kontakt untereinander zu vermitteln) wird mit der Abspaltung vom DGB gleichgesetzt. Dadurch leitet Vilmar eine „Gewerkschaftsfeindlichkeit" des SB ab.

Vilmar – Spezialist für Gewerkschaftsausschlüsse – sieht sich genötigt, dies ausdrücklich zu unterstreichen, sodaß gar kein Zweifel daran bestehen kann, daß die Unvereinbarkeitspraxis auf das SB ausgeweitet werden soll. Gleichzeitig wendet er sich originellerweise heftigst dagegen, die SPD-Gewerkschaftsführer wollten sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften. Vilmar spinnt nicht – keineswegs. Vielmehr ist es so, daß sich für die Politik der SPD- und DGB-Führung gar keine besseren Argumente finden lassen.

Und so darf eine mehr oder weniger offene Verbotsdrohung gegen das SB auch nicht fehlen: *„Vom Antireformismus über den Antiparlamentarismus ins A u s"*. Dieses „Aus" besteht nach Vilmar in einer *„im Grunde a n a r c h i s t i s c h e n vollkommen politikfernen Parlamentarismusverachtung"*.

Deutlicher braucht Vilmar wohl nicht zu werden. Hoffentlich ist er auch deutlich genug, einer Reihe von Jusos die Augen zu öffnen.

Göttingen

(Selbst)zensur durch Steidl-Staeck!

Am 12.8. wollten einige Genoss(inn)en beim Göttinger Steidl-Verlag (hier werden die Staeck-Produkte hergestellt und verlegt) Plakate von Staeck (SPD-Mitglied) zur CDU kaufen, um sie u.a. auf Stelltafeln bei der Agitation zu benutzen. Als Steidl (SPD-Mitglied) erfuhr, daß wir die Plakate für den KB haben wollten, fiel bei ihm die Klappe:

Er könne sich nicht leisten, mit Gruppen links von der SPD „identifiziert" zu werden, da er die Unterstützung der SPD benötige. Die CDU warte doch nur auf so etwas. Koschnick (Bremens Bürgermeister) werde sicher nicht noch einmal eine Staeck-Ausstellung machen, wenn Gerüchte über eine Zusammenarbeit (?) zwischen Staeck und Kommunisten auftauchen usw. Als eine Genossin dann wenigstens zwei Plakate zum § 218 und zur „Gleichberechtigung" für eine Frauengruppe kaufen wollte, wurde ihr das verwehrt!!

Dieser Vorfall zeigt einmal mehr, daß die SPD auf ihre Schoßhündchen und halb„linken(?)" Feigenblätter bei der Abgrenzung nach links verlassen kann.

Ein Genosse des KHB Göttingen

Anmerkung der Redaktion

Dies ist beileibe kein Einzelfall. Der „linke" Plakate-Macher Staeck bewegt sich bei aller Schein-Radikalität, die er in der Öffentlichkeit vor allem durch die Hetze der CDU/CSU erlangt hat, total an der kurzen Leine der SPD. **Staeck bzw. seine Mitarbeiter haben sich schon wiederholt geweigert, Plakate zum Verkauf an linke Buchläden oder kommunistische Gruppen zu liefern. Außerdem hat Staeck sich auch schon mit üblen antikommunistischen Plakaten profiliert.**

Staeck's „Progressivität" e n d e t da, wo die SPD anfängt. In diesem engen Rahmen bewegt sich sein Demokratieverständnis und genau in diesem Rahmen können auch eine Reihe seiner Plakate gut für die antifaschistische Agitation benutzt werden, ohne sich Illusionen über derartige etablierte „linke" Aushängeschilder der SPD zu machen.



Südafrika

Die Kinder kämpfen



In den jüngsten Kämpfen gegen Rassismus und Faschismus in Südafrika haben Kinder und Jugendliche eine besondere Rolle gespielt.

Auf diese Rolle wollen wir hier aus zwei Gründen eingehen. Zum einen zeigen die Kämpfe in Südafrika, mit welchem Mut schon die oft als politische Kraft unterschätzten Kinder gegen ihre Unterdrückung und die ihrer Eltern zu kämpfen bereit und in der Lage sind. Zum Zweiten zeigt das Vorgehen der Mördertruppen des Vorster-Regimes gegen die südafrikanischen Kinder, zu welcher Bestialität und Barbarei die Faschisten fähig sind.

Soweto: Die Kinder beginnen den Kampf

Ausgangspunkt der Kämpfe in Soweto im Juni, die sich dann weiter auf das Land ausdehnten, war die Einführung der Rassistensprache Afrikaans in den Schulen als Pflichtsprache. Schüler einiger Schulen beschlossen, dagegen zu demonstrieren. Über den weiteren Fortgang der Ereignisse heißt es in einem Augenzeugenbericht:

„Ich kam gegen elf Uhr morgens in Soweto an. Die Kinder waren schon dabei, mit ihren Transparenten loszumarschieren. Mannschaftswagen der Polizei kamen an. Aus ihnen quollen Männer, die anfingen, Tränengas in die Menge zu schießen... Die Kinder lachten und scherzten untereinander. Sie marschierten auf die Polizisten zu, aber als sie sich den erhobenen Gewehren gegenüber sahen, gingen sie zur Orlando-West-Schule zurück. Die Polizisten kreisten die demonstrierenden Kinder ein. Inzwischen war die Menge auf etwa 12.000 angewachsen. Wieder feuerten die Polizisten Tränengaspatronen ab. Die Kinder wehrten sich mit Steinen gegen die Polizei. Einige umzingelten die Polizisten und deckten sie von allen Seiten mit einem Steinhagel ein.

Da begann die Polizei zu schießen ... Plötzlich fiel ein kleiner Junge neben mir zu Boden. Da begriff ich, daß es nicht Warnschüsse waren, die die Polizisten abgaben. Sie schossen direkt in die Menge.

Immer mehr Kinder fielen zu Boden..." („Zeit", 25.6.76).

Mit dieser Demonstration hatten die Kinder von Soweto die Kämpfe eröffnet. So schmerzlich der Tod von über 100 Kindern ist, so anerkennenswürdig zugleich ist der Mut und die Geschlossenheit dieser „kleinen" Kämpfer.

Die Faschisten rächen sich

Die Faschisten begnügten sich nicht mit den Kindesmorden. Hunderte von Kindern wurden inhaftiert. Nach Berichten der Johannesburger Zeitung „The Star" befinden sich unter den Gefangenen Kinder, die jünger als acht Jahre sind. Auf die Forderung nach Freilassung der Kinder reagierte das verantwortliche Faschistenschwein: *„Wenn wir sie entlassen, können wir sie nicht wiederfinden"*. Und ein anderer meinte gar, die Inhaftierten seien *„in Zellen vielleicht besser dran als in anderem Gewahrsam"*. Es sei *„nicht ungewöhnlich, daß Jugendliche längere Zeit in Gefängniszellen festgehalten werden"* („Welt", 16.7.76).

Die Forderung nach Freilassung der inhaftierten Kinder wurde in den folgenden Wochen zum Gegenstand einer Reihe kleinerer Demonstrationen von Eltern und Kindern und spielt auch in den nun wieder aufgeflammten Kämpfen eine entscheidende Rolle. Insofern hat die Festnahme der Kinder für die Faschisten sicherlich nicht zur „Normalisierung" in der RSA beigetragen – im Gegenteil: Der Haß gegen die Rassisten wurde weiter geschürt.

Schmidt = Komplize eines Kindermörders

Man stelle sich vor, Bundeskanzler Schmidt würde den mehrfachen Kindesmörder Joachim Kroll zu einem längeren „Meinungsaustausch" empfangen. Unvorstellbar, wird jeder Sozialdemokrat sagen.

Nicht nur vorstellbar, sondern Realität ist, daß Kanzler Schmidt den südafrikanischen Premierminister Vorster empfangen hat, der für den Mord an mehr als hundert Kindern verantwortlich ist.

Auch vor diesem Hintergrund sollten wir die Sprüche der SPD, besonders „kinderfreundlich" zu sein, messen.

Nun ja: Die meisten Kinder, die in Soweto u.a. den Kampf aufnahmen, werden ein Südafrika erleben, in dem Faschisten wie Vorster und ihre Komplizen Schmidt und Kissinger nur noch in Geschichtsbüchern ihrer Kinder auftauchen.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Frauen



Der „kleine Unterschied"

zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung

In diesem Artikel wollen wir uns erstmals mit den Thesen von Alice Schwarzer (A.S.) auseinandersetzen. Wir beziehen uns dabei im wesentlichen auf das Buch: *„Der ‚kleine Unterschied' und seine großen Folgen"*. Dieses Buch zum stattlichen Preis von 14,80 DM ist mittlerweile in der fünften Auflage auf dem Markt. Wesentlich durch dieses Buch ist Alice Schwarzer zur Ideologin der feministischen Frauenbewegung aufgestiegen.

Insofern und auch, weil dieses Buch von einem Großteil unserer Genossinnen und Sympathisantinnen gelesen wurde, halten wir eine Auseinandersetzung über ihre frauenfeindlichen, sexualfeindlichen und arbeiterfeindlichen Thesen vom Geschlechterkampf für wichtig.

In „Der ‚kleine Unterschied' und seine großen Folgen" stellt A.S. die These auf: *„Nur der Mythos vom vaginalen Orgasmus (und damit von der Penetration) sichert den Männern*
These auf: *„Nur der Mythos vom vaginalen Orgasmus (und damit von der Penetration) sichert den Männern*
das Sexmonopol über die Frauen. Und nur das Sexmonopol sichert auch Männern das private Monopol, das das Fundament des öffentlichen Monopols der Männergesellschaft über Frauen ist".

Von dieser These her kommt sie zu der Schlußfolgerung: *„Darum kann nur die Erschütterung des Sexmonopols von Grund auf die Geschlechterrolle ins Wanken bringen"*.

Mit anderen Worten geht es dabei um Folgendes: Der „Mythos vom vaginalen Orgasmus" besteht in der falschen Annahme, daß der weibliche Orgasmus durch das Eindringen („Penetration") des männlichen Glieds in die Vagina ausgelöst werde. Diesen „Mythos" haben, laut A.S., „die Männer" aufgerichtet, um sich das „Sexmonopol" über „die Frauen" zu sichern, das ihnen wiederum die Herrschaft über „die Frauen" sichert. Die Schlußfolgerung von A.S. ist, daß die Frauen den Glauben an den vaginalen Orgasmus durchbrechen müssen – und *„die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Ausbeutung wäre aufgehoben"*.

Zusammengefaßt hört sich A.S. These und Schlußfolgerung so an: *„1. Mann-Frau-Beziehung sind – unabhängig vom Willen des einzelnen Individuums – qua Funktion in dieser Gesellschaft Herrschaftsverhältnisse. Frauen sind unterlegen, Männer überlegen. Diese Machtstrukturen spiegeln sich in der Sexualität. 2. Die herrschenden sexuellen Normen, und damit die Sexualität selbst, sind Instrumente zur Etablierung dieser Machtbeziehungen zwischen Mann und Frau. Nur wenn Frauen Männern privat nicht mehr ausgeliefert sind, nur wenn das Dogma der Vorrangigkeit der Heterosexualität infrage gestellt wird, haben Frauen die Chance zu einer eigenständigen, nicht mann-fixierten Entwicklung. Erst dann können sie Beziehungen in Freiheit wählen"*.

Demokratischer Sexualismus – der friedliche Übergang von der Penetration zur lesbischen Beziehung

A.S. Rat an die Frauen ist die Propagierung des „dritten Weges": Unabhängig machen von dem männlichen „Sexualmonopol" heißt für A.S., trotz einigem Herumgerede, letzten Endes immer nur lesbische Beziehung.

Denn, so behauptet sie, die *„Liebe ist eben nur unter Gleichen möglich und nicht unter Ungleichen"*. Und da zwischen Mann und Frau eben der „kleine Unterschied" besteht, ist Liebe zwischen ihnen nicht möglich, sondern nur zwischen Frauen. Da für A.S. die Beziehung zwischen Mann und Frau g e n e r e l l (*„unabhängig vom Willen des einzelnen Individuums"*!) eine Herrschaftsbeziehung ist, k a n n die „Befreiung" für die Frau natürlich nur in sexueller Verweigerung gegenüber dem Mann und in lesbischen Beziehungen liegen.

Ob die gelobte lesbische Harmonie frei von gesellschaftlichen Widersprüchen ist, ist für A.S. keine Frage.

Ergänzt werden muß laut A.S. die „sexuelle Unabhängigkeit" der Frau vom Mann noch durch die ökonomische Unabhängigkeit: *„Sie – die Frauen – müssen eine berufliche Qualifikation anstreben, ohne die Doppelbelastung weiterhin für selbstverständlich und natürlich zu halten"*. Und wenn die Doppelbelastung um Gotteswillen nicht aufzuheben ist, dann macht das auch nichts.

„Denn trotz Doppelbelastung und auch bei schlechter Qualifikation fördert absolut jede Berufstätigkeit die Unabhängigkeit der Frau". Wie einfach dieser Weg im Sinne von A.S. ist, zeigt sie in zwei Sätzen: *„Auch Ehefrauen mit Kleinkindern müssen sich nicht in ungewollten Ehen prostituieren. Sie können von einem Tag zum anderen* (!) *mit einer vom Arbeitsamt bezahlten Ausbildung ökonomisch relativ unabhängig sein"*. Die kapitalistische Wirklichkeit sieht natürlich anders aus.

Daß Frauen in dieser Gesellschaft nicht gleichberechtigt sind, das kann heute kaum noch jemand bestreiten.

Nur, wer behauptet, dies sei eine Klassenfrage, ein gesellschaftliches Problem und habe seine Ursachen in der kapitalistischen Gesellschaft, wird von A.S. abgekanzelt: **„Neunmalkluge, die von der Ausbeutung der ‚proletarischen Frau' reden, der sogenannten (!) ‚bürgerlichen Frau' hingegen vorhalten, sie sei privilegiert, führe ein faules Leben und beute Männer aus"**. Denn, so meint A.S.: *„Die bestehenden Klassendefinition trifft auf Frauen nicht zu"*. *„Nichts, weder Rasse noch Klasse, bestimmt so sehr ein Menschenleben wie das Geschlecht"*. Also ist Alice Schwarzers Schlußfolgerung einfach: Es lebe der Geschlechterkampf! Nieder mit dem Klassenkampf!

A.S. macht sich die Sache halt viel zu einfach: *„Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht"*. Die Unterdrückung der Frau auf die Frage von Macht und Ohnmacht, von reinen Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern, zu reduzieren, heißt Idealismus.

Bei A.S. bestimmt nicht das Sein das Bewußtsein, sondern umgedreht. Wenn es nach A.S. geht, läuft die Sache so ab: Die Frauen müssen sich mit Alice Schwarzers Hilfe ihrer Unterdrückung bewußt werden, sich der Penetration entgegenstellen, die Alternative auf den Tisch legen – lesbische Beziehungen – und **„die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Ausbeutung wäre aufgehoben"**.

Geschlechterkampf statt Klassenkampf?

Nicht nur, daß A.S. rundweg behauptet: **„Die bestehende Klassendefinition trifft auf Frauen nicht zu"**, und daß sie gegen die ihrer Meinung nach falsche Trennung von proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung wettert – sie will überhaupt nichts vom Klassenkampf wissen. So orientiert sie die Frauen nur darauf, sich i n d i v i d u e l l sexuell und ökonomisch „vom Mann unabhängig" zu machen, aber spricht nicht davon, wie die Frauen gemeinsam gegen ihre doppelte Ausbeutung und Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft kämpfen können, und erst recht nicht davon, wie Männer und Frauen gemeinsam für eine andere Gesellschaftsordnung,
nen, und erst recht nicht davon, wie Männer und Frauen gemeinsam für eine andere Gesellschaftsordnung,
ohne Ausbeutung und Unterdrükkung, kämpfen können.

Der Kapitalismus scheint A.S. gar nicht zu interessieren – oder jedenfalls nur insoweit, wie er ihr selbst günstige Bedingungen gibt, um Geld zu scheffeln. An keiner Stelle übt sie Kritik am Kapitalismus. Überhaupt ist es bemerkenswert, daß sie als angebliche Vorkämpferin für die Befreiung der Frau über die s c h l i m m s t e n Feinde der Frauen in den Reihen der Reaktion kein Sterbenswörtchen verliert, sondern – außer natürlich „den Männern" ganz allgemein – nur die L i n k e n auf dem Kieker hat, die sich nach Schwarzers Meinung **„schlimmer verhalten als jeder Rechte"**. So möchte sie am liebsten, *„wo Linksradikale sich gegen sie stellen, ‚das Mikrophon fressen vor Wut'"* („Spiegel", 21.6.76). Guten Appetit, Alice Schwarzer!

In ihrem blinden Haß gegen Links versteigt sich A.S. sogar zu Thesen wie: Die **„Linken, die – entgegen ihrem emanzipatorischen Anspruch – Frauen noch stärker instrumentalisieren ..., als es vorher der Fall war"** („Spiegel", s.o.).

Entsprechende Pöbeleien läßt sie auch gegen die sozialistischen und revisionistischen Länder los, insbesondere in ihrem Buch **„Frauenarbeit – Frauenbefreiung"**. Wer nicht völlig uninformiert oder böswillig ist, weiß natürlich, daß selbst im schlimmsten revisionistischen Land die Frauen insgesamt noch um ein Vielfaches besser dran sind, als in den kapitalistischen Ländern. Unverkennbar sind die ungeheuren Fortschritte, die überall die Befreiung der Frau nach der sozialistischen Revolution gemacht hat. Für A.S. darf das natürlich nicht sein. So wirft sie den chinesischen Frauen vor die Füße, daß sie *„noch nicht einmal eine fundamentale Analyse ihrer Unterdrückung haben"*. Klar, und vor allem wissen die chinesischen Frauen nicht, daß das W e s e n t l i c h e für ihre Befreiung die „Abschaffung des Schwanzfickens" ist ...

A.S. rechnet der DDR, China und anderen revisionistischen oder sozialistischen Ländern vor, daß ja in den Führungspositionen viel zu wenig Frauen wären. Völlig richtig! Aber ob ausgerechnet die „Abschaffung des Schwanzfickens" der richtige Hebel zur Veränderung dieser Situation ist, dürfte wohl zweifelhaft sein.

Natürlich ist beispielsweise auch in China noch viel zu tun, bis zu vollständigen und endgültigen Emanzipation der Frau und der gesamten Gesellschaft. Aber das kann nur gemessen werden an dem schon Erreichten – und das ist ungeheuer viel! Die Funktion von A.S. besteht gerade darin, die erreichten Fortschritte zu leugnen, die Sozialisten womöglich als die allerschlimmsten Feinde der Frauen hinzustellen und den Frauen eine individuelle Schein-Emanzipation im Rahmen der ka-

Fortsetzung Seite 11

Hauptsache, die Kasse stimmt



Alice Schwarzer, professionelle Antikommunistin, steht nach eigenen Worten „CDU-Tanten" näher als „indoktrinierten Genossinnen und Genossen". Ist für letztere doch der Hauptfeind das Kapital und nicht der Mann. In der Tat: für Alice muß das Kapital nicht be-, sondern erkämpft werden, was sie eifrig tut.

Wäre Alice das, was sie zu sein vorgibt, nämlich eine uneigennützige Verteidigerin der Frauenemanzipation, wären ihre Taten entsprechend. Die Fakten sprechen aber dagegen. Nicht nur, daß sie über ein Jahr in unermüdlicher Selbstpublicity die Werbetrommel für ihren „Kleinen Unterschied" rührte, dessen große Folge schließlich ein mehrstelliges Bankkonto war – sie nennt das auch noch „für die Bewegung unterwegs sein" –, sondern sie verhält sich auch innerhalb der Frauenbewegung nach bester Kapitalistenmanier: sie benutzt die Erfahrung und Arbeit der Frauenbewegung, spielt sich als deren Gallionsfigur auf und sahnt dabei kräftig ab.

Einen Tag vor Erscheinen der neuen Westberliner Frauenzeitung „Courage" rauschte Alice ins Westberliner Frauenzentrum, änderte selbstherrlich die Tagesordnung (Punkt 2 waren KB-Frauen – Alice griff zum Schwamm, weg waren „die K-Frauen", dort stand Alice) und stellte den Frauen ihr neues Projekt einer Frauenzeitung vor, das zum gleichen Zeitpunkt (!) wie die reguläre „Courage", ab September, erscheinen soll.

„Ich hatte eben das seltene Glück, mit meinem Buch großen Erfolg zu haben wie nie zuvor eine Frau aus der Bewegung (!!)..", deshalb auch die neue Frauenzeitung, eine Art „Anti-Brigitte", wie sie meint. Startauflage: 200.000 (!). Dahinter steht, wie man aus der bürgerlichen Presse erfahren konnte: Gruner & Jahr (mit einem angeblichen Startkapital von DM 20.000,-). Eine bescheidene Summe bei dieser Auflage! Alice rechtfertigt den leidigen Finanzkram damit, daß sie schließlich an ihre Altersversorgung denken müsse, deshalb sei sie die einzige Redakteurin mit festem Gehalt und eigener Sekretärin, versteht sich. Das Projekt wurde innerhalb der Frauenbewegung niemals zur Diskussion gestellt, geschweige denn, Frauen zur Mitarbeit aufgefordert. Es werden alles professionelle Journalistinnen sein, mit Rang und Namen. Zum Unterschied: „Courage" hatte Alice sehr wohl zur Mitarbeit an ihrer Zeitung aufgefordert. Bei Alice wird „die Bewegung" eben durch die Kapitalistenbrille gesehen. Emanzipation von fortschrittlichen politischen Inhalten, Frauenbewegung kapitalistengerecht vermarktet! Nicht umsonst zeigen die Herren des Fischer-Verlags und inzwischen auch Gruner & Jahr großes Interesse an der Verbreitung feministischer Schriften im „Schwarzer-Stil", und das zu einem Zeitpunkt, wo Großverleger ihre linken Verlagsprogramme kürzen bzw. abstoßen!

Wissen sie doch sehr genau, wo Alice und ihre ideologischen Nachbeterinnen stehen, und wer ihre „Intimfeinde" sind.

Noch eine Kostprobe über Alice's Verhältnis zum Profit: Nach mehr als einem Jahr ließ sich Alice im Juni – trotz mehrmaliger schriftlicher Aufforderung, die jedes Mal unbeantwortet blieb – endlich herab, Rechenschaft über die Gelder des Frauenkalenders 75 abzulegen. Es handelt sich dabei um eine Summe von ca. DM 20.000,-, von der niemand wußte, wohin sie gebuttert worden ist.

Zum Hintergrund: Die Kalenderfrauen (ursprünglich fünf) hatten sich wegen politischer Differenzen bei der Erstellung des Kalenders getrennt. Übriggeblieben waren Alice und zwei weitere Frauen, die den Kalender stramm feministisch ausrichten wollten. Die beiden anderen Frauen: *„Wir zwei sind uns nicht so sicher, ob man immer, wenn es sich anbietet, den Sozialismus denunzieren darf; wir finden z.B., daß die sozialistische Frauenbewegung im Kalender teils zu kurz gekommen, teils ungerecht beurteilt ist."* ... *„... wir begreifen uns als Linke und als Sozialistinnen..."*.

Es war zwischen den Frauen vereinbart worden, den Profit in ein Frauenprojekt zu stecken. Alice wollte anfangs eine „feministische Oase" im Grünen, dann brach die Gruppe auseinander. Wohin die Summe ging, blieb allen Frauen ein Rätsel. Alice wird doch nicht...?

Sie fand es allerdings eine Unverschämtheit, daß man sie wegen so einer lächerlichen Summe zur Rechenschaft ziehen wollte – sie, die doch das ganze Jahr nur „für die Bewegung unterwegs" gewesen sei und deshalb den Termin nicht früher wahrnehmen konnte... Jedoch, die Frauen glaubten ihren blumigen Worten nicht, sie wollten Zahlen sehen, und zwar in Form einer Buchprüfung. Eine unabhängige Kommission wurde bestimmt und ein kurzfristiger Termin anberaumt.

Tja, Alice, mit Deiner „Geschlechtersolidarität" ist es wohl weniger gut bestellt als mit Deiner Kapitalistensolidarität?

(Wie wir erfahren haben, erschien Alice zum ersten Buchprüfungstermin wieder nicht! Beim zweiten soll vereinbart worden sein, die Summe auf das Konto des Frauenzentrums zu überweisen.)

AG Frauen
KB/Gruppe West-Berlin

Fortsetzung von Seite 10

pitalistischen Gesellschaft als einzigen Ausweg anzuraten.

Entsprechend nimmt A.S. eine völlig versöhnlerische Haltung zu den bürgerlichen Parteien und den Gewerkschaften ein: So kritisiert sie die SPD nicht etwa wegen deren Politik auf dem Rücken der gesamten Arbeiterklasse, sondern weil sie angeblich von „linken Patriarchen" beherrscht sei. Ebenso ist ihre „Kritik" an den Gewerkschaften ausgerichtet. Wenn man A.S. glauben darf, vertreten diese Organisationen also sehr wohl die Interessen der männlichen Werktätigen – nur den Interessen der Frauen werden sie nicht gerecht, weil es sich halt um „männerbeherrschte" Organisationen handelt. Hirnloser oder bösartiger kann man wohl kaum vorgehen, wenn man für die weitere Spaltung der Arbeiterklasse und für die Rettung der kapitalistischen Gesellschaft wirken will.

Keineswegs zufällig versucht A.S., den entscheidenden Unterschied zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauen zu verwischen, obwohl diese in Wahrheit kaum mehr gemeinsam haben als das „Schwanzficken" ihrer Männer.

Die „Tips" von A.S. zur individuellen „Befreiung" der Frau sind folglich auch nur für die Frauen ihrer eigenen Gesellschaftsschicht zugeschnitten, d.h. für die intellektuelle, kleinbürgerliche Frau. Die proletarische Frau interessiert A.S. in Wirklichkeit herzlich wenig. Mit Leichtigkeit huscht sie über deren Probleme hinweg: Jede Frau könne sich ja von einem Tag auf den anderen ökonomisch unabhängig machen, indem sie sich umschulen läßt usw. Von Frauen-Arbeitslosigkeit beispielsweise scheint A.S. noch nie gehört zu haben. Auch die objektive Hürde, die für viele Frauen die Doppelbelastung durch Kinder und Haushalt bedeutet, nimmt A.S. sehr elegant – wahrscheinlich hat sie selbst derartige Problemchen nie gekannt.

Die Vorschläge, die A.S. „den Frauen" andienen will, gleichen darum stark denen des Millionärs, der seinen Arbeiter davon erzählt, daß doch „jeder eine Chance" habe, und daß ja sogar aus Tellerwäschern schon Millionäre geworden seien. Für die große Mehrheit der Frauen sind die „heißen Tips" von A.S., auch abgesehen von deren gesellschaftlicher Bezugslosigkeit, einfach von ihrer objektiven Lage her ein Hohn!

A.S. hat lediglich die Funktion – abgesehen von der fragwürdigen „Lebenshilfe", die sie einigen Frauen ihrer kleinbürgerlichen Schicht gibt – die Frauenbewegung abzuspalten und aufzuhetzen gegen ihren wichtigsten Verbündeten, die revolutionäre Linke und die Arbeiterbewegung. Damit trägt A.S. dazu bei, eine in der Tendenz für die Bourgeoisie durchaus gefährliche Bewegung unter den Frauen unschädlich zu machen, sie auf individuelle „Lösungen" zu orientieren und sie letztlich mit der kapitalistischen Gesellschaft auszusöhnen. Dieser Versuch kann freilich überhaupt nicht erfolgreich sein – eben weil A.S. gar keine Wege für die große Masse der werktätigen Frauen anbietet und diese im Grunde auch gar nicht anzusprechen versucht.

Sex zwischen Mann und Frau macht überhaupt keinen Spaß

So erfährt es der Leser von A.S. jedenfalls bei der Lektüre des „kleinen Unterschiedes". Wie schon gesagt, das einzige, wo für A.S. der Spaß anfängt, ist zwischen Frauen.

Ein Mann, der sich noch so bereitwillig ein befriedigendes Sexualleben mit seiner Frau erarbeiten will, ist dabei kaum einer Erwähnung wert.

Keine Frau tut es aus Lust. Alle tun es aus Angst. *„Fast alle Frauen haben Angst vor dem eigenen Mann"*. Und dann ist der Gipfel ihrer Behauptungen, daß alle Frauen, die mit Männern schlafen, frigide sind: *„Vor allem anderen macht Abhängigkeit vom Mann Frauen unfähig, sexuelle Lust zu empfinden"*.

Eine sehr folgenreiche Behauptung, wo A.S. doch an anderer Stelle schreibt, daß letztlich alle Frauen, die nicht den „dritten Weg" (lesbische Beziehungen) in der Hinterhand haben – ob sie ihn nun praktizieren oder nur als Druckmittel vorweisen – abhängig vom Mann sind.

Die Ablehnung der partnerschaftlichen Sexualität zwischen Frau und Mann geht bei A.S. schließlich so weit, daß sie für die *„Abschaffung des Schwanzfickens"* plädiert.

Alice Schwarzer knüpft in demagogischer Weise an einem bestehenden Problem, nämlich der vorherrschenden männerorientierten kapitalistischen Sexualideologie an. Diese bürgerlichen Sexualvorstellungen dienen in erster Linie zur Unterdrückung der Frauen, sicherlich ist aber auch der Arbeiter durch starken Leistungsdruck an der Entfaltung einer freien Sexualität gehindert. Dieses Problem der sexuellen Unterdrükkung ist bislang kaum von der Arbeiterbewegung aufgegriffen und vom proletarischen Standpunkt aus angepackt worden.

Das ist sicherlich auch ein wesentlicher Grund dafür, warum das Buch von Alice Schwarzer „Der kleine Unterschied ..." derartig große Begierde und Interesse hervorgerufen hat. Insofern ist sie mit ihrem Buch in eine Marktlücke gestoßen.

Objektiv ist es tatsächlich so, daß die Frauen nicht nur politisch-ideologisch in dieser Gesellschaft unterdrückt werden und einer ökonomischen Unterdrückung unterliegen, sondern auch sexuell unterdrückt werden. Das ist jedoch kein naturgegebenes oder geschlechterspezifisches Problem, wie A.S. meint, sondern ein gesellschaftliches Problem.

Ein Blick in die gängigen Aufklärungsbücher genügt, um zu sehen, wohin der Zug fährt.

Sexualität heißt in den Aufklärungsbüchern: ... männliches Geschlechtsteil, weibliches Geschlechtsteil, wie man Kinder macht und wie diese geboren werden, und dann folgt in ständiger Regelmäßigkeit das Kapitel über Geschlechtskrankheiten. In „fortschrittlichen" Aufklärungsbüchern kommt noch ein Kapitel über Verhütungsmittel.

Über die Funktion der männlichen und weiblichen Sexualität, der partnerschaftlichen und individuellen Sexualität, der Sexualität von Kindern und Jugendlichen findet man kaum viele Worte.

Der ganze Umfang der Sexualität wird eben nicht aufgezeigt, von Zärtlichkeit bis zum Vertrauen in den eigenen Körper ist kaum die Rede.

Jedoch hat Alice Schwarzer nicht das Ei des Kolumbus entdeckt, wenn sie von der besonderen Sexualität der Frau schreibt. Schon vor einigen Jahrtausenden hätte man bei vielen Völkern mit dem „Mythos vom vaginalen Orgasmus" keinen Hund mehr hinter'm Ofen vorlocken können, weil die Unterschiedlichkeiten in der Sexualität des Mannes und der Frau sehr wohl bekannt waren. Spätestens seit dem „Kinsey-Report" in den 50-er Jahren ist dieses Problem neu auf die Tagesordnung gekommen. Der Kinsey-Report – „Das sexuelle Verhalten der Frau" und „Das sexuelle Verhalten des Mannes" ist eine umfangreiche empirische Untersuchung über die Funktion der Sexualität beim Mann und bei der Frau. Beide Bücher sind in großen Auflagen herausgekommen und in eine Vielzahl von Sprachen übersetzt worden.

Eine wesentliche Aussage im Kinsey-Report über das sexuelle Verhalten der Frauen ist, daß es keinen – wie oft geglaubten – vaginalen Orgasmus, sondern nur einen klitoralen Orgasmus gibt. Die *„Konzentration der Reizung auf die Klitoris und Labia minora (innere Lippen) beweist, daß diese Organe derjenige Teil der Genitalien sind, der am reichlichsten mit sensiblen Endorganen (Nerven) ausgestattet ist. Die seltene Anwendung von tiefen Einführungen in die Vagina bei der Onanie zeigt, daß die Vaginalwände selbst bei den meisten Frauen praktisch nicht innerviert sind ..."* („Kinsey-Report", S. 149). Über die Reizzonen der Sexualität bei Frauen schreibt der Bericht unter anderem: *„Auf Grund der Kleinheit und des geringen Hervorragens der Klitoris haben viele Männer nicht verstanden, daß die Klitoris ein ebenso wichtiges Reizzentrum bei der Frau sein kann, wie der Penis beim Mann"* (430). *„Als Quelle der erotischen Erregung scheinen die Labia minora (inneren Lippen) ebenso wichtig zu sein, wie die Klitoris"* (432).

Über die Vagina schreibt der Report: *„Bei den meisten Frauen haben die Wände der Vagina keine sensitiven Endorgane und sind gegen leichten Druck durchaus unempfindlich. Diese Unempfindlichkeit erstreckt sich in fast allen Fällen auf alle Teile der Vagina"* (435).

Entgegen dieser Feststellung und auf Grund von Uninformiertheit bestehen falsche Vorstellungen über die Funktion der weiblichen Sexualität und eine Überschätzung der Bedeutung des männlichen Schwanzes bei der partnerschaftlichen Sexualität, sowohl bei Frauen als auch bei Männern.

Auf Grund von mangelndem Wissen über die weibliche Sexualität kommen viele Fauen (und Männer) zu der Meinung, daß sie „sexuell frigide" seien. Was sicherlich ein Irrglaube ist, der nur aus mangelndem Verständnis und Vorurteilen über die Sexualität entsteht.

Wir meinen, daß der Kampf gegen diese Vorurteile aufgenommen werden muß, und meinen im Gegensatz zu Alice Schwarzer, daß es darauf ankommt, daß wir Frauen unseren Männern und Freunden einfach zeigen müssen, wie unser Körper funktioniert. Hier Offenheit und Ehrlichkeit walten zu lassen, ist die Aufgabe. Nicht Egoismus auf die Befriedigung der männlichen Sexualität müssen wir von unseren Männern fordern, sondern Solidarität und damit das Akzeptieren der eigenen Sexualität und der unterschiedlichen Formen der Befriedigung.

Gegen die Vermarktung der Sexualität

Die Funktion der bürgerlichen Sexualität und der repressiven Ideologie und letztlich der damit verbundenen Frauenfeindlichkeit, wird mit keinem Wort bei A.S. erwähnt.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Funktion der Sexualität reinweg auf das Geldverdienen ausgerichtet.

Die Sexualität ist eine Warenbeziehung wie die bürgerliche Ehe und Familie insgesamt. Ob es nun in der privaten Beziehung ist oder die Prostitution nach jedem Geschmack und jedem Geldbeutel, ob es nun die „Massage-Salons" sind, die Anzeigen von Tai-Mädchen, die Porno-Shops, die Striptease-Lokale, die zu erwerbenden Hilfsmittel für eine „perfekte" Sexualität, oder die täglich in der Presse, Fernsehen und Werbung zu sehenden „Bumsgeschichten" – hierin spiegelt sich die allumfassende Vermarktung der Sexualität wieder.

Täglich wird eine enorme sexuelle Erregung bei den Menschen hervorgerufen, zu deren Befriedigung diese Gesellschaft kaum Möglichkeiten gibt.

Die Sexualität in dieser kapitalistischen Gesellschaft ist eben nicht in erster Linie ein Mittel, den besonderen Inhalt zwischen Menschen auszudrücken, sondern propagiert wird die Sexualität (und allzuoft ist sie es auch) als ein Mittel, sich aus dieser Gesellschaft zu entziehen und in den sexuellen Konsum zu flüchten.

„Die sexuelle Kultur der Bourgeoisie ist so etwas wie eine Dreckzulage: man verpfuscht die Gesundheit der Arbeiter, aber dafür gewährt man ihnen ein kleines finanzielles Trostpflästerchen. Indem der Kapitalismus aus der Sexualität und aus dem ‚Vergnügen' (was für ein Vergnügen eigentlich und für wen?) eine Entschädigung, eine Freizeitbeschäftigung macht ..." (Broyelle, Die Hälfte des Himmels, S. 153). Eine lustvolle und freie Sexualität wird sich nur in einem gleichberechtigten Verhältnis entfalten können.

Insofern ist die Sexualität natürlich nur ein Teil der gesamten Beziehung zwischen zwei Menschen und die Gleichberechtigung der Frau dafür Voraussetzung!

Das bedarf sicherlich eines langen Prozesses und einer radikalen Kritik der bürgerlichen Moral und ein Brechen mit alten Erziehungs- und Sexualvorstellungen. Da die Frauen am meisten unter der bürgerlichen Sexualität zu leiden haben, ist es vornehmlich auch die Aufgabe der Frauen, eine Diskussion mit ihren Männern, Freunden und Genossen über die Funktion der Sexualität im Kapitalismus, über die Funktion ihrer Sexualität, über veraltete Moralvorstellungen zu führen, und daraus Ansätze einer neuen revolutionären Moral zu entwickeln. Das können wir allerdings nicht ohne unsere Beteiligung an der gesamten Umgestaltung dieser Gesellschaft erreichen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Sozialstaat" Schweden
Börsenkurse, Inflation und Arbeitslosigkeit steigen an

Die Auftragsbücher der schwedischen Kapitalisten beginnen sich wieder zu füllen. Eine Branche nach der anderen meldet steigende Produktionszahlen. Die Börsenkurse klettern auf bisher unerreichte Höhen.

Die steigende Produktivität wird im „Sozialstaat Schweden" durch „höhere Kapazitätsausnützung" d. h. verschärfte Ausbeutung erreicht. Die Arbeitslosigkeit geht dadurch nicht zurück, im Gegenteil: Innerhalb eines Monats (vom 1.5. bis 1.6.76) stieg die Zahl der Arbeitslosen um 13.000 auf 62.000 an. Hauptbetroffene sind jugendliche Schulabgänger. Gleichzeitig sank die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen von 31.600 auf 27.200. Über die Hälfte der Arbeitslosen ist somit auf Sozialhilfe angewiesen.

Diese Angaben gelten für die offene Arbeitslosigkeit, von der 62.000 Menschen betroffen sind (1,5 % der Erwerbstätigen, bei Männern 1,1 % und bei Frauen 1,9 %). Diese liegt damit auf dem selben Niveau wie vor einem Jahr (Juni 1975: 61.500). Auffallend ist jedoch der Anstieg der verschiedenen Formen der verdeckten Arbeitslosigkeit. Von Juni 1975 bis Juni 1976 stiegen:

- Die Zahl der Bereitschaftsarbeiter von 18.700 auf 32.000.
- Die Zahl der Umschüler von 23.300 auf 27.000.
- Hinzu kommen 53.000 Menschen, die aus „konjunkturellen Gründen" kurzarbeiten müssen.

Auch an der Inflation wird deutlich, wer an der „Krise" profitiert: Innerhalb des ersten Halbjahres '76 stiegen die Preise um 5,1 % an. Im ersten Halbjahr 1975 waren die Preise um 4,8 % gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen Durchschnittswerte für alle Waren (Rohstoffe und Endprodukte) sind. Die Waren des täglichen Bedarfs dagegen wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 7,1 % verteuert (erstes Halbjahr '75: 7,6 %). (Alle Angaben nach „Dagens Nyheter" vom 17., 18., und 20.7.76).

Skandinavien-Kommission

„Lieber aktiv und rot als radioaktiv und tot!"

6.000 Teilnehmer aus allen skandinavischen Ländern demonstrierten am 7. August gegen das Atomkraftwerk in Barsebäck/Schweden. Parallel dazu organisierten die Atomkraftgegner auf der Insel Ven mit 600 Teilnehmern ein mehtägiges Protestcamp.

Der Atommeiler Barsebäck liegt im dichtestbesiedelten Gebiet Skandinaviens am Öresund. In einem Radius von 32 km wohnen 2,5 Mio Menschen. Der erste Reaktor ist bereits in Betrieb, der zweite soll 1977 anlaufen.

Schwedische und dänische Kapitalisten wollen gemeinsam auf den einzelnen Öresundstädten eine riesige Öresundmetropole machen, die als skandinavisches Industrie- und Handelszentrum mit 4 Mio Einwohnern geplant ist.

Der Barsebäck-Atomofen ist als „Energielieferant" einer der Grundpfeiler für die Verwirklichung von „Örestadt". Der schwedische Reichstag hat diesem volksfeindlichen Vorhaben bereits den parlamentarischen Segen gegeben. Im dänischen Folketing steht die Entscheidung noch aus.

Nach dem Plan der schwedischen sozialdemokratischen Regierung sollen jetzt acht Aggregate, zuzüglich zu den schon bestehenden fünf Kernkraftwerksaggregaten gebaut werden. Uneingeschränkte Unterstützung fand und findet dies bei der am meisten rechts stehenden großen bürgerlichen Partei Schwedens, der Moderaterna.

Die beiden anderen großen Parteien Folkpatiet und Centern traten in Worten zumeist gegen den Bau von Kernkraftwerken auf. Das hinderte sie aber nicht, auf kommunaler Ebene dem Bau zuzustimmen. So hat sich z.B. der Bürgermeister der Gemeinde Hahningen bei Stockholm (Mitglied des Centern) förmlich darum gerissen, daß dort ein Kernkraftwerk gebaut wird.

Als einzige Partei im Reichstag trat die VPK (ähnlich der westdeutschen DKP) etwas energischer gegen den weiteren Bau von Kernkraftwerken auf (die schon bestehenden sollen weiterarbeiten können). Insgesamt leistete die VPK aber wenig bei der Kampagne der Kernkraftwerkgegner. So gibt es z.B. in Nordschweden eine Strömung in der VPK (die sogenannten „Moskautreuen"), die den Kampf dagegen mit dem Hinweis verweigern, daß es in der Sowjetunion ja auch Kernkraftwerke gäbe.

Kernkraftgegner organisieren sich

Die Demonstration am 7. August war die bisher größte Manifestation der skandinavischen Atomkraftgegner. Hauptparolen waren: *„Stopp den Kernkraftwerken"* und *„Atomkraft muß weg – Stopp Barsebäck"* (Dagens Nyheter, 8.8.76). Atomwaffengegner hatten sich mit Leintüchern als Atomleichen verkleidet, um so die Gefahr, die von den Kernkraftwerken ausgeht, zu veranschaulichen.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen Redner aus mehreren skandinavischen Ländern. Ein isländischer Genosse wies in seiner Rede darauf hin, daß auch in Island der Protest gegen das Vorhaben wächst, Kernwaffen auf einer Natobase in Keflavik einzurichten. In einer Protestresolution, die die Demonstrationsteilnehmer verabschiedeten, wurde die „Verschrottung von Barsebäck" gefordert.

Initiiert und getragen wurde der Nordische Atommarsch in erster Linie von den „Nordischen Milieugruppen" und fast der gesamten schwedischen Linken. Hinzu kamen kleine Gruppen von den beiden bürgerlichen Parteien Centern und den Kristen Demokratisk Samling, die die Protestbewegung von rechts her ausnutzen wollten, was allerdings mißlang.

Die revolutionäre schwedische Organisation Förbundet Kommunist verfolgt in der Atomwaffengegnerbewegung die Politik, eine starke außerparlamentarische Bewegung aufzubauen, die, ähnlich wie einstmals die schwedische Vietnam-Solidaritätsbewegung, in der Lage ist, entscheidenden Druck auszuüben. Dazu will er vor allem die starken sozialistischen Teile der sehr aktiven Milieubewegung unterstützen.

Genossen des Chemiebereiches, der Skandinavienkommission und nach Augenzeugenberichten



6.000 Demonstranten auf dem Weg nach Barsebäck

Italien

Frauengruppen für die Legalisierung der Abtreibung

Die Frauenbewegung in Italien kämpft weiter gegen das Abtreibungsverbot, das zuletzt durch die Haltung der revisionistischen PCI (die zusammen mit den Christdemokraten und Faschisten (!) gegen die Aufhebung des Abtreibungsverbotes gestimmt hatte) noch immer aufrechterhalten werden konnte.

In den letzten Jahren wurden in immer mehr Städten Zentren eingerichtet, in denen Untersuchungen, Beratungen über Verhütungsmittel und Abtreibung unter staatlicher Kontrolle durchgeführt werden. In mehreren dieser „Consultori" und „Ambulatori" haben sich die Frauen das Recht auf Selbstverwaltung erkämpft und mit Hilfe von Ärzten und in Selbsthilfe Untersuchungen und Abtreibungen durchgeführt.

Am 10./11. Juli fand in Rom ein Treffen der Nationalen Koordination der Consultori und weiterer Frauengruppen statt, auf dem beschlossen wurde, einen Gesetzentwurf zur Legalisierung der Abtreibung zu erarbeiten.

Im Vorwort zu dem ersten Diskussionsvorschlag dieses Gesetzentwurfs heißt es: *„Wir (Frauen) sind in dieser Gesellschaft darauf beschränkt, Sexualobjekt und Maschine für die Reproduktion zu sein. Unsere Sexualität wird verschwiegen im Namen der Lust des Mannes oder der Mutterschaft. Diese Gesellschaft basiert auf der Ausbeutung und der Spaltung der Arbeiter, auf der männlichen Macht, die die Frauen zu Sklaven und zu Opfern macht. ... Die Frauen leiden schwer unter diesen Bedingungen, unter denen sie gezwungen sind zur Abtreibung und dazu, Kinder zu gebären und aufzuziehen".*

Der Gesetzentwurf beinhaltet im weiteren folgende Forderungen:

- Das uneingeschränkte Recht der Frau auf legale und kostenlose Abtreibung und auf Selbstbestimmung über ihren Körper.
- Wer eine Abtreibung gegen den Willen der Frau veranlaßt, durchführt, oder sie durch Drohung, Erpressung o.a. Mittel dazu bewegt, wird mit Haftstrafen zwischen vier und acht Jahren bestraft.
- Wer eine Abtreibung durchführt, um daraus Gewinn zu schlagen, wird ebenfalls mit Haft zwischen vier und acht Jahren bestraft.
- Abtreibungen dürfen in allen öffentlichen medizinischen Einrichtungen durchgeführt werden. Diese müssen dafür entsprechend ausgerüstet werden. Private Krankenhäuser müssen Abkommen mit der Krankenkasse schließen, die sämtliche Kosten für die Abtreibung sowie für die Vor- und Nachbehandlung trägt. Ist eine Frau nicht krankenversichert (in Italien bei Hausfrauen üblich), bezahlt der Staat.
- Bis zu acht Wochen nach der letzten Periode darf die Abtreibung in Consultori und Ambulatori durchgeführt werden. Abtreibungen dürfen nur von ausgebildetem Personal vollzogen werden. Auf Wunsch der Frau muß sie bis zu drei Tagen nach der Abtreibung im Krankenhaus Aufnahme finden, die Kosten trägt die Krankenkasse.
- Die Abtreibungen müssen nach den sichersten und schmerzlosesten Methoden durchgeführt werden; wer der Frau Schmerzen zufügt, sie physisch oder psychisch mißhandelt, wird bestraft.
- Die Abtreibung muß spätestens sieben Wochen nach dem Antrag der Frau durchgeführt werden. Jede Verzögerung u.a. Behinderung wird bestraft.
- Die Durchführung der Abtreibung unterliegt der öffentlichen Kontrolle, insbesondere durch die Frauenbewegung. Die Abtreibungsmethoden müssen ständig auf den neuesten Stand gebracht werden. Hierbei müssen sämtliche Erfahrungen der Frauenbewegung, auch gerade die Erfahrung der Frauen mit ihrem eigenen Körper, zur Entwicklung einer Frauenmedizin einbezogen werden. Abtreibung darf keine Angelegenheit von Experten sein! Personen, die Abtreibungen durchführen, Mediziner und Nicht-Mediziner, sind verpflichtet, sich ständig über die modernsten und unschädlichsten Verhütungsmittel und Abtreibungsmethoden auf dem Laufenden zu halten und in- und ausländische Erfahrungen, einschließlich die der Frauenbewegung, auszuwerten.
- Innerhalb der medizinischen Einrichtungen (Krankenhäuser usw.) muß für die Frauen die Möglichkeit bestehen, zu diskutieren und von anderen Frauen beraten zu werden, entweder im Kollektiv oder mit einer Person ihrer Wahl. So soll eine wirkliche Kontrolle über die Behandlung vor, während und nach der Abtreibung ermöglicht und jede Isolation verhindert werden.
- Ärzte, die sich weigern, abzutreiben, sollen strafrechtlich verfolgt werden.
- Auf Wunsch kann in allen öffentlichen medizinischen Einrichtungen eine Sterilisation bei Männern und Frauen durchgeführt werden. Wer gegen den Willen des Betroffenen eine Sterilisation durchführt, wird mit vier bis acht Jahren Haft bestraft.
- Für ausländische Frauen sollen diese Rechte uneingeschränkt ebenso gelten wie für die Italienerinnen.

(Angaben nach Lotta Continua vom 18./19.7.76).



„Zurück an den Herd"

Arbeitslosigkeit bei Frauen steigt weiter

Obwohl die Frauen in der BRD nur 36% der Beschäftigten ausmachen, stellen sie mit 454.300 knapp 50% der Arbeitslosen. Die Wirklichkeit sieht allerdings noch schlimmer aus: So stellte der DGB z.B. fest, *„daß im Frühjahr '75 118.000 Frauen im Bereich der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe einen Arbeitsplatz suchten, wovon aber nur 61.000 bei den Arbeitsämtern auch registriert waren."* Schweinisch auch die Praktiken der Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die im Runderlaß vom 18.12.75 für Teilzeitkräfte aufgestellt wurden. *„Wenn z.B. ein Betrieb ... die sog. 'Hausfrauenschicht' auflöst und sonst weit und breit keine Halbtagsstellen vorhanden sind, dann steht die arbeitslose Teilzeit-Frau dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Im Klartext: Sie kann weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe erhalten, obwohl sie vielleicht jahrelang Beiträge gezahlt hat"* (!) („Welt der Arbeit" – „WdA", 6.8.76).

Von ebenfalls steigender Frauen-Arbeitslosigkeit berichtet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. In 18 westeuropäischen Staaten sowie in USA, Kanada, Japan und Neuseeland gibt es derzeit sieben Millionen (!) arbeitslose Frauen.

Die geringe berufliche Qualifikation spielt dabei eine große Rolle: Von 800.000 in der Metallindustrie der BRD beschäftigten Arbeiterinnen sind in Zahlen ausgedrückt nur 20.000 (!) als Facharbeiterinnen eingestuft. 63 % aller arbeitenden Frauen sind in nur drei Berufen anzutreffen. 80 % aller Frauen mit Berufsausbildung sind in 14 Berufen anzutreffen (Angaben: „Mitteilung für Frauen" 4/76). Das Recht auf Arbeit für Frauen steht auf dem Papier. Arbeitende Ehefrauen werden in der Regel als „Doppelverdienerinnen" diskriminiert; alleinstehenden Frauen wird der Tip gegeben, sich endlich 'nen Mann zu suchen. Bei Entlassungen stehen Frauen unter „Wahrung der sozialen Gesichtspunkte" an erster Stelle!

Daß sich die Pläne der Kapitalisten – Beibehaltung einer möglichst hohen Zahl von Arbeitslosen, insbesondere von Frauen – bewahrheiten, zeigen Untersuchungen von Dr. Mertens, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BfA. M. meint, *„... daß die nächsten Jahre aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht so sehr geeignet scheinen, kurzfristige Erfolge bei der Anhebung des Beschäftiungsgrads der Frauen erreichen zu wollen. Erst ab 1988 (!) würden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt dazu führen, die Erwerbsbeteiligung (!) der Frauen wieder anzuheben"* („WdA", 6.8.76).

Eine Metall-Genossin

Abtreibung: Geschäfte mit der Not der Frauen

In Frankfurt/Main gründete ein gewisser Dieter Rasch, der schon mehrere andere undurchsichtige Geschäfte hinter sich hat, *„auf Initiative zahlreicher Ärzte"* („Frankfurter Rundschau", 3.8.) einen *„Interessenverein Schwangerschaftsabbruch"*. Hinter diesem Verein steht außerdem *„eine Firma, die Interesse hat, so etwas zu gründen"* (Rasch, zitiert nach „FR", 3.8.). Die Namen seiner „Interessenten" wollte Rasch allerdings nicht öffentlich preisgeben.

Zweck dieses Vereins soll sein, *„beim Schwangerschaftsabbruch Angebot und Nachfrage zusammenzuführen"* (Rasch, „FR", 3.8.). Da es verboten ist, öffentlich für den Abbruch von Schwangerschaften zu werben, macht sich Rasch zum Agenten der Ärzte. *„Für Ärzte und Kliniken (ist es) nicht möglich, beim Schwangerschaftsabbruch ihre Verbraucher (!!) zu finden"* (Rasch, „FR", 6.8.). Dieter Rasch will Listen von Ärzten anlegen, die bereit sind, eine Indikation zu stellen oder den Abbruch vorzunehmen. Diese Listen sollen nur den Frauen zugänglich sein, die Mitglied in seinem Verein geworden sind (monatlicher Beitrag DM 10.–, Aufnahmegebühr zwischen DM 20.– und 50,–, die Mitgliedschaft dauert mindestens ein Jahr). Damit kommt Rasch den „Bemühungen" des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit zuvor: *„.... wenn nicht private Stellen (!) ... die nötigen Hilfen geben, dann wird man kaum umhin kommen, Kliniken, die legale Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, bekanntzugeben"* (K. Focke, „Stern" 21/76). Das hessische Sozialministerium meint zur Initiative von Rasch: *„Das wird sich von selber austrocknen"* („FR", 6.8.). Die Praxis zeigt jedoch, daß für solche Geschäfte eine weites Feld offen sein wird. Es hat sich herausgestellt, daß die größte Schwierigkeit für Frauen, denen bereits eine Indikation gestellt wurde, darin besteht, einen Arzt zu finden, der den Schwangerschaftsabbruch auch durchführt. In diese „Marktlücke" stößt Rasch.

Die ganze Perversion „unserer freien Marktwirtschaft" zeigt sich darin, daß selbst die Not der Frauen „unternehmerischer Initiative" überlassen wird, deren einziges Ziel Profit um jeden Preis ist.

KB-Frauengruppe Bochum

Frauenveranstaltung in Hamburg-Wilhelmsburg

Mit Unterstützung der Frauengruppe der Jugendzentrumsinitiative Harburg veranstaltete die Bezirksorganisation Wilhelmsburg des KB einen Diskussionsabend zum Thema „Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat".

Mit einem Film zum „Internationalen Jahr der Frau" und Kurzreferaten von mehreren Frauen versuchte man, die Situation der Hausfrauen, die Doppelbelastung der arbeitenden Fauen durch Beruf und Haushalt und die besondere ideologische Verpakkung, die die Arbeit im Haushalt umgibt, zu erfassen. 30 meist jugendliche Teilnehmer diskutierten heftig um die Frage, ob die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat zu unterstützen sei oder ob sie etwa „die Frauen zurückzerre" und den Zustand von Abhängigkeit und Rückständigkeit vieler Frauen zementiere. (Dieses Thema soll demnächst im AK umfassend, unter Einbeziehung vorliegender Stellungnahmen aus dem KB selbst und von anderen Organisationen, weiterdiskutiert werden). Ein konkreter Diskussionserfolg war dabei, daß besonders jüngere Frauen und Männer zugaben, daß sie die Arbeit im gesellschaftlichen Sinne gesehen hatten und daß sie die Frage eigentlich mit ihren Müttern diskutieren müßten.

Eine Sache, die sicherlich Aufmerksamkeit verdient, war das besondere „Interesse" der Polizei an der Veranstaltung. Im Laufe des Abends riefen die „Ordnungshüter" mehrmals beim Wirt an, um sich nach Teilnehmerzahl und Ende der Veranstaltung zu erkundigen. Es ist nicht das erste Mal, daß die Polizei in Wilhelmsburg die Ohren spitzt, wenn Frauen sich öffentlich versammeln. Ende letzten Jahres wurde bei einer Veranstaltung gegen den § 218 die Sittenpolizei alarmiert – angeblich um festzustellen, ob Minderjährige dort anwesend seien.

Mit solchen Methoden will der Staat veruchen, die Frauen einzuschüchtern. Wir müssen breit propagieren, daß nicht das Eintreten für unsere Interessen „anrüchig" ist, sondern die Schnüffelei der Polizei.

Nach einem Bericht der BO Wilhelmsburg/Frauengruppe KB/Gruppe Hamburg

§ 218-Komitees des KBW

Abbröckeln ist Haupttendenz

Mit den Komitees gegen den § 218 erreichte der KBW im vergangenen Jahr einen Einfluß, der relativ weit über die eigenen Reihen hinaus reichte. Derzeit ist jedoch auch hier, wie überall im Umfeld des KBW, Abbröckeln Trumpf. In der Regel vollzieht sich das sang- und klanglos so, daß die nicht im KBW organisierten Komitee-Mitglieder allmählich wegbleiben und damit die Komitees auf den KBW-Kern zusammenschrumpfen, ohne daß es zu inhaltlichen Auseinandersetzungen kommt. Ausnahmen von dieser Regel werden aus Lüneburg und Dortmund gemeldet.

- In Lüneburg, wo der KBW beim „Zusammenschluß der Volksmassen" inzwischen zwischen 13 und 15 Personen schwankt, weigerte sich plötzlich die bisher recht gefügige „§ 218-Initiative", gemeinsam mit dem KBW das Volk zu einer weiteren „Massen"demonstration zusammenzuschließen (diesmal gegen das KPD-Verbot). Die Folge war eine deftige Anpöbelei in der „KVZ"-Ortsbeilage gegen das Komitee: *„Es steckt dahinter der Versuch, der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat aus dem Weg zu gehen... Damit gibt die Initiative den Kräften, die die Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat friedlich oder nur im Meinungskampf führen wollen, nach".* Das sei *„ein Vertuschen der eigenen Fehler und Schwächen"* etc. – Derartige Anpinkeleien meilenweit vom tatsächlichen Streitpunkt entfernt, sind typisch für den Stil des KBW. Wer aus taktischen Gründen (beispielsweise mangels „Massen") eine Aktion für sinnlos hält, wird automatisch der „Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat" verdächtigt usw.
- Das § 218-Komitee Dortmund-Innenstadt hatte im Verlauf seiner Aktivitäten mehr als 1.000 Unterschriften gesammelt. Anläßlich der Bundestagskandidatur des KBW kam nun ein Mitglied der KBW-Ortsleitung zu der KBW-Komitee-Genossin, die die Unterschriftenliste verwahrte, und forderte die Herausgabe der Liste. Die Genossin weigerte sich, da das Komitee den Menschen eine sichere Verwahrung der Unterschriften zugesichert hatte. Auch die Drohung, er sei immerhin ihr Anleiter, schüchterte die Genossin nicht ein. Auch andere KBW-Mitglieder im Komitee weigerten sich, die Listen herauszurücken.

Also wurde eine Zellensitzung eigens zu diesem Thema einberufen. Dort wurde dann gar nicht mehr diskutiert, ob die Herausgabe der Unterschriftenlisten und deren Benutzung durch den KBW zulässig sei oder nicht, sondern nur noch, ob die Politik des KBW anläßlich der Bundestagwahlen „richtig" sei oder nicht. Denn bei den Bundestagswahlen will der KBW seine Politik „im Volk verankern". Und dafür muß er natürlich auch die Menschen wieder „ansprechen" die „für den Volksentscheid" (gegen § 218) ihre Unterschrift gegeben haben. Also braucht der KBW natürlich die Unterschriftenlisten. Und wer sich weigert, die Listen rauszurücken, ist dagegen, daß der Kommunismus im Volk verankert wird. Mit dieser auf plumpe Einschüchterung bedachten „Argumentation" erreichte es schließlich die KBW-Ortsleitung, daß im Komitee mit sechs zu drei Stimmen die Herausgabe der Listen an den KBW gebilligt wurde. Als Konsequenz erklärten einige der letzten Unorganisierten im Komitee ihren Austritt.

Mögen dem KBW weitere Erfolge dieser Art beschieden sein!

Nach Berichten aus Lüneburg und Bochum



Flensburg:

Ein „Grenzfall" von medizinischer Indikation

Frau F. ist Ende des vierten Monats schwanger, als Anfang Mai die Ärzte keine Herztöne mehr hören können. Seit Anfang der Schwangerschaft hat sie ständig Blutungen. Wegen starker Blutungen war sie auch in die Flensburger Diakonissenanstalt eingeliefert worden. Dort war sie mit der Versicherung wieder entlassen worden, sie würde das Kind halten können. Ende Mai kommt sie ins St. Franziskus-Hospital mit Wehen. Ein Laboruntersuchung der Plazenta ergibt einen Wert, der genau „zwischen gut und böse" liegt, wie sich die Ärzte später ausdrücken. Das heißt, die Plazenta funktioniert weder einwandfrei noch ist sie völlig „tot". Wegen dieser „Unsicherheit" wird von den Ärzten entschieden, daß Frau F. das Kind weiter austragen soll. So wird sie mit wehenhemmenden Mitteln vollgepumpt, obwohl beim ungeborenen Kind längst keine Herztöne mehr festzustellen sind. Frau F. will, daß die Schwangerschaft beendet wird.

Als sie nachts starke Wehen bekommt, wartet sie trotz starker Schmerzen, bis die Fruchtblase platzt und „was rauskommt", und ruft erst dann die Hebamme. Im Kreißsaal drückt die Hebamme auf dem Bauch der Frau 'rum, bis sie grün und blau ist, um den Embryo zu holen. Doch es muß eine Ausschabung gemacht werden. Wegen der „Spar"maßnahmen sind Ärzte und Schwestern nicht einsatzbereit, man will bis zum nächsten Morgen warten. Weil Frau F. bis dahin verbluten würde, packt der Arzt ihr für die Nacht einfach einen Eisbeutel auf den Bauch. Als alles vorbei ist, wird ihr auf die Frage, warum sie nicht abtreiben durfte, geantwortet: Der Laborwert sei eben genau in der Mitte gewesen, und da dürfe man nicht abtreiben wegen § 218.

Frauenkommission KB/Gruppe Flensburg

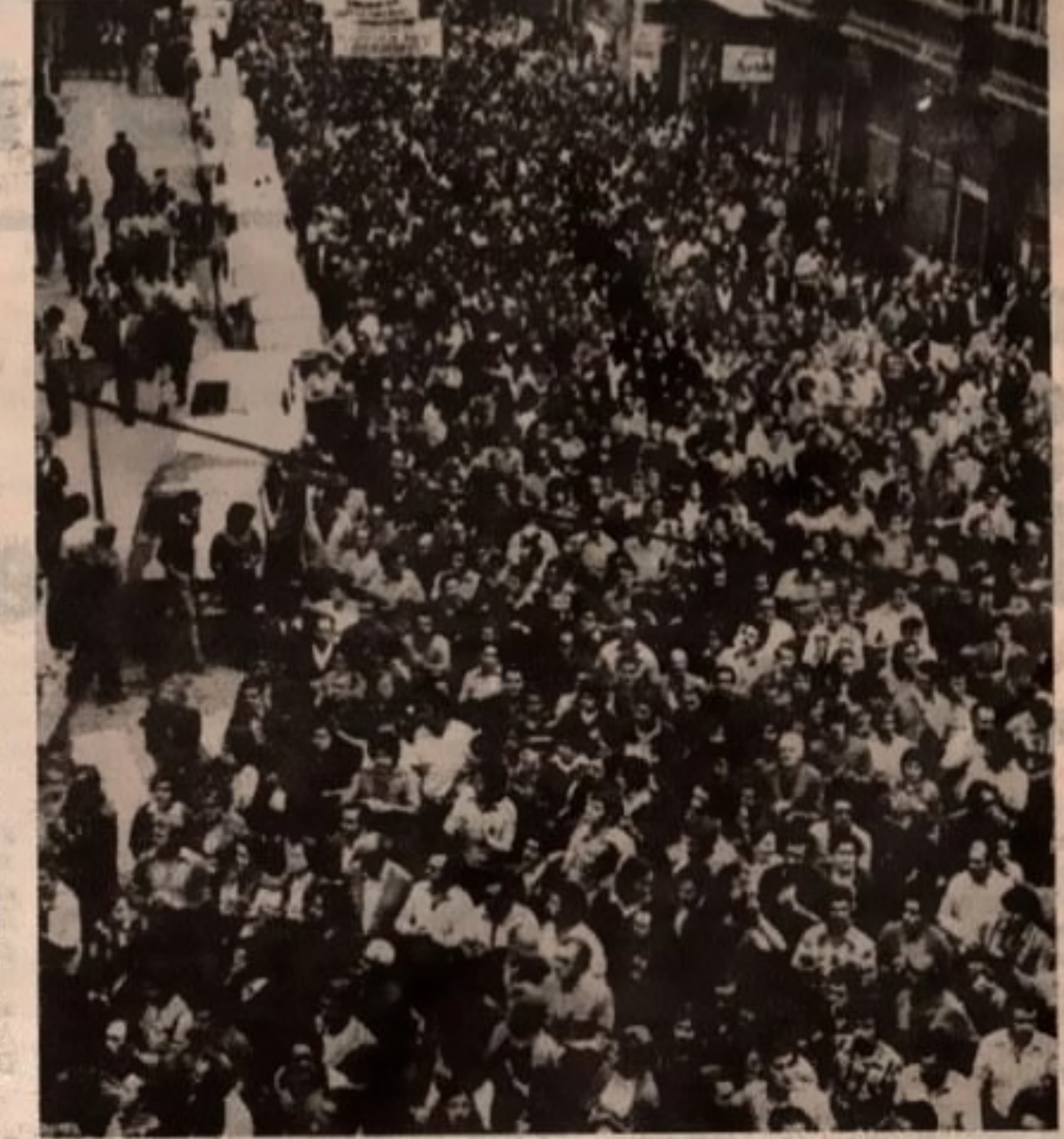
Spanien

„Die Amnestie ist Schwindel und Betrug"

Als Schwindel und Betrug bezeichneten Sprecher der baskischen ETA in einer geheimen Pressekonferenz am 8.8. in Madrid den Rummel, der gegenwärtig um die Amnestie politischer Gefangener von Seiten des Regimes wie auch der bürgerlichen „Opposition gemacht wird. Tatsächlich sind fast drei Wochen nach der Ankündigung, daß mindestens 500 politische Gefangene freigelassen werden sollten, nur etwa 20, sowie einige Kriegsdienstverweigerer und Armee-Deserteure (die vom Regime nicht als politische Gefangene anerkannt werden) freigekommen. Und selbst in diesen Fällen kann man zumeist schwerlich von einer wirklichen Amnestie sprechen, wenn z.B. einer der „freigelassenen" Offiziere der UMD (Demokratische Soldatenbewegung) unter Hausarrest gestellt wird („Le Monde", 17.8.) oder wenn die drei Arbeiter aus Vitoria (Baskenland), die unter fadenscheinigen Vorwänden seit dem Massaker der Guardia Civil in dieser Stadt im März gefangen gehalten wurden, entlassen werden, kurz bevor sie in dem anstehenden Prozeß Gelegenheit zur Veröffentlichung der damaligen Vorgänge bekommen hätten, oder wenn der PCE-Führer Lusio Lobato mit der Begründung freikommt, daß durch eine „Reform" des Strafgesetzes nunmehr das Höchststrafmaß für „illegale Vereinigung" herabgesetzt worden ist. Abgesehen von einigen Fällen dieser Art sind bisher fast nur bekannte Funktionäre der PCE (revisionistische Partei) und andere „Persönlichkeiten" freigelassen worden.

Die katholische Zeitschrift „YA" (11.8.76) berichtet, daß den Anwälten der politischen Gefangenen, die auf Durchführung der versprochenen Amnestie drängen, tagelang erzählt wurde, der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof sei „im Urlaub" und darum gebe es eben noch keine Durchführungsrichtlinien für das Amnestiedekret. Die Anwälte berichteten ferner, daß alle zuständigen Zivil- und Militärjustiz-Stellen das Dekret nach Gutdünken auslegen und daß, selbst wenn die jeweils zuständigen Staatsanwälte für eine Amnestierung eines Gefangenen plädieren, immer noch die Gerichte nicht daran gebunden sind. Außerdem sind nach Mitteilung der Anwälte mehrere Gefangene nur „provisorisch" und gegen Zahlung einer Kaution entlassen worden.

Die ersten Reaktionen der spanischen Revisionisten auf das Amnestie-Dekret waren: *„Ein großer Sieg der demokratischen Kräfte und an erster Stelle der PCE"* (Erklärung des ZK der PCE nach „Le Monde", 1./2.8.76). Doch auch die PCE wird nicht umhin kommen, den Amnestie-Betrug klar zuzugeben, hatte sie doch selbst unter dem massiven Druck der Massenbewegung noch Mitte Juli geschrieben: *Amnestie ist Amnestie! Sofortige Freiheit aller politischen und sozialen Gefangenen, sofortige freie Rückkehr aller politischen Exilierten, sowie der politischen Führer, denen noch die Pässe verweigert werden. Amnestie ist das Ende der Verhaftungen und Verfolgungen aller, die für demokratische Freiheiten kämpfen. Amnestie ist die erste Bedingung für die Versöhnung aller Spanier (? !) und die Wiederherstellung der Freiheit ..."* („Mundo Obrero", 14.7.76).



Fast alle Einwohner von Mieres (ca. 50.000) protestierten am 21. Juli gegen die Zerstörung ihrer Stadt durch Industrieschmutz

Die erste Reaktion der sozialdemokratischen PSOE auf das Amnestie-Dekret war scheinbar linker als die der PCE. Die Amnestie-Ankündigung wurde zwar als „Schritt nach vorn" gewertet, doch gleichzeitig wurde das Regime als „illegitim" und gar nicht berechtigt, eine Vorauswahl für die zu amnestierenden Gefangenen zu treffen dargestellt. Es müsse alle politischen Gefangenen bedingungslos freilassen und selber abtreten („Le Monde", 3.8.76). Offenbar um dieser Forderung nach Abtritt Nachdruck zu verleihen, plauschte PSOE-Chef Gonzalez wenige Tage später drei Stunden lang mit Regierungschef Suarez über *„Fragen der Verfassungsreform, Volksabstimmung und allgemeine politische Angelegenheiten"* („SZ", 12.8.76). Das Gespräch wurde von Suarez als „positiv, interessant und sehr herzlich" empfunden. Die PSOE versteht das Geschäft der linken Phrase und rechten Tat schon heute ganz gut.

Da ganz offenkundig und zugegebenerweise die Verhandlungs- und

Da ganz offenkundig und zugegebenerweise die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft der gesamten spanischen Opposition mit der Suarez-Regierung so groß wie noch nie ist, wird sich sicher eine Interpretation finden lassen, um von der Verantwortung der Regierung abzulenken und die Schuld für die nicht stattfindende Amnestie den „ausführenden Organen" (Gerichte etc.) in die Schuhe zu schieben.

Gleichzeitig gehen die Verhaftungen, Knüppeleien und Polizeimorde im „alten Stil" weiter. Am 14.8. wurde in Almeria der Student Francisco Javier Verdejo beim Parolenmalen von der Guardia Civil erschossen. Als daraufhin in Almeria und Madrid mehrete Tausend Menschen gegen den Polizeiterror demonstrierten, wurden die Gummiknüppel wie eh und je geschwungen und wieder wurden zehn Menschen festgenommen. In Andalusien wurden 14 angebliche Mitglieder der PCE/R („wiederaufgebaute KP") wegen „illegaler Vereinigung" verhaftet. In der baskischen Stadt Guernica prügelte die Guardia Civil mehrere Hundert Menschen aus einer Kirche, die sich dort zwei Tage lang eingeschlossen hatten, um für Amnestie und freie Rückkehr der antifaschistischen Emigranten zu demonstrieren. Eine anschließende Demonstration von mehreren Tausend Teilnehmern wurde ebenfalls von Bullen „aufgelöst" („Le Monde", 18.8.).

Das Amnestie-Dekret der spanischen Regierung ist allein insofern ein Hohn auf die Forderungen des spanischen Volkes, als bisher alle politischen „Vergehen" wie zu Francos

spanischen Volkes, als bisher alle politischen „Vergehen" wie zu Francos

Zeiten strafbar geblieben sind und die Gefängnisse jederzeit und nach Belieben mit „Politischen" „nachgefüllt" werden können.

Spanien-Kommission



Etwa 25.000 Menschen forderten am 11. Juli in Gijon (Asturien) Amnestie, politische Freiheiten und Autonomie

England

Sparmaßnahmen und Rekord-Arbeitslosigkeit

Anfang August beschloß das britische Parlament, im nächsten Finanzjahr bei den Ausgaben des öffentlichen Sektors ca. eine Milliarde Pfund einzusparen. Mit 295 zu 283 Stimmen verfügte die Regierung nur über 12 Stimmen Mehrheit, dies allerdings auch nur dadurch, daß sich die nordirischen Unionisten und einige Liberale der Stimmen enthielten. Obwohl die Labour Linke, die 81 Mann starke Tribune-Fraktion, mit „offener Revolte" gedroht hatte, stimmten alle natürlich den Sparplänen zu! Typische Begründung nach dem Strickmuster des „Kleineren Übels": Artur Latham, der Führer der Tribune Gruppe sagte, er würde für die Regierung stimmen, weil *„für die Opposition zu stimmen, bedeuten würde, ein verdorbenes Essen beiseite zu schieben und statt dessen eine Dosis Arsen einzunehmen"* („Guardian", 3.8.76).

Diese Haltung der „Linken" muß auf dem Hintergrund gesehen werden, daß Schatzkanzler Healy offen zugab, daß die Sparmaßnahmen allein im Staatsapparat rund 60.000 Stellen kosten werden! Und das in einer Situation, in der die Arbeitslosigkeit in Großbritannien bereits Rekordhöhe erreicht hat: sie erhöhte sich von 5,7% auf 6,3%! Das ist der höchste Stand nach dem Zweiten Weltkrieg. Von den insgesamt etwa 1,5 Millionen Arbeitslosen sind über 200.000 Jugendliche, vor allem Schulabgänger, die auf der Straße liegen!

Ganz offen wird die Sparpolitik begründet: *„Im Konjunkturaufschwung soll die Privatindustrie mehr Aktionsraum erhalten: deshalb soll die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat zugunsten der Privatindustrie begrenzt werden"* („Neue Zürcher Zeitung", 24.7.76).

„Der Hauptzweck der Sparübung bestehe darin, bei zunehmender Konjunkturerholung und grundsätzlicher wirtschaftlicher Gesundung mehr Platz zu schaffen für die Expansion des privaten Sektors, vornehmlich der Exportwirtschaft" („NZZ", 24.7.76).

Der Abbau der sozialen Leistungen des Staates in England wird auch von den anderen europäischen Staaten im Rahmen der EG gefordert. So wurde – ähnlich wie im Fall Italien – die Vergabe des letzten Kredits an England aus dem Internationalem Währungsfonds im Juni davon abhängig gemacht, daß die englische Regierung ihre Finanzen in Ordnung bringt, sprich den Kurs gegen die Arbeiterklasse wesentlich verschärft.

Allgemein wird davon ausgegangen, daß die neuen Sparpläne der Regierung u.a. Vorleistungen auf die Vergabe eines zweiten Kredits im Winter sind.

„Ob die jetzt angekündigten Schritte das internationale Vertrauen wieder herzustellen, geeignet sind, oder ob die ausländischen Gläubiger weitere Zusagen verlangen, bleibt abzu warten" („NZZ", 24.7.76).

Man kann sicher sein, daß diese Gelder unter der Regie der Labour-Regierung weiter der Privatindustrie „Spielraum schaffen" werden, während die Arbeiterklasse sich weiter einschränken muß.

Leider nichr nur ein schlechter Witz ist die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung auf diesem Hintergrund Ende Juli dem neuen „Sozialkontrakt" mit der Labour-Regierung (der bereits im AK dargestellt wurde) zugestimmt hat (4,5% Lohndiktat). Als „Gegenleistung" versprach die Regierung, im Laufe der nächsten drei Jahre eine Million Arbeitsplätze zu schaffen (!!) („NZZ", 31.7.76).

England Kommission

Arbeitsdienst geplant

Am 27. Juli lehnte das britische Unterhaus einstweilen die Behandlung eines Gesetzesvorschlags des Tory-Abgeordneten Steen ab, wonach ein Arbeitsdienst für arbeitslose Schulabgänger geschaffen werden sollte, deren offizielle Zahl im Juli bereits bei 209.000 lag („Guardian", 28.7.76).

In der Debatte meinte Steen zynisch, die Jugendlichen sollten in dem geplanten „Nationalen Dienst" durch soziale Dienste und Arbeit in der Gemeinde sich eigene Arbeitserfahrungen schaffen, in dem sie in der Nachbarschaft die Lebensqualität heben.

England-Kommission

Britische Söldner im Libanon

Die ganz unmittelbare Verwicklung der imperialistischen Staaten in die blutige Niederschlagung von Befreiungsbewegungen in aller Welt wurde mal wieder am Krieg in Libanon/Beirut deutlich: ein britischer Söldner, der 28-jährige Robert Thacker mußte beim Häuserkampf dran glauben, palästinensische Freiheitskämpfer erwischten ihn.

Thacker ist kein Unbekannter in der Söldner-Szenerie: er kämpfte bereits in Vietnam, in der rhodesischen SAS, in Angola gegen die MPLA ... Thacker arbeitete in Beirut in einem Ausbildungslager, das die britische Söldner-Anwerbungs-Firma „Best, Aspin and Bishop" dort im Auftrag der christlichen Faschisten eingerichtet hatte.

Aspin, einer der Organisatoren, sagte: *„Die Christen waren zuerst mißtrauisch. Aber wir bewiesen uns selbst durch unsere Aktionen, und nun eröffnen wir ein Büro und ein Trainingscamp, um die Libanesen zu schulen. Wir haben ihnen bewiesen, daß wir ein ganz brauchbarer Haufen sind ..."*

Obwohl es ein Gesetz in England gibt, das das Anwerben und Verschicken von Söldnern aus England verbietet, kann Aspin ungehindert seine Interviews geben. Auf die Frage, ob er wisse, daß ein Komitee Söldneranwerbung seine Bestrafung gefordert habe, antwortete er frech: *„Ich glaube nicht, daß mich das irgendwie behindern wird"*. Und er spricht aus Erfahrung. Bereits anläßlich der letzten Höhepunkte der der Kämpfe in Angola flogen Hunderte von ihm angeworbener Söldner von London nach Afrika, breit wurde in der Presse über Anwerbungsmethoden berichtet und darüber, daß in bestimmten Einheiten der britischen Armee (Marines) ganze Offiziersgruppen sich melden usw. usf.. Aspin und die anderen Mordgehilfen der Imperialisten aber können ungehindert ihr Geschäft weiter betreiben.

England-Kommission

Söldnerkadaver gebührend empfangen

Ende Juli stellten Arbeiter auf dem Londoner Flughafen fest, daß sie gerade die Kadaver zweier aus Angola heimkehrenden Söldner transportierten. Dabei auch den des berüchtigten Oberst Callan, der 14 andere Söldner hatte über den Haufen knallen lassen, weil diese den „Dienst verweigert" hatten.

Die Kollegen schafften die Bleisärge zunächst in Luftfrachtschuppen, von wo sie erst nach einer Sonderbehandlung reichlich zerbeult und bespien zur „Jetzten Ruhe" abgeholt werden konnten.

Kommentar eines Kollegen: *„Leider konnten die nicht zweimal sterben – aber die Bastarde haben bekommen, was ihnen zustand"* („Guardian", 27.7.76). Sauber!

England-Kommission

Skandinavien

Dänemark

Streiks und Demonstrationen gegen „Krisenpolitik"

In diesen Tagen wurde in Dänemark ein wirtschaftlicher „Krisenplan" der sozialdemokratischen Regierung durch das Parlament gepeitscht, der die Rechte der dänischen Arbeiterklasse weiter einschränkt, die Reallöhne drastisch heruntersetzt und den Kapitalisten Milliarden in den Rachen schmeißt. Breite Streiks und Protestdemonstrationen konnten die Verabschiedung der Gesetzesvorlage nicht verhindern. Dies ist ein weiterer Schritt einer seit Jahren betriebenen Politik der dänischen Bourgeoisie, die die Kosten der Krise und des internationalen Konkurrenzkampfes auf die Arbeiterklasse abwälzen will.

Bei dem jetzigen Sparprogramm ist die Handschrift der BRD-Imperialisten deutlich lesbar, welche auch die Kredite an Italien mit der Forderung nach Durchführung eines Sparprogramms verknüpften. Selbstgefällige Genugtuung über das Regierungsprogramm spiegelte sich daher bereits in den ersten Kommentaren der westdeutschen Rechtspresse wider. „Da hat man eine ganze Zeit flott gelebt, womöglich mehr ausgegeben als eingenommen und die Differenz durch Pump überbrückt; eines Tages aber kommt die Stunde der Wahrheit" („Flensburger Tageblatt", 17.8.76).

Die „Krise"

Die „Krise"

Im ersten Halbjahr 1976 zeigt sich in der dänischen Zahlungsbilanz ein Defizit von sechs Mrd. dKr (gegenüber zwei Mrd. dKr im ersten Halbjahr 1975). D.h. Dänemark hat sich gegenüber dem Ausland um diesen Betrag verschuldet, womit die Gesamtschulden gegenüber dem Ausland auf 32 Mrd. dKr (= 13 Mrd. DM) gestiegen sind. Die Handelsbilanz, d.h. der Vergleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr von Waren, zeigt im ersten Halbjahr 1976 ebenfalls ein Minus von zehn Mrd. dKr (= vier Mrd. DM) (nach „Handelsblatt", 14.6.76 und „FAZ", 7.8.76). Diese Zahlen ergeben jedoch einen ganz falschen Eindruck, wenn man nicht gleichzeitig erwähnt, daß sich der dänische Export von 1972 bis heute verdoppelt hat auf ca. 25 Mrd. DM jährlich. Der dänische Handel floriert also glänzend. Dänemark exportiert pro Kopf der Bevölkerung 1 1/2 mal so viel Waren wie die BRD! (nach Fischer Weltalmanach 1976 (FW)).

Die hohe Verschuldung Dänemarks ist also nur ein Anzeichen des wilden Konkurrenzkampfes, den die dänischen Kapitalisten führen, um mithalten zu können bei der Neuaufteilung der Weltmärkte, die hinter der jetzigen Weltwirtschaftskrise steckt. Dabei gehen in Dänemark reihenweise (ähnlich wie in der BRD) kleinere Firmen bankrott. Vor allem aber wird in Dänemark seit mehreren Jahren die Ausbeutung und politische Entrechtung der Arbeiterklasse vorangetrieben.

Die Arbeiterklasse soll bezahlen

Die Kosten dieses Kampfes soll die Arbeiterklasse bezahlen. Die Lebenshaltungskosten sind 1974 um 15% und 1975 um 11% gestiegen. 1976 wird der Anstieg der Lebenshaltungskosten mit Sicherheit die (offizielle Zahl der) Steigerung der Durchschnittslöhne überholen. 1974 gab es 11% Arbeitslose („FAZ", 18.8.76 und „FW"). Auf dieser ökonomischen Grundlage wurde in den vergangenen Jahren ein Krisenprogramm durchgezogen, wobei die Sozialdemokraten die Konservativen bei der Regierungsverantwortung ablösten. 1973 wurden gegen breite Proteste der Massen Steuererhöhungen beschlossen (vergl. AK 27,28). 1974 wurde ein Sparprogramm erlassen, gegen das Hunderttausende in den Streik traten (vergl. AK 44).

Es enthielt eine Begrenzung von Löhnen und Gehältern, eine Begrenzung der Tarifautonomie (d.h. der Möglichkeit höhere Löhne gewerkschaftlich zu erkämpfen) und ein Programm zur Förderung der Investitionen der Exportindustrie. Das dafür benötigte Geld wurde den Arbeitern durch Preisaufschläge und Kürzungen der Sozialleistungen gestohlen. Aus öffentlichen Geldern erhielt die Industrie 1,5 Mrd. dKr Investitionshilfen und für 630 Mio. dKr Staatsaufträge. Unter Führung der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer blieben die starken Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse im wesentlichen erfolglos.

Auf der Basis der daraus entstandenen Resignation und der weiter bestehenden Angst vor Arbeitslosigkeit und Lohnabbau werden die Kapitalisten nun immer unverschämter. Die im Namen der Kapitalisten sprechende sogenannte Liberale Partei unter Führung des vormaligen Regierungschefs Hartling rief die Kapitalisten dazu auf, die *„an den Tag gelegte Sorglosigkeit bei der Lohn- und Gehaltspolitik zu beenden"* („SZ", 3.3.76). Der Chef der dänischen Nationalbank forderte verstärkte staatliche Maßnahmen von der sozialdemokratischen Regierung („Handelsblatt", 14.6.76).

BRD verdient mit

BRD verdient mit

Die zur Abdeckung der Auslandsschulden notwendigen Kredite werden natürlich von den Haupthandelspartnern Dänemarks geliefert, die dann nochmals an den Zinsen verdienen. Es sind dies in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit Schweden, Großbritannien, die BRD und die USA. In diesem Jahr hat Dänemark bereits Auslandskredite in Höhe von 850 Mio DM aufgenommen, wovon 100 Mio DM von westdeutschen Banken kamen. Weitere 1,5 Mrd. DM werden in diesem Jahr voraussichtlich noch benötigt („FAZ", 7.8.76). Es ist klar, daß auf dieser Basis die Abhängigkeit Dänemarks von den großen EG-Ländern wächst und daß sich Investitionen in Dänemark für sie immer mehr lohnen. 1975 wurden aus dem Ausland Investitionen in Höhe von 476 Mio dKr vorgenommen, das ist sieben mal so viel wie im Jahr davor.

Im Rahmen der EG geraten die kleineren Länder in den Würgegriff der großen imperialistischen Staaten und ihrer Monopole. Dies zeigte sich u.a. darin, daß der Wechselkurs der dKr im März und April ständig fiel und durch Käufe der Bundesbank gestützt werden mußte. Ebenso erging es zur gleichen Zeit Belgien („FR", 4.8.76). Diese Summen muß Dänemark natürlich auch zurückzahlen! Die dänischen Kapitalisten können also auf die Dauer nur die zweite Rolle spielen und die dänische Arbeiterklasse wird doppelt (auch ziemlich direkt durch die ausländischen Kapitalisten) ausgebeutet. Die Abhängigmachung solcher Länder ist auch einer der Zwecke, zu dem die Imperialisten die derzeitige Krise nutzen. Die Einbindung Dänemarks in die sogenannte „Währungsschlange" bedeutet also den finanziellen Ausverkauf des Landes.

BRD-Kapitalisten wollen kommandieren

In einem längeren Artikel in der „FAZ" vom 18.8.76 wurde Dänemark empfohlen, die *„Wohlfahrtsmentalität"* abzubauen, um sich das *„Zutrauen der internationalen Kreditgeber zu erhalten"*. Die Lüge von der angeblichen „Wohlfahrt" der dänischen Arbeiterklasse muß herhalten: *„Das Land lebte ständig über seine Verhältnisse, bei hohem Wohlstand und breit gestreuten Sozialleistungen"*. Die Regierung wird angepinkelt: *„.... die sozialdemokratische Regierung findet zu einer durchgreifenden Sanierung nicht die Kraft"*. Diese Empfehlungen zielen ganz offen auf eine verstärkte Ausbeutung der dänischen Arbeiterklasse. Angesichts der vorhandenen Abhängigkeit Dänemarks sind sie als Drohungen zu verstehen.

Der Krisenplan

Der jetzt von der sozialdemokratischen Regierung vorgelegte Krisenplan enthält als Kernpunkt eine radikale Kürzung der Löhne. Die Löhne sollen 1977 um höchstens 7% und 1976 um höchstens 6% steigen („FAZ", 7.8.76). Für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten sollen die Lohnerhöhungen noch deutlich darunter liegen. Damit ist die Tarifautonomie praktisch aufgehoben. Angesichts der Höhe der Inflation bedeutet das einen Freibrief zum Lohnraub.

Auch die weiteren Punkte des Programms wenden sich gegen die Werktätigen. Durch spezielle Abgaben auf Importwaren (z.B. Autos, elektrische Geräte usw.) sollen im Jahr 1977 allein fünf Mrd. Kronen eingenommen werden. Nach den Plänen der Regierung soll der Preis für Zucker beispielsweise fast verdoppelt werden („Flensburg Avis", 18.8.76).

Die Staatsausgaben sollen 1977
doppelt werden („Flensburg Avis", 18.8.76).

Die Staatsausgaben sollen 1977 um 1,5 Mrd. dKr und 1978 um 2,5 Mrd. dKr heruntergesetzt werden, natürlich vor allem im sozialen Bereich. Diese Gelder aus den Taschen der Arbeiter sollen in ein sogenanntes „Beschäftigungsprogramm" fließen oder direkt an die Exportindustrie („FAZ", 18.8.76).

Schließlich wurde ein System der „Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer" in das Programm eingebaut, um den Gewerkschaften die nötigen Argumente zu liefern, mit denen sie Protestaktionen abfangen können. Man sprach ganz offen davon, daß dieser Teil des Programms nötig sei, *„um den Gewerkschaften die Zustimmung schmackhaft zu machen"*.

Eine Woche vor der ersten Parlamentsberatung wurden die Vorschläge im gewerkschaftlichen LO - Zentralorgan als eine *„in der gegenwärtigen Situation notwendige Pferderkur"* gelobt und jene die Mitbestimmung betreffenden Punkte entsprächen ja auch ganz deutlich den *„Forderungen des LO - Kongresses nach einer vermehrten Steuerung der industriellen Entwichlung und Struktur"* („LO - bladet", 12.8.76).

Dann trat die internationale Zusammenarbeit der Imperialisten in Aktion. Wirtschaftskreise der BRD sprachen von Problemen mit der „Währungsschlange" und einem drohenden erneuten Kurssturz der dKr. Dies diente der dänischen Regierung als Vorwand, um (mitten in der Hauptferienzeit) eine Sondersitzung des Parlaments einzuberufen und die Vorlage innerhalb von drei Tagen zum Gesetz zu machen. Die Gewerkschaften lehnten eine Zustimmung ab, taten aber auch nichts, um Kampfaktionen zu unterstützen. Die „Liberalen" forderten, der Staat müsse noch mehr sparen und die Gewinnbeteiligung sei unannehmbar. Eine rechte Kleinpartei lieferte schließlich die nötigen Stimmen, um das Gesetz mit 90 gegen 89 Stimmen anzunehmen.

Breitere Kampfaktionen zu erwarten

Bisher sind uns folgende Protestaktionen bekannt geworden: Alle 1.500 Arbeiterinnen und Arbeiter der Kühlschrankfabrik Gram in Vojens legten am Dienstag, dem Tag der Parlamentsabstimmung, um 11 Uhr die Arbeit nieder aus *„Protest gegen die geplanten politischen Angriffe auf unsere Tarifrechte. Wir bekräftigen unseren Willen, nach wie vor gegen die Nein-Politik der Unternehmer zu kämpfen. Wir werden weiterhin die streikenden Kollegen in der Königlichen Porzellanfabrik unterstützen"* (aus der Erklärung der Gram-Kollegen, zit. in „Flensborg Avis", 18.8.). Gleichzeitig überwiesen sie an die in einem „wilden" Streik stehenden Kollegen der Porzellanfabrik 10.000 Kronen (siehe auch Artikel in diesem AK). Die seit mehreren Wochen laufenden Kämpfe dort hatten ihren Ausgangspunkt in der Forderung der Arbeiterinnen nach 31,50 Kronen (ca. 13,50 DM) Grundlohn per Stunde, eine Forderung, die alsbald von allen Beschäftigten unterstützt wurde.

Auf der Lindö-Werft und der Schiffswerft Odense hörten die Kollegen am Dienstag Mittag mit der Arbeit auf, um über Kampfmaßnahmen zu diskutieren.

Weitere Streiks und Demonstrationen fanden an den Tagen vor der Parlamentssitzung statt. Am Tag der Verabschiedung des Gesetzes zogen in Kopenhagen 15.000 Arbeiter mit Transparenten vor das Parlamentsge-

Verabschiedung des Gesetzes zogen in Kopenhagen 15.000 Arbeiter mit Transparenten vor das Parlamentsge-

bäude. Proteststreiks wurden aus dem ganzen Land gemeldet („SZ", 20.8.76).

Doch mit den entscheidenden Kämpfen ist erst zu rechnen, wenn bei den Tarifverhandlungen im Herbst die Lohnraubregelungen zum ersten Mal angewandt werden sollen. Die dänischen Gewerkschaften ließen verlauten, daß sie befürchten, daß es dann zu größeren Streiks kommen wird. Die Arbeiter müssen allerdings dafür sorgen, daß dies nicht nur Streiks zum Dampfablassen und Untergehen sind wie in den vergangenen Jahren.

Die dänische Bourgeoisie hat bereits vorgebaut. So wurde vor einem Monat eine neue Streikgesetzgebung erlassen, die Streiks zeitlich beschränkt und verbietet, Streikbrecher am Betreten der Betriebe zu hindern (vergl. AK82). Wir hoffen, die dänischen Kollegen werden diesmal ordentlich zuschlagen!

Skandinavienkommission und Dänemarkkommission des KB/Gruppe Flensburg

Dänemark

Streik in der königlichen Porzellanfabrik Kopenhagen

Am 29.7. nahmen wir an einer Solidaritätsveranstaltung in Alborg mit den streikenden Arbeitern der Königlichen Porzellanfabrik teil. Diese war eine der drei Veranstaltungen, die vom Streikkomitee der Arbeiter in verschiedenen dänischen Städten durchgeführt wurde.

Am 21. Juni, drei Wochen vor Beginn der Betriebsferien, trat die gesamte Belegschaft der aus 1.250 Arbeitern und Angestellten bestehenden Porzellanfabrik in Kopenhagen in den Streik, um die Forderungen der 125 Tellermalerinnen zu unterstützen.

Die Tellermalerinnen, ausschließlich angelernte Frauen und junge Mädchen, protestierten gegen ihre Unterbezahlung. Ihr Akkordlohn beträgt durchschnittlich 26 Kronen (umgerechnet ca. 10 DM, in der Kaufkraft ist das jedoch weniger), er schwankt je nach Akkordleistung zwischen 18 und 30 Kronen. Sie fordern einen Stundenlohn von 31,51 Kronen für alle. Dies ist der derzeitige Durchschnittslohn aller Arbeiter des Betriebes.

Da dieser Arbeitskampf zwischen zwei Tarifverhandlungen geführt wird, die in Dänemark nur alle zwei Jahre stattfinden, ist er „ungesetzlich", d.h. die Streikenden müssen eine Geldstrafe von 8 - 10 Kr. pro bestreikte Arbeitsstunde zahlen! Die Gewerkschaften unterstützen den Streik auch nicht, da sie sonst zu Geldstrafen verknackt werden. Der Betriebsrat, von den Kapitalisten als einziger Verhandlungspartner akzeptiert, kann den Streik nicht aktiv führen, da ihm durch Gesetze die Hände gebunden sind. Die Gewerkschaften spielten in diesem Streik bislang nicht nur eine passive Rolle, sondern versuchten in sozialdemokratischer Manier abzuwiegeln. So schlugen sie den Streikenden vor, den Streik nach den Betriebsferien **am 2.8. wieder aufzunehmen**, dann würde ihnen die Geldstrafe für eine Woche erlassen werden. Das wäre ein Zugeständnis an die Kapitalisten, die konkret erst nach Wie-

nehmen, dann würde ihnen die Geldstrafe für eine Woche erlassen werden. Das wäre ein Zugeständnis an die Kapitalisten, die konkret erst nach Wie-

deraufnahme der Arbeit verhandeln wollten.

Die Streikenden haben aus ihrer Mitte ein Streikkomitee gewählt, das aus 13 Arbeitern besteht. Es finden tägliche Streikversammlungen statt, um die aktuelle Situation zu diskutieren und anschließende Demonstrationen zum Fabriktor, wo Kundgebungen und Geldsammlungen für soziale Härtefälle durchgeführt werden.

Obwohl der Streik von der bürgerlichen Presse bis auf wenige Ausnahmen totgeschwiegen wird, werden in vielen Betrieben und Gewerkschaftsgruppen über ganz Dänemark Spendensammlungen durchgeführt. Dies und die Tatsache, daß für eine kleine Gruppe von 125 Arbeiterinnen der gesamte Betrieb unter diesen schlechten Bedingungen streikt, ist ein Beweis für die Solidarität und das Klassenbewußtsein in der dänischen Arbeiterklasse.

Zwei dänemarkreisende Genossen der BO Harburg, KB/Gruppe Hamburg

Protest der politischen Flüchtlinge in Dänemark

150 politische Flüchtlinge aus Chile, Uruguay und Argentinien hielten am 22.7. ein Treffen in Kopenhagen ab. Sie protestierten gegen die Absicht der Fremdenpolizei und des Justizministeriums, den 1975 aus Chile geflohenen Genossen Carlos Flores auszuweisen. Die Fremdenpolizei behauptet zynisch, daß Carlos Flores nie eine oppositionelle Haltung zur Militärjunta eingenommen habe. Es ist jedoch von MIR-Genossen, die sich in Skandinavien aufhalten, bestätigt worden, daß der Genosse aktives Mitglied des MIR ist.

Auf dem Treffen wurde eine Protestresolution verfaßt, in der aufgezeigt wird, daß eine Ausweisung nach Chile Folter oder Mord bedeuten würde. Es wird zu Protestaktionen aufgerufen. Von den Teilnehmern des Treffens wird darauf hingewiesen, daß der Genosse einen Selbstmordversuch unternahm, als er den Bescheid über seine Ausweisung erhielt.

Schweinisch ist das „Angebot", das jetzt die dänische Regierung machte: sie will dem Genossen eine Einzelfahrkarte nach Santiago geben mit dem Hinweis, er könne ja unterwegs aussteigen. Natürlich weiß die Regierung genau, daß kein westeuropäisches Land, einen aus Dänemark ausgewiesenen politischen Flüchtling aufnehmen wird.

KB/ Gruppe Flensburg

Dänemark

Glistrup will über westdeutschen Sender hetzen

Über einen westdeutschen Rundfunksender will nach einer Meldung der dänischen Zeitung „Information" der Führer der kleinbürgerlich-reaktionären „Fortschrittspartei", Glistrup, seinen Einfluß in Dänemark vergrössern. Der Hintergrund: Der dänische Staatsrundfunk gibt der faschistoiden Propaganda der Glistrup-Partei nicht den Spielraum, den sie fordert; und private Rundfunksender sind in Dänemark grundsätzlich verboten. Nach „Information" will die Glistrup-Partei gemeinsam mit einigen Werbefirmen bei dem noch ungenannten BRD-Sender der zunächst zwei Stunden wöchentlich, später tägliche Sendezeit mieten.

Den westdeutschen reaktionären Institutionen ist offenbar nichts verlumpt genug, als daß sie ihm die Chance zur Förderung versagen würden!

Dänemark-Kommission
KB-Gruppe Flensburg

Schwedens „progressiver" Imperialismus

Schweden – ein kleines friedliches Land im Norden Europas, eines der reichsten der Welt, ohne koloniales Erbe, ohne imperialistische Kriege: wohl das einzige kapitalistische Land, das politische und wirtschaftliche Unterstützung an unterentwickelte sozialistische Staaten und nationale Befreiungsbewegungen gibt. Vor diesem Hintergrund scheint Schweden andersartig zu sein als andere kapitalistische Staaten.

Schwedische Hilfe für das revolutionäre Afrika ...

Am 8. Juli d. J. beschloß die schwedische Regierung, die Befreiungsbewegungen SWAPO und ANC mit 8 Mio. Skr. (5 Mio. DM) zu unterstützen. Für die Ausbildung von Flüchtlingen aus dem südlichen Afrika sollen 9 Mio. Skr. bereitgestellt werden. Mit 5 Mio. Skr. will man juristische und humanitäre Hilfe für politische Gefangene und deren Angehörige in der RSA unterstützen (nach „Dagens Nyheter", DN, 11.7.76).

Meldungen dieser Art erwecken den Eindruck, daß Schweden selbstlos hinter der revolutionären Bewegung in Afrika steht. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Tischrede, die Olof Palme für Julius Nyerere hielt, in der er die Haltung Tanzanias im südafrikanischen Befreiungskampf lobt: *„Da bewaffneter Kampf sich als einziger Ausweg erwiesen hat, haben Sie nie gezögert, Ihre volle Unterstützung denen zu geben, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpften"* („DN", 3.5.76).

Schweden „würdigt" diese Haltung Tanzanias mit einer Entwicklungshilfe von 250 Mio. Skr. für das Haushaltsjahr 76/77. Um das „progressive Image" Schwedens im südlichen Teil Afrikas weiter auszubauen, läßt man die Hilfe für Tanzanias Nachbarland Kenya bei 70 Mio. Skr. stagnieren (nach „Sydsvenska Dagbladet Snällposten",SDS, 6.5.76).

Während seines Aufenthaltes in Schweden besuchte Nyerere auch den Flugzeugkonzern Saab-Scania („SDS", 3.5.76). Diese Firma ist gerade dabei, ein Spezial-Flugzeug für Länder mit unterentwickelter Infrastruktur zu entwickeln („SDS", 14.5.76). Das Herumführen im Werk war ein Wink mit dem Zaunpfahl; denn es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Schweden nicht nur Entwicklungshilfe zu vergeben hat, sondern auch lohnende Objekte, die es zu *kaufen* gibt.

... und Kuba

Am 19.5.76 kam es im schwedischen Reichstag zu einer Kampfabstimmung über die Höhe der Entwicklungshilfe an Kuba. Dabei kam es zur Stimmengleichheit und die rechte Opposition siegte durch Losentscheid: Die Hilfe an Kuba wurde von 60 Mio. Skr. im Vorjahr auf 40 Mio. gekürzt. Die Sozialdemokraten und Revisionisten wollten sie auf 70 Mio. Skr. erhöhen („DN", 20.5.).

In einem Interview sagte Palme über die Absichten der Sozialdemokraten, die Hilfe an Kuba zu erhöhen: *„Unsere Hilfe soll Kubas Entwicklung unterstützen. Wenn Kuba sich positiv entwickelt, ja dann braucht es in Zukunft keine Hilfe mehr aus Schweden. Dann kann unsere Hilfe in anderen Teilen der ‚Dritten Welt' besseren Nutzen haben"* („SDS", 16.5.76).

Auch im Falle Kubas scheint das „progressive Image" des kapitalistischen Schwedens Früchte zu tragen. Nach der für die kubanische Regierung überraschenden Senkung der Entwicklungshilfe von versprochenen 70 auf 40 Mio. Skr. kam Carlos Salsamedi (Generaldirektor der Kommission für wissenschaftliche und technische Forschung Kubas) nach Stockholm, um über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verhandeln: *„Die Senkung der schwedischen Hilfe an Kuba erschwert unsere langfristige Wirtschaftsplanung.* **Wir versuchen nun den Fortfall zu kompensieren, indem wir die Zusammenarbeit mit der schwedischen Industrie steigern, auch mit der privaten."** („DN", 23.6.76, Hervorhebung AK).

„Eine außerordentlich vorausschauende Außenpolitik"

Die – verglichen mit anderen imperialistischen Staaten – „progressive" Außenpolitik Schwedens stützte sich anfangs (d. h. Mitte der 60er Jahre) auf die erstarkenden anti-imperialistischen Kräfte, auch innerhalb der Sozialdemokratie, die es galt, auszunutzen und in reformistische Bahnen zu lenken. Die sozialdemokratische Regierung war sogar bereit, wegen ihrer Haltung zum Vietnamkrieg verschlechterte Handelsbeziehungen zu den USA in Kauf zu nehmen.

Für diese Haltung und die Unterstützung, die Schweden damals dem kämpfenden vietnamesischen Volke gewährte, dankte die vietnamesische Regierung, indem sie z. B. der schwedischen Fluggesellschaft SAS als erster kapitalistischer Fluggesellschaft die Erlaubnis erteilte, in Hanoi zu landen. Dazu die SAS am 6.5.: *„Die SAS beurteilt eine solche Fluglinie als äußerst interessant. Die Vietnamesen haben sich sehr positiv geäußert und man darf annehmen, daß die skandinavische Hilfe eine große Rolle gespielt hat."*

Die schwedischen Kapitalisten haben längst erkannt, was sie an ihren sozialdemokratischen Außenpolitikern haben. So ist aus dem Vortrag des Direktors der Nitro Nobel (Chemie, Sprengstoffe), Lennart Bylock, vom Januar d. J. zu entnehmen: *„Die schwedische Regierung führt eine außerordentlich vorausschauende Außenpolitik."* – *„Die Entwicklungsländer sind der Exportmarkt der Zukunft."* – *„Schweden hat u. a. durch sein Agieren in der UN einen Fond an Good-will bei den armen Ländern aufgebaut, gleichzeitig wie diese vom Imperialismus der Großmächte enttäuscht sind."* – *„Die Frage ist ganz einfach, wie wir von diesem Good-will profitieren können."*

Und hier folgen Bylocks Ratschläge für Unternehmen, die in die „Dritte Welt" exportieren wollen: *„Tretet ehrlich auf. Behaltet nur 40 % der Aktien in den Tochterunternehmen. Dadurch werden die Unternehmen einheimisch und man vermeidet Nationalisierungen. Außerdem bekommt man ein Monopol auf dem Markt, weil keine anderen ausländischen Unternehmen der Branche hineingelassen werden. Bildet Leute am Ort aus, damit sie in zehn bis zwanzig Jahren den Betrieb übernehmen können. Damit verliert man zwar das Unternehmen nach einer Zeit, aber gleichzeitig baut man einen stabilen Exportmarkt für kompliziertere Produkte auf, die nur in Schweden hergestellt werden."* (nach „Kommentar" Nr. 4/1976).

Verglichen mit den USA und Großbritannien waren die schwedischen Investitionen in der „Dritten Welt" im Jahre 1970 zwar niedriger, aber die Steigerungsraten pro Jahr (1965 – 1970) waren doppelt so hoch wie die der USA und dreimal so hoch wie die Großbritanniens (nach „Kommentar" Nr. 4/76). Heute hat Schweden den höchsten Kapitalexportanteil aller Länder der Welt und nach wie vor die größte Steigerungsrate.

Die Abhängigkeit der schwedischen Monopole von der Expansion im Ausland wird deutlich am Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Konzernumsatz. Für 1973 gelten folgende Zahlen:

Volvo	70 %
SKF	93 %
LM Ericsson	82 %
Electrolux	71 % usw.

Der Anteil der im Ausland Beschäftigten am gesamten Personal betrug (ebenfalls 1973):

SKF	79 %
LM Ericsson	62 %
Electrolux	57 %
STAB	76 % usw.

(Angaben nach Veckans Affärer 26/74). Im Jahre 1974 kontrollierten 264 schwedische Konzerne 1.772 ausländische Tochterunternehmen mit insgesamt 290.960 Beschäftigten.

Schwedischer Imperialismus stützt faschistische und reaktionäre Systeme

Unter den Empfängern der schwedischen Entwicklungshilfe sind Staaten mit so reaktionären Regimes wie Bangladesh, Indien, Kenya, Sri Lanka, Tunesien und Zambia. Es sind auch diese Staaten, die 1975 von der Gesamtsumme der schwedischen Entwicklungshilfe den größten Teil erhielten. Von den 2,1 Mrd. Skr. (1,25 Mrd. DM) Gesamtentwicklungshilfe erhielten die Staaten, die als progressiv gelten, wie Kuba, DR Vietnam, Tanzania und Algerien, nur ca. 25 %, nämlich 535 Mio. Skr.

Die schwedischen Investitionen in der „Dritten Welt" wurden in erster Linie in Lateinamerika getätigt und zwar in einer Höhe von 80 % (wertmäßig). Davon wiederum 80 % in den drei Staaten Brasilien, Argentinien und Mexico und wertmäßig auch in dieser Reihenfolge. Es heißt, daß Sao Paulo (Brasilien) aufgrund des Wertes der dortigen schwedischen Firmen die drittgrößte Stadt Schwedens ist.

Wie aus der nebenstehenden Tabelle: „Wohin geht der schwedische Export? " hervorgeht, unterhält der „progressive" schwedische Imperialismus auch wirtschaftliche Beziehungen zu den Faschisten in Südafrika!

Skandinavien-Kommission

Wohin geht der schwedische Export? (Prozent)

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Industrieländer	85,6	86,8	86,0	86,1	83,8	80,3
davon						
EFTA	44,6	45,5	21,4	21,9	22,3	22,2
EG	27,6	26,7	50,2	50,6	48,0	44,7
übriges Europa	3,1	3,3	3,1	3,1	3,3	3,5
USA	6,0	6,5	7,0	6,1	5,3	5,2
Kanada, Australien Neuseeland, Japan, Südafrika	4,5	4,6	4,2	4,4	4,8	4,8
Staatshandelsländer	5,3	4,6	4,2	4,8	5,5	7,1
davon						
UdSSR, Osteuropa	5,0	4,2	3,7	4,3	5,0	6,3
China, DR Vietnam, VR Korea, Mongolei	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,8
Unterentwickelte Länder	9,0	8,6	9,8	9,1	10,7	12,6
Summe	100	100	100	100	100	100

(nach „Statistika Centralbyran")

„Sozialstaat" Schweden

Börsenkurse, Inflation und Arbeitslosigkeit steigen an

Die Auftragsbücher der schwedischen Kapitalisten beginnen sich wieder zu füllen. Eine Branche nach der anderen meldet steigende Produktionszahlen. Die Börsenkurse klettern auf bisher unerreichte Höhen.

Die steigende Produktivität wird im „Sozialstaat Schweden" durch „höhere Kapazitätsausnützung" d. h. verschärfte Ausbeutung erreicht. Die Arbeitslosigkeit geht dadurch nicht zurück, im Gegenteil: Innerhalb eines Monats (vom 1.5. bis 1.6.76) stieg die Zahl der Arbeitslosen um 13.000 auf 62.000 an. Hauptbetroffene sind jugendliche Schulabgänger. Gleichzeitig sank die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen von 31.600 auf 27.200. Über die Hälfte der Arbeitslosen ist somit auf Sozialhilfe angewiesen.

Diese Angaben gelten für die offene Arbeitslosigkeit, von der 62.000 Menschen betroffen sind (1,5 % der Erwerbstätigen, bei Männern 1,1 % und bei Frauen 1,9 %). Diese liegt damit auf dem selben Niveau wie vor einem Jahr (Juni 1975: 61.500). Auffallend ist jedoch der Anstieg der verschiedenen Formen der verdeckten Arbeitslosigkeit. Von Juni 1975 bis Juni 1976 stiegen:

- Die Zahl der Bereitschaftsarbeiter von 18.700 auf 32.000.
- Die Zahl der Umschüler von 23.300 auf 27.000.
- Hinzu kommen 53.000 Menschen, die aus „konjunkturellen Gründen" kurzarbeiten müssen.

Auch an der Inflation wird deutlich, wer an der „Krise" profitiert: Innerhalb des ersten Halbjahres '76 stiegen die Preise um 5,1 % an. Im ersten Halbjahr 1975 waren die Preise um 4,8 % gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen Durchschnittswerte für alle Waren (Rohstoffe und Endprodukte) sind. Die Waren des täglichen Bedarfs dagegen wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 7,1 % verteuert (erstes Halbjahr '75: 7,6 %). (Alle Angaben nach „Dagens Nyheter" vom 17., 18., und 20.7.76).

Skandinavien-Kommission

„Lieber aktiv und rot als radioaktiv und tot!"

6.000 Teilnehmer aus allen skandinavischen Ländern demonstrierten am 7. August gegen das Atomkraftwerk in Barsebäck/Schweden. Parallel dazu organisierten die Atomkraftgegner auf der Insel Ven mit 600 Teilnehmern ein mehtägiges Protestcamp.

Der Atommeiler Barsebäck liegt im dichtestbesiedelten Gebiet Skandinaviens am Öresund. In einem Radius von 32 km wohnen 2,5 Mio Menschen. Der erste Reaktor ist bereits in Betrieb, der zweite soll 1977 anlaufen.

Schwedische und dänische Kapitalisten wollen gemeinsam auf den einzelnen Öresundstädten eine riesige Öresundmetropole machen, die als skandinavisches Industrie- und Handelszentrum mit 4 Mio Einwohnern geplant ist.

Der Barsebäck-Atomofen ist als „Energielieferant" einer der Grundpfeiler für die Verwirklichung von „Örestadt". Der schwedische Reichstag hat diesem volksfeindlichen Vorhaben bereits den parlamentarischen Segen gegeben. Im dänischen Folketing steht die Entscheidung noch aus.

Nach dem Plan der schwedischen sozialdemokratischen Regierung sollen jetzt acht Aggregate, zuzüglich zu den schon bestehenden fünf Kernkraftwerksaggregaten gebaut werden. Uneingeschränkte Unterstützung fand und findet dies bei der am meisten rechts stehenden großen bürgerlichen Partei Schwedens, der Moderaterna.

Die beiden anderen großen Parteien Folkpatiet und Centern traten in Worten zumeist gegen den Bau von Kernkraftwerken auf. Das hinderte sie aber nicht, auf kommunaler Ebene dem Bau zuzustimmen. So hat sich z.B. der Bürgermeister der Gemeinde Hahningen bei Stockholm (Mitglied des Centern) förmlich darum gerissen, daß dort ein Kernkraftwerk gebaut wird.

Als einzige Partei im Reichstag trat die VPK (ähnlich der westdeutschen DKP) etwas energischer gegen den weiteren Bau von Kernkraftwerken auf (die schon bestehenden sollen weiterarbeiten können). Insgesamt leistete die VPK aber wenig bei der Kampagne der Kernkraftwerkgegner. So gibt es z.B. in Nordschweden eine Strömung in der VPK (die sogenannten „Moskautreuen"), die den Kampf dagegen mit dem Hinweis verweigern, daß es in der Sowjetunion ja auch Kernkraftwerke gäbe.

Kernkraftgegner organisieren sich

Die Demonstration am 7. August war die bisher größte Manifestation der skandinavischen Atomkraftgegner. Hauptparolen waren: *„Stopp den Kernkraftwerken"* und *„Atomkraft muß weg – Stopp Barsebäck"* (Dagens Nyheter, 8.8.76). Atomwaffengegner hatten sich mit Leintüchern als Atomleichen verkleidet, um so die Gefahr, die von den Kernkraftwerken ausgeht, zu veranschaulichen.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen Redner aus mehreren skandinavischen Ländern. Ein isländischer Genosse wies in seiner Rede darauf hin, daß auch in Island der Protest gegen das Vorhaben wächst, Kernwaffen auf einer Natobase in Keflavik einzurichten. In einer Protestresolution, die die Demonstrationsteilnehmer verabschiedeten, wurde die „Verschrottung von Barsebäck" gefordert.

Initiiert und getragen wurde der Nordische Atommarsch in erster Linie von den „Nordischen Milieugruppen" und fast der gesamten schwedischen Linken. Hinzu kamen kleine Gruppen von den beiden bürgerlichen Parteien Centern und den Kristen Demokratisk Samling, die die Protestbewegung von rechts her ausnutzen wollten, was allerdings mißlang.

Die revolutionäre schwedische Organisation Förbundet Kommunist verfolgt in der Atomwaffengegnerbewegung die Politik, eine starke außerparlamentarische Bewegung aufzubauen, die, ähnlich wie einstmals die schwedische Vietnam-Solidaritätsbewegung, in der Lage ist, entscheidenden Druck auszuüben. Dazu will er vor allem die starken sozialistischen Teile der sehr aktiven Milieubewegung unterstützen.

Genossen des Chemiebereiches, der Skandinavienkommission und nach Augenzeugenberichten



6.000 Demonstranten auf dem Weg nach Barsebäck

asien aktuell

Südkorea

Elend und Unterdrückung für das Volk – Paradies für die Imperialisten

Mit brutalstem faschistischen Terror hält das Regime des Diktators Pak Jung Hi seine Herrschaft in Südkorea aufrecht. Auf diese Weise sichert das Pak-Regime die Auspressung der südkoreanischen Bevölkerung und die Ausbeutung der Reichtümer des Landes für die Imperialisten. Das Land befindet sich dabei in totaler Abhängigkeit vom Imperialismus, die Entwicklung einer eigenen nationalen Industrie ist dabei kaum möglich. Eine kleine Schmarotzerschicht von „Industriekapitänen, Mitgliedern der Nationalversammlung, Regierungsbeamten, Generälen und Ministern" (so der in Haft sich befindliche Dichter Kim Chi Ha) profitiert von der völligen Auslieferung des Landes an den Imperialismus. Für das ausländische Kapital garantieren sie:

- **Ausfuhr der im Lande erzielten Profite**
- **Verstaatlichungen und Enteignungen sind verboten**
- **zollfreie Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen**
- **Steuerfreiheit für Ausländer**
- **grundsätzliches Verbot von Streiks**
- **Niedriglöhne.**

Elende Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung

Ein großer Teil der Stadtbevölkerung wohnt in unvorstellbar elenden Slums, viele Menschen sind obdachlos. Die Arbeitslosigkeit – 1975 offiziell mit 6,45 % angegeben – ist sehr hoch, die genauen Zahlen sind nicht bekannt, da jeder, der häufiger eine begrenzte Gelegenheitsarbeit annimmt, nicht als arbeitslos geführt wird. Kinderarbeit ist in Südkorea „normal". Ein Industriearbeiter – dabei noch ein „besserverdienender" Werktätiger! – verdient etwa ein Sechstel vom Verdienst eines japanischen Arbeiters. Ein Arbeiter bekommt nicht genug, um davon seine Familie zu ernähren, so daß in der Regel mehrere Familienmitglieder arbeiten müssen (vor allem auch die Kinder). Sozialversicherung, Krankenversicherung und Pensionen gibt es nicht. Am meisten steigende Tendenz haben die Preise – 1975 ca. 27 % – für 1976 versprach die Regierung Preissteigerungen von „nur" 10 %, aber die bisher vorliegenden Zahlen zeigen, daß die Steigerungsrate wesentlich höher liegen wird:

– Strom	plus	16	%
– Porto	plus	100	%
– Wasser	plus	35	%
– Kohle	plus	12	%
– Reis	plus	26	%
– Weizen	plus	43	%.

Landflucht verstärkt das Elend

Besonders elend ist die Lage der Landbevölkerung. Über die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet auf dem Lande. Hier sind die alten feudalen Besitzverhältnisse erhalten worden, da die Großgrundbesitzer eine wesentliche Stütze der Diktatur sind. Die große Mehrheit der Bauern muß auf einer Fläche von weniger als 0,5 Hektar ihre Arbeit verrichten – die Rentabilität beginnt aber erst bei 1,2 - 1,5 Hektar. Folge davon ist eine gesteigerte Landflucht – über zwei Millionen Bauern gaben von 1968 - 1973 ihre Höfe auf. Sie landen meistens in den Slums der großen Städte als Gelegenheitsarbeiter oder Arbeitslose. Im Schnitt ist jeder Bauernhof mit ca. 70.000 Won (ca. 700 DM, eine enorm hohe Summe für die armen Bauern) verschuldet. Ein Beispiel für die Situation aus der Provinz Wanjun. Von 24.000 Bauernhöfen müssen sich:

- 4,5 einen Pflug teilen,
- 13 eine einfache Mähmaschine,
- 54,5 eine einfache Maschine zum Dreschen von Getreide („Korea Today", 2/76).

Die Regierung hat die Landwirtschaft zugunsten der raschen Ansiedlung ausländischer Industrie völlig vernachlässigt. Im überwiegend agrarischen Südkorea müssen 35 % aller Nahrungsmittel importiert werden. Welche rasante Entwicklung dies nimmt, zeigen die Getreideeinfuhren:

	Import
1949	56.998 Tonnen
1960	460.688 Tonnen
1963	1.318.095 Tonnen
1968	1.496.696 Tonnen
1970	2.115.000 Tonnen
1972	3.167.000 Tonnen
1973	3.646.000 Tonnen

(nach „Korea Today", 5/75).

Demgegenüber sank 1973 die Getreideernte in Südkorea um 418.000 Tonnen gegenüber 1970. Ebenfalls gesunken ist die landwirtschaftliche Anbaufläche von 1968 - 1971 um minus 50.000 chongbo, bis 1973 um weitere 30.000 chongbo.

Südkoreas Wirtschaft in desolatem Zustand

Die Auslandsverschuldung des Landes ist 1975 auf 5,78 Milliarden US-Dollar gestiegen, das Handelsbilanzdefizit betrug fast vier Milliarden Dollar! Der neue „5-Jahresplan" ab 1975 sieht eine Steigerung der Auslandsverschuldung auf 10,1 Mrd. Dollar vor.

So kommt das Land in eine immer stärkere Abhängigkeit der Imperialisten. Bereits 70 % der südkoreanischen Gesamtproduktion sind Eigentum ausländischer Kapitals, davon in den einzelnen Industrien.

	Auslandsbesitz
Mineralölindustrie	100 %
Automobilindustrie	100 %
Kunststoffindustrie	100 %
Elektroindustrie	80 %
Zementindustrie	65 %

(„Korean Trade Unions" 2/75).

Deutlich wird die Abhängigkeit auch

Zementindustrie 65 %
(„Korean Trade Unions" 2/75).
Deutlich wird die Abhängigkeit auch

bei der Einfuhr von Rohstoffen. 80 - 100 % der Rohstoffe für die Weiterverarbeitung müssen eingeführt werden.

	Importe
Zucker	100 %
Holz	85,3 %
Baumwolle	97,7 %
Wolle	100 %
Rohgummi	100 %
Synthetischer Gummi	100 %
Eisenerz	70 %
Aluminium	100 %
Kupfer	61,7 %
Erdöl	100 %
Eisenschrott	75,4 %

(„Korean Trade Unions" 2/75).

Allein an Zinsen zogen ausländische Konzerne von 1959 - 1975 1,1 Milliarden US Dollar aus dem Land.

Diese Fakten zeigen, daß das Land der brutalsten Ausplünderung durch den Imperialismus ausgeliefert wird. Die bürgerliche Propaganda hierzulande spricht häufiger vom „Wirtschaftswunder Südkoreas" und meint damit die schnelle Industrialisierung durch ausländisches Kapital und den damit verbundenen Produktionsanstieg. Was jedoch verschwiegen wird, ist, daß der erarbeitete Reichtum dem Lande sofort wieder entzogen wird und sich die Lage der südkoreanischen Arbeiter und Bauern ständig verschlechtert. Der zunehmende faschistische Terror gegen die Opposition im Lande ist Teil dieser imperialistischen Ausplünderungspolitik vor allem durch die USA und Japan und die BRD als drittgrößtem Handelspartner des Landes. Die zunehmende militärische Aufrüstung und die Anwesenheit von über 40.000 US-Soldaten und die ständige Bedrohung der „Koreanischen volksdemokratischen Republik Korea" im Norden des Landes sind ebenfalls Bestandteil der imperialistischen Unterdrückungspolitik.

Korea-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Alle Zahlen aus: „Korea Today" 5/75, 2/76, „The Korean Trade Unions" 2 und 6/75, „Korea-Nachrichten", Dez. 75 und Mai/76, „Süddeutsche Zeitung", 20. und 26.7., „FAZ", 26.6., „Peking-Rundschau", 6.7. und „Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation", Januar 1976.



Kinderarbeit ist im faschistischen Südkorea „normal"

Arbeitslos und obdachlos, das Schicksal vieler Südkoreaner

Gericht garantiert Japans Militarisierung

Der japanische Staat hat neulich wiederum offen bewiesen, wie ernst er es mit der militärischen „Verteidigung" und Aufrüstung meint, als ein oberes Gericht in Sapporo (Hokkaido) eine gerichtliche Entscheidung über eine Raketenbasis zugunsten der imperialistischen Regierungspolitik revidierte.

Nachdem das japanische Verteidigungsministerium im Mai 1968 im Rahmen ihres dritten Verteidigungsaufbauprogramms die Errichtung einer Raketenbasis im nationalen Waldreservat bei Naganuma auf der Insel Hokkaido verkündet hatte, entstand eine breite Bewegung innerhalb der Bevölkerung gegen dieses Projekt. Allerding konnte die Raketenbasis fertiggestellt werden und ist seit Anfang 1973 in Betrieb.

Der Protest der Bevölkerung richtete sich nicht nur gegen die Landschaftszerstörung. Vielmehr wurde argumentiert, „daß die Selbstverteidigungskräfte im Widerspruch zu der auf Kriegsverzicht begründeten Verfassung stehe und daher die Errichtung einer Militärbase nicht dem öffentlichen Interesse dienen würde" („The Japan Weekly" v. 14.8.76). Gegen diese rüstungspolitische Maßnahme der Regierung wurde schließlich eine gemeinsame Klage von 270 Bewohnern eingereicht. Und am 7.9. 1973 gab das Bezirksgericht in Sapporo der Klage statt und erklärte zum ersten Mal seit dem Beginn der Wiederaufrüstung in Japan die Selbstverteidigungskräfte für verfassungswidrig.

Jetzt wurde dieses Urteil jedoch von einer höheren gerichtlichen Instand revidiert. In der Begründung dazu heißt es, „*daß Regierungsbeschlüsse von hoher politischer Brisanz nicht gerichtlichen Untersuchungen ausgesetzt sein sollen, es sei denn, solche Beschlüsse stellen eine klare Verletzung der Verfassung dar*" („The Japan Times Weekly" v. 14.8.76). Im Artikel 9 der japanischen Verfassung ist jedoch ausdrücklich Kriegsverzicht verankert und die Unterhaltung jeglicher Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie von sonstigem Kriegsmaterial untersagt. Ferner wird in der neuen gerichtlichen Entscheidung erklärt: „*Die Frage der Selbstverteidigungskräfte sollte dem Urteil des Parlaments oder Kabinetts überlassen werden und langfristig dem ,politischen Urteil' der Bevölkerung entsprechen*" („The Japan Times Weekly" v.14.8.76)!

Zwar erklärte schon der Sprecher der protestierenden Bürger, daß man Einspruch beim obersten Gericht einlegen wolle. Doch wurde durch diese Entscheidung nicht nur der Rüstungspolitik der japanischen Regierung freie Hand gelassen, sondern auch der Bevölkerung jede Möglichkeit genommen, sich auf gerichtlichem Wege zu wehren.

Asien-Kommission

Korrupte japanische Justiz läßt Verbrecher Tanaka wieder frei

Drei Wochen nach der Verhaftung des ehemaligen japanischen Premierministers Kakuei Tanaka am 27.7.76 ist von der Tokioter Staatsanwaltschaft nun Anklage wegen passiver Bestechung im Zusammenhang mit dem Lockheed-Skandal erhoben worden. Tanaka wird beschuldigt, zwischen August 1973 und März 1974 bei vier Gelegenheiten Gelder in Höhe von 4,3 Millionen Mark über die Handelsgesellschaft Marubeni für einen „bestimmten Zweck" erhalten zu haben. Der Anklage zufolge soll Tanaka seinen Einfluß geltend gemacht haben, um die japanische Fluggesellschaft „All Nippon Airways" zum Kauf der Lockheed Tristar-Airbusse zu bewegen. „*Er soll dafür gesorgt haben, daß diese Flugzeuge auf die Liste der ,vordringlichen Importe' gesetzt wurden, die Japan zum Abbau eines Handelsbilanzüberschusses in den USA getätigt hat*" („Welt",

gesetzt wurden, die Japan zum Abbau eines Handelsbilanzüberschusses in den USA getätigt hat" („Welt",

17.8.76).

Wie zu erwarten war, wurde Tanaka einen Tag später gegen eine Kaution von sage und schreibe 1,7 Millionen Mark bis zum Beginn des Strafverfahrens auf freien Fuß gesetzt. Mit ihm wurden vier weitere Mitangeklagte aus der Untersuchungshaft gegen Kaution entlassen.

Sollte die Verhaftung Tanakas bei der japanischen Bevölkerung noch die Hoffnung wecken, „daß die Demokratie in Japan ,nicht völlig' tot sei" („The Japan Economic Journal, v. 3.8.76), so ist mit Tanakas jetziger Freilassung nicht nur die alte „Rechts"-ordnung wiederhergestellt, sondern darüber hinaus auch noch die Komplizenschaft von Gerichten und den bürgerlichen Parteiführern enthüllt.

Der Fall Kodama

Am 22.7.76 wurde die „bettlägrige" Schlüsselfigur der Lockheed-Affaire, Yoshio Kodama, zum ersten Mal von einem Mitglied des Untersuchungsausschusses des japanischen Unterhauses vernommen. Dabei wies der ultrarechte Kodama alle Anschuldigungen zurück, insbesondere, daß er 14,6 Millionen Mark von der Firma Lockheed für die Verkaufsförderung von Lockheed-Flugzeugen erhalten, Politiker mit diesen Geldern bestochen und mit dem Tanaka-Freund Kenji Osano die Lockheed-Tristars an die koreanische Fluggesellschaft „Korean Airlines" verkauft habe.

Nunmehr sollte Kodama Mitte August noch einmal vernommen werden. Doch wurde von seinem Privat-

Nunmehr sollte Kodama Mitte August noch einmal vernommen werden. Doch wurde von seinem Privat-

sekretär mitgeteilt, „*daß der gesundheitliche und geistige (!) Zustand Kodamas es ihm zur Zeit nicht erlaube, befragt zu werden*". Es sei „*auch künftig ungewiß*", ob der Herr Kodama für Befragungen zur Verfügung stehe („Mainichi Shinbum" v. 6.8.76). Und dies, obwohl der Hausarzt Kodamas eine einstündige Vernehmung für durchaus vertretbar hielt. Nach den Vorschriften über parlamentarische Zeugenaussagen ist allerdings eine Vernehmung am Krankenlager nicht zu erzwingen. So kann nur noch das Grab den Kodama aus dem Bett holen, in dem er schon seit Februar schlummert!

Asien-Kommission

Australien

Rechtsschwenk der Regierung und Generalstreik der Gewerkschaften

Ende 1975 wurde die Labour-Partei (Chef-Whitlem) durch die Wahlen von der konservativen Partei Frazer's abgelöst. Frazer marschiert stramm rechts und sorgte in letzter Zeit für Schlagzeilen.

Das chilenische Faschistenregime wurde anerkannt etc. Anfang August gab er der Zeitschrift „US News and World Report" ein Interview, in dem er sich für „*eine verstärkte Präsenz der USA im Indischen Ozean*" aussprach. Vor allem der Stützpunkt „Diego Garcia" müsse ausgebaut werden, um dem „*Engagement der Sowjetunion im Pazifik*" entgegenzuwirken. „*Jeden Antrag der USA zum Bau von Stützpunkten* (will man) *wohlwollend prüfen*" (alles „SZ", 3.8.76). Dementsprechend wurden die Rüstungsausgaben um 17 % gesteigert („FAZ", 16.8.76).

Erster Generalstreik in Australien

Auch innenpolitisch steuert Frazer einen härteren Kurs. „Medibank", die „*beitragsfreie und automatisch alle Australier einschließende Krankenversicherung*", die erst vor einem Jahr von der Labor Partei als das „*bedeutendste Sozialreformwerk*" eingeführt wurde, steht unter Beschuß. Frazer plant die Erhebung eines Beitrags in Höhe von 2,5 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens. Weiter soll den Familien mit höherem Einkommen freigestellt werden, ob sich sich privat versichern. Die Gewerkschaften sprechen vom Versuch, die „Mediabank" in ein „*unsoziales, den Arbeiter benachteiligendes Zwei-Klassen-System*" zu verwandeln (alles „FR", 13.7.76).

Der der Labor-Partei nahestehende Gewerkschaftsrat „Actu" (oberstes Gremium) rief am 12. Juli zum Generalstreik gegen diesen Angriff auf. Rund 2,5 Millionen Arbeiter legten daraufhin die Industrie, den öffentlichen Verkehr sowie die Flughäfen „*nahezu völlig*" („FR") still und formulierten damit deutlich ihren Protest!

Ein momentaner Boykott des Handels und des Flugverkehrs mit Süd-Afrika, die Verhinderung des Exports von Uran und die Sperrung von Bauvorhaben aus Umweltschutzgründen sind offensichtlich Teil des Kampfes gegen die reaktionäre Frazer-Regierung.

Antimilitarismus-Kommission

Immer mehr Menschenversuche in der BRD

Euthanasieprogramm gegen sexuelle Minderheiten



Nach dem Tod von Jürgen Bartsch ist sowohl in der medizinischen Fachpresse als auch in Teilen der bürgerlichen Presse in verstärktem Maße die Frage diskutiert worden, ob „Triebtäter" und „Wüstlinge" durch Eingriffe ins Gehirn „geheilt" werden können.

Im Verlauf dieser Diskussion wurde bekannt, daß auf diesem Gebiet, der „Psychochirurgie", in der BRD schon in beträchtlichem Ausmaß Menschenversuche betrieben werden. Drei Ärztegruppen an den Unikliniken in Hamburg, Göttingen und Homburg haben seit 1962 mehr als 50 Männern mit „abweichendem Sexualverhalten" Teile des Gehirns zerstört, um deren „unheimlichen Trieb" zu dämpfen. Der Kreis der Opfer umfaßt neben „Notzüchtern" auch Homosexuelle, „Pädophile" (Menschen, die besonderes Interesse an sexuellem Kontakt mit Kindern haben) und „Exhibitionisten" (Menschen, die sexuelle Befriedigung empfinden, wenn sie ihr Geschlechtsteil zeigen).

Da keiner der „Psychochirurgen" genau weiß, was er bei seinen Eingriffen ins Gehirn alles zerstört, kann die totale oder teilweise psychische Deformation, d. h. Persönlichkeitszerstörung des Patienten, das Operationsergebnis sein. So sind durch solche Eingriffe **„in den fünfziger Jahren mehr als 40.000 Amerikaner zu völliger geistiger Abstumpfung gebracht worden"** („Los Angeles Times", zit. n. „Spontan", 5/76).

Sexuelle Minderheiten und für „psychisch krank" erklärte Menschen, ohnehin durch Hetzkampagnen oder gar Inhaftierung im Knast oder „psychiatrischen Anstalten" fertiggemacht, müssen als Versuchskaninchen herhalten, für eine Wissenschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, durch gezielte chirurgische Eingriffe Persönlichkeitsveränderungen am Menschen vorzunehmen.

Was heute noch Minderheiten trifft, kann später – wie schon heute in „Psychochirurgen"-Kreisen diskutiert wird – alle Menschen treffen, die sich irgendwie „anormal" verhalten, z. B. den Alkoholiker – oder auch den Demokraten, der dem imperialistischen Wahnsinn entgegentritt.

Bezeichnenderweise ist diese „Behandlungsmethode" Ende der 30er Jahre von faschistischen Ärzten in Deutschland entwickelt worden und dann in den KZs zu bestialischen Höhepunkten gebracht worden.

„Triebtäter" – fertiggemacht zum Versuchskaninchen

Bevorzugtes Opfer der gegenwärtigen Menschenexperimente am Gehirn sind heute nicht inhaftierte Antifaschisten oder „rassische" Minderheiten, sondern die „Triebtäter" und andere sexuelle Minderheiten. Diese „bieten" sich als Versuchskaninchen aus zwei Gründen an:

– Sie sind von der bürgerlichen Presse, Hetzkampagnen wie der jüngsten Jagd auf „Kinderschänder", ja allein durch die generelle Diffamierung aller sexuellen Minderheiten, in der „öffentlichen Meinung" derart heruntergesetzt, daß sich kaum jemand für ihr Schicksal interessiert –ja, daß Folter, psychische oder gar körperliche Zerstörung dieser Menschen vielfach mit Befriedigung aufgenommen werden.

– Durch jahrelange Haft, mangelnde oder fehlende sexualwissenschaftliche Betreuung und durch ständige Diffamierung als „anormal" sind diese Menschen so fertig gemacht worden, daß sie jedem Abenteuer zustimmen, um aus Knast, Diffamierung und Isolation herauszukommen.

So standen fast alle operierten Männer unter Strafverfolgung; in Göttingen betrug der Anteil der „Straftäter" 75 %.

„Leidensdruck" nennnen die Psychochirurgen dieses Fertiggemachtsein. Zynisch bis auf die Knochen.

Diese Menschen entscheiden sich n i e freiwillig für Eingriffe wie Kastration oder gar Gehirnoperation. Sie greifen verzweifelt zum letzten Strohhalm, den ihnen eine Gesellschaft bietet, die ihnen eine wirklich brauchbare Behandlung und Hilfe nicht bieten kann bzw. vorenthält. Gerade der Fall Bartsch hat gezeigt, daß diese Menschen ständig gedrängelt werden, sich chirurgischen Abenteuern zur Verfügung zu stellen.

Sexualforscher gegen „Psychochirurgie"

Die „Psychochirurgen" betonen bei dem Propagandafeldzug für ihre Gehirneingriffe immer wieder die angebliche völlige Gefahrlosigkeit ihrer Praktiken. So schreibt Prof. Dieckmann, neben Dieter Müller (Hamburg) und Prof. Roeder (Göttingen) führender Gehirnschnippler der BRD, im west-„Deutschen Ärzteblatt": *„Hiermit lassen sich bei einzelnen Patienten individuelle, mit psychiatrischen Mitteln nicht zu beeinflussende Leiden symptomatisch lindern, ohne daß die Persönlichkeit des Operierten verändert wird".* („Deutsches Ärzteblatt", 18/1976).

Diese Behauptung wird durch ein umfangreiches Gutachten widerlegt, das Dr. Schmidt und Prof. Meyer, die beiden Vorsitzenden der west-„Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung", und die Professoren Schorsch und Sigusch, die Leiter der Institute für Sexualforschung in Hamburg und Frankfurt, im April 1976 dem Bundesjustizminister und den Länderjustizministern vorgelegt haben.

Die Sexualforscher stellen dabei zunächst heraus, daß die „Psychochirurgen" von einem sehr verkürzten Menschenbild ausgehen. Sie übertragen einfach die Ergebnisse tierexperimenteller Untersuchungen auf den Menschen und lassen damit natürlich alle gesellschaftlichen Einflüsse, die gerade für die Entwicklung menschlichen Sexualverhaltens wesentlich sind, außer acht. Damit können sie „abweichendes" Sexualverhalten dann sehr einfach auf eine „falsche" Zusammensetzung des Gehirns zurückführen.

Entsprechend sind sie auch sehr schnell bereit, Menschen für sexuell „krank" zu erklären. So stellten sie bei einem 37jährigen „Hypersexualität" (= übersteigerte Sexualität) fest, weil er sich jeden Tag selbst befriedigte. Homosexuelle wurden Opfer der „Psychochirurgen", weil sie Sexualpartner hatten, die jünger als 18 Jahre waren.

Zum zweiten wird von den Kritikern der Psychochirurgie herausgestellt, daß – im Gegensatz zu den Aussagen der „Psychochirurgen" – die Eingriffe ins Gehirn extrem gefährlich sind: *„Die Untersuchungen zur Operationswirkung genügen bisher nicht einmal wissenschaftlichen Mindestanforderungen.*

Art und Ausmaß unerwünschter Nebenwirkungen der Operation sind ungenügend oder gar nicht untersucht worden und daher nicht bekannt" („Spiegel", 24/76).

So berichten die „Psychochirurgen" kaum über die Krankheitsgeschichte ihrer Patienten, insbesondere über die Auswirkungen der Operation. Wenn einmal etwas herauskommt, dann bestätigt das jedoch die düstersten Befürchtungen. So verlor ein Patient nach einem Gehirneingriff neben seinem sexuellen Bedürfnis auch teilweise die Fähigkeit, „optische Gestalten zu reproduzieren". Außerdem wurde er völlig unfähig, Träume zu erinnern.

Ein Patient starb sechs Tage nach der Operation, da er einfach aus dem Operationssaal zurück in den Knast geschickt worden war, statt *„auf eine Wachstation, wo jeder hirnoperierte Patient an sich hingehört"* (aus einem Vortrag von Dieter Müller, Chef-„Psychochirurg" an der UKE Hamburg). Das erste Todesopfer der westdeutschen Psychochirurgie?

Vor dem Hintergrund dieser Kritik fordern die Sexualforscher ein vorläufiges Verbot der „psychochirurgischen Eingriffe", bis durch eingehende Untersuchung aller bisherigen Opfer geklärt ist, ob diese „Behandlungsmethode" wirklich haltbar ist. Ein begrüßenswerter, aber inkonsequenter Schritt. Denn die Sexualforscher haben mit ihrem Gutachten schon die völlige Unwissenschaftlichkeit der psychochirurgischen Eingriffe nachgewiesen. Anscheinend wollen sie sich jedoch an die grundlegendere Frage, daß hier barbarische Menschenversuche durchgeführt werden, nicht heranwagen.

Opferkreis soll ausgedehnt werden

Sind es nach den bislang vorliegenden Informationen „nur" sexuelle Minderheiten, die das Opfer der „psychochirurgischen" Menschenversuche werden, schwebt den Psychochirurgen eine Ausweitung des Opferkreises vor.

Als Anwendungsgebiet seiner „Künste" propagiert Prof. Dieckmann u. a. : Schizophrenie, Zwangserscheinungen, Angst- und Spannungszustände, aggressive Verhaltensweisen und vieles mehr. Kurz: Jeder, der in den Verdacht gerät, „psychisch krank" zu sein, kann sich in Hamburg, Göttingen oder Homburg auf dem Operationstisch solcher Typen wie Dieckmann wiederfinden.

..IN SOLCHEN FALLEN EMPFEHLEN WIR KASTRATION.

säg!

Daß diese Entwicklung jedoch nicht bei relativ einfach für „krank" zu erklärenden Menschen wie sexuellen Minderheiten oder psychisch angeknacksten Personen enden soll, sondern daß letztendlich jeder, der von der Bourgeoisie für „anormal" erklärt wird, potentielles Opfer der Gehirnschnippler werden soll, macht eine freimütige Darstellung Dieckmanns von Überlegungen amerikanischer „Kollegen" deutlich:

„In den USA hat es Ende der sechziger Jahre aus Anlaß der Unruhen in einigen Großstädten den offiziellen Vorschlag amerika-

*sechziger Jahre aus Anlaß der Unruhen in einigen Großstädten den offiziellen Vorschlag amerika-**nischer Neurochirurgen gegeben, besonders gewalttätige Teilnehmer dieser Unruhen auf Störung der Hirntätigkeit zu untersuchen. Gegebenenfalls sollten sie durch eine Operation im Mandelkern von ihrer Gewalttätigkeit befreit werden"* („Spiegel", 22/76).

Und auf die Frage, ob es angebracht sei, einen „radikalen" BRD-Beamten durch Gehirnoperation „verfassungstreu" zu machen antwortete Dieckmann: *„Man müßte erst einmal feststellen, ob er krank (?) ist. Wenn ja, bestünde sogar eine Berechtigung zur Behandlung"* („Spiegel", 22/76).

Hier künden sich katastrophale Absichten der „Psychochirurgie" an! Schwierigkeiten sehen Typen wie Dieckmann nur in der *„großtechnischen Anwendung"* dieser Methode: Es sei *„schwer vorstellbar, daß Millionen von Menschen auf den Operationstisch kommen sollen"* („Spiegel", 22/76).

Nun ja, es braucht ja nicht gleich jeder „Radikale" operiert zu werden. Schon die „psychische Deformation" einiger „Rädelsführer" – wie bereits in den USA erwogen – könnte eine stark abschreckende Wirkung haben. Denkbar wäre hier sicherlich für die Bourgeoisie ein ähnliches Vorgehen wie bei den Berufsverboten: Einige herausgreifen, um alle einzuschüchtern.

Daß solche Typen wie Dieckmann und Kollegen durch ihre Menschenversuche solche „politischen Nutzanwendung" ihrer „Wissenschaft" vorbereiten, zeugt nicht nur von ihrer braunen Gesinnung, sondern zeigt auch, zu welcher Arroganz, Überheblichkeit und Menschenverachtung Ärzte im Kapitalismus fähig sind.

Schluß mit den Menschenversuchen in der BRD

Im ARBEITERKAMPF Nr. 85 haben wir über die barbarischen Menschenexperimente an Säuglingen in Dortmund berichtet. Einige Leser werden das für die blindwütige Tat eines fanatischen Wissenschaftlers à la Frankenstein gehalten haben. Die Enthüllungen über die „stereotaktischen Gehirnoperationen" machen jedoch deutlich, daß Menschenversuche in der BRD schon ein Ausmaß angenommen haben, das mehr ist als Werk von Fanatikern.

Die systematische Herabsetzung des Wertes menschlichen Lebens durch Todesschuß, hemmungslose Mordhetze gegen Minderheiten, Propagierung von Todesstrafe und „Gnadentod" eröffnet den Weg, mit menschlicher Gesundheit, mit menschlichem Leben herumzuexperimentieren.

Damit wird ein Weg eingeschlagen, der in Deutschland schon einmal gegangen wurde – und nach Buchenwald und in die anderen deutschen KZs, dieser Ausgeburt von Menschenverachtung und Barbarei, führte. **Dieser Entwicklung gilt es den geschlossenen Widerstand aller demokratisch gesonnenen Menschen entgegenzustellen.**

Wir halten es an dieser Stelle nicht für richtig, zu relativieren. Wir fordern nicht humane und wissenschaftliche Menschenversuche. Um die in verstärktem Maße betriebene Relativierung des Wertes menschlichen Lebens entschlossen entgegenzutreten, ist unserer Meinung nur eine Forderung möglich:

GENERELLES VERBOT ALLER MENSCHENVERSUCHE!

Um unter dieser Forderung den Kampf gegen die Menschenversuche in der BRD zu entwickeln, halten wir folgende Schritte für notwendig:

– Vor Ort, d. h. in den Kliniken und Instituten, in denen diese Menschenversuche durchgeführt werdebn, muß es unser Ziel sein, möglichst viele Kollegen dafür zu gewinnen, dieses Treiben nicht mehr mitzumachen.

– Wir müssen die Auseinandersetzung mit den fortschrittlichen Wissenschaftlern, die heute schon, wenn auch inkonsequent, diesem Wahnsinn entgegentreten, suchen, um sie für eine grundsätzliche Ablehnung der Menschenversuche zu gewinnen.

– Wir müssen durch Information über einzelne Menschenversuche unter allen Demokraten die Wachsamkeit gegen andere, noch nicht bekannte Experimente erhöhen. In diesem Sinne fordern wir auf, uns durch konkrete Informationen bei der weiteren Enthüllungsarbeit zu unterstützen.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Minister Rau bleibt „standhaft"

Einige Bemerkungen zum aktuellen Stand im Fall des Menschenversuches an Säuglingen in Dortmund:

– Nach wie vor werden Säuglinge der im AK 85 beschriebenen brutalen Folter ausgesetzt.

– Das Landgericht Dortmund hat immer noch keinen Termin für die Verhandlung der Klage der „Gesellschaft für Sozialwaisen" gegen diesen Menschenversuch angesetzt.

– Der nordrheinwestfälische Forschungsminister Rau hat sich in einem neuen Brief an die „Gesellschaft für Sozialwaisen" die an ihn gerichtete Kritik verbeten und nochmals abgestritten, daß der Menschenversuch den betroffenen Säuglingen schadet und hat sich voll hinter dieses Projekt gestellt.

– Das niederländische Fernsehen hat in einem Bericht über diesen Menschenversuch heftige Kritik an dieser ‚Rückkehr nach Buchenwald' geübt.

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

„Hochgefährliche kommunistische Bande"

Nazi Frey stellt Strafanzeige gegen den KB

In der Ausgabe der faschistischen „Nationalzeitung" vom 13.8. gibt der Herausgeber, G. Frey, bekannt, daß er Strafanzeige gegen den KB erstattet hat. Frey ist vor allem wegen seiner schweinischen Hetze insbesondere gegen die jüdischen Opfer des Nazismus berüchtigt. Seit 1975 sitzt er im Bundesvorstand der NPD. Das zeigt, daß die NPD mit den „militanten" Faschisten der paramilitärischen „Wiking-Jugend", des „Stahlhelm" usw. enger zusammenarbeiten will, deren Sprecher Frey und seine „Deutsche Volksunion" (DVU) sind.

In seiner Anzeige gegen den KB bezieht sich Frey auf einen Artikel in AK 85 zur (angeblichen) Hinrichtung des SS-Faschisten Peiper durch französische Antifaschisten. Schon seit längerem wird gerade von der „Nationalzeitung" Frey's eine verstärkte Reinwaschung und Verherrlichung der SS-Banditen betrieben. Der „Fall" Peiper ist dazu ebenso seitenlanger Anlaß wie vor einigen Monaten der Tod des SS-Verbrechers Skorzeny, der von der gesamten BRD Nazi-Prominenz im Stil von Heiligenverehrungen gefeiert wurde.

In derselben Nummer, in der Frey seine Anzeige gegen den KB bekannt gibt, wird die Nazi-Sache erneut auf den Punkt gebracht: „*Waffen-SS – Elite oder Verbrecher?*", fragt die Hauptschlagzeile. Und die Antwort Frey's: *"Gerechtigkeit für Deutschlands Helden!"*.

Auf die Behandlung der Frey-Anzeige durch den Staatsapparat sind wir sehr gespannt. Er dürfte damit einige Leute ins Schwitzen gebracht haben. Was uns angeht: Er hat uns – und wahrscheinlich allen Antifaschisten – mit dieser Anzeige einen guten Dienst erwiesen, der bürgerliche Staat wird Stellung nehmen müssen. Mit der Bezeichnung als „*hochgefährliche kommunistische Bande*" aus dem Munde dieses antisemitischen und antikommunistischen Hetzers sind wir auch sehr zufrieden. Nur mit der Zahl unserer Mitglieder in Hamburg täuscht er sich. So klein ist unsere „*verbrecherische Bande*" gar nicht.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Peiper-Mord gebilligt!

Dr. Frey erstattet Strafanzeige gegen rote Mordhetzer

Daß die Bundesrepublik alles andere als eine wehrhafte Demokratie ist, davon zeugt nicht nur die laxe Handhabung des Radikalenerlasses gegen kommunistische Staatsfeinde, sondern auch die Tatsache, daß es eine ganze Reihe von unbehelligt tätigen linksextremen Banden und Publikationen gibt, die sich unverblümt verfassungsfeindlich zeigen und sich offen zur Gewalt, zu Mord und anderen Schwerverbrechen bekennen. Ein Musterbeispiel dafür ist der „Kommunistische Bund" (KB) und sein in Hamburg herauskommendes Organ „Arbeiterkampf".

Das dreiwöchentlich erscheinende Pamphlet gibt in seiner jüngsten Ausgabe eine Stellungnahme der „Antifa - Kommission / KB - Gruppe Hamburg" zum Mordfall Peiper wieder. Darin kommen zunächst die vermutlichen Mörder zu Wort:

„Für den Anschlag verantwortlich erklärte sich eine Gruppe ‚der Rächer', die schon am 18. April auf einer Pressekonferenz in Paris erklärt hatte, daß sie — angeblich ehemalige Widerstandskämpfer — nunmehr selbst etwas unternehmen wollte: ‚Wenn die entflohenen Nazis weiterhin der Justiz entkommen, dann werden sie früher, als sie glauben, vor die Justiz Gottes geführt werden.' Nach dem 14. Juli (dem Todestag Peipers) erklärte ein ... Vertreter der ‚Rächer', in derselben Gegend seien ihm noch weitere 14 Fälle bekannt, ‚und wir werden jeden einzelnen von ihnen töten'."

Und dann erklärt sich der „Kommunistische Bund" mit den Killern solidarisch. Wörtlich:

„Sollte tatsächlich Peiper von Antifaschisten hingerichtet worden sein, so können wir nur sagen: Bravo!"

Diese Aussage ist nichts anderes als die öffentliche Billigung einer Straftat. Deshalb hat der Herausgeber der NATIONAL-ZEITUNG, Dr. Gerhard Frey, umgehend bei der zuständigen Hamburger Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen die Verantwortlichen nach Paragraph 140 StGB erstattet. Dieser Paragraph besagt:

„Wer eine der in § 138 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Taten (darunter auch Mord und Totschlag) belohnt oder öffentlich billigt, nachdem sie begangen oder ihre Begehung versucht worden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist."

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß dieser Straftatbestand durch die Stellungnahme im „Arbeiterkampf" geradezu „klassisch" erfüllt ist. An einer Verurteilung der Verantwortlichen könnte unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen ebensowenig Zweifel bestehen.

Allerdings muß man sich grundsätzlich fragen, warum eine eindeutig verbrecherische Bande wie der „Kommunistische Bund" und sein Organ „Arbeiterkampf" noch nicht verboten worden sind. Heißt es doch im neuesten Verfassungsschutzbericht, daß der KB „weitgehend konspirativ" arbeitet; „Wahlen zum ‚Leitenden Gremium' finden nicht statt." Die „Gruppe Hamburg" des KB, von der die Billigung des Peiper-Mordes stammt, ist mit etwa 450 Mitgliedern das Kernkontingent dieser hochgefährlichen kommunistischen Bande. Diverse Straftaten, besonders gewalttätige Ausschreitungen bei Demonstrationen, gehen auf das Konto des KB.

Mit Blick auf die linke Terroristenszene kommt man nicht um die bittere Feststellung herum, daß der für die innere Sicherheit verantwortliche Bundesinnenminister bzw. einige seiner Länderkollegen ihre Pflichten vernachlässigen und dadurch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik das Grab schaufeln.

„DNZ", 13.8.76

Varel/Kreis Friedland

Anti-Wahlplakate beschlagnahmt

Am 18.8. trat CDU-Vize und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg, nachmittags in der Vareler Innenstadt als Wahlkämpfer an. Der obligatorischen Anti-DDR-Hetze „*fügte Stoltenberg hinzu, daß dem Terrorismus in der Bundesrepublik mit allen Mitteln ein Ende gemacht werden müsse*" („NWZ", 19.8.76).

Von unserer jungen Gruppe in Südfriesland wurde währenddessen ein Flugblatt verteilt, das über die CDU-Politik aufklärte. Am selben Tage waren im Ort auch Plakate aufgetaucht, die unter dem Titel „Wir haben die richtigen Männer – CDU" den Stoltenberg veralberten und in die Jade wünschten. Schon zu Beginn der CDU-Kundgebung wurden acht solcher Plakate, die ein Genosse mit sich führte, von Wilhelmshavener Kripo-Beamten beschlagnahmt. Um die Flugblattverteilung zu behindern, wurde der Genosse gezwungen, zur Entgegennahme des „Sicherstellungsprotokolls" sofort mit auf die Vareler Polizeiwache zu kommen. Sichtlich sauer, daß sie mit dem juristisch informierten Genossen nicht nach Belieben umspringen konnten, ließen die Bullen dann allerhand Frechheiten vom Stapel: „Sie widersprechen also der Sicherstellung? Ist mir auch egal! ... Bei Gericht wird sowieso nicht anders entschieden ! ... Nun unterschreiben Sie endlich, das kostet Sie nur ein müdes Runzeln!". Derlei Pöbeleien wären wohl noch viel gröber (und eventuell „handfester") ausgefallen, wäre nicht für den Genossen ein Zeuge dabeigewesen, was der Bulle mit den Worten bedachte: „Haben Sie etwa allein Angst?". Daß dazu allerdings wohl auch Anlaß besteht, zeigen die herben Polizeipraktiken in Varel, wie sie der „Volksmund" zu berichten weiß.

KB/Gruppe Oldenburg



Diese jammervolle Gestalt machte in Varel und Umgebung von sich reden: Der Kopf gehört „Schnullermund" Stoltenberg (dem großen Braunen aus dem Norden), der Unterbau wurde einer in dieser Gegend bekannten Plastik entnommen — der „Jude", einer Plastik des CDU-Künstlers „Anatol". Beides zu diesem Plakat vereinbart, fand in Varel großen Anklang.



Protest in Hamburger Betrieben gegen NPD-Provokation

In verschiedenen Betrieben und Gewerkschaftsgruppen wurde gegen das von der NPD organisierte Faschistentreffen am 7.8. (siehe AK 86) protestiert.

Die linke "Alternative-Gruppe" im Beiersdorf-Betriebsrat wollte die NPD-Provokation auf die Tagesordnung setzen, SPD-Rechte und DKP-Betriebsräte wußten das jedoch zu verhindern.

Acht Betriebsräte der Texaco-Hauptverwaltung unterzeichneten eine Stellungnahme an den Hamburger Senat und den DGB, in der der DGB aufgefordert wurde, eine Demonstration gegen das Nazitreffen zu organisieren, und das Verbot der Nazi-Veranstaltungen verlangt wurde.

Der „Arbeitskreis Transport" in der ÖTV verabschiedete eine Resolution, in der es zur NPD-Kundgebung usw. hieß: „*Wir meinen, daß jeder, der diesen Verbrechern Vorschub leistet, sich selber schuldig macht. Deshalb fordern wir den Hamburger Senat auf, ein Verbot des geplanten Aktionstages der NPD auszusprechen (...). Den DGB fordern wir auf, seiner Aufforderung, das Treffen der Neonazis' nicht widerspruchslos hinzunehmen', Aufklärung und Mobilisierung in den Betrieben folgen zu lassen.*"

Am 3.8. verabschiedete der Fachgruppenvorstand Groß- und Außenhandel (HBV) eine Protestresolution, die an den ehemaligen HBV–Ortsverwaltungsvorsitzenden Werner Staak – jetzt Innensenator! – an den DGB-Kreisvorstand und an den HBV-Ortsverwaltungsvorstand gerichtet war.

Der Betriebsrat der Vereinigung Städtischer Kinder- und Jugendheime forderte den DGB auf, den Protest der Gewerkschaften gegen das NPD-Treffen zum Ausdruck zu bringen.

siehe hierzu „aus Betrieb und Gewerkschaft: chemie"

Hameln

KBW-Büchertisch „abgeräumt"

Am 14.8. wollte der KBW wie üblich einen Büchertisch in der Fußgängerzone von Hameln machen und Unterschriften für seine Bundestagskandidatur sammeln.

Als die KBW'ler den Tisch aufbauen wollten, kamen sofort zwei Typen vom Ordnungsamt und forderten sie auf, den Tisch an einer anderen Stelle, wo kaum jemand vorbeikommt, aufzubauen – ohne Begründung. Die KBW'ler weigerten sich, da sie den Tisch ordnungsgemäß angemeldet hatten und die SPD nebenan ihren Stand ungehindert weitermachen durfte. Kurz danach kamen zwei Bullen und forderten die KBWler nochmals auf, den Tisch dort abzubauen. Nach nochmaliger Weigerung holten sie Verstärkung und „räumten" den Tisch: Er wurde umgestoßen, Bücher auf den Boden geschmissen und zerrissen. Als die KBWler versuchten, die Bullen zu hindern, wurde auf sie eingeschlagen. Auch umstehende Passanten wurden getreten und geschlagen. Schließlich wurde noch der Wagen des KBW, der in der Fußgängerzone parkte (ebenso wie der SPD-Wagen!) kostenpflichtig abgeschleppt, ein KBWler bekam eine Anzeige wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt!"

KB-Sympathisanten
Bad Pyrmont

Westberlin

3 Ausgaben des INFO beschlagnahmt

Aufgrund von Beschlüssen des Amtsgerichts Tiergarten wurden in den letzten Wochen die Ausgaben 114, 115 und 117 des „Info – Berliner Undogmatischer Gruppen" beschlagnahmt. Das Info ist eine Wochenzeitung Westberliner Spontis, die seit ihrem Bestehen 1974 einer scharfen Repression durch den Staatsapparat ausgesetzt ist.

Als Gründe für die Beschlagnahme dieser drei Ausgaben sollen folgende Punkte herhalten:

– Im Info 114 soll eine Anweisung, wie man durch Veränderung des Radiogeräts den Polizeifunk hört, abgedruckt sein. „*Da die Veränderung von Radioempfängern gemäß § 15 Fernmeldegesetz strafbar ist, beinhalten diese Artikel also eine Aufforderung zu Straftaten*" (aus dem Beschluß des Amtsgerichts).

– Im Info 115 wurde zum Teil der Polizeifunk in der Nacht vom 6. zum 7. 7. 76 nach der geglückten Flucht von vier Genossinnen aus dem Moabiter Knast abgedruckt. „*Dieser Text kann nur unter Abhörung des Polizeifunks aufgezeichnet worden sein, so daß der Verdacht des Verstoßes gegen § 15 Fernmeldegesetz gegeben ist*" (ebenda).

– Beim Info 117 wurden erst die Druckfolien bei einer Durchsuchung der Druckerei von der Polizei mitgenommen und einem Richter vorgelegt, der die Folien aber als solche nicht für strafbar hielt, solange nicht gedruckt werde. Danach wurde die Zeitung gedruckt und zum Teil auch verkauft, bis sie am 12. 8. wieder beschlagnahmt wurde.

Die Zeitungen wurden hauptsächlich in Kiosken, Geschäften, einem Kino und linken Buchläden beschlagnahmt, wobei zum Teil auch „Kontaktbereichsbeamte" (Westberliner Blockwartsystem) die Beschlagnahme vornahmen!

Das Ziel dieser Maßnahmen des Staatsapparats ist der Versuch, diese Zeitung zu kriminalisieren, ihren Vertrieb zu illegalisieren und eine finanzielle Austrocknung zu erreichen. Insbesondere wird hiermit der Vertrieb an Kiosken erschwert.

INITIATIVKOMITEE ARBEITERHILFE WESTBERLIN (IKAH)

Polizei überfällt wieder linke Buchläden

Am Mittwoch, 18. August, hat die Polizei auf Anordnung des BKA (Bundeskriminalamt) und der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eine Durchsuchungsaktion in mehreren linken Buchläden der BRD (zwei Westberliner Buchläden und im „Maulwurfvertrieb", in den Läden in Bochum, Köln, Heidelberg, Tübingen, München) durchgeführt. Die Aktion wurde am folgenden Tag in Essen im dortigen Buchladen und in einer linken Druckerei fortgeführt. In Hamburg war die Polizei beim „Schwarzmarkt", einer Vertriebsstelle der Hamburger Zeitung für die „Undogmatischen Linken". Gesucht wurde nach der von den „Roten Zellen" herausgegebenen Zeitschrift „Revolutionärer Zorn". Die Bundesanwaltschaft betrachtet – ohne weitere Begründung – diese Gruppe als Nachfolgeorganisation der „RAF".

Die Polizeiaktion begann einheitlich morgens um 6 Uhr in den Privatwohnungen der Geschäftsinhaber, die gleich verhaftet wurden und wurde danach in den Läden weitergeführt. Mit einer Ausnahme ist diese Zeitung in keinem Fall gefunden worden. Die meisten Verhafteten mußten kurz danach wieder freigelassen werden. Der Inhaber des Bochumer Ladens wurde jedoch nach Karlsruhe gebracht, wo nach Angaben des Bochumer Kollektivs mit einem Haftbefehl gerechnet wird.

Alle Beteiligten wurden der „Unterstützung einer kriminellen Organisation" (§ 129) beschuldigt und außerdem wird gegen sie nach dem neuen § 88a (Verbreitung sog. Gewaltliteratur) vorgegangen.

Die Angriffe auf den linken Buchhandel haben sich in letzter Zeit verschärft. Erst vor wenigen Wochen durchsuchte die Bundeskriminalpolizei in verschiedenen Städten linke Verlage und Buchhandlungen nach Raubdrucken, und beschlagnahmten völlig willkürlich Bücher und Materialien. Es ist damit zu rechnen, daß die Aktionen der Bullen weitergeführt werden.

Sinn und Zweck dieser Aktionen ist es, die linken Verlage und Buchhandlungen zu „kriminalisieren", indem man sie bereits jetzt in der bürgerlichen Presse zu Sympathisanten und Anhängern der „RAF" und ihrer „Nachfolgeorganisationen" erklärt.

Genossen des „Arbeiterbuch"
Hamburg

Westberlin:

Staatsapparat auf „Terroristenjagd"

Nach dem Ausbruch von Inge Viett, Gabriele Rollnick, Juliane Plambeck und Monika Berberich aus der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße, hat es in Westberlin wieder breite Fahndungsaktionen gegeben.

So fanden in den letzten Wochen im gesamten Stadtgebiet Wohnungsdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl statt: „Das brauchen wir nicht, wir sind doch hier nicht im Kino."

Auf U-Bahnhöfen wurden Razzien durchgeführt, wobei teilweise von den Bullen ganze Bahnhöfe dichtgemacht wurden.

Auch auf dem von der DDR-Reichsbahn betriebenen S-Bahn Gelände wurden rechtswidrige Razzien durchgeführt. Weiterhin wurden Kneipen durchsucht, Auto- und sogar Radfahrer durch Mausefallen von MP-bewaffneten Polizisten gestoppt, wobei nicht nur Personal- und Fahrzeugpapiere überprüft wurden, sondern auch Formulare für das Bundeskriminalamt angefertigt wurden, möglicherweise als „erstes Blatt einer Ermittlungsakte" („Tagesspiegel" vom 14.7.).



Westberliner Bulle beim „Türenöffnen"

Zum wiederholten Male wurden unter Verletzung des internationalen West-Berlin-Abkommens Beamte aus Westdeutschland in die Fahndung einbezogen, so unter anderem Bullen des hessischen Landeskriminalamtes.

Dabei geht es dem Staatsapparat um mehr als die Aufspürung der vier Genossinnen.

„Verdächtig" sind z.B. junge Frauen, die in diesen Tagen umziehen; Leute, die einen schweren Koffer zur Hintertüre raustragen oder in deren Wohnung „mehr Leben als früher" oder „ungewohnt häufige Toilettenbenutzung" beobachtet wird (laut Kriminaldirektor Kittlaus vom Staatsschutz).

Allein auf Grund solcher „Indizien" erhielten Menschen eine Vorladung zur Zeugenaussage ohne Angabe von Gründen, wo sie dann gefragt wurden: „Sind sie bei der RAF?" ! Aufgespürt und vor allem eingeschüchtert soll hier die Linke insgesamt werden. Der „Abend" berichtete am 28.7. in großer Aufmachung: „Terroristen haben in Berlin 5.000 Helfer!"

Dies ist etwa so viel, wie die Linke (außerhalb der SEW) insgesamt zählt.

Der Schwerpunkt der Hetze konzentriert sich dabei auf die Frauenbewegung, bzw. auf alle „emanzipationsverdächtigen" Frauen. „Bild"-Schlagzeile vom 9.7.: *„Terrormädchen: Ausbruch weil sie lesbisch sind?"*

Das Konzept der bürgernahen Fahndung

Im Unterschied zur „Aktion Wasserschlag" nach der Lorenz-Entführung, wo die Bullen ganze Wohngemeinschaften und Jugendheime verwüstet haben, scheint der Staatsapparat diesmal darauf zu achten, daß er nicht unnötig viel „Ärger mit betroffenen Unbeteiligten" bekommt („Spiegel").

Die neue Taktik heißt „Mobilmachung der Bürger". Die „FAZ" glaubt auch schon Erfolge zu sehen, weil die *„Bevölkerung in allen Schichten begriffen hat, daß sie sich aktiv am Kampf gegen den Terrorismus beteiligen muß"*. Um dies zu erreichen, wurden Fahndungsplakate in Millionenauflage gedruckt, die die am meisten gesuchten „Terroristen" zeigen. Diese wurden dann an Litfaßsäulen, öffentlichen Gebäuden und in U-Bahnhöfen geklebt.

In Tankstellen kleben Steckbriefe hinter der Kasse. Briefträger sollen sie in der Tasche haben. Über Rundfunk und Lautsprecherwagen wurde die Bevölkerung in deutscher, türkischer und serbokroatischer Sprache aufgefordert, sich an der Schnüffelei und Denunziation zu beteiligen. Ausländische Kollegen wurden in Betrieben eigens von Dolmetschern dazu angesprochen. Überhaupt ist es ein Novum, daß Fahndungsplakate sogar in Betrieben ausgehängt werden. Erfolgreich weigerten sich allerdings die Setzer der Mercator-Druckerei weiterzuarbeiten, solange das Fahndungsplakat im Betrieb aushängt.

Die widerliche Menschenjagd wurde zum besonderen Anreiz wie ein Lottospiel gestaltet: Den „Gewinnern", die einen richtigen „Tip" gegeben haben, winken insgesamt 700.000 Mark. Die „Gewinnchancen" steigen, je mehr Menschen man denunziert.

Neue Polizeimethode: „Schwerpunktfahndung"

Insbesondere nach der Festnahme von Monika Berberich am 21.7. änderte die Polizei ihre Fahndungsmethode:

„Wir fürchten, daß die Bevölkerung verwirrt ist, wenn sie drei verschiedene Personen nach Photos auseinanderhalten und sich auch noch merken soll" (Kittlaus in der „Morgenpost" vom 28.7.).

Es wurden nun an mehreren Tagen hintereinander in der Presse verschiedene Photos von einer „Terroristin" gezeigt. Erreicht werden sollte damit, daß sich die Bevölkerung *„ihre vielen Gesichter"* einprägt, *„lachend oder ernst, so wie sich jeder Mensch in unbeobachteten Augenblicken verhält"* („BZ", 28.7.).

Verbunden wurden diese schweinischen Aufforderungen zur Menschenjagd mit scheinbar exakter Beschreibung „typischer" Verhaltensweisen: *„Immer, wenn Inge Viett NEIN sagt, wendet sie den Kopf nach rechts"* („BZ", 28.7.).

Oder: *„Sie macht einen intelligenten Eindruck, spricht Hochdeutsch und raucht Zigaretten"* („BZ", 29.7.).

Auf wieviel Menschen treffen diese Angaben wohl zu? Zur „Abrundung" dieser Schwerpunktfahndung wurden die alten Fahndungsplakate teilweise entfernt und 5.000 neue Fahndungszettel an Geschäftsinhaber, Mieter, Hauswarte und Hausbesitzer verteilt.

Überlebensgroße Photos der Genossinnen wurden von Polizeifahrzeugen durch die Westberliner City gekarrt und sogar Puppen mit der Kleidung von Monika Berberich aufgestellt.

Durch diese neue Art der Schwerpunktfahndung soll es bei der Bevölkerung zur Gewohnheit werden, gegen Prämie Menschen zu jagen wie Tiere, ohne sich genauer anzusehen, was gegen sie vorliegt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

ACHTEN SIE AUF FOLGENDE VERDÄCHTIGE UMTRIEBE:

ACHTEN SIE AUF FOLGENDE VERDÄCHTIGE UMTRIEBE:

LEUTE, DIE KOFFER AUS DER HINTERTÜR TRAGEN

FRAUEN IN HOSEN

VIELE MENSCHEN IN EINER WOHNUNG

UNGEWOHNT HÄUFIGE TOILETTENBENUTZUNG

Westberlin Veranstaltung gegen „Terroristen"jagd – gut besucht

Unter dem Motto „Die Terroristen sind unter uns, aber nicht da, wo der Staat sie sucht" führte die Westberliner Gruppe des KB am 20. August eine Veranstaltung durch, die von rund 600 Menschen besucht wurde (was angesichts der Tatsache, daß nicht nur viele Linke, sondern auch einige zur Aktionseinheit aufgeforderte Organisationen „in Urlaub" sind, ein recht gutes Ergebnis ist).

Unmittelbarer Anlaß für unsere Initiative war die auch z.Zt. noch laufende hysterische „Terroristen"jagd des Staatsapparates, die nach dem gelungenen Ausbruch der vier Genossinnen aus dem Frauengefängnis Lehrterstraße eingesetzt hatte.

In mehreren Referaten wurden verschiedene Aspekte dieser von den Staatsschutzbehörden inszenierten Kampagne aufgezeigt und in den Zusammenhang der allgemeinen Faschisierung von Staat und Gesellschaft gestellt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Rede von Rechtsanwalt Ströbele, der – gerade aus Athen kommend – über die breite Solidaritätsbewegung der griechischen Antifaschisten mit Rolf Pohle berichtete.

Die Darlegungen Ströbeles über die verschärften Angriffe auf fortschrittliche Verteidiger (im Zusammenhang mit den unlängst verabschiedeten „Anti-Terror-Gesetzen") und sein Appell, gegen diese Maßnahmen einen wirkungsvollen Widerstand zu organisieren, waren Grundlage für den Beschluß der Versammlung, in Westberlin ein „Komitee zur Verteidigung fortschrittlicher Rechtsanwälte" zu bilden. Die Rote Hilfe/Westberlin hat noch auf der Veranstaltung selbst ihre Unterstützung für diese Initiative zugesagt.

Als weiteren konkreten Vorschlag, den Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung in der BRD und Westberlin fortzusetzen und zu verstärken, propagierten wir die Mitarbeit am internationalen Russel-Komitee, das von der französischen PSU vorgeschlagen wurde und Mitte September seine Arbeit aufnehmen soll.

Eine Spendensammlung zugunsten der PFLP ergab die Summe von ca. 1.800 DM

Nach einem Bericht
der KB-Gruppe Westberlin

Hamburg

Brutaler Polizeieinsatz gegen AK-Verkäufer

Zwei Zivilpolizisten forderten am 17.8.76 mehrere „Arbeiterkampf"-Verkäufer am Mönckebrunnen in der Hamburger Innenstadt auf, ihre Stellschilder zu entfernen, da für das Aufstellen von Schildern eine Genehmigung benötigt werde. Die Genossen machten die Zivil-Polizisten darauf aufmerksam, daß sie diese bisher nicht brauchten und ließen sich nicht durch das Gerede der Zivilpolizei einschüchtern. Eine Viertelstunde später fuhren drei Polizeifahrzeuge auf den Mönckeplatz.

Zwanzig Polizisten „beschlagnahmten" vier Stellschilder. Eine Genossin wurde ohne Begründung von zwei Polizisten abgeführt. Von einem anderen Genossen, der in der Nähe stand, wurden die Personalien festgestellt. Die Genossin wurde zu den Fahrzeugen im brutalen „Polizeigriff" geführt. Ihrer Aufforderung an die Polizei, sich auszuweisen und den Grund der Festnahme anzugeben, wurde nicht nachgekommen.

Vor den Fahrzeugen kam die Aktion zum Stehen, da sich hier viele Passanten gesammelt hatten. Ein AK-Verkäufer ging zur festgenommenen Genossin und fragte: „Was ist los?", und zu den Polizisten: „Laßt sie frei!". Die Polizei ging weiter und schubste die Passanten und den Genossen beiseite, sodaß dieser ins Stolpern kam. Dies wurde ihm als „Gewaltanwendung" gegen die Polizei ausgelegt, und er wurde in den Polizeigriff genommen. Ein Zivilpolizist spritzte ihm aus ca. 20 cm Entfernung (!) eine Ladung aus seiner „Chemie-Keule" ins Gesicht. Ein Arzt, bei dem der Genosse nach seiner Freilassung noch nachts zur Behandlung war, sagte, daß er Glück habe, daß er eine Brille getragen hatte, sonst wäre es sehr viel schlimmer ausgegangen.

Die Genossin wurde in ein Polizeiauto geschoben. Den Genossen zerrten die Polizisten zum Fahrzeug, wo ihm Handschellen angelegt wurden. Die Passanten waren über das Vorgehen der Polizei empört. Einige Polizisten in Zivil versuchten Stimmung gegen die „Arbeiterkampf"-Verkäufer zu machen. Es waren jedoch mehrere Passanten bereit, gegen das brutale Vorgehen der Polizei als Zeugen auszusagen.

Die beiden Genossen wurden zur Polizeiwache 12 transportiert, wo sie zweieinhalb bzw. zwei Stunden festgehalten wurden. Den vor dem Polizeirevier wartenden anderen Genossen wurde gesagt, die beiden seien nicht mehr da. Diese Lüge nahm der Polizei allerdings niemand ab. So erreichten es die Genossen, daß ein Polizeiarzt, der „zufällig" dort war, sich den Genossen wegen der „Behandlung" mit dem Gas ansehen mußte. Der Polizeiarzt guckte sich den Genossen oberflächlich an und meinte, die Reizung in den Augen werde schon wieder weggehen. Behandelt wurde der Genosse nicht von ihm.

Schließlich wurden die beiden Genossen, ohne daß sie bei einem Anwalt oder bei der Familie anrufen durften, ins Polizeipräsidium gefahren. Im K 13 wurden sie noch ca. zwei Stunden festgehalten, angeblich zur polizeilichen Personenerfassung.

Diese Übergriffe der Hamburger Polizei in Hamburg waren an diesem Tag nicht die einzigen. Der KBW verzeichnete einen Überfall der Polizei auf seinen Stand in der Fuhlsbütteler Straße.

Wir möchten alle Genossen auffordern, vor diesen massiven Polizeiaktionen nicht zurückzuschrecken und nicht das Stellschild bzw. die Wandzeitung lieber zu Haus zu lassen.

Im Gegenteil müssen wir unsere Agitation gegen den wachsenden Polizeiterror verstärken!

Die beiden betroffenen Genossen
Chemie/HBV-Bereich
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung der Redaktion

Zum politischen Hintergrund ist zu ergänzen, daß die Genossen auf ihrem Stellschild ein Plakat hatten, das Bullen beim brutalen Knüppeleinsatz anläßlich der Verteidigung des NPD-„Aktionstags" vom 7.8. zeigt und wo sinngemäß zu lesen war: „Polizei prügelt für die NPD". Gegen dieses Plakat ging die Polizei auch in anderen Fällen vor und „beschlagnahmte" Stellschilder.

„Ihr kleinen Baader-Meinhofs..."

Mitglieder der als religiöse Sekte getarnten militanten Faschistenbande CARP verteilten kürzlich in der Lübecker Innenstadt einen Wahlaufruf für die CDU! Das war für mehrere Antifaschisten Anlaß, ein Informationsflugblatt zu diesen als „Christen" auftretenden Leuten zu verteilen, das ihren wahren Charakter aufdeckte.

Daraufhin holten die Faschisten die Bullen und behaupteten, sie wären bedroht worden.

Als die Antifaschisten sich weigerten, ihre Personalausweise zu zeigen, wurden sie zur berüchtigten Mengwache gezerrt. Dort wurde ihnen von den pöbelnden Bullen verweigert, ihren Anwalt anzurufen und es fielen u. a. folgende Bemerkungen: „Ihr Baader-Meinhofs steckt mit euren Anwälten ja doch nur unter einer Decke", und: „Wenn ihr nicht gleich macht, was wir sagen, stecken wir euch in die Gummizelle" (gemeint war wohl die „Beruhigungs"-zelle der Mengwache – aus der schon so mancher mit blauen Flecken und blutiger Nase ins Krankenhaus gekommen ist, weil – so die Version der Bullen – er sich in dem zur Zelle führenden Gang an einem Zigarettenautomaten gestoßen hat ...).

Zwei Genossinnen

Anmerkung der Redaktion

Es scheint in letzter Zeit häufiger vorzukommen, daß Genossinnen oder Genossen beim Zeitungsverkauf etc. nach ihrer Weigerung, den Personalausweis zu zeigen, von der Polizei zur Wache geschleppt werden.

Das sollte nicht sein! Es besteht eine rechtliche Verpflichtung, den Ausweis vorzuzeigen. Eine Weigerung kann also unter normalen Umständen keinerlei Vorteile bringen, sondern nur zusätzliche „Scherereien". Eine Weigerung ist also sinnlos. Sie wird oft auch von den Bullen nicht nur zur schikanösen Behandlung der Genossinnen oder Genossen benutzt, sondern auch zu widerrechtlichen „Beschlagnahmen" (Diebstahl unseres Pressematerials, von Stellschildern etc.), die der Polizei auf offener Straße und ohne den Vorwand der Ausweis-Verweigerung schwerer von der Hand gehen würden.

Richtig kann es allerdings unter Umständen sein, sich mit dem Vorholen des Ausweises zunächst etwas zu „zieren", die Polizisten in eine Diskussion über die Gründe ihres Vorgehens zu verwickeln, usw., um Passanten etc. auf den Vorfall aufmerksam zu machen und ihn so zur Agitation zu benutzen. Damit ist es natürlich aus, wenn man sich zur Wache schleppen läßt, wo die Bullen keinerlei Öffentlichkeit mehr ausgesetzt sind und sich meistens entsprechend schweinisch verhalten. Wichtig ist also für die Genossinnen und Genossen, beim Verkauf etc. ihren Ausweis dabei zu haben. „Heldentum" bei der Verweigerung des Ausweises ist fehl am Platz und nützt niemandem.

Dortmund

Bullen immer frecher

Am 14.8.76 veranstaltete der KBW in der Innenstadt von Dortmund in einer belebten Fußgängerzone mit etwa 30 Mann eine spontane Kundgebung gegen das KPD-Verbot. Sofort wurden sie von zivilen und uniformierten Bullen angegriffen. Mit brutalem Polizeieinsatz wurden mehrere Genossinnen und Genossen des KBW verprügelt und in einen Mannschaftswagen gezerrt. Ein Zivilbulle schlug dabei einem Mädchen sein Funksprechgerät mit voller Wucht gegen den Kopf! Kurz, nachdem die Verhafteten abtransportiert waren, richtete sich der KBW mit Megaphon an die Umstehenden und protestierte gegen das Verhalten der Polizei. Nur Sekunden später stürzten sich von allen Seiten Bullen auf den Megaphonträger. Wieder gab es eine üble Prügelei der Bullen und Verhaftungen.

Nur eine Stunde vorher war es ebenfalls zu Schlägereien und Verhaftungen durch die Polizei gekommen, als ein Trupp von etwa 50 Demonstranten („KPD/ML", „KPD", und KBW) vergeblich eine NPD-Kundgebung auf dem benachbarten Marktplatz zu verhindern versuchte.

Ein AK-Verkäufer

Teufelsaustreibung 1976

Den Bischof in den Knast!

Wie in AK 86 berichtet, ist die 23 jährige Studentin Anneliese Michel aus Unterfranken bei einer nach dem „Rituale Romanum" von 1614 (!) inszenierten „Teufelsaustreibung" – die über Monate an ihr praktiziert wurde – schließlich regelrecht verhungert und verdurstet. Sie starb am 1. Juli. Der Schwerkranken, die an Epilepsie und Wahnvorstellungen litt, wurde seit Jahresanfang keinerlei ärztliche Behandlung mehr zuteil.

Schuldig: Pater Arnold Renz, der die „Teufelsaustreibung" vornahm und den makabren Spuk auf 43 (!) Tonbändern festhielt.

Schuldig: Der Vorgesetzte von Renz, Bischof Stangl (Würzburg), der für die „Teufelsaustreibung" seinen kirchlichen Segen gab.

Gegen Stangl und Renz liegen inzwischen zahlreiche Strafanzeigen vor. In der Anzeige einer Hamburger Bürgerin gegen Stangl heißt es: *„Trotz des zunehmenden körperlichen Verfalls der Frau unterließen es die beiden Geistlichen, einen Arzt oder ein Krankenhaus zu verständigen. Bischof Dr. Stangl stand während der ganzen Zeit in ständigem Kontakt mit ihnen. Er wurde auch mehrmals über den bedrohlichen Gesundheitszustand der Frau unterrichtet ..."* („BamS", 8.8.76).

Stangl selbst läßt behaupten, es sei ihm *„unbekannt gewesen, daß die Studentin die Nahrung verweigert habe und daß ärztliche Hilfe nicht geleistet worden sei."* („FAZ", 10.8.) Stangl hat inzwischen gegen alle, die ihn angezeigt haben, seinerseits Anzeige wegen falscher Verdächtigung und übler Nachrede erstattet!

Was Renz angeht, der kaum behaupten kann, er habe vom Zustand des Mädchens nichts gewußt, prüft die Staatsanwaltschaft, ob er überhaupt „schuldfähig" sei, oder ob er nicht „angesichts mangelnden Unrechtsbewußtseins" (!) freizusprechen ist („FAZ", 4.8.). Sozusagen ein §51 für Klerikale ...

Mittlerweile sind Umfragen veröffentlicht worden, wonach immerhin rund 11% der westdeutschen Bevölkerung an die Existenz des „Leibhaftigen" glauben. Die Dunkelziffer dürfte allerdings etwas höher liegen ... Denn immerhin hat Papst Paul als Chefideologe der Katholischen Kirche ganz offiziell verkündet, daß der Glaube an den Teufel Bestandteil der katholischen „Lehre" ist.

Die Volksverdummung im Interesse der Herrschenden geht also weiter. Und die Kassen klingeln: *„Der tragische Tod der Studentin hat dem Filmverleih Warner-Columbia in München unerwarteten Geldsegen gebracht. Sämtliche 110 in Deutschland existierenden Kopien des Horror-Streifens ‚Der Exorzist' sind ausgebucht! Ein Sprecher: ‚Als wir den Film im Oktober 1974 in Deutschland starteten, brachte er nur mittelmäßigen Erfolg. Jetzt schlägt er alle Rekorde'"* („BamS", 8.8.).

Kein Wunder, da jetzt werbewirksam eine echte Leiche aufzuweisen ist! Und in Hollywood haben die Dreharbeiten zum „Exorzist II" begonnen. In der Hauptrolle wieder die schon im ersten Film „besessene" Linda Blair, neben ihr Richard Burton. *„Der Film jedenfalls kommt zu einem vorbereiteten Publikum. Exorzismus ist in aller Munde"* („Welt", 18.8.).

Und was da stinkt, ist die Fäulnis der bürgerlichen Gesellschaft!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg





Ernst ist das Leben, doch heiter die Kunst: Links die bei einem echten Exorzismus ermordete Anneliese Michel, rechts Linda Blair und Richard Burton bei den Dreharbeiten zu „Exorzist II".

Klassenjustiz

Anklage gegen Rechtsanwalt Groenewold erhoben

Die Bundesanwaltschaft hat jetzt vor dem Oberlandesgericht in Hamburg gegen den Rechtsanwalt Kurt Groenewold Anklage wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" erhoben. Kurt Groenewold wird vorgeworfen, er habe durch *„Informationstätigkeit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gefangenen aus der RAF gestärkt und damit ihren Zusammenhalt aufrechterhalten".*

Im Klartext heißt das, daß die angebliche „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" dadurch begründet wird, daß Groenewold die Gefangenen mit Zeitungen und anderen Informationsmaterialien versorgt hat, die sowohl für die Prozeßführung, als auch für die politische Information der Gefangenen dringend notwendig sind.

In einer ersten Erklärung meinte Groenewold zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen:

„Die Anklage im jetzigen Zeitpunkt verstößt gegen prinzipielle Rechtsgrundsätze: 1. Das Verfahren in Stuttgart ist nicht abgeschlossen. Dort wird über dieselben Vorwürfe insoweit verhandelt, als die Organisation der Verteidigung die Fortsetzung einer kriminellen Vereinigung sein soll. Groenewold steht deshalb vor der Alternative, sein Anwaltsgeheimnis zu brechen oder auf seine eigene Verteidigung zu verzichten. 2. Das Ermittlungsverfahren gegen Groenewold und die anderen Verteidiger läuft seit 1973. Die Bundesanwaltschaft hat seiner Verteidigung bis heute die Ermittlungsakten nicht zur Verfügung gestellt. Länger als drei Jahre wurde Akteneinsicht verweigert. Noch im Juli 76 wurde ein entsprechender Antrag abgelehnt. Erst mit der Anklage wurde ein Viertel der Akten dem Verteidiger zur Verfügung gestellt. Die Bundesanwaltschaft wollte auf diese Weise eine Stellungnahme zu den Vorwürfen während des Ermittlungsverfahrens verhindern" (nach „Extra-Dienst", 17.8.76).

Wir werden in einer der nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPF eine ausführliche Stellungnahme von Kurt Groenewold zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen bringen.



Groenewolt, Croissant

Croissant wieder freigelassen

Der im Juli zum zweitenmal verhaftete Stuttgarter Rechtsanwalt Klaus Croissant ist gegen eine Kaution von 80.000 DM (schon bei seiner ersten Haftverschonung mußte dieselbe Summe hinterlegt werden) wieder freigelassen worden.

Klaus Croissant wird die „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen, eine Formel, die die Bundesanwaltschaft inzwischen bald auf alle Verteidiger der Gefangenen aus der RAF anwendet. Croissant' Freilassung ist auch auf die vielen internationalen Proteste zurückzuführen, die nach seiner Verhaftung erfolgten. Im Ausland ist man gegenüber den ständigen Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien wesentlich hellhöriger als in der BRD selbst.

IKAH (Arbeiterhilfe)

„Anarchistenjagd"

In der „Bild am Sonntag" vom 15.8.76 war zu lesen, daß eine „bundesweite" Fahndung nach der „Anarchistin" Gaby Weber eingeleitet worden sei, nachdem sie auf dem Gelände des Bonner Justizministeriums von Verfassungsschützern gesichtet worden war (s. Faksimile-Abdruck).

> **Anarchistin Weber in Bonn entdeckt**
>
> Von FRIEDEMANN WECKBACH-MARA
>
> Bonn, 15. August
>
> In der Bundeshauptstadt muß mit einem Terroranschlag gerechnet werden. Die Baader-Meinhof-Anarchistin Gabriele Weber spionierte und fotografierte, wie BILD am SONNTAG gestern erfuhr, am Mittwochabend gegen 18.30 Uhr auf dem Gelände des Bonner Justizministeriums und dessen Kindergarten.
>
> Der Pförtner Kurt Grein (36) schöpfte Verdacht, als er sah, wie zwei Frauen in Gammel-Kleidung den mit Stacheldraht gesicherten Kindergarten beobachteten und fotografierten: „Die Kameras sahen besser aus als die Damen samt ihrem alten VW. Da wollte ich doch mal wissen, was die da machen." Bevor er die Frauen ansprechen konnte, ergriffen sie die Flucht. Doch Grein identifizierte eine der beiden aus den Fahndungsbüchern: Anarchistin Gabriele Weber. Die sofort eingeleitete Großfahndung blieb ergebnislos.
>
> Ein Polizeisprecher in Bonn zu BILD am SONNTAG: „Jetzt fahnden wir bundesweit."
>
> **Aus „Bild am Sonntag", 15.8.76**

Gaby Weber, die seit langem sehr engagiert auf dem Sektor Rechtshilfe und Gefangenenbetreuung arbeitet, und deshalb einige Wochen in Untersuchungshaft verbringen mußte, schickte uns eine Erklärung, in der der tatsächliche Sachverhalt klargestellt wird: Gaby, die u.a. auch als Journalistin arbeitet und in Bonn wohnt, kam an dem neu errichteten „Kindergarten" des Bonner Justizministeriums vorbei, der mit dicken Stacheldrahtrollen und von mit MPs bewaffneten Bullen abgesichert ist. Als sie diesen „Kindergarten" fotographieren wollte, untersagte ihr das einer der Bullen und sie mußte ihre Personalien vorzeigen. Nach dem Hetzartikel in der „Bild am Sonntag" ging Gaby zu einer Polizeiwache, wo sie erfuhr, daß sie keineswegs gesucht wird.

Die von ihr geforderte Gegendarstellung in der „Bild am Sonntag" wurde bislang nicht abgedruckt.

In der uns zugeschickten Erklärung schreibt Gaby, daß diese Hetze unter zwei Gesichtspunkten zu sehen ist:

Zum einen wird dadurch die Diffamierungskampagne gegen eine engagierte Genossin, die demnächst vor Gericht stehen wird, weitergetrieben, *„zum anderen richtet sich diese besonders widerliche Form der psychologischen Kriegführung gegen die revolutionäre Linke im Allgemeinen, da durch derartige Meldungen versucht wird, die Linken als blutrünstige, kindesentführende und menschenverachtende Monster hinzustellen"* (aus Gabys Erklärung).

IKAH („Arbeiterhilfe")

Der Justizterror gegen Borvin Wulf geht weiter

Seit Ende Mai wird gegen Borvin Wulf und Bernd Geburtig verhandelt. Sie sind angeklagt, an Bombenanschlägen gegen den Hamburger Justizsenator Klug und gegen Gefängnisarzt Mairose beteiligt gewesen zu sein. Weiter wird ihnen die Bildung einer „kriminellen Vereinigung" vorgeworfen (siehe AK 81).

Beide Vorwürfe konnten bisher in keinem Punkt nachgewiesen werden. Am laufenden Band werden von der Anklage Zeugen angekarrt, die, nach eigener Aussage ihr „Wissen" über Borvin Wulf und Bernd Geburtig aus der „Bild"-Zeitung bezogen haben.

Eine besondere Rolle in dieser Form von „Beweisaufnahme" spielen die Polizeizeugen, die, ausgestattet mit einer von ihren Vorgesetzten ausgestellten „Aussageverweigerungsanordnung", jede unbequeme Frage nicht zu beantworten brauchen. So wurde z.B. die Frage, warum Borvin Wulf vor seiner Verhaftung, im Januar 1975, monatelang vom Staatsschutz-Kiel observiert wurde, eben mit dieser „Aussageverweigerungsanordnung" nicht beantwortet. D.h., daß die staatseigenen Schnüffler nicht mal mehr einen Grund anzugeben brauchen, um einen westdeutschen Bürger über Monate hinweg beschatten zu können.

Auch außerhalb des Gerichtssaals wird alles unternommen, um Borvin fertig zu machen. Die „Aufhebung" der Isolationshaft, die auf Grund der durch die Haft entstandenen schweren gesundheitlichen Schäden, vom Gericht verfügt wurde, sieht in der Praxis so aus: Alle 14 Gefangenen sind aus dem Trakt B 2 verlegt worden. Nur noch Borvin befindet sich dort, zusammen mit Honka, einem mehrfachen Sexualmörder. Und auch nur mit Honka hat Borvin Hofgang, der auch nicht mehr regelmäßig stattfindet. Nur selten kommen andere Gefangene hinzu, allerdings nicht mehr als vier (normalerweise wären es 60 Gefangene). Seine Zelle war mit Kot beschmiert, die Bitte Borvins um Reinigungsmittel wurde abgelehnt.

Das Gericht versucht das Verfahren augenscheinlich als Modell für künftige Staatsschutzverfahren durchzuführen. So wurden die neuen „Anti-Terrorgesetze" prompt auch bei Borvin angewendet.

Am 6. Juli wurde Borvins Zelle im Untersuchungsgefängnis durchsucht. Dabei wurde Borvin von Justizbeamten aus der Zelle geführt. Während Borvins Abwesenheit wurde die Zelle durchsucht (das Bett wurde auseinandergerissen, Papiere verstreut, die in einem gekennzeichneten Ordner stehende Verteidigerpost eingesehen bzw. herausgerissen). Weil es keine Zeugen dieser Aktion gibt, ist anzunehmen, daß der Verteidigerschriftwechsel kopiert wurde. Unter solchen Bedingungen kann es keine auch nur halbwegs angemessene Verteidigung geben. Eine richterliche Absegnung dieser Durchsuchung wurde sogar erst drei Wochen später nachgereicht.

In einer Erklärung, die Borvin am ersten Verfahrenstag abgegeben hat, sagte er über die Lage der politischen Gefangenen in der BRD: *„Ja, ich spreche von Folter. Und ich meine hier jetzt jene Folter, wie sie auch und gerade durch die teils jahrelangen Isolations- und Vernichtungshaftbedingungen gegenüber den politischen Gefangenen in der BRD praktiziert wird. Folter, wie sie früher gang und gebe war: die Daumenschraube, das Auspeitschen, das blutige Zusammenschlagen und ähnliches und wie mans heute noch in einer Reihe von Ländern findet, sublimiert in den Methoden der Folterung schon auf 'ner höheren Ebene durch Elektroschocks, white noise und dem Einspielen von Todesschreien über Tonbänder in die Zellen, wie's in Nord-Irland etwa üblich ist, das allerdings ist in diesem Staat BRD nicht en vogue (üblich): Blut, offene Wunden, Striemen, ausgeschlagene Zähne und herausgerissene Haarbüschel sind die Ausnahme, Ausrutscher müßte man besser sagen, so was schreckt das feinsinnige Gemüt der hier Herrschenden, die sich so gerne als Liberale und rechtsstaatliche Tugendwächter etikettieren, da macht auch das Berufsethos der Knastärzte nach Auschwitz, Birkenau, Buchenwald und Treblinka noch nicht wieder mit. Folter aber, die keine sichtbaren Spuren wie Blut und Striemen und sonstige Wunden hinterläßt, sie ist nicht nur en vogue hier: Diese Folter ist der ganz gewöhnliche Faschismus in der BRD spätestens seit 1972: Diese von allen politischen Gefangenen, von mir seit meiner Inhaftierung täglich sinnlich erfahrenen insgesamt fast totalen sozialen und sensorischen Deprivation* (d.h., daß alle Sinneswahrnehmungen soweit reduziert sind, daß dies zu Wahnvorstellungen führen kann, Anm. AK), *diese soziale Deprivation hat objektiv den Charakter der den Menschen mordenden Isolationsfolter, von der Funktion her, von der Strategie her mit dem Ziel praktiziert, entweder den Angeklagten im Vorverfahren zum Mitspielen, sprich: zum Reden gegenüber den Staatsschutzbehörden zu bringen, obwohl's dem Beschuldigten entsprechend § 136 StPO freisteht, sich zu den Beschuldigungen zu äußern oder nicht, oder wo die Folter die Funktion hat, ihn, den Angeklagten – wie weiland Galileo Galilei – zum Abschwören zu zwingen, oder die ihm, wenn alle Repression nichts mehr hilft, seine politische Identität als politischer Mensch kaputtmachen soll."*

Wir rufen von hier aus nochmals dazu auf, die Prozeßtermine zu besuchen, um auch so ein größeres Maß an Öffentlichkeit herzustellen (montags und donnerstags um 9 Uhr im Strafjustizgebäude, Saal 237). In den nächsten Wochen wird eine Dokumentation über den Staatsschutzprozeß gegen Borvin Wulf erscheinen.

KB-Sympathisanten/Norderstedt

Ein skandalöses Urteil!

Wenn es nach dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim geht, dann darf es in Zukunft in der BRD keine Straßensammlungen mehr für Völker geben, die für ihre Befreiung kämpfen. Anlaß für ein Urteil des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofs war die Klage des „Chile-Komitees" und des „Nahost-Komitees" (beide stehen dem KBW nahe) in Heidelberg. Das Ordnungsamt hatte 1975 den Komitees Straßensammlungen verboten, die das Volk in Oman und den chilenischen Widerstand unterstützen sollten.

Das Verwaltungsgericht Mannheim bestätigte nun dieses Verbot (Aktenzeichen: X/975/75) mit der Begründung, daß der Erlös der Sammlung unter Umständen (!!) zum Kauf von Waffen für Untergrundkämpfer verwendet werden könnte und dies müsse als eine „kriegerische Aktion" gegenüber dem fremden Staat gewertet werden. Das friedliche Zusammenleben der BRD mit diesem Staat und die außenpolitischen Belange der BRD seien dadurch aufs schwerste gefährdet (nach „Frankfurter Rundschau", 20.8.76).

Für die Klassenjustiz ist eben ein Volk, das für seine Freiheit kämpft, der größte Verbrecher.

IKAH (Arbeiterhilfe)

Braunschweig

Verkehrssache als Staatsschutzprozeß

Ein 37jähriger Gartenbauarchitekt machte jetzt in Braunschweig Erfahrungen, die z.Zt. hautpsächlich noch Linken vorbehalten sind.

Mitte Februar war er von zwei Bullen aus dem in seinem Hof gerade geparkten Wagen gezogen, in ihren Streifenwagen geschleppt und zur Wache gebracht worden. Er erfuhr weder den Grund der Festnahme, noch Dienstnummer oder Namen der Bullen. *„Das werden sie schon im Prozeß erfahren"*, war die einzige Antwort auf seine Fragen. Mit Blutergüssen, Schwellungen und einer Platzwunde verließ er nach Feststellung seiner Personalien und Wagenpapiere wieder die Wache.

Die „Gründe" für seine Festnahme, die er vor Gericht erfuhr, lauteten: *„Uns war so, als ob was mit dem Fahrzeug gewesen wäre"*, und *„wir (sind) von Natur aus neugierig..."*

Nachdem ein Arbeiter, der zufällig Augenzeuge der brutalen Vorgehensweise bei der Festnahme gewesen war, seine Aussage durch Schwur erhärtet hatte, war offensichtlich, daß eigentlich ganz andere auf die Anklagebank gehörten. Entsprechend schlug der Richter die Einstellung des Verfahrens vor.

Dieses Angebot, so zu tun, als ob nichts gewesen sei, lehnte der Rechtsanwalt ab.

Der Staatsanwalt ließ in seinem Plädoyer die Anklage wegen Widerstand fallen, da *„Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte nur strafbar (sei), wenn die Diensthandlung rechtmäßig war."* Diesem vergleichsweise demokratischen Argument fügte er jedoch sofort den von perverser Rechtsauffassung zeugenden Antrag hinzu, den Angeklagten zu DM 250,– Geldstrafe zu verurteilen, wobei er die „Bescheidenheit" seiner Forderung damit begründete, daß *„das Verschulden gering gewesen ist, und das Verhalten der Beamten – die etwas zu forsch vorgegangen sind – im Angeklagten nachgewirkt hat."* (Alle Zitate aus „Braunschweiger Zeitung", 17.8.76).

Richter Deeke war mit diesem Staatsanwaltsplädoyer absolut nicht einverstanden. Wer durch das Angebot, das Verfahren einzustellen, das Eingeständnis verlangt, daß Staatsorgane Unschuldige mißhandeln, der sollte nach seiner Meinung auch die Quittung bekommen.

Deeke verurteilte den „Angeklagten" zu dem Dreifachen der Strafe, die der Staatsanwalt gefordert hatte, wegen „Widerstand" und „Beleidigung". Angesichts dieses Urteils in einem Verkehrsprozeß (!) drängt sich die Erinnerung auf, daß in Braunschweig die Nazis schon 1931 Fuß fassen konnten. Der Fall des Gartenbauarchitekten zeigt, daß es auch heute in Polizei und Justiz manche gibt, denen die Faschisierung in diesem Staat immer noch nicht schnell genug geht.

Ein Braunschweiger Genosse

Oldenburg:

Drastische Urteile gegen Linke

Gegen mehr als zehn angeblich an einer Busblockade im Januar (Fahrpreiserhöhungen in Oldenburg) Beteiligte sowie gegen mehrere Mitglieder des KBW-orientierten § 218-Komitees werden zur Zeit Strafverfahren durchgeführt. Bis Redaktionsschluß sind zwei Verfahren in erster Instanz mit drastischen Strafen abgeschlossen worden (16. und 17.8.).

In einem Fall wurden 800,– DM Geldstrafe wegen *„Nötigung, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung"* verhängt; der Genosse habe an der Busblockade teilgenommen, Parolen an öffentliche Gebäude gemalt und sich seiner Festnahme widersetzt, wobei ein Bulle angeblich von ihm verletzt wurde. Im anderen Fall wurden gegen eine Genossin und einen Genossen je ein halbes Jahr Freiheitsstrafe ausgesprochen, weil sie ein Plakat geklebt hatten, das eine fingierte Stellungnahme für das Abtreibungsverbot mit den Faksimile-Unterschriften der Oldenburger Bundestagsabgeordneten Polkehn (SPD) und Broll (CDU) beinhaltete. Damit seien von den Angeklagten *„Tatsachen wider besseres Wissen"* verbreitet worden. Sie hätten vorgehabt, *„beide Politiker in der Achtung ihrer Wähler herabzusetzen"*. Hoffentlich ist das auch ein bißchen gelungen, kann man da nur sagen.

Die Freiheitsstrafen wurden auf 3 Jahre „zur Bewährung" ausgesetzt – eine reichlich fiese Methode, um von den Betroffenen politisches „Wohlverhalten" bzw. „Zurückhaltung" zu erzwingen.

KB / Gruppe Oldenburg

Verwaltungsgericht:

Sozialhilfe darf BAFöG-Studenten nicht gestrichen werden!

Studenten, die ihr Studium bisher mit Ausbildungsförderung (BAföG) und zusätzlich mit Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bestritten haben, weil BAföG allein nicht zum Leben reicht, können nach wie vor Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Nach dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg (Aktenzeichen: FEVS 1976/164) hat dies auch das Verwaltungsgericht Frankfurt (Aktenzeichen: III/3 G 178/76) entschieden.

Im Zuge der finanziellen Rundschläge der SPD/FDP-Regierung wurde durch das „Haushaltsstrukturgesetz" die bislang bestehende Möglichkeit, BAföG-Leistungen durch Sozialhilfe (sogenannte Ausbildungshilfe) „aufzustocken" abgeschafft. Trotz erheblich gestiegener Lebenshaltungskosten sollten die Studenten sehen, wie sie zurecht kommen.

zialhilfe (sogenannte Ausbildungshil-

Die beiden Gerichte erklärten diese Streichung der Sozialhilfe für rechtswidrig. *„Sozialhilfeempfänger, denen durch Gesetz bisherige Leistungen völlig gestrichen werden, genießen Vertrauensschutz. Die Hilfeempfänger, die bis zum Ende des Jahres 1975* (ab 1.1.76 gibt es das „Haushaltsstrukturgesetz", Anm. d. Red.) *Ausbildungshilfe erhalten haben, haben ihre Lebensverhältnisse im Vertrauen auf die Weitergewährung der Ausbildungshilfe bis zum Examen eingerichtet,"* heißt es in der Urteilsbegründung. Allerdings bedeutet diese Entscheidung nicht, daß jeder Student, der wegen der Inflation jetzt nicht mehr mit den eingefrorenen BAföG-Sätzen auskommen kann, zusätzlich Sozialhilfe beantragen kann. Wegen des „Vertrauensschutzes" kommt diese Entscheidung nur denen zugute, die bereits vor dem Inkrafttreten des „Haushaltsstrukturgesetzes" zusätzlich Sozialhilfe bezogen haben. Wie das Gericht zynisch bemerkt, könnten die übrigen BAföG-Empfänger jetzt ja *„ihren Lebenszuschnitt auf die veränderte Situation einrichten"* („Frankfurter Rundschau" vom 20.7.76).

begründung. Allerdings bedeutet die-

IKAH („Arbeiterhilfe")

IKAH („Arbeiterhilfe")

West-Berlin:

Gericht beführwortet Demonstrationsverbot

Am 11.8. wies die 1. Kammer des West-Berliner Verwaltungsgerichts eine Klage der Humanistischen Union und einer Schülerin der Schule für Erwachsenenbildung zurück. Die Kläger wurden zu einer Schadensforderung von 3.000 DM verdonnert. Anlaß der Klage war ein Verbot einer Demonstration am 1. März 1975 aus Anlaß des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen den § 218 durch das West-Berliner Polizeipräsidium am Vorabend des bereits festgesetzten und bekanntgemachten Termins. Die Entführung des CDU-Vorsitzenden Lorenz benutzte die Polizeiführung für dieses Demonstrationsverbot, da sie „mangels Personal die öffentliche Sicherheit und Ordnung" nicht garantieren könnte.

In seiner Urteilsbegründung macht das Verwaltungsgericht sich die Bullenargumentation zu eigen und stellt fest, daß in diesem Fall *„dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit eindeutig das Grundrecht auf Leben* (offensichtlich ist das des CDU-Vorsitzenden gemeint) *entgegenstehe"*. Obwohl beispielsweise zu der Zeit die Bullen ihre „Terroristenjagd" noch gar nicht eröffnet hatten, wird der Personalmangel vom Gericht anerkannt. Bei diesem Urteil ist der staatlichen Willkür jederzeit Tür und Tor geöffnet, denn mit dem Argument „Leben zu schützen" und „Terroristen zu jagen" können die Bullen allemal wieder solche Demonstrationen verbieten.

Wie stark versucht wird, auch demokratische Institutionen wie die Humanistische Union (und eben nicht nur die Kommunisten) einzuschüchtern, zeigte das massive Bullenaufgebot während des Prozesses und die Anwesenheit bewaffneter Zivilbullen, wogegen die Verteidigung der Kläger vergeblich protestierten.

KB/Gruppe West-Berlin



Recht im Knast ist teuer! Oder: Rechte, die keine sind

Aus einem Hamburger Knast schreibt uns ein Gefangener:

„Es geht um die Frage, warum so wenig Gefangene ihre Rechte wahrnehmen. Zum Teil wurden sie oft genug erörtert wegen Angst vor Repressalien etc. Ich sehe aber noch einen anderen Aspekt.

Irgendwelche Haus-(Knast)internen Anträge werden ohne Rechtsmittelbelehrung abgelehnt und die meisten wissen gar nicht, wie sie sich rechtlich wehren sollen. Die, die es wissen, verzichten zum Teil darauf, weil die nächste Instanz schon Geld kostet. Und zwar in einem Verhältnis, das zum Himmel schreit. Gesetzt den Fall, mir wird ein Brief angehalten oder irgendetwas nicht ausgehändigt, so bleibt mir nur der Weg des Widerspruchs. Erstmal dauert die Bearbeitung des Widerspruchs (ich kann's belegen) im Durchschnitt 1.2 Monate. Der Erfolg ist meist versagt, da er anstaltsintern behandelt wird. Zudem kostet ein Widerspruchsbescheid 2 DM. Du wirst sagen, das ist nicht die Welt, aber wenn du überlegst, daß dies ein glatter Tagesverdienst ist und dies auf die Verhältnisse „draußen" umrechnest, so kommst du auf 70-80 DM. Du kannst das so nehmen: Du kaufst dir 'nen Schrank, den alle Mieter im Haus haben. Nur weil der Hausmeister dich auf der Rolle hat, erlaubt er nicht, daß du den Schrank in die Wohnung stellst. Die Beschwerde, die keinen Erfolg hat, kostet dich dann mehr wie der Schrank, den du nach zwei Monaten sowieso nicht mehr brauchst. Wenn du dann noch daran denkst, daß das für einen normalen Brief geschieht, dann weißt du Bescheid ..."

Gerade für die Gefangenen aus dem Proletariat oder Gefangene, die von ihren Angehörigen oder Freunden isoliert sind, kann diese unglaubliche Regelung zu einem schon für sich genommen entscheidenden Hindernis werden, ihr Recht des Protests gegen Schikane und Willkür wahrzunehmen.

Wenn auch die Verteuerung des Rechts nicht das einzige Hindernis ist, so spricht doch die Tatsache, daß in einem Knast mit über 500 Gefangenen im Jahr weit unter 100 Widersprüche nur behandelt werden, sehr klar dafür, daß der Knast auch die anderen Mittel zur Unterdrückung der Gegenwehr der Gefangenen sehr sehr wirksam einzusetzen versteht.

IKAH – nach dem Bericht eines Gefangenen

Milde Bestrafung verboten!

Der Bundesgerichtshof hat ein Urteil des Landgerichts Bochum aufgehoben, weil die Richter ein zu mildes Urteil ausgesprochen haben sollen.

Bei dem Verfahren waren ein Bergmann und ein Buchbinderlehrling zu vier Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt worden. Sie hatten zweimal in einem Gebäude einer Polizeiwache Sprengstoffexplosionen ausgelöst, um gegen Übergriffe der Polizei zu protestieren. Diese Strafen, so der Bundesgerichtshof, seien bei einem möglichen Strafmaß von fünf Jahren und im Verhältnis zur Gefährlichkeit der Taten „unvertretbar milde". Der Richter, der die untere Schwelle der Strafzumessung nicht beachte, „verletze das Gesetz".

Ähnliche Proteste bei den durch die Bank weg milden Urteile gegen Faschisten hat man von Seiten des Bundesgerichtshofs noch nicht gehört (Nach „HAZ", 17.8.76).

KB/Gruppe Hannover

„Unpolitische" Gefangene üben Solidarität mit politischen Gefangenen

34 „unpolitisch" inhaftierte Frauen der Berliner Frauenhaftanstalt Lehrter Straße haben sich in einem Brief an den Westberliner Justizsenator und verschiedene andere Behörden sowie an die Öffentlichkeit gewandt und die Aufhebung der Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen gefordert. In dem Brief heißt es u.a.:

„Wir fordern die sofortige Zurückverlegung von Monika Berberich, Waltraut Siepert, Ilse Jandt und Anette von Wedel. Obwohl es in Berliner Gefängnissen angeblich keine Isolation gibt, beantwortete Justizsenator Baumann ... die Frage, ob der Turm nicht strenge Isolation sei, mit ja ... Wir begründen unsere Forderung damit, daß die Sicherheit in der Lehrter Straße dadurch gewährleistet wird, daß hier noch 7 leerstehende Sicherheitszellen existieren ... Aus diesem Grund und der Tatsache, daß Isolationshaft psychische und auch physische Schäden hervorrufen kann, fordern wir die Rückverlegung ...

Aus dem Interview mit Justizsenator Baumann geht weiterhin hervor, daß es – um einer Isolation entgegenzuwirken – beabsichtigt ist, ‚normale' Gefangene mit politischen Gefangenen nach Moabit – in ein dort im Umbau befindliches Frauenhaus – zu verlegen. Es wird gesagt, daß diese ‚normalen' Gefangenen den politischen Gefangenen zwar sympathisch sein sollen, aber auf keinen Fall politisch ansteckbar sein dürfen. Es sollen keine Denunzianten sein, sie sollten die politischen Gefangenen aber von sogenannten ‚Dummheiten' abhalten. Da die politischen Gefangenen – laut Anstaltsleitervertretung – Überzeugungstäter sind, fragen wir uns, wie es möglich sein soll ... ohne zu denunzieren. Die Antwort lautet, es ist absolut unmöglich, d. h., sie wollen den ‚normalen' Gefangenen zum Denunzieren anhalten. Daß wir uns nicht bereit erklären, als Werkzeug zu dienen, ist wohl klar. ... Wir werden weder für den Senat noch für den Staatsschutz zu Denunzianten!

Unsere 3. Forderung besteht darin, die Freizeitsperre endgültig für alle Gefangenen aufzuheben."

(nach „Extra-Dienst" vom 13.8.76)

RAF-Prozesse: Das BKA diktiert die Haftbedingungen

Während der Flugzeugentführung von Entebbe sind die Haftbedingungen der politischen Gefangenen extrem verschärft worden.

Teilweise wurde ihnen jeder Kontakt zur Außenwelt untersagt. Sie durften keine Zeitungen, keine Bücher (!, Teufel in Westberlin), keine Briefe bekommen. Ebenso wurde ihnen das Radio und – soweit vorhanden – der Fernseher weggenommen. Verlogene Begründung: *„Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt* (= Knast)".

Und das ganze geht zurück auf ein Fernschreiben des Bundeskriminalamts (BKA) vom 29.6.76 (Nr. 13), in dem diese Maßnahmen gefordert werden: *„Es wird gebeten, alle einsitzenden anarchistischen Gewalttäter von jeglichen Kommunikationsmitteln fernzuhalten, d.h. Radio, TV-Empfang u.a. zu unterbinden."*

Dieser „Bitte" sind die Staatsanwaltschaften und die meisten Gerichte dann auch promt noch am gleichen oder folgenden Tag nachgekommen.

IKAH Hamburg



Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

Hamburg wieder vorn

Radikalenerlaß „differenziert" gesehen

„Jetzt können Extremisten in Hamburgs Staatsdienst" mit dieser „alarmierenden " Meldung erschien die „Bild" am 13.8.. Anlaß dazu war ein „Kompromiß" auf den sich SPD und FDP zur weiteren Handhabung des „Radikalenerlasses" geeinigt hatten. Der CDU - Vorsitzende Echternach nannte die Beschlüsse *„besorgniserregend. rechtswidrig und politisch instinktlos"*, während Bürgermeister Klose *„hofft"*, daß *„die Atmosphäre der Verunsicherung bei jüngeren Menschen mit dieser Regelung aufgehellt wird"* („Welt", 13.8.).

Geeinigt hatten sich SPD und FDP darauf, daß in Zukunft:

- Lehrer und Juristen ohne Überprüfung durch den Verfassungsschutz in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden k ö n n e n
- Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes in der Regel (?) nicht mehr überprüft werden. Ausnahmen (!): „sicherheitspolitischer" Bereich, Erziehungsbereich und bei Übernahme von „hoheitlichen" (alle Funktionen mit Entscheidungsbefugnis) Aufgaben
- wer zwei Jahre (!) nicht mehr als „Verfassungsfeind" auffällt, *„wird nur noch in Ausnahmefällen* (?) *überprüft"*
- „Jugendsünden" sollen in der Regel (?) nicht mehr berücksichtigt werden
- allerdings: Beamte werden nach wie vor in jedem Fall überprüft.

Auch wenn von CDU und Springerpresse der Eindruck zu erwecken versucht wird, SPD und FDP würden nun den „Radikalen Tür und Tor öffnen", zeigen schon allein die Formulierungen, daß an alles andere gedacht wird, nur daran nicht. Da soll „in der Regel" nicht oder „nur in Ausnahmefällen" überprüft werden: wer bestimmt Ausnahme und Regel?! Da soll die Funktion im „Einzelfall gewürdigt werden",„Welt", 14.8.) usw.

Tatsache ist, daß der Radikalenerlaß weiterhin aufrechterhalten wird. Auch die Überprüfungspraxis wird weiter bestehen. Da auch die bisher geübte Praxis nicht darauf angelegt war, a l l e linkslastigen Anwärter aus dem Staatsdienst zu entfernen, sondern die Funktion des Radikalenerlasses wesentlich darin bestand, große Teile der Studenten, angehenden Lehrer usw. einzuschüchtern, um damit gleichzeitg linke Politik zu isolieren, können diese neuen Vereinbarungen nur als Augenwischerei bezeichnet werden. Denn nach wie vor müssen ja alle damit r e c h n e n, daß sie überprüft werden, womit die beabsichtigte Wirkung schon erreicht wird.

Als besondere „Errungenschaft" wird von Sozial- und Freidemokraten gefeiert, daß in Zukunft nach der „Funktion des Bewerbers" unterschieden werden soll. Aber auch bisher war es ja nicht Praxis, daß z.B. jeder Arbeiter oder Angestellte im Öffentlichen Dienst, der einer „verfassungswidrigen" Organisation angehört, entlassen wurde. Nur möglich war es - und das ist es heute auch noch ! Denn die Vereinbarungen besagen zwar, daß die Funktion berücksichtigt werden soll, entschieden wird aber weiterhin im E i n z e l f a l l , so daß die „Welt" (13.8.) zu dem treffenden Urteil kommt:

„Künftig liegt der ganze Sprengstoff bei der Einzelfallprüfung".

„Das bedeutet in der Praxis, daß die kontroversen Standpunkte von SPD und FDP künftig bei der Einzelfallprüfung aufeinanderprallen"(„Welt", 14.8.). Also alles wie gehabt, denn auch schon bei den bisherigen Regelungen hatte es „Streitigkeiten" über die Auslegung zwischen SPD und FDP gegeben.

Frau Schuchardt (Hamburger FDP-Vorsitzende) kommentierte den Koalitionskompromiß mit den Worten: *„Schnüffelei und Bespitzelung sind abgeschafft"*(„Bild", 13.8.).

Frau Schuchardt beabsichtigt offenbar, in Sachen (schwarzer) Humor in die Fußstapfen Willy Brandts (*„es gibt keine Berufsverbote"*) zu treten.

Einmal abgesehen davon, daß die FDP ihre Vorstellungen in den Verhandlungen n i c h t durchsetzen konnte, sind wir der Meinung, daß gerade die Hamburger FDP -Vorsitzende in dieser Frage keinerlei Anlaß hat, den Mund derartig voll zu nehmen. Zwar ist es richtig, daß es in der Hamburger FDP ein relativ starken Widerstand gegen den „Radikalenerlaß" gibt. Was aber Frau Schuchardts Einstellung zu Gesinnungsschnüffelei etc. angeht, so sprechen die Disziplinierungen von Mitgliedern der Hamburger Jungdemokraten wegen Zusammenarbeit mit der Hamburger „Aktionseinheit", die unter ihrer Regie durchgeführt wurden, eine deutliche Sprache.





MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Neue Spukgeschichten von der „Roten Flotte"

Die „Rote Flotte" der Sowjetunion – laut BILD *„die mächtigste Flotte der Welt"* (14.7.76) – geistert gleich dem „Fliegenden Holländer" als unzerstörbare Legende über die Weltmeere. Ende Juli hatte das Gespenst wieder Hochkonjunktur: Ein sowjetischer Flugzeugträger mit dem Namen „Kiew" war im Mittelmeer aufgetaucht und veranlaßte sogleich die bürgerliche Presse zu kühnsten Schlagzeilen. *„ ‚Kiew' verändert Gleichgewicht im Mittelmeer"*, klagte die ‚Frankfurter Allgemeine' (FAZ, 26.7.76). An Kühnheit wurde diese Klage allerdings noch weit übertroffen von Springers ‚Welt', die drohend verkündete: **„Mit Flugzeugträgern greift die Sowjetunion nach der Herrschaft über die Weltmeere" (5.8.76).**

In das wilde Schnattern der imperialistischen Zeitungsenten mischte sich sogleich der Ton einer Peking-Ente: Der sowjetische Flugzeugträger „Kiew" sei „Ausdruck der sowjetischen Hegemoniebestrebungen" und beweise *„erneut die Falschheit der Entspannung, die der sowjetische Sozialimperialismus so sehr rühmt"*, kommentierte die chinesische Nachrichtenagentur ‚hsinhua' (laut ‚Süddeutsche Zeitung', SZ, 22.7.76).

Die „Kiew" ist überhaupt der e r s t e Flugzeugträger der sowjetischen Marine. Er befindet sich noch im Stadium der Erprobung und wird frühestens in einem Jahr *„voll einsatzfähig"* sein (FAZ, 31.7.). **Demgegenüber verfügen die USA derzeit über 15 Flugzeugträger; sechs weitere aus dem 2.Weltkrieg liegen in Reserve** (‚Welt', 5.8.). Zwei der US-Flugzeugträger sind ständig im Mittelmeer stationiert; hinzu kommen im Mittelmeer außerdem die französischen Flugzeugträger „Clemenceau" und „Foch" sowie zeitweise der Hubschrauberträger „Jeanne-d'Arc". – Die Gefahr für das „Gleichgewicht" im Mittelmeer durch das Aufkreuzen der „Kiew" ist demnach offensichtlich!....

Übrigens hatte die „Kiew" das Mittelmeer Anfang August auch schon wieder verlassen und befand sich auf dem Weg zur sowjetischen Nordmeer-Flotte (‚Welt', 5.8.).

Daß es sich bei der „Kiew" überhaupt um einen Flugzeugträger im üblichen Sinn handelt, wird von der Sowjetunion bestritten, die die „Kiew" als ein U-Boot-Abwehrschiff deklariert (FAZ, 31.7.). Der bürgerlichen Presse zufolge hat die „Kiew" derzeit acht Hubschrauber und fünf Senkrechtstarter vom Typ ‚Yak 36' an Bord (FAZ, 31.7.). Die ‚Yak 36' hat eine Höchstreichweite von 100 km und ist für die U-Boot-Bekämpfung ausgerüstet; sie kann nur etwa 20 Minuten in der Luft bleiben (‚Welt', 5.8.). Die bisher in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Luftaufnahmen der „Kiew" zeigen im übrigen nur vier Hubschrauber und zwei Flugzeuge auf dem Schiff (‚FAZ', 31.7. und ‚Welt', 5.8.). Behauptet wird, daß die „Kiew" maximal 25 oder 30 Hubschrauber und Flugzeuge *„in beliebiger Mischung"* aufnehmen könnte (‚Welt', 5.8.). – Demgegenüber können selbst die aus dem 2.Weltkrieg stammenden Flugzeugträger der USA bis zu 75 Flugzeuge oder Hubschrauber aufnehmen. Die 1974 in Dienst gestellte „Nimitz" – der größte Flufzeugträger der Welt – kann 100 Flugzeuge aufnehmen und die fünf 1961 in Dienst gestellten US-Flugzeugträger der Typen ‚Enterprise' und ‚Kitty Hawk' immerhin auch noch je 95 (‚Welt', 5.8.). Hinzu kommt die beispiellose Geschwindigkeit der „Nimitz", die mit einer Höchstgeschwindigkeit von 70 Stundenkilometer *„auch Kreuzern und Zerstörern davonfahren kann"* (‚Bayernkurier', 17.5.76). Da die „Nimitz" Atomantrieb hat, ist sie nicht auf Versorgungshäfen angewiesen. Die „Kiew" hingegen hat eine Höchstgeschwindigkeit von knapp 56 km/h (laut ‚Welt', 5.8.) und ist auf Versorgungsplätze angewiesen – über die die sowjetische Kriegsmarine aber an den Weltmeeren kaum verfügt.

Dieser Vergleich reicht aus, um die pervers wuchernde Phantasie und die Schamlosigkeit jener Leute zu kennzeichnen, die die „Kiew" als Ausdruck eines „Griffs nach der Herrschaft auf den Weltmeeren" oder der „sowjetischen Hegemoniebestrebungen" darzustellen versuchen. Da derartige Märchen angesichts eines einfachen Kräftevergleichs allzu lächerlich dastehen würden, wird drohend noch die *„Annahme"* vo.. *„Fachleuten"* berichtet, „daß sich die Sowjetunion mindestens sechs, wahrscheinlich sogar elf solcher Einheiten zulegen wird" („Welt", 5.8.). Derartigen „Annahmen" von „Fachleuten", die offenbar aus gutem Grund nicht beim Namen genannt werden,fehlt zum einen jede Beweiskraft. Denn bisher steht abgesehen von der „Kiew" nur noch e i n Schiff dieses Typs – die „Minsk" – vor der probeweisen Indienststellung. Ein drittes Schiff dieses Typs soll im Herbst letzten Jahres auf Kiel gelegt worden sein, d.h. der Bau hat gerade erst begonnen („Welt", 5.8.). Bedenkt man, daß selbst nach Ansicht bürgerlicher „Fachleute" die „Kiew" frühestens in einem Jahr „voll einsatzfähig" sein wird, ist ungefähr klar, wie lange die sowjetische Flotte brauchen würde, um elf Schiffe dieses Typs „einsatzfähig" zu haben. Selbst dann wäre die sowjetische Flotte aber sogar z a h l e n m ä ß i g noch den Nato-Flugzeugträgern deutlich unterlegen, von dem ungeheuren q u a l i t a t i v e n Unterschied des sowjetischen Typs zu den Nato-Flugzeugträgern noch gar nicht zu reden! Und schließlich geht das Geunke von der zukünftig vielleicht drohenden sowjetischen Überlegenheit davon aus, als würde die Flotten-Rüstung der Nato derzeit auf der Stelle treten. Das ist natürlich ganz und gar nicht der Fall. So sind derzeit zwei weitere US-Flugzeugträger der „Nimitz"-Klasse schon in Bau! („Welt", 5.8.).

Das Gelärme um die „Kiew" zeigt erneut, wie die Imprerialisten systematisch das Gespenst von der „Gefahr aus dem Osten" spuken lassen, [illegible]üstungs- und Kriegspropaganda zu [illegible]n. Daß sie dieses Spiel sogar auf Ge[illegible]n treiben, wo ihre eigene totale Über[illegible]nheit unbestreitbar ist (Beispiel Flugzeugträger), kennzeichnet den Grad, den die Hetze und Verdummung mittlerweile erreicht hat. Darin widerspiegelt sich zugleich die wachsende Kriegsgefahr.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Das ist das Monster! Die „Kiew", bestückt mit zwei Flugzeugen und vier Hubschraubern.

... und wieder ein sowjetischer Geister-Stützpunkt

Unheil braut sich auch im Pazifik zusammen. Am 18.August erschien Springers ,Welt' mit der Schlagzeile „Alarm im Pazifik: Die Sowjetflotte greift nach den polynesischen Inseln". Weitere Details dieser schockierenden Geschichte im Innenteil der Zeitung unter dem Titel „Südsee-Potentat geht Sowjets ins Netz – Westen bangt um die Seewege."

Weitsichtige und wachsame Beobachter hatten das Unheil schon kommen sehen, seit Neuseelands Ministerpräsident Muldoon gewarnt hatte, die Sowjetunion strebe im Südpazifik *„größeren militärischen und politischen Einfluß an... Dafür gebe es bereits Anzeichen im Inselkönigreich Tonga"* (FAZ, 21.5.76). Schon damals hatte der AK die weitsichtige Forderung erhoben: *„Sozialimperialisten, Finger weg von Tonga!"* (AK 83, S. 45).

Offenbar aufgeschreckt durch die Warnungen des AK und des neuseeländischen Ministerpräsidenten befaßte sich der ANZUS-Militärpakt (in ihm sind USA, Australien und Neuseeland zusammengeschlossen) mit dem Problem und beschloß, *„gemeinsam den Staaten im Südpazifik zu helfen (!) und damit die Bemühungen der Sowjetunion um Einflußnahme in diesem Gebiet zu beschränken"* (FAZ, 5.8.76).

Ob dieses großzügige Hilfsangebot noch rechtzeitig kommt, bliebt freilich abzuwarten. Denn König Taufa 'ahau Tupou IV. von Tonga, *„Herrscher über 190 Palmeninseln"* (FAZ, 14.8.76), bisher *„nur durch Reiseprospekte berühmt"* (,Welt', 18.8. 76) ist bereits unversehens in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt, seit ihm die Sowjetunion angeboten hat, auf seiner Insel Tongatupo *„Hafen- und Werftanlagen sowie den Flughafen auszubauen"* (FAZ, 30.7.76), *„falls (!) die Hafenanlagen des Landes sowjetischen Fischereischiffen (!!) zur Verfügung gestellt würden"* (FAZ, 5.8.76). Und König Taufa 'ahau Tupou IV. scheint sogar *„bereit, die von Moskau angebotene technische Hilfe anzunehmen"* (FAZ, 30.7.76).

Damit ist nun wirklich höchster „Alarm im Pazifik" gegeben. Denn wachsame Persönlichkeiten wissen bereits: *„Alles deutet darauf hin, daß hier ein kombinierter Flotten- und Luftstützpunkt in der Mitte des Pazifiks errichtet werdens soll"* (,Welt', 18.8.76). Und aus purer Wachsamkeit hat die australische Regierung als Sofortmaßnahme beschlossen, im kommenden Jahr ihre Verteidigungsbereitschaft um runde 17 % zu erhöhen (,Welt', s.o.).



Karte aus der „Welt" vom 18.8.76 mit Original-Unterschrift: „Ein Stützpunkt auf den Tonga-Inseln würde die Operationsfreiheit der Roten Flotte im Pazifik vergrößern."

Auch hier kann man über die Phantasie der imperialistischen Rüstungs- und Kriegshetzer wieder nur staunen: Erst einmal erfinden sie seit Jahren „sowjetische Flottenstützpunkte" rund um die Welt. Seltsamerweise liegen diese Geister-Stützpunkte regelmäßig in erklärt antiimperialistischen Staaten, die dem Imperialismus bei seinen aggressiven, expansionistischen Plänen im Wege sind – in der VR Südjemen, in Somalia, in Guinea. Wenn es gerade in die außenpolitische Konjunktur paßt, werden auch sowjetische Stützpunkte in Libyen, Syrien, Uganda etc. kurzfristig in die Welt gesetzt. Alle diese Geister-Stützpunkte sind reine Windeier und selbst die ansonsten außergewöhnlich gutgläubige „ML"-Presse erwähnt sie in letzter Zeit kaum noch.

Aber selbst für den völlig unwahrscheinlichen Fall, daß es der sowjetischen Flotte gelingen könnte, sich ausgerechnet auf den Tonga-Inseln einzunisten, wäre das angesichts der massiven Präsenz amerikanischer Stützpunkte in diesem Raum (Okinawa, Philippinen, Guam, Australien) keinerlei Bedrohung für die totale Herrschaft der US-Flotte im Pazifik.

So dient das ganze wehleidige Gezeter (*„Westen bangt um die Seewege"*, *„völlig neue Operationsfreiheit für die Sowjetflotte"*, *„Sie kann ihre Präsenz an Hawaii vorbei bis direkt an die südamerikanische Küste ausdehnen"* etc. – alles Zitate aus der ,Welt') wieder einmal zur Schürung von Rüstungs- und Kriegshysterie, zur Unterstützung der imperialistischen Expansions- und Kriegspläne.

Der unaufhaltsame Niedergang des KHB

Im letzten AK hatten wir einen Leserbrief des KHB Nürnberg (Studentenorganisation des „Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD") zum Thema *„Wie ist der Kampf gegen die DKP zu führen?"* abgedruckt. Dieser Leserbrief enthielt neben dem Vorwurf, wir würden die Diskussion im AK an „Nebenfragen" führen, recht allgemeine Schnacks und Zitate aus den Beschlüssen der 2. Delegiertenkonferenz des AB und seines Programms zum Kampf gegen die DKP. Unserer konkrete Kritik an der Taktik des AB gegenüber der DKP versuchte der KHB Nürnberg folgendermaßen zu „entkräften": *„Greift ihr die Politik des Arbeiterbundes gegenüber der neuen Sozialdemokratie, der DKP, an, so müßt ihr diese allgemeinen Aussagen (Programm etc.) widerlegen! Selbiges ist bis heute nicht passiert!"* Nun, um irgendwelche „allgemeinen Aussagen" wollen wir uns mit dem KHB nicht streiten. Auseinandersetzen wollen wir uns vor allem mit der Praxis des KHB der DKP gegenüber, von der wir allerdings nicht meinen, daß sie dem selbst postulierten Ziel, die DKP-Führung zu isolieren und die „revolutionären Genossen in der DKP" zu gewinnen, in irgendeiner Weise dient.

KHB-Politik in den VDS – opportunistischer geht's nimmer

KHB-Politik in den VDS – opportunistischer geht's nimmer

Der KHB, der innerhalb der Basisgruppenfraktion in den VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften, Dachverband der ASten) über großen Einfluß verfügt, hat auf der letzten VDS-Mitgliederversammlung (MV) wesentlich dazu beigetragen, daß die Linken von MSB/SHB und Jusos an die Wand gedrückt wurden.

Statt zu versuchen, eine konsequente linke Opposition in den VDS aufzubauen, um auf diese Weise die VDS längerfristig zu einem tatsächlich nützlichen Instrument der demokratischen Studenten zu machen, strebte der KHB von vorneherein eine Einigung mit Reformisten und Revisionisten auf der Ebene des „kleinsten gemeinsamen Nenners" an. In diesem Sinne wurde vom KHB auch jede noch so demagogische Beteuerung des MSB „ehrlich an die Aktionseinheit der linken Kräfte" heranzugehen, bejubelt und die von vornherein geplante Aufgabe revisionistischer „Spezialitäten" (KSZE, „Friedensdemo" etc.), die jedesmal vom MSB als „ungeheures Zugeständnis" verkauft wurde, als „Kompromißbereitschaft" gefeiert. Am deutlichsten wurde der Mißerfolg der KHB-Taktik an der Frage der zentralen Demo, die von der gesamten Basisgruppen-Fraktion zunächst abgelehnt wurde. Jusos und MSB/SHB nahmen die zentrale Demo aus der Hauptresolution heraus, um sie in einer getrennten Abstimmung durchzusetzen. Unterm Strich blieb für die Basisgruppen-Fraktion eine gemeinsame Hauptresolution mit nichtssagenden Formulierungen, ein Vorstandsposten (von fünf) und die Feststellung, daß man in der Frage der zentralen Demo über's Ohr gehauen worden war: Die VDS veranstalteten diesen alljährlichen Rummel, womit MSB und Jusos ihr Ziel erreicht hatten. Wer nun allerdings glaubte, diese Erfahrungen mit der „Aktionseinheit Marke MSB" würden den KHB zum Überdenken seiner Positionen veranlassen, sah sich getäuscht.

So ist in einem Artikel in der „Kommunistischen Studentenzeitung („KSZ" 39, Zentralorgan des KHB) unter der Überschrift *„Ist die BG/DF-Fraktion auf der VDS-MV hereingelegt worden?"* viel vom *„Zwang, Kompromisse zu schliessen"* die Rede. Vorgeworfen wird dem MSB einzig und allein, daß er bei seinen altbekannten „Rüstungsforderungen" „oft falsch (?) argumentiert". Zur zentralen Demo heißt es: *„Wir meinen, daß eine derartige zentrale Demonstration genau dann wirklich sinnvoll ist, wenn sie eine tatsächlich vorhandene Bewegung an den einzelnen Hochschulen politisch und organisatorisch vereinheitlicht."* So allgemein wie wahr!

Die Frage, ob diese Bedingung heute überhaupt gegeben ist, wird allerdings von der „KSZ" vorsichtshalber erst gar nicht untersucht. Stattdessen heißt es weiter: *„Daß der KHB, jetzt nachdem diese Demonstration dennoch* (also doch offenbar, weil auch der KHB meint, seine oben angeführte Bedingung sei nicht erfüllt) *beschlossen wurde, ebenfalls dazu aufruft, steht nicht dazu im Widerspruch. Entscheidend für Kommunisten, ob sie eine bestimmte Aktion unterstützen, kann nur (!) sein, ob die politischen Ziele dieser Aktion richtig sind und nicht, ob die gewählte Aktionsform zur Zeit optimal (?) ist."* Dann werden wir den KHB wohl demnächst auf allen Demonstrationen finden, die den Sozialismus propagieren! Besteht nicht ein dicker Widerspruch zwischen den beiden Zitaten? Die „politischen Ziele" dieser Aktion waren Bindung der Studenten an die SPD mittels rrradikaler Juso-Sprüche (die vorantreibende Rolle der SPD beim Abbau demokratischer Rechte, gegen den sich die Demonstration laut Aufruf richtete, wurde im Aufruf bewußt unterschlagen, wie die BG-Vertreter selbst kritisierten) und Kanalisierung studentischer Aktivitäten in einmalige, allsemestrig stattfindende „Massenaktionen", die jeweils „höhere Ebenen" des Kampfes vorspiegeln und die Studentenbewegung auf die „antimonopolistische" Strategie des „schrittweisen Zurückdrängens" über „zentrale Massenaktionen" des MSB festlegen sollen. Hält der KHB diese Ziele für richtig???

Gremienwahlen – dem MSB den Vortritt lassen

Durch das 1974 verabschiedete Bayrische Hochschulgesetz (BHG) wurde die Verfaßte Studentenschaft (VS) an allen Hochschulen Bayerns offiziell abgeschafft und stattdessen ein weitestgehend rechtloser Sprecherrat von KuMis Gnaden eingerichtet. Da es in Bayern eine sehr breite Bewegung gegen das BHG gab (ein Drittel der bayrischen Studenten ging gegen das BHG auf die Straße) und um die Rechtlosigkeit der BHG-Gremien zu dokumentieren, riefen die fortschrittlichen Studentenorganisationen zuerst zum –teilweise auch recht erfolgreichen – Boykott dieser Gremien auf und versuchten gleichzeitig, ASten und Fachschaftsräte selbständig zu erhalten. Dies ermöglichte es dem RCDS und anderen Rechten, sich in diesen Gremien einzunisten, was nicht weiter schlimm gewesen wären, hätte nicht der RCDS vor allem durch die sich schlagartig ausbreitende Resignation der demokratischen Studenten nach Verabschiedung des BHG, über diese Gremien einigen Einfluß gewinnen können. Aus diesem Grunde und um die BHG-Gremien, soweit möglich, als Hilfsmittel der „illegalen" ASten und FSRe zu nutzen, kandidierten zu den kürzlich erfolgten Sprecherratswahlen auch linke Listen. Der KHB versuchte nun, ein breites Bündnis aller linken Kräfte herzustellen, um die Rechten aus ihren Positionen zu vertreiben. An der Münchner Fachhochschule (FHM) fanden im Dezember '75 die ersten Wahlen statt. Zu einer Zeit also, zu der der „Arbeiterbund" die „revolutionären Genossen in der DKP" noch nicht gesichtet hatte. Der MSB, der an der FHM relativ schwach ist, machte, wie gehabt, eine gemeinsame Kandidatur von der Zustimmung zu seiner „Gewerkschaftlich-orientierten" Politik abhängig. Dieses spalterische Vorgehen wurde vom KHB scharf kritisiert mit dem Erfolg, daß die GO-Liste kein Bein auf den Boden bekam, die vom KHB mitgetragene Liste „Für AStA und Fachschaften" hingegen 52% der Stimmen erhielt. Die „KSZ" 37 berichtet hierüber: *„Daß die Liste ,Für AStA und Fachschaften' auch mit diesem Programm der Abgrenzung gegen Mitbestimmungsillusionen gesiegt hat, ist der wohl erfreulichste Aspekt der Wahlen."* Zu diesem Zeitpunkt hielt der KHB es offenbar noch für richtig, öffentlich gegen Mitbestimmungsillusionen, wie sie gerade von MSB/SHB gezielt geschürt werden, aufzutreten.

Ganz anders sah dies dann einige Monate später an der Uni Regensburg aus, wo der KHB den AStA stellt, und an der Münchner Uni, an der die Revisionisten nicht zuletzt dank der falschen Politik der Linken (u.a. KHB und Rote Zellen/AK) seit einiger Zeit stark sind. An der Uni Regensburg wurde eine gemeinsame Liste gebildet, die überwiegend von Anhängern der GO-Linie getragen wird!

- Angefangen von der Forderung nach Drittelparität,
- über „ ... *dient die Forderung 'Marx an die Uni' ... der Schaffung eines wirklichen Pluralismus"*
- über „*...müssen wir mit der notwendig gewordenen BHG-Novellierung versuchen, diese (Wiederverankerung der VS im BHG) durchzusetzen"*,
- über „*.... ist die Mitarbei. in den Gremien ... auf die Erkä..ipfung von sozialen Verbesserungen, Demokratisierung und Mitbestimmung gerichtet"*
- bis hin zu „ ... *suchen die studentischen Interessenvertreter Bündnisse mit allen fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung, dem reformbereiten Bürgertum (?), insbesondere aber mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften sind die bei weitem bedeutendste existierende Form der Selbstorganisation der Bevölkerungsmehrheit."*, enthält dies Programm nahezu alle Grund lagen revisionistischer Hochschulpolitik, auch wenn einige Passagen – da noch etwas schwammig gehalten – der entsprechenden Interpretation durch die Revisionisten bedürfen. Wie aus Gesprächen mit KHB-Genossen hervorging, hofft der KHB durch dies Vorgehen, den nach dem Wahlerfolg dieser Liste MSB-beherrschten Sprecherrat zur Aktionseinheit mit dem AStA zu zwingen, auf „revolutionärer Grundlage", versteht sich, da der Sprecherrat ja ohne den AStA doch nichts machen könne. Daß der MSB sich Ähnliches verspricht, nur halt andersrum, sollte eigentlich auch dem KHB klar sein. Wer bei soviel „Entgegenkommen" den kürzeren ziehen wird, läßt sich bereits erahnen. Einen Vorgeschmack davon bot bereits eine Berufsvervote-Veranstaltung des Regensburger AStA, auf der es um die Solidarität mit einigen betroffenen DKP'lern ging. Inhaltlich wurde diese Veranstaltung völlig von der DKP bestimmt, der KHB begnügte sich damit, immer wieder die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens zu betonen, ohne sich offensiv mit der schädlichen Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DKP gerade im Kampf gegen die Berufsverbote auseinanderzusetzen. Bekanntlich gibt es für die DKP offiziell ja keine Berufsverbote für „Chaoten". Der MSB hat sogar Flugblätter (z.B. in Hamburg)– eigens zu dem Zweck geschrieben zu begründen, warum es keine Solidarität mit den betroffenen Linken geben darf. Wenn sich jetzt MSBler dem KHB gegenüber viel freundlicher und umgänglicher verhalten, so wird dies wahrscheinlich auch auf das Anwachsen der „revolutionärgesinnten Genossen in der DKP" zurückgeführt.

An der Münchner Uni vertraute der KHB dem vom MSB/SHB-AStA auf der VDS-MV abgegebenen Versprechen, eine gemeinsame Liste zu bilden. Dem AStA ging dies Versprechen vermutlich leicht über die Lippen, wollte er doch endlich in die VDS aufgenommen werden (was der MSB-Fraktion immerhin 22 Stimmen brachte), was ihm das Mal zuvor noch verweigert worden war. Als die Bildung dieser gemeinsamen Liste anstand, hielt der MSB den KHB zuerst hin, um dann sozusagen „fünf vor zwölf" die Vorschläge des KHB abzulehnen und eine eigene lupenreine GO-Liste aufzustellen. Es erübrigt sich schon fast, darauf hinzuweisen, daß der KHB auch hier nicht den Weg der öffentlichen Diskussion und Auseinandersetzung gegangen ist, wohl um den MSB nicht zu verärgern. Angesichts der vielen negativen Erfahrungen, die auch der KHB mit dem MSB gemacht hat, ist ein solches Vorgehen nicht als naiv, sondern als politisch verantwortungslos anzusehen.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Dort, wo vom KHB die schädlich und spalterische Politik des MSB entlarvt wurde und die Auseinandersetzung gesucht wurde, wie an der Münchner FHM, bekam der MSB kein Bein auf die Erde, dort jedoch, wo mit Blickwinkel auf die „revolutionären Genossen der DKP" Politik gemacht wurde, zog der KHB entweder gleich den kürzeren (Uni München) oder leistet objektive Zubringerdienste für die Revisionisten, wie in Regensburg.

KHB auf dem Rückzug

Doch es kommt noch schlimmer, denn *„Tatsache ist, daß im Vergleich zu den vorherigen Semestern, der KHB seine Arbeit in der VS und der Demokratischen Front drastisch reduziert hat."* (KHB-Flugblatt zu den Fachschaftsrats- und Gremien-Wahlen). Begründet wird diese „Reduzierung" damit, daß *„die Frage des Wiederaufbaus der KPD in den Mittelpunkt unserer Überlegungen gestellt"* werden muß, und daß folglich der KHB *„nicht wie bisher in der VS und der Demokratischen Front aufgehen (kann), sondern vermehrt eigenständige kommunistische Propaganda leisten"* muß.

Tja, wenn die einen ihre Arbeit „reduzieren" müssen natürlich neue „Mitarbeiter für die VS gewonnen" werden. Wo diese herkommen sollen, weiß der KHB auch schon zu sagen: *„Hierauf (Gewinnung neuer Mitarbeiter für die VS) muß insbesondere der MSB hingewiesen werden, der sich für die Aufstellung der Gremienlisten ins Zeug legte, was für die FSR-Wahlen keineswegs überall gesagt werden kann."* Das wird sich der MSB kaum zweimal sagen lassen. Hier werden Positionen, die sich die KHB-Genossen in der Verteidigung des AStA und der Fachschaften nach deren Illegalisierung durchs BHG mühsam erkämpft haben, dem MSB in kaum noch zu überbietender politischer Naivität (?) nachgeworfen!

Genausogut könnten die Kommunisten den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften das Feld überlassen, um sich der „kommunistischen Propaganda" zu widmen.

Die derzeitigen Hauptkomponenten der KHB-Politik –Anbiederung an die Revisionisten bei gleichzeitigem Fehlen einer scharfen Auseinandersetzung mit der konkreten MSB-Politik – (kritisiert wird am MSB hauptsächlich sein falscher W e g zum Sozialismus) und Rückzug aus der Massenarbeit, um „die KPD wiederaufzubauen" werden, wenn nicht schleunigst eine Änderung seiner Politik erfolgt, den KHB in den Sumpf führen und zur Stärkung der Revisionisten beitragen.

Wenn die Genossen im KHB nicht umgehend gegen diese verheerende Selbstzerstörung ihrer jahrelangen Arbeit auftreten, dann wird ihr Traum von der Gewinnung „revolutionärer Kräfte" aus der DKP sehr schnell ein böses Erwachen haben und der MSB wird die KHB-Trümmer kaltlächelnd abservieren.

Es kann aber auch von der Linken in der BG-Fraktion nicht länger hingenommen werden, daß diese Politik des Anbiederns an die Revisionisten auch von den BGen in den VDS mitgemacht wird. Wir fordern alle BGen auf, an ihrem Ort und überregional eine öffentliche Auseinandersetzung über diese Art der „Aktionseinheitspolitik" aufzunehmen und daraus schon für das kommende Semester Konsequenzen für eine alternative linke Politik in den VDS zu ziehen.

Genosse des SSB/Hamburg

20 JAHRE KPD-VERBOT

Weg mit dem KPD-Verbot

Am 17. August 1956, vor nunmehr 20 Jahren, wurde als Abschluß einer mehrjährigen Verfolgung und Austrocknung die KPD für „verfassungswidrig" erklärt und verboten. Damit machte sich die Bourgeoisie endgültig den Weg frei für ihre Politik der Wiederaufrüstung, der Integration in den imperialistischen NATO- Pakt und der „Zähmung" der Klassenkämpfe.

Das KPD- Verbot ist bis heute nicht aufgehoben worden. Auch wenn derzeit die Bourgeoisie die Existenz kommunistischer bzw. sich auf den Marxismus- Leninismus berufender Organisationen duldet, könnte das KPD- Verbot oder seine späteren Erweiterungen jederzeit wieder zur Anwendung kommen. Verbotsdrohungen gegen sich als ‚kommunistisch' bezeichnende Organisationen, einschließlich der DKP, hat es in den letzten Jahren schon mehrfach gegeben.

Daher ist auch heute der Kampf gegen das KPD- Verbot von 1956 von ganz aktueller Bedeutung für die Kommunisten ebenso wie für alle anderen Demokraten.

Mit dem KPD- Verbot von 1956 wurde nicht nur die KPD für verfassungsfeindlich erklärt und aufgelöst, sondern die Zielsetzung des Marxismus - Leninismus, auf dem Weg über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen, wurde g r u d s ä t z l i c h für „verfassungsfeindlich" erklärt.

Darüber hinaus liegt nach dem Urteil schon dann eine „Verfassungswidrigkeit" vor, wenn ein „Bekenntnis" zum Marxismus- Leninismus bzw. wissenschaftlicher Sozialismus auch nur in allgemeinster Form gegeben ist, sogar dann, wenn sich die betroffene Organisation teilweise oder völlig von diesen Zielen distanziert und sich für „auf dem Boden des Grundgesetzes stehend" erklärt. Solche Erklärungen sind nach dem Bundesverfassungsgericht nur „Tarnung" und „Taktik".

Nach dem Urteil ist es nicht notwendig, zu beweisen, daß die für „verfassungsfeindlich" erklärten Ziele w i r k l i c h vertreten werden, sondern die bloße A b s i c h t gilt als ausreichend. Diese Abischt brauche nicht einmal schriftlich niedergelegt zu sein. „Im Einzelnen mag es schwierig sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne wei-
teres leuchtet ein, daß Ziele, aus de-
der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne wei-
teres leuchtet ein, daß Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden ... "! (aus dem Urteil).

Durch das Urteil wurde nicht nur die KPD, sondern der Marxismus - Leninismus überhaupt, sofern er als Anleitung zum Handeln verstanden wird, verboten und für „ u n v e r e i n b a r " mit der bürgerlichen Demokratie erklärt.

Darüber hinaus wurde auch verboten, *„Ersatzorganisationen für die KPD zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen"*. Als „Ersatzorganisationen" definierte der Bundesgerichtshof in einem Musterprozess: *„Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluß, der anstelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah- Teil- oder Endziele ganz oder teilweise* (!) *, örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt* (!) *weiter verfolgt oder verfolgen will".* Ausreichend für das Verbot einer „Ersatzorganisation"ist also ebenfalls der bloße W i l l e . Sowohl das Urteil gegen die KPD als auch das gegen „Ersatzorganisationen" öffnete der Gesinnungsjustiz Tür und Tor. Mit diesen Urteilen verschaffte sich die Bourgeoisie die Möglichkeit für das jederzeitige Verbot aller kommunistischen Organisationen und für die Unterdrückung jeder Kritik als „getarnte kommunistische Propaganda"!

Das Verbot der KPD bedeutete zugleich eine Niederlage aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte. Diese Niederlage war das Ergebnis der von der Bourgeoisie betriebenen Restauration des alten Militarismus und Rehabilitierung der alten Faschisten.

Von Anfang an war ihre Taktik dabei auf eine I s o l i e r u n g der Kommunisten als bewußtester Teil der antikapitalistischen und antifaschistischen Kräfte auf eine Spaltung der sozialdemokratischen und kommunistischen Teile der Arbeiterklasse und auf die Liquidierung des komministischen Einflusses in Stadträten, Betrieben, der Gewerkschaft usw. gerichtet.

- So wurden die Häftlinge des KZ's Buchenwald, die nach ihrer Selbstbefreiung die amerikanische Armee als Befreier begrüßten, von den US-Militärs wieder ins Lager kommandiert, als sie sich anschickten, in den umliegenden Städten zum antifaschistischen Kampf zu mobilisieren.
- So entfachten die sozialdemokratischen Gewerkschaftführer eine wilde Treibjagd auf die in vielen Betrieben und in der Gewerkschaft zunächst stark vertretenen Kommunisten. In den Jahren 1947-48 kam es zu Massenausschlüssen von Kommunisten.
- So wurde im September 1950 durch den sog. Adenauer - Erlaß ein Berufsverbot für Kommunisten im öffentlichen Dienst verhängt.



Die KPD selbst wurde Schritt um Schritt in ihrer Aktionsfreiheit eingeengt.

Bereits 1950 beschloß die CDU-geführte Bundesregierung unter Adenauer im Verein mit den Länderregierungen (in denen Vertreter aller Parteien saßen, einschließlich der SPD!), Schritte zur „Bekämpfung der Wirksamkeit der Kommunisten in der Bundesrepublik" zu unternehmen.

In der Folge wurde im Mai 1950 das erste Strafrechtsänderungs-Gesetz beschlossen, nachdem die Paragraphen des „Hochverrats", „Landesverrats", und der „Staatsgefährdung" wieder eingeführt wurden. Nach diesem Gesetz wurde z.B. das „Programm der nationalen Front" der KPD von 1952 bereits als „Vorbereitung zum Hochverrat" erklärt!

Im Juni 1951 wurde die von der KPD beabsichtigte Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung als „verfassungswidrig" verboten. Die KPD-Jugendorganisation (FDJ) und der „Rat der Verfolgten des Naziregimes" wurden in diesem Zusammenhang als „verfassungswidrig" verboten!

1952 wurde bei der brutalen Auflösung einer Friedenskundgebung der junge Kommunist Philipp Müller von der Polizei getötet, als diese wild in die Menge schoß.

Zu gleicher Zeit wurden die Nazi-Verbrecher rehabilitiert und großenteils freigelassen, wurde revanchistischen Verbänden breite Unterstützung gewährt. Offene Nachfolgeorganisationen des Faschismus erhielten Gründungsgenehmigungen, wie die SS-HIAG, der STAHLHELM, das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG). Diverse rechtsradikale Parteien schossen aus dem Boden.

Zur gleichen Zeit wurde auch eine fieberhafte Remilitarisierung betrieben, nacheinander wurden BGS, Polizei, Werkschutz, BRD-Geheimdienst wieder aufgebaut und wurden zum Sammelpunkt von Faschisten aller Dienstgrade.

Das Verbot der KPD war der Abschluß der im Vorfeld des Verbots seit 1950 offen betriebenen Kriminalisierung und Illegalisierung der Partei. Mit Verkündung des Urteils erreichte die Verfolgung von Demokraten und Kommunisten einen neuen Höhepunkt: Von 1953 bis 1963 wurden ca. 200.000 (!) Strafverfahren eingeleitet. An jedem Verfahren hängen Bespitzelungen der Geheimdienste im Betrieb und Wohnbezirk, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen usw. Nicht nur frühere Mitglieder der KPD, auch Atomwaffengegner, Pazifisten, linke Sozialdemokraten, Theologen, Universitätsprofessoren, Gewerkschafter, Betriebsräte, Redakteure, Verleger usw. wurden Opfer des KPD-Verbots. 1962 hatte der BRD-Staatsapparat bereits 642 Menschen eingekerkert.

Als besonderer Hebel erwies sich das KPD-Verbot bei der Zerschlagung jeder fortschrittlichen Betriebs- und Gewerkschaftspolitik. Auf einen Wink des VS verloren fortschrittliche Gewerkschafter ihren Arbeitsplatz, denn der „Verdacht einer strafbaren Handlung" (Betätigung für die verbotene KPD) konnte für eine Kündigung ausreichen.

Auch die rechten Gewerkschaftsführer nutzten das KPD-Verbot zu einer rigorosen „Säuberung" der Organisation von linken Kritikern. So wurde z.B. der Sozialist Dr. Viktor Agartz verhaftet. Er war Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln gewesen. Von der DGB-Führung wegen seiner kritischen Haltung gefeuert, hatte Dr. Agartz eine eigene sozialistische Zeitung herausgegeben. Ihm wurde nun vorgeworfen, für diese Zeitung Geld aus der DDR erhalten zu haben. Da dieser Vorwurf total haltlos war, mußte Dr. Agartz später freigesprochen werden. Der Zweck der Diffamierung aber war erreicht.

Die Zerschlagung der KPD und der gesamten demokratisch-antifaschistischen Bewegung muß gesehen werden vor dem Hintergrund einer seit dem „Zusammenbruch" des Nazi-Regimes durch zunehmenden „Wohlstand" der Wiederaufbauphase zurückgehenden Arbeiterbewegung. Es gelang der Bourgeoisie, die Ideologie des „Wir sitzen alle in einem Boot" und eine „Sozialstaats"-gläubigkeit im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Angesichts der gleichzeitigen Rückschläge und Rückentwicklung in den sozialistischen Ländern, verstärkt nach dem Bau der „Mauer" 1961, gelang es ihr, ein revanchistisches und antikommunistisches Feindbild aufzubauen. Ihre Fixierung auf die sozialistischen Länder und ihre eigene Schwäche führten zu einer relativ leichten Isolierbarkeit der KPD.

Mit der Zerschlagung der KPD besiegelte die Bourgeoisie der BRD eine politische Friedhofsruhe, die es ihr ermöglichte – anders als ihre europäischen Konkurrenten – nahezu widerstandslos alle Kräfte darauf zu konzentrieren, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert den Anlauf zur imperialistischen Weltmacht zu unternehmen.

Gleichzeitg bereitete sich die BRD-Bourgeoisie darauf vor, sich auch für die Zukunft den Rücken freizuhalten, also jeden sich wieder entwickelnden Widerstand entweder zu integrieren oder mit Gewalt zu unterdrücken.

So richteten sich die politischen Maßnahmen der Bourgeoisie seit den sechziger Jahren darauf, das Wiedererwachen revolutionären Bewußtseins in der Arbeiterklasse und anderen Teilen der arbeitenden Bevölkerung, sowie den **Wiederaufbau einer revolutionären kommunistischen Partei** von vornherein im Keim zu erstikken.

U.a. zur Bewältigung dieser Aufgabe übernahm die SPD seit 1966/67, zuerst mit der CDU/CSU, dann mit der FDP, die Regierungsgewalt. Sie ersetzte die starre Kalte-Kriegs-Taktik der CDU/CSU durch eine flexiblere Kombination aus reformistischer Integrationspolitik und gezieltem Terror gegenüber den Kräften, die sich als nicht integrierbar in die imperialistischen Pläne der BRD-Kapitalisten erwiesen.

So sprach sich die 'Bundesregierung für eine „Lockerung" des KPD-Verbots aus. Brandt erklärte: *„Ich bin sehr dafür, daß es bei uns in der Bundesrepublik wieder eine kommunistische Partei gibt". „Die Kommunisten brauchten sich bei der Gründung nur an den durch Grundgesetz und Verfassungsgericht gezogenen Rahmen zu halten".*

'1968 gründete sich die DKP. Das war keine Wiederzulassung. sondern
Rahmen zu halten".
'1968 gründete sich die DKP. Das war keine Wiederzulassung, sondern
eine Neugründung. Das KPD-Verbot wurde aufrechterhalten! Noch als 1969 die KPD einen Programm-Entwurf auf einer Presse-Konferenz vorlegen wollte, wurde diese Versammlung auf Weisung der SPD/FDP-Bundesregierung polizeilich aufgelöst, die anwesenden Funktionäre wurden z.T. in Handschellen vor den Haftrichter geführt. Obwohl das Programm beteuerte, „auf die Erhaltung des Grundgesetzes gerichtet"zu sein, ließ die Bundesregierung es schließlich im Herbst 1975 als „verfassungswidrig" verbieten.

Gleichzeitig mit der „Lockerung" des KPD-Verbots betrieb die SPD/FDP-Regierung fieberhaft die Verabschiedung der Notstandsgesetze als „legale" Handhabe zur Beseitigung aller demokratischen Rechte im Fall des „inneren Notstands". Außerdem leitete die SPD-Regierung den massiven Ausbau des Polizei- und sonstigen Unterdrückungsapparats mit ihrem „Programm der Inneren Sicherheit" ein.

Die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots bietet der Bourgeoisie die Möglichkeit, jederzeit, wenn sie es für notwendig halten sollte, gegen die sich neu entwickelnde kommunistische Bewegung vorzugehen und den Zustand der gegenwärtigen trügerischen Legalität zu beenden.

Wenn die Bourgeoisie trotzdem das KPD-Verbot heute gegenüber der neuen kommunistischen Bewegung (noch) nicht anwendet, dann deshalb, weil sie es derzeit noch für wirkungsvoller hält, eine differenzierende Eindämmungstaktik einzuschlagen.

Darüberhinaus sieht sich die Bourgeoisie heute im Gegensatz zur Zeit zwischen 1945 und 1956 einer langfristig insgesamt ansteigenden Linie der Klassenkämpfe gegenüber. Ein Verbot dieses oder jenes Zirkels könnte heute kaum verhindern, daß morgen anderswo neue Zirkel und Gruppen entstehen – nach einer Anwendung des KPD-Verbots allerdings in der Illegalität und damit für die Bourgeoisie schwerer kontrollierbar. Es kommt ihr aber gerade auch darauf an, die neue Bewegung so gut wie möglich kennenzulernen. Anders als in der alten KPD sind die Menschen, die in der neuen kommunistischen Bewegung aktiv werden, für die Karteien des VS zum großen Teil leere Blätter.

Die besondere „Qualität" des „Programms Innere Sicherheit" der SPD/FDP-Regierung besteht in der Schaffung eines engen Netzes politischer, gesetzlicher und polizeilicher Maßnahmen als Ergänzung zum KPD-Verbot, die den Bedingungen einer aus einer Vielzahl der Bourgeoisie nicht genau bekannter Einzel-Gruppen neu entstehenden Bewegung angepaßt sind.

Die gegenwärtigen Maßnahmen sind darauf gerichtet, die Kommunisten politisch zu isolieren, indem versucht wird, ihre Wirkungsmöglichkeiten an der Basis zu liquidieren. So erneuerte die SPD-Gewerkschaftsbürokratie seit Anfang 1971 ihre Ausschlußpolitik. So erneuerte die SPD-Regierung den Berufsverbote-„Adenauer-Erlaß", so gingen die Kapitalisten zu einer brutalen Rausschmiß-Politik über. Insbesondere die gesetzlichen (§ 88a) und massiven polizeilichen Angriffe auf die Presse der kommunistischen Bewegung zielen darauf, ihre revolutionäre Propaganda zu unterbinden – ohne die Zirkel unbedingt gleich verbieten zu müssen.

Diese Maßnahmen sind darauf gerichtet, die kommunistische Bewegung in den Augen der Bevölkerung zu kriminalisieren und sie für rechtlos zu erklären. Mit dem § 129/129a (kriminelle und terroristische Vereinigung) geht die Bourgeoisie heute daran, jede mißliebige Gruppe zu „Kriminellen" zu erklären, sie als „Verbrecher" und „Terroristen" zu verfolgen, gegebenenfalls des Rechtsschutzes zu berauben und sie im schlimmsten Fall von ihren polizeilichen Todes-Kommandos auf offener Straße, in ihrer Wohnung usw. exekutieren zu lassen.

Diese Maßnahmen sind schließlich darauf gerichtet, einzelne Gruppen und Zirkel zu provozieren und nacheinander aufzureiben. Speziell hierfür hat die SPD/FDP ihre mobilen Geheim-Polizei-Kommandos aufgestellt (MEK/GSG 9) und die Spezial-Abteilung des BKA-T(error) mit seinen agents-provocateurs und Spitzeln
stellt (MEK/GSG 9) und die Spezial-Abteilung des BKA-T(error) mit seinen agents-provocateurs und Spitzeln
entwickelt.

Dabei versucht die Bourgeoisie, die Zersplitterung der kommunistischen und demokratischen Bewegung mit allen Mitteln zu verstärken.

Bezeichnenderweise macht der VS-Bericht 1975 die „Gefährlichkeit" der kommunistischen Organisationen davon abhängig, ob es ihnen gelungen ist, eine erfolgreiche Bündnispolitik und „Basisarbeit" zu betreiben.

Auch die CDU/CSU macht die angebliche „Bedrohung der Demokratie" durch „Volksfrontbündnisse" zum wesentlichen Bestandteil ihrer wüsten antikommunistischen Hetze.

Tatsache ist heute:

Die SPD konnte als ihre größte „Reform" seit 1966/67 ihre Strategie des „Anti-Terrorismus" als eine neue Qualität des Antikommunismus im Bewußtsein größerer Teile der Bevölkerung verankern.

Den Kampf gegen das KPD-Verbot zu führen, heißt für Kommunisten und Demokraten heute darum:

– Kampf um breite Aktionseinheit mit allen fortschrittlichen, antiimperialistischen und antifaschistischen Kräften;
– Verstärkung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung um die Herausbildung einer einheitlichen revolutionären Linie.

WEG MIT DEM KPD-VERBOT !
WEG MIT DEN „ANTI-TERROR-GESETZEN" !
FÜR DEN AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN PARTEI !

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

RSA

Terror gegen die schwarze Mehrheit

Seit den Kämpfen der Schwarzen von Soweto gibt es in der RSA eine ununterbrochene Kette von Kämpfen der schwarzen Mehrheit im ganzen Land. Gerade in den letzten Wochen nahm die Zahl und Intensität dieser Aufstände gegen das weiße Terrorregime zu:

– Es gibt derzeit keine schwarze Wohnsiedlung (Townships), in der nicht die Schwarzen gegen den weißen Faschismus demonstriert hätten.

Zentrum des Widerstandes sind noch immer die „schwarzen Vorstädte" von Johannesburg (Soweto, Alexandra). Aber auch die Wohnsiedlungen um Kapstadt (Langa, Nyanga, Guguletu), Randfontein (Mohlakeng), Pretoria (Mamelodi, Hammanskraal) und in anderen Industriezentren sind Orte des schwarzen Widerstandes.

– Während die Kämpfe von Soweto im Juni als konkreten Ausgangspunkt den „Sprachenstreit" (englisch/burisch) hatten, richtet sich der Protest der Schwarzen heute gegen alle Einrichtungen der weißen Herrschaft.

Angriffspunkte waren Regierungs-Verwaltungs- und Polizeigebäude (SZ, 12.8.76).

– Erstmals gab es auch in einem „Bantustan" große Demonstrationen. In Bophuthatswana griffen die Schwarzen die Einrichtungen der ebenfalls schwarzen Kompradoren-„Regierung" an. *„In der Hauptstadt Mafeking steckten afrikanische Demonstranten das Parlamentsgebäude, mehrere Dienstwohnungen und Privatfahrzeuge in Brand"* (SZ, 10.8.76).

Überall ging die Rassistenpolzei gegen die Demonstranten mit ungeheurer Brutalität vor.

Sie setzten *„Hunde, Tränengas, leichte Schußwaffen und automatische Waffen"* (NZZ, 7.8.76) ein.

Ergebniss:

– Allein in der Zeit vom 4. bis 19. August wurden von der Polizei 106 Schwarze ermordet. Mehr als 100 wurden z.T. schwer verletzt. Zusammen mit den Toten von Soweto vor knapp zwei Monaten – *„nach inoffiziellen Angaben wurden allein dort 500 Farbige erschossen"* (SZ, 13.8.76) – sind damit bisher weit mehr als 600 Menschen von den Rassisten umgebracht worden!!



Die Karte (aus dem „Stern") zeigt Johannesburg, wo 600.000 Weiße leben, sowie die umliegenden Vor-Städte der schwarzen Arbeiter (3Millionen). Die Markierungen zeigen die letzten Kämpfe.

Die „Zugeständnisse" der Weißen

Nach den jüngsten Unruhen sahen sich die Rassisten *„gezwungen Konzessionen zu machen."*

– Den Schwarzen soll es zukünftig gestattet sein, *„im Umland weißer Wohngebiete Häuser zu kaufen oder zu bauen, ohne gleichzeitig die Zwangsbürgerschaft ihrer Reservation annehmen zu müssen"*, (SZ, 16.8.76). Ebenso sollen sie *„größere Verwaltungsvollmachten"* erhalten. Das Ziel dieser „Zugeständnisse" soll es sein, *„eine Mittelschicht von Farbigen zu schaffen, die beruhigend auf die Masse einwirkt, da sie sich mehr mit unserer Politik identifizieren kann"* (!!) (Radio Johannesburg, 8.8.76).

Damit sind die „Zugeständnisse" von den Rassisten selber ausreichend charakterisiert!!

Die reale Antwort der weißen Faschisten ist eine Verhaftungs- und Terrorwelle kaum gekannten Ausmaßes:

– Faßt man allein die Zahl der Verhafteten, die die bürgerliche Presse angibt, zusammen, so sind allein in den lezten zwei Wochen mehr als 500 Schwarze verhaftet worden.

Unter diesen befinden sich zahlreiche *„Funktionäre der schwarzen Studentenorganisation SASO und der weißen Studentenorganisation NUSAS"* (SZ, 18.8.76). Ebenso viele Elternräte der schwarzen Schulen (unter ihnen Winnie Mandela, die Frau des zu lebenslanger Haft verurteilten Präsidenten des ANC).

Sie alle sind nach dem „Gesetz gegen den Kommunismus" und dem „Antiterrorgesetz" angeklagt. Hiernach können sie ohne Haftbefehl unbeschränkt inhaftiert werden!!

– *„In Soweto wurde der Dirketor der in dem schwarzen Arbeiterviertel gelegenen Schule festgenommen... Als später die Polizei auch in anderen Schulen erschien sprangen mehrere Schüler von Panik erfaßt aus dem Fenster"* (SZ, 19.8.76).

Angesichts der *„ungeeigneten Berichterstattung in der Presse"* warf der RSA Innenminister *„den Journalisten fehlendes Verantwortungsbewußtsein im Bereich der Staatssicherheit vor"* (SZ, 13.8.76).

Wenn man sich vor Augen hält, daß in der RSA nur eine rassistische Presse überhaupt zugelassen ist, macht diese Aussage die Politik der RSA Regierung um so deutlicher. Insgesamt wurden anläßlich der Demonstrationen bisher mehr als 12 Journalisten verhaftet!

– In den Gefängnissen, wo die Verhafteten jetzt alle sitzen herrscht eine unerträgliche Folter (siehe dazu den extra Kasten).

Insgesamt kann man feststellen, daß derzeit die weißen Faschisten jeden hinter Gitter bringen und foltern, der auch nur in irgendeiner Weise offene (die Schwarzen) oder mehr oder weniger versteckte „Kritik" (Liberale, Journalisten etc.) am Rassistenstaat hat!

Was derzeit fehlt – ist die politische Avantgarde

Die Kämpfe der Schwarzen in der RSA sind heute noch weitgehend spontan und unorganisiert.

Im wesentlichen wird zu den Demonstrationen durch „Mund zu Mund" Aufruf mobilisiert. Daß dann soviele Menschen auf die Straße gehen, zeigt einmal, wie stark die Unterdrückung ist und zum zweiten, daß die Schwarzen nicht länger gewillt sind, diese Unterdrückung widerspruchslos hinzunehmen.

Der hochaufgerüsteten, faschistischen Polizei haben die Demonstranten außer ihrer Zahl nichts entgegenzusetzen.

– Weder die RSA-Regierung, noch die bürgerliche Presse redet bisher von irgendeiner Widerstandsorganisation, die bei den Demonstrationen eine wesentliche Rolle gespielt hätte.

Obwohl doch gerade sie – das liegt in der Natur der Sache – sicherlich gerne „eine kleine radikale Gruppe" für die Kämpfe verantwortlich machen würden!

– Ebenso ist uns bisher nichts darüber bekannt, ob es in der RSA selbst Gruppen gegeben hat oder gibt, die den Kämpfen in irgendeiner Weise eine langfristige politische Perspektive gegeben hätten. Selbst der ANC schätzt die Kämpfe in Soweto als *„spontane Aufstände"* ein, an denen die *„Genossen des ANC teilnehmen"*, (Secheba - Organ des ANC). Auch andere Organisationen, wie PAC und die ANC-Abspaltung „ANC/African Nationalists" (beide sprechen von der Gefahr des Imperialismus und Sozialimperialismus im südlichen Afrika), haben bisher über ihre Rolle in den Kämpfen nichts ausgesagt. (Wobei an sich gerade solche „Revolutionäre" gerne von ihrer „Avantgardenrolle" in den Massenkämpfen reden!)

Man kann daher sicherlich davon ausgehen, daß es derzeit eine den Kampf politisch ausrichtende Bewegung in der RSA nicht oder nur in Ansätzen gibt! Das dies heute noch so ist, ist sicherlich das „Verdienst" der weißen Faschisten.

– Nirgendwo in Afrika gab oder gibt es ein derart brutales und fast ein halbes Jahrhundert praktizierendes Faschistenregime.

So hat es der Widerstand mit einem ausgebauten Spitzelsystem (BOSS), der sofortigen Todesstrafe (Todesschuß der Bullen), einem Netz von KZ's (Robben Island; Zonderwater, Beverly Hills) etc. zu tun. Hinzu kommt die rigorose Anwendung aller Terrorgesetze durch die Faschisten.

Diese Politik der Faschisten hat – ähnlich dem Hitlerfaschismus – dazu geführt, daß der organisierte Widerstand beinahe völlig zerschlagen wurde bzw. ins Ausland flüchten mußte!

Angesichts dieser Situation steht daher umso mehr die Frage, ob es in den derzeitigen spontanen Kämpfen möglich sein wird, daß sich eine in den Massen verankerte Avantgarde herausbildet. Denn nur hierdurch wird es langfristig verhindert werden können, daß die spontanen Kämpfe immer wieder durch ein Blutbad enden. Letztendlich wird eine soche Avantgarde der einzige Garant sein, daß in den Massenkämpfen der revolutionäre Willen der Schwarzen zum Ausdruck kommt und die Kämpfe mit einer erfolgversprechenden Perspektive enden!

Obwohl die Kämpfe der Schwarzen heute von einem bisher kaum gekannten Haß gegen die Rassistenherrschaft und spontaner revolutionärer Entschlossenheit geleitet sind und obwohl die schwarzen Massen – trotz der ihnen zugefügten Niederlagen – sich nicht von ihren berechtigten Forderungen abbringen lassen und weiterkämpfen, sind Vorstellungen von einem kurzfristigen Sieg sicherlich nicht angebracht!

In diesem Sinne gilt unsere volle Solidarität den Kämpfen der schwarzen Mehrheit in Südafrika!

Afrika-Kommission

Angriffspunkte waren Regierungs-Verwaltungs- und Polizeigebäude (SZ, 12.8.76).

– Erstmals gab es auch in einem „Bantustan" große Demonstrationen. In Bophuthatswana griffen die Schwarzen die Einrichtungen der ebenfalls schwarzen Kompradoren-„Regierung" an. *„In der Hauptstadt Mafeking steckten afrikanische Demonstranten das Parlamentsgebäude, mehrere Dienstwohnungen und Privatfahrzeuge in Brand"* (SZ, 10.8.76).

Überall ging die Rassistenpolzei gegen die Demonstranten mit ungeheurer Brutalität vor.

Sie setzten *„Hunde, Tränengas, leichte Schußwaffen und automatische Waffen"* (NZZ, 7.8.76) ein.

Ergebniss:

– Allein in der Zeit vom 4. bis 19. August wurden von der Polizei 106 Schwarze ermordet. Mehr als 100 wurden z.T. schwer verletzt. Zusammen mit den Toten von Soweto vor knapp zwei Monaten – *„nach inoffiziellen Angaben wurden allein dort 500 Farbige erschossen"* (SZ, 13.8.76) – sind damit bisher

Nach den jüngsten Unruhen sahen sich die Rassisten *„gezwungen Konzessionen zu machen."*

– Den Schwarzen soll es zukünftig gestattet sein, *„im Umland weißer Wohngebiete Häuser zu kaufen oder zu bauen, ohne gleichzeitig die Zwangsbürgerschaft ihrer Reservation annehmen zu müssen"*, (SZ, 16.8.76). Ebenso sollen sie *„größere Verwaltungsvollmachten"* erhalten. Das Ziel dieser „Zugeständnisse" soll es sein, *„eine Mittelschicht von Farbigen zu schaffen, die beruhigend auf die Masse einwirkt, da sie sich mehr mit unserer Politik identifizieren kann"* (!!) (Radio Johannesburg, 8.8.76).

Damit sind die „Zugeständnisse" von den Rassisten selber ausreichend charakterisiert!!

Die reale Antwort der weißen Faschisten ist eine Verhaftungs- und Terrorwelle kaum gekannten Ausmaßes:

– Faßt man allein die Zahl der Verhafteten, die die bürgerliche Presse angibt, zusammen, so sind

weißen Studentenorganisation NUSAS" (SZ, 18.8.76). Ebenso viele Elternräte der schwarzen Schulen (unter ihnen Winnie Mandela, die Frau des zu lebenslanger Haft verurteilten Präsidenten des ANC).

Sie alle sind nach dem „Gesetz gegen den Kommunismus" und dem „Antiterrorgesetz" angeklagt. Hiernach können sie ohne Haftbefehl unbeschränkt inhaftiert werden!!

– *„In Soweto wurde der Dirketor der in dem schwarzen Arbeiterviertel gelegenen Schule festgenommen... Als später die Polizei auch in anderen Schulen erschien sprangen mehrere Schüler von Panik erfaßt aus dem Fenster"* (SZ, 19.8.76).

Angesichts der *„ungeeigneten Berichterstattung in der Presse"* warf der RSA Innenminister *„den Journalisten fehlendes Verantwortungsbewußtsein im Bereich der Staatssicherheit vor"* (SZ, 13.8.76).

Wenn man sich vor Augen hält, daß in der RSA nur eine rassistische Presse überhaupt zugelassen ist, macht diese Aussage die Politik der RSA Regierung um so deutlicher. Insgesamt wurden anläßlich der Demonstrationen bisher mehr als 12 Journalisten verhaftet!

– In den Gefängnissen, wo die Verhafteten jetzt alle sitzen herrscht eine unerträgliche Folter (siehe dazu

südlichen Afrika), haben bisher über ihre Rolle in den Kämpfen nichts ausgesagt. (Wobei an sich gerade solche „Revolutionäre" gerne von ihrer „Avantgardenrolle" in den Massenkämpfen reden!)

Man kann daher sicherlich davon ausgehen, daß es derzeit eine den Kampf politisch ausrichtende Bewegung in der RSA nicht oder nur in Ansätzen gibt! Das dies heute noch so ist, ist sicherlich das „Verdienst" der weißen Faschisten.

– Nirgendwo in Afrika gab oder gibt es ein derart brutales und fast ein halbes Jahrhundert praktizierendes Faschistenregime.

So hat es der Widerstand mit einem ausgebauten Spitzelsystem (BOSS), der sofortigen Todesstrafe (Todesschuß der Bullen), einem Netz von KZ's (Robben Island; Zonderwater, Beverly Hills) etc. zu tun. Hinzu kommt die rigorose Anwendung aller Terrorgesetze durch die Faschisten.

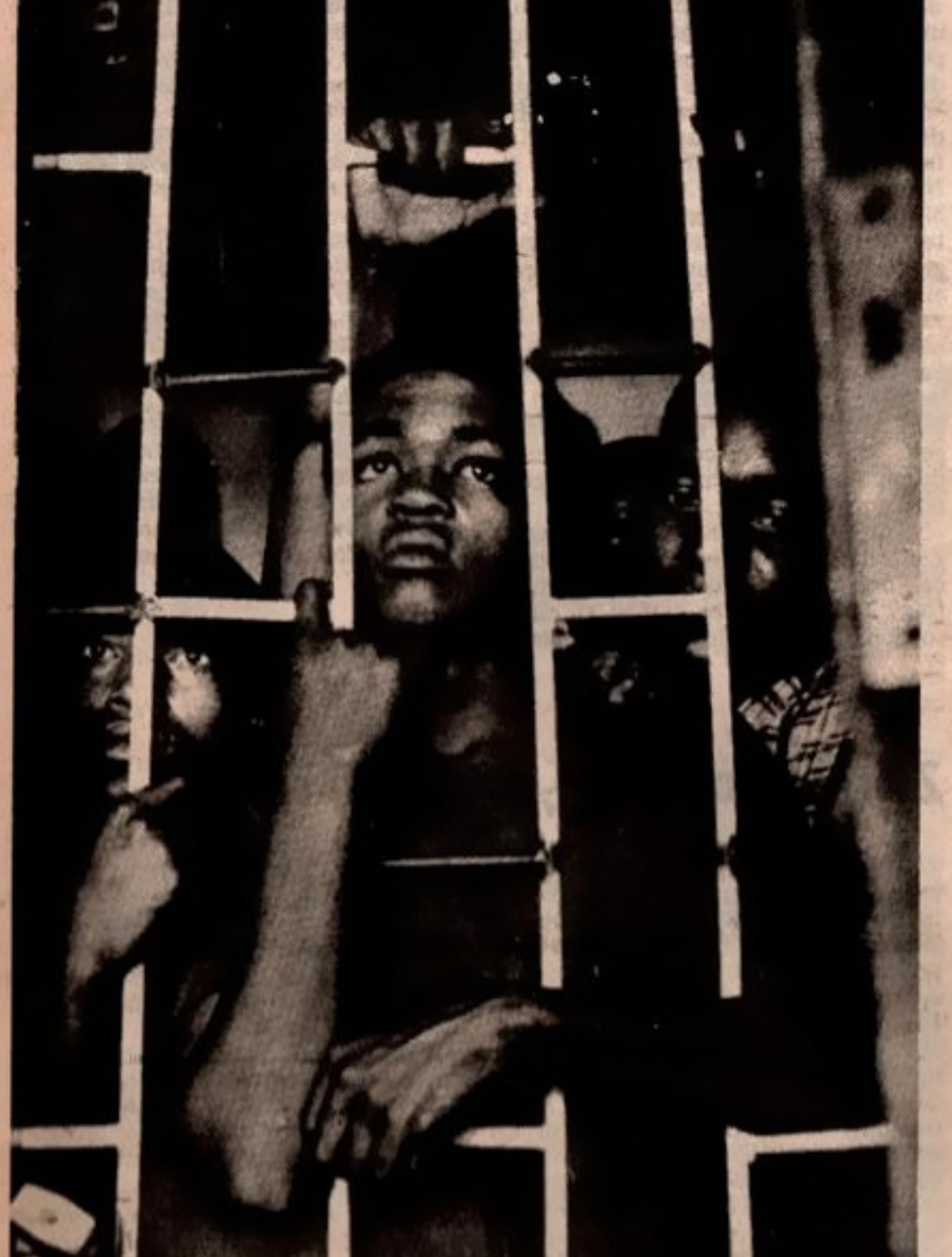
Diese Politik der Faschisten hat – ähnlich dem Hitlerfaschismus – dazu geführt, daß der organisierte Widerstand beinahe völlig zerschlagen wurde bzw. ins Ausland flüchten mußte!

den derzeitigen spontanen Kämpfen möglich sein wird, daß sich eine in den Massen verankerte Avantgarde herausbildet. Denn nur hierdurch wird es langfristig verhindert werden können, daß die spontanen Kämpfe immer wieder durch ein Blutbad enden. Letztendlich wird eine soche Avantgarde der einzige Garant sein, daß in den Massenkämpfen der revolutionäre Willen der Schwarzen zum Ausdruck kommt und die Kämpfe mit einer erfolgversprechenden Perspektive enden!

Obwohl die Kämpfe der Schwarzen heute von einem bisher kaum gekannten Haß gegen die Rassistenherrschaft und spontaner revolutionärer Entschlossenheit geleitet sind und obwohl die schwarzen Massen – trotz der ihnen zugefügten Niederlagen – sich nicht von ihren berechtigten Forderungen abbringen lassen und weiterkämpfen, sind Vorstellungen von einem kurzfristigen Sieg sicherlich nicht angebracht!

In diesem Sinne gilt unsere volle Solidarität den Kämpfen der schwarzen Mehrheit in Südafrika!

Afrika-Kommission



Jugendliche Häftlinge in einem südafrikanischen Gefängnis

Horror in schwarz und weiß

Unter dieser Überschrift berichtete ein Engländer, der nach dreieinhalb Jahren Haft aus einem RSA-Gefängnis fliehen konnte im „Stern". Hier einige Auszüge:

„... Wenn die Wärter ihnen (den Schwarzen) einen Befehl geben, dann begleiten sie diesen Befehl mit einem Faustschlag aufs Ohr oder mit einem Fußtritt." Wenn sich die Gefangenen wehren, *„dann werden sie ... so lange getreten und geschlagen, bis ihnen die Knochen brechen."*

„Einem Häftling hatte man mit einem Mauerstein auf den Kopf geschlagen. Sie gaben ihm Kopfschmerztabletten. Er starb an einem Blutgerinnsel im Gehirn."

Als ein Gefangener fliehen wollte und geschnappt wurde, wurde er erst zusammengeschlagen. Dann *„hetzten sie Hunde auf den Gefangenen ... sie verbissen sich in seine Beine, sie rissen richtige Fleischfetzen heraus ... Die Wunden begannen zu eitern. Trotzdem ließen sie keinen Doktor zu ihm."*

Eine der üblichen Strafen ist die Prügelstrafe. Hierzu gibt es einen speziellen Prügelbock aus Holz. *„Der Häftling wird mit gespreizten Beinen und Armen darauf festgebunden ... Der Wärter ergreift den Stock mit beiden Händen. Er schlägt mit aller Kraft. Die Schläge sind so stark, daß sie in das Gesäß einschneiden ... Kinder kriegen das, was man ‚den leichten Rohrstock' nennt ... wenn sie Milch gestohlen haben oder Lärm gemacht haben."*

In den Gefängnissen werden auch viele Schwarze hingerichtet. *„Das Galgengerüst hat Platz für sechs auf einmal ... Die Art und Weise, wie sie einen hängen ist brutal. Wenn die Nackenwirbel nicht sofort brechen ... ziehen sie die Verurteilten am Strick noch einmal hoch und lassen sie wieder runterfallen ... Der Henker trägt einen Beilgriff mit sich herum. Damit schlägt er die Gehenkten auf die Hinterköpfe, bis sie ruhig sind."* (aus „Stern", 19.8.76)

Rassisten planen engere Zusammenarbeit

Zu einem geheimen Besuch hielt sich der RSA Arbeits-, Bergbau- und Kriegsminister Anfang August in Israel auf („NZZ", 6.8.76). Das Ziel dieses Besuches war der weitere Ausbau der beiderseitigen Beziehungen:

„Beide Staaten planen, in Israel eine Eisenbahn, ein Stahlwerk und ein Wasserkraftwerk zu bauen" („SZ", 17.8.76).

Gleichzeitig wurde ausgiebig über weitere militärische Projekte gesprochen. So liefert Israel in kurzer Zeit vier Lenkwaffen-Schnellboote an die RSA. *„Techniker und Marinesoldaten aus Südafrika sind schon zum Training in Israel"* („SZ", 10.8.76). Auch *„über Flugzeuglieferungen wird noch verhandelt."* („SZ", 17.8.76).

Diese Beispiele zeigen einmal mehr, daß die beiden Rassisten-Regimes , die RSA und Israel, immer enger zusammenrücken, um die fortschrittlichen Kräfte in den jeweiligen Regionen noch effektiver bekämpfen zu können.

Afrika-Kommission

RSA/Rhodesien (Zimbabwe):

Eine Rassistenhand wäscht die andere

Neuere Meldungen aus der Rundfunkanstalt der weißen Faschisten Rhodesiens besagen folgendes:

„Südafrikaner sind bereit ihren Urlaub zu opfern, damit sich die Räder der rhodesischen Industrie weiterdrehen können, während die jungen Männer zu den Fahnen gerufen werden. Sie tun dies lediglich, damit Rhodesien seinen Platz an der Sonne zurückerobern kann ... Es ist ein Akt des Erwachens und der Selbstlosigkeit!" (nach „Monitor-Dienst", 3.8.76).

Einher geht diese Meldung mit der Nachricht, daß immer mehr „Freiwillige" aus dem Ausland sich für den Kampf der „Zivilisation im südlichen Afrika melden".

Neben der Hilfe durch den Imperialismus wird an diesen kleinen Beispielen deutlich, daß das Rassistenregime Verbrecher aus aller Welt anzieht, deren „Perspektive" es letztendlich sein wird, von der afrikanischen Revolution hinweggefegt zu werden.

Bis dahin wird es jedoch noch ein langer Weg sein und die gedungenen Helfer des Rassismus werden noch hunderte und tausende Morde begehen!

Afrika-Kommission

Sambia:

Bestialische Behandlung der ZANU-Gefangenen

Zur angeblichen Unterstützung des Freiheitskampfes in Zimbabwe klopft Sambias Präsident Kaunda große Sprüche, „den bewaffneten Kampf mit all unseren Kräften zu unterstützen." Lauthals fordert er die Freilassung der politischen Gefangenen des Smith-Regimes.

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Seit nunmehr 15 Monaten sind zahlreiche ZANU-Kämpfer, darunter viele führende Genossen, in Sambia der schärfsten Haft ausgeliefert. Als Vorwand dient dazu die irrwitzige Behauptung, sie hätten ihren eigenen Vorsitzenden umgebracht! (Genosse Chitepo fiel einem Bombenattentat zum Opfer.) Im ARBEITERKAMPF 81 druckten wir hierzu einen Bericht des Europa-Büros der ZANU ab.

Die Genossen haben uns jetzt einen neuen Bericht zugesandt. Er ist von fünf der gefangenen ZANU-Genossen unterzeichnet. Er wurde an zahlreiche afrikanische Regierungen geschickt, an internationale Organisationen wie OAU und UNO, sowie an viele Befreiungsbewegungen. Der Bericht schildert besonders die unmenschlichen Haftbedingungen.

Seit über zwei Monaten dürfen die Gefangenen ihre Rechtsanwälte nicht mehr sprechen. Ohne Anwälte dürfen sie aber auch nicht vor Gericht gehen.

Während andere Gefangene – laut Verfassung Sambias – wöchentlich Besuch erhalten, können die ZANU-Genossen nur einmal im Monat besucht werden, wenn überhaupt. Der Besucher muß ein enger Verwandter sein und eine Sondergenehmigung beantragen. Beim Besuch sitzt ein politischer Polizist direkt daneben. Es darf nur Englisch oder eine sambische Sprache gesprochen werden, oftmals wurden deshalb schon die Besucher wieder weggeschickt, weil sie diese Sprachen nicht beherrschen. Einige Genossen haben völliges Besuchsverbot.

Die Gefangenen wurden barbarischen Foltern und Verhören ausgesetzt – dergleichen kannten sie bisher nur vom faschistischen Smith-Regime.

„Nachdem man uns die Kleider herunterriß, wurden wir körperlich gefoltert. Wir bekamen Elektroschocks. Wir wurden mit Stücken zerbrochener Stühle geschlagen, zu fortwährenden Exerzierübungen gezwungen und über Nacht in kaltes Wasser geworfen. Die Verhöre dauerten normalerweise 72 Stunden, aber einige der Genossen verbrachten eine Woche, wenn nicht mehr, in der Folter. Einige Genossen ... wurden gefoltert bis zur Bewußtlosigkeit und nur wieder belebt, indem die Polizisten kaltes Wasser über ihre Körper goß. Andere ... trugen gebrochene Rippen und Finger davon ..." Die Gefangenen erhielten keinerlei ärztliche Behandlung, bis heute.

Die Gefangenen wurden gezwungen, bereits fertig getippte falsche Geständnisse mit ihrer eigenen Handschrift abzuschreiben und zu unterzeichnen. So wurde vor Kaundas „Untersuchungskommission" zum Tode Chitepos der „Beweis erbracht", daß ZANU-Genossen ihn ermordet hätten! Allerdings haben sämtliche Gefangenen, die dann vor dieser „Untersuchungskommission" als Zeugen auftreten sollten, den Mut gehabt, diese erpreßten Geständnisse zu widerrufen.

Die Foltern wurden erst unterbrochen, nachdem Amnesty International und fortschrittliche Kräfte aus aller Welt bei Präsident Kaunda Protest eingelegt hatten.

Die ZANU-Gefangenen hatten gehofft, nach Abschluß der Verhöre und nach der Vorführung vor der „Untersuchungskommission" wenigstens ein Leben wie andere „normale" Gefangene führen zu können. Sie täuschten sich.

Hlupo Chigowe wurde „falscher Aussagen" für „schuldig" befunden und erwartet jetzt seinen Tod durch Erhängen.

Man verteilte die Genossen auf verschiedene Gefängnisse, einige wurden völlig isoliert. So befand sich Kufa Mazuva vier Monate in Isolierhaft.

Acht Genossen im „Medium"-Gefängnis in Kabwe hat man einfach „vergessen". Sie wurden niemals verhört oder der „Untersuchungskommission" vorgeführt. Ihren ersten Besuch durften sie erst acht Monate nach ihrer Festnahme empfangen, seit Juni '76 haben sie wieder Besuchsverbot.

Im Lusaka-Zentralgefängnis sitzen Tongogara, Chimurenga und Kufa Mazuva zusammen mit zwei sambischen Häftlingen in einem winzigen Loch von 2,40 mal 1,50 Meter Fläche. Sie dürfen keinen Kontakt mit anderen Genossen aufnehmen, keine Gymnastik machen, nicht dem Gefangenen-Fußball zusehen, nur unter Bewachung duschen gehen.

Einem Studentengenossen, Kufa Chinoza, hat man erst 11 1/2 Monate nach seiner Gefangennahme den Grund dafür mitgeteilt und während der ganzen Zeit wurde seine Haft geheimgehalten.

Die ganze Behandlung entspricht nicht einmal den Rechten, die den Gefangenen nach sambischen Recht zustehen würden.

„Wir sind zusammengepfercht wie Sardinen. Zeitweise sind wir über 20 Personen in einer Zelle von ca. 8,70 m mal 4,50 m. Der Gipfel war einmal die Belegung mit 32 Personen. Wir mußten ein Zeichen geben, wenn wir uns rumdrehen wollten, damit alle schlafenden Genossen auf derselben Seite lagen."

Klos und Duschen starren vor Dreck. Gleich daneben wird unter freiem Himmel das „Essen" der Gefangenen aufbewahrt. Es besteht im wesentlichen aus Reis, zerkochtem Gemüse, trockenem Brot und warmem Wasser. Schon deshalb ist Besuchserlaubnis für die Gefangenen so wichtig, weil ihnen sonst das notwendigste zum Leben fehlt. Sie frieren, denn sie liegen auf dem blanken Boden und haben nur wenige Wolldecken. Besonders hart trifft das Genossen in Einzelhaft.

Ein großes Problem z.B. im Maximum-Gefängnis ist die Isolation. Die Genossen befinden sich in einem Sondertrakt und bekommen nur die Wärter zu Gesicht. Sie dürfen weder Zeitungen lesen noch Radio hören. Literatur ist verboten – außer Western-Heftchen und der Bibel!

Am schlimmsten war jedoch bisher die Ermordung von elf Genossen durch sambische Soldaten im September '75. Die gefangenen Genossen schreiben in ihrem Bericht:

Erschreckend bei dem hinterhältigen Mord an diesen tapferen Freiheitskämpfern war, daß dieses Massaker in aller Welt als ganz normaler Vorfall behandelt wurde. Jene Zimbabwer, die versuchten, die Sache dieser Opfer ... zur Sprache zu bringen, wurden schnell als Reaktionäre und Agenten des Imperialismus hingestellt. ... So lange, wie Sambia fortfährt, uns in Haft zu halten, zu massakrieren oder mit Prozessen in die Gaskammern zu befördern, werden wir und alle, die uns unterstützen, nicht nachlassen, Sambias reaktionäre Politik bekanntzumachen und zu entlarven."

Afrika-Kommission

Namibia:

Durchbruch bei Verfassungsgesprächen?

Bei der „Verfassungskonferenz" in der Hauptstadt Namibias, Windhuk, soll gerade in den letzten Tagen der entscheidende „Durchbruch" erzielt worden sein.

Bei diesen Verhandlungen sitzen Vertreter der RSA-Regierung – die Namibia besetzt hält – mit von den Rassisten ausgesuchten Kompradoren – meist „Stammeshäuptlinge" – an einem Tisch, um *„über die Zukunft des Volkes von Namibia zu entscheiden"*.

Die entscheidende Organisation des Volkes von Namibia – die SWAPO – ist von den Gesprächen ausgeschlossen. Sie wird von allen Teilnehmern der Konferenz als „Terrororganisation" bezeichnet!

Wie sieht dieser „Durchbruch", der den *„Weg zu einem unabhängigen, mehrrassigen Staat freimacht"* („FR", 11.8.76), aus:

- Es soll zunächst die *„Einsetzung einer mehrrassigen Interimsregierung bekannt gegeben werden"*.
- Regierungschef soll *„angeblich der Weiße Dirk Mudge"* werden.
- Namibia soll *„ein Einheitsstaat werden, die Aufteilung in Einzelländer wurde endgültig verworfen"*.
- *„Die Schlüsselpositionen der Verwaltung, darunter die Ressorts Verteidigung und Außenpolitik, sollen bis zur völligen Unabhängigkeit von der südafrikanischen Regierung wahrgenommen werden"* (!!) – (nach „FR", 11.8. und „SZ", 18.8.76).

Entkleidet man das gesamte „Durchbruch"-Gerede der blumigen Sprache, so ergibt sich folgendes Bild:

- Bereits zu Anfang der „Verfassungskonferenz" hatten die Rassisten der RSA folgenden Vorschlag vorgelegt: *„multirassische Regierung"*, die Weißen müssen *„ihre vollen Bürgerrechte behalten"*, es ist zu fragen *„inwieweit die RSA wichtige Funktionen des jungen Staates übernehmen kann"* (nach „SZ", 16.5.75).
- Das heutige „Ergebnis": Eine mehrrassige Regierung. Dirk Mudge als Regierungschef garantiert *„die vollen Bürgerrechte der Weissen"*. (Er wurde Anfang '76 von der RSA-Regierung als neuer Verhandlungsführer eingesetzt, nachdem sein Vorgänger sich als zu kompromißbereit gezeigt hatte!). Wichtige Funktionen des jungen „Staates" werden von der RSA übernommen (Militär- und Außenpolitik). – Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß nach einem Jahr „harten Ringens" die „Verfassungskonferenz" alle von der RSA diktierten Bedingungen einer „Übergangsregierung" akzeptiert hat.
- In dem „Durchbruch" ist nicht in einem Punkt die Rede von dem Abzug des RSA-Militärs und der RSA-Polizei aus Namibia. In keinem Punkt ist die Rede von dem Abbau der weißen Vorrechte. D.h. Namibia wird auch nach der „Verfassungskonferenz" in Zukunft von der RSA und den Weißen ökonomisch und militärisch beherrscht sein, einige schwarze Kompradoren haben lediglich in diesem Rahmen ein „Mitspracherecht".

Einige Delegierte der *„Verfassungskonferenz mögen deshalb auch über unsere Lösungen enttäuscht sein"* (Radio Johannesburg 4.8.76 nach „Monitor", 6.8.76).

Auch der Zeitpunkt des großen „Durchbruchs" macht eindeutig klar, daß es sich hier um ein großes Täuschungsmanöver der Rassisten handelt:

- Am 31.August soll vor dem UN-Sicherheitsrat eine Debatte über die Situation in Namibia stattfinden. *„Südafrika hat also bis zum 31.August Zeit, dem UN-Sicherheitsrat über die Anberaumung der freien Wahlen ... Bericht zu erstatten"* („FR", 11.8.76).
- Während noch vor ca. einem Monat der Stand der „Verfassungskonferenz" als *„verfahrener denn je"* („FR") bezeichnet wurde, wird jetzt *„damit gerechnet, daß am 24. August, also eine Woche vor Ablauf des UN-Ultimatums, Pläne zur Unabhängigkeit bekanntgegeben werden"* („FR", 11.8.76).

Die SWAPO, die heute noch von allen Staaten der UNO als die einzig legitimierte Vertreterin des Volkes von Namibia anerkannt wird, hat jede Teilnahme an diesem Betrugsmanöver abgelehnt: *„Die SWAPO werde sich weiterhin energisch jedem Dialog zwischen den Rassisten und ihren Marionetten widersetzen ..., ehe Südafrika nicht alle politischen Gefangenen freigelassen hat und seine Truppen und Polizei aus Namibia abzieht"* („Monitor-Dienst", 9.8. und „FR", 11.8.76).

Gerade vor dem Hintergrund des neuerlichen Verfassungsschwindels hat daher die SWAPO ihre Kämpfe entschieden verstärkt:

In den *„letzten sechs Monaten hat die SWAPO ihre Kampftätigkeit verstärkt und dem Feind im Norden und Nordwesten des Landes schwere Verluste zugefügt"* („Monitor-Dienst", 9.8.76).

Die Rassisten wissen selbst, daß ihre billigen Betrugsmanöver die SWAPO und das namibische Volk vom Freiheitskampf nicht abbringen können.

Ihre kosmetischen Veränderungen dienen daher auch mehr dazu, dem US-Imperialismus und seiner Fraktion in der UNO „Argumente" zuzuspielen, die ein Abrücken von der (ohnehin nur verbalen) Anerkennung der SWAPO als einzig legitime Kraft ermöglichen.

Man darf gespannt sein, ob dieser Schritt schon bei der anstehenden UNO-Tagung vollzogen wird ...

Afrika-Kommission

Madagaskar: Keine SU-Marinebasen im Indischen Ozean!

Klare und eindeutige Worte hat der Außenminister von Madagaskar, Jean Bemamanjana, für die immer weiter verbreiteten Legenden von sowjetischen Marinestützpunkten im Indischen Ozean gefunden. Gerade Somalia ist in diesem Zusammenhang immer wieder von der imperialistischen Presse und der internationalen „ML-Szene" angegriffen und verleumdet worden, obwohl die somalische Regierung alle Gerüchte über den angeblichen SU-Stützpunkt Berbera stets dementiert hat.

Der madegassische Außenminister sagte, *„der Indische Ozean müsse eine Friedenszone werden. Er bekundete die Hoffnung auf eine Entmilitarisierung des Ozeans ... Nach seinen Worten habe die Sowjetunion in der Region keine Marinebasis, sondern nur Versorgungseinrichtungen – anders als die Vereinigten Staaten, die sich in der Region stark etabliert hätten..."* (AFP, 30.7.76).

Afrika-Kommission

„Kaffeeschlacht" in Angola

In der VR Angola ist die „Kaffeeschlacht" in vollem Gange. Die MPLA versucht durch eine breite Mobilisierung der Massen zur diesjährigen Kaffeernte den ökonomischen und politischen Aufbau in den vom Krieg besonders betroffenen Nordprovinzen anzupacken. In den Provinzen Uige, Nord- und Süd-Cuanza wird zu 80 % nur Kaffee angebaut.

Diese Provinzen sind im Bürgerkrieg von den Invasoren besonders stark verwüstet worden. FNLA-Truppen haben die Maniok und Süßkartoffelfelder zerstört, das Vieh abgeschlachtet. 3.000 Tonnen Kaffee haben die portugiesischen Plantagenbesitzer geraubt und auf allen Plantagen mußten die demolierten Maschinen erst einmal notdürftig ingang gesetzt werden. Heute arbeiten von den 432 Großplantagen 386 wieder, wenn auch noch mit starken Einschränkungen. Die MPLA-Regierung hat an 15.000 Plantagenarbeiter Monatslöhne zwischen 2.000 und 5.000 Escudos ausgezahlt, der erste Lohn seit sechs Monaten. Die Provinzverwaltung hat den Kaffeeankauf übernommen und den Ankaufspreis auf 6,5 Escudos für Rohkaffee und 14 für geschälten Kaffee festgesetzt (alle Angaben nach afrique-asie 115).

Besonders für die kleinen bäuerlichen Kaffeproduzenten bedeutet dies einen großen Fortschritt. In der Kolonialzeit waren sie gezwungen, den Kaffee an die Großplantagen zu verkaufen, die die Preise willkürlich festsetzten und nur in Naturalform zahlten, so daß die Kleinbauern an Lebensmitteln und Materialien immer gerade soviel zurückbekamen wie für den primitivsten Lebensunterhalt nötig war.

Schlimmer noch war dagegen das Schicksal der Wanderarbeiter, die während der Erntezeit auf die Plantagen geholt wurden und außer der Unterkunft in Barackenlöchern und dem Existensminimum an Nahrungsmitteln 90 Escudos Jahreslohn (!!!) erhielten. Diese Arbeiter wurden von den Kolonialisten aus dem volkreichen Mittelangola geholt. Im Bürgerkrieg sind viele Arbeiter mit ihren Familien in ihre Heimat zurückgekehrt. Heute fehlen knapp 50.000 Arbeitskräfte im Norden.

Die MPLA will dieses Problem durch Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und durch die politische Mobilisierung der Massen für die „erste Ernte des Volkes" lösen. Während in der Kolonialzeit die Mindestleistung pro Tag auf drei Sack Kaffee pro Tag festgesetzt war, liegt die Norm heute bei 1 1/2 Sack. Durch die Mobilisierung der verbliebenen Arbeiter wurden die Unterkunftsbedingungen verbessert, Gärten angelegt, die zu einem Teil kollektiv, zu einem Teil privat bewirtschaftet werden, um die Versorgung mit Gemüse und Früchten zu verbessern. Die wenigen Ärzte werden bevorzugt aufs Land geschickt und die MPLA unternimmt große Anstrengungen, die hygienischen Bedingungen durch Massenmobilisierung zu verbessern.

Zur Mobilisierung der Arbeiter in Zentralangola werden Volksdiskussionen organisiert. Bislang mit großem Erfolg! 2.500 Arbeiter kamen zu einem solchen Treff in Negage, statt der ursprünglich erwarteten 500 (alle Angaben nach afrique-asie 115).

Die „Schlacht um den Kaffee" hat nicht nur das wirtschaftliche Ziel, die Produktion wieder anzukurbeln. Es geht auch wesentlich um die politische Aufgabe, durch diese nationale Anstrengung die Einheit des Volkes stärken. Dazu erklärte Präsident Neto: *„Das am meisten bevölkerte Zentrum des Landes ist auch das Gebiet mit der meisten Arbeitskraft. Es ist unsere Aufgabe, eine einzige und wahre Nation zu schmieden und die Stammesgrenzen zu brechen. Jeder muß dort arbeiten können, wo er nötig ist. Aber es geht nicht darum, zu arbeiten nur weil die Partei einen Aufruf erlassen hat. Es geht um mehr. Es geht darum, jeden Bürger zu überzeugen, daß er dort arbeitet, wo es notwendig und möglich ist. Wir mobilisieren die Massen für die Kaffeernte, was eine dringende Notwendigkeit ist, aber das strategische Ziel geht über diese Priorität hinaus."*

KB / Gruppe Göttingen

Zaire: Schulden, die keine sind

Zaire, mit Äthiopien und Marokko zu den Hauptbastionen des US-Imperialismus in Afrika zählend, konnte unlängst den Lohn für seine reaktionäre politische Ausrichtung einstreichen. Als eines der höchstverschuldeten Länder der „Dritten Welt", das mit ca. 7,5 Mrd. DM bei den Imperialisten in der Kreide steht, kam es jetzt in den Genuß einer Umschuldung. In Paris einigten sich die Vertreter von elf wesentlichen kapitalistischen Staaten darauf, diesem wichtigen Faktor der afrikanischen Konterrevolution die Schulden zu stunden. Obendrein erhielt Mobuto 90,5 Mio. DM aus der BRD als Kapitalhilfe; damit engagierte sich die BRD erstmalig in nennenswertem Umfang in Zaire. Ein Großteil des Geldes wird zur Erschließung von Rohstofflagern verwendet werden („Africa", Aug. 76).

Die hohen Schulden Zaires stammen zu einem Gutteil aus Krediten von privaten Banken, die sich unabhängig von der Zahlungsfähigkeit des Landes auf ihre „politischen Freunde" verließen. Auch wenn dabei *„gute Bankregeln vergessen wurden"* (Wirtschaftswoche, 16.7.76) haben die Haie des Finanzkapitals richtig kalkuliert: Zaire ist politisch zu bedeutungsvoll, als daß die Imperialisten dieses riesige Land aus kurzfristigen ökonomischen Gründen pleite gehen lassen würden. Was sind da schon 7,5 Milliarden DM...?

Afrika-Kommission

Rassismus a la SPD

Im folgenden drucken wir einige Äußerungen eines hochgestellten SPD-Funktionärs nach – ein Kommentar zu diesem rassistischen Geschmiere scheint überflüssig.

Der sozialdemokratische „Afrika-Spezialist" Heinz-Dietrich Ortlieb bekleidet u.a. folgende gutdotierte Positionen:

- Vorstandsmitglied der SPD in Hamburg
- Mitglied des Kuratoriums des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs
- Vorstand der Hamburger „Hochschule für Wirtschaft und Politik"
- außerdem ist er Gründungsmitglied des rechtsradikalen „Bund Freiheit der Wissenschaft".

In der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" Nr.5 (Herausgeber: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv) gibt Ortlieb über Afrika u.a. zum besten:

- *„Die Machthaber der Pseudonationen dieses Erdteils machen die UNO zur Plattform eines vornehmlich antiwestlichen Rassismus ..."*
- „(Nach dem Abzug der Kolonialisten) *stellten die westlichen Völker dann ein böses Gewissen zur Verfügung und die Bereitschaft, sich unbegrenzt erpressen zu lassen* ..."
- Der entscheidende Grund, weshalb die schwarze Mehrheit Afrikas gegen den Rassistenstaat RSA kämpft, liegt *„in dem noch unzerstörten Reichtum (des Landes), der materielle Hilfe aus der Not"* verspricht.
- Und überhaupt *„alle Befreiungsbewegungen führen nur zu einem Herrschaftswechsel ... ihren Führern geht es mehr um das Ausleben ihrer persönlichen Aggressivität (!) und um die eigene Machteroberung."* (Als Beispiel nennt Ortlieb die „terroristische SWAPO").

Entsprechend dieser „Analyse" kommt dieser SPD-Faschist zu folgendem Ergebnis:

- *„Um einen Mentalitätswandel bei den Afrikanern zu erzielen, sind fremde Minderheiten unentbehrlich, will man überhaupt vorankommen ..."*
- Die Aufteilung Afrikas *„in Stammesgebiete und in Homelands nach der Konzeption der südafrikanischen Regierung ist durchaus erwägenswert ..."*
- Dem *„Rassismus Schwarzafrikas sollte die westliche Welt mit diplomatischen und wirtschaftlichem Druck paroli bieten ... auch im Interesse der weißen Minderheiten im südlichen Afrika ... Es wird höchste Zeit, daß die westliche Welt wieder das Gesetz des Handelns an sich bringt ..."*!!!

Man könnte auf den Gedanken kommen, Ortlieb sei eine „Ausnahme" oder ein besonders „schwarzes Schaf" der Sozialdemokratie. Daß dem allerdings nicht so ist, wird daran deutlich, was für Vögel im sozialdemokratischen „Vorwärts" ihren

– Und überhaupt *„alle Befreiungsbewegungen führen nur zu einem Herrschaftswechsel ... ihren Führern geht es mehr um das Ausleben ihrer persönlichen Aggressivität (!) und um die eigene Machteroberung."* (Als Beispiel nennt Ortlieb die „terroristische SWAPO").
Entsprechend dieser „Analyse" kommt dieser SPD-Faschist zu folgendem Ergebnis:
– *„Um einen Mentalitätswandel bei den Afrikanern zu erzielen, sind fremde Minderheiten unentbehrlich, will man überhaupt vorankommen ..."*
– Die Aufteilung Afrikas *„in Stammesgebiete und in Homelands nach der Konzeption der südafrikanischen Regierung ist durchaus erwägenswert ..."*
– Dem *„Rassismus Schwarzafrikas sollte die westliche Welt mit diplomatischen und wirtschaftlichem Druck paroli bieten ... auch im Interesse der weißen Minderheiten im südlichen Afrika ... Es wird höchste Zeit, daß die westliche Welt wieder das Gesetz des Handelns an sich bringt ..."*!!!
Man könnte auf den Gedanken kommen, Ortlieb sei eine „Ausnahme" oder ein besonders „schwarzes Schaf" der Sozialdemokratie. Daß dem allerdings nicht so ist, wird daran deutlich, was für Vögel im sozialdemokratischen „Vorwärts" ihren

Schmutz über die afrikanischen Völker verbreiten:

Zwei wichtige „Vorwärts"-Redakteure in Sachen Afrika sind Paul M. Schumacher (er schreibt gleichzeitig für das großbürgerliche „Handelsblatt" und die „Deutsche Zeitung – Christ und Welt") und Heinz Gstrein – hauptberuflich tätig beim „Axel-Springer-Auslandsdienst", Korrespondent der „Welt" und des CDU-eigenen „Rheinischen Merkur". So nimmt es kein Wunder, daß im „Vorwärts" in typischer Kolonialistenmanier gewettert wird, daß es in Mosambiks *„vornehmen Hotels"* nur noch *„Einheitsgerichte"* gibt (3.10.74). Und für den *„Niedergang Angolas"* wird beispielhaft angeführt, daß in Luanda *„weiße Prostituierte für ein Drittel ihres normalen Preises vermittelt"* werden (14.8.75).

Einer der Höhepunkte sozialdemokratischer Berichterstattung zu Afrika ist in der 1.Mai-Ausgabe des „Vorwärts" 1975 zu verzeichnen. Dort läßt sich der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates von Bayer-Leverkusen über Südafrika aus.

Dieser Artikel war so „kritisch", daß er sofort in der Propagandazeitschrift der RSA-Botschaft als Beispiel für „objektive Berichterstattung" nachgedruckt wurde!! (Angaben nach „Extradienst", 62/X).

SPD-Spitzenmann Matthöfer hatte kürzlich auf die Forderung nach Abbruch der Handelsbeziehungen mit der RSA geantwortet: *„Man kann kapitalistische Marktgesetze nicht durchbrechen"* – und da für die Sozialdemokraten gilt, daß Politik nicht im Widerspruch zur Ökonomie stehen kann, ist blanker Rassismus eben unabdingbarer Bestandteil sozialdemokratischer Propagandaarbeit.

Afrika-Kommission

Konflikt Uganda – Kenia

Kriegsgefahr zunächst gebannt – Amin muß klein beigeben

Nach dreitägigen Verhandlungen zwischen Kenia und Uganda wurde eine Vereinbarung erzielt, die eine bewaffnete Auseinandersetzung vermeiden half. Im Großen und Ganzen mußte Uganda die ultimativen Forderungen Kenias, erzwungen mit einem mehrwöchigen Wirtschaftsboykott, akzeptieren. 75 kenianische Bürger wurden aus ugandischer „Schutzhaft" (Radio Kampala) entlassen, ferner wurden 24 Tankfernfahrer und Beifahrer freigelassen. Amin mußte seine Annektionsdrohungen gegenüber Westkenia zurücknehmen und sich verpflichten, ausstehende Schulden in Höhe von ca. 100 Mio. DM zu bezahlen. Beide Länder verpflichteten sich, ihre an der Grenze stationierten Truppen zurückzuziehen. Als „Gegenleistung" ließ Kenia den Transitverkehr nach Uganda in „üblicher" Weise passieren. Die ugandische Wirtschaft wird jedoch noch Monate brauchen, um den durch den Boykott entstandenen Schaden auszugleichen und das Wirtschaftsleben zu normalisieren („Daily Telegraph", 12.8.76).

Kenia, unterstützt vom US- und englischen Imperialismus, hat sich gegenüber Amin voll durchgesetzt. Wenn auch der anvisierte Sturz Amins (noch) nicht realisiert wurde, ist doch Amin im Sinne des Imperialismus politisch diszipliniert worden. Der in der afrikanischen Geschichte bislang einmalige Versuch Kenias, ein Nachbarland mit einer Hungerblockade politisch weichzukochen, wurde von der ugandischen Junta nicht verurteilt. Im Gegenteil wurde die kenianische Provokation vom ugandischen Innenminister zu einem *„kurzfristigen Mißverständnis"* heruntergespielt, *„das von den eifersüchtigen Feinden Ugandas und Kenias, die uns spalten wollen, inszeniert"* worden sei (Radio Kampala, 7.8.76).

Mit der Ausweisung von 337 Tansaniern und Ugandern (beschäftigt bei der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft in Nairobi/Kenia) hat Kenia die ugandischen Propagandaphrasen von den *„äußerst gesunden nachbarlichen Beziehungen"* (Radio Kampala, 7.8.76) weithin sichtbar Lügen gestraft.

Die unzweideutige Rolle Kenias in Ostafrika hat Amin nicht davor zurückgehalten, den Komprador Kenyatta zu bitten, seine guten Beziehungen zu England zu nutzen, um England zu einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen aufzufordern. Amin äußerte in einem Interview mit dem BBC u.a., Callaghan sei sein Freund und er wünsche noch mehr Engländer in Uganda („Daily Telegraph", 12.8.76).

Zu den Beziehungen zwischen Uganda und den USA meinte Präsident Amin, er werde Mobutu von Zaire und Tolbert von Liberia – zwei US-Marionetten – die Vermittlungsaufgabe zwischen den beiden Ländern anvertrauen (Monitor-Dienst).

Offensichtlich hat die Blockade Amin in rascher Weise vor Augen geführt, daß Willkürherrscher seines Schlages auch nicht ansatzweise gegen den Imperialismus regieren können und daß er besser daran tut, sich mit dem Imperialismus zu arrangieren. Trotzdem wird Amin seine Mühe haben, die Imperialisten von sich zu überzeugen. Die meisten Kommentatoren der kenianischen Presse schreiben nach wie vor, erst der Sturz Amins würde die Beziehungen zu Uganda grundsätzlich ändern („Daily Telegraph", 12.8.).

In Uganda selbst hat der imperialistische Druck und die politische Herrschaft Amins zu verstärkten Zersetzungserscheinungen geführt. So sah sich der Verteidigungsminister veranlaßt, die weitgehende Korruption der Polizeikräfte zu kritisieren, *„...die meisten der Polizisten haben ihre Pflichten vernachlässigt und sich übler Geschäftspraktiken bedient"*. Die Regierung würde den *„schmutzigen Tricks"* Einhalt gebieten. Im weiteren bemängelte der Minister die zerfallende militärische Disziplin, es hätten sich *„einige Polizisten beim Überfall der Israelis auf den Flughafen von Entebbe versteckt, als sie für die Verteidigung des Landes kämpfen sollten"* (Radio Kampala, 2.8.76).

Afrika-Kommission

Übergangsregierung für Djibouti

Am 31. Juli wurde im „Parlament" in Djibouti eine neue Übergangsregierung gewählt. Ihr gehören sechs Abgeordnete einer Abspaltung der UNI (Partei des abgesetzten Kompradoren Ali Aref) und zwei der antiimperialistischen LPAI an. Die UNI-Abgeordneten hatten sich nicht an der „Wahl" beteiligt, sie waren durch den Absprung einer Reihe von Abgeordneten, denen die UNI mittlerweile allzu diskreditiert erschien, auf eine Minderheit von 17 Mann zusammengeschrumpft. Aus eben diesen abgesprungenen Abgeordneten rekrutiert sich nun die Mehrheit der neuen Übergangsregierung. Ihr Vorsitzender Kamil versprach nach der Wahl, einen Staat der Chancengleichheit, der Respektierung der Bürgerrechte und der Menschenrechte zu schaffen. Kamil gilt in Djibouti als bürgerlich-liberaler Politiker, der nach eigenen Aussagen die Zukunft Djiboutis in einem Modell a la Hongkong sieht! Der Vorsitzende der LPAI, Gouled,

neuen Regierung mit denen der LPAI in folgenden Punkten übereinstimmen: Unabhängigkeit in den ersten vier Monaten des Jahres 1977, eine „Detribalisierung" der Politik in Djibouti (bislang wurden die Volksstämme Afar und Issas von den französischen Kolonialisten gegeneinander ausgespielt), völlig neue Aufstellung der (von den Franzosen total manipulierten) Wahllisten, Änderung des Gesetzes über die Nationalität (das die überwältigende Mehrheit der Einwohner zu nichtwahlberechtigten Ausländern erklärt und ihre willkürliche Festnahme und Abschiebung ermöglicht) und Entfernung der elektrisch geladenen Stacheldrahtzäune, die die Franzosen um Djibouti herum angelegt hatten.
Die LPAI wird in dieser bürgerlich dominierten Übergangsregierung energisch für die Einhaltung der Versprechungen kämpfen müssen, um die Abhaltung demokratischer Wahlen zur Unabhängigkeit einschließlich der Kandidatur der Be-

grund ihres großen Masseneinflusses sowohl bei den Issas als auch bei den Afar die besten Aussichten. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich in der LPAI – die ja ein Sammelbecken verschiedener anti-imperialistischer Strömungen darstellt – die konsequenten Antiimperialisten, die den totalen Bruch mit dem französischen Imperialismus nicht scheuen, durchsetzen können. Bedenklich erscheint uns jedenfalls die Tatsache, daß die LPAI an den französischen Unabhängigkeitsverhandlungen teilgenommen hat, obwohl die Befreiungsfront FLCS nicht beteiligt wurde – was von der LPAI zuvor als Bedingung für die eigene Teilnahme bezeichnet wurde. Weiterhin war die LPAI Mitunterzeichnerin eines Abschlußkommuniques der Pariser Verhandlungen, die die Kooperation mit Frankreich befürwortete.
Provokationen gegen LPAI
Trotz der oben angeführten Tat-

pradoren in der Marionettenpartei UNI versuchen mit bewaffneten Provokateuren die LPAI zu zerschlagen. Aus einem Zusammenstoß mit den UNI-Vögeln am 8. Juli entwickelten sich Straßenschlachten, bei denen 14 Menschen getötet wurden. Erst das Eingreifen französischen Militärs beendete die Straßenkämpfe („Le Monde", 9. und 10. 7.1976). Die Beerdigungen der Opfer am nächsten Tag gestalteten sich zu eindrucksvollen Massendemonstrationen für die LPAI. Die ermordeten Genossen der LPAI gehörten sowohl dem Stamm der Afar wie auch der Issas an. Der Kampf in Djibouti ist eben kein Kampf zwischen den Stämmen (wie es von der bürgerlichen Presse immer wieder fälschlich behauptet wird), sondern ein Kampf zwischen den Kräften des Fortschritts und der totalen Unabhängigkeit auf der einen sowie den Reaktionären und Kompradoren auf der anderen Seite (Informationen, soweit nicht gesondert bezeichnet, nach „Le Monde" vom 31.7.76).

Übergangsregierung für Djibouti

Am 31. Juli wurde im „Parlament" in Djibouti eine neue Übergangsregierung gewählt. Ihr gehören sechs Abgeordnete einer Abspaltung der UNI (Partei des abgesetzten Kompradoren Ali Aref) und zwei der antiimperialistischen LPAI an. Die UNI-Abgeordneten hatten sich nicht an der „Wahl" beteiligt, sie waren durch den Absprung einer Reihe von Abgeordneten, denen die UNI mittlerweile allzu diskreditiert erschien, auf eine Minderheit von 17 Mann zusammengeschrumpft. Aus eben diesen abgesprungenen Abgeordneten rekrutiert sich nun die Mehrheit der neuen Übergangsregierung. Ihr Vorsitzender Kamil versprach nach der Wahl, einen Staat der Chancengleichheit, der Respektierung der Bürgerrechte und der Menschenrechte zu schaffen. Kamil gilt in Djibouti als bürgerlich-liberaler Politiker, der nach eigenen Aussagen die Zukunft Djiboutis in einem Modell a la Hongkong sieht! Der Vorsitzende der LPAI, Gouled, begründete die Teilnahme an dieser Übergangsregierung mit der Feststellung, daß die Vorstellungen der neuen Regierung mit denen der LPAI in folgenden Punkten übereinstimmen: Unabhängigkeit in den ersten vier Monaten des Jahres 1977, eine „Detribalisierung" der Politik in Djibouti (bislang wurden die Volksstämme Afar und Issas von den französischen Kolonialisten gegeneinander ausgespielt), völlig neue Aufstellung der (von den Franzosen total manipulierten) Wahllisten, Änderung des Gesetzes über die Nationalität (das die überwältigende Mehrheit der Einwohner zu nichtwahlberechtigten Ausländern erklärt und ihre willkürliche Festnahme und Abschiebung ermöglicht) und Entfernung der elektrisch geladenen Stacheldrahtzäune, die die Franzosen um Djibouti herum angelegt hatten.

Die LPAI wird in dieser bürgerlich dominierten Übergangsregierung energisch für die Einhaltung der Versprechungen kämpfen müssen, um die Abhaltung demokratischer Wahlen zur Unabhängigkeit einschließlich der Kandidatur der Befreiungsfront FLCS, zu ermöglichen. Bei einer sauberen Durchführung der Wahlen bestehen für die Linken aufgrund ihres großen Masseneinflusses sowohl bei den Issas als auch bei den Afar die besten Aussichten. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich in der LPAI – die ja ein Sammelbecken verschiedener anti-imperialistischer Strömungen darstellt – die konsequenten Antiimperialisten, die den totalen Bruch mit dem französischen Imperialismus nicht scheuen, durchsetzen können. Bedenklich erscheint uns jedenfalls die Tatsache, daß die LPAI an den französischen Unabhängigkeitsverhandlungen teilgenommen hat, obwohl die Befreiungsfront FLCS nicht beteiligt wurde – was von der LPAI zuvor als Bedingung für die eigene Teilnahme bezeichnet wurde. Weiterhin war die LPAI Mitunterzeichnerin eines Abschlußkommuniques der Pariser Verhandlungen, die die Kooperation mit Frankreich befürwortete.

Provokationen gegen LPAI

Trotz der oben angeführten Tatsachen bleibt die LPAI selbstredend der Hauptgegner der Reaktion in Djibouti. Die alteingesessenen Kompradoren in der Marionettenpartei UNI versuchen mit bewaffneten Provokateuren die LPAI zu zerschlagen. Aus einem Zusammenstoß mit den UNI-Vögeln am 8. Juli entwickelten sich Straßenschlachten, bei denen 14 Menschen getötet wurden. Erst das Eingreifen französischen Militärs beendete die Straßenkämpfe („Le Monde", 9. und 10. 7.1976). Die Beerdigungen der Opfer am nächsten Tag gestalteten sich zu eindrucksvollen Massendemonstrationen für die LPAI. Die ermordeten Genossen der LPAI gehörten sowohl dem Stamm der Afar wie auch der Issas an. Der Kampf in Djibouti ist eben kein Kampf zwischen den Stämmen (wie es von der bürgerlichen Presse immer wieder fälschlich behauptet wird), sondern ein Kampf zwischen den Kräften des Fortschritts und der totalen Unabhängigkeit auf der einen sowie den Reaktionären und Kompradoren auf der anderen Seite (Informationen, soweit nicht gesondert bezeichnet, nach „Le Monde" vom 31.7.76).

Afrika-Kommission

Äthiopien:

DERG Arm in Arm mit Reaktionären!

Die äthiopische Militärjunta, die sich mit allen Mitteln der Demagogie als „sozialistisch" und „revolutionär" hinstellt, hat wieder einmal ihren wahren Charakter gezeigt. In einer „diplomatischen Offensive" hat sie Anfang August die „brüderlichen" Beziehungen zu den reaktionären Nachbar-Regimes in Sudan und Kenia bekräftigt.

Besonders betont wird von der Junta die „Atmosphäre der Freundschaft und des Verständnisses" bei den Verhandlungen mit dem „Bruderland" Sudan. Die sudanesischen Führer erklärten, sie *„würden sich in Zusammenarbeit mit der Provisorischen Militärregierung"* (gemeint ist die äth. Junta, Red.) *„für die Einheit Äthiopiens und die Erhaltung des Friedens in diesem Gebiet einsetzen"* (Monitor, Radio Addis Abeba 6.8.76). Dabei haben die sauberen Brüder vor allem zwei Dinge im Sinn:

- Über 100.000 Eritreer und tausende von Äthiopiern sind vor der konterrevolutionären Völkermordpolitik der äthiopischen Militärs nach Sudan geflohen. Allein in der Hauptstadt Khartoum sind mittlerweile ca. zehntausend Äthiopier („Süddeutsche Zeitung", 2.7.76), und die Eritreer leben vor allem in riesigen Hungerlagern nahe der eritreisch-sudanesichen Grenze.

Nun hat die sudanesische Regierung mit den äthiopischen Faschisten *„Möglichkeiten der Repatriierung äthiopischer Flüchtlinge aus Eritrea"* erörtert. Man einigte sich darauf, hierfür äthiopisch-sudanesische „Koordinationsbüros" einzurichten, die angeblich der „Unterstützung" der Flüchtlinge dienen sollen. Offensichtlich handelt es sich vielmehr um ein gemeinsames Vorgehen beider Regimes mit dem Ziel, die Flüchtlinge aus dem Sudan zu vertreiben – vor die Gewehrläufe der Militärs in Äthiopien.

- Den zweiten schwarzen Fleck in dieser sauberen äthiopisch-sudanesischen Brüderschaft enthüllt die EPRP („Revolutionäre Partei der äthiopischen Völker"; ihr Programm ist in der neuen DIE INTERNATIONALE abgedruckt!) in ihrem Nachrichtendienst vom Juli '76:

Ehemalige Generale und Feudalfürsten des 1974 gestürzten Haile-Selassie-Regimes haben sich außerhalb Äthiopiens zusammengerottet und die „Ethiopian Democratic Union" (EDU) mit Sitz in London gegründet. Dazu gehört z.B. der „Fürst" Mengesha Seyoum und der „Kronprinz" Asfa Wossem. Die EDU unterhält Söldnerbanden, die vor allem von Sudan aus in Äthiopien einfallen und die ländliche Bevölkerung massakrieren und terrorisieren. So soll eine Wiederherstellung der alten feudal-reaktionären Verhältnisse erreicht werden.

Diese Feudalisten erfreuen sich wärmster Unterstützung der sudanesischen Regierung! Sie übergab ihnen z.B. im Oktober '75 500 automatische Gewehre, jetzt sollen sie zwei Millionen Schuß Munition erhalten. (Die EDU wird übrigens auch von der BRD unterstützt!)

Eine feine Kumpanei: Die EDU, das sudanesische Numeiri-Regime – und der „brüderliche" äthiopische DERG!

„Brüderliche Atmosphäre" herrschte denn bei den Verhandlungen der äthiopischen Junta mit dem reaktionären Regime in Kenia. Auch die Herren in Nairobi unterstützen die EDU. Das hielt die Delegation des DERG jedoch keineswegs davon ab, *„übereinstimmende Ansichten zwischen beiden Seiten über wichtige internationale Fragen und Probleme Afrikas"* zu betonen. Vor allem aber wurden zahlreiche Abmachungen getroffen über gemeinsame wirtschaftliche Projekte in Industrie, Landwirtschaft und Tourismus. Dabei will man sich um die „finanzielle und technische Unterstützung" der EG-Imperialisten bemühen, wozu bereits Vorschläge bestehen... (Gemeinsames Kommunique vom 1.8.76).

Es paßt in dieses Bild, daß die äthiopische Junta zugleich offensichtlich ihre Gelüste zur Eroberung Djiboutis noch nicht aufgegeben hat. (Durch den Hafen Djiboutis laufen über 60% der Im- und Exporte Äthiopiens, vor allem seit Eritrea durch seinen Unabhängigkeitskampf Äthiopien den Weg zum Roten Meer so gut wie zugesperrt hat.)

Mit Hilfe der USA hat Äthiopien eine neue sechste Division aufgestellt, die im Grenzgebiet zwischen Somalia, Äthiopien und Djibouti Manöver abhält („Guardian, 1.7.76).

Afrika-Kommission

Giscard in Afrika

„Gabun liebt Frankreich“

In der ersten Augustwoche stattete der französische Staatschef Giscard dem äquatorialafrikanischen Staat Gabun einen Besuch ab, an den sich ein 48-stündiger „Safari-Aufenthalt“ in Zaire anschloß. Nach der Afrika-Reise Kissingers vom Juni versuchte nun auch der französische Imperialismus, sein „häßliches Gesicht“ mit wohlklingenden Phrasen wie „Afrika den Afrikanern“ ein neues Make-Up zu verleihen.

Der französische Imperialismus hatte gerade in den letzten Monaten durch seine neo-kolonialistischen Manöver gegenüber der Insel Mayotte, der brutalen Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in Djibouti, durch die offene Unterstützung der UNITA-Banden in Angola und schließlich durch die vereinbarte Lieferung eines Atomkraftwerks an Südafrika eine so offenkundig reaktionäre Rolle in Afrika gespielt, daß sich in der OAU selbst die eher pro-imperialistischen Staaten Afrikas einer Verurteilung dieser Machenschaften nicht enthalten konnten.

Diese dritte Afrika-Reise Giscards wurde offensichtlich mit dem Ziel unternommen, den Einfluß des französischen Imperialismus in einem Teil seines „traditionellen“ Machtbereichs – den ehemaligen französischen Kolonien – zu stabilisieren und den Kompradoren zu versichern, daß Frankreich alles unternehmen wird, um eine anti-imperialistische Entwicklung in Afrika nach Kräften zu blockieren. So wurde im Verlauf der Afrika-Reise Giscards laut, daß die besondere Sorge der französischen Regierung den *„kranken Riesen“* Nigeria und Äthiopien gelte: Nigeria wegen *„ideologischer Konflikte“* (sprich anti-imperialistischer Tendenzen) und Äthiopien wegen der Erfolge der eritreischen Befreiungskämpfer („Le Monde“). Die französische Regierung dokumentiert damit, daß sie in ihrer Afrika-Politik sich keineswegs auf ihre „angestammten“ Einflußgebiete aus der Kolonialzeit zu „beschränken“ gedenkt (hierzu gehört weder Nigeria noch Äthiopien), sondern daß sie, wie Giscard es in Gabun formulierte, *„kontinental“* denkt . . . !

Obwohl sich die französischen Imperialisten nach Kräften bemühen, in Afrika eine von den USA unabhängige Politik zur Schau zu stellen, (z.B. betonte Giscard in Gabun, Frankreich werde sich nicht in *„Hegemonialkämpfe“* einbeziehen lassen), so ist doch die Abstimmung mit der Afrika-Politik Kissingers offensichtlich.

„Giscard ist der Freund von Bongo“

Entwicklung in Afrika nach Kräften zu blockieren. So wurde im Verlauf der Afrika-Reise Giscards laut, daß die besondere Sorge der französischen Regierung den *„kranken Riesen“* Nigeria und Äthiopien gelte: Nigeria wegen *„ideologischer Konflikte“* (sprich anti-imperialistischer Tendenzen) und Äthiopien wegen der Erfolge der eritreischen Befreiungskämpfer („Le Monde“). Die französische Regierung dokumentiert damit, daß sie in ihrer Afrika-Politik sich keineswegs auf ihre „angestammten“ Einflußgebiete aus der Kolonialzeit zu „beschränken“ gedenkt (hierzu gehört weder Nigeria noch Äthiopien), sondern daß sie, wie Giscard es in Gabun formulierte, *„kontinental“* denkt . . . !

Obwohl sich die französischen Imperialisten nach Kräften bemühen, in Afrika eine von den USA unabhängige Politik zur Schau zu stellen, (z.B. betonte Giscard in Gabun, Frankreich werde sich nicht in *„Hegemonialkämpfe“* einbeziehen lassen), so ist doch die Abstimmung mit der Afrika-Politik Kissingers offensichtlich.

„Giscard ist der Freund von Bongo“

Es gibt nicht viele Länder in Afrika, die es sich nach der klaren Verurteilung Frankreichs auf der OAU-Konferenz in Mauritius leisten können, Giscard zu empfangen. Gabun gehört zu ihnen. Gabun gilt als eines der zuverlässigsten Mitglieder der „französischen Gemeinschaft“ in Afrika. Und Frankreich hat allerlei getan, um diese „Zuverlässigkeit“ zu erhalten. 1964 landeten französische Fremdenlegionäre in einer Nacht- und Nebelaktion, um dem bereits gestürzten Komprador M'Ba wieder in den Sattel zu helfen. Grundlage für diese Aggression war der militärische Beistandspakt, den Frankreich im Unabhängigkeitsjahr 1960 mit seinen neo-kolonialistischen Statthaltern abschloß. Er sah ein französisches Interventionsrecht auch o h n e ausdrückliches „Hilfeersuchen“ vor!

Nachfolger des 1967 gestorbenen M'Ba ist Omar Bongo, der heutige Präsident von Gabun. Er bereitete Giscard einen ans Peinliche grenzenden unterwürfigen Empfang. Zum Staatsbesuch wurde extra ein Lied



Bestellter Jubel für Giscard

produziert, das bereits Tage vorher ständig im Rundfunk gespielt wurde, Man könnte es als „Lied vom Kompradoren“ bezeichnen; sein Refrain lautet: *„Bongo ist der Freund von Giscard, Giscard ist der Freund von Bongo, Bongo ist der Feund von Giscard, Frankreich ist der Freund von Gabun“* („Le Monde“, 6.8.76).

Die „Freundschaft“ hat sich bislang vor allem für die französischen Imperialisten ausgezahlt, mögen auch für Bongo diverse Brocken vom Trog abgefallen sein. Gabun gilt als eines der rohstoffreichsten Länder Afrikas. Es ist derzeit der viertgrößte Erdölproduzent in Afrika. Die Ausbeutung hat die französische ELF in den Händen; sie kontrolliert 60%



Bestellter Jubel für Giscard

produziert, das bereits Tage vorher ständig im Rundfunk gespielt wurde, Man könnte es als „Lied vom Kompradoren“ bezeichnen; sein Refrain lautet: *„Bongo ist der Freund von Giscard, Giscard ist der Freund von Bongo, Bongo ist der Feund von Giscard, Frankreich ist der Freund von Gabun“* („Le Monde“, 6.8.76).

Die „Freundschaft“ hat sich bislang vor allem für die französischen Imperialisten ausgezahlt, mögen auch für Bongo diverse Brocken vom Trog abgefallen sein. Gabun gilt als eines der rohstoffreichsten Länder Afrikas. Es ist derzeit der viertgrößte Erdölproduzent in Afrika. Die Ausbeutung hat die französische ELF in den Händen; sie kontrolliert 60%

des Kapitals, während sich der gabunesische Staat mit vergleichsweise lächerlichen 25% begnügt. Am Erdölboom sind außerdem englische US-amerikanische und japanische Firmen beteiligt. Vier Fünftel des Erdöls fließen nach Frankreich, der Steuersatz für die Erdölkonzerne ist mit 38% außerordentlich niedrig.

Gabun ist ferner der zweitgrößte Manganproduzent der Welt (Mangan ist ein hartes und sprödes Metall. Es wird hauptsächlich als Zusatzmetall für Stahl-, Kupfer- und Leichtmetalllegierungen – Flugzeugbau – verwendet). Das französische Kapital ist mit 37% in diesem Sektor beteiligt.

Große wirtschaftliche und militärische Bedeutung haben die Uranvorkommen in Gabun, deren Ausbeutung sich die französischen Imperialisten für ihre Atomstreitmacht mit einer Mehrheitsbeteiligung von 64% sicherten.

Gabun ist weiterhin einer der größten Furnier- und Sperrholzhersteller der Welt, durch Raubbau sind die Bestände in Küstennähe weitgehend erschöpft. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dies auch mit den weiter landeinwärts gelegenen Wäldern eintreten wird. Konzessionen für diese Gebiete hatte die gabunesische Regierung 1971 an acht französische Unternehmen gegeben. Auch der Fischfang an der Küste wird von ausländischen Gesellschaften betrieben.

Insgesamt beuten über 500 französische Firmen das Land aus. Die totale Abhängigkeit von Frankreich wird durch die Anwesenheit von über 20 000 Franzosen im Land noch verstärkt. Franzosen findet man selbst in den unteren Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Praktisch beherrschen sie das Land. Durch das

gehend erschöpft. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dies auch mit den weiter landeinwärts gelegenen Wäldern eintreten wird. Konzessionen für diese Gebiete hatte die gabunesische Regierung 1971 an acht französische Unternehmen gegeben. Auch der Fischfang an der Küste wird von ausländischen Gesellschaften betrieben.

Insgesamt beuten über 500 französische Firmen das Land aus. Die totale Abhängigkeit von Frankreich wird durch die Anwesenheit von über 20 000 Franzosen im Land noch verstärkt. Franzosen findet man selbst in den unteren Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Praktisch beherrschen sie das Land. Durch das

1975 erneuerte Kooperationsabkommen mit Frankreich ist der Zustrom französischer „Fachkräfte“ auch für die Zukunft gesichert: Allein 1975 kamen über 700 Franzosen ins Land. Eine groß angekündigte „Gabunisierung“ des gesellschaftlichen Lebens hat bisher nur auf dem Papier stattgefunden (abgesehen davon, daß sie angesichts der herrschenden Strukturen nur der Verstärkung der schwach entwickelten gabunesischen Bourgeoisie gedient hätte).

Bongos „neue Philosophie“ – ein uralter Hut.

Die „neue Philosophie“ des sich mittlerweile zum Moslem gewandelten Bongo verspricht ebenfalls nichts anderes als die Beibehaltung des Neo-Kolonialismus: *„Demokratischer und gemeinsamer Fortschritt – oder geplanter Liberalismus – Sozialismus des Auslands, denn in dieser Form führt der Sozialismus unweigerlich zu Nationalisierungen, die wir definitiv nicht wünschen, denn in neun von zehn Fällen führen sie zum wirtschaftlichen Niedergang und Bankrott“* („Africa“, August 76).

Auf diesem „philosophischen Fundament“ baut die französische Regierung ihren alles beherrschenden Einfluß in Gabun durch massive Finanzspritzen aus: Allein 1976 wird die französische Finanzhilfe für Gabun ca. 130 Mill. DM betragen! Auch in Zukunft will sich Frankreich aus seinem Jagdrevier nicht vertreiben lassen: Im Verlauf des Besuchs von Giscard (gemeinsam mit dem Präsidenten der Bank von Paris und der Niederlande) hat Frankreich zugesagt, weitere technische Fachkräfte nach Gabun zu schicken. Frankreich wird sich ferner an technischen Studien für einen Staudamm, dem Abbau von Eisenerzlagern (man vermutet: mit die größten der Welt), Wasserkraftwerken und Zementfabriken beteiligen und Pläne für die Finanzierung vorlegen. Im gemeinsamen Schlußkommunique wurde folgerichtig auf die *„privilegierten Beziehungen“* zwischen Gabun und Frankreich hingewiesen und *„weitgehendes gegenseitiges Verständnis“* und eine *„enge Geistesverwandschaft“* sowie eine *„gleiche Sichtweise in der Außenpolitik“* herausgestellt.

In Zaire – die gleiche Komödie!

Ähnlichen Beifall wie in Gabun fand der Besuch Giscards in Zaire durch die offizielle zairische Nachrichtenagentur. Auf dem Hintergrund von drei Lieferungen von Mirage-Bombern an Zaire im Verlaufe von acht Monaten kam es zu folgenden Lobeshymnen auf den Repräsentanten des französischen Imperialismus: *„Durch seinen offiziellen Besuch der Zairer in ihrem Lande hat er (Giscard) die Beziehungen zwischen den*

gesagt, weitere technische Fachkräfte nach Gabun zu schicken. Frankreich wird sich ferner an technischen Studien für einen Staudamm, dem Abbau von Eisenerzlagern (man vermutet: mit die größten der Welt), Wasserkraftwerken und Zementfabriken beteiligen und Pläne für die Finanzierung vorlegen. Im gemeinsamen Schlußkommunique wurde folgerichtig auf die *„privilegierten Beziehungen“* zwischen Gabun und Frankreich hingewiesen und *„weitgehendes gegenseitiges Verständnis“* und eine *„enge Geistesverwandschaft“* sowie eine *„gleiche Sichtweise in der Außenpolitik“* herausgestellt.

In Zaire – die gleiche Komödie!

Ähnlichen Beifall wie in Gabun fand der Besuch Giscards in Zaire durch die offizielle zairische Nachrichtenagentur. Auf dem Hintergrund von drei Lieferungen von Mirage-Bombern an Zaire im Verlaufe von acht Monaten kam es zu folgenden Lobeshymnen auf den Repräsentanten des französischen Imperialismus: *„Durch seinen offiziellen Besuch der Zairer in ihrem Lande hat er (Giscard) die Beziehungen zwischen den*

beiden Ländern belebt, durch das Erleben ihrer Echtheit und die Andeutung, daß man bei großer gegenseitiger Wertschätzung ohne zu klopfen in ein Zimmer treten kann“ („AZAP“, 9.8.76).

Afrika-Kommission

Marokko plant Angriff auf saharuische Flüchtlingslager in Algerien!

Mit bisher 5 000 getöteten Soldaten der marokkanischen und mauretanischen Aggressionsarmee seit dem Einmarsch von Hassans Truppen in die damalige spanische Kolonie und jetzige „Demokratische arabische Republik Sahara“, hat das saharuische Volk den Invasoren heldenhaften Widerstand geleistet und den Feind erheblich geschwächt. Die im Mai begonnene militärische Sommeroffensive der Frente POLISARIO hält mit unverminderter Heftigkeit an. Allein in den letzten beiden Juli-Wochen konnten 547 Soldaten des Feindes getötet werden („Daily Telegraph“ 11.8.76). Auch gelang es, die gesamte elektrische Versorgung der Bou Craa Phosphatminen in die Luft zu sprengen, so daß weiterhin gewährleistet ist, daß kein Sack der saharuischen Bodenschätze das Land verlassen wird.

Marokko, Festung und Lakai des US-Imperialismus, das schon in der Vergangenheit die wenigen offiziell zugegebenen Verluste mit dem Eingreifen algerischer Truppen zu bemänteln versuchte, trifft angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit, einen militärischen Sieg über das saharuische Volk zu erringen, aktuell deutliche Kriegsvorbereitungen gegen Algerien.

Ziel ist die Ausrottung der zigtausende saharuischen Flüchtlinge, die im Süd-Westen Algeriens bei Tindouf in mehreren Flüchtlingslagern leben.

In einem Schreiben an die UN-Flüchtlingsorganisation und das Rote Kreuz, bittet die marokkanische Regierung in verlogener Weise diese Organisationen um Zusammenarbeit bei der *„Repatriierung“* der *„marokkanischen und mauretanischen Bürger, die in Tindouf von den algerischen Militärs und den Kadern der FLN festgehalten werden“!* („Le Monde“, 30.7.76).

Und in einem Memorandum an die arabische Liga heißt es zur Begründung des geplanten Überfalls auf die Flüchtlingslager:

„Tausende Saharuis, eingepfercht in Tindouf, warten nur darauf, daß ihre Kasernierung durch Algerien aufgehoben wird, um massiv dem Ruf ihres Königs zu folgen und ihre Heimat und ihre Familien wiederzusehen“! („Le Monde“, 6.8.76).

In diesem Memorandum wird ferner die algerische Unterstützung für den Befreiungskampf der Saharuis als *„Aggression gegen Marokko“* dargestellt, die nicht länger tatenlos hingenommen werden könnte.

Als eine direkte Vorbereitung für den Überfall gegen die Flüchtlingslager in Algerien, ist ein Militärhilfe-Abkommen zwischen Mauretanien und Marokko zu werten, das *„eine Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit, zur Effektivierung der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen“* vorsieht („El Moudjahid“,

Kreuz, bittet die marokkanische Regierung in verlogener Weise diese Organisationen um Zusammenarbeit bei der *„Repatriierung“* der *„marokkanischen und mauretanischen Bürger, die in Tindouf von den algerischen Militärs und den Kadern der FLN festgehalten werden“!* („Le Monde“, 30.7.76).

Und in einem Memorandum an die arabische Liga heißt es zur Begründung des geplanten Überfalls auf die Flüchtlingslager:

„Tausende Saharuis, eingepfercht in Tindouf, warten nur darauf, daß ihre Kasernierung durch Algerien aufgehoben wird, um massiv dem Ruf ihres Königs zu folgen und ihre Heimat und ihre Familien wiederzusehen“! („Le Monde“, 6.8.76).

In diesem Memorandum wird ferner die algerische Unterstützung für den Befreiungskampf der Saharuis als *„Aggression gegen Marokko“* dargestellt, die nicht länger tatenlos hingenommen werden könnte.

Als eine direkte Vorbereitung für den Überfall gegen die Flüchtlingslager in Algerien, ist ein Militärhilfe-Abkommen zwischen Mauretanien und Marokko zu werten, das *„eine Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit, zur Effektivierung der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen“* vorsieht („El Moudjahid“,

24.7.76).

Die Hilflosigkeit der marokkanischen Invasoren, mit dem Widerstand des saharuischen Volkes fertig zu werden, erhöht weiter die Kriegsgefahr im Maghreb.

Afrika-Kommission

lateinamerika aktuell

Argentinien

„Wehe, Sie schreiben nochmal einen Arbeiter krank“

Im Mai wurden in Buenos Aires merhrere Ärzte bedroht, überfallen oder ihr Eigentum verwüstet. Die zensierte argentinische Presse berichtete darüber. Am bekanntesten wurde die Verschleppung und Ermordung von Dr. Ackerman und die Praxisverwüstung und Verschleppung der Frau von Dr. Kcrawczyk. Von der Frau fehlt seither jede Nachricht.

Nicht bekannt wurde, daß diese und andere Ärzte Drohungen erhielten, die wahrgemacht würden, wenn sie nicht sofort aufhörten, Arbeiter krank zu schreiben. Die sollten gefälligst, wie die beschnittene Arbeitsgesetzgebung es vorschreibt, die von den Unternehmern bezahlten und ihnen hörigen Ärzte aufsuchen und sich egal in was für welchem Gesundheitszustand ausbeuten lassen.

Nicht genug, daß erkämpfte Rechte der Arbeiter außer Kraft gesetzte wurden, daß Militär oder Werkschutz ihnen bei der Arbeit im Rücken stehen – jetzt trifft die Repression auch noch die Ärzte, die sich nicht zu Komplizen des rücksichtslosen Menschenverschleißes machen wollen. („El Combatiente“ 221, 14.6.76)

Lateinamerika-Kommission

19 Professoren verhaftet

Inzwischen wurden 19 Professoren in Argentinien verhaftet, weil sie angeblich „linksgerichtete Infiltranten“ seien. 31 weitere Professoren werden noch gesucht. Ein Professor beging inzwischen in seiner Haft Selbstmord („Hann. Allgem. Zeitung“, 6.8.76). Ebenfalls für fünf Tage in Haft genommen wurde der ehemalige rechtsperonistische Präsident Lanusse, da er Kritik an der Verhaftung eines Militärs äußerte, der nichts mit dem ihm vorgeworfenen „Marxismus“ zu tun habe. Diese Festnahmen zeigen, daß die Junta – genau so wie in Chile! – auch gegen rechtsbürgerliche Politiker vorgeht, um somit auch den „letzten Muckser“ auszuschalten.

Lateinamerika-Kommission

KP-Reformisten quetschen sich halbe Distanzierung zur Junta ab

Hinter einer „Analyse“ der argentinischen KP von Anfang Juni verschanzt, hat sich die DDR im „Horizont“ 32/1976 zum ersten Mal eine laue Kritik an der argentinischen Militärjunta geleistet.

Da werden zwar immer noch die Bemühungen der Junta anerkannt, *„keine chilenischen Parallelen aufkommen zu lassen“*, – aber, so stellt die argentinische „KP“, und mit ihr die DDR-Revisionisten, betrübt fest, *„politische Stabilität und soziale Ruhe wurden nicht erreicht“*.

Zwar sind die Reformisten immer noch blind dafür, daß die beklagten Terrorbanden von Armee und Polizei selber gestellt werden, aber immerhin – ihre *„uneingeschränkte Duldung“* durch die *„amtierende Regierung“* können sie nicht mehr übersehen.

Wie konnten die erst so vielversprechenden Militärs die Erwartungen der Reformisten auch nur so arg enttäuschen! Einfach keinen *„Plan für das Land“* auszuarbeiten, sondern *„nur für einen winzigen Sektor, und zwar für die Latifundistenoligarchie und die Monopole“!* („Horizont“-Zitat aus der KPA-Broschüre „Veränderte Demokratie oder Pinochetismus“).

Und die *„Meinung der Arbeiter, Bauern, Genossenschafter und Organisationen der kleinen und mittleren Unternehmer“* haben die treulosen Militärs erst gar nicht *„gehört“*!

Die Revisionisten schwafeln immer noch von der *„Einheit der Werktätigen“* in der Gewerkschaft, in der man *„Guerillatum und terroristische Methoden niemals wird durchsetzen können“*. Natürlich nicht, die Gewerkschaft ist inzwischen von Militärs besetzt.

Bleibt abzuwarten, wie die KP-Reformisten reden, wenn auch sie eins von der *„amtierenden Regierung“* auf den Deckel kriegen.

Nur gut, daß wenigstens in Argentinien kein Hahn nach ihnen kräht.

Lateinamerika-Kommission

Brasilien: Millionen Menschen am Existenzminimum — Imperialisten zufrieden

Amazonasgebiet und Nordosten

Die Lebenssituation der Mehrheit des brasilianischen Volkes ist – trotz aller gegenteiligen Wirtschaftswunder-Beteuerungen der bürgerlichen Presse – eine einzige Katastrophe.

– Zum 1. Mai 1976 waren Lohnerhöhungen zugestanden worden, die aber schon jetzt durch die lawinenartige Steigerung der Lebenshaltungskosten zunichte gemacht sind. Durch die Lohnerhöhungen waren die Mindestlöhne auf rund 180 DM bzw. 130 DM (im ärmeren Nordosten) heraufgesetzt worden – dies bei Lebenshaltungskosten, die kaum unter denen der BRD liegen!! Ungefähr die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung verdient aber nicht einmal den Mindestlohn („Chilenachrichten" Nr. 39).

– Die Arbeitsbedingungen unterliegen in Brasilien kaum einer gesetzlichen Kontrolle. Brasilien ist das Land mit der höchsten Quote an Arbeitsunfällen in der Welt. Jeder siebte Arbeiter hatte 1972 einen schweren Arbeitsunfall, insgesamt 1,5 Mio. Eine geplante Gesetzesänderung sieht vor, daß jeder „selbstverschuldete" Arbeitsunfall ein Kündigungsgrund sein soll.

– Zur Zeit arbeiten in Brasilien 1,5 Mio. Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren.

– Selbst in den Stadtgebieten sind noch 35% der Bevölkerung über 14 Jahren Analphabeten. Nur rund ein Drittel aller Häuser hat Wasseranschluß, nur 47% haben elektrisches Licht.

– In den Landgebieten, insbesondere im Nordosten sehen diese Zahlen noch erheblich schlimmer aus. Z.B. hatten 1971 78% aller Kinder zwischen sieben und 14 Jahren im Nordosten keinen Platz in einer Schule. („Brasilien – 12 Jahre Diktatur", Brasiliengruppen, Westberlin).

– Regelrechte Sklavenarbeit ist keine Seltenheit. Im Amazonasgebiet werden Arbeiter zum Roden des Urwaldes angeworben, Ausrüstung und Werkzeuge müssen sie – was ihnen verschwiegen wird – selber bezahlen, so verschulden sie sich und geraten in die totale Abhängigkeit ihres Arbeitgebers. Versuche von diesen „Arbeitsstellen" zu fliehen werden von schwerbewaffneten Posten verhindert. Ein Landarbeiter, der sich beim Bäumefällen schwer verletzte, floh durch den Urwald ins nächste Krankenhaus, weil der Großgrundbesitzer ihm eine Behandlung verweigert hatte. Sein „Arbeitgeber" brachte ihn aber gewaltsam zur Arbeitsstelle zurück und zwang ihn trotz der Verletzungen zur Arbeit („Frankfurter Rundschau" („FR"), 2.8.76).

– Seit etwa einem halben Jahr herrscht im Nordosten eine der schlimmsten Dürrekatastrophen seit Jahren. Rund 250.000 Menschen haben das Gebiet bereits verlassen, um nicht zu verhungern. Sie strömen in die Städte entlang der Küste, wo aber nicht genug Arbeit angeboten wird, Hunger und Krankheiten breiten sich aus.

Die Regierung hat bislang nichts an Hilfsaktionen unternommen, außer einige Arbeitsfronten (!) zu bilden, die auch noch propagandistisch als große Leistung ausgeschlachtet werden. Eine „Soforthilfe" des Nationalen Währungsfonds über kaum eine Million DM wurde abgelehnt, weil sie den Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung widerspreche, dafür wurden aber sämtliche „Sicherheits"organe im betroffenen Gebiet in Alarmbereitschaft versetzt.

D.h. für die Regierung ist die Hungerkatastrophe ein reines Sicherheitsproblem.

Einige Kämpfe finden statt — Regierung antwortet mit Repression

Ende Juni besetzten einige Menschen den Markt von Ibiara (im Nordosten), um sich Lebensmittel zu verschaffen. Ähnliche Aktionen wurden an anderen Orten ebenfalls durchgeführt.

Auch in anderen Gebieten ist der Druck auf das Lebensniveau so stark, daß es trotz der brutalen Repression zu Arbeitskämpfen kommt. Im Frühling streikten die Busfahrer in Cuiaba (Mato Grosso) für eine Lohnerhöhung.

Im Juni streikten 1.000 Bauarbeiter in Londrina für eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 1 DM (!). Es gelang den Arbeitern, die anrückende örtliche Polizei zurückzuschlagen, daraufhin wurde eine Abteilung Militärpolizei eingesetzt, die die Arbeiter auseinandertrieb.

Schon im Laufe des Jahres 1975 und Anfang '76 organisierten die Studenten in Bahia, Sao Paulo, Rio und anderen Städten Streiks, Demonstrationen und Kongresse gegen die faschistischen Methoden der Militärdiktatur und für die Menschenrechte.

Eine Vereinigung der Rechtsanwälte veröffentlichte Dokumente über Folter in den Gefängnissen. In den Industriezentren von Rio und Sao Paulo kam es, vor allem unter den Stahlarbeitern, zu Lohnkämpfen und Demonstrationen mit Forderungen nach Versammlungsfreiheit, Sicherheit am Arbeitsplatz, erhöhtes Lebensniveau.

Die Faschisten sind aber noch auf solche Kämpfe, die erst langsam an Breite zunehmen, vorbereitet und schlagen mit brutaler Repression zurück.

Verhaftungen und Folter, auch gegen bürgerliche Oppositionelle gehen weiter. Eine Amnestie, über die im Zusammenhang mit Präsident Geisels angeblichen „Liberalisierungs"tendenzen gemunkelt wurde, ist natürlich abgelehnt.

Angesichts der Gemeindewahlen, die im November durchgeführt werden sollen, versucht die Regierung vielmehr, auch die bürgerlichen Reihen noch kräftig zu säubern. So wurden allein im Monat März 100 Mitglieder der MDB (brasilianische demokratische Bewegung) verhaftet. Dabei ist die MDB, ebenso wie die Regierungspartei ARENA (Nationale Erneuerungsallianz) 1965 von den Faschisten gegründet worden; die ARENA als Stütze und Sprachrohr der Regierung, MDB als offizielle „Oppositions"partei, um die Farce von zeitweiligen Wahlen aufrecht erhalten zu können. In Brasilien besteht absolute Wahlpflicht! . Opposition ist nur dann gestattet, wenn sie sich strikt im engen, von der Regierung gesetzten Rahmen bewegt.

– Die totale Pressezensur ist nach wie vor gültig und wirksam.

– Die berüchtigten Todes-Schwadrone sind in keiner Weise behindert, erst im Mai haben sie wieder 30 Menschen umgebracht (Brasiliengruppen, Westberlin u. Chilenachrichten, Nr. 39).

So sind denn auch die Imperialisten nach wie vor mit ihrem brasilianischen „Partner" weitgehend zufrieden. Die „Frankfurter Allgemeine" schreibt in Tips an die deutschen Investoren, daß es nun mal leider diesen *„unschönen Zusammenhang"* zwischen politischer und wirtschaftlicher Stabilität und Pression gebe und weiter: *„Das Brasilienrisiko ist für den Investor – isoliert betrachtet – zwar schlechter als vor einem oder zwei Jahren, aber es ist immer noch gut; verglichen mit ... anderen Staaten sogar sehr gut"* („FAZ", 15.4.76).

Lateinamerikakommission

Kinder versuchen bei Ebbe auf morastigem Boden Krabben zu fangen. Wenn sie nur einen Moment zu lange auf einer Stelle bleiben, können sie im Morast versinken.

Peru
Immer stärkere Bindung an den Imperialismus
Wie In AK 86 berichtet, wird die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Linken Opposition in Peru immer brutaler durchgeführt. Mit den gleichen Riesenschritten nähert sich die peruanische Regierung auch auf wirtschaftlichem Gebiet ihren faschistischen Nachbarn an: Lohnabbau und Verelendung für das Volk, Öffnung und Vergünstigungen für die Imperialisten.
Am 1.7. verkündete die Regie-
wurde, jetzt reprivatisiert werden.
Die Zurücknahme weiterer Verstaatlichungen wird derzeit propagandistisch vorbereitet, indem immer wieder über die Unrentabilität der staatlichen Betriebe lamentiert wird.
– So soll weiter die Auszahlung eines Teils der Jahresgewinne eines Betriebes an die Belegschaft (was vor einigen Jahren als einmalige Reform gefeiert wurde) be-
für die Enteignung ihres Bodens mit Unsummen entschädigt wurden, die Entschädigungssummen nicht in Peru investiert, sondern ins Ausland gebracht haben (Peru-Komitee, Westberlin).
Um den hohen Überschuß an Importen (1975 doppelt so hoch wie der Export) zu drosseln, hat die Regierung die Importpreise erhöht. Dadurch und durch die Verteuerung der Kredite wird ein drastischer
Perus Außenpolitik – Neue Freunde.....
Im Zusammenhang mit der Faschisierung in Peru selber (siehe auch ARBEITERKAMPF Nr. 86) betreibt dieses Land eine entsprechende reaktionäre Außenpolitik.
So besuchte der peruanische Aussenminister Radbill am 10. August die faschistische Junta Argentiniens. In einer Erklärung des peruanischen Außenministeriums heißt es, der
Austritt Chiles aus dem Andenpakt steht bevor
Der lateinamerikanische Andenpakt, dem Chile, Kolumbien, Peru, Bolivien, Ecuador und Venezuela angehören und deren Ziel es einmal war, eine bestimmte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und ge-
– Die Arbeitsbedingungen unterliegen in Brasilien kaum einer gesetzlichen Kontrolle. Brasilien ist das Land mit der höchsten Quote an Arbeitsunfällen in der Welt. Jeder siebte Arbeiter hatte 1972 einen schweren Arbeitsunfall, insgesamt 1,5 Mio. Eine geplante Gesetzesänderung sieht vor, daß jeder „selbstverschuldete" Arbeitsunfall ein Kündigungsgrund sein soll.
– Zur Zeit arbeiten in Brasilien 1,5 Mio. Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren.
– Selbst in den Stadtgebieten sind noch 35% der Bevölkerung über 14 Jahren Analphabeten. Nur rund ein Drittel aller Häuser hat Wasser-
gruppen, Westberlin u. Chilenachrichten, Nr. 39).
So sind denn auch die Imperialisten nach wie vor mit ihrem brasilianischen „Partner" weitgehend zufrieden. Die „Frankfurter Allgemeine" schreibt in Tips an die deutschen Investoren, daß es nun mal leider diesen „unschönen Zusammenhang" zwischen politischer und wirtschaftlicher Stabilität und Pression gebe und weiter: „Das Brasilienrisiko ist für den Investor – isoliert betrachtet – zwar schlechter als vor einem oder zwei Jahren, aber es ist immer noch gut; verglichen mit ... anderen Staaten sogar sehr gut" („FAZ", 15.4.76).
Lateinamerikakommission
nächste Krankenhaus, weil der Großgrundbesitzer ihm eine Behandlung verweigert hatte. Sein „Arbeitgeber" brachte ihn aber gewaltsam zur Arbeitsstelle zurück und zwang ihn trotz der Verletzungen zur Arbeit („Frankfurter Rundschau" („FR"), 2.8.76).
– Seit etwa einem halben Jahr herrscht im Nordosten eine der schlimmsten Dürrekatastrophen seit Jahren. Rund 250.000 Menschen haben das Gebiet bereits verlassen, um nicht zu verhungern. Sie strömen in die Städte entlang der Küste, wo



Kinder versuchen bei Ebbe auf morastigem Boden Krabben zu fangen. Wenn sie nur einen Moment zu lange auf einer Stelle bleiben, können sie im Morast versinken.

Peru
Immer stärkere Bindung an den Imperialismus

Wie In AK 86 berichtet, wird die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Linken Opposition in Peru immer brutaler durchgeführt. Mit den gleichen Riesenschritten nähert sich die peruanische Regierung auch auf wirtschaftlichem Gebiet ihren faschistischen Nachbarn an: Lohnabbau und Verelendung für das Volk, Öffnung und Vergünstigungen für die Imperialisten.

Am 1.7. verkündete die Regierung ihr *„Schockprogramm"*, das Löhne und Gehälter einfriert, die Lebenshaltungskosten enorm verteuert und dringend notwendige Investitionen im sozialen Bereich zurückstellt. Die Kämpfe und Proteste dagegen wurden massiv und teilweise blutig niedergeschlagen (vergl. AK 84 und 86). Darüberhinaus geht die peruanische Regierung jetzt daran, ihre früheren Reformen und Mitbestimmungsmodelle von Grund auf abzubauen.

– So soll die Anchovisfangflotte, die mit ihren 800 Fangschiffen vor drei Jahren mit großem propagandistischen Aufwand verstaatlicht wurde, jetzt reprivatisiert werden.

Die Zurücknahme weiterer Verstaatlichungen wird derzeit propagandistisch vorbereitet, indem immer wieder über die Unrentabilität der staatlichen Betriebe lamentiert wird.

– So soll weiter die Auszahlung eines Teils der Jahresgewinne eines Betriebes an die Belegschaft (was vor einigen Jahren als einmalige Reform gefeiert wurde) begrenzt, bzw. ganz abgeschafft werden; unter anderem weil sich ein *„wachsender Vertrauensschwund unter den Geschäftsleuten"* bemerkbar gemacht habe („Monitor Dienst", 2.7.).

– Die Industriegemeinschaften (eine besondere Form der Mitbestimmung) sollen aus ähnlichen Gründen nach und nach aufgelöst werden.

Die Ursachen der Wirtschaftkrise, die das Volk jetzt auf seinem Rücken austragen soll, liegen unter anderem in den niedrigen Kupferpreisen, die die Imperialisten auf dem Weltmarkt ständig drücken. Sie liegen aber zum Beispiel auch an der Tatsache, daß die ländlichen Großgrundbesitzer, die für die Enteignung ihres Bodens mit Unsummen entschädigt wurden, die Entschädigungssummen nicht in Peru investiert, sondern ins Ausland gebracht haben (Peru-Komitee, West-Berlin).

Um den hohen Überschuß an Importen (1975 doppelt so hoch wie der Export) zu drosseln, hat die Regierung die Importpreise erhöht. Dadurch und durch die Verteuerung der Kredite wird ein drastischer Konzentrationsprozeß eingeleitet, der einzig und allein den imperialistischen Firmen zu Gute kommen wird.

Nicht umsonst sind eben im März dieses Jahres innerhalb von zehn Tagen US-Außenminister Kissinger, Weltbankchef McNamara und der Präsident der interamerikanischen Entwicklungsbank, Ortiz Mena, in Peru zu Besuch gewesen. Daß sie die Interessen der Imperialisten durchsetzen und das „peruanische Modell" zu Grabe tragen konnten, wird immer deutlicher.

Lateinamerkakommission

Perus Außenpolitik – Neue Freunde.....

Im Zusammenhang mit der Faschisierung in Peru selber (siehe auch ARBEITERKAMPF Nr. 86) betreibt dieses Land eine entsprechende reaktionäre Außenpolitik.

So besuchte der peruanische Aussenminister Radbill am 10. August die faschistische Junta Argentiniens. In einer Erklärung des peruanischen Außenministeriums heißt es, der Besuch werde *„die Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten der bilateralen Beziehungen ... festigen"* („Monitordienst", 4.8.76).

Noch klarer wird die Außenpolitik Perus aus einer Erklärung des peruanischen Botschafters in Chile, Carlos Arrellano. Er sagte in einem Interview: *„Die Prioritäten in der peruanischen Außenpolitik wurden kürzlich unter Präsident Bermudez anders gesetzt (!), insbesondere in Bezug auf die Beziehungen ... zwischen Chile und Peru"*. Es zeige sich, *„daß wir den Mangel an Kommunikation, der uns die letzten Jahre trennte, überwunden haben und daß nun ein offener Dialog auf politischer, militärischer und wirtschaftlischer Ebene im Gange ist"*. So regte Perus Botschafter an, *„gemeinsame Unternehmen zu errichten, die mit chilenischem und peruanischem Kapital finanziert werden"* („Monitordienst", 2.8.76).

Die Lobhudelei der chilenischen Faschisten ist ein weiteres Zeichen der Faschisierung in Peru.

Lateinamerikakommission

Austritt Chiles aus dem Andenpakt steht bevor

Der lateinamerikanische Andenpakt, dem Chile, Kolumbien, Peru, Bolivien, Ecuador und Venezuela angehören und deren Ziel es einmal war, eine bestimmte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und gemeinsam gegen die imperialistischen Konzerne vorzugehen, hat deutliche Zerfallserscheinungen.

Hintergrund dafür ist der direkte politische und wirtschaftliche Einfluß bzw. die direkte wirtschaftliche Kontrolle seitens des US-Imperialismus, die diese Länder in große Abhängigkeit gedrängt hat. Damit verbunden ist eine völlige Aufgabe einer – auch nur in kleinstem Maße – „antiimperialistischen" Wirtschaftspolitik. Daraus ergaben sich in letzter Zeit zunehmend Schwierigkeiten der betroffenen Länder, den Andenpakt aufrechtzuerhalten. Strittiger Punkt war der Artikel 24 eines Gesetzes, daß ein gewisses Einfuhrverbot für ausländische Kapitalien vorsieht. Während Chile dem ausländischen Kapital überhaupt keine Beschränkungen, Zölle usw. auferlegen will, haben die anderen beteiligten Länder den Artikel 24 bereits unterzeichnet. Chile erhält eine Frist von 90 Tagen, diesen Artikel zu unterschreiben oder auszutreten.

Der chilenische Wirtschaftsexperte und ehemalige Minister Orlando Saez erklärte in einem Interview, der *„Andenpakt sei unweigerlich dem Zusammenbruch geweiht, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen würden"* („Monitordienst", 11.8.76). Zur Haltung Chiles erklärte der venezuelanische Außenhandelsbeauftragte, Figueredo, der *„Andenpakt werden auch ohne Chile weitergeführt"* („Monitordienst", 11.8.).

Zum Auseinanderfallen dieses Wirtschaftspaktes mußte es aufgrund der eingangs erwähnten Bedingungen ohnehin kommen. Die Rolle Chiles dabei ist bezeichnend, daß dieses Regime sich besonders bedingungslos den Interessen der ausländischen Konzerne unterordnet.

Lateinamerikakommission

Peru
Ausnahmezustand verlängert!

Der zunächst auf vier Wochen befristete Ausnahmezustand in Peru, der eine reaktionäre Offensive der Militärregierung einleitete, ist um weitere vier Wochen (bis Ende August) verlängert worden, *„um eine bessere Kontrolle über das Verhalten der Bevölkerung zu gewährleisten"*, wie es in einem Kommuniqué der Junta heißt. Die Ausgangssperre beinhaltet unter anderem, daß Versammlungen aller Art in Gebäuden oder im Freien verboten sind, Fußgänger und Autofahrer zwischen Mitternacht und 5 Uhr nicht die Straßen betreten dürfen usw. Aufgehoben worden sind damit auch einige bürgerliche Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die „Freizügigkeit" („Monitordienst", 9.8.).

Die peruanische Militärregierung hat inzwischen auch zugegeben, daß es seit dem 1.7.76 *„eine beträchtliche Zahl von Toten, Verletzten und viele Festnahmen"* gegeben habe („Süddeutsche Zeitung", 15.8.76).

Am 28.7. hielt der amtierende Präsident, General Bermudez, eine Grundsatzrede zur Rechtfertigung der eingeleiteten Faschisierung in Peru. Er erklärte, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung darauf abzielten, die *„Kaufkraft der Bevölkerung abzuschöpfen"* – sprich Lohnabbau plus Preissteigerungen. Demagogisch sagte er, daß *„es Zeiten in der Geschichte gebe, in denen ... unpopuläre Maßnahmen ... die wertvollsten Elemente eines Prozesses sein können"*.

Demagogisch spuckt er dann Phrasen über den *„revolutionären, humanen und christlichen Prozeß"* aus, der verteidigt werden müsse, und begründete die Maßnahme seiner Regierung, die Presse nicht – wie ehemals versprochen – an Organe der Bevölkerung zu übergeben, damit, daß die Bevölkerung noch nicht „reif" dafür sei. Die Hauptangriffe richtete Bermudez gegen die Linke: *„.... vereinzelte extremistische Stimmen versuchen, die öffentliche Meinung zu verwirren und die Regierungshandlungen als einen Rückschritt zu interpretieren"*. Wohin die „peruanische Revolution" steuert, machte Bermudez am Schluß seiner Rede deutlich: *„Es gab keinen anderen Weg, der Subversion ein Ende zu bereiten. Diese Haltung steht nicht im Widerspruch und verweigert auch nicht das Recht auf Freiheit, das die Revolutionsregierung der Streitkräfte erfüllt, weil wir niemals behauptet haben, daß es in einer humanistischen Revolution vollständige ... Freiheit geben könne"* („Monitordienst", 30.7.76).

Damit hat Bermudez als Programm auf die Fahnen geschrieben, was die faschistischen Diktaturen Lateinamerikas bereits vollzogen haben: „Der Subversion ein Ende machen".

Lateinamerikakommission

Chilenischer Außenminister nach Europa!

Der chilenische Außenminister Carvajal plant einen Trip durch Westeuropa. Seine Reise soll ihn nach Frankreich, die Bundesrepublik und – wie sollte es anders sein – zu seinen faschistischen Freunden nach Spanien führen. Die Besuche in Frankreich und der Bundesrepublik seien jedoch *„noch nicht endgültig"* festgelegt („Tagesspiegel", 8.8.76). In Spanien will der chilenische Bandit mit seinen Freunden ein umfangreiches Kulturabkommen abschließen.

Lateinamerikakommission

Die Zionisten feiern ihre militärischen Aggressionen

Fortsetzung von Seite 3

elischen Kanonenbooten gestoppt. Eine Genossin und ein Genosse der kommunistischen Aktionsorganisation im Libanon wurden verhaftet und auf ein israelisches Boot verschleppt („Le Monde", 6.8.76 und „Monitor-Dienst").

– Ein mit Reis beladenes ägyptisches Schiff wurde (laut Reuter) in einen israelischen Hafen umgeleitet. Sechs Palästinenser, die sich auf dem Schiff befanden, wurden zu Verhören festgehalten. Einer – Genosse von der PFLP – wurde für längere Zeit festgenommen.

– Radio Israel gab bekannt, daß ein griechisches Schiff mit angeblich 500 t Munition wegen eines Maschinenschadens (?) den israelischen Hafen Haifa anlaufen mußte (nach „Le Monde", 7.8.76).

– Von einem Torpedo getroffen, sank ein mit Nahrungsmitteln für die „muslimischen" Gebiete beladener griechischer Frachter im Hafen von Tyrus. Am gleichen Tag explodierte im Hafen von Saida nach einem Bericht des christlichen Senders Amschitt ein Schiff und sank. (aus „Neue Zürcher Zeitung" – NZZ, 12.8.).

Nicht nur auf See, sondern ebenso auf dem Lande setzen die israelischen Militäreinheiten ihre militärischen Angriffe fort. So berichtete das US-Nachrichtenmagazin Time: *„Israelische Militärpatrouillen sind in jüngster Zeit bis zu fünf Kilometer in libanesisches Gebiet eingedrungen."* Drei Araber wurden durch eine Patrouille, angeblich an der Grenze zum Libanon, ermordet („NZZ", 17.8.).

Während Israel offene Angriffe auf den Befreiungskampf der linken libanesischen und palästinensischen Einheiten startet und diese selbst in ihren eigenen Medien anschaulich präsentiert, leugnen die NATO-Staaten weiterhin auf diplomatischer Bühne die von ihnen betriebene Verstärkung der faschistischen Milizen durch Waffenlieferungen und Bereitstellung von Söldnerheeren.

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir von den erfolgreichen Verhandlungen des Faschistenführers P. Gemayel in der BRD, der drei Schiffsladungen voll Waffen – angeblich aus US-Beständen in der BRD – mitnehmen durfte.

Inzwischen erklärte PLO-Vorsitzender Arafat, daß zwei amerikanische Schiffe den libanesischen Rechtskräften Waffen und Hubschrauber geliefert hätten. Einen Tag vorher war bekannt geworden, daß die Falangisten Haubitzen benutzen, die ihnen Frankreich lieferte („Monitor-Dienst", 6.8.76).

Durch den Tod eines britischen Söldners im Libanon – er hatte dort für die Falangisten gemordet – wurde bekannt, mit welchen Freiheiten Vertreter der Falangisten in den imperialistischen Staaten Söldner anheuern können. Leslie Aspin, der nach eigenen Angaben angeblich Ausbilder für die Falangisten anheuert, erklärte der Presse in London, *„er habe in Großbritannien keine Kämpfer, sondern Ausbildungsberater angeheuert, die bereits in der britischen Armee gedient hätten. Der gefallene Thacker sei ein echter Berufssoldat gewesen"* („Süddeutsche Zeitung", 11.8.76).

Die algerische Zeitung „El Moudjahid" berichtete am 12.8.: *„Im Ausland wurde festgestellt, daß Söldner – hauptsächlich britische, französische und amerikanische – auf der Seite der Rechten kämpfen."*

Diese einzelnen Enthüllungen sind zwar Beweis für die militärische und personelle Unterstützung der libanesischen Faschisten, sie erhellen aber keineswegs das ganze Ausmaß.

Nahost-Kommission

Neue Organisation aus As-Saika-Verbänden

Aus Teilen der im libanesischen Einsatz aufgeriebenen As-Saikah-Verbände bildet sich unter Führung ihres früheren Generalsekretärs, Hanna Bathisch, eine neue Organisation heraus, die sich angeblich mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes identifiziert.

Auf einer Pressekonferenz gab Hanna Bathisch die Gründung der neuen Organisation aus Teilen der ehemaligen As-Saikah bekannt. Sie trägt den Namen *„Avantgardeorganisation des palästinensischen Volksbefreiungskrieges"*. Bathisch grenzte sich scharf von Asad ab, der die As-Saikah auf einen Kurs gesteuert habe, der ihren ursprünglichen Zielen nicht entspreche. Die neue Organisation habe keine Verbindung mit dem herrschenden Regime in Damaskus und sei „schicksalhaft" mit der palästinensischen Widerstandsbewegung verbunden. Sie richte sich ganz auf die Bedürfnisse des Guerillakampfes aus („Monitor-Dienst", 4.8. und „Neue Zürcher Zeitung", 2.8.76).

Auf der anderen Seite bemühen sich das jordanische und syrische Regime gemeinsam, eine neue konterrevolutionäre Armee unter dem Deckmantel der palästinensischen Befreiung aufzubauen. Sie soll sich hauptsächlich aus „palästinensischen Kräften" Jordaniens rekrutieren und werde von der PLO unabhängig sein („Monitor-Dienst", 3.8.76).

Der ehemalige Kommandeur der wie As-Saikah zerfallenen, früher stark syrisch beeinflußten, formal aber unter PLO-Kommando stehenden palästinensichen Befreiungsarmee (PLA), Brigadegeneral Al-Budairi, erhielt das Oberkommando der noch zusammenzusuchenden neuen Einheiten. Das Exekutivkomitee der PLO hatte Al-Budairi seines Postens als Kommandeur der PLA enthoben, *„wegen seiner Anlehnung an das syrische Regime und weil er die Befehle der Regierenden in Damaskus ausführte, deren Ziel es ist, die PLA zu einem Instrument zur Vernichtung der palästinensischen Einheit und der nationalen Bewegung des Libanon umzuwandeln ..."*

Nahost-Kommission

Nach Ägypten – Syrien stramm auf proimperialistischen Kurs

Syrien hat lange Zeit als eines der fortschrittlichen arabischen Regimes gegolten. Die militärische Intervention Syriens im Libanon zugunsten einer imperialistisch-zionistischen Lösung hat jedoch die enge Zusammenarbeit des syrischen Baath-Regimes mit dem Imperialismus in aller Deutlichkeit gezeigt.

Diese Entwicklung zeichnete sich spätestens seit der Machtübernahme Assads 1970 ab. Seit dieser Zeit wuchs der Einfluß der US- und europäischen Imperialisten sowie der reaktionären arabischen Staaten ständig, was unter anderem an der wirtschaftlichen Entwicklung Syriens deutlich wird.

Diese Tatsache, ebenso wie die ständige Verschlechterung der Lebenslage der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten, hinderte und hindert die revisionistischen Staaten nicht, Syrien als einen Staat hinzustellen, der sich angeblich auf einem „nichtkapitalistischen, antiimperialistischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Grundorientierung" befindet. Dieses Schicksal teilt Syrien in der revisionistischen Presse mit der faschistischen äthiopischen Junta, der reaktionären indischen Regierung und vormals mit dem relativ fortschrittlichen ägyptischen Regime unter Nasser.

imperialistisch-zionistischen Lösung hat jedoch die enge Zusammenarbeit des syrischen Baath-Regimes mit dem Imperialismus in aller Deutlichkeit gezeigt.
Diese Entwicklung zeichnete sich spätestens seit der Machtübernahme Assads 1970 ab. Seit dieser Zeit wuchs der Einfluß der US- und europäischen Imperialisten sowie der reaktionären arabischen Staaten ständig, was unter anderem an der wirtschaftlichen Entwicklung Syriens deutlich wird.
Diese Tatsache, ebenso wie die ständige Verschlechterung der Lebenslage der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten, hinderte und hindert die revisionistischen Staaten nicht, Syrien als einen Staat hinzustellen, der sich angeblich auf einem „nichtkapitalistischen, antiimperialistischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Grundorientierung" befindet. Dieses Schicksal teilt Syrien in der revisionistischen Presse mit der faschistischen äthiopischen Junta, der reaktionären indischen Regierung und vormals mit dem relativ fortschrittlichen ägyptischen Regime unter Nasser.

Die wirtschaftliche Situation Syriens

Die bürgerliche Presse lobt seit der Machtübernahme Assads und damit des „pragmatischen" Flügels der arabischen „sozialistischen" Baath-Partei ständig den wirtschaftlichen Aufschwung Syriens, der der zunehmenden wirtschaftlichen Loslösung Syriens vom revisionistischen RGW-Block und der damit verbundenen „Liberalisierung" der syrischen Wirtschaft zugeschrieben wird.

In diesem Zusammenhang werden die Steigerung der Industrieproduktion, die exportfähigen Überschüsse der syrischen Landwirtschaft, die Steigerung der Erdölgewinnung und die Liberalisierungsfortschritte in Syriens Außenhandel genannt.

Die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ", 30.7. und 14.8.76) gibt an, daß die Industrieproduktion von 1970 bis 1974 um 49 % gestiegen sei, die Elektrizitätswirtschaft um 10 % pro Jahr. Die Erlöse aus dem Export von Textilien, Phosphaten, Produkten der Metallindustrie und von Erdöl konnten ebenfalls gesteigert werden. Diese wirtschaftlichen Zuwachsraten werden auf die erfolgreiche Politik der „fortschreitenden wirtschaftlichen Öffnung" Syriens dem Westen gegenüber zurückgeführt.

In Wirklichkeit erntet die syrische Bourgeoisie bloß jetzt die Früchte einer Politik der früheren „Annäherung" Syriens an die Sowjetunion in den ersten Jahren des Baath-Regimes von 1963 - 1970. Sie bestand im wesentlichen aus einer – gemessen an den Auflagen der imperialistischen Staaten – bedingungslosen wirtschaftlichen Unterstützung durch die revisionistischen Staaten.

Wirtschaftliche Unterstützung durch die revisionistischen Länder

Nach revisionistischer Theorie gehört Syrien zu den Entwicklungsländern, die einen *„nichtkapitalistischen Entwicklungsweg"* durchmachen. Angeblich habe sich seit 1958 (vorübergehender Zusammenschluß Syriens mit Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik) das Klassenkräfteverhältnis in der Syrischen Arabischen Republik zugunsten der fortschrittlichen demokratischen Kräfte verändert.

Durch die Agrarreform sei die Herrschaft der Feudalherren und der Großgrundbesitzer auf dem Lande gebrochen. Kennzeichen für den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg seien weiter die Verstaatlichung ausländischer Kapitalgesellschaften, der Betriebe des einheimischen Großkapitals, der Banken und wichtiger Teile des Außenhandels; dadurch seien *„die Positionen des Kapitalismus überhaupt geschwächt"* worden (vgl. S. Petzold, Staatsmacht und Demokratie in der Syrischen Arabischen Republik, Berlin 1975, S. 11).

Entsprechend dieser Einschätzung haben die revisionistischen Länder besonders nach der Machtergreifung der „sozialistischen" Baath-Partei die syrische Wirtschaft massiv unterstützt.

Das Baath-Regime verstaatlichte 1963 die Banken und führte zur Behebung des chronischen Handelsdefizits eine Devisenbewirtschaftung ein („Nachrichten für Außenhandel" – „NfA", 2.12.63). Schon diese Maßnahmen und die Ankündigung der Baath-Partei, das Bodenproblem in *„revolutionärer und sozialistischer Weise"* lösen zu wollen, hatten Kapitalflucht und nachlassende Investitionen zur Folge. Die syrische Handelskammer forderte daraufhin ein allgemeines Investitionsschutzgesetz für ausländische Investoren, unter dessen Schutz syrisches Kapital zurückfließen könne („NfA", 2.12.63).

Zu diesem Zeitpunkt begannen die revisionistischen Länder verstärkt mit der wirtschaftlichen Unterstützung des syrischen Regimes. 1963 wurde in Beirut eine Filiale der „Moscow Narodny Bank" eingerichtet, die Syrien ein hohes Kreditlimit einräumte. Kurz vorher hatten die imperialistischen Staaten Syrien nicht mehr für kreditwürdig befunden, obwohl Syrien Kredite bisher immer – und auch in der Folge – zurückgezahlt hatte. Ganz klar eine politische Erpressung! Über die sowjetischen Kredite konnte Syrien **im Zahlungsverkehr mit dem Westen frei verfügen!!** Einfuhren aus den revisionistischen Ländern wurden über zusätzliche bilaterale Abkommen verrechnet („NfA", 19.5.64).

Die Sowjetunion übernahm außerdem die Finanzierung und die technische Hilfe beim Bau des Euphrat-Dammes. Die BRD hatte ihre Finanzierungszusage 1963 zurückgezogen. Für den Dammbau, den Bau eines dazugehörenden Wasserkraftwerkes und der Bewässerungsanlagen gab die Sowjetunion Darlehen von mehr als 2,2 Mrd. Syrische Pfund („Handelsblatt" – „HB", 10.4.73 und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 13.5.66). Mit dem Euphrat-Damm, der 1973 fertiggestellt wurde, können 0,64 Millionen Hektar Land bewässert werden. Davor betrug der Anteil bewässerten Lands nur 0,476 Millionen Hektar von 2,8 Millionen Hektar bebauter Fläche („NfA", 26.6.73).

1966 wurde in Homs eine Großanlage für Düngemittelproduktion mit tschechischer und sowjetischer Hilfe fertiggestellt („Internationale Wirtschaft" – „IW", 18.8.67). Der Bergbau- und Erdölsektor wurde ebenfalls mit Hilfe der revisionistischen Länder schon bis 1969 erheblich ausgebaut. Wasserkraftwerke und kleinere Dämme wurden finanziert („NZZ", 14.10.69). Die Erzeugung elektrischer Energie konnte von 1965 - 1969 um 50 % gesteigert werden.

Mit sowjetischer Unterstützung wurde außerdem die Infrastruktur ausgebaut, so z.B. die Bahnlinien Damaskus - Homs und Latakia - Kamischei („Neues Deutschland" – „ND", 31.1.73).

Außenhandel mit den imperialistischen Staaten

Trotz der wirtschaftlichen Unterstützung seitens der revisionistischen Länder waren die imperialistischen Länder zu **allen Zeiten** die Hauptlieferländer, während Syrien auch heute noch mehr in die RGW-Staaten exportiert. Der Imperialismus sicherte sich also immer in Syrien die Absatzmärkte, obwohl der Außenhandel bis 1970 fast vollständig vom Staat kontrolliert wurde, während die revisionistischen Länder durch ihre Zahlungen (und Kredite) für den Ausgleich der syrischen Zahlungsbilanz sorgten – zugunsten des Imperialismus!

Seit 1969 betragen die Lieferungen der revisionistischen Länder, der VR China und Jugoslawiens nur um die 20 % aller syrischen Importe, während die Lieferungen der EG 1975 auf fast 40 % angestiegen waren („NZZ", 14.8.76).

Diese Zahlen zeigen, daß Syrien zu keiner Zeit einseitig vom Revisionismus abhängig war, wie die bürgerliche Presse so gern behauptet. Sie zeigen aber auch, daß die syrische Bourgeoisie die finanziell sehr viel günstigeren und politisch an keine Bedingungen geknüpfte wirtschaftliche Hilfe der revisionistischen Staaten liebend gern in Anspruch nahm.

Wie „bedingunslos" die sowjetische Hilfe war (und ist), und wie versumpft die revisionistische Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" ist, wird auch daran deutlich, daß die sowjetisch-syrischen Beziehungen weder durch das zeitweilige Verbot der syrischen revisionistischen Partei, noch durch die massenhafte Verfolgung von Kommunisten nach 1963 getrübt wurden.

Die Imperialisten und die nationale Bourgeoisie machen den Profit...

Ebenso wie 1970 unter Sadat in Ägypten begann sich die einheimische „neue" Bourgeoisie – hervorgegangen aus den alten besitzenden Klassen und dem Militär – mit dem Machtantritt Assads den Imperialisten wieder mehr zuzuwenden (vgl. den Artikel: Ägypten, Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion aufgekündigt, in AK 77, S. 47) und den Profit aus dem Aufbau der Wirtschaft zu ziehen.

Im ersten Jahr der Regierung Assad wurden verschiedene Gesetze erlassen, die Investitionen begünstigten und den Rückfluß syrischen Kapitals ermöglichen sollten.

Während noch 1969 von den syrischen Behörden geplant wurde, den Außenhandel auf die Bedürfnisse der Entwicklung und der Verteidigung, auf die Verkleinerung des Außenhandelsdefizits, auf eine Privilegierung der Investitionsgüter abzustellen und die Importlizenzen entsprechend dem Export zu verteilen, wurde von Assad der Außenhandel „liberalisiert". Konsumgüter konnten verstärkt eingeführt werden, die syrischen Geschäftsleute konnten diese Importe mit Devisen bezahlen, die sie auf ausländischen Konten, besonders im Libanon, deponiert hatten („NZZ", 23.8.72).

Durch umfassende Investitionsanreize sollte der private Industriesektor erweitert werden. Hierzu zählten eine Garantie gegen Neuverstaatlichung, die Genehmigung der Rücküberweisung von Gewinnen bis zu 50 %, Zollschutz gegen ausländische Konkurrenz, verschiedene Maßnahmen zur Erleichterung der Kapitaleinfuhr. All dies galt für ausländische und syrische Investoren („NfA", 16.11.72). 1974 wurde die Devisenkontrolle vollständig aufgehoben und die Zollfreizonen erweitert. Als Investitionsanreiz wurden außerdem die *„relativ niedrigen Lohnkosten"* angegeben („NfA", 1.12.75).

In der Zeit von Januar 1974 bis Juli 1975 sind allein drei Mrd. Dollar Auslandskapital nach Syrien geflossen. Die arabischen Erdölländer räumten Syrien nach dem Oktoberkrieg 1973 überaus günstige Kredite ein. So erhielt es im April 1975 einen zinslosen Kredit aus Saudi-Arabien in Höhe von 220 Millionen Dollar („Blick durch die Wirtschaft", 22.8.75). 1974/75 sollen aus den Ölstaaten insgesamt mehr als vier Milliarden DM nach Syrien geflossen sein (E. Rouleau, Syrien im libanesischen Sumpf, Le monde 1.-5.6.76, nach der Übersetzung in „Freies Palästina", 5/76).

... auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung

Selbst die Revisionisten müssen zugeben, daß eine solche Politik nur auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung durchgesetzt werden konnte, ohne daß die revisionistische Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" Syriens dies allerdings getrübt hätte: *„In den letzten Jahren ist das private Kapital in solchen Zweigen wie in der Bauwirtschaft, im Transportwesen, in der Touristik sowie im Großhandel außerordentlich schnell gewachsen und sind die Profite gestiegen. Die Konzentration des Kapitals nimmt langsam zu, und es verstärken sich die Verflechtungen des inländischen Kapitals mit dem ausländischen, vor allem mit dem libanesischen Kapital.*

Während einerseits sich die Bourgeoisie im Großhandel, im Bauwesen, im Dienstleistungssektor sowie auf anderen Gebieten ständig bereichert und ihre Profite steigen, nehmen andererseits die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung ständig zu, steigen die Preise und Mieten, wobei aber die Löhne im wesentlichen gleich bleiben..." (S. Petzold, a.a.O., S. 27).

Die Inflationsrate übersteigt nach Schätzungen 30 % im Jahr. Preise für Brot, Zucker und Reis werden zwar durch Subventionen stabil gehalten, andere Lebensmittel, z.B. Fleisch, sind jedoch innerhalb von zwei Jahren um 150 % gestiegen.

Andererseits finden sich heute in Syrien dutzendweise Milliardäre, während es vor einigen Jahren nur wenige Millionäre gab (Angaben nach E. Rouleau, a.a.O.).

Die Revisionisten zahlen, die Imperialisten verdienen

Die Revisionisten behaupten immer wieder, daß Länder wie Syrien oder davor Ägypten (und demnächst Indien), die vorübergehend eine engere Anlehnung an den revisionistischen RGW-Block suchen und einen „Dritten Weg" propagieren, an der Schwelle zum Sozialismus stehen und alsbald „hinüberwachsen" könnten.

Die tatsächlichen Erfahrungen beweisen jedoch, daß sich unter dem Schutz und Deckmantel dieser Theorien eine neue Ausbeuterklasse heranbildet. Die Machthaber – Militärs, Staatsbeamte und Techniker – nutzen vorübergehend die Widersprüche zwischen dem Imperialismus und Revisionismus und gewinnen die allzu bereite materielle Unterstützung der Sowjetunion.

Sie schränken die ausländischen Monopole zunächst ein und brechen die alten Strukturen, um eine Modernisierung der Wirtschaft und des Staates durchzusetzen.

Dabei erklären sie die notwendigen Verstaatlichungen demagogisch zu „sozialistischen" Maßnahmen. Sie gewinnen so die Unterstützung der breiten Massen – und nur mit deren Hilfe überstehen sie die direkte Konfrontation mit dem Imperialismus und der einheimischen Reaktion. Ihr Ziel ist allerdings nicht, die Ausplünderung der Massen aufzuheben, sondern sich selbst deren Früchte nach Abschluß der Modernisierungsphase zu sichern.

Jede eigenständige revolutionäre und antiimperialistische Regung wird daher trotz des angeblich „antiimperialistischen" und „sozialistischen" Kurses blutig unterdrückt, die Massenbewegung kanalisiert und dadurch gelähmt. Die Verfolgungen von Revolutionären und Revisionisten im Ägypten Nassers und in Syrien sind treffende Beispiele dafür.

Wenn sich die „neue" Bourgeoisie schließlich wieder dem Imperialismus zuwendet, wird die revisionistische Unterstützung nicht mehr gebraucht, die sowjetischen „Experten" des Landes verwiesen etc. Die imperialistischen Konzerne können auf höherer Stufe die mit revisionistischer Hilfe strukturverbesserte Wirtschaft durchdringen und die neokolonialistische Ausbeutung verstärken. Für die Revisionisten endet der vielgepriesene III. Weg in einer Sackgasse.

Nahost-Kommission

Die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten

„Pflanzen Sie Olivenbäume!"

Für die Gründung wie für die weitere Expansion des zionistischen Staates Israel war und ist die Siedlungs- und Landraubpolitik von entscheidender Bedeutung. Angesichts der wachsenden Unruhe und der Aufstände in den besetzten Gebieten und in Galiläa, die in diesem Jahr ihren Höhepunkt erreichten, wird die Siedlungspolitik bzw. die angeblich geplante Rückgabe b›setzter Gebiete verstärkt im israelischen Kabinett diskutiert.

Dabei geht es jedoch keineswegs um die Zurücknahme bzw. Einschränkung der zionistischen Expansionspolitik, wie an angeblich durch Regierungsbeschlüsse „vereitelten", „illegalen" Siedlungsversuchen gerne „bewiesen" wird, sondern um eine Erweiterung der Landraubpolitik. Dies wird besonders deutlich an der Forderung nach einem neuen umfassenden Siedlungsplan für hauptsächlich von Palästinensern bewohnten Gebieten in den Staatsgrenzen von 1967 und in den seither zusätzlich besetzten Gebieten.

Siedlungspläne für eine halbe Million Menschen;

Seit 1967 betreibt Israel in den besetzten Gebieten eine Siedlungspolitik der „vollendeten Tatsachen". Dies sollte man sich vor Augen halten, wenn man von den angeblichen Plänen einer – beschränkten – Landrückgabe bei einer Friedensregelung oder gar der Gründung eines palästinensischen Staates in Westjoranien hört.

Israels Minister Galili ließ die Absicht seiner Regierung über das Presseamt der Regierung am 21.6.76 (zit. nach „Monitor-Dienst" – „MD", 25.6.76) u.a. verlauten, daß an eine halbwegs vollständige Rückgabe der n a c h 1967 eroberten arabischen Gebiete nicht gedacht wird.

„...Die Grenzen von 1967 sind nicht zu verteidigen, und es müssen bedeutende Veränderungen an ihnen vorgenommen werden, um israelische Grenzen, die verteidigt werden können, zu garantieren. ...Jerusalem... wird ungeteilt bleiben... Der Jordan ist die Sicherheitsgrenze Israels, und die jordanischen Streitkräfte werden ihn nicht überqueren... Israel lehnt die Schaffung eines separaten zusätzlichen palästinensischen Staates in dem Gebiet zwischen Israel und Jordanien ab... Wir haben Siedlungen errichtet und werden sie weiter errichten, nicht um sie wiederaufzugeben..."

Der Leiter der Siedlungsabteilung der "Jewish Agency", deren Spezialgebiet schon von jeher die Vertreibung der Palästinenser, Landraub und -„kauf" und die Errichtung zionistischer Wehrsiedlungen war, erklärte am 2.8.76 im „Israelischen Rundfunk" (zit. nach „MD", 3.8.76),

Plänen einer – beschränkten – Landrückgabe bei einer Friedensregelung oder gar der Gründung eines palästinensischen Staates in Westjoranien hört.

Israels Minister Galili ließ die Absicht seiner Regierung über das Presseamt der Regierung am 21.6.76 (zit. nach „Monitor-Dienst" – „MD", 25.6.76) u.a. verlauten, daß an eine halbwegs vollständige Rückgabe der n a c h 1967 eroberten arabischen Gebiete nicht gedacht wird.

„...Die Grenzen von 1967 sind nicht zu verteidigen, und es müssen bedeutende Veränderungen an ihnen vorgenommen werden, um israelische Grenzen, die verteidigt werden können, zu garantieren. ...Jerusalem... wird ungeteilt bleiben... Der Jordan ist die Sicherheitsgrenze Israels, und die jordanischen Streitkräfte werden ihn nicht überqueren... Israel lehnt die Schaffung eines separaten zusätzlichen palästinensischen Staates in dem Gebiet zwischen Israel und Jordanien ab... Wir haben Siedlungen errichtet und werden sie weiter errichten, nicht um sie wiederaufzugeben..."

Der Leiter der Siedlungsabteilung der "Jewish Agency", deren Spezialgebiet schon von jeher die Vertreibung der Palästinenser, Landraub und -„kauf" und die Errichtung zionistischer Wehrsiedlungen war, erklärte am 2.8.76 im „Israelischen Rundfunk" (zit. nach „MD", 3.8.76),
daß *„die Siedlungspläne für Galiläa, die Negev-Wüste und den südlichen Teil des Gaza-Streifens... für die nächsten zehn Jahre die Ansiedlung von einer halben Million Menschen in landwirtschaftlichen und Industriedörfern sowie in neuen Städten vor(-sehen)."*

In diesem Zusammenhang müssen auch die Grundstücksenteignungen in Galiläa im März dieses Jahres gesehen werden, die der Anlaß für große Auständе der arabischen Bevölkerung gegen die zionistische Besatzerpolitik waren (Galiläa wird seit 1948 widerrechtlich von den Zionisten besetzt gehalten). Auch nach diesen Unruhen lehnte der israelische Ministerpräsident Rabin die Forderung arabischer Gemeinderäte ab, die Enteignungen einzustellen („Neue Hannoversche Presse" – „NHP", 25.5.76). Die enteigneten Ländereien liegen in einem Gebiet mit fast ausschließlich arabischer Bevölkerung, und sind daher für die Zionisten schwer kontrollierbar.

Die Siedlung Kaddum – sicher nur e i n Beispiel.

Neben diesen „offiziellen" Siedlungsprojekten, die – sobald sie auf den Protest der Araber oder der Weltöffentlichkeit stoßen – von den Zionisten in zynischer Weise beschönigt werden (bei den Enteignungen in Galiläa handelte es sich nach israelischen Angaben um ausschließlich steiniges Gebiet, das für den Ackerbau nicht geeignet ist, und auf dem eine neue Wohnsiedlung für 10.000 Araber errichtet werden soll), unterstützt die israelische Regierung unter möglichst großer Verschwiegenheit rechtsradikale zionistische Organisationen bei der Errichtung sogenannter „illegaler" Siedlungen.

Am bekanntesten ist hiervon die Siedlung Kaddum in der Nähe von Nablus geworden, die von der Gush-Eumunim-Bewegung (Block der Gerechten) im Dezmber 1975 angelegt wurde.

Nach einer Demonstration von mehreren tausend Teilnehmern in Tel Aviv und Protesten der arabischen Bevölkerung beschloß die israelische Regierung am 9.5.76, daß in Kaddum keine Siedlung angelegt werden dürfe. Den dortigen Siedlern sollte in der nächsten Zeit im Rahmen des von der Regierung gebilligten Siedlungsprogrammes ein *„ständiger Ansiedlungsort"* zur Verfügung gestellt werden; bis dahin dürfte Kaddum nicht in eine ständige (!) Siedlung verwandelt werden („Neues Deutschland" – „ND", 12.5.76 und „MD", 11.5.76).

Gleichzeitig wurde von der Regierung allerdings beschlossen, die Ansiedlungen beiderseits der Grenze von 1967 zu verstärken.

Aus der Verlegung Kaddums *„in naher Zukunft"* ist allerdings bis heute – mehr als drei Monate danach – immer noch nichts geworden. Die Siedler hatten auch sofort angekündigt, daß sie sich mit keiner Resolution abfinden würden, die eine *„Demontage"* der Siedlung von Kaddum bedeuten würde („Israelischer Rundfunk", 10.5.76, zit. nach „MD").

Dagegen konnte der Sekretär der Gush-Emunim-Siedlung Ende Juli erklären, daß bisher in dieser „provisorischen" Siedlung mehr als 3 Millionen israelische Pfund investiert worden seien, darunter befände sich eine Beteiligung der Regierung von einer Million Pfund. In Kaddum entstehe *„ein Stahlwerk* (!), *daß dem israelischen Vertiedigungsministerium dienen soll"* („Israelischer Rundfunk", zit. nach „MD", 2.8.76).

Rabin dementierte diese Meldung sofort: *„Keine Regierungsstelle hat irgendwelche Investionen direkter oder indirekter Art in der Ansiedlung gemacht, die es ihr erlauben würde, eine dauernde Siedlung zu werden."* Kriegsminister Peres kam dem wahren Sachverhalt allerdings näher, als er sagte, die *„Werkstätte für Verteidigungsartikel"* sei schon vor dem 9.5.76 (dem Tag des Regierungsbeschlusses) eingerichtet worden, aber das sei doch kein Grund, die Werkstätte nicht weiter mit Aufträgen zu versorgen!!! („The Jerusalem Post" – „JP", 3.8.76). *)

Inzwischen berichtete die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ", 4.8.76), daß der Beschluß vom 9.5., Kaddum aufzulösen, am 1.8.76 vom Kabinett zurückgenommen sei.

Gleichzeitig wurde berichtet, daß ein neuer Siedlungsversuch der Gush-Emunim-Bewegung in der Nähe von Jericho von israelischen Soldaten

Dagegen konnte der Sekretär der Gush-Emunim-Siedlung Ende Juli erklären, daß bisher in dieser „provisorischen" Siedlung mehr als 3 Millionen israelische Pfund investiert worden seien, darunter befände sich eine Beteiligung der Regierung von einer Million Pfund. In Kaddum entstehe *„ein Stahlwerk* (!), *daß dem israelischen Vertiedigungsministerium dienen soll"* („Israelischer Rundfunk", zit. nach „MD", 2.8.76).

Rabin dementierte diese Meldung sofort: *„Keine Regierungsstelle hat irgendwelche Investionen direkter oder indirekter Art in der Ansiedlung gemacht, die es ihr erlauben würde, eine dauernde Siedlung zu werden."* Kriegsminister Peres kam dem wahren Sachverhalt allerdings näher, als er sagte, die *„Werkstätte für Verteidigungsartikel"* sei schon vor dem 9.5.76 (dem Tag des Regierungsbeschlusses) eingerichtet worden, aber das sei doch kein Grund, die Werkstätte nicht weiter mit Aufträgen zu versorgen!!! („The Jerusalem Post" – „JP", 3.8.76). *)

Inzwischen berichtete die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ", 4.8.76), daß der Beschluß vom 9.5., Kaddum aufzulösen, am 1.8.76 vom Kabinett zurückgenommen sei.

Gleichzeitig wurde berichtet, daß ein neuer Siedlungsversuch der Gush-Emunim-Bewegung in der Nähe von Jericho von israelischen Soldaten
verhindert worden sei.

Aber über wie viele „geglückte" „illegale" Siedlungsversuche wird gar nicht berichtet?

Der Allon-Plan

1967 stellte der heutige Außenminister Allon einen Besiedlungsplan für die besetzten Gebiete vor, der unter anderem einen 8 bis 12 Meilen breiten „Sicherheitsgürtel" aus Siedlungen entlang des Jordans vorsah (siehe Karte).

„Rückgabe von Land an die Palästinenser" könnte nach diesem Plan nur die Errichtung israelischer „Palästinustans" (entsprechend der Bantustans in Südafrika) bedeuten. Tatsächlich aber gehen – von der Regierung unterstützte – Siedlungen wie Kaddum (Nähe Nablus) weit über diesen Plan hinaus, denn sie liegen mitten im Westjordanland!

Bis Ende 74 wurden 68 von der Regierung genehmigte Siedlungen errichtet.

„Die 25 Siedlungen, die sich genau entlang der Golanhöhen befinden, verdeutlichen die israelischen Absichten in diesem Gebiet. Die 17 Siedlungen entlang des Jordantals beweisen die Absicht Israels, „einen Sicherheitsgürtel" entlang des Jordanufers und des westlichen Ufers des Toten Meeres zu errichten. Die Häufung der Siedlungen in der Umgebung von Etzion-Hebron, rund um Jerusalem und in der Hochebene von Latrun spiegelt die Tatsachen in diesem Gebiet wieder. Im Gebiet von Gaza-Rafah sagen 14 neue Siedlungen mehr aus als jede politische Erklärung. Im Sinai existiert eine Siedlung bei Al Arish, und drei weitere befinden sich genau entlang dem Golf von Aqaba, südlich von Sharm-Al-Sheikh. Zieht man eine Linie entlang dieser Siedlungen, und die endgültige Rückzugslinie Israels wird deutlich." (T. Smith, Israels Grenzpolitik an Hand von Siedlungen, in „palästina", 3/76, S. 29, vgl. Karte).

Im April 76 erklärte Rabin israelischen Siedlern im Jordantal ausdrücklich, daß *„keine dieser Siedlungen errichtet worden sei, um wieder abgerissen zu werden"* und *„Pflanzen Sie Olivenbäume"*. Olivenbäume tragen erst nach sieben bis acht Jahren (!) Früchte (T.Smith, a.a.O., S.30)!

Moshe Dajan drückte die „Israelisierung" der besetzten Gebiete so aus: *„Die Kolonisation (der besetzten Gebiete), wird nicht mit Konferenzen, die viel Staub aufwirbeln, durchgeführt werden, sondern mit Bulldozern, die leise Felsen beiseite schieben."* (zit. nach W. Hollstein, Zionismus und Gewalt, in „palästina", 3/76, S. 68). Besser kann man die aggressive Expansionspolitik Israels nicht ausdrücken, die unter Verletzung sämtlicher Menschenrechte vorangetrieben wird!

Das Beispiel Hebron

„Wie diese Politik sich konkretisierte, verdeutlicht das Beispiel Hebron: Im Juni 1968 beschwerte sich der jordanische UN-Botschafter zum ersten Mal über jüdische Bestrebungen, den arabo-palästinensischen Charakter in Hebron zu zerstören: ‚Im April 1968 bezogen ca. 80 orthodoxe Juden das Parkhotel, um das Passah-Fest zu zelebrieren, sagten aber gleich, daß sie kämen, um zu bleiben. Sie versuchten bald danach, Häuser und Geschäfte zu mieten, wurden aber von der Bevölkerung zurück-

gen, den arabo-palästinensischen Charakter in Hebron zu zerstören: ‚Im April 1968 bezogen ca. 80 orthodoxe Juden das Parkhotel, um das Passah-Fest zu zelebrieren, sagten aber gleich, daß sie kämen, um zu bleiben. Sie versuchten bald danach, Häuser und Geschäfte zu mieten, wurden aber von der Bevölkerung zurück-



Die zionistischen Siedlungen in den besetzten Gebieten bis Ende 1974

gewiesen. Der Bürgermeister von Hebron bat den Premierminister Israels telegraphisch, dafür zu sorgen, daß diese Gruppe Hebron verläßt .. Die israelische Regierung blieb völlig inaktiv' (UN-Dokument A/7103, 1968)."

Zu dieser Note nahm Israel wie folgt Stellung: *„Dieser Brief Jordaniens bauscht die Sache auf und verzerrt die Sachlage. Eine kleine*

gen, daß diese Gruppe Hebron verläßt .. Die israelische Regierung blieb völlig inaktiv' (UN-Dokument A/7103, 1968)."

Zu dieser Note nahm Israel wie folgt Stellung: *„Dieser Brief Jordaniens bauscht die Sache auf und verzerrt die Sachlage. Eine kleine*
Gruppe gläubiger Juden und ihre Familien haben spontan und in eigener Initiative ihren Wohnsitz nach Hebron verlegt. Eine Stadt, die eine ehrenvolle jüdische historische und religiöse Vergangenheit hat. Es ist kein Grund zu sehen, weshalb ihre Nachbarn nicht auf friedlichem und freundschaftlichen Fuße mit ihnen zusammen leben sollten" (UN-Dokument A/7105) . . .

Im Dezember 1970 kündigte der israelische Finanzminister Sapir an, daß neben der jüdischen Siedlung in Hebron ein jüdisches Industriezentrum errichtet worden sei. Der Zustrom jüdischer Bürger nahm nun ein Ausmaß an, daß der isrealische Minister für Wohnungsbau ein knappes Jahr später, im September 1971, den Bau eines jüdischen Wohnzentrums für 900 Familien versprach. Daraufhin protestierte der arabische Bürgermeister von Hebron gegen die Israelisierung seiner Stadt, ohne Erfolg. (W. Hollstein, a.a.O. S.68/69).

Weitere Wohnungen wurden auf diese Weise errichtet, schließlich wurde die Ansiedlung sowjetischer Juden in Hebron in Gang gesetzt.

Obwohl Landkauf für Israelis in besetzten Gebieten verboten ist, bedrohten die Militärbehörden jene Araber, die sich weigerten, an Juden Land zu vekaufen, wie z.B. der zionistische Gouverneur von Rafah im August 1973 (nach W. Hollstein, a.a.O). Das nennen die Zionisten Nachbarschaft *„auf friedlichem und freundschaftlichem Fuße"*!

Allon-Plan für das Westjordanland 1973:
„unsere Verpflichtung, nun das 'Größere Israel' zu besiedeln, ist nicht weniger wichtig, als die Besiedlung des Jordan- und des Beisantals während der Mandatszeit", Minister Allon nach 1967.

Gesetzlich abgesicherter Landraub

Nach Angaben des „Komitees für die Verteidigung arabischen Bodens" haben die Zionisten seit 1948 von 400.000 Morgen Land, das der arabischen Bevölkerung in Palästina gehörte, 320.000 Morgen in ihren Besitz gebracht. Von den 80.000 in arabischem Besitz verbliebenen Morgen Land sind nur 30.000 kultivierbar („palästina", 3/76).

Die israelische Regierung ging dabei so vor: Die Palästinenser wurden durch offenen Terror in die Flucht getrieben. Anschließend verweigerte die Regierung den Flüchtlingen die Rückkehr und konfiszierte deren Eigentum und Landbesitz nach dem „Absentee Property Law" von 1950. (Dieses Gesetz ist bei „Abwesenheit" der Araber anwendbar.)

Artikel 25 der Notstandsgesetze ermächtigt z.B. die Militärregierung, Dorfbewohner zu vertreiben und ihr Gebiet anschließend zum geschlossenen Gebiet zu erklären (vgl. „Dritte-Welt-Magazin", 5-7/76), hiervon wurde besonders unmittelbar nach Beendigung der Kriege Gebrauch gemacht.

Die Methoden sind gleich geblieben

Von Anfang an (1882) haben die Zionisten nach einem strategischen Plan in Palästina gesiedelt, und zwar unter Leitung der „Jewish Agency". Bevorzugte Siedlungsgebiete waren die fruchtbaren Ebenen im Süden von Tel-Aviv, im Norden von Haifa, in der Ebene von Esdraelon, im Jesreel-Tal im Jordantal und in der Küstenebene zwischen Jaffa und Haifa (vgl. W. Hollstein, Kein Frieden um Israel. Frankfurt, 1972, S. 109).

Die Wehrdörfer wurden so angelegt, daß bei der von den Zionisten angestrebten Teilung Palästinas der jüdische Staat weit mehr Land umfassen würde, als es dem tatsächlichen jüdischen Landbesitz entsprach.

Diese Politik machte sich bezalhlt. Nach dem Teilungsplan der Peel-Kommission 1937 sollte der Staat Israel im Süden nur bis Beer Tuvia reichen, während im UN-Teilungsplan 1947 außerdem der ganze Distrikt Beersheba, der Süden und der Negev dazugehörten (W. Hollstein, a.a.O. S. 123). Nach diesem Teilungsplan bekam der Staat Israel 56,5% des gesamten palästinensischen Landes zugesprochen, obwohl die Juden bis dahin nur 5,67% des Bodens gekauft hatten (W. Hollstein, a.a.O., S. 161). Mit Terror, durch die Vertreibung der Palästinenser und durch Enteignung brachte Israel sehr schnell den „Rest" des arabischen Bodens in seinen Besitz.

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

von Tel-Aviv, im Norden von Haifa, in der Ebene von Esdraelon, im Jesreel-Tal im Jordantal und in der Küstenebene zwischen Jaffa und Haifa (vgl. W. Hollstein, Kein Frieden um Israel. Frankfurt, 1972, S. 109).

Die Wehrdörfer wurden so angelegt, daß bei der von den Zionisten angestrebten Teilung Palästinas der jüdische Staat weit mehr Land umfassen würde, als es dem tatsächlichen jüdischen Landbesitz entsprach.

Diese Politik machte sich bezalhlt. Nach dem Teilungsplan der Peel-Kommission 1937 sollte der Staat Israel im Süden nur bis Beer Tuvia reichen, während im UN-Teilungsplan 1947 außerdem der ganze Distrikt Beersheba, der Süden und der Negev dazugehörten (W. Hollstein, a.a.O. S. 123). Nach diesem Teilungsplan bekam der Staat Israel 56,5% des gesamten palästinensischen Landes zugesprochen, obwohl die Juden bis dahin nur 5,67% des Bodens gekauft hatten (W. Hollstein, a.a.O., S. 161). Mit Terror, durch die Vertreibung der Palästinenser und durch Enteignung brachte Israel sehr schnell den „Rest" des arabischen Bodens in seinen Besitz.

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Weiter so!

Israel ist bekanntlich bei seiner Expansionspolitik auf hohe Einwanderungsraten angewiesen. 1975 jedoch war ein starker Rückgang der Einwanderer nach Israel zu verzeichnen. Gegenüber 1974 sanken die Einwandererzahlen um 45 %. 1975 kamen nur 13.300 Einwanderer nach Israel, während 20.000 auswanderten.

Diese Zahlen sind im wesentlichen auf die katastrophale Wirtschaftslage in Israel zurückzuführen („Palästina" 3/76).

„The Jerusalem Post" (10.8.76) gibt zu, daß insgesamt 300 000 Juden (!) Israel seit der Staatsgründung wieder verlassen haben, das sind 10 % der derzeitigen jüdischen Bevölkerung in Israel (2,95 Millionen).

Mit Hilfe der „World Zionist Organisation" hofft Israel 7.000 der 300.000 jüdischen Emigranten in den zionistischen Staat zurückzuholen.

Die hohe Zahl der Auswanderer ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß auswanderungswilligen Juden von seiten der Behörden viele Steine in den Weg gelegt werden und daß sie mit erheblichen Repressionen zu rechnen haben. So berichteten sowjetische Juden bei ihrer Rückkehr in die Sowjetunion, daß sie bei Bekanntgabe ihres Entschlusses auszuwandern, mit sofortiger Einziehung in die Armee und mit dem Verlust ihrer Arbeit und der Sozialleistungen zu rechnen hatten („palästina", 3/76).

Nur weiter so!

Nahost-Kommission

Weiter so!

Israel ist bekanntlich bei seiner Expansionspolitik auf hohe Einwanderungsraten angewiesen. 1975 jedoch war ein starker Rückgang der Einwanderer nach Israel zu verzeichnen. Gegenüber 1974 sanken die Einwandererzahlen um 45 %. 1975 kamen nur 13.300 Einwanderer nach Israel, während 20.000 auswanderten.

Diese Zahlen sind im wesentlichen auf die katastrophale Wirtschaftslage in Israel zurückzuführen („Palästina" 3/76).

„The Jerusalem Post" (10.8.76) gibt zu, daß insgesamt 300 000 Juden (!) Israel seit der Staatsgründung wieder verlassen haben, das sind 10 % der derzeitigen jüdischen Bevölkerung in Israel (2,95 Millionen).

Mit Hilfe der „World Zionist Organisation" hofft Israel 7.000 der 300.000 jüdischen Emigranten in den zionistischen Staat zurückzuholen.

Die hohe Zahl der Auswanderer ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß auswanderungswilligen Juden von seiten der Behörden viele Steine in den Weg gelegt werden und daß sie mit erheblichen Repressionen zu rechnen haben. So berichteten sowjetische Juden bei ihrer Rückkehr in die Sowjetunion, daß sie bei Bekanntgabe ihres Entschlusses auszuwandern, mit sofortiger Einziehung in die Armee und mit dem Verlust ihrer Arbeit und der Sozialleistungen zu rechnen hatten („palästina", 3/76).

Nur weiter so!

Nahost-Kommission

Anmerkung der Redaktion:
Im AK 86 hat sich in den Artikel „Israel, Besiedlungsplan für besetzte Gebiet gefordert" ein Fehler „eingeschlichen". Von der Rücknahme des Siedlungsversuches Kaddum, über die dort berichtet wird, kann natürlich keine Rede sein.

Westjordanland

Wieder Verhaftungen im

Die israelischen „Sicherheitskräfte" verhafteten vor einiger Zeit wiederum 24 „Verdächtige", die in einem *„weit verzweigten Netz der Al-Fatah-Organisation"* in den Vororten von Ramallah, Nablus, Tulkarem und Dschenin *„aktiv"* waren.

Den „Verdächtigen" werden acht Brandstiftungsfälle und das Legen von sieben Bomben in Israel und in den besetzten Gebieten zur Last gelegt. („Israelischer Rundfunk„, zit. nach „Monitor-Dienst", 6.8.76).

Wie die israelische Militärregierung das wohl beweisen will! Aber solche „Erfolgsmeldungen" sollen wohl eher der eigenen Bevölkerung weismachen, daß die israelischen „Sicherheitskräfte" die angeblichen „Terroristen" voll in der Hand haben.

Außerdem sind die „Zionisten" bekannterweise nicht zimperlich, wenn es darum geht, einen „Verdächtigen" auch ohne Haftbefehl und Beweise in den zionistischen Gefängnissen zu halten!

Nahost-Kommission

Jordaniens Wirtschaftswunder: Ein Raubzug des Imperialismus

Jordaniens Wirtschaft wird von imperialistischen Finanzkreisen über den grünen Klee gelobt: „*Das jordanische Königstum gilt als stabil, es liegt geographisch im Zentrum des Nahen Ostens, hat eine gesunde und aktive Privatwirtschaft, unterhält wirtschaftliche Entwicklungsprojekte und fördert Investitionen und Industrien durch liberale Gesetze und ein gutes Bankensystem. Bei einer wirtschaftlichen Wachstumsrate von jährlich 8 – 12 Prozent seit 1972, Vollbeschäftigung, einer harten Währung, aktiver Zahlungsbilanz und einem ständig steigenden Lebensstandard braucht sich Jordanien derzeit keine Sorgen zu machen.*" („Neue Zürcher Zeitung",-NZZ, 23.3.76).

Ausdruck des Vertrauens, das imperialistische Kreise in die „Stabilität" unter der Garantie des Henkers von Amman (Hussein) setzen, ist der jüngst erfolgte Umzug von insgesamt 91 Orient-Niederlassungen imperialistischer Konzerne aus dem kriegszerstörten Beirut nach Amman, der Hauptstadt Jordaniens: 25 aus USA, 13 britische, der Rest aus der Schweiz, Japan, BRD und Frankreich („Süddeutsche Zeitung", 21.7.76).

Auch eine international zusammengesetzte Entwicklungskonferenz, der Anfang Juni der neue jordanische Fünfjahresplan vorgestellt wurde, spendete nur Lob: „.... *der Plan (stelle) ein ausgeglichenes und konstruktives Programm zur Gesamtentwicklung des Landes dar und (verdiene) daher die positive Berücksichtigung durch Regierungen sowie andere bilaterale, regionale und multilaterale Quellen*". („Nachrichten für Außenhandel" – NfA, 28.6.76).

An der Konferenz, die dieses positive Urteil gab, waren neben verschiedenen UN Organisationen die Weltbankgruppe, die US-AID und die Bundesrepublik beteiligt (NfA, 28.6.76).



Schiffe auf der Reede vor Agaba: Alles für die Ausplünderung des Landes – Nichts für die Bevölkerung.



Phosphatzug in Agaba

Solche Begeisterung scheint auf den ersten Blick seltsam, wo der jordanische Fünfjahresplan von einem Jahresbudget von 209 Mio. jordanische Dinar (ca. 1,6 Mrd. DM) für 1976 ausgeht, das zur Hälfte aus dem Ausland finanziert werden muß ! Dabei wird Jordanien hauptsächlich von den USA, außerdem von einigen arabischen Regierungen, Großbritannien und der BRD unterstützt.

Der Fünfjahresplan bis 1980 sieht nun vor, daß später nur (!) noch ein Viertel des Jahresbudgets aus dem Ausland finanziert wird („NZZ", 12.8.76).

Diese Zahlen – die von manchen imperialistischen Quellen noch erheblich negativer eingeschätzt werden – demonstrieren anschaulich die extreme Abhängigkeit Jordaniens vom Imperialismus.

Ebenso katastrophal abhängig erscheint Jordanien, wenn man sich die Handelsbilanz ansieht: Einem Warenexport von 83 Mio. JD Stand 1975 ein vierfacher Import von 243 Mio. JD gegenüber. Der Fünfjahresplan sieht zwar eine Steigerung der Exporte vor, so zum Beispiel für 1980 einen Export von 231 Mio. JD. Dem wird jedoch trotz Importbeschränkungen bei Konsumgütern ein Import von 246 Mio. JD gegenüberstehen („NZZ", 12.8.76), so daß die Verschuldung weiter wächst. Die „Nachrichten für Außenhandel" erwarten sogar Exporte von nur 40 Mio.JD gegenüber Importen von 234 Mio. JD (14.6.76).

Übrigens war 1975 die BRD der größte Lieferant Jordaniens knapp vor den USA, Saudi Arabien und Großbritannien (ebenda).

An diesen Zahlen wird deutlich, daß sich für die Imperialisten, allen voran die US- und BRD-Imperialisten, ein Milliardengeschäft auf Kosten einer immensen Verschuldung des jordanischen Volkes abzeichnet.

Der Fünfjahresplan sieht vor, daß bis 1980 die produktiven Sektoren von 35 auf 44 % des Brutto-Inlands-Produkts anwachsen sollen, während der Dienstleistungssektor von 65 auf 56 % relativ absinken soll. Das Anwachsen des produktiven Sektors soll vor allem durch die Entwicklung von Bergbau und Industrie erreicht werden, während gleichzeitig der Anteil der Landwirtschaft sinken soll (NfA 26.1.76) – dieses vor dem Hintergrund der Tatsache, daß heute schon fast die Hälfte aller Lebensmittel und 70 % der Konsumgüter eingeführt werden müssen (NZZ 12.8.76), und daß der Fünfjahresplan Importbeschränkungen gerade in diesem Bereich vorsieht!

Zusammengefaßt bedeutet dies eine massive Senkung des Lebensstandards der jordanischen Bevölkerung. Daran wird klar, daß die jordanischen Arbeiter und armen Bauern den Raubzug des Imperialismus bezahlen sollen !

Was die Investitionen in den Bereich Bergbau und Industrie angeht, so handelt es sich um die Entwicklung der Zementproduktion, einer Ölraffinerie, chemischer Düngemittel, Kaligewinnung und Phosphatproduktion. Gedacht ist also vor allen Dingen an die Ausbeutung von Rohstoffen und an eine gewisse Veredelung (Düngemittel) von für den Export (an die Imperialisten) bestimmten Rohstoffen. Dazu kommt noch die Entwicklung einer entsprechenden „Infrastruktur", die ganz im Dienst der Ausplünderung der Reichtümer des Landes steht; Geplant ist besonders der Ausbau des Hafens von Aqaba in Hinblick auf die Phosphatverladung sowie die Entwicklung der Verkehrswege (Straßen und Bahn) zu diesem Hafen hin. Die hier angegebenen Investitionen, die vornehmlich der Infrastruktur zur Ausplünderung des Landes dienen, werden im Fünfjahresplan mit etwa 230 Mio. JD veranschlagt. Allein das sind 32 % der geplanten Gesamtinvestitionen bis 1980 (NfA 28.1.76).

Für den Ausbau des Verkehrsnetzes und des Hafens von Aqaba, sowie für die Errichtung von Raffinerien etc. können die Imperialisten natürlich nochmals fette Aufträge erwarten. Unterm Strich kommt bei dem ganzen neokolonialistischen Plan heraus, daß – anders als zur Kolonialzeit, wo die Imperialisten die Investitionen zur Ausplünderung des Landes selbst machten – **das Jordanische Volk für seine eigene Beraubung die Mittel und Voraussetzungen bereitstellen soll.**

Nahost-Kommission.

USA rüsten Ordnungsmächte im Nahen und Mittleren Osten weiter auf

Israel stellt das neue Kampfflugzeug Kfir C-2 vor

Im Juli 1976 stellte die israelische Luftwaffe ein neues Kampfflugzeug "Kfir C-2" („Junger Löwe") vor. Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des ersten israelischen Mirage-Nachbaus „Nescher" und des „Kfir C-1". Äußerlich unterscheidet sich das neue Flugzeug durch Zusatzflügel über dem Düsenantrieb, die die Manövrierbarkeit im Luftkampf sowie bei Erdkampfangriffen verbessern. Viele Neuerungen fallen unter

Die USA bauen seit einigen Jahren den Iran, die reaktionären arabischen Staaten und auch Israel als Ordnungsmächte im Nahen und Mittleren Osten auf. Die USA liefern diesen Staaten verstärkt Waffen, leisten Militärhilfe und haben mit dem Verkauf von Atomreaktoren in dieses Gebiet im großen Stil begonnen.

Gerechtfertigt werden die Waffenverkäufe u.a. mit der „Guam-Doktrin", die die „regionalen Mächte" (d.h. bestimmte Marionettenregimes des US-Imperialismus) auffordert, mehr für die eigene „Verteidigung" innerhalb ihres Einflußbereiches zu tun, und dafür amerikanische Unterstützung verspricht.

Auffällig ist, daß die USA – ver-

Saudi-Arabien mehrere tausend Maverick- und andere Raketen zu verkaufen. Frühere Geschäfte wurden über die Lieferung von Sidewinder-Raketen, Luftabwehranlagen und Abfangjäger geschlossen. Geliefert werden sollen außerdem Panzerabwehrraketen und lasergesteuerte Bomben (vgl. „Monitor-Dienst" – „MD", 4.8.76 und „NZZ", 4.8.76).

Amerikanische Atomreaktoren für Ägypten und Israel

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen wurden zwischen den USA und Ägypten bzw. Israel zwei gleichlautende (!) Verträge über die Lieferung von je zwei Atomreaktoren abgeschlossen. Bei den Reaktoren für

sperrvertrages gehören, der sowieso eine Farce ist.

In Wirklichkeit bedeuten die zweiseitigen Sicherungsabkommen jedoch nichts weiter, als daß Ägypten und Israel der alleinigen Kontrolle der USA unterstehen („NZZ", 7.8.76).

Gigantische Aufrüstung des Irans

Nach einem von Senator Humphrey vorgelegten Bericht haben die USA seit 1972 für zehn Milliarden Dollar Waffen an den Iran verkauft. Seit dieser Zeit (Nixon-Besuch in Teheran) sind sämtliche administrative Kontrollmechanismen seitens der USA ausgeräumt worden; der Schah kann seitdem uneingeschränkt

an.) Die Ausdehnung des Handels soll durch gesteigerte amerikanische Erdölimporte erreicht werden.

Entsprechend dem unterzeichneten Protokoll werden vor allem die iranischen Waffenimporte enorm steigen. Schon in den letzten Jahren führte der Iran allein aus den USA pro Jahr für 2,5 Milliarden Dollar Waffen ein, jetzt sollen es mindestens drei Milliarden pro Jahr werden („NZZ", 10.8.76).

In diesem Protokoll haben sich die USA außerdem verpflichtet, für zehn Milliarden Dollar acht bis zehn Kernkraftwerke für den Iran zu bauen. Der Schah drängt inzwischen darauf, auch eine Wiederaufbereitungsanlage für die Brennstäbe im Inland

ten für Außenhandel" – NfA, 28.6.76).

An der Konferenz, die dieses positive Urteil gab, waren neben verschiedenen UN Organisationen die Weltbankgruppe, die US-AID und die Bundesrepublik beteiligt (NfA, 28.6.76).

danische Fünfjahresplan von einem Jahresbudget von 209 Mio. jordanische Dinar (ca. 1,6 Mrd. DM) für 1976 ausgeht, das zur Hälfte aus dem Ausland finanziert werden muß ! Dabei wird Jordanien hauptsächlich von den USA, außerdem von einigen

nun vor, daß später nur (!) noch ein Viertel des Jahresbudgets aus dem Ausland finanziert wird („NZZ", 12.8.76).

Diese Zahlen – die von manchen imperialistischen Quellen noch erheb-

vor dem Hintergrund der Tatsache, daß heute schon fast die Hälfte aller Lebensmittel und 70 % der Konsumgüter eingeführt werden müssen (NZZ 12.8.76), und daß der Fünfjahresplan Importbeschränkungen gerade in diesem Bereich vorsieht!

derung des Landes selbst machten – **das Jordanische Volk für seine eigene Beraubung die Mittel und Voraussetzungen bereitstellen soll.**

Nahost-Kommission.

USA rüsten Ordnungsmächte im Nahen und Mittleren Osten weiter auf

Die USA bauen seit einigen Jahren den Iran, die reaktionären arabischen Staaten und auch Israel als Ordnungsmächte im Nahen und Mittleren Osten auf. Die USA liefern diesen Staaten verstärkt Waffen, leisten Militärhilfe und haben mit dem Verkauf von Atomreaktoren in dieses Gebiet im großen Stil begonnen.

Gerechtfertigt werden die Waffenverkäufe u.a. mit der „Guam-Doktrin", die die „regionalen Mächte" (d.h. bestimmte Marionettenregimes des US-Imperialismus) auffordert, mehr für die eigene „Verteidigung" innerhalb ihres Einflußbereiches zu tun, und dafür amerikanische Unterstützung verspricht.

Auffällig ist, daß die USA – verglichen mit der Praxis in den fünfziger und sechsziger Jahren – heute nur das modernste Kriegsmaterial liefern.

In den letzten drei Steuerjahren haben die USA Kriegsmaterial für 28,5 Milliarden Dollar ins Ausland verkauft („Neue Zürcher Zeitung" = „NZZ", 4.8.76).

Die militärische Auslandshilfe der USA wird in diesem Jahr zusätzlich 4,8 Milliarden Dollar betragen, von der 3,4 Milliarden Dollar in den Nahen und Mittleren Osten fließen. Israel erhält davon rund zwei Drittel („palästina", 3/76).

Umfangreiche Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien

Die USA haben beschlossen, an Saudi-Arabien mehrere tausend Maverick- und andere Raketen zu verkaufen. Frühere Geschäfte wurden über die Lieferung von Sidewinder-Raketen, Luftabwehranlagen und Abfangjäger geschlossen. Geliefert werden sollen außerdem Panzerabwehrraketen und lasergesteuerte Bomben (vgl. „Monitor-Dienst" – „MD", 4.8.76 und „NZZ", 4.8.76).

Amerikanische Atomreaktoren für Ägypten und Israel

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen wurden zwischen den USA und Ägypten bzw. Israel zwei gleichlautende (!) Verträge über die Lieferung von je zwei Atomreaktoren abgeschlossen. Bei den Reaktoren für Israel handelt es sich um 1.000 Mega-Watt-Reaktoren, die ägyptischen sind kleiner (600 - 700 Mega-Watt). Die Reaktoren werden pro Stück etwa eine Milliarde Dollar kosten; die Bauarbeiten etwa acht Jahre dauern („Süddeutsche Zeitung" = „SZ", 5. und 7.8.76, „MD", 6.8.76).

Damit kommt auch Ägypten langfristig in die Lage, eigene Atomwaffen herzustellen. Israel hält heute schon Atomwaffen einsatzbereit; in Dimona ist schon seit längerem ein Atomreaktor, den Frankreich geliefert hat, in Betrieb („SZ", 5.8.76). In den Abkommen sollen besonders starke „Sicherheitsvorkehrungen" gegen die Verwendung von spaltbarem Material für militärische Zwecke enthalten sein, da beide Länder nicht zu den Unterzeichnern des Atomsperrvertrages gehören, der sowieso eine Farce ist.

In Wirklichkeit bedeuten die zweiseitigen Sicherungsabkommen jedoch nichts weiter, als daß Ägypten und Israel der alleinigen Kontrolle der USA unterstehen („NZZ", 7.8.76).

Gigantische Aufrüstung des Irans

Nach einem von Senator Humphrey vorgelegten Bericht haben die USA seit 1972 für zehn Milliarden Dollar Waffen an den Iran verkauft. Seit dieser Zeit (Nixon-Besuch in Teheran) sind sämtliche administrative Kontrollmechanismen seitens der USA ausgeräumt worden; der Schah kann seitdem uneingeschränkt Waffen in den USA kaufen.

Das größte Handicap für eine hemmungslose Aufrüstung mit modernsten Waffen ist der niedrige Ausbildungsstand der iranischen Armee. Die USA entsenden deshalb – und zur besseren Einflußnahme – ständig neue militärische „Berater" in den Iran. Inzwischen sind es 24.000, bis 1980 soll ihre Zahl auf 50.000 bis 60.000 ansteigen („NZZ", 4.8.76).

Bei dem zweitägigen Besuch Kissingers in Teheran Anfang August wurde ein amerikanisch-iranisches Protokoll unterzeichnet, das ein Handels- und Wirtschaftsprogramm mit einem Volumen von 40 Milliarden Dollar für die nächsten fünf Jahre vorsieht („SZ", 9.8.76). (Die „NZZ" vom 10.8.76 gibt sogar ein Volumen von 55 Milliarden Dollar an.) Die Ausdehnung des Handels soll durch gesteigerte amerikanische Erdölimporte erreicht werden.

Entsprechend dem unterzeichneten Protokoll werden vor allem die iranischen Waffenimporte enorm steigen. Schon in den letzten Jahren führte der Iran allein aus den USA pro Jahr für 2,5 Milliarden Dollar Waffen ein, jetzt sollen es mindestens drei Milliarden pro Jahr werden („NZZ", 10.8.76).

In diesem Protokoll haben sich die USA außerdem verpflichtet, für zehn Milliarden Dollar acht bis zehn Kernkraftwerke für den Iran zu bauen. Der Schah drängt inzwischen darauf, auch eine Wiederaufbereitungsanlage für die Brennstäbe zu erhalten, da die Brennstäbe im Inland bleiben sollen (!) („SZ", 7.8.76).

Bei dem Vertragsabschluß über die Lieferung von zwei Reaktoren aus der BRD war immer wieder betont worden, daß diese für den Bau von Atomwaffen notwendigen „sensitiven" Technologien nicht mitgeliefert würden, das faschistische Schah-Regime die Reaktoren folglich nicht für militärische Zwecke einsetzen könnte.

Die USA machen jetzt nur noch zur „Bedingung", daß eine solche Wiederaufbereitungsanlage unter internationaler Kontrolle stehen müsse. Davon sollte die BRD-Regierung bei Vertragsabschluß nichts gewußt haben?

Nahost-Kommission

Israel stellt das neue Kampfflugzeug Kfir C-2 vor

Im Juli 1976 stellte die israelische Luftwaffe ein neues Kampfflugzeug "Kfir C-2" („Junger Löwe") vor. Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des ersten israelischen Mirage-Nachbaus „Nescher" und des „Kfir C-1". Äußerlich unterscheidet sich das neue Flugzeug durch Zusatzflügel über dem Düsenantrieb, die die Manövrierbarkeit im Luftkampf sowie bei Erdkampfangriffen verbessern. Viele Neuerungen fallen unter die Geheimhaltung, bekannt sind ein verstärktes Fahrwerk, ein vollständig überholtes Cockpit sowie eine verbesserte amerikanisch - israelische Elektronik.

Der „Kfir C-2" ist mit zwei Bordkanonen und Luft-Luft-Raketen ausgerüstet und kann vier Tonnen Bomben tragen. (Das sind halb soviel wie der Phantom-Bomber tragen kann.) Israel bietet das Flugzeug für 4,5 Milliarden Dollar an, der Hälfte, die vergleichbare Flugzeuge kosten.

Die hohen Entwicklungskosten sind selbst in Israel auf Kritik gestoßen, obwohl immer wieder die durch eine eigene Rüstungsproduktion sinkende Abhängigkeit von Rüstungsimporten betont wird.

Israel ist also darauf angewiesen, den „Kfir C-2" zu exportieren, und will damit wohl auch als Exporteur stärker ins Rüstungsgeschäft einsteigen.

Österreich, mit dem Zionisten Kreisky an der Spitze, hat schon sein Interesse an 24 „Kfir C-2"-Flugzeugen bekundet; österreichische Piloten haben das Flugzeug schon in Israel erprobt („The Jerusalem Post", 27.7.76). Im August kommt der österreichische Verteidigungsminister nach Israel, u.a. ist auch ein Besuch der Herstellerfirma des „Kfir C-2" vorgesehen. Weitere Interessenten sind: Südafrika (!), Peru und Australien („Neue Zürcher Zeitung", 18. 19. und 31. Juli 1976).

Gerade Südafrikas Ministerpräsident Vorster hatte bei seinem Israel-Besuch im April 76 Berichte „dementiert", nach denen sein Besuch dem Abschluß von Abkommen über Waffenlieferungen gedient hätten! („Israelischer Rundfunk" 11.4.76, nach „Monitor-Dienst").

Nahost-Kommission

Israel rüstet weiter

Französische Boden-Luft-Raketen für Israel?

Israel ist daran interessiert, französische Boden-Luft-Raketen zu kaufen, die gemeinsam mit der BRD hergestellt werden.

Israel will damit seine entsprechende amerikanische Ausrüstung auswechseln. Frankreich, das in der Vergangenheit mit Israel große Waffengeschäfte gemacht hat, ist zur Lieferung bereit. Die BRD geniert sich noch ein bißchen. Offiziell dürfen nämlich noch immer keine Waffen aus der BRD in Spannungsgebiete geliefert werden. („Monitor-Dienst", 5.8.76).

Geheime Marine Israels?

Israelische Handelsschiffe sind mit Geschützen und militärischen Einrichtungen versehen, die nach Angaben Londoner Bankkreise weit über die normalen (!) Sicherheitsvorkehrungen gegen Entführungen (!) hinausgehen – seit wann werden Handelsschiffe entführt?. Diese „Sonderausstattung" wurde entdeckt, nachdem Schiffe einer israelisch-amerikanischen Transportgesellschaft zur Deckung von Schulden eingezogen worden waren („SZ", 8.7.76).

Neue Schnellboote für die israelische Marine

In Kürze wird die israelische Marine sechs neue Raketenschnellboote des Typs „Reshef" erhalten, die von Israel selbst hergestellt werden und die französischen Angriffsboote in der Operationsbreite um ein Vierfaches übertreffen. Die gleichen Boote werden nach Südafrika verkauft.

Nahost-Kommission.

Noch immer Streiks im Westjordan-Land

Inzwischen mußte der israelische Kriegsminister Peres (!) den Vertretern der westjordanischen Handelskammer Kompromißvorschläge unterbreiten. Damit sollten die am 13.8.76 noch immer andauernden Streiks (der arabischen Händler) und Unruhen im Westjordanland beendet werden. Peres bot an, daß nur Händler mit einem Jahreseinkommen von mehr als 55.000 Dollar (!) zur Buchführung und zur Erhebung der achtprozentigen Mehrwertsteuer verpflichtet werden sollten. Diese sollte auch erst ab Dezember 76 in Kraft treten.

Die Vertreter der Handelskammer lehnten diese Beschlüsse jedoch ab. Begründungen: „*Wir wollen uns von der israelischen Regierung keine neuen Steuern aufzwängen lassen*" („Süddeutsche Zeitung", 14.8.76).

Israel darf nach der Genfer Konvention auch keine Steuern in den besetzten Gebieten erheben. Wir berichteten in AK 86 darüber.

Zu militanten Aktionen kam es in Hebron. Am 6. und 7.8. explodierten in Hebron zwei Bomben. Auf einen israelischen Bus wurden Schüsse abgegeben.

Die israelischen Militärbehörden nahmen die Explosionen zum Anlaß, weitere Verhaftungen vorzunehmen. Mindestens 13 „Verdächtige" wurden verhaftet („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 9.8.76).

In Nablus wurden israelische Soldaten während ihrer Streifengänge von Demonstranten mit Steinen beworfen. In Antaba (in der Nähe von Tulkarem) wurde am 10.8.76 eine Ausgangssperre für mehrere Stunden verhängt („SZ", 11.8.76).

Im Westjordanland herrscht also keineswegs die von den Zionisten gewünschte Ruhe!

Nahost-Kommission



HBV

Nichts „mehr Wert"

Seit dem 6. August 76 steht fest: Der drittgrößte der Supermarkt-Warenhäuser „mehr Wert" ist Pleite. Nachdem „mehr Wert" seit seiner Gründung 1967 pro Jahr einen Umsatzzuwachs von durchschnittlich 50 % hatte (vergl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 9.8.76) und im Jahre 1975 auf 950 Millionen DM Umsatz kam und einen Reingewinn von 8 Millionen an die Kommanditisten verteilen konnte, steht der westdeutsche Einzelhandel damit vor seiner bisher größten Millionenpleite. Mehr als 200 Millionen Mark schuldet „mehr Wert" Banken und Lieferanten.

„Die Zahl der möglichen Anschlußkonkurse unter den etwa 3000 Lieferanten ist noch nicht abzusehen" („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 9.8.76). Die 17 Banken mit ca. 120 Millionen DM werden diese Pleite nach den letzten profitträchtigen Bankjahren ohne Mühe (und die beteiligten Landesbanken auf Kosten des Steurzahlers) verkraften.

Bilanzpfusch

Bilanzpfusch

Nachdem 1975 noch ein Reingewinn von 8 Millionen DM gemacht wurde, sind jetzt die „Sachverständigen" „ratlos", wie in sieben Monaten ein Verlust von mehr als 200 Millionen DM angefallen sein soll.

- *„Die Unternehmensführung ..... erwies sich als wenig qualifiziert"* („Sonntagsblatt" 12. 8.)
- mangelnde *„Qualität des Rechnungs- und Kontrollsystems"* wird bemängelt („SZ", 9.8.)
- Für die „Süddeutsche Zeitung" *„scheint nun aber festzustehen, daß in vielen Fällen zu billig verkauft worden ist."* („SZ", 9.8.).

Die Ursachen dieser Pleite sind jedoch nicht in der „Wohltätigkeit" gegenüber dem Verbraucher zu suchen.

„Mehr Wert"-Gründer Wolf . . . hatte . . . über Jahre kräftigen Bilanzpfusch betrieben, denn ,in einem Jahr', so ein Kaufhaus-Manager, ,können derart riesenhafte Verluste gar nicht auflaufen' " („Spiegel", 33/76):

- Jahrelang waren Steuern nicht gezahlt worden,
- zu hohe Abschreibungen vorgenommen worden,
- die Lagerbestände falsch – mit 200 statt mit 80 Millionen –
- die Lagerbestände falsch – mit 200 statt mit 80 Millionen – bewertet („FR", 10.8.76).

Mit solchen Methoden sind sicherlich „Extra"-Profite eingestrichen worden, die einen Reingewinn von 8 Millionen im Jahr 1975 in den Schatten stellen! Die „mehr Wert"-Kapitalisten haben ihr Schäflein im Trocknen – selbst wenn sie ihr eingesetztes Kapital verloren haben!

Auf der Strecke bleiben mal wieder die Kollegen!

„Soziale Hellhörigkeit sichert" Arbeitsplätze?

Für die 3.500 Beschäftigten sind die Arbeitsplätze auf jeden Fall nicht mehr sicher. Zwar gibt es für die verschiedenen Läden Kauf- bzw. Mietinteressenten, doch die Haltung dazu gibt der Sprecher der Rheinland-Pfälzischen Landesbank beim Verkauf der ihr gehörenden Gebäude und Grundstücke an die Firma „Wertkauf" deutlich an: *„Alle geeigneten ,mehr Wert'-Mitarbeiter werden übernommen"* („Hamburger Morgenpost", 19.8.76). Hier liegt die Betonung auf „geeignet". Wie immer werden die Kapitalisten Fusionen, Konkurse und Aufkäufe dazu nutzen, ihren Interessen entsprechend den Betrieb zu „säubern".

Die Einzelhandelskapitalisten sehen das allerdings ein bißchen anders. So kommentiert die „Lebensmittelzeitung" vom 13.8.76 die Sorgen der Kapitalisten: *„In unserer auf soziale Hellhörigkeit gestimmten Gesellschaft ist schnell von den 3.500 Angestellten die Rede. Aber ihre Lage ist auf Grund viel kritisierter Gesetze relativ gesichert ... Schlimmer ist das Schicksal der 3.000 Lieferanten."*

Gewerkschaften nur Konkursverwalter?

Gewerkschaften nur Konkursverwalter?

Die betroffenen Kollegen erhielten die Nachricht des Konkurses größtenteils erst durch die Presse bzw. die Nachrichten. Weder Gewerkschaften noch die Betriebsräte haben irgendeine Information vorher durchblicken lassen. Und das, obwohl die Herren Gewerkschaftsführer allein durch ihre Aufsichtsratsposten beste Drähte zu den Kapitalisten haben.

Außer Verwaltungsarbeiten und guten Ratschlägen, wie die Kollegen sich bei Konkursen zu verhalten haben (Merkzettel der DAG), ist bisher keine Stellungnahme von beiden Gewerkschaften erschienen. – Auch hierin ist das Verhalten der mit der SPD und dem Kapital verfilzten Gewerkschaftsführung einmalig.

Kritisiert wird lediglich die Informationspolitik der Unternehmer und man droht mit dem gewerkschaftlichen „Kampfmittel" der Anrufung der Einigungsstelle. Zudem droht man mit gerichtlichen Nachspielen. Keine entschiedene Stellungnahme zur kapitalistischen Konkurspolitik, keine Überprüfung der eigenen Politik. Verständlich bei diesen Herren...



Bullen sichern die Lagerbestände bei „Mehr Wert".
(aus „Hamburger Morgenpost" 10.8.76)

Diesmal hat die CDU ihre dreckigen Finger drin

Da die Rheinland-Pfälzische Landesbank einer der großen Kreditgeber war und deren Vorsitzender der Kanzlerkandidat der CDU Kohl ist, hat die „mehr Wert"-Pleite gerade in Wahl-Monaten auch politische Auswirkungen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Lambsdorff, nutzte diese Situation, um Kohls Rücktritt als Landesbank-Vorsitzender zu fordern
(„FR", 10.8.76). Weiterhin erinnerte
(„FR", 10.8.76). Weiterhin erinnerte Lambsdorff an die Wertpapierschiebungen und die ungenehmigten Kredite an die DDR (Sehr eigenartig für Kohl, einen Mann, der gerade jetzt einen Wirtschaftsboykott gegen die DDR fordert!).

„Es ist genug, Herr Kohl, verbotene Wertpapierkoffergeschäfte, ungenehmigte Kredite an die DDR, Finanzierung des Verdrängungswettbewerbs (,Mehr Wert'). Treten Sie zurück", so Lambsdorff.

Lambsdorfs empörtes Geschrei ist aber auch als Vergeltungsschlag für die Veröffentlichung der dunklen Geschäfte des Herrn Osswald, Ministerpräsident von Hessen und Vorsitzenden der Hessischen Landesbank zu werten. Es ist Wahl„kampf"zeit, denn sonst hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus.

HBV-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

„mehr Wert" Kollegen stehen vor verschlossener Tür



Bullen schützen das paradiesische Kaufland in Oststeinbek/ bei Hamburg

„mehr-Wert"-Pleite: Polizeischutz gegen Faustrecht

Am 19.8. war die „mehr Wert"-Gläubigerversammlung in Hamburg. Dabei wurde festgestellt, daß die beste Lösung für die Lieferanten, die Herausgabe der Ware, praktisch unmöglich ist, denn dafür wäre angeblich ein Arbeitsaufwand von 166.666 Arbeitsstunden notwendig („Hamburger Abendblatt" vom 20.8.76). Deshalb schlägt der Konkursverwalter einen sogenannten Pool vor, in den der Erlös der verkauften Waren geht und dann anteilig unter den Lieferanten aufgeteilt werden würde.

Bei dieser Lösung aber sehen einige Lieferanten wohl zu Recht ihre Felle wegschwimmen, so daß Konkursverwalter Klinger schon befürchtet, *„daß das Faustrecht gilt"* („HA", 20.8.76). Um dieser Situation vorzubeugen sind nunmehr Polizei bzw. private Gesellschaften mit der Verteidigung der „mehr Wert"-Läden beauftragt. Dabei ist schon der Einsatz von Wasserwerfern ins Auge gefaßt worden, um die Lieferanten fernzuhalten. Diejenigen jedoch, die für „mehr Wert" jahrelang geschuftet haben, die Kollegen, werden weiterhin von den Gewerkschaftsführern hingehalten!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Einzelhandel: Groß, größer, am größten . . . .

Neben der zur Zeit laufenden Jagd auf die sb-„mehr-Wert" Läden durch Großkapitalisten des Einzelhandels, vollzieht sich dort – in den letzten Wochen besonders sichtbar – ein enormer Konzentrationsprozeß. Dieser Konzentrationsprozeß hat in den letzten zehn Jahren zu 90.000 Geschäftsaufgaben geführt, die 150.000 Kollegen die Arbeitsplätze nahmen („Lebensmittel-Zeitung", 13. 8. 76).

So hat die Mann-Gruppe („Wertkauf", Möbel-Mann) zehn SB-Warenhäuser des Frankfurter Lebensmittelfilialisten Latscha übernommen, die einen Jahresumsatz von 200 Mill. DM hatten, und rückte dadurch zum drittgrößten SB-Warenhauskapitalisten der BRD auf. Mann hatte bereits vor einem Jahr die Aktienmehrheit einer amerikanischen SB-Kette in den USA mit 46 Häusern übernommen („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 12. 8. 76).

Jetzt hat Mann auch noch die Gebäude und Grundstücke der Pleite gegangenen Handelskette „mehr Wert" (siehe hierzu Artikel in diesem AK) aufgekauft, die der Rheinland-Pfälzischen Landesbank gehörten. Hierzu gehören die „mehr Wert" Verwaltungszentrale in Oststeinbek bei Hamburg („Hamburger Morgenpost", 19. 7. 76).

Ebenfalls mit ausländischen Kapitalisten kooperiert die „sehr erfolgreiche" Schaper-Gruppe, Hannover, (C & C, Real-Kauf, Großhändler der VIVO und VeGe-Einzelhändler in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen). Schaper hat in dem Geschäftsjahr 1974/75 allein den Einzelhandelsumsatz um 47 % (!) erhöht und konzentriert sich ebenfalls zusehends auf den SB-Warenhausbereich. Gemeinsam mit der französischen Gesellschaft Promodes wurde eine SB-Warenhausgesellschaft gegründet und ein erster Laden inzwischen eröffnet. Mit dem Einzelhandels-Kapitalisten Hussel AG wurde ein Warenhaus in Bremerhaven aufgemacht („FAZ", 9. 8. 76).

Dran glauben mußte die Sparzentrale Nordbayern, die Großhändler der VeGe und VIVO-Einzelhändler war. Der Betrieb wurde von der NHZ (Nonfood GmbH & Co. KG) in Nürnberg übernommen, die vor drei Jahren durch eine Fusion zweier Großhändler entstanden war („FAZ", 12. 8. 76).

Und nicht zuletzt hat auch die Edeka-Zentrale ihr Kapital von 30 um 15 Millionen erhöht („Süddeutsche Zeitung", August 76).

Von solchen 50 %igen Erhöhungen ihrer Gehälter können die Kollegen im Einzelhandel nur träumen, ist ja gerade ihre besondere Ausbeutung die Grundlage für die Expansion der Kapitalisten.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Sommerschluß-verkauf fürs Personal bei Horten

Beim jährlichen Sommerschlußverkauf (SSV) in den großen Kaufhäusern wird versucht, auch die Angestellten mit List und Tücke zum verstärkten Einkauf im „eigenen Haus" zu veranlassen. Bei Horten wurde eigens zu diesem Zweck am
Freitag vor Beginn des SSV's eine Personalkaufzeit von 18.00 – 20.00 Uhr veranstaltet, zu der auch
Freitag vor Beginn des SSV's eine Personalkaufzeit von 18.00 – 20.00 Uhr veranstaltet, zu der auch die Familienangehörigen mitgebracht werden durften.

Vorbereitet wurde das ganze mit einem 55 Seiten starken Sonderkatalog, ganz im familiären Ton gehalten, und einer Personal-Vollversammlung, bei der Geschäftsführer und Betriebsrat (!) den Kollegen die „besonderen Vorteile" des Personalkaufs ans Herz legten und versuchten, die „Kauflust" kräftig anzuheizen.

Gleichzeitig wurde das Personalkauflimit (50 % des Bruttogehalts) aufgehoben und eigens für diesen Abend besondere Finanzierungsmöglichkeiten (kostenlose Warenvorschüsse bis zu fünf Monaten, für größere Anschaffungen 36 Monate Rückzahlungsfrist) angeboten.

Mit diesen raffinierten Lockmitteln versuchten die Horten-Kapitalisten die niedrigen Gehälter, die sie zahlen, gleich wieder in die eigenen Taschen fließen zu lassen und die Kollegen durch längerfristige Zahlungsverpflichtungen noch abhängiger zu machen – der „besondere Vorteil" liegt wirklich auf der Hand!

Ganz richtig empfanden viele Kolleginnen diesen „Personal-SSV" dann auch nur als 1 1/2 Stunden Mehrarbeit und „glatte Verarschung".

Eine Genossin
KB/Gruppe Bremen

Tarifrunde im Einzelhandel

Für mehrere Tarifbezirke schloß die HBV Tarifverträge ab. Die Angaben wurden der HBV-Zeitung „ausblick", 8/76 entnommen:

Bremen

Für 12 Monate wurde eine durchschnittliche Erhöhung von 6 % vereinbart.

Niedersachsen

Obwohl bereits gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen eingeleitet waren, schloß die HBV-Führung bei 5,5 % Lohnerhöhung ab!

Rheinland-Pfalz

Vom 1. Mai 1976 an wurde eine durchschnittliche Erhöhung von 5,5 % vereinbart; ab dem 1. 1. 1977 gibt es einen Aufschlag, was zusammen 6,2 % ausmacht.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Edeka
Repressalien nach gewonnenem Prozeß

Im letzten Arbeiterkampf berichteten wir darüber, daß der in Hamburg von den Edeka-Kapitalisten gekündigte Kollege St. per Einstweiliger Verfügung (EV) vorerst weiter beschäftigt werden muß.

Inzwischen erging auch ein erstinstanzliches Urteil, daß die Kündigung aus „Rationalisierungsgründen" nicht stichhaltig ist. Dieses Urteil allerdings ist noch nicht „vollstreckbar", die Edeka hat Berufung eingelegt.

Mit Hilfe der EV arbeitet der Kollege inzwischen wieder in seiner Abteilung; die Arbeitsbedingungen allerdings gleichen einer „Einzelhaft":

Er erhielt ein Einzelzimmer, in dem außer einem Schreibtisch und einem Schrank nichts weiter vorhanden ist. Selbst das Telefon wurde abgebaut. Die Wände sind kahl und leer wie in einer Gefängniszelle. Verboten wurde ihm Besuche in anderen Zimmern, er erhielt eine Mittagspausen-Zeit, in der niemand anders mehr zur Kantine geht.

Zwei Kollegen, die trotzdem mit ihm zu Mittag gingen, wurden massiv vom Vorgesetzten zurechtgewiesen. Seine jetzige Arbeit hat nichts mit der vorigen gemein: Er muß den ganzen Tag Adressen schreiben! Gegen diese Schikanen, die klar dem Gerichtsurteil widersprechen, ist inzwischen Strafantrag gestellt worden.

Betriebszelle Edeka
KB/Gruppe Hamburg

Landesbank Rheinland-Pfalz:
Wie man aus Wirtschaftskriminalität ein Kavaliersdelikt macht!

An der Pleite der Mitte 1975 zusammengebrochenen WM-Möbelwerkstätte in Hachenburg (Westerwaldkreis) kommen heute wieder diverse Schiebereien und Vertuschungen zum Vorschein. Kreditgeber waren bis zuletzt die Mainzer Landesbank (ca. 15 Mill. DM), die Nassauische Sparkasse (ca. 7,3 Mill. DM), die Frankfurter Niederlassung der Banque de Paris (5 Mill. DM) sowie fünf weitere Banken mit mehr als 6,2 Mill. DM. Nach der „Frankfurter Rundschau" vom 4. 8. 76 müssen die Banken das Geld „abschreiben". Der Steuerberater der WM hatte nachweislich gefälschte Bilanzen vorgelegt (die Frau des Steuerberaters war Gesellschafter bei der WM), die eine völlig falsche Geschäftslage darstellten. Angeklagt ist nun der Steuerberater wegen „Täuschungshandlung, um eine vermögensschädigende Disposition herbeizuführen". Die Kapitalisten der Möbelwerkstätte sind bei diesem Prozeß gar nicht mit auf der Anklagebank. Aber auch der Steuerberater steht trotz der erwiesenen Bilanzfälschung nicht schlecht da.

Die Verteidigung versucht zu beweisen, *„daß entweder die kreditgebende Bank ‚augenzwinkernd' mit den falschen Angaben einverstanden war, damit sie für Kredite, die aus .... strukturpolitischen oder parteifreundlichen Gründen notwendig erscheinen, zumindest auf dem Papier gedeckt ist"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12. 8. 76).

Kann so etwas bewiesen werden, entfällt der Betrugstatbestand nach § 263 Strafgesetzbuch!

Aber selbst wenn dies nicht konkret bewiesen werden kann, so braucht nur nachgewiesen werden, daß die Bank mit *„Leichtigkeit die Unrichtigkeit der Unterlagen hätte feststellen können – das wirkt sich auf das Strafmaß aus!"*

Eine wirklich tolle Sache ist das, wenn man sich 31 Mill. DM unter Vorspiegelung falscher Tatsachen mitergaunert, aber alle Wege offen hat, einer normalen Verurteilung zu entkommen – und das auch noch ganz legal.

Übrigens, der Verwaltungs-Vorsitzende der Landesbank Rheinland-Pfalz heißt Kohl und ist Kanzlerkandidat der CDU/CSU!!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Fachgruppe Großhandel der HBV:
Weiterhin linke Mehrheit

Die zweite ordentliche Mitgliederversammlung für 1976 fand am 16.8.76 statt. Durch das Rauskatapultieren verschiedener linker Kollegen aus dem Fachgruppenvorstand (FGV) durch die Gewerkschaftsführer waren Nachwahlen notwendig.

Obwohl die Gewerkschaftssekretäre gezielt rechte Mitglieder mobilisierten, konnte die linke Mehrheit nicht gebrochen werden. Linke, fortschrittliche Kollegen wurden für den FGV nachgewählt. Eine eingebrachte Resolution gegen den Ausschlußversuch des FGV-Vorsitzenden fand ebenfalls eine Mehrheit von 32 zu 24 Stimmen! Hierin wird die Gewerkschaftsführung nochmals aufgefordert, das Ausschlußbegehren wegen Verteilung eines Aufrufflugblattes zu einer Frauenveranstaltung sofort fallen zu lassen.

Eine der Ausschlußantragstellerinnen, das HBV-Mitglied Bauch, krönte ihren Antrag wörtlich noch einmal mit folgender Aussage zum § 218:

„Der § 218 ist kein Problem für Frauen, da man sich jederzeit Adressen (Kurpfuscher) besorgen könnte, sie selbst kann eine für einen Preis von 200,- DM nennen" (!).

Die oben genannte Abstimmung und lautstarke Proteste bei solchen Sprüchen zeigten, daß die Rechten nicht landen konnten.

Auch eine von der Gewerkschaftsführung ausgearbeitete Richtlinie zur Einschränkung der bisher unkontrollierten Arbeitskreis-Arbeit wurde abgelehnt und 26 Kollegen sprachen sich für die Abhaltung einer Veranstaltung gegen politische Entlassungen und Repression aus.

Betriebszelle Großhandel/Edeka
KB-Gruppe Hamburg

gefordert, das Ausschlußbegehren wegen Verteilung eines Aufrufflugblattes zu einer Frauenveranstaltung sofort fallen zu lassen.
Eine der Ausschlußantragstellerin-
staltung gegen politische Entlassungen und Repression aus.
Betriebszelle Großhandel/Edeka
KB-Gruppe Hamburg

Hessische Landesbank: Die Millionenschiebereien werden vertuscht

Millionenverluste mußte die Hessische Landesbank (Helaba) wegen ihrer Immobilienspekulationen und ominösen Beteiligungen hinnehmen (wir berichteten mehrfach darüber). Der ganze Skandal soll jetzt einen vorläufigen Abschluß finden. Eine Sonderkommission legte ihren letzten Bericht über die Immobilienspekulationen mit dem Münchener Schwabylon-Projekt und dem Frankfurter Sonnenring vor (lt. „Frankfurter Rundschau" 11. 7. 76). Der damals amtierende Verwaltungsrats-Vorsitzende Osswald (SPD) wird fast vollständig reingewaschen. Die Gutachter schieben die krumme Beteiligungspolitik in die alleinige Verantwortung des alten Vorstandes und erklären den ganzen Verwaltungsrat für „unschuldig".

Mitverantwortlich wird lediglich noch der Kreditausschuß benannt, dessen stellvertretender Vorsitzender „dummerweise" wieder Osswald heißt. Aber Herr Osswald ist abgesichert:

- Der Landtagsbeschluß, die Immunität von Osswald nicht aufzuheben, besteht nach wie vor!
- Das Landgericht Hannover hat es dem ehemaligen Vorstandsboß der Helaba, Hankel, untersagt, gegen Osswald die Beschuldigung loszulassen, der Ministerpräsident habe die *„Staatskasse und Sparkasse des Landes Hessen geplündert"*!
- Die Gutachterkommission erklärte in ihrem Bericht abschließend, die Prüfungsergebnisse könnten nicht als abschließende Grundlage für die Einleitung rechtlicher Schritte angesehen werden!!

Die „Frankfurter Rundschau" bemerkt in ihrem Kommentar zur Sonderprüfung ganz richtig:

„Waren die Prüfer überhaupt beauftragt, den ganzen verworrenen Interessenknäuel zu entwirren, bei dem es um mehr als streng formale Dinge ging? Parteipolitische, personelle und zuletzt auch handfest kommunalpolitische Verflechtungen, wie sie für den Sonnenring maßgebend waren, gehörten offensichtlich nicht zu den Prüfungsrecherchen."

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde im Buchhandel: Kollegen gegen Lohndiktat
Am 6.8.76 fand die erste Verhandlung in der diesjährigen Tarifrunde der
Der zuständige Landesbezirksleiter Krause machte sowohl in den Ver-
auf Stellschildern unsere Forderungen zu begründen.

Hamburg-Mannheimer:
Vorsicht Faschisten!

Während die Kapitalisten die Repression gegen fortschrittliche Kollegen bei der Hamburg Mannheimer weiter verschärfen, klopfen Reaktionäre ihre braunen Sprüche immer unbeschwerter, wie die folgenden Beispiele zeigen. Dabei stellen diese Sachen bestimmt nur die Spitze des Eisbergs dar:

Fortschrittlichen HBV-Gewerkschaftern begegnete die Büroleiterin H. Gasow z. B. mit Sprüchen wie: *„Alle, die das Transparent des DGB am 1. Mai getragen haben, das am ‚schwarzen Brett' hängt, sollte man in den Steinbruch schicken".*

So meinte CDU-Mitglied R. Klemmer: *„Man sollte allen Roten die Rübe abhacken. Dann hätten wir Ruhe."* Ein weiteres Zitat von ihm, aus dem seine braune Vergangenheit durchblickt, wäre folgendes: *„Kommunisten müssen ausgerottet werden. Dabei würde ich auch selbst die Hand anlegen."*

Die Einschätzung dieses CDU'lers fordert direkt zur Kommunistenjagd auf. Nach seiner Meinung sehen diese wie folgt aus: *„Klein, schmächtig, verschlagener Blick."*

Ein anderer Rechter redet vom Horst-Wessel Lied und vom Arbeitsdienst. Der Faschist P. Paul meinte zu einem Kollegen: *„Was ist das Beste gegen Juden? – Gas!"*

Ein fortschrittlicher Kollege, der Aufklärungsarbeit über die Mißstände im Betrieb wahrnehmen wollte, wurde durch den Jungen Union'ler B. Leber behindert, indem dieser hinter ihm herlief und ihn den Kollegen gegenüber als „Chaoten" beschimpfte.

Ein NPD'ler (Name der Redaktion bekannt) brachte folgenden Spruch: *„Die Kommunisten sind die größten Schweine auf der ganzen Welt, und dann immer diese Bruderküsse, äch gitt, das ist ja furchtbar, wenn die sich so ablecken, dieses falsche Pack."*

Nachdem dies in „Zur Sache", der Branchenzeitung des KB, veröffentlicht wurde, zeigte sich einmal wieder, was SDAJ'ler und Jusos vom antifaschistischen Kampf halten. Diese Spezialdemokraten hatten nichts besseres zu tun, als zu sagen, der KB würde überall braune Gespenster sehen. Das wären doch keine Sachen, aus denen man ein faschistisches Denken ersehen kann, sondern das wäre so im Scherz mal gesagt worden! Mit solch einer Politik wird der Verbreitung faschistischen Gedankengutes grünes Licht gegeben. Ehrlicher wäre es, wenn die SDAJ'ler und Jusos ihre Angst vor der Auseinandersetzung mit diesen rechten Vögeln eingestehen würden. Bei einem Kollegen ging diese Angst sogar soweit, daß er eine persönliche Erklärung herausgab, in der er sich für die Weitergabe von Informationen über diese feinen Herren entschuldigte, obwohl er diese Informationen überhaupt nicht weitergegeben hatte!

Betriebszelle Hamburg-Mannheimer
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde im Buchhandel: Kollegen gegen Lohndiktat

Am 6.8.76 fand die erste Verhandlung in der diesjährigen Tarifrunde der Fachgruppe Buchhandel und Verlage statt. Bereits im April war auf einer Mitgliederversammlung (MV) die Forderung nach 135,– DM mehr für alle beschlossen worden. Der Fachgruppenvorstand und die zuständigen Sekretäre wurden aufgefordert, in diesem Sinne breit zu informieren und zu mobilisieren. Dazu geschah jedoch recht wenig. Über vier Monate (!) wurde – angeblich aus „Rücksicht" auf die Einzelhandelstarifrunde – nicht verhandelt. Auch an Mobilisierung lief von dieser Seite nichts. Die Betriebsgruppe Frensche z.B. wartete auch gar nicht darauf, sondern erstellte selbständig ein Flugblatt, das unter den Kollegen und vor den Betrieben verteilt wurde. Auch Unterschriften wurden gesammelt und in einigen Buchhandlungen Plaketten mit der Forderung und ihren jetzigen Löhnen getragen.

In der ersten Verhandlung legten die Arbeitgeber nun ein „Angebot" von knapp 6 % vor, und erklärten, daß sie über einen Festgeldbetrag erst gar nicht verhandeln wollten. Dabei stießen sie auf offene Ohren bei den Gewerkschaftsführern, die ihrerseits alle Hebel in Gang setzten, die Tarifkommission – und später auch die Mitgliederversammlung – von der 135,– DM-Forderung abzubringen.

Der zuständige Landesbezirksleiter Krause machte sowohl in den Verhandlungspausen als auch auf der MV deutlich, daß die MV der Tarifkommission nicht vorschreiben kann, was sie tun bzw. nicht tun darf, sondern nur „Empfehlungen" geben kann, was noch einmal sein Verständnis von gewerkschaftlicher Demokratie aufzeigt.

Auf der MV, die am 17.8.76 stattfand, machten die Kollegen ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung. Krause versuchte, die Kollegen für einen neuen Forderungskatalog (zwischen 90,– und 100,– DM, etwas mehr als 6 %) zu gewinnen, bei stärkerer Erhöhung der unteren Lohngruppen und ließ durchblicken, daß einiges davon die Kapitalisten sicher annehmen würden (woher er das wohl weiß??).

Doch das half nichts. Die Hauptsache bei dem Beschluß der MV war die Erkenntnis, daß die Tarifrunde überhaupt nichts für die Kollegen bringt, wenn sie nicht Aktionen zur Stärkung ihrer Basis durchführen. Erst dann haben Verhandlungen einen Sinn. Bei der Abstimmung stimmten ungefähr zwei Drittel dafür, Aktionen auf der Basis der 135,– Forderung durchzuführen. Konkret wurde beschlossen, am Wochenende Flugblätter vor den Betrieben zu verteilen, Unterschriften zu sammeln und auf Stellschildern unsere Forderungen zu begründen.

Letzte Meldung:
In einer Erklärung nach der MV hat der Norddeutsche Buchhändler- und Verlegerverband die diesjährige Tarifrunde mit der HBV kurzerhand als beendet erklärt und angekündigt, daß er am Montag mit der DAG einen neuen Tarifvertrag abschließen wird. Begründet wird dies mit der Ablehnung des 6 % Angebots. Weiter werden die einzelnen Kapitalisten des Verbandes aufgefordert, von sich aus bei ihren Lohnerhöhungen das Unternehmerangebot nicht zu überschreiten.

Die Unternehmer haben damit gezeigt, daß sie nicht zu weiteren Verhandlungen bereit sind, wenn nicht ihr Lohndiktat bedingungslos akzeptiert wird. Gerade diese Erpresserpolitik zeigt, wie notwendig es ist, im Laufe der Zeit eine Kampfkraft und Kampfbereitschaft bei den Kollegen zu entwickeln, die sie in die Lage versetzt, anders darauf reagieren zu können, als solche Angebote immer nur annehmen zu können. Dies ist richtig, auch wenn wir die 135,– in dieser Tarifrunde nicht durchsetzen können.

Buchhandelszelle, HBV,
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg-Mannheimer:
Gekündigter Vertrauensmann muß vorläufig weiterbeschäftigt werden!

Der zum 30. 9. 76 gekündigte Vertrauensmann der Gewerkschaft HBV E. Hintzmann muß vorläufig bis zu einem rechtskräftigen Urteil in der Hauptinstanz weiterbeschäftigt werden. Der vorgeschobene Vorwurf des „schweren Arbeitsmangels" gegen einen Gewerkschafter kam vor Gericht nicht durch. Das ist ohne Frage ein Erfolg im Kampf gegen den HM-Unternehmer. Allerdings machte es sich die HBV-Ortsverwaltung sowie der Betriebsgruppenvorstand bei der HM sehr leicht, wenn sie in einem am gleichen Tag verteilten Flugblatt davon sprachen, daß dies *„der erste Teilerfolg für die dem Kollegen Hintzmann geleistete gewerkschaftliche Unterstützung!"* sei. Tatsache ist, daß der Kollege H. von der HBV-Führung nur juristisch unterstützt wird.

Die Gewerkschaftsführer hatten bislang nichts unversucht gelassen, um die breitere Forderung nach einer Solidaritätskampagne gegen alle politischen Kündigungen im Hamburger Versicherungsbereich abzuwürgen. Der Vorstand der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe bei der HM hatte eine beschlossene Unterschriftensammlung für den Kollegen bis zum Gerichtstermin nicht einmal in Gang gebracht.

Den Prozeßausgang als einen Erfolg dieser „gewerkschaftlichen Unterstützung" zu sehen (die Gewerkschaftsführer verstehen sich ja bekanntlich als „die Gewerkschaft") liegt wohl reichlich daneben!

Betriebszelle Hamburg-Mannheimer
KB/Gruppe Hamburg

Auflösung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in Heidelberg

Am 29.7. hat der Ortsvorstand der HBV die Fachgruppe Buchhandel und Verlage in Heidelberg aufgelöst. Vorgeworfen wurde der FG, *„berufs- und tarifpolitische Fragen in den Hintergrund gestellt zu haben"* und sich *„mit Themen befaßt zu haben, die kein Bestandteil der Fachgruppenarbeit sind"*. Konkret wird damit die Tatsache angesprochen, daß die Fachgruppe sich mit dem Kampf der spanischen Arbeiter für kampfstarke Gewerkschaften und gegen den spanischen Faschismus solidarisiert hat und in diesem Sinne auch hier unter den Kollegen gearbeitet hat. Weiter haben die Kollegen eine Resolution gegen den § 218 verfaßt, die Fahrpreiserhöhung der kommunalen Heidelberger Verkehrsbetriebe bekämpft und anderes mehr. In einer Protesterklärung gegen diese Auflösung verteidigt der alte Fachgruppenvorstand diese Politik, weil sie darauf ausgerichtet war, die Verschlechterung der materiellen Lage der Kollegen, wo sie auch immer auftritt, zu bekämpfen. Was den Vorwurf der „Vernachlässigung tarifpolitischer Fragen" betrifft, so weist er im Gegenteil nach, daß in der diesjährigen Tarifrunde sehr breite Aktivitäten für die Festgeldforderung von 160.– seitens der Fachgruppe entwickelt, eine Untersuchungsarbeit zur Situation in den Buchhandlungen und Verlagen begonnen wurde und der Vorwurf nicht nur unberechtigt ist, sondern im Gegenteil die Bezirksverwaltung diese Arbeit torpediert hat, z.B. dadurch, daß sie eine Mitgliederversammlung verboten hat, auf der diese Fragen diskutiert werden sollten.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Bundesjugendkonferenz der HBV 1976
Ja, aber ...

Auf der diesjährigen Bundesjugendkonferenz der HBV hat sich die Gewerkschaftsjugend mit Anträgen und Entschließungen gegen die Sparpolitik, Austritt aus der Konzertierten Aktion, Streichung der §§ 88 a und 130 a und gegen die Berufsverbote bei den Gewerkschaftsführern nicht gerade lieb Kind gemacht, obwohl sich die Delegierten mit großer Mehrheit hinter den Extremistenerlaß der Gewerkschaften gestellt hatten.

Im „Ausblick" Nr. 8 werden die Gewerkschaftsjugendlichen mit einigen „Fragen" attackiert, die deutlich auf eine Disziplinierung hindeuten.

So wird z.B. „gefragt", warum sich die Jugendlichen so viel mit großer Politik beschäftigten, wo doch Probleme aus den Betrieben ebenfalls anliegen. Den Jugendlichen wird vorgehalten, daß sie sich anscheinend keine Gedanken darüber machten, wie Anträge auch durchgesetzt werden könnten (hier soll wohl das Maßhalten der SPD in Sachen „Reformpolitik" als Maßstab gelten) und es wird unverhohlen angekündigt, daß innerhalb der HBV das *„Selbstverständnis"* der HBV-Jugend diskutiert werden müsse.

An diesen „Ermahnungen" wird deutlich, daß die Unterstützung des Extremistenerlasses der Gewerkschaften durch die HBV-Jugend die HBV-Führer nicht daran hindert, die Jugendlichen tendenziell in die gleiche Ecke zu stellen.

Mit der Unterstützung der Ausschlußwillkür hat sich die Jugendkonferenz den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE



Der „Rat der Götter" tagt.

IG-Chemie-Gewerkschaftstag 1976 in Hamburg

Vom 19. bis 25. September findet in Hamburg der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik statt.

Dem Gewerkschaftstag liegen insgesamt 339 Anträge und Entschliessungen vor.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurden noch Anträge durchgesetzt, die die stärkere Einbeziehung der Mitglieder und Vertrauensleute in die Tarifarbeit verlangten (z.B. Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute, Vertrauensleutevollversammlungen vor jeder Tarifrunde). Heute kann man sagen, daß diese fortschrittlichen Mehrheitsbeschlüsse nicht mehr innergewerkschaftliche Demokratie gebracht haben – im Gegenteil, die Gewerkschaftsführer haben ihre Instrumente zur Unterdrückung der Basis in den letzten vier Jahren voll ausgespielt.

Zwar findet heute eine „Wahl" der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute (VL) statt, aber die Verwaltungsstelle ist an diese Vorschläge nicht gebunden. Die Vertrauensleutevollversammlungen finden zwar statt, aber sie sind mehr oder weniger nur ein Tribunal der Gewerkschaftsführer, um die längst feststehenden Forderungen bei den Mitgliedern durchzudrücken.

Regt sich Opposition gegen diese Praktiken, wird sie brutal unterdrückt. Allein in Hamburg ist ein Vertrauenskörper vollständig aufgelöst worden (Hoechst), und es hat mindestens bis heute 50 (!) Gewerkschaftausschlüsse und mehrere Funktionsverbote gegeben. (Der AK berichtete über die einzelnen Fälle)

So muß heute ein großer Teil der demokratischenOpposition die Gewerkschaftsarbeit von außen verfolgen und hat keinerlei Einflußmöglichkeiten mehr auf die Anträge bzw. Entscheidungen des Gewerkschaftstages. So sind denn auf dem jetzigen Gewerkschaftstag auch viel weniger fortschrittliche Anträge zu zählen als beim letzten Mal.

Die Zusammensetzung und der Ablauf des Gewerkschaftstages werden sich von dem 1972 nicht viel unterscheiden: Damals waren von den 266 Delegierten 70% (zumeist freigestellte) Betriebsräte, 92 hauptamtliche Sekretäre und weitere 17 waren gleichzeitig Mitglieder von Kommissionen des Hauptvorstandes; sämtliche Anträge wurden und werden vor der Beratung einer ausführlichen Prüfung durch die Satzungs-bzw. Antragskommission unterworfen. Diese Kommissionen geben dann ihre Empfehlung" an die Delegierten, wie diese abstimmen sollen: Annahme oder Ablehnung. Klar, daß bei der Fülle der Anträge und der knappen Zeit (kaum anderthalb Tage) keine Zeit für Diskussion und Auseinandersetzung über die Anträge bleibt und mancher Delegierte einfach von den „Experten" der Satzungskommission überrollt wird.

Während die wichtigen gewerkschaftspolitischen Entscheidungen also auf wenige Stunden zusammengedrängt werden, vergeht ein ganzer Tag (!) damit, daß sich diverse Politiker aller Couleur zur Schau stellen können und auf dem Gewerkschaftstag ihr trübes Wahlkampfsüppchen kochen. Außerdem wird viel Zeit mit Wahlen und den dazugehörenden Selbstdarstellungen der Gewerkschaftsführer vertrödelt.

Beitragskampagne wird ausgeweitet

Das Hauptanliegen des Hauptvorstandes und diverser Verwaltungsstellen und Bezirksvorstände ist es, die bereits angeleierte Beitragskampagne auszuweiten und satzungsmäßig festzuschreiben.

Ziel dieser Kampagne ist es, daß jeder Kollege ein Prozent seines Bruttolohnes an die Gewerkschaft abführt. War es bisher so, daß jedes Mitglied seinen Beitrag „frei" festsetzen konnte, läuft schon seit geraumer Zeit ein Versuch der Gewerkschaftsführer, diesen Beitrag allgemein auf den satzungsgemäßen" anzuheben. Bei diesem Versuch gehen die Gewerkschaftsführer nicht eben zimperlich mit den Mitgliedern um.

So sind in mehreren Hamburger Chemiebetrieben verschiedene Mitglieder nicht auf die Aufforderung des Verwaltungsstellenvorstandes eingegangen und haben ihre Beiträge nicht erhöht. Die berechtigte Begründung war häufig, daß man eh keine Gegenleistung für seinen Beitrag bekommt, daß nur 7% der Beitragsgelder als Streikrücklage verwendet werden und daß es angesichts der wachsenden Lebenshaltungskosten eine Zumutung ist, die Beiträge zu erhöhen.

Die Reaktion der Gewerkschaftsführung: Sie drohte mit Ausschluß, falls die Mitglieder nicht nach ihren Wünschen handeln. Viele Kollegen (z.B. bei Beiersdorf) traten daraufhin selber aus. Während die Gewerkschaftsführung häufig mit dem Argument kommt, höhere Beiträge sind gleichbedeutend mit einer höheren Kampfkraft, schwächt sie tatsächlich die Kampfkraft der organisierten Kollegen, indem sie dafür sorgt, daß zahlreiche Kollegen ausgeschlossen werden bzw. austreten.

Im übrigen werden alle Mitglieder über einen Kamm geschoren, d.h., daß der soziale Status eines Mitgliedes keine Berücksichtigung findet; ebenso soll die Regelung für Härtefälle in sozialen Notlagen abgeschafft werden. Außerdem soll der Anerkennungsbeitrag für Rentner etc. heraufgesetzt werden (von 2 auf 3–4 DM).

Problem der Kollegen: Rationalisierungen

Etwa 60 Anträge aus allen Teilen der Gewerkschaft befassen sich mit Rationalisierungen und den verschiedensten Möglichkeiten, diese zu verhindern bzw. zu mildern. U.a. werden in zahlreichen Anträgen die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden pro Tag gefordert, mit dem Ziel, daß mehr Kollegen eingestellt werden können. Eine weitere große Zahl von Anträgen beschäftigt sich mit der Ausweitung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte bei Kündigungen und Rationalisierungen: Es soll nur noch mit Zustimmung des Betriebsrates eine Kündigung ausgesprochen werden dürfen; eine Regelung, die wir begrüßen, allerdings wissen wir, daß die allermeisten sozialdemokratischen Betriebsräte ohne Bedenken nahezu jeder Kündigung seitens der Kapitalisten schon heute zustimmen. Das gilt auch für den geforderten Schutz vor innerbetrieblichen Versetzungen, die gerade in Zeiten der Krise zum Lohnabbau führen.

Die Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden fordert von den Tarifkommissionen Abschlüsse, die die Kapitalisten verpflichten, ein Jahr lang an entlassene Kollegen einen Zuschuß zum Arbeitslosengeld zu zahlen, der das Arbeitslosengeld auf das letzte volle Gehalt aufstockt.

Weitere Forderungen sind: Kündigungsschutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute, Ersatzbetriebsräte und Auszubildende, die ihre Prüfung bestanden haben; Urlaubsverlängerung; Erschwerung der Genehmigung von Kurzarbeit und ähnliche gesetzliche Veränderungen.

Allen diesen Anträgen ist jedoch gemein, daß sie nicht zu Kampfmaßnahmen bei Rationalisierungen auffordern; es wird lediglich versucht, am gesetzlichen Rahmen etwas zu ändern.

Kritik an der Tarifpolitik wird Nebensache

Lediglich drei Anträge kritisieren die Politik zur Tarifrunde 1975. Bekanntlich hat der Hauptvorstand 1975 unter Umgehung sämtlicher Tarifkommissionen in einer Nacht- und Nebelaktion bundeseinheitlich die Tarife zusammen mit den Kapitalisten festgelegt. Daß das Echo auf diese Schweinerei nur so mäßig ist, zeigt deutlich, daß die innergewerkschaftliche Opposition nahezu ausgeschaltet ist, bzw. sich bezüglich möglicher Lohnerhöhungen eine recht resignative Haltung durchgesetzt hat. Lediglich die Vertrauensleute-Leitung von Michelin/ Bad Kreuznach, die Bundesjugendkonferenz und die Delegierten der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden finden Worte der Kritik. Hannoversch-Münden betont ausdrücklich, daß das Vorgehen des Hauptvorstandes *„in keiner Weise den Prinzipien der innergewerkschaftlichen Demokratie entsprach"*.

Auf dem Gewerkschaftstag 1972 stand dieses Thema im Mittelpunkt der Auseinandersetzung, wobei in zahlreichen satzungsändernden Anträgen gefordert wurde, daß nur nach Zustimmung der bezirklichen Tarifkommissionen bzw. der Vertrauensleute der einzelnen Betriebe, der Hauptvorstand zentral abschließen kann (diese Anträge standen im Zeichen der Kritik am Nacht- und Nebel-Abschluß, mit dem der Streik 1971 beendet worden ist).

Frauen

Insgesamt sind 22 Anträge zu Frauenfragen eingegangen. Neben der allgemeinen Forderung nach Gleichstellung der Frau mit dem Mann im Betrieb sind einige fortschrittliche Anträge erwähnenswert.

Zum §218 sind drei Anträge eingegangen, die die Streichung des Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch bzw. die ersatzlose Streichung fordern.

Diese Anträge stammen vom Frauenausschuß der Verwaltungsstelle Köln, von der Bundesjugendkonferenz (auf Initiative der Verwaltungsstellen-Jugendkonferenz Darmstadt) und von der Delegiertenhauptversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt. Im letztgenannten Antrag heißt es: *„Noch immer ist es so, daß die Frauen der Reichen alle Möglichkeiten haben, abzutreiben, ohne bestraft zu werden, während Familien ohne finanzielle Reserven durch den §218 in die Illegalität und damit in die Hände von Kurpfuschern getrieben werden. Die Aufrechterhaltung des § 218 widerspricht dem erklärten Willen des Volkes".*

Diese Anträge werden gewiß auf den empörten Widerstand einiger berufsmäßiger Frauenfeinde treffen, wie z.B. Arno Paschmann aus Duisburg, der auf dem Gewerkschaftstag 1972, als es ebenfalls um den Paragraphen ging, meinte, bevor man abstimme, müsse erst geklärt sein, ob es sich bei dem werdenden Kind um menschliches Leben oder um einen zweiten Blinddarm handele! 1972 wurden noch alle Anträge zur ersatzlosen Streichung als unrealistisch abgelehnt.

Zum Mutterschutzgesetz wird in mehreren Anträgen gefordert, daß die bisherige Regelung, nach der Mütter auf Verlangen sechs Wochen vor der Geburt von der Arbeit freigestellt werden können in eine zwingende Vorschrift umgewandelt wird, da viele Kapitalisten die Schwangeren nötigen, dieses Recht nicht in Anspruch zu nehmen. Allerdings ist diese Frage bereits 1972 behandelt worden; geändert hat sich seitdem nichts.

Um Müttern die Teilnahme an Gewerkschaftsveranstaltungen zu erleichtern, fordert die Vertrauensleuteleitung von Michelin, daß sie ihre Kinder zu diesen Veranstaltungen mitbringen können.

Weiter gibt es zwei Anträge, die fordern, daß die gesetzliche Höchstlast, die Frauen während der Arbeit tragen dürfen, gesenkt wird.

Diese zum Teil recht fortschrittlichen Anträge werden jedoch kaum irgendwelche praktischen Auswirkungen haben. Auch in den zurückliegenden Jahren wurde von den Gewerkschaften so gut wie nichts für die Frauen getan. So haben sich die Gewerkschaften z.B. bei dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Fristenlösung oder auch bei der Verabschiedung des Indikationsmodells „gesetzeskonform" verhalten, zu keinerlei Protesten aufgerufen. Im Gegenteil wurde vor der höchstrichterlichen Entscheidung zur Verfassungswidrigkeit der Fristenlösung zum Respekt aufgerufen.

Ähnlich bei der Lohndiskriminierung der Frauen. Zwar wurden 1975 die sog. Leichtlohngruppen für die chemischen Industrie abgeschafft, sie haben aber über die Analytische Arbeitsplatzbewertung ihren Einzug gehalten, was in keinster Weise von der Gewerkschaft kritisiert, geschweige denn angegriffen wurde. Für die chemische Industrie gilt, wie auch für alle anderen Industriezweige, daß die Frauen immer noch bis zu 30% weniger Lohn und Gehalt als die männlichen Kollegen erhalten.

Jugend

In zwei Anträgen wird die Veränderung des Jugendarbeits„schutz"gesetzes gefordert, insbesondere das Verbot der Akkord- und Fließbandarbeit, die Freistellung an Berufsschultagen, Kontrolle des Jugendschutzes. Außerdem fordern die Jugendlichen das Verbot der Stufenausbildung, die Weiterbeschäftigung nach Abschluß der Berufsausbildung, um gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen. In mehreren Anträgen wird die Teilnahme aller Auszubildenden an den Jugendversammlungen gefordert, um die heutige unerträgliche Situation zu beheben, wo nur die Auszubildenden unter 18 Jahren an den Versammlungen teilnehmen dürfen.

Berufsverbote – Ja oder Nein?

Vier Anträge beschäftigen sich mit den Berufsverboten. Die Bundes-Jugendkonferenz und die Bezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland lehnen die Berufsverbote ab. In beiden Anträgen wird betont, daß längst nicht mehr nur Kommunisten vom Berufsverbot betroffen sind, sondern die Staatsschützer auch schon Sozialdemokraten verfolgen. Der Vorstand der Verwaltungsstelle Hamburg und die Bezirksdelegiertenkonferenz begrüßen im Grunde den Radikalenerlaß und fordern lediglich die genaue Überprüfung im Einzelfall. Wer die gewerkschaftliche Ausschlußpraxis kennt, wird sich ausrechnen können, für welchen der Anträge sich die Delegierten entscheiden werden.

Internationale Solidarität: Klein geschrieben

Zur internationalen Solidarität mit unterdrückten Völkern sind drei Anträge eingegangen. Ein wischi-waschi Antrag des Hauptvorstandes, in dem er – einer Pflichtübung folgend – allgemein und ohne einen konkreten Fall beim Namen zu nennen, an „alle Regierungen der Welt (!) appelliert ... die Charta der Vereinten Nationen zu respektieren" ... Kein Wort von Unterstützungsaktionen, Boykott z.B. chilenischer Waren etc.

Zu Chile fordert die Bundesjugendkonferenz, daß die Plattform des CUT (chilenischer Gewerkschaftsverband) zur internationalen Solidarität mit Chile unterstützt wird. Diese Plattform enthält u.a. Forderungen wie Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Wirtschaftsblockade. Außerdem fordert der Antrag das Verbot der Ausbildung faschistischer Offiziere durch die Bundeswehr.

Ebenfalls von der Bundesjugendkonferenz ist ein Antrag zu Spanien gestellt worden. In ihm wird die internationale Isolierung des faschistischen Regimes gefordert, die Beseitigung der Diktatur und es wird das gewerkschaftseigene Reiseunternehmen „GUT" aufgefordert, ab sofort keine Urlaubsreisen nach Spanien mehr durchzuführen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Spanien abzubrechen. Außerdem wird erklärt, daß die Delegierten in ihrem eigenen Bereich über die Zustände in Spanien aufklären sollen und alles im Bereich ihrer Möglichkeiten stehende tun sollen, um den Kampf des spanischen Volkes zu unterstützen.

Wir haben aus der Fülle der Anträge nur einige wenige herausgegriffen, insbesondere die fortschrittlichen. Man kann davon ausgehen, daß keiner dieser Anträge (wenn überhaupt) in der Form durchkommen wird, wie sie gestellt wurden. Allerdings läßt sich an den Anträgen ablesen, wo sich heute noch Opposition gegen den Kurs der Gewerkschaftsführung regt. Die Zentren oppositioneller Politik, die sich durch die Instanzen bis zum Gewerkschaftstag durchsetzen konnten, liegen heute in den Verwaltungsstellen Hannoversch-Münden und Darmstadt (mit den Betrieben Röhm und Merck, die traditionell oppositionell zur Gewerkschaftsführung stehen) sowie in der Jugend und im Vertrauensleutekörper bei Michelin.

Damit soll nicht gesagt werden, daß anderswo Grabesruhe herrscht, doch in den anderen Verwaltungsstellen haben die rechten Sozialdemokraten das Heft so fest in der Hand, daß jede linke Regung schon auf den untersten Ebenen abgegraben wird, bzw. wie in Hamburg, fast die gesamte Opposition ausgeschaltet wurde.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Ölmonopolisten auf neuen Wegen

Vor der sogenannten Ölkrise sahen die multinationalen Ölkonzerne ihre Profitchancen fast ausschließlich im Ölgeschäft. Exxon, Texaco, Mobil, BP und Shell bemühten sich um Gewinnung, Produktion, Transport und Vermarktung von Rohöl und dessen Folgeprodukte. Seit 2 bis 3 Jahren ist ein Wechsel in andere Produktionsbereiche festzustellen.

Das zur Verfügung stehende Kapital, insbesondere die Superprofite aus der „Ölkrise" werden nicht mehr im angestammten Ölgeschäft investiert, sondern zunehmend in Geschäftsbereichen mit langfristig grösseren Zuwachsraten und größeren Profiterwartungen. War die Mineralölindustrie einst Lieferant von Rohstoffen, die in der Petrochemie zu lukrativen Endprodukten (Kunststoffe, Folien, Kunstfasern usw.) weiterverarbeitet wurden, so übernehmen die Konzerne jetzt mehr und mehr diese Produktionszweige in die eigene Regie, indem sie die dafür notwendigen Werke aufkaufen oder selber erstellen lassen.

Daß es sich hierbei nicht um eine kurzfristige Veränderung der Geschäftsbereiche handelt, sondern um langfristig angelegte Diversifizierungsanstrengungen, zeigt beispielsweise die BP. Sie hat in ihrer Londoner Zentrale das 21. Stockwerk hermetisch abgeriegelt, um ganze Abteilungen höchstqualifizierter Spezialisten ungestört und unter strenger Geheimhaltung nach neuen Wegen der Profitmaximierung suchen zu lassen.

Erste Ergebnisse liegen vor. So hat die BP 1973 und 1975 in der BRD bei zwei bedeutenden Polyäthylenfolien-Herstellern, der Alkor-Oerlikon Plastic GmbH und der Polydress Plastic GmbH, die Kapitalmehrheit aufgekauft; die BP dehnt somit ihren Markt für das Polyäthylen auf den Markt für hochwertige Folgeprodukte (Folien für Landwirtschaft und Bauindustrie, Plastiktüten usw.) aus.

Die Ölmonopolisten investieren aber nicht nur in artverwandten Industrien der Petrochemie, Kunststoffherstellung oder dem Energiesektor, sondern richten ihre Fühler neuerdings schon auf Kaufhaus- und Katalogversandriesen. So ist Ende Juni die Entscheidung gefallen, daß der drittgrößte US-Ölgigant Mobil Oil die Kaufhauskette Montgomery Ward & Co. und die Container Corp. der Marcor Holding übernimmt. Der viertgrößte Mineralölkonzern der USA, die Standard Oil of California kaufte 20 % der Aktien des Metall- und Kohleproduzenten Amax und Atlantic Richfield steht mit dem Kupfer- und Aluminium-Konzern Anaconda in Verhandlung zur Übernahme von 27 % der Stamm-Aktien. Dazu das Handelsblatt am 2.8.76 *„Konzerne der Metallgewinnung stehen bei der Akquisitionssuche amerikanischer Ölgiganten obenan."*

Dieser Trend steht offensichtlich im Zusammenhang mit der fortschreitenden Technologie bei der Gewinnung der unermeßlichen Tiefseebodenschätze – z.B. hochreine Mangan- und Kobaldknollen auf dem Meeresgrund der Tiefsee. Die Ölkonzerne bringen bereits als wichtige Voraussetzungen die Bohrtechnik und das Kapital aus Monopol- und „Krisen"-Profiten mit, um schließlich über den Kauf von Metallgewinnungs- und Verarbeitungsbetrieben die Verwertung dieser Rohstoffe allein auszunutzen. Experten, so das „Handelsblatt", berichten, daß die Ölkonzerne zur Abrundung ihrer Macht auch Banken aufkaufen wollen.

Die Ölkonzerne sind ein Beispiel, wie die Kapitalakkumulation durch Monopolprofite vorangetrieben wird. Ihr Gejammer über die angeblich schlechte Gewinnsituation dient lediglich dazu, Rationalisierungen und Lohnraub zu rechtfertigen, um daraus noch mehr Kapital für ihre Aufblähung zu ziehen.

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Rimbacher Gummiwarenfabrik: Tarifvertrag seit 1974 verweigert

Seit einem Jahr verhandelt die IG-Chemie mit der Geschäftsleitung der Rimbacher Gummiwarenfabrik über einen Haustarif für die 140 Beschäftigten. Da die Firma aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist und sich nicht mehr an den Branchentarifvertrag gebunden fühlt, hat es seit 1974 keine Lohn- oder Gehaltserhöhung gegeben. Die Gewerkschaft fordert 8,5 %, während die Geschäftsleitung 5,5 % anbietet. Die Belegschaft ist zu 90 % gewerkschaftlich organisiert. Laut „Gewerkschaftspost" (8/1976), sind Kampfmaßnahmen nicht auszuschließen. Na' wollen wir es hoffen.

Ein Chemie-Genosse
KB/Gruppe Hamburg





Texaco-Betriebsräte forderten Verbot der NPD-Veranstaltung in Hamburg

Wir haben bereits im letzten AK über mehrere Initiativen in den Betrieben für ein Verbot der NPD-Aktivitäten in Hamburg berichtet. Bei der Texaco einigten sich die ehemals aus der IG-Chemie ausgeschlossenen Betriebsräte mit den „offiziellen" IG-Chemie-Betriebsratsmitgliedern auf die Nachstehend abgedruckte Resolution, die an den DGB-Hamburg, den Hamburger Senat und an dpa gegeben wurde. Insgesamt unterschrieben 8 Betriebsräte, die 7 DAG-Betriebsräte zogen es vor, während der Diskussion zu gehen.

„Am 7. August 1976 will die neonazistische NPD einen Aktionstag in Hamburg durchführen. Dazu wird sie Kundgebungen und Umzüge in Hamburger Stadtteilen, einen Kongreß der nationalen Kräfte Europas und ein öffentliches Propagandafest in Planten und Blomen veranstalten.

Allein 1.800 Delegierte wurden nach Hamburg bestellt. Darunter befinden sich führende Vertreter faschistische Parteien Großbritanniens, Frankreichs und Italiens. Die italienischen Faschisten zeichnen u.a. verantwortlich für mehrere Mordanschläge auf Antifaschisten und Gewerkschafter. So wurde von ihnen 1974 auf einer Gewerkschaftsveranstaltung eine Bombe gelegt, die 8 Gewerkschafter zerriß und weitere 80 zum Teil schwer verletzte. Dieses Beispiel zeigt, was diese Organisationen unter einem „gemeinsamen Kampf" verstehen. Absicht der Faschisten war und ist die Liquidierung einer gewerkschaftlichen Arbeit, um Arbeiter und Angestellte zu einer rechtlosen „Gefolgschaft" der Unternehmer zu machen, sowie die Liquidierung aller demokratischen Rechte. Der DGB hat bisher seine Absicht erklärt, diese Provokation zu verhindern. Wir fordern ihn auf, konkrete Schritte, wie Gegendemonstration, einzuleiten. Wir fordern den Hamburger Senat auf, das Faschistentreffen, die Informationsstände und Umzüge in öffentlichen Räumen und Plätzen Hamburgs zu verbieten.

8 Betriebsräte der
Deutschen Texaco AG,
Hauptverwaltung Hamburg

Dieser Erklärung schlossen sich in einer Unterschriftensammlung eine Reihe von Kollegen an.

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf: Rationalisierungen Stück für Stück

Auf der Betriebsversammlung am 18.8. wurde endgültig bekanntgegeben, daß bei Beiersdorf die Hausdruckerei ganz aufgelöst werden und bei den Kollegen des Fuhrparks drastische Personaleinsparungen vorgenommen werden sollen.

An die 30 Kollegen (Stadtwagenfahrer, Wagenwäscher, etc.) sind wahrscheinlich von dieser Maßnahme betroffen. Stattdessen sollen Fremdfirmenfahrer, die Beiersdorf billiger kommen, eingesetzt werden.

Die Geschäftsleitung weigerte sich jedoch auf der Betriebsversammlung, genaue Angaben über das Ausmaß der Rationalisierung zu machen.

Selbst die IG-Chemie-Betriebsräte, die sonst häufig Rationalisierungen als „technischen Fortschritt" gutgeheißen hatten, zeigten auf dieser Betriebsversammlung eine Protesthaltung. Doch damit den Worten auch Taten folgen und die Betriebsratsmehrheit tatsächlich gegen die anstehenden Kündigungen Einspruch erhebt, muß von seiten der Kollegen vom Betriebsrat ständig Rechenschaft verlangt werden.

Leitung der Betriebszelle Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß – einmal anders

Eine neue Idee, einen fortschrittlichen Kollegen aus der Gewerkschaft zu kanten, hatte die Hamburger IG-Chemie.

So kam neulich einem Kollegen ein Brief ins Haus geflattert, in dem *„mit sofortiger Wirkung ihre Mitgliedschaft"* in der IG-Chemie gelöscht wird.

Grund:

– *„. . . wir haben festgestellt, daß Sie unter dem Dach des DGB zwei Mitgliedschaften begründet haben. Wir müssen davon ausgehen, daß Sie absichtlich in zwei Gewerkschaften Mitglied werden wollten."* (!!)

Man könnte fast meinen, die IG-Chemie betrachtet die IG-Metall als „gegnerischer Organisation".

Punkt, aus. Keine Anfrage vorher, warum der Kollege noch in der IG-Metall war etc.

Allerdings ist dieser Gewerkschaftsausschluß kein Zufall:

– Der Kollege war im Februar als stellvertretender Betriebsrats-Vorsitzender bei der Deutschen Grammophon vom Kapitalisten gefeuert worden. Grund: Insgesamt über 20 (!) „Entlassungsgründe" (angefangen von der „Störung des Betriebsfriedens" bis zur „Verletzung der Geheimhaltungspflicht"), zusammengefaßt in drei fristlose Kündigungen.

(Der AK berichtete darüber).

Bisher ist uns nicht bekannt, daß Kollegen die Mitgliedschaft in gleichzeitig zwei Gewerkschaften jemals untersagt wurde.

Chemie-Branchenzelle Süd
KB-Gruppe Hamburg

„Privatarbeiten": Doppelte Moral

„Von allen Betriebsangehörigen wird erwartet, daß sie ihre Arbeitskraft während der Arbeitszeit ungeteilt für die Firma einsetzen, Privatgeschäfte und jeglicher Handel auf dem Betriebsgelände sowie die Ausführung von Privatarbeiten im Betrieb sind untersagt."
(Arbeitsordnung Beiersdorf).

Es folgen in den „Ordnungsvorschriften" weitere Verbote wie *„auch wertlose Gegenstände dürfen nicht mitgenommen werden"*, *„Alkohol im Betrieb ist verboten"* usw.

Auf die Einhaltung dieser „Ordnungsvorschriften" wird bei Beiersdorf streng geachtet. So kann es Verweise geben, wenn Kollegen einen über den Durst getrunken haben, Strafversetzungen, wenn ein Kollege unter der Hand mal etwas anderen Kollegen verkauft, Kündigungen beim Klauen von ein paar Stück Seife.

Die Zeitung der linken Betriebsgruppe ALTERNATIVE deckte in ihrer letzten Nummer allerdings „Privatarbeiten" ganz anderer Größenordnung auf.

– Leitende Angestellte und höhere Dienstgrade lassen Privatarbeiten von den Kollegen des Fuhrparks während der Arbeitszeit ausführen. Ein Chef „entlieh" sich z.B. eine Zugmaschine plus Anhänger und 6 Kollegen für seinen privaten Hausbau.
– Leitende Angestellte und Vorgesetzte lassen ihre Privatwagen und die ihrer Familienangehörigen während der Arbeitszeit reparieren und warten.

Trinken die Fuhrpark-Fahrer jedoch während der Auslieferungsfahrten (ganz privat) mal eine Tasse Kaffee bei Tschibo und werden gesehen, werden sie zum Rapport bestellt (Alternative Nr. 25 vom 17.8.76).

Angesichts dieser privaten Nutzung der Arbeitskraft der Kollegen im großen Stil nehmen sich die in der Arbeitsordnung gekennzeichneten „Vergehen" absolut lächerlich aus und kennzeichnen nur die doppelte Moral dieser Herren.

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde Mineralöl

Zum 30.9. wurde der BP-Haustarif fristgemäß gekündigt. Als neue Forderungen wurden diktiert:

– 7,5 % Lohn- und Gehaltserhöhung
– Erhöhung des Urlaubsgeldes
– Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche.

Reichen die 7,5 % allein schon nicht aus, um den Abbau des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten aufzuhalten, wird den Arbeitern durch einen Verzicht auf Zulagen noch mehr genommen. Die neue Version im Lohnraub begründet die IG-Chemieführung damit, daß die Ölkapitalisten zukünftig Steuergelder für Umweltschutzinvestitionen erhalten und damit bessere Arbeitsplatzbedingungen schaffen würden. Die Sozialdemokraten benutzen richtige Forderungen der Arbeiter – schlechte Arbeitsbedingungen zu beseitigen, anstatt durch Geld zu beschönigen –, um Gelder zu streichen, die die Arbeiter als feste Bestandteile ihrer Löhne einplanen. Tatsächlich wissen die Kollegen, daß der Kapitalist zwar Steuergelder einstreicht, nicht aber gleichzeitig Lärm, Schmutz usw. aus den Fabrikationsstätten verschwinden werden.

Als dann die gewerkschaftlich organisierten Kollegen auf Versammlungen in einigen Betriebsstätten höhere Forderungen durchsetzen wollten wurden sie mit Hinweisen auf die Drucktarifrunde abgewürgt. Die Druckforderungen seien in der Öffentlichkeit (!) nicht angekommen. Die IG-Chemie wolle nicht unglaubwürdig werden. In zwei Betriebsstätten gelang es dennoch, einen Beschluß über Sockelbeträge durchzusetzen.

Diese Beschlüsse wurden dann von der großen Tarifkommission kommentarlos unter den Tisch gefegt. Die Mitgliederversammlungen hatten sich erneut als reine Formübungen in Demokratie erwiesen.

Zum 30.8. wurden die IG-Chemie-Mitglieder der Texaco zu einer „Diskussion" über die diesjährige Tarifrunde eingeladen. Schon heute steht fest, daß die Verwaltungsstelle auch diese Versammlung nur als Pflichtübung einberufen hat, da bereits einen Tag später die Tarifkommission tagt, um die endgültige Forderung abzusetzen.

Betriebszelle Texaco,
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Tel: 040/45 38 91

Leitung des KB
ARBEITERKAMPF-Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertí

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr
Fußgängerzone/ Hoher Weg

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr.
11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Duisburg
Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

Hessen

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Kassel
Floris Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr
Gaststätte Störtebeker,
Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Landshut
83 Landshut
Postlagerkarte A 041 181

Nürnberg/Erlangen
Thomas Gradl
85 Nürnberg
Postfach 16 03 63

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr

METALL

Opel/Bochum:

Meinungsfreiheit außer Kraft gesetzt

Am 24./25. Mai hatte im Bochumer Opel-Werk eine kämpferische Betriebsversammlung stattgefunden. Unter dem Beifall der versammelten Belegschaft wurden von mehreren Rednern die Forderungen der Kollegen vorgebracht:

- **Lineare Lohnerhöhung von 220 DM**
- **Arbeitszeitverkürzung auf acht Stunden inklusive Pausen**
- **Einrichtung einer Klimaanlage**
- **Abschaffung aller Sonderschichten.**

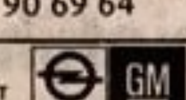
Auf diesen von den Kollegen deutlich zum Ausdruck gebrachten Willen reagierte die Geschäftsleitung nunmehr mit schweren Repressalien: ein spanischer Kollege wurde entlassen und ein Betriebsratsmitglied schriftlich verwarnt. In beiden Fällen wurden die Maßnahmen mit den Äußerungen der Kollegen auf der Versammlung begründet! Im Kündigungsschreiben des spanischen Kollegen heißt es:*„Mit ihrem Diskussionsbeitrag haben Sie Unwahrheiten und Verleumdungen verbreitet, die den Tatbestand der Hetze und Aufwiegelung erfüllen."*

Was die Opel-Kapitalisten so in Wut versetzt hat, ist folgendes: Der Kollege hatte sich für die Abschaffung der Sonderschichten eingesetzt und den Versammelten den Zusammenhang zwischen Sonderschichten und der bestehenden Arbeitslosigkeit deutlich gemacht:*„Durch jede einzelne Sonderschicht könnten 50 Kollegen für ein Jahr beschäftigt werden. Ihr werdet euch nicht vorstellen, daß die 21 Sonderschichten, die Opel bis jetzt beantragt hat, 2,2 Millionen Arbeitsstunden bedeuten, und das heißt 1000 Arbeitsplätze bei Opel für ein Jahr"* (aus der Rede des Kollegen).

Wie unsicher die Geschäftsleitung ist, wird daran deutlich, daß diese Kündigung erstmalig während der Werksferien (und damit vier Wochen nach der Betriebsversammlung!) ausgesprochen und dem Kollegen durch Werkschutzleute ins Haus gebracht worden ist. Offensichtlich befürchtet die Geschäftsleitung eine Solidarisierung durch die Kollegen. Der Betriebsrat hat der Kündigung widersprochen, und der Kollege hat inzwischen Klage beim Arbeitsgericht erhoben.

Gleich nach Urlaubsende hat die **„Gruppe oppositioneller Gewerkschafter"** zu einer Unterschriftensammlung für eine außerordentliche Betriebsversammlung aufgerufen, auf der die Rücknahme der Kündigung gefordert , die Forderungen der Belegschaft bekräftigt und der Angriff auf das Recht der freien Meinungsäußerung zurückgewiesen werden sollen. Über das Ergebniss der Unterschriftensammlung ist uns bisher noch nichts bekannt.

Schickt Solidaritätsadressen an:
Opel-Solidaritätskomitee
c/o ESG UNI-Center
463 Bochum 1
Spenden zur Deckung der Prozeßkosten auf das Konto:
Westfalenbank Bochum 90 69 64

ADAM OPEL AKTIENGESELLSCHAFT
WERK BOCHUM


Herrn
Rafael Sanchez-Duran
Spinozastr. 6

4300 Essen 14

1571/553 102 - Je — 39-2719 — 23. Juli 1976

Auflösung des Arbeitsverhältnisses

Seit Ihrer Einstellung am 8.3.1976 haben Sie folgende Ausfallzeiten infolge Krankheit zu verzeichnen:

6. 4. 1976 - 20. 4. 1976
1. 7. 1976 - 9. 7. 1976

Ferner haben Sie durch Ihr Verhalten auf der Betriebsversammlung am 24.6.1976 Gründe geliefert, die die Auflösung des Arbeitsverhältnisses erforderlich machen.

Mit Ihrem Diskussionsbeitrag haben Sie Unwahrheiten und Verleumdungen verbreitet, die den Tatbestand der Hetze und Aufwiegelung erfüllen.

Wir sehen uns nach diesem Vorfall außerstande, das Arbeitsverhältnis mit Ihnen fortzusetzen und kündigen deshalb den mit Ihnen geschlossenen Arbeitsvertrag fristgemäß zum 6. August 1976.

Der Betriebsrat wurde in der gesetzlich vorgeschriebenen Form zu der Kündigung gehört und hat hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

Der Betriebsrat widerspricht der Kündigung, da eine ordnungsgemäße Prüfung der Gründe während der Werksferien nicht möglich ist und deshalb eine entsprechende Stellungnahme nach § 102 BetrVG nicht abgegeben werden kann.

ADAM OPEL
Aktiengesellschaft
Werk Bochum
i.V.
Dr. H. Wruck

Fünf Minuten vor der Zeit – ist des Lehrlings Pünktlichkeit

Die Donau-Werkzeugmaschinenfabrik Dörrenberg KG in Langenau bei Ulm stellt sehr „hohe" Anforderungen an Lehrlinge. Besonders ernst nimmt sie den „Erziehungsauftrag", der in den Lehrverträgen enthalten ist.

„Deinem Vorgesetzten gegenüber hast Du unbedingt gehorsam und höflich zu sein. Es ist auch Pflicht,... innerhalb und außerhalb des Werkes seinen Vorgesetzten zu grüßen". „...Genauso erwarten wir, daß Du... sauber gewaschen zur Arbeit erscheinst...wir verlangen unbedingte Kameradschaft..." Diese Sätze stammen nicht aus „Pardon", sondern aus den „Verhaltensregeln innerhalb und außerhalb des Betriebes" des oben genannten Betriebes.

Ebenso wird befohlen:*„Du sollst mindestens fünf Minuten vor Beginn der Arbeitszeit am Arbeitsplatz sein"*. Strafen werden angedroht für *„Fehler oder Schäden, die durch Leichtsinn...entstanden sind"* oder wenn die *„unbedingte Kameradschaft"* nicht eingehalten wird. Gesetze sind halt nicht so wichtig, wenn's um Höheres geht. Unbekannt ist z.Zt.,ob die Firma bei der Ausbildung mit einer vergleichbaren Sorgfalt zu Werke geht. Der Betriebsrat hat die Geschäftsleitung aufgefordert diesen „Verhaltenskodex" wieder zurückzuziehen.

Reynolds/Hamburger Aluminium Werke

Erneute Bauchlandung für die Kapitalisten

Anfang August entschied das Arbeitsgericht Hamburg in einem Musterprozeß zugunsten der HAW-Belegschaft. Das Gericht erklärte die Ansprüche der Kollegen, auch zukünftig nach Metalltarif bezahlt zu werden und nicht nach dem für sie ungünstigeren Chemietarif, in erster Instanz für rechtmäßig.

Die Absicht der Kapitalisten, mittels einseitiger Änderung der Tarifzuständigkeit finanzielle Verschlechterungen gegen die Belegschaft durchzusetzen, erlitt damit sogar vor Gericht eine Abfuhr.

Für die Ziele der Kapitalisten ist das Urteil ein herber Schlag. Denn ausschlaggebend für die Änderung der Tarifzuständigkeit waren nicht die materiellen Verschlechterungen, sondern eine engere gewerkschaftspolitische Bindung des Werks an den VAW Konzern. Es sollte die Zerschlagung der bis heute einheitlichen Gewerkschaftsarbeit, die Isolierung der Linken, sowie die Unterordnung unter die Beschlüsse des reaktionären Konzernbetriebsrats erreicht werden.

Gemeinsam mit den Kapitalisten bemühte sich die IG Chemie-Führung, im Betrieb Fuß zu fassen. Mit demagogischen Sprüchen *„die IG Chemie ist jetzt Tarifvertragspartei, sie verfügt über eine jahrzehntelange Praxis in der Betreuung dieses Industriebereiches, Vertrauen gegen Vertrauen! Die IG Chemie wird sich erneut bewähren und an Eurer Seite stehen"* und Hetze gegen die betriebliche Linke *(„...die von einer Gruppe betriebene einseitige politische Auseinandersetzung dient nur der Verfolgung ihrer eigenen fragwürdigen Ziele")* versuchte sie ihren unheilvollen Einfluß auszubreiten.

Aber die Belegschaft trat den Absichten von Kapitalisten und IG Chemie-Führung von Anfang an entschlossen entgegen. In zahlreichen selbständigen Aktionen kämpften die Kollegen für ihre Rechte. Auch der zweitägige Streik im Sommer dieses Jahres wurde u.a. für die Anerkennung der Metalltarife geführt. Mit diesen Aktionen gelangen der Belegschaft auch immer wieder Teilerfolge, wenngleich die geänderte Tarifzuständigkeit bis heute nicht rückgängig gemacht werden konnte.

Das jetzt vorliegende positive Urteil ist aber ausschließlich das Verdienst der Kollegenschaft und ihrer gewählten Interessenvertretung. Nur die kämpferische Gegenwehr zwang die IG Metall-Führung ein Musterverfahren zu führen. Gleichzeitig wurde dadurch der von den IG Metall-Oberen beabsichtigte schleichende Rückzug verhindert.

Das die IG Metall-Strategen entgegen ihren Sprüchen in Wirklichkeit andere Ziele verfolgte und sich um eine „gütliche Einigung" mit der IG Chemie bemühte, läßt sich anhand der im Prozeß bekannt gewordenen Dokumente nachweisen.

Aus einer Aktennotiz des Konzernbetriebsratsvorsitzenden (IG Chemie-Mitglied Huthoff) geht hervor, daß am 13. Oktober 75 im Gewerkschaftshaus Verhandlungen stattfanden, an denen die HAW-Kapitalisten sowie Vertreter von IG Chemie und IG Metall teilnahmen.

Dabei kam man überein, *„daß in Zukunft alles vermieden werden sollte, um den radikalen Gruppen innerhalb der Belegschaft der HAW Munition für Angriffe auf Werksleitung und Gewerkschaften zu liefern."*

Darüberhinaus sagte die IG Metall-Führung ihren Rückzug zu. Aufgrund einer telefonischen Zusage, durch die sich der VAW-Vorstand bereit erklärte, den Metallurlaub bis Ende 1975 zu gewähren, antwortete IG Metall Sekretär Teichmüller: ***„Nun glaube ich sicher, daß der reibungslose Übergang auf Chemie gewährleistet ist."***

Besser kann wohl kaum noch offengelegt werden, wie die Gewerkschaftsführer in geheimen Verhandlungen mit den Kapitalisten paktieren, wie die Gewerkschaftsführer gegen den erklärten Willen einer Belegschaft „Kompromisse" aushandeln, und wie sie sich mit den Kapitalisten einigen, um die Vertreter der Belegschaftsforderungen zu bekämpfen.

An dieser Tatsache ändert auch nichts, daß es sich bei der Aktennotiz um eine einseitige Widergabe durch die IG Chemie handelt, und daß der Inhalt – besonders das Einverständnis mit dem Übergang der Organisationszuständigkeit auf die IG Chemie – jetzt von der IG Metall ausdrücklich bestritten wird.

Die Aufdeckung dieser fast unglaublichen Absprachen ist dem Übereifer der IG Chemie-Führer zu verdanken. Diese Leute stellten den Inhalt der teilweise gewerkschaftsinternen Gespräche zur Verfügung, um den Kapitalisten zu helfen, die widerrechtlich vorgenommenen Lohnkürzungen auch vor Gericht durchzusetzen.

Der jetzt in erster Instanz gewonnene Prozeß veranlaßte die IG Metall-Führung, den Ausgang als ihren großen Erfolg herauszuputzen: *„Erfolg der IG Metall, Urlaub der Kollegen ist gesichert"*.

Was von dem angeblichen „Einsatz" der Gewerkschaftsführer für die Interessen der Kollegenschaft tatsächlich zu halten ist, zeigte sich bereits wenige Tage später: In völliger Mißachtung der Betriebsräte- und Vertrauensleutewahlen wurde das Gewerkschafts-Ausschlußverfahren gegen den Reynolds-Betriebsratsvorsitzenden angesetzt. Damit sollte einer, der aktiv und verantwortlich bis zur Auflösung des einheitlichen Betriebsrats mit dazu beigetragen hatte, daß alles getan wurde, um Verschlechterungen für die Belegschaft zu verhindern, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Die IG Metall-Führer machten die Provokation vollständig mit der Weigerung, Kollegen von Reynolds und HAW an der Ausschluß-Verhandlung teilnehmen zu lassen. Diese Weigerung, für die die Gewerkschaftsführer sicher gute Gründe hatten, veranlaßte den BR-Vorsitzenden und die zu seiner Unterstützung erschienenen Kollegen unter Protest den Saal zu verlassen.

Die HAW Belegschaft sollte das Urteil nutzen, um mit neuem Schwung gegen die geplanten Verschlechterungen zu kämpfen. Zum einen ist notwendig, daß an den Musterprozeß möglichst viele Verfahren angehängt werden. Zum anderen muß umgehend auf Vollstreckung des Urteils geklagt werden, da sicher sein dürfte, daß die Kapitalisten das Urteil nicht anerkennen werden. Falsch wäre es allerdings sich ausschließlich auf den rechtlichen Weg zu verlassen, schon in der nächsten Instanz könnte das Urteil umgekehrt laufen. Die Gerichtsverfahren müssen deshalb auch in Zukunft von selbständigen Aktivitäten der Belegschaft begleitet werden.



Streikende HAW-Kollegen im Juni '76

Wahlprüfsteine 1976 – DGB verhöhnt Frauen

Im „Gewerkschafter" – Funktionärszeitschrift der IGM – werden die Wahlprüfsteine des DGB mit den einzelnen Parteiprogrammen verglichen, wobei die Parteien dann so' ne Art Zensuren kriegen.

Wahlprüfstein Nr. 4 behandelt die *„Gleichberechtigung der Frauen"*. Es sind Forderungen aufgestellt wie *„gleiche Chancen, gleiche Ausbildung; die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau soll überwunden werden. Bereitstellung familienergänzender Erziehungseinrichtungen, Anerkennung der Zeiten der Kindererziehung für die Rentenversicherung, bezahlter Sonderurlaub zur Kinderbetreuung nach Ablauf der Mutterschutzfristen, besserer Mutterschutz, gleiche Aufstiegschancen"*.

Wo ist der § 218 ???

FDP und CDU/CSU schneiden schlecht ab. Ergebnis bei beiden *„Prüfstein zu einem kleinen Teil erfüllt"*. Das Rennen macht natürlich die SPD: *„Prüfstein teilweise erfüllt"*. Festgemacht wird dies wohl an den Forderungen wie *„die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen muß überall... durchleuchtet (?) werden"*. *„Größeres Angebot an Tagesstätten, Kindergärten, Ganztagsschulen etc."* Also Frauen, wählt SPD ?! (alle Zitate aus dem „Gewerkschafter" 8/76)

Lohnender ist es, sich die Realitäten anzusehen. Sparpolitik an allen Ecken und Enden, von denen besonders die Frauen betroffen sind: Schließung von Frauenhäusern, gescheiterte Reform des § 218 und Kriminalisierung abtreibender Frauen, um nur einiges zu nennen.
Nicht aufs Parlament und die DGB-Führung vertrauen,
auf die eignen Kräfte bauen!

Eine Metall-Genossin

Meldungen

Kraus-Maffei in München hat seit Ende 1975 **800 Kollegen** entlassen, davon die Hälfte Angestellte. Ein Sozialplan wurde vereinbart, der natürlich kein Ersatz für die Arbeitsplätze sein kann.

Bosch plant die Verlagerung des Betriebszweiges Servo aus dem Nürnberger Werk nach Stuttgart-Feuerbach. Dadurch sind **5-600 Kollegen** mit Entlassung bedroht, ein Viertel der Nürnberger Bosch-Belegschaft.

Die Bayrischen Elektrostahlwerke GmbH (Best) in Herbertshofen bei Augsburg haben Vergleich angemeldet. **760 Kolleginnen und Kollegen**, die am 15. August aus dem Betriebsurlaub kamen, mußten wieder nach Hause gehen. Der Grund ist nicht der Auftragsmangel, sondern die Tatsache, daß der Hauptaktionär Luigi Giussani Bürgschaften in Höhe von 75 Mill. DM für ein französisches Unternehmen übernommen hat, die jetzt fällig werden. Vorher hatte er erhebliche staatliche Mittel aus Strukturförderungsmaßnahmen abkassiert.

„Verachtet mir die Meister nicht . . ."

Der Kasseler Elektrohandwerksmeister Klaus Rinder ist in seiner Klitsche König, denkt er. Jetzt hat er ganz neue Einstellungspraktiken entwickelt. Bevor er jemanden einstellt, läßt er ihn eine *„Vereinbarung und Anordnung zur Einstellung als Elektromonteur"* unterschreiben, die folgende Punkte enthält:

„1. Als Elektromonteur verpflichte ich mich, saubere, zügige und zuverlässige Arbeiten durchzuführen.
2. Lager und Kabellager in sauberstem Zustand zu halten, Reste von Materialien zu verarbeiten und keine Materialien auseinanderreißen.
3. Mein mir überlassenes Fahrzeug schonend zu behandeln und zu pflegen.
4. Bei Bedarf auch über die allgemeine Arbeitszeit hinaus noch kleinere wichtige Aufträge erledigen.
5. Arbeitszettel, Bestellzettel, Bau- sowie Wochenzettel genauestens und sauber zu führen.
6. Betriebsgeheimnisse zu wahren.
7. Saubere Arbeitskleidung zu tragen, meine Werkzeuge vollständig bei mir zu führen.
8. Baustellen sauberst zu führen, auf Leiter und Werkzeuge achten.
9. Bei Trunkenheit am Steuer sowie Unehrlichkeit mit fristloser Kündigung zu rechnen.
10. Keine Schwarzarbeiten auszuführen ohne Genehmigung meines Chefs.
11. Meinen Urlaub in den von der Firma gelegten Betriebsurlaub zu legen.
12. Wegen Kleinigkeiten werde ich nicht gleich krankfeiern.
13. Materialien für den nächsten Tag abends noch zurechtmachen, um pünktlich an meiner Arbeitsstelle sein zu können.
14. Da überwiegend meine Arbeitszeit pünktlich im Betrieb beginnt und ich von dort aus meine Kundendiensteinsätze durchführe, verzichte ich bis auf weiteres auf die an sich für mich zustehende Auslösung."

Es wäre interessant zu erfahren, wann der saubere Meister gedenkt, Werkzeugappell und Firmenfahneneid einzuführen.

Erst kassieren, dann rationalisieren

Im baden-württembergischen Bretten stehen 120 Kolleginnen und Kollegen der Firma Schroff-Elektromechanik vor der Wahl, arbeitslos zu werden oder stundenlange Anfahrzeiten zur Arbeit in Kauf zu nehmen. Nachdem Gunter Schroff, aktives CDU-Mitglied noch Anfang des Jahres dicke Gelder von der CDU-Landesregierung „zur Sicherung von etwa 100 Arbeitsplätzen" kassiert hatte, kündigte er jetzt an, die Brettener Produktion werde Anfang 1977 zu seinem Hauptsitz nach Straubenhardt - Feldren bei Pforzheim verlagert.

Ende Juni 1975 hatte die Brettener Metallwarenfabrik C. Beuttenmüller Konkurs angemeldet. Der Konkursverwalter ließ bis Ende 1975 weiterarbeiten, da von Großkunden wie AEG und Siemens noch ein Interesse an der Produktion bestand. Schroff roch Lunte, übernahm einen Teil der Fabrikanlagen – und die Kundenkartei. Im Dezember allerdings kündigte der Konkursverwalter allen 150 Kollegen. Schon einen Monat später stellte Schroff dann 115 wieder ein. Damit kassierte er eine halbe Million „Eingliederungshilfe" vom Arbeitsamt. Außerdem kassierte er – nach Schätzungen der IGM – 1,7 Mill. DM aus dem Strukturförderungsprogramm der Landesregierung. Geld aus unseren Taschen, um unsere Arbeitsplätze zu vernichten. Ein deutliches Beispiel, wie die bürgerliche Politik zur „Erhaltung der Arbeitsplätze" aussieht.

Leserbrief
... aus der Sicht des Patienten

Im August befand ich mich für eine Woche als Patient im Kreiskrankenhaus Pinneberg.

Dabei habe ich einmal am eigenen Leibe zu spüren bekommen, was die Sparpolitik für Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung hat.

Was mir - und den anderen Patienten in meinem Zimmer - sofort auffiel, war die enorme Arbeitshetze im ganzen Haus : vormittags der reinste Bienenschwarm ! Das Pflegepersonal wetzt im Eilschritt durch die Zimmer : Fiebermessen, Bettenmachen, Essenausteilen, Tabletts nach dem Essen wieder einsammeln, die ärztlichen Anweisungen ausführen usw. Als Patient bekommt man das kaum so schnell mit.

Der Grund für das hohe Arbeitstempo in diesem Haus ist, daß die Stationen im Schnitt mit ungefähr 2 Arbeitskräften weniger als noch vor gut einem Jahr auskommen müssen. Und das, obwohl die Arbeit sicher nicht weniger geworden ist !

Für den einzelnen Patienten bleibt da kaum noch Zeit. Bevor er mitkriegt, was los ist, steht sein Essen vor seiner Nase und die Schwester ist schon am nächsten Bett oder im nächsten Zimmer. Bei mir auf der Station war es sogar so, daß die Schwestern oft noch nicht einmal kleine Wünsche (z.B. heißes Kaffeewasser) erfüllen konnten, weil sie einfach keine Zeit für so etwas hatten. Man bekommt als Patient so etwas wie einen „Schuldkomplex", die Schwestern oder Pfleger mit so einer Bitte zu „belästigen". Was Wunder, wenn einer nervös gewordenen Schwester dann mal „einfach so" ein Tablett aus den Händen rutscht ... !

Man mag sich gar nicht vorstellen, wo diese Entwicklung hingehen soll, denn die „Politiker" haben ja bekanntlich noch weitergehende Sparmaßnahmen gerade in den Krankenhäusern angekündigt.

Schon jetzt ist es, wie ich mir sagen ließ, so, daß

- auf Stationen „geteilter Dienst" gemacht werden muß, was es sonst nur beim Wochenenddienst gab,
- Schwestern und Pfleger willkürlich von Station zu Station geschoben werden - immer dahin, wo gerade besonders großer Personalmangel herrscht, und
- statt 3 jetzt 4 Schüler(innen) auf eine Planstelle kommen sollen, damit diese als billige Arbeitskräfte den totalen Zusammenbruch der Pflege verschleiern !

Einer besonderen Schweinerei sind die Zivildienstleistenden ausgesetzt: Wie mir ein „Zdl" erzählte, müssen sie an Wochenenden für 1 oder 2 Stunden arbeiten (z.B. in der Küche) damit voll bezahlte Kräfte gespart werden können. Und die Zoll's" können sich gegen diese völlig willkürlichen Arbeitszeiten nicht einmal wehren, weil das dann „Befehlsverweigerung" wäre, für die sie Geldstrafen oder sogar Knast bekommen können !

Diese Sparpolitik bedeutet also zum einen hemmungslose Ausbeutung des Personals, zum anderen immer schlechtere Versorgung der Patienten. Und das trotz ständig steigender Versicherungsbeiträge !

Solche Schweinerein sollten viel breiter öffentlich bekannt gemacht werden; gerade jetzt, wo uns dieselben Politiker, die dafür verantwortlich sind, zur Wahl wieder einmal vorhudeln wollen, was sie alles „für uns" tun wollen !

ÖTV

Kreis Pinneberg
CDU beschließt Massenentlassungen

Im Rahmen der Sparmaßnahmen hat die CDU des Kreises Pinneberg „aus Liebe zu Deutschland" bereits
hat die CDU des Kreises Pinneberg „aus Liebe zu Deutschland" bereits
einiges geleistet:

Allein im Krankenhausbereich wurden 81 Planstellen eingespart. Diese Sparmaßnahmen wirken sich so aus, daß *„im Pflegebereich eine ausreichende Versorgung der Patienten oftmals nicht mehr gewährleistet"* ist (Resolution der ÖTV - Betriebsgruppe). Diese Resolution wurde auf Personalversammlungen im Juli von der Mehrheit der Kollegen verabschiedet. Die Kollegen fordern darin, die Wiedereinrichtung und Wiederbesetzung der gestrichenen Planstellen.

Weiter wurden im Kreis entlassen: eine Jugendpflegerin, ein Gesundheitsingenieur, ein Planungsbeauftragter, ein Landschaftspfleger sowie drei Inspektorenanwärter nach Abschluß ihrer Prüfung. Es wird aber weiter geholzt:

Am 11.8. beschloß der Kreisausschuß die Entlassung von 60 „Putzfrauen". Hierdurch will die CDU allein 585.000 DM an Personalkosten sparen („Pinneberger Tageblatt" vom 13.8.76). Die 60 Raumpflegerinnen sollen von einer privaten Reinigungsfirma (VGR) übernommen werden. Allerdings hat dies für die 60 Frauen folgende Nachteile:
Allerdings hat dies für die 60 Frauen folgende Nachteile:

- sie erhalten dort 35% weniger Lohn
- müssen 40% mehr arbeiten
- haben keine festen Arbeitsbereiche
- und die Altersversorgung sowie die Krankenversicherung verschlechtern sich.

Protest der Kolleginnen

Die Empörung unter den betroffenen Kolleginnen ist groß:

„Meine Kolleginnen und ich haben durch unsere Arbeit wesentlich zum Unterhalt unserer Familien beigetragen und nicht so zum Spaß gearbeitet ... Als Sozialleistung sollen die Frauen von der VGR für 20 Stunden übernommen werden, das bedeutet: zweimal in der Woche ins Kreishaus und dreimal, wo einen die Firma braucht, zu arbeiten. Sehr großzügige Leistungen nach 10 - 25 Jahren. Wir sind größtenteils zwischen 50 und 60 Jahren, und jede Kollegin überlegt, wie sie sich verhalten soll. Überlegen sollten auch einmal die, die diese Privatisierung geplant haben, wenn man ihnen, bei laufenden Kosten, 30% vom Lohn abzieht", heißt es in einem offenen
laufenden Kosten, 30% vom Lohn abzieht", heißt es in einem offenen
Brief der Kolleginnen.

Die SPD macht unterdessen auf Dummenfang: Sie fordert keine Entlassungen, sondern mehr Leistung und Nichtbesetzung von Stellen nach Ausscheiden von Raumpflegepersonal. Nach SPD - Vorstellungen könnten so jährlich immerhin 400.000 DM eingespart werden.

CDU will noch mehr

Unterdessen gehen die Planungen der CDU noch weiter:

Weitere 90 Raumpflegerinnen sollen entlassen werden (auch die Reinigung der Krankenhäuser und Schulen sollen nach dem Beispiel der Kreisverwaltung privatisiert werden). Ausserdem bestellte die CDU einen Organisationsstab, der zur Zeit dabei ist, *„die Verwaltung zu durchforsten"* und *„bereits in mehreren Bereichen Überkapazitäten festgestellt"* haben will („Pinneberger Tageblatt", vom 12.8.76).

KB - Gruppe Kreis Pinneberg / Itzehoe

Hamburger Hafen
Hamburger Hafen
HHLA-Vorstand will Akkord einführen

Mit einem beispiellosen Angriff auf den bestehenden Rahmentarif beschreitet zur Zeit die Geschäftsleitung der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG Neuland in Sachen Rationalisierung und Antreiberei. In der Technischen Werkstatt 14, wo Container und Chassis repariert werden, soll ein Akkordlohnsystem eingeführt werden.

Vor zwei Jahren konnte der erste Versuch in dieser Richtung noch von den Kollegen mit Hilfe des bestehenden Rahmentarifs, der keinen Akkord zuläßt, abgewehrt werden.

Auf der Grundlage eines ähnlichen Zusatztarifs, wie sie die Hamburger Hochbahn AG (ebenfalls ein staatlicher Betrieb) für ihre Buswerkstatt mit der ÖTV abgeschlossen hatte, versucht der HHLA-Vorstand jetzt auch diese Barriere zu knacken.

Aktueller Anlaß ist bei der HHLA der Bau einer neuen Werkstatt, die aufgrund der allgemeinen Investitionszulage am 30.6.77 fertig gestellt sein muß. Diese Reparaturwerkstatt soll über 7 Mio. DM kosten und durch ein Akkordsystem erhofft sich die Geschäftsleitung eine höhere Rentabilität. Aufgrund einer derzeit noch umständlicheren Arbeitsweise, die für die Kollegen z.B. mit sehr viel unnützer Lauferei verbunden ist, liegt TW 14 mit seinen Preisen rund 15% über denen der Konkurrenz. Trotzdem ist besonders wegen des Standortvorteils am Container Terminal Burchardkai die Auftragslage gut und sogar im „Krisenjahr" 1975 wurde ein beträchtlicher Gewinn erzielt.

Um die Profite noch stärker in die Höhe zu treiben, wollen die HHLA - Kapitalisten nun über die Einführung des neuen Akkordsystems noch mehr aus den Kollegen herausholen.

In dieser Frage war der Betriebsrat nicht ohne weiters bereit, dem Ansinnen des Vorstands nachzugeben. Tauchten doch in der Vergangenheit irgendwo im Betrieb eingeführte Verschlechterungen auch prompt woanders wieder auf. Erst die Drohung, daß die 100 Arbeitsplätze in diesem Betriebsteil gefährdet wären, wenn der BR nicht seine Zustimmung geben würde, vermochte eine knappe Mehrheit der Belegschaftsvertretung für den Vorstandsplan zu erpressen.

HHLA - Zelle
KB/ Gruppe Hamburg

Die antigewerkschaftliche Opposition formiert sich

Nachdem noch im letzten Jahr zwischen der Führung des DGB und der Angestelltengewerkschaft DAG Verhandlungen über ein engeres organisatorisches Zusammengehen geführt wurden, tritt immer deutlicher ein Bruch zwischen den beiden Organisationen auf. Die DAG besteht darauf, auf jeden Fall ihren Standescharakter als Gewerkschaft der Angestellten zu behalten. Mittlerweile haben die Widersprüche dazu geführt, daß beispielsweise die DGB - Gewerkschaft ÖTV die Tarifgemeinschaft (gemeinsame Verhandlungen und Absprachen) mit der DAG aufkündigte.

Im Gegenzug beginnt sich offensichtlich die Opposition der Antigewerkschafter aus verschiedenen Standesorganisationen und Spalterverbänden zu formieren. Diesem Kreis gehören außer der DAG an:

- der deutsche Beamtenbund (CDU -nah)
- der Marburger Bund (Ärzte)
- der christliche Gewerkschaftsbund (CDU und CSU - nah)
- der Bundeswehrverband !!!
- die Gewerkschaft der Polizei, ebenfalls CDU - nahe Ordnungshüter in der Polizei.

Zusammen wollen diese Organisationen mit einem Mitgliederpotential von angeblich 1,8 Millionen den DGB (fast 8 Millionen Mitglieder) Konkurrenz machen.

Für den Bereich des öffentlichen Dienstes wollen die DAG, der Marburger Bund und die Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVÖD) bereits in der kommenden Tarifrunde eine „Tarifgemeinschaft DGB - freier Verbände im Bereich des öffentlichen Dienstes" aufstellen. Sie wollen erreichen, durch ihr Angestelltenpotential, das dem der ÖTV gleichkommt als gleichwertige Kraft anerkannt zu werden und getrennte Tarifverhandlungen nur für die Angestellten durchzusetzen. (Alle Angaben nach „Handelsblatt",17.8.76)

Kampf den Gewerkschaftsspaltern und ihrer reaktionären Standespolitik! Für kampfstarke Gewerkschaften der Arbeiterklasse !

KB/ Gruppe Bremen

Sparpolitik – lebensgefährlich!

Am Nachmittag des 28. Juli fiel im Westberliner Bezirk Wedding für ca.. eine Stunde der Strom aus. Verheerende Folgen hatte diese Situation für die Patienten und Beschäftigten des Rudolf - Virchow - Krankenhauses (2000 Betten):

Es stellte sich heraus, daß zwei im R -V - K installierte Notstromaggregate gegenwärtig nicht funktionieren. Das hatte zur Folge, daß lebenswichtige Instrumente ausfielen ! So z.B. alle elektrischen Sauerstoffpumpen, die Patienten mußten die ganze Zeit über von Hand beatmet werden.

Dieser Zustand ist den Verantwortlichen im Bezirksamt und im Senat bekannt gewesen !

Vor acht Jahren erhielt das R - V -K die beiden Notstromaggregate. Als eins schon nach kurzer Zeit seinen Geist aufgab, wollte man sich die Reparaturkosten von 180.000 DM sparen. Das übriggebliebene Aggregat würde im Notfall ausreichen, die nötigsten Geräte zu betreiben, (nach „Die Wahrheit").

Das war gelogen !

Denn dies hätte wenigstens den Einbau einer Zusatzeinrichtung (eine Abschaltautomatik für weniger wichtige Geräte) für 20.000 DM nötig gemacht. Doch auch die wollte man sich „sparen" !

Die Feuerwehr schickte also zwei Generatorwagen ins R -V - K. Für sie fehlten aber die passenden Anschlüsse. Daraufhin blieb als „Lösung" nur noch übrig, dutzende von besonders gefährdeten Patienten per Feuerwehr in andere Krankenhäuser zu evakuieren (was für die Patienten sicher nicht ungefährlich gewesen wäre !).

Im letzten Moment schaffte es dann die Bewag, ein Notnetz aufzubauen um das R -V - K von außen wieder mit Strom zu versorgen, so daß die Evakuierung unterbleiben konnte. Eine Stunde länger ohne Strom und die Sache wäre nicht so „glimpflich" abgegangen.

Wer jetzt meint, der Senat würde sich beeilen, so einen Skandal für die Zukunft zu vermeiden, täuscht sich : Laut Gesundheitsstadtrat Bonholzer (CDU) wird es „noch unbestimmte Zeit dauern", bis wenigstens die Funktion des einen Notstromaggregats gewährleistet ist (nach „Wahrheit").

Bezirksgruppe Wedding
KB/ Gruppe Westberlin

GEW

GEW-Westberlin vor der Entscheidung

Am 25.8. wird in Westberlin die entscheidende Landesdelegiertenversammlung stattfinden, auf der über die Übernahme der Bundessatzung entschieden werden soll, was gleichzeitig mit einer Auflösung des Landesverbandes verbunden ist (wozu eine drei Viertel Mehrheit notwendig ist).

Für die Linken stellt sich die Aufgabe, eine Sperrminorität zu gewinnen, um die vollständige Unterordnung unter das Diktat von Frister & Co zu verhindern.

Aus diesem Anlaß fand am 18.8. eine Versammlung mit ca. 150 Teilnehmern (Delegierte und Mitglieder der GEW) statt. Einhellige Meinung herrschte darüber, daß allen vorliegenden Statzungsentwürfen nicht zugestimmt werden kann, da die „Kompromisse", die ihnen angeboten werden, die Mitgliederrechte nicht gewährleisten. Differenzen traten auf, als diskutiert wurde, was im Falle einer Ablehnung der Auflösung des Landesverbandes gegen die zu erwartenden massiven Angriffe zu tun sei. Auf diese Frage hatte keine der anwesenden Gruppen eine Antwort.

Vor allem die ehemals so einflußreichen Gruppen wie KBW und „KPD" hatten den Kollegen nichts zu bieten. Die Orientierung des KBW lag in der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz, von der er sich verrückterweise eine Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse erhofft. Die „KPD" diffamierte die einflußreichsten Vertreter einer Ablehnung der Bundessatzung als die *„gefährlichsten Durchsetzer der Übernahme"*, womit sie sich ins völlige Abseits manövrierte.

Beschlossen wurde, vor der Delegiertenversammlung noch eine Versammlung einzuberufen, auf der weiterdiskutiert werden soll.

GEW Hamburg: Vorstand demobilisiert weiter

Am 18.8. fand eine außerordentliche Vertrauensleuteversammlung statt, auf der die Abstimmung über die Einleitung einer Urabstimmung noch vor den Bundestagswahlen anstand. Einberufen werden mußte diese Versammlung aufgrund eines Beschlusses der a.o. Vertrauensleuteversammlung vom 4.3.76.

Auf dieser Versammlung war es dem Vorstand gelungen, die besonders von den Referendaren eingebrachte Forderung nach einem Warnstreik gegen die Lehrerarbeitslosigkeit abzuwiegeln. Damals stimmten 105 Kollegen für und 163 gegen die Einleitung einer Urabstimmung.

Auf der jetzigen VV blieb das Stimmenverhältnis bei gleichzeitig geringerer Teilnehmerzahl in etwa gleich: 79 Kollegen stimmten für und 142 gegen die Urabstimmung.

Vorstand - gegen Urabstimmung

Ein Grund dafür ist, daß der Vorstand keinen Warnstreik und schon gar nicht noch vor den Bundestagswahlen will. Alle Aktivitäten des Vorstands, seien es nun Flugblätter, Plakate oder auch die Demonstration im Juni haben ein gemeinsames Merkmal: das Wort Warnstreik kommt in ihnen nicht vor. Sogar in der Einladung zu der a.o. VV vom 18.8.wird lediglich von „gewerkschaftlichen Maßnahmen" aber nicht von "Urabstimmung gesprochen (obwohl auf der VV am 4.3 eindeutig beschlossen wurde, über Warnstreik abzustimmen).

Zur Rechtfertigung wird behauptet, die *„Unterstützung der Eltern"* sei noch nicht *„in erforderlichen Maß gesichert"* und die *„Geschlossenheit des Verbands"* wegen der *„Auseinandersetzung mit der ‚Alternative' nicht gegeben"*.

Das erste „Argument" ist eine Unverschämtheit an die Adresse der Eltern. Es sei nur daran erinnert, daß sich 1972 die GEW weigerte, gleichberechtigt mit der „Aktion Kleine Klasse" eine Demonstration durchzuführen, und Frister die Einladung zu einem Kongreß der „Aktion Kleine Klasse" ablehnte. Als im Sommer 1975 an zahlreichen Schulen Hamburgs Eltern und Schüler streikten (!) und vor den Sommerferien eine Demonstration mit über 8.000 Teilnehmern gegen die Sparpolitik des Hamburger Senats durchführten, hat die GEW Hamburg dazu geschwiegen, von „Unterstützung" der Eltern war nichts zu merken.

Das zweite „Argument" ist ebenso wenig stichhaltig. Es ist das „Verdienst" des Vorstandes, daß die Mitglieder der „Alternative" sich heute auf der Vertrauensleuteversammlung hinstellen können – wie das der als „Hochschulpolizist" bekannte Jürgen Petersen tat – und offen für den Eintritt in die reaktionäre „Gewerkschaftsopposition" „Die Alternative" werben können.

Die gleichen Leute, die selbst das vom Vorstand mit gebilligte „Aktionsprogramm" als „hohlen Wortzauber" angreifen (weil ihnen schon die Benennung der Schandtaten der SPD zu „radikal" ist), müssen dann dafür herhalten, daß Kampfmaßnahmen abgeblockt werden. Alle Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung zeigt aber, daß in Kampfsituationen mit solchen reaktionären Spaltern am ehesten fertig zu werden ist. Das aber gerade will der Vorstand offensichtlich nicht, da hinter ihnen der GEW-Boß Frister steht und mit Repressalien gegen den Landesverband droht.

Die DKP im Schlepptau des Vorstandes

Wie schon auf der a.o. VV im März schlugen sich die DKP-Anhänger im entscheidenden Moment auf die Seite des Vorstandes. Hatten noch in den Wochen vor der Urabstimmung Kollegen, die der DKP nahestehen, auf Kreisvertrauensleutekonferenzen und an Schulen für die Einleitung einer Urabstimmung gestimmt, wiegelten sie auf der VV mit dem Argument, Lehrer seien nur an der Frage der Besoldung(!) für einen Streik mobilisierbar, ab und vertrösteten auf „bessere" Zeiten. Den arbeitslosen Lehrern fielen sie damit voll in den Rücken.

KBW - witzig

Die Kollegen, die dem KBW nahestehen, hatten sich einen besonderen Trick ausgedacht. Sie unterstützten einen Antrag, in dem über einen *„Warnstreik noch vor den Bundestagswahlen"* beschlossen werden sollte. Eine dazu in der Gewerkschaft nun mal notwendige Urabstimmung wollten sie Mitte September (!) auf einer erneuten Vertrauensleuteversammlung beschließen, auf der Vertreter der Bürgerschaftsparteien eingeladen werden sollten, um zu den Forderungen der GEW Stellung zu nehmen. Auf diese Weise wollten sie den Vorstand und die Mitglieder überlisten. Mit Mehrheit würde ein Warnstreikbeschluß angenommen, der real keinerlei Bedeutung hat, weil eben die Voraussetzungen dafür - nämlich Bewilligung einer Urabstimmung durch den Hauptvorstand - nicht gegeben sind. Dieser „kluge" Plan scheiterte. Selbst der Vorstand wußte mit diesem Antrag nichts anzufangen, obwohl er sein Gesicht mit ihm besser bewahren können als mit seinem eigenen.

Nicht witzig ist allerdings die Tatsache, daß diese Kollegen bei der Abstimmung über die Einleitung einer Urabstimmung im September dagegen (!) stimmten und sich damit voll auf die Seite des Vorstands schlugen.

GEW - Linke hält ihren Kurs

Angesichts der massiven Abwiegelungspolitik des Vorstands bis hin zu DKP und KBW stellen die knapp 80 Stimmen für eine Urabstimmung keine Niederlage für die Linke dar. Sie machen jedoch deutlich, daß es nicht gelungen ist, mehr Kollegen für wirkliche Kampfmaßnahmen gegen die Lehrerarbeitlosigkeit zu gewinnen.

In dieser Situation erhoffen Kollegen, die dem Sozialistischen Büro (SB) nahestehen, durch detaillierte Ausarbeitung von „Modellen für einen Warnstreik" und Diskussion darüber in der Mitgliedschaft mehr Kollegen für den Kampf zu gewinnen. Ein Antrag, solche „Modelle" bis zum September auszuarbeiten, wurde von der VV angenommen, aber wohl allein deshalb, um überhaupt etwas zu beschließen.

Wir sind der Meinung, daß mangelnde Kampfbereitschaft bei vielen Kollegen nicht so sehr an ihrem mangelhaften Vorstellungsvermögen liegt. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Mehrheit der Kollegen an die Vorstellungen der sozialdemokratischen Führer gebunden ist, und Angst hat, gegen die Vorstellungen des Vorstandes so weitreichende Entscheidungen zu fällen.

Gerade im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen wird es in der nächsten Zeit darauf ankommen, unter den Lehrern die Diskussion darum zu führen, was sie für die Verbesserung ihrer Lage von den bürgerlichen Parteien erwarten können und deren Vertreter in der Gewerkschaft. Für die GEW heißt das, Bilanz zu ziehen – welche ihrer Forderungen, z.B. Kleine Klassen, Vorschulerziehung, 10. Schuljahr für Hauptschüler etc. erfüllt worden sind und welche nicht. Nur so kann unter den Kollegen Klarheit geschaffen werden, auf welche Kräfte sie sich bei ihren Forderungen stützen können und auf welche nicht.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Hamburg:

Arbeitslose Lehrer: Solidarität ist die stärkste Waffe

Wie in AK 86 berichtet versucht die Hamburger Schulbehörde in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt arbeitslose Lehrer mit sogenannten „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" zu Arbeiten zu verpflichten, mit denen unannehmbare Bedingungen verbunden sind (teilweise weniger Lohn als Arbeitslosenhilfe, kein Urlaubsgeld, kein Tarifvertrag, Bezahlung des Lohns aus den Arbeitslosengeldern).

Dieses Vorgehen stieß bei den betroffenen Kollegen auf breite Empörung. 19 Kollegen verweigerten die Annahme dieser „Arbeit"und organisierten Protestmaßnahmen. Durch diesen Druck erreichten sie, daß der Personalrat (PR) den Beschluß fasste, *„in allen Fällen seine Zustimmung* (zur Einstellung, d.Red) *zu verweigern, in denen der Betroffene das Angebot des Arbeitsamtes nicht annimmt"*- ohne allerdings die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen insgesamt abzulehnen. Eine wichtige Unterstützung bekamen die Kollegen aus der GEW. Innerhalb kurzer Zeit wurden auf ca. 35 Betriebsgruppen Solidaritätsadressen verabschiedet, 350.- DM wurden gesammelt.

Die Stimmung und Solidarität innerhalb der beschäftigten Lehrerschaft waren schließlich entscheidend dafür, daß die Aktionen der 19 teilweise erfolgreich verliefen (so erhöhte die Behörde z.B. ihr Angebot an die Kollegen mit 2.Staatsexamen um 3 DM, wobei allerdings eine Spaltung mit den Kollegen ohne Vorbereitungsdienst versucht wird) und daß der GEW -Vorstand die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verurteilte.

Wahre Kübel der Hetze wurden von der Springerpresse über die Kollegen gegossen. So die „Bild" am 17.8.: *„Der Tag wird kommen, an dem diese 19 Junglehrer nicht mehr arbeitslos sind. Irgendwann wird man sie einstellen. Aber: Was werden diese jungen Leute unseren Kindern dann wohl beibringen? Daß man keine Arbeit annimmt, die man auch ablehnen kann?*
Daß man für's gleiche Geld oder ein paar Pfennig mehr besser arbeitslos bleibt?
Klar zu sagen: Auf solche Lehrer pfeifen wir. Sie haben ihr Examen zwar bestanden, aber als Pädagogen sind sie sitzengeblieben."

Es läßt sich denken, daß Springer und Konsorten solche Lehrer nicht gebrauchen können, die nicht schon bei der ersten Erpressung nachgeben, sondern ihre Interessen in kämpferischer Weise verteidigen. Die sich auch nicht durch die „rührseligen" Geschichten *„Kein Unterricht - eine ganze Klasse weinte"*- davon abbringen lassen. Denn sie sind nicht verantwortlich für die Situation an den Schulen. Durch Nachgeben gegenüber dieser Erpressung würde die Lage nicht verbessert, sondern für einen großen Teil der Lehrer (und damit auch der Kinder!) verschlechtert werden.

Die Behörde versucht nun, andere arbeitslose Lehrer für diese „Arbeit" zu „gewinnen". Deshalb wird es darauf ankommen, die Öffentlichkeitsarbeit weiter zu verstärken, um durch den Aufbau einer breiten Solidarität mit den arbeitslosen Lehrern den Behörden einen Strich durch die Rechnung zu machen.



Demonstration arbeitsloser Lehrer in Hamburg



Demonstration arbeitsloser Lehrer in Hamburg

Reaktionäre

Reaktionäre Gewerkschaftsopposition gegründet

Im letzten AK berichteten wir von dem Vorhaben rechter GEW-Mitglieder, einen eigenen Verein, „Die Alternative", zu gründen (AK 86). Dies hat inzwischen stattgefunden. Am 11.8. fand in der Schule (!) „An der Gartenstadt" die Gründungsversammlung statt. Mitglieder dieses Vereins können neben GEW-Mitgliedern auch nicht Organisierte werden. Selbstverständlich gelten für „Die Alternative" die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB.

Ziel der „Alternative " ist nicht die *„Spaltung, sondern ... die Gesundung (!) der GEW Hamburg"*. Aus diesem Grund wendet sie sich *„gegen die drohende Entwicklung der GEW Hamburg zu einer linkssozialistisch-kommunistisch orientierten Richtungsgewerkschaft"*! (Grundsätze für die Arbeit der „Alternative").

In der Presse wird die Zahl der Mitglieder mit 150 angegeben, was jedoch übertrieben sein dürfte.

Innerhalb der GEW ist „Die Alternative" zunächst auf breite Empörung gestoßen. Im Landesvorstand wurde am 17.8. ein Antrag auf Ausschluß gegen Jürgen Petersen (gegen ihn läuft schon ein Verfahren wegen Spitzeltätigkeit im Sinne der Unvereinbarkeitsbeschlüsse), Monika Bistram (frühere Schriftleiterin der „Hamburger Lehrerzeitung"– GEW-Organ) und dem früheren Geschäftsleiter der GEW, Ingo Wolkenhaar, verabschiedet. Alle drei sind öffentlich im Namen der „Alternative" aufgetreten. Soweit, so gut.

Der Antrag hat jedoch den Haken, daß er den Betroffenen einSchlupfloch läßt: Falls sie sich in Zukunft die Satzung der GEW halten (!) und bis zum festgesetzten (!?) Zeitpunkt nicht mehr selbstständig Presseerklärungen herausgeben, soll der Ausschlußantrag zurückgezogen werden.

Auf solcherlei Manöver ließ sich die Vertrauensleuteversammlung vom 18.8. nicht ein: Sie nahm einen Antrag der Fachgruppe Gymnasien auf Ausschluß der drei ohne jeden Vorbehalt mit großer Mehrheit an. Zuvor hatte Jürgen Petersen einen Antrag auf Nichtbefassung mit dem Ausschlußantrag gestellt. Dieser wurde mit 239 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

In welche Richtung die Politik dieser Leute geht, wird u.a. an der Forderung der früheren Schriftleiterin Monika Bistram in einer persönlichen Erklärung nach „Gerechtigkeit" deutlich. Sie verlangte den Ausschluß für die Kollegen, die aus dem Vorstand Informationen an *„den immer gut unterrichteten ARBEITERKAMPF"* geben! Man darf gespannt sein, wie der erste Vorsitzende Lemke sich in solch einem Fall verhalten wird. Auf der SPD-Wahlveranstaltung am 19.8. mit der Juso-Vorsitzenden Heidi Wieczorek-Zeul sprach er sich immerhin öffentlich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus.

Mit Ausschlußanträgen gegen die Hauptträger der „Alternative" ist es natürlich nicht getan. Noch dazu, wenn man bedenkt, daß der Bundesvorsitzende Frister selbst diese Leute unterstützt (vgl. AK 86), und der Widerspruch gegen mögliche Ausschlüsse bei der Bundesschiedskommission sicher Erfolg haben wird.

Für die aktiven Gewerkschafter wird es jetzt darauf ankommen, die breite Mehrheit der demokratisch eingestellten GEW-Kollegen über die bloße Empörung über die Spaltung für eine Politik gegen die gesamten reaktionären Vorstellungen dieser Fraktion zu gewinnen.

Lehrerkomitee
KB /Gruppe Hamburg

GEW Hessen: Vorstand bläst Streik ab

Am 3.6. demonstrierten ca. 5.000 Lehrer in Wiesbaden gegen Lehrerarbeitslosigkeit. Auf vielen Transparenten wurde das Streikrecht für Lehrer gefordert und für den Herbst ein Warnstreik der GEW.

Am 11.8. tagte der Hauptausschuß der GEW-Hessen, dem aus verschiedenen Kreisverbänden Anträge auf die sofortige Einleitung der Urabstimmung vorlagen. Aber ebenso wie in Hamburg (siehe Artikel in dieser Ausgabe) bogen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diesen Antrag ab.

Eigens hierzu war GEW-Boß Frister angereist. Seine „Argument": *„Ein Beamtenstreik in einem sozialdemokratisch regierten Land (vor den Bundestagswahlen) schade der SPD"* Und er ließ auch gleich verlauten, daß er im Hauptausschuß der GEW-Bund, der die Urabstimmung genehmigen muß, erklären werde, *„die hessischen Lehrer seien nicht streikbereit"* (nach „KVZ" , 19.8.76). Der Hauptausschuß Hessen verschob dann die Entscheidung auf den 10.9., da man bis zu diesem Zeitpunkt durch eine „repräsentative Umfrage" feststellen könne, ob die Mitglieder streiken wollen. Nach dem Auftreten Fristers ist das Ergebnis schon vorweg bekannt: Es wird nicht gestreikt. Für die linken Gewerkschafter stellt sich die Aufgabe, anhand dieser Frage innerhalb der GEW zu diskutieren, wessen Interessen Frister und Co vertreten und daß nur mit eigenständigen Aktionen etwas erreicht werden kann - gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.

„Bewährungsfrist" für Referendare

In Baden-Württemberg stellte die Landesregierung für die 6.000 Lehramtsbewerber nur 3.000 Lehrerstellen bereit („Pforzheimer Kurier" – „PK", 2.6.76). Um diese Situation zu bemänteln, ließ sich CDU-Kultusminister Hahn folgenden Trick einfallen:

Von den rund 4.000 Lehramtskandidaten, die im Frühjahr und Sommer die Erste Dienstprüfung ablegten, wurden 214 sofort arbeitslos, da sie im Examen schlechter als „befriedigend" benotet wurden. 3.788 Junglehrer wurden eingestellt, und zwar mit halbem Lehrauftrag (!). 80% von ihnen sollen nach eineinhalb Jahren und bestandener Zweiter Dienstprüfung weitere 18 Monate mit halben Deputat beschäftigt werden, unter Zusicherung auf volle Aufnahme in den Schuldienst. Das bedeutet, daß am 12.2.1978 800 Lehrer wieder aus dem Schuldienst fliegen („PK", 2.6.76 und 24.7.76).

Für die Schüler verbessert sich so überhaupt nichts, die Lehrer müssen vom Ertrag der halben Deputate leben. Nach außen hin gibt es aber keine Lehrerarbeitslosigkeit. Sie wird so vor der Mehrheit der Bevölkerung verschleiert, und auch öffentliche Proteste der getroffenen Referendare sind weniger wahrscheinlich, was für die Landesregierung angesichts der relativ breiten Diskussion um Lehrerarbeitslosigkeit und Lehrermangel von Vorteil ist.

Es ist bekannt, daß in Baden-Württemberg massenhaft Lehrer gebraucht werden: 800 für die Sekundarstufe 1, 6.000 (!) für die Berufsschulen, in 254 Klassen muß ein Lehrer mehr als 44 Schüler unterrichten !! (Diese offiziellen Angaben des Kultusministeriums verschleiern natürlich das volle Ausmaß des Lehrermangels, z.B. gibt es viele Klassen, die knapp unter dem viel zu hohen Richtwert von 44 Schülern liegen). Die Folgen dieser katastrophalen Unterbesetzung zeigen sich an den Schülern: *„In einer Mitteilung der Ärztlichen Pressestelle Baden-Württemberg heißt es, jedes vierte Kind gelte heute als verhaltensgestört und jedes zehnte Kind habe Schulangst." „Die Belastungen, denen die Kinder heute in der Schule ausgesetzt sind, seien durchaus der Belastung Erwachsener an ihrem Arbeitsplatz ebenbürtig" („PK", 13.8. 76).*

Ein weiterer Vorteil für die Landesregierung ist die völlig freie Verfügbarkeit über die Lehrer mit 1 1/2 Jahresverträgen. Die Lehrer können nach Ablauf dieser Frist ohne weiteres auf die Straße geworfen werden, je nach den Bedarfsberechnungen und der Willkür des Kultusministers.

Hier besteht vor allem auch die Möglichkeit zu „unpolitischen" Berufsverboten. Während der 1 1/2 Jahre „Bewährungsfrist" kann bequem in der Praxis überprüft werden, ob nicht etwa ein linker oder auch nur kritischer Lehrer durch die Maschen des Verfassungsschutzes geschlüpft ist. Bei den „Aufsässigen" wird dann einfach der Anstellungsvertrag nicht erneuert. Durch diese „Bewährungsfrist" werden alle Referendare eingeschüchtert, ja nur den Mund zu halten, um nicht zu den 20% zu gehören, die arbeitslos werden.

Sympathisanten des KB
in Pforzheim

DRUCK

IG Drupa:

Im Namen der „Einheit" zur Vorstandsdiktatur

Wir berichteten im AK 84 darüber, daß die Hamburger DRUPA-Führer gegen neun Mitglieder, die sich aktiv an der Durchführung des Streiks im Frühjahr beteiligt hatten, beim Hauptvorstand Antrag auf *„Feststellung der Beendigung der Mitgliedschaft"* gestellt haben. Als Begründung gaben die Gewerkschaftsführer an, die Betroffenen hätten *„durch aktive Mitarbeit und Verteilen des ‚Streik-Info' vor und während des Arbeitskampfes gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen."* Bei zwei der neun Kollegen wurde der geplante Gewerkschaftsausschluß mit dem Verkauf der Zeitung ARBEITERKAMPF begründet.

Am 6. Juli veröffentlichten die neun Kollegen einen „Offenen Brief" an den Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier in Hamburg, in dem es u.a. heißt: *„Wenn Ihr bereits selbständiges Handeln im Streik als extremistisch und in einem Atemzug mit dem Verkauf des „Arbeiterkampfes" nennt, dann zeigt Ihr damit auch, was es mit dem Extremistenbeschluß tatsächlich auf sich hat. In Wirklichkeit ist es für Euch völlig dasselbe, ob jemand den „Arbeiterkampf" verkauft oder das „Streik-Info" verteilt. Wer heute gegen den Lohnraub auftritt und für seine Auffassung schriftlich und öffentlich eintritt, der ist für Euch ein Extremist, der nicht in die Gewerkschaft gehört ..."*

„Mit Euren Ausschlußanträgen wird ein Exempel statuiert für die übergroße Mehrheit der Hamburger Kollegen, die diesen Abschluß abgelehnt haben. Ihnen soll klargemacht werden, nur ja nicht auf dieser Position zu beharren und aktiv für sie einzutreten ..."

Vier Wochen später haben die Hamburger DRUPA-Führer eine „Offene Antwort auf einen offenen Brief" herausgegeben, nachdem sie die Sommerpause innerhalb der DRUPA dazu genutzt haben, auf Betriebsversammlungen und Vertrauensleutesitzungen gegen die vom Ausschluß bedrohten Kollegen Stimmung zu machen.

Diese „Offene Antwort" zeichnet
müng zu machen.

Diese „Offene Antwort" zeichnet sich durch eine besondere Demagogie aus, deren einzige Grundlage nur auf der zynischen Einschätzung der Gewerkschaftsführer beruhen kann, daß 1. die Mitglieder sehr vergeßlich sind und 2. in der DRUPA ein Einschüchterungsklima herrscht, das die Mehrheit der Kollegen veranlaßt, vorhandene Kritik lieber runterzuschlucken, als sie offen auszutragen.

Schon im Januar 1972 starteten die DRUPA-Führer eine massive Kampagne gegen all jene Gewerkschafter, die offen die Niederlagenpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer kritisierten und sich gegen Lohnraub und konzertierte Aktion aussprachen.

Es war speziell der Hamburger Ortsvereinsvorstand, der während der Tarifrunde 1973 die von der Mehrheit der Kollegen geforderte 40-DM-Forderung als „RGO-Forderung" diffamierte, um damit ein weiteres Eintreten für diese Forderung abzublokken.

Unmittelbar vor dem Tarifabschluß, der eine ähnlich breite Ablehnung unter den Mitgliedern fand wie der diesjährige, veröffentlichte der Hauptvorstand den „Extremistenerlaß", dessen Anwendung allein in Hamburg 1974 zwölf linke Gewerkschafter traf (siehe AK 48/49), und jetzt neun Kollegen treffen soll, die die weitverbreitete Kritik an der Tarifpolitik der DRUPA-Führer öffentlich geführt haben.

In der „Offenen Antwort" muß die „Kollegenmeinung" herhalten, um folgenden Forderungen der DRUPA-Führer den Anschein breitester Verankerung zu geben:

- *„unterschiedliche Meinungen müssen für die Zeit des Arbeitskampvergessen werden,"*
- *„Anordnungen der Streikleitungen ist unbedingt Folge zu leisten (Kritik soll nach dem Schluß des Arbeitskampfes erfolgen),* (wenn am Ergebnis des Lohnraubabschlusses nichts mehr gedreht werden kann, Anm. d. Red.)
- *„Wir dürfen jetzt ‚nur mit einer Zunge' sprechen"*, (der Zunge der DRUPA-Führer)
- *„Veröffentlichungen dürfen nur von gewerkschaftlichen Organen erfolgen"*,
- *„alle unsere Kräfte sind in den Dienst der IG Druck und Papier zu stellen."*

Was hier angeblich *„immer wieder von den Kolleginnen und Kollegen betont"* wurde, ist das Ausstellen einer Blankovollmacht für die totale Vorstandswillkür bei Liquidierung jeglicher Kritik: Das Ende der innergewerkschaftlichen Demokratie!

Erinnert sei hier nur an die massive Kritik der Mitglieder an der Auseinandersetzung des Schwerpunktstreiks bei eindeutiger Forderung nach Vollstreik, der die Gewerkschaftführer dann auch nachgegeben haben.

Es ist das erklärte Ziel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, solche Zustände in Zukunft abzuwürgen und Verhältnisse zu schaffen, wie sie in ihrer Mutterpartei SPD schon durchgesetzt sind!

„Selbständiges Zuwiderhandeln und Aufforderungen dazu innerhalb der Aktion ist das schlimmste Vergehen gegen die Solidarität." Ersetzt man Solidarität durch Gewerkschaftsführer, dann trifft's den Kern.

Die Kollegen um das „Streik-Info" und die vom Ausschluß Betroffenen haben allerdings, angesichts der totalen Wirkungslosigkeit des Schwerpunktstreiks gegenüber der Totalaussperrung durch die Kapitalisten, die „Solidarität" und die „Einheit" mit den Gewerkschaftsführern aufgegeben zugunsten der wirklichen Einheit mit dem erklärten Willen der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder nach Durchführung des Vollstreiks und keiner Preisgabe der 9%-Forderung.

Mit haltlosen Lügen und Verdrehungen wie, das Info hätte versucht, *„Betriebe gegeneinander auszuspielen, Mißtrauen zwischen Streikende und Streikleitungen, Mitglieder und Vorstände zu säen"* versuchen die Gewerkschaftsführer die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und die Kollegen ums Streik-Info als Spalter

auf den Kopf zu stellen und die
Kollegen ums Streik-Info als Spalter

zu diffamieren, um davon abzulenken, daß sie es gewesen sind, die auf den Willen und die Geschlossenheit der Mitglieder gepfiffen haben.

Die Gewerkschaftsführer können an der Tatsache nicht vorbei, daß die Hamburger Druckarbeiter mit 63% gegen den Lohnraubabschluß ge-

Ihnen geht es darum, diese Kritik sich nicht verfestigen und weiter formulieren zu lassen.

Deshalb ist es auch ein gefährlicher Trugschluß zu glauben, der Ausschlußterror richte sich „nur" gegen die bekanntermaßen linken Gewerkschafter. Die DRUPA-Führer erhoffen sich davon ein Klima der Einschüchterung, das es ihnen erlaubt, ungestört den Kapitalisteninteressen den Weg zu ebnen, z.B. um den von den Kapitalisten befürcheten „heißen Herbst" herumzukommen und die Drucker am „Nachschlag holen" zu hindern.

So stellen die DRUPA-Führer in ihrer „Offenen Antwort" ausdrücklich fest: *„Bei den getroffenen Maßnahmen handelt es sich nicht um Sühne für Taten oder Untaten, sondern ... um die Wiederherstellung der Vertrauensbasis, um Geschlossenheit und Solidarität innerhalb der Organisation als Voraussetzung (!) künftiger Arbeit und Aktion"*.

(Alle nicht gekennzeichneten Zitate sind aus „Offener Antwort").

SOLIDARITÄT MIT DEN VOM AUSSCHLUß BEDROHTEN KOLLEGEN!

WEG MIT DEN ABGRENZUNGSBESCHLÜSSEN!

ZURÜCKNAHME DER AUSSCHLUßANTRÄGE!

KAMPF DEM ABBAU INNERGEWERKSCHAFTLICHER DEMOKRATIE!

Druck-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Solidarität gegen drohende Gewerkschaftsausschlüsse

Journalisten solidarisch:

20 gewerkschaftlich organisierte und unorganisierte Jounalisten des Hamburger Orbis-Verlages (Redaktion und freie Mitarbeiter) protestierten in einem Schreiben an den Hamburger Ortsvereinsvorstend der DruPa gegen dessen Ausschlußwillkür und forderten die öffentliche Anhörung der Betroffenen auf der nächsten Delegiertenversammlung, die mittlerweile für den 23.8. einberufen wurde.

Solidaritätsschreiben aus einer Hamburger Berufsschule:

„Wir, Kollegen der Flachdruckerklasse F 15 an der Gewerbeschule 5 in Hamburg sind bestürzt und empört darüber, daß nach dem Streik aktive Kolleginnen und Kollegen, darunter auch zwei aus unserer Klasse, aus der IG Druck und Papier ausgeschlossen werden sollen", heißt es in einem Protestschreiben der genannten Klasse an den DruPa-Haupt- und Ortsvorstand.

Weiter heißt es: *„In dieser Situation waren es unter anderem auch gerade die jetzt vom Ausschluß bedrohten J.B. und J.M., die sich ständig bemühten, die aktuellen Informationen aus Betrieb und Gewerkschaft zu besorgen und so auch an der Berufsschule über den Arbeitskampf zu informieren und diskutieren. Dabei war das von diesen Kollegen verteilte „Streik-Info" eine wesentliche Informations- und Diskussionsquelle. Ergebnis der Bemühungen dieser Kollegen war nicht zuletzt, daß mehrere Kollegen unserer Klasse die Streikposten beim Bauer-Verlag unterstützten und einige bis dahin unorganisierte der IG Druck und Papier beitraten. Ein Ausdruck des Vertrauens, das wir in die beiden setzen, sind auch ihre Funktionen als Klassensprecher und als Mitglied des Blocksprecherkollektivs. nach all diesen Sachen ist bei den Ausschlußanträgen offenbar nicht gefragt worden, sondern ausschlaggebend dafür war offenbar einzig und allein ihre kritische Haltung gegenüber der Streikführung. Dies halten wir für ungeheuerlich und der gewerkschaftlichen Idee abräglich. Eine Gewerkschaft, die ihre kritischen Mitglieder auf diese Weise zum Schweigen bringen will, verdient ihren Namen nicht. Wir fordern deshalb die sofortige Rücknahme aller zehn Ausschlußanträge"*. Es folgen die Unterschriften fast aller Kollegen dieser Klasse.

Betriebsrat Tempelhof/Westberlin solidarisch

In einem Schreiben an den Hauptvorstand der IG Druck und Papier protestiert der Betriebsrat Tempelhof gegen die neun (inzwischen zehn) Ausschlußanträge aus der Gewerkschaft in Hamburg und den einen in Westberlin. In dem Schreiben heißt es: *„Zehn aktiven Kollegen droht der Ausschluß. Wir sehen diese Entwicklung mit sehr großer Besorgnis ... Mit der innergewerkschaftlichen Demokratie halten wir es für unvereinbar, daß Kollegen nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe oder Partei ausgeschlossen werden können. Während des Streiks in diesem Jahr haben wir die Erfahrung gemacht, daß gerade linksstehende Kollegen besonders solidarisch und aktiv am Arbeitskampf beteiligt waren, ohne dabei Parteipolitik zu betreiben. Kürzlich haben wir in unserem Betrieb erleben müssen, daß ein junger Kollege nicht als Hilfsarbeiter eingestellt wurde, weil er einer kommunistischen Organisation angehört. Kommunisten kommen nicht in den öffentlichen Dienst, die Privatwirtschaft stellt sie nicht einmal als Hilfsarbeiter ein und die IG Druck und Papier schließt sie aus. Demokraten können darauf nur noch mit größter Bestürzung reagieren. Der Betriebsrat vom Druckhaus Tempelhof identifiziert sich selbstverständlich nicht grundsätzlich mit der Geisteshaltung einzelner politischer Gruppen. Als Gewerkschaftsmitglieder treten wir aber gerade darum für mehr Toleranz und mehr Demokratie ein. Euch ersuchen wir nun, liebe Kollegen, klammert Euch nicht formal an den unglücklichen Abgrenzungsbeschluß. Innerhalb der Organisation werden wir stets für dessen Abschaffung eintreten. Wir erwarten, daß ihr unsere Stellungnahme in eure Überlegungen mit einbezieht.*
Mit kollegialen Grüßen
Betriebsrat Druckhaus Tempelhof"

Auștrittswelle aus der Drupa

Austrittswelle aus der Drupa

bei Gruner und Jahr/Itzehoe?

Nach Aussagen des stellvertretenden Vorsitzenden der IG Druck und Papier Hamburg, G.Metzinger, ist es unter den „Hilfskräften" der Gruner und Jahr Tiefdruckerei in Itzehoe zu einer Austrittswelle aus der IG Druck und Papier gekommen. 300 (!) Kollegen sollen ihre Mitgliedsbücher hingeschmissen haben, bei einer Gesamtbelegschaft von 2.200 Kolleginnen und Kollegen. Metzinger deutete an, daß dabei auch rechte Kräfte ihre Finger im Spiel haben könnten, da mehrere Austrittserklärungen auf vorgefertigten Bögen mit ein und derselben Maschine geschrieben worden seien. Doch selbst wenn Rechte das jetzt auf ihre Mühlen lenken wollen, die Schuld an der Resignation und an diesem Schritt der Kollegen trifft einzig und allein die DruPa-Führer. Als die Rotationshilfskräfte während des Tarifkampfes einen Maschinenbesetzungsplan nicht nur für die Drucker, sondern auch für sich forderten, wurden sie vertröstet. Und der 6%-Lohnraubabschluß wurde in Itzehoe mit 59,9% der Urabstimmungsstimmen abgelehnt.

Ein Lehrlingsgenosse

Rausschmiß eines Abteilungsleiters wegen „Streikbeteiligung" aufgehoben

Vor Gericht wurde der Rausschmiß eines Abteilungsleiters bei der Fuldaer Druckerei wegen angeblicher Streikbeteiligung jetzt aufgehoben. Der Abteilungsleiter G. aus der Setzerei, der auch CDU-Stadtverordneter ist, hatte sich als einziger Angestellter des Betriebs eine Stunde nach Arbeitsbeginn während des Druckerstreiks im Mai ins Streiklokal begeben und war dann „kurz darauf" wieder in den Betrieb zurückgekehrt. Weil er es ablefinte, diese Arbeitszeit nachzuholen, wurde er fristlos gefeuert und erhielt außerdem noch Hausverbot.

Dieser bzw. auch allen nachfolgenden fristgemäßen Kündigungen etc. stimmte der Betriebsrat nicht zu.

Das Gericht verfügte jetzt die rückwirkende Wiedereinstellung.

(Angaben nach „Frankfurter Rundschau", 16.8.76).

Hamburg

DKP noch rechter als Gewerkschaftsführung?

In ihrer neuesten Nummer der „Links(?)achse", Betriebszeitung der DKP für das graphische Gewerbe, zieht diese *„einzige Partei, die den Kampf der Druckarbeiter ... konsequent unterstützte"* in übelster Manier über die oppositionellen Kollegen her. Wer etwa das „Streik-Info", von dem behauptet wird, es sei von einer *„Gruppierung, die sich kommunistisch nennt"* herausgegeben worden, gut fand oder findet, wird als Mitläufer und potentieller Überläufer ins andere Lager angepöbelt. (Überschrift dieses Artikels: *„Die Unternehmer konnten sich auf ihre Helfer verlassen"*). Die Aufforderung des Streik-Infos an die Kollegen, ihre Sache „in die eigenen Hände zu nehmen" wird als von außen angesetzer Versuch, die Gewerkschaft zu spalten, diffamiert.

So frech bringt das nicht einmal die Gewerkschaftsführung.

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Angeblicher Saboteur wieder im Betrieb!

Einen Tag nach Beendigung des Streiks wurde im Stuttgarter Reprobetrieb Brüllmann KG der Betriebsrat Dietrich G. fristlos gefeuert, u.a. wegen *„Sabotage"* und *„Verletzung des geltenden Arbeitskampfrechtes"*.

Der Kollege habe die Urabstimmung im Betrieb durchführen lassen, wozu sogar der Prokurist zugestimmt hatte und er habe die Lehrlinge zum Streik aufgefordert.

Diese Kündigung wurde vom Betriebsrat einhellig abgelehnt und inzwischen auch vom Arbeitsrichter. Das Gericht bestritt zwar nicht die Behauptung des Kapitalisten, sondern hob die Kündigung einzig auf der Grundlage des Maßregelungsverbots auf.

Für den Kapitalisten allerdings – so Brüllmann vor Gericht, habe das Maßregelungsverbot nur „deklamatorischen Charakter".

Nachdem Brüllmann vor Gericht kein Recht bekommen hatte, brüllte er erst recht los, ob die Gewerkschaft ihre Mitglieder zur Sabotage im Betrieb ausbilde, der Kollege belästige nur die Leute und wolle die Firma kaputtmachen. In seiner Empörung über die Niederlage entließ der Kapitalist unmittelbar danach erst einmal drei Kollegen aus dem Betrieb „wegen unausgeglichenen Geschäftsgangs".

(Informationen aus „Blättle" und dem DruPa-Zentralorgan vom 19.7.76)

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

„Kein Kollege wird den Sonderbeitrag bezahlen"

Diesen Satz setzen die organisierten Kollegen der Andruck-Schicht I bei Springer/Ahrensburg unter eine von ihnen verfaßte Resolution gegen den Sonderbeitrag von einem Monatsbeitrag von DruPa-Vorstands Gnaden. Sie bezeichnen den Beschluß als undemokratisch und als Zumutung für die Mitglieder. Es wird die Frage gestellt, wo die Beiträge nach 30jähriger Abgabe gebieben seien, wenn nach dem diesjährigen Streik ein Sonderbeitrag erhoben werden muß. Außerdem erklärten sie den Streik für mißlungen, man habe vor den Mitgliedern auf den Putz gehauen und in den Verhandlungen wenigen 0,1 % mehr zugestimmt. Diese Resolution versauerte G.Metzinger, Hamburger Drupa-Größe etwas seine Rechtfertigungsrede, mit der er auf der letzten VK-Sitzung den Sonderbeitrag an den Mann bringen wollte. Sein bezeichnender Kommentar: *„Das habe mit sachlicher Auseinandersetzung nichts zu tun, es sei dummer Kram"* usw.Einige Vertrauensleute forderten daraufhin eine Mitgliederversammlung zur Diskussion über die Lehren aus

usw.Einige Vertrauensleute forderten daraufhin eine Mitgliederversammlung zur Diskussion über die Lehren aus

dem Streik und auch des Sonderbeitrages.

Ein Lehrlingsgenosse

Druckhaus Tempelhof Westberlin:

Entlassung von neun Kolleginnen verhindert!

Ende Juli bekamen neun Kolleginnen der Weiterverarbeitung des Druckhauses Tempelhof ihre Kündigung nach z.T. 13jähriger Betriebsangehörigkeit. Kündigungsgrund: die wahrscheinlich (!) ab September (!) rückläufige Auftragsentwicklung. Daher kündigte man eben schon vorsorglich, obwohl das Druckhaus dieses Jahr vor einem beispiellosen Rekordumsatz steht. Kein Wochenende, kein Sonntag vergeht, an dem nicht zusätzlich gearbeitet wird. Diese Dreistigkeit der Tempelhof-Kapitalisten hat Vergangenheit. 1974 wurde vorsorglich der gesamten Belegschaft gekündigt. Damals kämpfte die Belegschaft um ihre Arbeitsplätze und das Druckhaus arbeitete nach Besitzerwechsel weiter. Nach dieser Erfahrung reagierte der Betriebsrat sofort. Noch am Wochenende druckte er auf seiner eigenen Maschine (übrigens für 3.000,- DM aus Aufsichtsratstantiemen angeschafft, die einem Betriebsrat und gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied abgenommen wurden – zur Nachahmung empfohlen!) eine Information über diese Vorgänge für die Kolleginnen und Kollegen. In der Information wird die begründete Vermutung geäußert, daß die Temeplhof-Kapitalisten mit den Kündigungen die Belastbarkeit der Belegschaft und des Betriebsrates testen wolle, um bei Erfolg eine insgesamt schärfere Gangart gegen die Belegschaft zu fahren. Dies gelte es zu vereiteln. Diese vorbildliche Reaktion des Betriebsrates blieb nicht erfolglos, die Kündigungen wurden zurückgenommen.

Weitere Versuche werden sicher folgen!



ausländische Arbeiter in der BRD

Schluß mit der Ausländerhetze

„Bild"hat Mitleid mit Sklavenhalter

„Die billigen Türken kommen Bauer teuer zu stehen", heißt es in einem blöden Wortspiel in der „Bild" vom 17.8.76. Tja, der arme Bauer, hätte er „seine" „illegalen Türken" doch ein bißchen besser versteckt!! Sie schliefen in Scheunen und Garagen (!!) am Neuengammer Hausdeich, wo sie bei einer nächtlichen Durchsuchungsaktion am 16. August von den Bullen gegriffen wurden. Vielleicht wäre es besser gewesen, die zwölf nicht in Garage und Scheune, sondern in Obstkisten zu stapeln???

Laut „Bild" „drohen" dem Bauern jetzt hohe Bußgeldstrafen, -wer hier jedoch tatsächlich bedroht ist, wird nur am Rande erwähnt: *„...sie* (die zwölf Türken) *werden ausgewiesen."*

In der BRD leben ca. 500.000 sog. „Illegale", sie sind der brutalsten kapitalistischen Ausbeutung ausgesetzt, ohne Versicherungsschutz, ohne Urlaubsanspruch und zu absoluten Hungerlöhnen (in Neuengamme bekamen sie DM 3,– in der Stunde!!). **Nicht diese ausländischen Kollegen sind „illegal", sondern die großen und auch kleinen Kapitalisten, die mit derartigen schmutzigen Methoden ihren Profit vergrößern und die Verhältnisse, die ausländische Kollegen zwingen, unter solchen Sklavenbedingungen zu arbeiten!**



Auf dem Speicher: Massenlager für „Illegale".

„Besonders schwerer Fall" von Widerstand

Wegen „Widerstands gegen Polizeibeamte in einem besonders schweren Fall" verurteilte ein Frankfurter Schwurgericht den 24-jährigen italienischen Arbeiter Salvatore Vasta zu drei Jahren Gefängnis.

Vasta war mit seinem Freund von einer Zivilstreife angemacht worden. Es kam offenbar zu einem Geplänkel, bei dem einer der Staatsdiener angeblich einen „Faustschlag" von dem Freund erhielt. Daraufhin wollte der Bulle den Freund des Italieners nach Waffen durchsuchen. Da trat Vasta von hinten an den „Zivilen" heran und zog ihm die Pistole aus dem Hosenbund. Der zweite Polizist schoß daraufhin sofort dreimal scharf auf Vasta. Eine Kugel traf den italienischen Arbeiter am Arm. Dieser feuerte daraufhin ein paarmal ungezielt (!) („Frankfurter Rundschau", 7.8.76).

Inwieweit diese Darstellung den wirklichen Hergang richtig festhält, bleibt dahingestellt (es ist z.B. üblich, daß Ausländer von Polizeistreifen sofort wie Kriminelle angepöbelt werden, es wäre möglich, daß der Italiener dachte, es handele sich um einen Überfall, da die Bullen ja nicht als solche erkennbar waren) – Tatsache ist, daß der „Zivile" auf den italienischen Arbeiter schoß und ihn traf und der Arbeiter drei Jahre hinter Gitter muß.

Vorwärts mit dem Polizeistaat!

Emigrantenzelle

Gegen rassistische Unterdrückung der Farbigen in der BRD

Vor ca. fünf Monaten wurde in einem insbesondere von Afrikanern bewohnten Wohnblock in Hamburg eine Initiative ins Leben gerufen, die das Ziel hat, gegen die Rechtlosigkeit und besondere Unterdrückung des farbigen Teils der ausländischen Bevölkerung in unserer Stadt den Kampf aufzunehmen. Die erste Aktivität der Gruppe bestand darin, ein Flugblatt herauszugeben, das sich an die farbigen Ausländer selbst wandte: *„Wir machen den ersten Schritt zur Selbstorganisation, der darin besteht, uns selbst über die Minimalrechte zu informieren. Unsere Aufgabe besteht darin, Fälle zu sammeln und zu veröffentlichen, in denen wir die Mißachtung dieser Rechte und darüberhinaus die Unterdrückung unserer menschlichsten Rechte durch die deutschen Behörden anprangern. Wir rufen Euch alle dazu auf, Euch daran zu beteiligen, da die Rechte der Farbigen in diesem Land nur durch Kampf durchgesetzt werden können."*

In einem zweiten Flugblatt wurde folgender Vorfall veröffentlicht: Bei einem ghanaischen Kollegen erschienen vier Bullen in seiner Abwesenheit – ohne Hausdurchsuchungsbefehl – nahmen, ohne seiner Frau zu erklären, weshalb, seinen Paß mit, ebenso einen gerade anwesenden Freund. Am gleichen Abend noch holte der Kollege sich seinen Paß ab, sein Freund wurde freigelassen, jedoch ohne Paß. Am nächsten Tag gingen sie wieder zur Bullenwache, um dessen Paß zurückzuverlangen. Dort wurde einer der Afrikaner zusammengeschlagen, sein Freund als unbequemer Zeuge einkassiert und abgeschoben. *„Als Schwarze, die aus einem sogenannten ‚unterentwickelten Land' kommen, auf der Suche nach Weiterbildung in einer ‚zivilisierten Demokratie', finden wir uns in einem Land wieder, in dem unsere Pässe häufig kontrolliert werden, unsere Wohnungen ohne Grund und ungesetzlich durchsucht werden, die Polizei uns prügelt und drangsaliert, die Gefängnisse von unseren Leuten überfüllt sind usw. Praktisch weist die Unterdrückung unserer Brüder hier Parallelen zu faschistischen und rassistischen Staaten wie Südafrika und Rhodesien auf."*

Das alles geschieht fern jeder Öffentlichkeit.

Oft wissen die Afrikaner selbst nicht, wo Freunde abgeblieben sind, weil sie von der Straße oder aus den Wohnungen heraus verhaftet worden



und in Abschiebehaft genommen worden sind. Im Untersuchungsgefängnis gibt es für Abzuschiebende einen toten Trakt, in dem die meisten ohne jede Hilfe und ohne Anwalt (die meisten sprechen nur Englisch und können sich schwer verständlich machen) auf ihre Abschiebung warten. Hier sind sie jeder Willkür rassistischer Beamter ausgeliefert.

Der beschriebene Fall ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Die Gruppe, unterstützt von deutschen Genossen, meint:

„Bis jetzt hat jeder von uns seinen Fall für sich durchgekämpft. Aber wir sehen die Unterdrückung der Schwarzen nicht als individuelles Problem, sondern es geht um unser aller Haut, ein Anliegen aller Farbigen in diesem Land. Wir rufen alle Demokraten auf, uns bei der Enthüllung des Unrechts zu unterstützen, Rechtshilfe zu beschaffen und mit uns in großer Anzahl zum Gericht zu gehen, wenn einer von uns abgeschoben werden soll."

Kampf dem Rassismus!

Kampf gegen Rechtlosigkeit und Unterdrückung unserer farbigen Mitmenschen in der BRD!

Emigrantenzelle

Leserbrief

Seit mindestens drei Jahren müssen Ausländer aus nichteuropäischen Ländern, wie z. B. dem Iran, Indien, Lateinamerika, Afrika und den arabischen Ländern bei der erstmaligen Einreise in die BRD, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, eine Kaution auf ein Sperrkonto in der BRD hinterlegen, über das die Aus-

Einreise in die BRD, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, eine Kaution auf ein Sperrkonto in der BRD hinterlegen, über das die Aus-

länderbehörden verfügen können.

Zweck dieser Kaution, die den Preis einer Flugkarte in das Heimatland des Ausländers deckt, ist es, eine später enentuell notwendig erscheinende Abschiebung des Betreffenden in seine Heimat zu finanzieren.

Soweit wir wissen, ist diese Regelung einmalig in Europa und wird auch innerhalb der BRD nur in Bayern und Baden-Württemberg praktiziert. Aber auch hier liegt es im Ermessen des sachbearbeitenden Beamten, auf der Rücklage der Kaution bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zu bestehen oder nicht.

Für einen iranischen Studenten bedeutet die Entrichtung der Kaution, daß er DM 1.200 hinterlegen muß. Ein Inder muß z. B. DM 2.000 übrig haben, den gleichen Betrag, wie ein Student aus Lateinamerika. Es wird also unter den ausländischen Studenten eine finanzielle Auslese getroffen, denn wer als Student einen Betrag von 1.200 DM oder mehr erübrigen kann, muß aus einer wirtschaftlich gut situierten Familie stammen.

Qualitative Auslesen unter den Studenten werden u. a. durch Sprach- und Aufnahmeprüfungen vorgenommen. Mit diesen Prüfungen hat man also ein Mittel in der Hand, die Anzahl der ausländischen Studenten in der BRD zu regulieren und zu beschränken.

Die oben erwähnte Kaution dient demnach nur dazu, einen bestimmten, nicht besonders vermögenden Personenkreis den Zugang zu einem Studium in der BRD unmöglich zu machen, oder erheblich zu erschweren.

nicht besonders vermögenden Personenkreis den Zugang zu einem Studium in der BRD unmöglich zu machen, oder erheblich zu erschweren.

Das Argument, der Steuerzahler hätte ohne die Kaution-Regelung die Kosten für die vielen notwendigen Abschiebungen zu tragen, ist belanglos.

Wenn die Anzahl der Abschiebungen so hoch steigt, daß diese ein finanzielles Problem für die BRD darstellen, muß man daraus schließen, daß mit den Ausweisungen leichtfertig verfahren wird. Außerdem bringt derselbe Steuerzahler ganz selbstverständlich Unsummen auf für den Besuch des Schah oder der Herren Vorster und Kissinger usw.

Durch die zu hinterlegende Kaution fühlen sich ausländische Studenten nicht nur finanziell belastet, sondern auch verunsichert, solange sie in der BRD verweilen, denn die Möglichkeit einer für sie unvorhersehbaren, plötzlichen Abschiebung steht ihnen ständig bevor, zumal das Ausländergesetz eine Abschiebung ohne gerichtlich erwiesene Schuld ermöglicht.

Das Schicksal vieler Palästinenser, die an den Ereignissen bei der Olympiade in München 1972 unbeteiligt waren, aber aufgrund dieser Ereignisse abgeschoben wurden, sei hierfür ein Beispiel.

Ein CISNU-Genosse aus München

Gegen die Abschiebung von drei Heidelberger Auslandsreferenten

Gegen die Abschiebung von drei Heidelberger Auslandsreferenten

Am 20. Mai wurden die drei ehemaligen Auslandsreferenten des AStA vom Heidelberger Amtsgericht zu hohen Geldstrafen verurteilt. Anlaß für ihren Prozeß war ihre Beteiligung an der vorübergehenden Besetzung des Akademischen Auslandsamtes im Sommer 1974, wo sie anläßlich der Verhaftungswelle gegen palästinensische Arbeiter und Studenten die Forderung der Ausländer-Vollversammlung nach öffentlichem Protest und der finanziellen Unterstützung politisch verfolgter ausländischer Studenten vortrugen. Da zwei der drei Angeklagten schon seit Monaten die Aufenthaltserlaubnis mit Hinweis auf den Prozeß verweigert wurde, steht jetzt zu befürchten, daß der Versuch einer Abschiebung bzw. einer Ausweisung unternommen wird.

Aus der allgemeinen Kenntnis über die politischen Verhältnisse im Iran und der Türkei geht hervor, daß eine solche Abschiebung gleichbedeutend ist mit langjährigen Freiheitsstrafen, Folter oder gar Hinrichtung. Nach Berichten von Amnesty International gibt es heute im Iran 100.000 politische Gefangene, steht nach dem Militärgesetz auf der Mitgliedschaft in antimonarchistischen Vereinigungen die Todesstrafe.

Die türkische Regierung hat nach Berichten des „Spiegel" und anderer Zeitungen erst kürzlich gegen eine ganze Reihe türkischer Arbeiter und Studenten Haftbefehle erlassen wegen angeblicher Mitgliedschaft in kommunistischen Exilbewegungen. Grundlage dafür war übrigens der westdeutsche Verfassungsschutzbericht.

Wir wissen, daß die Ausweisung bzw. Abschiebung jederzeit sanktioniert wird durch die reaktionären Ausländergesetze, die mit Hinweis auf die „Belange der BRD" sämtliche Rechte von Ausländern in der BRD außer Kraft zu setzen in der Lage sind. Zahllose Beispiele stehen für die Praxis der Ausländergesetze, die wir hiermit aufs Schärfste verurteilen.

Wir treten ein für die demokratischen Rechte der ausländischen Arbeiter und Studenten in der BRD, wir erheben Forderungen nach

– Sofortiger und bedingungsloser Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse für alle drei Auslandsreferenten!

– Aufhebung der Urteile!

Diese Resolution wurde am 24.6. vom Studentenparlament der Universität Heidelberg verabschiedet.

Wir unterstützen hiermit ihre genannten Forderungen!

Severin Schmidt Flensburg: Kündigung aufgehoben

Am 19.8. gewann eine linke Kollegin in zweiter Instanz einen Kündigungsschutzprozeß vor dem Landesarbeitsgericht Kiel. Die Kollegin war einen Tag nach dem Streik in der Druckindustrie gefeuert worden – eine eindeutige Maßregelung. Sie hatte für Streik-Infos presserechtlich verantwortlich gezeichnet. Deswegen war ihr *„wegen unbegründeter unhaltbarer Angriffe sowohl auf ihren Vorgesetzten als auch die Geschäftsleitung"* gekündigt worden. Während des 1. Prozesses ließen die die Kapitalisten diese „Vorwürfe" flugs fallen und schoben als „ausreichenden" Kündigungsgrund „schlechte Arbeitsleistung" und „unberechtigtes Verlassen des Arbeitsplatzes" vor. Waren sie damit noch vorm Arbeitsgericht Flensburg durchgekommen, mußten sie in zweiter Instanz in die Röhre gucken. Die Kapitalisten versuchen jetzt weiterhin, um die Wiedereinstellung der Kollegin herumzukommen. Obwohl sie Recht bekommen hat, wurde sie einen Tag nach dem Prozeß nicht an ihren Arbeitsplatz gelassen. Das Urteil muß mit einer Einstweiligen Verfügung durchgesetzt werden.

Druckzelle
KB / Gruppe Flensburg

„Spiegel" erfindet „Türkeninvasion

„Drohende Gastarbeiter-Invasion aus der Türkei", *„Die Türken machen zur Invasion mobil. Das Datum für den Einmarsch steht schon fest: der 1. Dezember 1976"*, – solche kriegerischen Schreckensbilder malt der „Spiegel" in seiner Ausgabe vom 19.7.76, auf daß jedem Spießbürger eine Gänsehaut den Rücken herunterläuft.

Um was geht es? Am 1. Dezember 1976 beginnt die zehnjährige Beitrittsphase, an deren Ende die Türkei vollwertiges EG-Mitglied sein soll. Die türkische Regierung argumentiert, daß vom 1.12.76 ab auch die EG-übliche Freizügigkeit herrschen müsse. (Jeder fünfte Türke im arbeitsfähigen Alter ist arbeitslos.)

Nun kann von einer Verwirklichung dieser Forderung keine Rede sein: *„Die Bundesrepublik fand mit ihrer Absicht, vorerst keine weiteren türkischen Arbeitskräfte aufzunehmen, die volle Unterstützung der Partner in der Gemeinschaft."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", FAZ, 19.7.) und *„Strikter Vorrang für deutsche Arbeitskräfte"* („Süddeutsche Zeitung", SZ, 16.8.76) – so tönt es einhellig aus dem bürgerlichen Blätterwald. Auch der „Spiegel" kann am Ende seines Artikels nicht umhin, zu bemerken: *„Selbst auf die Gefahr hin, den Nato-Partner am Bosporus völlig zu verprellen, wollen die Bonner gegenüber diesen Ansinnen hart bleiben."* Und sollten die anderen EG-Länder bei diesen Einschränkungen nicht mitspielen, so ist ein totaler Einreisestop auch für die Türken geplant, die auf dem Umweg über England oder Frankreich in die BRD kommen wollen.

Wozu also die Panikmache mit „drohender Invasion"? Am Schluß des Artikels wird die Katze aus dem Sack gelassen: Es ist von geplanten neuerlichen Einschränkungen des Familiennachzuges die Rede.

So zeigt sich wieder einmal, daß Vorteile und Lasten der „Europäischen Gemeinschaft" nicht gleichmäßig verteilt, sondern nach wie vor von dem stärksten imperialistischen Land Europas bestimmt werden, nämlich der BRD. Während diese ungehindert ihre Waren und ihr Kapital in die Türkei exportieren kann (sie ist der wichtigste Handels„partner" der Türkei und diese steht bei der BRD tief in der Kreide), ist die BRD in keiner Weise bereit, die von ihr mitverursachte hohe Arbeitslosigkeit in der Türkei mitzutragen.

Die Staatsfinanzen der Türkei sind so bankrott, daß sie sogar Schwierigkeiten hat, die Zinsen der Milliardenkredite zu bezahlen, die ihr vom internationalen Imperialismus (USA, EG) angedient wurden. Die Türkei ist heute wegen ihrer industriellen Rückständigkeit immer weniger in der Lage, auf dem internationalen Markt, der von multinationalen Industriekonzernen bestimmt wird, auch nur ansatzweise konkurrenzfähig zu sein und sinkt immer weiter ab in den Zustand eines „Armenhauses Europas", das sich als billiges Investitionsland gut eignet.

Um diese Tatsachen zu verschleiern, wird gegen „anatolische Bettlerhorden" (Dr. Frey, Herausgeber der „National- und Soldatenzeitung") sowie gegen eine angebliche „Türkeninvasion" („Spiegel") gehetzt.

Nieder mit Rassismus und nationaler Überheblichkeit!

Emigrantenzelle

Zur Auseinandersetzung mit der GIM

So nicht, Genossen!

Vorzugsweise „unterhalb der Gürtellinie" bewegt sich derze't leider die Polemik der trotzkistischen GIM gegen den Kommunistischen Bund. Dies ist umso bedauerlicher, weil sich in den letzten Monaten immerhin auf manchen Ebenen Ansätze zu einer – wenn auch nicht immer gradlinig sich entwickelnden – Zusammenarbeit zwischen unseren Organisationen ergeben haben.

In AK 85 („GIM auf dem falschen Trip") haben wir die Genossen bereits auf einige „Seltsamkeiten" ihrer Polemik gegen den KB hingewiesen – beispielsweise auf ihren dreisten Vorwurf: *„Ihr habt vor der Diskussion mit der DKP gekniffen"* und auf ihre völlig opportunistische Haltung zu den Widersprüchen und Auseinandersetzungen zwischen uns und dem KBW.

Hierzu hat sich die GIM bisher wieder nicht geäußert. Geschwiegen hat sie seither auch zur Auseinandersetzung um die Präsidentenwahlen in Portugal, wo sie zunächst leichtfertig eine Polemik gegen den KB eröffnet hatte, aber dann anscheinend selbst erkannte, daß sie schlechte Karten hat (siehe dazu den Artikel „GIM auf dem Rückzug", gleichfalls in AK 85).

Stattdessen wird in der neuesten Ausgabe von „Was tun" (26.8.76) versucht, alte und neue Begriffe um das Thema der Bundestagswahlen herum zu gruppieren. So ziemlich zum Schärfsten gehört dabei der Vorwurf, *„gerade Organisationen wie der KB und der KBW"* hätten einen *„gemeinsamen Kampf immer von ihren aktuellen Interessen abhängig gemacht"*. Zum Beweis wird folgende Behauptung für Leute mit schlechtem Gedächtnis aufgestellt: *„1973, als das Verbot der KPD/RF eine akute Gefahr darstellte, stand die GIM im Kampf für die Verteidigung dieser Organisation gegen den bürgerlichen Staatsapparat fast allein. Allen anderen maoistischen Organisationen waren ihre Differenzen mit der KPD/RF wichtiger, als die gemeinsame Verteidigung gegen die Repression"*.

Diese Behauptung ist, was den KB angeht, schlicht unwahr. Und wir glauben kaum, daß sich die Genossen der GIM dabei in einem entschuldbaren Irrtum befinden („Gedächtnislücke"). Man nehme den AK 29 (Juni 1973) und findet voll über die ersten beiden Seiten eine Erklärung des LG des KB **„Gegen die Kommunisten-Jagd"**, die sich mit den damals gerade aktuellen Verbotsdrohungen gegen die „KPD" befaßte. In dieser Erklärung wurde ausdrücklich gewarnt: **„Das solidarische Zusammenstehen aller grundsätzlich betroffenen Gruppen wird zum unmittelbar praktischen Problem ... Es darf der Bourgeoisie nicht unnötig leicht gemacht werden, eine linke Gruppe nach der anderen zu zerschlagen"**.

Konkret war es so, daß wir es im Gegensatz zur GIM nicht richtig fanden, uns an einer von der „KPD" organisierten zentralen Demonstration zu beteiligen. Dies zum einen deshalb, weil wir grundsätzlich starke Bedenken gegen zentrale Demonstrationen hatten, und zum anderen, weil wir die sektiererische und abstoßende Form nicht für sinnvoll fanden, in der die „KPD" diese Demonstration organisierte. Tatsache ist aber auch, daß wir uns an Demonstrationen und anderen Aktionen sowohl gegen die Verbotsdrohungen gegen die „KPD" wie später gegen den KSV beteiligt haben bzw. auch allein solche organisiert haben.

Wenn die GIM nachträglich unsere taktischen Bedenken gegen eine ganz bestimmte Vorgehensweise (Beteiligung an der zentralen Demo der „KPD") zum Vorwand nimmt, um wilde Behauptungen wie die oben zitierten in die Welt zu setzen, so geschieht das offensichtlich mit dem Ziel, unsere Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen in Frage zu stellen und sich selbst als die einzige Kraft hochzustilisieren, die allezeit die Fahne der Einheit hochgehalten habe.

Es würde sich kaum lohnen, auf die „Gedächtnislücken" der GIM überhaupt einzugehen, wenn nicht mit solchen Schauergeschichten der Versuch gemacht würde, bei nicht genau informierten Menschen Verwirrung zu stiften – und zwar gerade angesichts der Tatsache, daß sich heute örtlich und national (hier ist vor allem die Zusammenarbeit zwischen KB, SB und GIM in Sachen Berufsverbote etc. zu erwähnen) konkrete Ansätze und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit entwickelt haben.

In die Kategorie derartiger Schauergeschichten und Stimmungsmacher gehört auch die Behauptung, der KB sei *„in der Praxis der öffentlichen Wahldiskussion weitgehend ausgewichen"*. Als Beweis erwähnt „Was tun", daß der KB in Hamburg *„eine öffentliche Wahldiskussion mit der GIM verweigert"* habe. Nicht hingegen erwähnt „Was tun", daß in der Tat in mehreren Orten gemeinsame Diskussionsveranstaltungen von GIM und KB – teilweise auch noch mit anderen Organisationen und Gruppen – stattgefunden haben. Auch hier also wieder einseitige Stimmungsmache. Außerdem scheinen sich die Genossen zu schämen, die schriftliche Begründung zu erwähnen, mit der wir eine „gemeinsame" Diskussionsveranstaltung in Hamburg abgelehnt haben: Daß der Vorschlag der GIM nämlich angesichts ihrer völligen Bedeutungslosigkeit in Hamburg (ihre Anhängerschaft dürfte aus 30 bis 50 Personen bestehen) darauf hinauslaufen würde, die Genossen und Sympathisanten unserer Organisation als Kulisse für die GIM zusammenzubringen. Wir haben die Genossen der GIM darauf hingewiesen, daß eine derartige „gemeinsame" Diskussionsveranstaltung in Hamburg bei unseren Genossen und Sympathisanten selbstverständlich auf schärfsten Widerspruch stoßen würde, weil sie in keinem Verhältnis zur politischen Situation in der Hamburger Linken stehen würde. Vorgeschlagen haben wir der GIM stattdessen ein Arbeitsgespräch, auf dem wir darüber reden möchten, wie zukünftig bestimmte „Anpinkeleien" vermieden werden können, mit denen die Hamburger Gruppe der GIM das Klima zwischen unseren beiden Organisationen belastet – was in Hamburg selbst kaum stört (Bedeutung der GIM in Hamburg s.o.!), aber für eine Zusammenarbeit im nationalen Maßstab doch ärgerlich ist.

Der eigentliche Clou in der Polemik der GIM gegen den KB ist derzeit die schon mehrmals aufgewärmte Geschichte, daß die Leitung des KB **„weder gewählt, noch absetzbar"** sei, folglich der KB eine **„undemokratische Organisationsstruktur"** habe. Als eigentlicher Erfinder dieser Story kann der KBW gelten, der schon 1972 Schauerliches zu berichten wußte (die Leitung sei den Mitgliedern überhaupt nicht bekannt usw.). Da derartige Geschichten immer noch hier und dort Gänsehaut hervorrufen (beispielsweise bei manchen feministischen Frauengruppen), wollen wir dazu ein paar Takte sagen:

– 1. Halten wir überhaupt die Annahme für naiv, daß in irgendeiner Organisation, und sei sie noch so undemokratisch, Leitungswahlen eine wesentlich andere Leitung als die bestehende hervorbringen würden – falls die Organisation nicht bereits von starken inneren Widersprüchen geprägt ist. Beispielsweise würde heute unserer Meinung nach eine Wahl in der „KPD/ML" ohne jeden Zweifel zur Bestätigung von Ernst Aust & Co. führen – was überhaupt nichts über die demokratischen Qualitäten dieses Menschen und über die demokratischen Strukturen der „KPD/ML" aussagt. Wir halten es folglich einfach für eine bösartige Spekulation, wenn die GIM-Genossen damit hausieren gehen, die Leitung des KB sei „nicht gewählt" – so als hätte das LG sozusagen Angst vor einer „Wahl" und würde ihr daher aus dem Weg gehen. Wahlen – beispielsweise durch eine Art KB-„Parteitag" – würden heute absolut nichts anderes bringen als eine Bestätigung des LG. Darauf bilden wir uns allerdings überhaupt nichts ein – denn dasselbe wäre, wie gesagt, bei der „KPD/ML", beim KBW usw. der Fall; also bei Organisationen, die für uns nicht gerade Beispiele demokratischer Willensbildung sind. In dieser Hinsicht, auf formalem Gebiet, sind übrigens die bürgerlichen Parteien wahre Meister in innerer (Schein-) Demokratie.

– 2. ist unserer Meinung nach die Struktur des Kommunistischen Bundes in der Tat demokratischer als in irgendeiner anderen Organisation. Und zwar beruht das auf der außerordentlich intensiven und kontinuierlichen Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen unserer Organisation. So die regelmäßig in kurzen Abständen stattfindenden nationalen Delegierten-Versammlungen, mit Delegierten jeder Ortsgruppe; in Hamburg (immer noch die mit weitem Abstand stärkste Ortsgruppe des KB) regelmäßige „Anleiterversammlungen" aller Bereiche usw. Die Auseinandersetzung über unsere Politik wird also ständig und auf allen Ebenen geführt. Hinzu kommt, daß die Genossen des LG in der Regel noch direkt in der Anleitung eines oder mehrerer Bereiche unserer Arbeit aktiv sind, also zum einen auch von daher in ständigen Diskussionsprozessen stehen und zum anderen sich das Vertrauen der Genossen durch ihre Arbeit erwerben müssen. Strittige Probleme können außerdem in unserer Presse diskutiert werden, und der unbefangene Beobachter wird jedenfalls erkennen können, daß dies in unserer Organisation mehr der Fall ist als in anderen Organisationen, einschließlich der GIM. Die GIM behauptet zwar in „Was tun": *„Die Mitglieder des KB haben gar nicht die Möglichkeit, innerhalb der gesamten Organisation verschiedene Tendenzen und kontroverse Positionen zu bilden, um die es dann in der Diskussion zu einer Klärung oder demokratischen Mehrheitsentscheidung kommen kann"*. Das ist schlichtweg albern. Umgekehrt möchten wir aber die Genossen der GIM fragen, welche Möglichkeiten bei ihnen bestehen, abweichende Meinungen auch in „Was tun" zu veröffentlichen und zu diskutieren? Wann und zu welchen Themen ist das konkret geschehen? Eigenkandidatur bei den Bundestagswahlen? Portugal? Oder ...?

Die GIM bewegt sich vollends auf's Glatteis, wenn sie ziemlich arrogan behauptet, bei den im KB diskutierten Standpunkten – in diesem Fall zur Bundestagswahl – handele es sich lediglich um *„Stimmungen"*, die *„bekanntermaßen starken Schwankungen unterliegen"*.

Die GIM schreibt in „Was tun": **„Die Grundeinheiten des KB berichten ihrem Leitenden Gremium ihre Ansichten. Im AK werden diese Berichte in der Art einer Wetterberichtskarte veröffentlicht. Man erfährt die Stimmungen an der Basis"**. Was daran freilich schlecht oder gar „undemokratisch" sein soll, ist uns ein Rätsel! Schlecht ist daran nur die miese Art und Weise, mit der die GIM demokratische Diskussionsprozesse herunterzumachen versucht.

Wir meinen sehr ernsthaft, daß die Genossen der GIM diese schädlichen Formen der Polemik, die bei ihnen in den letzten Monaten eingerissen zu sein scheinen, aufgeben sollten. Die Auseinandersetzung könnte dann wesentlich fruchtbarer verlaufen.

„Arbeiterbund"

Gefangener seiner Illusionen

Das Werben des vorwiegend in Südbayern aktiven „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" um die DKP – wovon in den letzten Monaten wiederholt im ARBEITERKAMPF die Rede war – steigert sich weiter.

Nachdem in der vorletzten Ausgabe der „KAZ" des „Arbeiterbund" ein ziemlich opportunistischer Leserbrief zum Auftreten gegenüber der DKP kommentarlos (!) abgedruckt war (siehe dazu AK 85, S. 45), sucht man leider auch in der neuesten Ausgabe der „KAZ" (25.7.76) vergeblich nach einer Stellungnahme zu dem als „Diskussionsbeitrag" deklarierten Leserbrief. Zum mindesten läßt sich also schlußfolgern, daß es die „Arbeiterbund"-Führung für verantwortbar hält, derartige Standpunkte wie in jenem Leserbrief unwidersprochen in den Raum zu stellen – falls man nicht annehmen will, daß vielleicht einige führende Genossen des AB den dort geäußerten Anschauungen gar nicht so ferne stehen.

In der neuesten Ausgabe der „KAZ" findet sich erstmals (!) eine klare Stellungnahme zur Wahl. Und zwar ruft der AB – wie schon 1972 und wie auch diesmal bereits erwartet – zur Stimmabgabe für die SPD auf. Nun halten wir diese Empfehlung zwar in der konkreten Situation für falsch, aber wir gehören zweifellos nicht zu den Leuten, die generell angesichts einer solchen Wahlempfehlung Schaum vorm Mund kriegen, wie einige sogenannte „Marxisten-Leninisten". Denn generell kann man eine derartige Wahlempfehlung nur für unzulässig halten, wenn man Lenin entweder nicht gelesen oder nicht verstanden hat, bzw. ihn nicht verstehen will (zu diesem Thema siehe Lenin, „Der linke Radikalismus...").

Während in der „KAZ" die Wahlempfehlung für die SPD nur sehr knapp und allgemein begründet wird, ist relativ viel Raum der beim AB naheliegenden Frage gewidmet: „Warum geben wir unsere Stimme nicht der DKP?" – Auch diese Frage halten wir generell für durchaus zulässig und berechtigt. Jedoch gerät unter den Fingern der AB-Führung auch dieses im Prinzip durchaus erörternswerte Thema zu einem opportunistischen Balance-Akt.

Die Argumentation des AB ist folgende: Die Stimmabgabe für die DKP *„zu einer Demonstration der fortschrittlichen Kräfte gegen das große Kapital zu machen"*, könnte *„sicherlich ein für die westdeutsche Arbeiterklasse nützlicher Vorschlag sein"*. Und zwar unter der Bedingung, daß in dieser Stimmabgabe eine größere Stärke und Gemeinsamkeit der *„revolutionären Bewegung"* zum Ausdruck kommt.

Diese Bedingung sieht der AB derzeit – zu Recht, möchten wir hinzufügen – nicht erfüllt.

Hernach aber kommen einige sehr fragwürdige Anschauungen zum Ausdruck. So insbesondere die These, daß die DKP „Teil der revolutionären Bewegung" sei – was eine ziemliche Vergewaltigung dieses Begriffes voraussetzt. Der AB tritt zwar wacker dem Alleinvertretungsanspruch des Revisionismus in Sachen „Einzige Arbeiterbewegung" entgegen, aber nur, um ihn sogleich als *„Teil der revolutionären Bewegung"* willkommen zu heißen und zu Tische zu bitten.

Wir sind hingegen ganz entschieden der Meinung, daß die DKP kein Teil der revolutionären Bewegung ist (auch wenn sich in ihr, ebenso wie in der SPD, sicher noch Menschen befinden, die sich für den revolutionären Weg gewinnen lassen). Wir sind außerdem der Meinung, daß es zu einer Verwirrung der politischen Begriffe führt, wenn die AB-Führung die DKP einerseits als „neue Sozialdemokratie" bezeichnet (völlig zutreffend, wie wir meinen), aber andererseits als „Teil der revolutionären Bewegung" verstehen will. Diesen augenfälligen Widerspruch müßte der AB einmal öffentlich erläutern und begründen.

Was indessen das Erläutern und Begründen seiner Thesen angeht, zeigt der AB eine bemerkenswerte Scheu vor der politischen Öffentlichkeit. Wer sich die „KAZ"-Ausgaben der letzten Monate durchsieht, findet dazu kaum etwas. Insbesondere weicht die AB-Führung der längst überfälligen Auseinandersetzung mit unserer Organisation zu diesem Thema beharrlich aus. Wir finden es, gelinde gesagt, eine Frechheit, wenn der AB auch jetzt wieder einer Auseinandersetzung mit unserer sehr konkret formulierten Kritik an seiner Taktik gegenüber der DKP ausweicht und stattdessen (!) lediglich schreibt: *„...Allerdings gibt es auch genug Kräfte in der revolutionären Bewegung, die der DKP dieses schändliche Spiel leicht machen. Das sind diejenigen, die beim Lesen dieses Artikels ziemlich unruhig geworden sind, die wieder mal glauben, bei unserer Organisation eine offene Flanke zum Revisionismus entdeckt zu haben, nur weil (!!) wir es unter bestimmten Bedingungen für richtig halten würden, auch zur Wahl der DKP aufzurufen."*

Dies entspricht der gebräuchlichen Taktik der AB-Führung, Kritik an ihrer Politik lediglich mit einer – besonders leicht zu „erledigenden" – Richtung zu identifizieren, ohne dabei „Roß und Reiter" zu nennen, um sich die Auseinandersetzung mit anderen, stichhaltigeren Kritiken zu ersparen. Nun, wir meinen schon, daß der AB zur DKP hin „offen wie ein Scheunentor" ist. Aber dies nicht etwa deswegen, weil sie es für richtig halten würden, unter bestimmten Bedingungen die Wahl der DKP zu empfehlen. Hierin stimmen wir nämlich im Prinzip vollständig überein.

Unsere Kritik am AB bezieht sich, wie die Verantwortlichen dort auch sehr wohl wissen (und ihnen ist wahrscheinlich nicht sehr gemütlich dabei!!), auf andere Fragen, wie im ARBEITERKAMPF mehrfach nachzulesen und in der „KAZ" bis heute unbeantwortet geblieben. Klar ist doch wohl, daß man politische Diskussionen nur an den realen Meinungsverschiedenheiten führen sollte, statt die politische Öffentlichkeit für dumm verkaufen zu wollen.

Im Artikel der „KAZ" vom 25.7.76 wird großer Wert darauf gelegt, der DKP deutlich zu machen, was sie sich alles entgehen läßt, wenn sie *„mit bestimmten Kräften der revolutionären Bewegung jede Aktionseinheit ablehnt"*. Nämlich: *„Es wäre heute möglich, sehr schnell (!!!) solche Bedingungen zu schaffen, daß die gesamte revolutionäre Bewegung, einschließlich der DKP (!), eine ernst zu nehmende Kraft für die Arbeitermassen darstellen könnte. Bisher hat die Parteiführung der DKP aber auch die Schaffung solcher Bedingungen sabotiert, die eigentlich Voraussetzung für ihr Vorgehen bei der Bundestagswahl wäre. Damit sägt sie sich aber schließlich den eigenen Ast ab, auf dem sie sitzt"*. Und außerdem: *„Solange die DKP auf ihrem Beschluß beharrt, mit den Revolutionären, die sie als „Maoisten" bezeichnet, keine Bündnisse einzugehen, wird die revolutionäre Bewegung den Kampf gegen ein Verbot der DKP kaum schlagkräftig führen können, es wird an den Arbeitermassen vorbeigehen"*.

Hier soll den Revisionisten anscheinend der Mund mit Versprechungen wässerig gemacht werden. Diese Versprechungen haben nur den allzu deutlichen Nachteil, daß sie haltlos sind. Daß ein Verbot der DKP (der AB verliert an dieser Stelle kein Wort darüber, daß Repressalien gegen andere Organisationen natürlich viel drohender sind als ausgerechnet ein Verbot der revisionistischen DKP!) in der Arbeiterklasse kaum auf aktiven Widerstand stoßen würde, könnte auch der AB als eventueller Verbündeter der DKP nicht wesentlich ändern. Welche „Revolutionären" Bataillone sind es denn, die der AB im Namen der „revolutionären Bewegung" zur Verstärkung der DKP heranführen will, um einen „schlagkräftigen" Kampf gegen ein Verbot der DKP zu führen? Zweifellos wäre es von Nutzen, sich im Kampf gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft enger zusammenzuschließen, einschließlich der unter aktuellen Verhältnissen demokratischen Kräfte der DKP. Aber der AB verspricht einfach mehr als er halten kann.

Erst recht gilt das für seine kühne These, daß „die revolutionäre Bewegung" „sehr schnell" zu einer *„ernst zu nehmenden Kraft für die Arbeitermassen"* werden könnte, wenn die DKP nur wollte. Hier legt der AB seine eigenen Illusionen als Lockware ins Schaufenster. Interessenten wird er damit kaum finden.

Der AB läßt in dieser Frage weitestgehend den wesentlichen Gesichtspunkt der politisch-ideologischen Klarheit außer acht. Stattdessen operiert er, indem er recht phantasievoll die zahlenmäßige Stärkung ausmalt, die (für die DKP) von einer „Aktionseinheit" der „revolutionären Bewegung" ausgehen könnte. Pech für ihn, daß er damit kaum überzeugen kann. Denn rein zahlenmäßig steht die Bilanz für die DKP in Sachen „Aktionseinheit" (mit Jusos usw. usf.) bundesweit „unterm Strich" nicht so schlecht, wie beispielsweise die wesentlich von der DKP dominierte Bonner „Abrüstungsdemonstration" vom 22.Mai bewies. Der AB wird schwerlich auch nur einen einzigen DKPler mit der Aussicht verlocken, daß eine wesenliche zahlenmäßige Stärkung durch eine „Aktionseinheit" mit dem AB zu erreichen wäre.

Leider muß man diesen, im Grunde eher surrealistischen, Aspekt der Sache betonen, da die Taktik des AB in diesem konkreten Fall gerade

Fortsetzung Seite 43

Fortsetzung von Seite 42

darauf hinausläuft, sich der DKP anzubieten wie ein warmes Bier.

Die Politik der Aktionseinheit, gerade gegenüber der DKP, ist von Anfang an (und das heißt immerhin konkret: seit mehr als fünf Jahren!) ein wesentliches Element in der gesamten Praxis unserer Organisation gewesen. Uns ist es zumindest in Hamburg (dem traditionellen Schwerpunkt des KB) gelungen, damit die DKP-Führung ziemlich in die Defensive zu drängen. Wir raten den AB-Genossen, die in der Frage der Taktik der DKP gegenüber Zweifel und Unsicherheiten haben, sich bei Gelegenheit einmal persönlich über diese Tatsache zu informieren. Die Praxis ist immer das Kriterium, wie der Genosse Mao Tse-tung sagt, und unter diesem Aspekt kann uns die AB-Führung wohl kaum Lehren erteilen, wie der Kampf gegen den Revisionismus am wirkungsvollsten zu führen ist. Die AB-Führung kann uns nicht – wie es ihr zweifellos am bequemsten ist und wie sie es am liebsten täte (und zuweilen ganz dreist sogar versucht!) – in die Ecke derjenigen stellen, die gegen eine Aktionseinheit mit der DKP sind oder die in diese Richtung nicht genug Anstrengungen unternehmen.

Wir sind allerdings gegen eine Taktik, die immer stärker der DKP hinterdreinläuft, sich ihr anpaßt, und die letzten Endes das Heil der „revolutionären Bewegung" der DKP anvertraut, statt der Linie „sich auf die eigenen Kräfte stützen" als Hauptorientierung zu folgen.

Heute nützt es der Arbeiterbewegung nicht im geringsten, wenn sich einzelne Genossen und Gruppierungen in Seufzern verlieren, wie schön alles sein k ö n n t e , „w e n n" ...

W e n n sich nämlich die „revolutionäre Bewegung" einiger wäre, w e n n es nicht soviele Gruppen und Organisationen gäbe, w e n n es die These 41 der DKP (Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit Gruppen links von der DKP) nicht gäbe ... usw.

Ausgehen müssen wir als Marxisten-Leninisten, d.h. als Vertreter des wissenschaftlichen (!!) Sozialismus, in erster Linie einmal von dem, was i s t . Das bedeutet z.B., daß man die Tatsache begreifen muß, daß vorerst die Revisionisten nicht zur Aktionseinheit bereit sind und daß man an dieser Tatsache seine eigene Praxis orientiert. Was heute konkret bedeutet, daß man nicht vergeblich der DKP nachschmachtet, sondern daß man hauptseitig den Vereinheitlichungsprozeß l i n k s von der DKP aktiv vorantreibt – durch öffentliche Erörterung der realen Meinungsverschiedenheiten, durch Stärkung der allseitigen Zusammenarbeit usw. Konkret gesagt, wäre die Energie der AB-Genossen um ein Vielfaches nützlicher eingesetzt, wenn sie statt ihrer Seufz- und Schmacht-Artikel an die Adresse der Revisionisten lieber auf die realen Differenzen zum Kommunistischen Bund eingehen würden. Unser Angebot dazu ist klar und liegt seit Monaten auf dem Tisch: Ehrliche und umfassende öffentliche Auseinandersetzung, Entwicklung allseitiger Zusammenarbeit, wo immer sich dafür die Möglichkeiten bieten.

Wir wollen damit – um möglichen hergesuchten oder auch echten Mißverständnissen vorzubeugen – keineswegs den AB-Genossen raten, auf die Entwicklung einer Politik der Aktionseinheit (auch) gegenüber der DKP zu verzichten. Empfehlen würden wir ihnen jedoch, ernsthaft nachzudenken über ihre Einordnung der DKP als „Teil der revolutionären Bewegung", oder gar über die verblüffende These, daß heute die M e h r h e i t der „revolutionären" Arbeiter in der DKP – und nicht in anderen Organisationen und Gruppen – organisiert sei, wie es vor einiger Zeit in der „KAZ" zu lesen war.

Wir meinen außerdem, daß es falsch ist, bei der Propagierung der Aktionseinheit heute die H a u p t linie darauf zu legen, welche zahlenmäßigen Vorteile sich dabei für die DKP ergeben würden, und d a m i t die „ehrlichen" DKP-Mitglieder ködern zu wollen.

Vielmehr kommt es darauf an, den politisch-ideologischen Kampf gegen die DKP zu verschärfen und auszuweiten. Wir lehnen ausdrücklich die in der „KAZ" vom 25. Juli vertretene These ab, daß das Programm der DKP „den Wünschen und Forderungen der werktätigen Menschen entspricht" und daß der AB nur mit dem von der DKP *„vorgeschlagenen W e g e n z.B. zur Friedenssicherung, zum Sozialismus nicht einverstanden"* ist.

Wir meinen hingegen, daß es sehr wohl erforderlich ist, die DKP auch an dem von ihr ständig propagierten „realen Sozialismus" zu messen, d.h. an den gesellschaftlichen Zuständen der revisionistischen Staaten. Es ist doch wohl kein Zufall, wenn beispielsweise jetzt in der „KAZ" zu lesen ist, daß „die Führung der DDR ... von vollkommen falschen Vorstellungen über die Entwicklung des Sozialismus ausgeht" („KAZ", 25.7.), was konkret eine Verharmlosung des Revisionismus in der DDR ist.

Ebenso wenig scheint es Zufall, daß in der „KAZ" k e i n Wort stand über die von jedem Revolutionär mit Freude und Sympathie betrachteten Arbeiterkämpfe in Polen, über die terroristische Unterdrückung dieser Kämpfe und die Verurteilung zahlreicher Arbeiter, sowie über die schändlichen Kommentare der DKP zu diesen Vorgängen. – Alles dies witzigerweise von einer Organisation (und ihre führenden Genossen sind immer noch dieselben!!), die uns 1971/72 wütend angriff, weil wir die DKP nicht als „Speerspitze des Sozialimperialismus in unserem Land" bezeichnen wollten, und die sich auch sonst zu eben jenen Themen, zu denen sie heute super-opportunistisch schweigt, damals super-„links" aufführte. Die Zeiten ändern sich . . .

Leider müssen wir annehmen, daß es sich speziell gegen den KB richten soll, wenn in der „KAZ" in diesem Zusammenhang in der üblichen Weise (ohne „Roß und Reiter" zu nennen) dagegen polemisiert wird, *„die DKP anhand von Erscheinungsformen (!) zu kritisieren, und nicht anhand ihrer Politik, ihres falschen Weges (!), den sie zum Sozialismus angibt . . ."*

Den Genossen vom AB ist noch einmal zu sagen, daß sie mit dieser Art „Doppelstrategie" – Anbiederung an die DKP, Flucht vor der Auseinandersetzung mit dem Kommunistischen Bund und anderen revolutionären Kräften – politischen Selbstmord begehen. Wer das w i l l , sollte ruhig den eingeschlagenen Weg zügig weitergehen. Den anderen raten wir zur schleunigsten Besinnung und Umkehr!

Von der DKP manchmal kaum zu unterscheiden

Wie weitgehend sich die Führung des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" unter dem Vorwand des Strebens nach „Einheit der revolutionären Bewegung" schon der DKP angepaßt hat, zeigt sich u.a. an ihrer außerordentlichen primitiven und bösartigen Behandlung des Themas „Terrorismus". So demonstrierte der AB seine platte These *„Individueller Terror nützt nur der Reaktion"* nach den Ereignissen von Entebbe ausgerechnet mit dem Abdruck einer Karikatur von Behrendt aus der „FAZ" („KAZ" vom 11. Juli, siehe nebenstehender Abdruck!). In der „KAZ" vom 25. Juli brachte der AB dann unter der Überschrift *„Hurra, die Terroristen sind raus!"* einen Schweine-Kommentar zu dem für jeden Revolutionär erfreulichen Ausbruch von vier weiblichen politischen Gefangenen aus dem Knast, aufgemacht als ein „witziges" fiktives Gespräch zwischen Strauß und Kohl, wo diese ihre Freude über den Ausbruch bekundeten!

Zu sehen ist dabei, daß der AB sich gar nicht ehrlich und ernsthaft – Lenin bietet dafür ein Vorbild!! – mit den tatsächlichen Gefahren und Schädlichkeiten des individuellen Terrors befaßt, sondern daß er sich ausschließlich – dem traurigen Vorbild der DKP folgend! – auf der Ebene der übelsten Hetze und Demagogie bewegt.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die willige Verwendung der (abgesehen von der Unterzeile nicht weiter kommentierten) Karikatur von Behrendt. Ohne weiteres braucht man nicht einmal Kommunist zu sein, um zu begreifen, daß in der „FAZ" die Frage des individuellen Terrors nicht gerade vom Standpunkt der Arbeiterklasse und des Marxismus-Leninismus aus behandelt wird. Was Behrendt angeht, so sind seine oft geradezu faschistoiden Karikaturen schon berüchtigt (siehe gleichfalls nebenstehenden Abdruck, aus der „FAZ" vom 29.7.76).

Man könnte ja, und dazu braucht man ebenfalls nicht einmal Kommunist zu sein! – auf den Gedanken kommen, daß die Reaktion schon irgendetwas bezweckt, wenn sie solche Karikaturen wie die gegen den „Terrorismus" in ihrer Presse veröffentlicht und daß diese Zwecke möglicherweise doch nicht ganz dieselben sind, die sich normalerweise eine kommunistische Zeitung setzt ...

Zusätzlich makaber mußte es wirken, daß direkt neben dieser Karikatur ein Nachruf auf den früheren Bundespräsidenten Heinemann zu lesen war. Diesem wurde dort nicht nur, was vielleicht noch zu ertragen gewesen wäre, vorbehaltlos als „aufrechter Demokrat" gehuldigt. Sondern zusätzlich wurde er zu einer Art guten Geist für den AB hochstilisiert: *„Sein ehrlicher Wunsch nach einem wirklich demokratischen Deutschland ist für uns eine Verpflichtung (!), durch den Wiederaufbau der KPD (!!) die Arbeiter- und damit die demokratische Bewegung zu stärken, daß dieser Wunsch schneller zur Wirklichkeit werden kann!"*

Es zeigt sich daran noch einmal sehr anschaulich, wie das Werben des AB um die DKP und „Demokraten" ihn dazu verführt, total den Kopf zu verlieren und selbst den von ihm Umworbenen immer ähnlicher zu werden.



Individueller Terror nützt nur der Reaktion ...



„Hilfe – die schießen auf unsere Frauen und Kinder!"

Leserbrief von Arno Klönne (SB)

Leserbrief von Arno Klönne (SB)

Der Genosse Arno Klönne vom SB hat uns einen Brief geschrieben, in dem er gegen bestimmte Darstellungen im AK, die seine Person betreffen, protestiert.

Was die Einzelheiten angeht, können wir seiner Darstellung nicht widersprechen. Kritisch meinen wir dazu nur, daß es bei der Kennzeichnung als „SB-Führer" nicht darum ging, eine „Sensation" zu konstruieren (so sensationell ist das ja auch gar nicht), sondern darum, daß der Genosse Klönne seine Ansichten unserer Meinung nach nicht als i r g e n d e i n „Privatmann" äußert, sondern eben doch mit einer gewissen Autorität im SB. Daß es sich trotzdem um seine e i g e n e Position handelt und nicht die des SB, ist unbestritten; etwas anderes wurde von uns nicht unterstellt.

Zur konkreten Wahlempfehlung meinen wir – und das kam in der ersten AK-Notiz überhaupt nicht richtig heraus – daß wir die Position des Genossen Klönne im Rahmen des SB auf jeden Fall für fortschrittlicher halten als eine gewisse andere Tendenz, die Wahlen schein-radikal herunterzuspielen, die Stimmabgabe zur Privatsache zu erklären – und dann am Ende doch die SPD zu wählen.

Der Brief ist vom 17. Juli datiert und am 19. Juli bei uns eingegangen. Die Verzögerung des Abdrucks kommt auf das Konto redaktioneller Schlamperei. Im folgenden der Text des Briefs:

„Unter dem Titel ‚SB-Klönne fordert auf, DKP zu wählen' berichten im ‚Arbeiterkampf' Nr. 84 KB-Sympathisanten aus Münster in einer Form, die den schlechtesten Vorbildern bürgerlicher Journalistik abgeguckt ist. Meine Stellungnahme in einer Wahldiskussion wird zur Sensation hochstilisiert (‚SB-Führer'); damit die Sache ein bißchen würziger wird, kommt ohne Rücksicht auf den wirklichen Sachverhalt diffamierender Tratsch über mich hinzu; und damit auch dem SB noch gleich eins ausgewischt werden kann, wird das ganze als Enthüllung der ‚Basisnähe' der SB-Politik dargeboten. Ich glaube nicht, daß man auf diese Weise sozialistische Politik machen kann; ich bin gern bereit, mich hierüber mit den KB-Sympathisanten aus Münster zu unterhalten.

Zur Sache selbst: Die Diskussion über die Bundestagswahl wird, wie die AK-Leser wissen, im SB öffentlich geführt. Dies bedeutet auch, daß einzelne SB-Genossen ihre Meinung zur Wahl nicht verschweigen. In entsprechenden Diskussionen vertrete ich den Standpunkt, daß bei der diesjährigen Bundestagswahl Sozialisten und Kommunisten ihre Proteststimme der DKP geben sollten – und allerdings öffentlich hinzufügen sollten, daß dies keine politische Übereinstimmung mit der DKP und keine organisationspolitische Entscheidung für diese Partei bedeutet, wobei ich betone, daß dies meine eigene Position und nicht die des SB ist.

Zur Person: Die AK-Informanten hätten sich, bevor sie mich als politisch basis- und arbeitsscheuen Literaten abstempeln, an meinem früheren Arbeitsort erkundigen sollen. Da hätten sie sich leicht eines besseren belehren lassen können. Durch meinen beruflichen Wechsel nach Münster bin ich aus leicht erklärlichen Gründen momentan in eine Lage geraten, wo ich vorerst an der lokalen SB-Gruppenarbeit mich nicht beteiligen kann, was nicht bedeutet, daß ich nun politisch überhaupt nichts mehr unternähme. Auch ich kann die Zeit nicht verdoppeln. Vielleicht sollte man linke Genossen doch nicht so leichtfertig disqualifizieren ...

Freundliche Grüße"

Chinas Kommentar zum Putsch im Sudan

Anfang Juli scheiterte im Sudan ein Versuch, das reaktionäre Numeiri-Regime durch einen Putsch zu stürzen. Das Regime behauptete, der Putsch sei „von ausländischen Söldnern" inszeniert worden, die vom libyschen Staatschef Ghadafi unterstützt und beauftragt gewesen seien. Nach der Niederschlagung des Putsches fanden im Sudan Massenhinrichtungen statt.

Wie kaum anders zu erwarten, fand die Niederschlagung des Putsches den vorbehaltlosen Beifall der chinesischen Führung. Als angeblicher „Drahtzieher" des Putsches wurde – gleichfalls nicht völlig unerwartet – in der chinesischen Presse die Sowjetunion angegriffen. Die Logik der chinesischen Beweisführung ist dabei besonders lächerlich:

„Am 6. Juli enthüllte Präsident Numeiri, die Verschwörer seien an verschiedenen, in der Sowjetunion hergestellten Waffen ausgebildet worden und hätten bei ihrem Angriff Panzerabwehrkanonen, Flugzeugabwehrkanonen und andere Vernichtungswaffen sowjetischer Herkunft mitgeführt. Dies (!) *hat aller Welt die Beteiligung der Sowjetunion an dieser verschwörerischen bewaffneten Subversion vor Augen geführt und erneut gezeigt, was für eine üble Rolle sie bei Versuchen spielt, legitime Regierungen von Ländern der Dritten Welt zu stürzen"* („Peking Rundschau", 27.7.76).

Diese dummdreiste „Beweisführung" läßt auf einen offenkundigen Mangel an echten Argumenten schließen: Denn über sowjetische Waffen verfügen natürlich zahlreiche arabische Staaten – Libyen beispielsweise ebenso wie der Sudan selbst!! Bemerkenswert ist außerdem, daß sich die chinesische Führung faktisch die vom Numeiri-Regime verbreitete Version – es habe sich um einen „von außen" gesteuerten Putsch „ausländischer Söldner" gehandelt – völlig zu eigen macht. So auch, wenn die „PR" unverblümt gegen *„im Ausland lebende, von der Sowjetunion ausgehaltene prosowjetische Sudanesen"* wettert. Daß das Numeiri-Regime allen Ernstes wegen seiner angeblich *„festen antiimperialistischen, antikolonialistischen und antihegemonistischen Haltung"* gelobt wird („PR"), versteht sich dann von selbst.

Schon 1971 zollte die damalige chinesische Führung dem Numeiri-Regime Beifall für die blutige Unterdrückung der sudanesischen Arbeiterbewegung nach einem gescheiterten Putschversuch fortschrittlicher Offiziere. Daran wird jetzt erinnert und der Sowjetunion nochmals *„verbrecherische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Sudan"* vorgeworfen, weil sie damals *„offen vom Sudan die Einstellung der Unterdrükkung der umstürzlerischen Elemente"* (lt. „PR", s.o.) forderte.

Der Kommentar der „PR" schließt mit der Warnung: **„Heute war es der Sudan, wer aber wird morgen Moskaus Opfer sein?"**. –

Die chinesische Führung behauptet zwar, sie unterstütze „den Zusammenschluß der Dritten Welt gegen die Supermächte". In der Praxis jedoch unterstützt sie im Konfliktfall entweder offen die reaktionären Kräfte der „Dritten Welt" oder nimmt einen absurden Standpunkt schweigender „Neutralität" ein – wie angesichts der syrischen Aggression gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon oder angesichts der marokkanisch-mauretanischen Aggression gegen das Volk der Westsahara.

Hinweise der Redaktion

1. Einige Genossen haben sich darüber gewundert, daß der Artikel zur albanischen Außenpolitik *(„Albanien gegen BRD-Imperialismus")* in AK 86, S. 45, ausgerechnet in die Rubrik „,ML'-Szene" gesetzt worden war. In der Tat, dort gehört der Artikel wirklich nicht hin. Vorgesehen war, ihn unter „Sozialismus" oder „Internationale kommunistische Bewegung" einzuordnen.

2. Im Artikel *„Über 100 Revolutionäre im Knast"* (AK 86, S. 44) wird berichtet, daß nach offiziellen Angaben in Jugoslawien in den beiden letzten Jahren 13 „oppositionelle Gruppen" mit insgesamt 237 Mitgliedern entdeckt und verurteilt wurden. 105 davon werden als Mitglieder oder Sympathisanten der verbotenen Kommunistischen Partei bezeichnet.

In dem AK-Artikel wird unterstellt, daß es sich bei den übrigen 132 Verurteilten durchweg um Reaktionäre, Nationalisten und Faschisten handelt. Das ist zweifellos nicht ganz richtig. Obwohl über den politischen Standpunkt dieser 132 keine näheren Angaben gemacht wurden – soweit uns bekannt – ist anzunehmen, daß einige von ihnen eher bürgerlich-demokratischen und sozialdemokratischen Strömungen zuzurechnen sind als der offenen Reaktion. Bei der großen Mehrheit der 132 dürfte es sich aber in der Tat um Faschisten und antikommunistische Nationalisten handeln.

Hamburg-Harburg

KBW überklebt KB-Plakate

Daß der KBW selbst noch bei seinem seit kurzem entdeckten „antifaschistischen Kampf" immer den Hauptfeind im Blick hat, demonstrierten KBW'ler kürzlich in Hamburg-Harburg: Wie auf dem Foto zu sehen, überklebten sie antifaschistische Plakate des KB! Und zwar außerordentlich pingelig und exakt, „genau auf Rand", um die Spuren ihrer Tat zu verdecken.

Bei dem überklebten Plakat handelt es sich um den „Steckbrief" gegen den Hamburger Nazi D. Eckart, Chef einer Gruppe, die sich stolz „NSDAP/AO" nennt.

Daß einige KBW'ler ihren sektiererischen Mist (zu der von ihnen auf einem Plakat angekündigten „Massenkundgebung" war noch nicht einmal ihr eigener Anhang vollzählig erschienen!) ausgerechnet über antifaschistische Plakate des KB kleben, zeigt erneut, daß diese Typen auf die Rolle von Polizei-Provokateuren herabgesunken sind. Wer solche Vögel bei ihrem schmutzigen Handwerk auf frischer Tat ertappt, sollte sich nicht scheuen, ihnen kräftig eine zu wischen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Von KBW-Provokateuren überklebtes KB-Plakat

Darüber schmunzelt der Kommunist

„ML"er siegen um die Wette

Nach den Protestaktionen gegen den NPD-„Aktionstag" in Hamburg am 7. August (siehe AK 86) befindet sich die kleine, aber geistig rege „ML"-Scene am Ort immer noch im Siegestaumel.

Geplant hatte die NPD an diesem
Siegestaumel.

Geplant hatte die NPD an diesem Tag vormittags „Info-Stände" in verschiedenen Stadtteilen und nachmittags eine Großveranstaltung „mit internationalen Gästen" aus dem faschistischen Lager. Die Großveranstaltung fand ziemlich ungehindert statt, wenn auch unter starken Protesten vor der Halle und den massiven Polizei-Absperrungen. Von den NPD-Ständen am Vormittag fanden zwar die meisten statt, waren aber so dicht von protestierenden Antifaschisten (in erster Linie Mitglieder und Sympathisanten des KB) umlagert, daß die Faschisten nirgendwo zum Zuge kamen und ihre Megaphon-Ansprachen von Sprechchören übertönt wurden. Um den NPD-Stand in der Innenstadt waren mehr als 100 Polizisten massiert, die zweimal wilde Knüppeleinsätze inszenierten.

Die „KPD" und die „KPD/ML" hatten sich mit rund 100 Mann in der Innenstadt „konzentriert". Dort wurden sie schon am frühen Vormittag, bevor die NPD dort überhaupt erschienen war, Opfer eines brutalen Polizei-Einsatzes, als sie eine spontane Demonstration formierten. Mehrere Mitglieder der beiden Gruppen wurden festgenommen, weitere verletzt.

Danach spielten sie bei den weiteren Protesten keine große Rolle mehr.

Hierzu die offizielle Siegesmeldung der „KPD": *„Die erfolgreiche Verhinderung des öffentlichen Auftretens der NPD hat das Vertrauen der Hamburger in die KPD weiter gestärkt"* („Rote Fahne", 11.8.).

Die „KPD/ML" stellte ihre Siegesmeldung unter das Motto: *„Die Faschisten suchten das Weite!" „Obwohl die Polizei mit brutalem Terror gegen die Revolutionäre versuchte, die Faschisten zu beschützen, gelang es den Genossen durch ihren mutigen Kampf, die Faschistenkundgebung in der Innenstadt zu verhindern ... Der Kampf gegen die faschistische Provokation in Hamburg hat gute Bedingungen geschaffen, um im Zusammenschluß der Massen im revolutionären Kampf gegen den Staat voranzukommen"* („Roter Morgen", 14.8.76).

14.8.76).
Noch siegreicher aber war der KBW: Seine „Taktik" hatte darin bestanden, sich an den Protesten

Noch siegreicher aber war der KBW: Seine „Taktik" hatte darin bestanden, sich an den Protesten gegen die NPD-„Infostände" nicht zu beteiligen, sondern stattdessen an den Landungsbrücken (Hafen) *„die Massen zusammenzuschließen"* (150 – 200 KBW-Anhänger versammelten sich dort). Zwar zeigte sich dort kein einziger NPD-Faschist, aber gerade darin bestand ja der große Sieg des KBW: *„Die Kundgebung der Faschisten an den Landungsbrücken wurde verhindert"* („KVZ", 12.8.). Ortssekretär L. P. verkündete: *„Die Faschisten und die Reaktionäre haben an den Landungsbrücken eine Niederlage eingesteckt, weil die Arbeiterbewegung einig ist gegen den Faschismus"* („KVZ"). Eine Woche später erläuterte der Hamburger KBW dann auch noch – erneut in der „KVZ" –, warum es zu den brutalen Polizei-Einsätzen am NPD-Stand in der Innenstadt gekommen ist: *„Die bürgerliche Linie des KB/Nord"* habe *„am Mönckebrunnen dazu geführt, daß sich die Massen nicht erfolgreich gegen den bürgerlichen Staat und die Faschisten durchsetzen konnten". „Die Linie des KB/Nord besteht darin, die Massen auf Vertrauen zum bürgerlichen Staat festzulegen* (!), *sie niederknüppeln zu lassen* (!!) *und hernach zu sagen, Militanz führt zur Niederlage, die Massen der Unfähigkeit zu bezichtigen, um sie dann aufzuklären"* („KVZ", 19.8.).



Da kriegten Polizei und Faschisten aber einen Schreck: Militanter Zusammenschluß des KBW mit der Arbeiterklasse und dem Volk an den Hamburger Landungsbrücken (im Vordergrund der KBW, im Hintergrund das Volk)

Wüßte man nicht schon längst, daß wir es bei der führenden Gruppe des Hamburger KBW nicht mit einer irgendwo einzuordnenden politischen Fehlströmung, sondern mit Psychopathen zu tun haben – dies wäre wohl der endgültige Beweis.

In der „KVZ" vom 19.8. kann man sogar erfahren, der *„KB/Nord"* sei der Meinung: *„Militanz der Volksmassen* (!!) *führe zum gegenwärtigen Augenblick zwangsläufig in die Niederlage"*. Da kann man sich wirklich nur noch an den Kopf fassen!

Ist die „KPD/ML" faschistisch?

Es kommt vor, daß Genossen die „KPD/ML" und einzelne ihrer Mitglieder undifferenziert und pauschal als „Faschisten", „Braune" usw. bezeichnen. Es kommt auch vor, daß Genossen die Positionen von „KPD/ML" und „KPD" einfach gleich setzen, obwohl zweifellos zwischen beiden Unterschiede bestehen.

Dieses Vorgehen schwächt die Kraft unserer politisch-ideologischen Argumente, macht die Auseinandersetzung mit aufrichtigen Antifaschisten – die es auch bei der „KPD/ML" noch gibt – unnötig schwer und kommt letzten Endes den antikommunistischen Demagogen in der „KPD/ML"-Führung sehr gelegen.

Wir haben in unserer zentralen Presse bestimmte Positionen der „KPD/ML" allerdings als faschistoid etc. gekennzeichnet oder haben deutlich gemacht, daß die konsequente Weiterentwicklung derartiger Positionen in diese Richtung gehen würde. Wir meinen auch, daß wir gut daran getan haben, die Dinge ohne taktische Rücksichtnahme beim richtigen Namen zu nennen. Konkret haben wir dadurch wesentlich dazu beigetragen, daß die „KPD/ML"-Führung in einer ganzen Reihe von Fragen ihren „Vormarsch" nach rechtsaußen ab- oder unterbrechen mußte und daß sie teilweise zum offenen Rückzug gezwungen werden konnte.

Auch zukünftig kann es nicht darum gehen, falsche Rücksichten zu nehmen – sei es bei der „KPD/ML" oder auch beim KBW. Faschistoide Positionen sollte man beim Namen nennen; und Positionen und Verhaltensweisen, die gar nicht mehr politisch zu qualifizieren sind, sondern die schlicht idiotisch sind (speziell beim KBW), sollte man auch richtig benennen, statt ihnen mit Rücksicht auf die Gefühle einzelner Mitglieder dieser Organisationen falsche Etiketten aufzukleben.

Wesentlich ist dabei, dies immer an konkreten Aussagen und Handlungen festzumachen. Es nützt nichts, die „KPD/ML" beispielsweise aus Bequemlichkeit oder Unwissenheit wegen Positionen zu kritisieren, die sie entweder nie vertreten hat oder die sie zwar einmal vertreten hat, aber inzwischen – mit oder ohne „Selbstkritik" – aus dem Verkehr gezogen hat. Hier richtig vorzugehen, setzt voraus, daß man die Positionen des Gegners einigermaßen kennt.

Richtig ist, daß „KPD/ML"-Chef Aust mit seiner berüchtigten „Kieler Rede" einen klaren „programmatischen" Schritt zur Politik der Vaterlandsverteidigung angegeben hatte, und daß er damit eine verhängnisvolle Pionier-Tat vollbracht hatte – die „KPD" zog erst später nach, überholte dann freilich die „KPD/ML" rasch von rechts.

Insbesondere entwickelte Aust in seiner „Kieler Rede":

- **die These, daß der „Sozialimperialismus" der „Hauptfeind des deutschen Volkes" sei;**
- **die These, daß die Rolle der BRD in einem künftigen Krieg der Rolle von Holland oder Belgien im zweiten Weltkrieg entsprechen würde, woraus er die These vom „gerechten Verteidigungskrieg" herleitete;**
- **die These von der „Einheitsfront aller, die dazu bereit sind", gegen die „zwei Supermächte";**
- **die These von der „Einheitsfront" mit „kleineren, nationalistisch beeinflußten Gruppen";**
- **die These von der Notwendigkeit der „Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sozialimperialismus".**

Von diesen Thesen ist die „KPD/ML" seitdem insgesamt – wenn auch mit bis heute anhaltenden heftigen Schwankungen – ziemlich abgerückt. Die These vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" hat sie sogar offiziell zurückgenommen. Auch von ihren wiederholten Aufrufen, im Kriegsfall **„das Vaterland zu verteidigen"**, ist die „KPD/ML" wieder abgerückt.

Im Gegensatz zur „KPD" vertritt die „KPD/ML" keine zusammenhängende Linie der Vaterlandsverteidigung. Dies zeigt sich auch an der unterschiedlichen Beurteilung internationaler Vorgänge, wie insbesondere der Klassenkämpfe in Portugal. Freilich verhält sich die „KPD/ML"-Führung nun wieder völlig opportunistisch und prinzipienlos, indem sie mit der „KPD" die sogenannte **„Einheit der Marxisten-Leninisten"** herstellen will. Im Namen dieser „Einheit" geht sie auch opportunistische „Kompromisse" ein: So enthält die gemeinsame Erklärung von „KPD" und „KPD/ML" zum 13. August dieses Jahres keine Parole gegen den BRD-Imperialismus, während ihre gemeinsame Erklärung zum Antikriegstag eine Parole auch gegen den BRD-Imperialismus, erst an ganz untergeordneter Stelle enthält, nach Parolen gegen die „Supermächte" und auf einer Stufe mit der Parole *„Nieder mit der sozialfaschistischen Honecker-Clique"* („Rote Fahne", 11.8.76). Deutlich wird daran, wie die „KPD/ML"-Führung auch in der ganz wesentlichen Frage des Hauptfeindes in unserem Land (offiziell erklärt die „KPD/ML", daß der BRD-Imperialismus ihr Hauptfeind sei!) vor den offenen Vaterlandsverteidigern der „KPD" zurückweicht, die Versöhnung mit den Positionen der offenen Vaterlandsverteidigung sucht.

Bezeichnend ist z.B. auch die nicht weniger prinzipienlose Haltung der „KPD/ML"-Führung zu den Klassenkämpfen in Portugal, die einen zentralen Stellenwert in den Kämpfen des gesamten west- und südeuropäischen Proletariats einnehmen. In Portugal hat die „KPD" zur sogenannten „PCP/ML" Beziehungen als „Bruderpartei" und unterstützt deren Positionen – die Verteidigung der Konterrevolution vom 25. November und die Lüge von einem angeblichen „Linksputsch", den Angriff auf Otelo de Carvalho und andere fortschrittliche Militärs, die Unterstützung des Putschisten Eanes bei den Präsidentenwahlen, den Beifall für die Rückkehr des Faschisten Spinola nach Portugal. Immer weniger tritt die „KPD/ML" heute diesen Positionen noch entgegen. Zwar betrachtet die „KPD/ML" in Portugal nicht die „PCP/ML", sondern die PCP(R) als ihre „Bruderpartei". Nun gibt jedoch bereits die Tatsache zu denken, daß PCP(R) und „PCP/ML" in ihrem Land durchaus nicht die „Einheit" anstreben, sondern sich unversöhnlich bekämpfen. Erst recht fällt die Tatsache auf, daß die Berichterstattung der „KPD/ML" über ihre „Bruderpartei" immer spärlicher wurde – zuletzt genau achteinhalb Zeilen (!) über das Abschneiden der PCP(R)/UDP bei den Parlamentswahlen („Roter Morgen", 8.5.). Der Wahlkampf der revolutionären Linken – einschließlich PCP(R)/UDP – zu den Präsidentenwahlen (mit der Kandidatur Otelo de Carvalhos) fand im „Roten Morgen" überhaupt nicht mehr statt! ...

Warum? Weil die „KPD/ML"-Führung taktiert, weil sie Überlegungen des Augenblicks in ihrem Techtelmechtel mit der „KPD" an die erste Stelle setzt, weil sie nicht in der Lage ist, eine zusammenhängende, prinzipienfeste Linie zu wichtigen Fragen des Klassenkampfs wie in Portugal zu entwickeln.

Eine Organisation, die von einem Tag auf den anderen einen „Hauptfeind" entdeckt und wieder verwirft, die schwerwiegende Thesen aufstellt und stillschweigend wieder aus dem Verkehr zieht, **die selbst nicht zu den Vaterlandsverteidigern gehören will, aber doch die Einheit mit ihnen sucht** – diese Organisation verdient keinerlei Glaubwürdigkeit! Typisch ist, daß man bei den aufrichtigen „ML"-ern reinste „Sponti"-Mentalität finden kann – wenig feste politisch-ideologische Vorstellungen, aber viel „Militanz" und auch guten Haß gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat. Diese Genossen würden wir den prinzipienlosen Hochstaplern vom Schlage eines Ernst Aust ausliefern, wenn wir ihnen pauschal Begriffe wie „Braune", „Faschisten" usw. anheften, die sie nicht auf sich beziehen können. Dies gilt sogar dann, wenn sich in Einzelpunkten bei ihnen tatsächlich anti-

kommunistische und faschistoide Vorstellungen finden, die wir auch freimütig kritisieren sollten.

Mit diesen Genossen ist vor allem über die vollständige Prinzipienlosigkeit und den nachgerade unbegrenzten Opportunismus ihrer „Partei" zu reden, deren Führer ihren „Hauptfeind" und auch sonstige zentrale Thesen wechseln wie das Hemd; zu reden ist über das Versöhnlertum gegenüber den offenen Vaterlandsverteidigern von der „KPD"; über k o n k r e t e Fragen und Schwankungen usw.

Die „Politik" der Aust & Co. besteht gerade darin, die Farbe zu wechseln wie ein Chamäleon und politische Prinzipien wahllos zu opfern. Die „KPD/ML" ist darum, verglichen etwa mit der vergleichsweise hausbacken sozialchauvinistischen „KPD" schwerer konkret zu „pakken", da man meist in politisch-ideologische Schmierseife greift.

Diese Strömung wird mit Wahrscheinlichkeit noch einige Zeit fortbestehen, möglicherweise sogar die gerechnet der Trotzkisten bei dieser Handlungsweise gilt es zu diskutieren.

Aber auf der anderen Seite können wir in einer solchen Situation nicht so verfahren, daß wir „prinzipiell" erklären: „Mit den Braunen wollen wir nicht zusammen!", und allein mit dieser Begründung von uns aus Aktionseinheit(sgespräche) verlassen. O b das im Einzelfall nötig ist oder nicht, kann nur daran gemessen werden, ob die „KPD/ML" unannehmbare Bedingungen stellt usw., ob also unser Rückzug aus einer Aktionseinheit ein Schritt zur Isolierung dieser schädlichen Strömung ist – oder ob wir uns mit einem solchen Schritt eher selbst isolieren. Wo die „KPD/ML" heute noch einen relativen ‚Einfluß' hat, entspricht das der objektiven, historisch entstandenen Situation der linken Kräfte am Ort. Dieser Gesichtspunkt darf bei Überlegungen über unser konkretes Vorgehen nicht außer acht gelassen werden. Um bei dieser Gelegenheit einem auch unter Genossen noch bisweilen anzutreffenden Irrtum vorzubeugen: Wir sind zur Aktionseinheit mit der DKP auch nicht deswegen bereit, weil wir diese für „besser" halten als die „KPD/ML", sondern wegen des größeren Einflusses, den diese Strömung heute noch unter fortschrittlichen, zum Kampf gegen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus bereiten Menschen ausübt.



„KPD" und den KBW überleben. Denn sie bietet am „besten" mobilisierten Jugendlichen einerseits ein Betätigungsfeld zum aktionistischen „Austoben" und knüpft zugleich an der jahrelangen bürgerlichen Hetze gegen DDR und Sowjetunion an, indem sie das P r o d u k t dieser Hetze in den Köpfen vieler Menschen

gegen DDR und Sowjetunion an, indem sie das P r o d u k t dieser Hetze in den Köpfen vieler Menschen
einfach als „Antirevisionismus" bezeichnet. Hinzu kommt die mit schamloser Penetranz vorgetragene Gründungslegende der „KPD/ML" („jahrelanger Kampf in der KPD" usw.usf.), deren völlige Lügenhaftigkeit natürlich von den Jugendlichen gar nicht zu überprüfen und zu durchschauen ist, und die zweifellos manchen jungen Leuten „Eindruck" macht.

Von daher ist es eine unserer Aufgaben, dieser Strömung – deren Schädlichkeit größer ist als ihr realer Einfluß – systematischer entgegenzutreten und ihre politische Vernichtung zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhang sind noch ein paar Takte zur Frage gemeinsamer Aktionen mit der „KPD/ML" nötig. Generell gibt es bei uns einen Beschluß, der schon kurz nach der „Kieler Rede" gefaßt wurde, mit der „KPD/ML" als einer pro-imperialistischen Strömung nicht zusammenzuarbeiten. Diesen Beschluß halten wir, trotz des taktischen Abrückens (und teilweise allerdings auch Wieder-Heran-Rückens!) der „KPD/ML" von bestimmten offen „sozial"chauvinistischen Thesen grundsätzlich für richtig. Allerdings muß dieser Beschluß f l e x i b e l gehandhabt werden. Darauf wurde schon damals in der Erläuterung des Beschlusses hingewiesen, aber es wird in der Praxis teilweise noch dagegen verstoßen. Dieses Problem ergibt sich vor allem mit der zunehmenden Ausdehnung unserer Organisation. In einem Ort wie Hamburg, wo die „KPD/ML" völlig isoliert werden konnte, stellt sich die Situation anders dar, als in manchen Orten, wo der KB erst seit kurzem organisiert die politische Arbeit aufgenommen hat, während z.T. die „KPD/ML" dort schon seit Jahren aktiv ist. Generell gilt, daß wir uns dafür e i n s e t z e n, die „KPD/ML" aus Aktionseinheiten herauszuhalten. Die Praxis zeigt aber, daß vor allem die Trotzkisten (GIM, und mehr noch Spartacus) oft sehr bemüht sind, der „KPD/ML" die Tür zu Aktionseinheiten zu öffnen. Über die fragwürdigen Motive aus-

fortschrittlichen, zum Kampf gegen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus bereiten Menschen ausübt.

Natürlich soll der „KPD/ML" in der Auseinandersetzung keine größere Bedeutung eingeräumt werden, als sie jeweils konkret am Ort hat. Das ist heute – verglichen mit der Situation vor einigen Jahren – zum Glück fast überall nur noch mager. Aber relativ zu unserer eigenen Stärke und zur Linken insgesamt kann die „KPD/ML" an dem einen oder anderen Ort, wo wir noch nicht lange arbeiten, vielleicht doch eine gewisse Bedeutung haben, die dann auch eine intensivere Auseinandersetzung (eventuell auch mit kleinen, örtlichen Broschüren u.ä.) rechtfertigt. Es kann auch sein, daß man Material speziell für den Jugendbereich machen muß usw., jeweils den Erfordernissen angepaßt und entsprechend den konkreten Fragestellungen. Was diesen Punkt betrifft, wird von manchen Genossen noch nicht differenziert genug herangegangen: Mit welchen „Argumenten" treten die „ML"ler konkret auf, mit welchen Fragen kommt ein von den „ML"lern verwirrter radikaler Lehrling usw. usf. Hierzu sollten auch ruhig Berichte an den AK geschickt werden.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß die „KPD/ML" als Organisation natürlich heute insgesamt in der Linken von BRD und Westberlin kein politischer Faktor mehr ist. Es hat auch keinerlei gesellschaftliche Relevanz, wenn die „KPD/ML"-Führung betont großspurig darlegt, wie sie „die Massen" im Falle eines imperialistischen Krieges „führen" würde, welche „Bündnisse" sie eingehen würde usw. Derartige Spielereien gehören in die Sandkiste ebenso wie der ganze Spuk mit der „Sektion DDR der KPD/ML" also nicht als Organisation, sondern als Ausdruck einer – wenn auch derzeit schwachen – Strömung, die von der Verschärfung aller Widersprüche im nationalen und internationalen Maßstab hervorgerufen wird. Diese Strömung klein zu halten und schließlich so weit wie möglich auszutrocknen, gehört zu unseren Aufgaben.

„Psychose" – Ursache der Zuckerknappheit in Polen?

Bekanntlich wurde die polnische Staatsführung von den Werktätigen des Landes bei dem Versuch gestoppt, die Preise für eine ganze Reihe von Grundnahrungsmitteln drastisch zu erhöhen. Zucker sollte dabei um glatte 100 % im Preis steigen!

Da die revisionistischen Machthaber in Polen zunächst den Widerstandsaktionen der Arbeiter nachgegeben, zugleich aber klargemacht haben, daß in absehbarer Zukunft die Preise dennoch angehoben werden sollen, ist es in den letzten Wochen offenbar zu „Hamsterkäufen" grösseren Stils gekommen.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, hat die polnische Regierung nunmehr die Rationierung von Zucker (ein Kilo pro Person) verfügt.

Mit einem kaum zu überbietenden Zynismus und einer nachgerade bodenlosen Frechheit versucht die offizielle revisionistische Propaganda für die entstandenen Versorgungsschwierigkeiten bei Zucker die durch die arbeiterfeindliche und undemokratische Preispolitik verunsicherte werktätige Bevölkerung für die augenblickliche komplizierte Lage verantwortlich zu machen. In einem „Kommentar" der polnischen Nachrichtenagentur PAP, vom 9. August, heißt es beispielsweise: *„Seit einer gewissen Zeit sind wir Zeugen einer geradezu anormalen Erscheinung. Jeden Tag – hauptsächlich am frühen Morgen und am Nachmittag – gibt es vor den Lebensmittelgeschäften lange Schlangen nach Zucker ... Unter diesen Leuten sind solche, denen es tatsächlich an Zucker fehlt ... Daneben gibt es aber auch solche, die hier schon gestern und vorgestern Schlange gestanden haben, die wahrscheinlich noch mehrere Male kommen (vielleicht schon morgen?), um ein weiteres Kilogramm zu kaufen. Wahrscheinlich sind die Letzteren nicht alle Spekulanten. Sie sind einfach von der Psychose (!!!) ergriffen, einzukaufen auf Kosten derer, die keine Zeit haben, Schlange zu stehen..."*. Daß es – wie gesagt – zu Engpässen in der Zuckerversorgung gekommen ist, ist nach Meinung der polnischen Revisionisten.. *„nur und ausschließlich denen zu verdanken, die übermäßig viel Zucker kaufen..."*.



Käuferschlange in Polen – Ursache „Psychose"?

RGW-Kommission

„Konsultationen sind kein Referendum"

Während die revisionistische Partei- und Staatsführung Polens weitere Arbeiter, die an den Protestaktionen gegen die geplanten Preissteigerungen im Juni dieses Jahres teilgenommen hatten, vor Gericht stellt und andere aus der PVAP ausschließt (lt. „FR", 20.8.), versuchen die Propagandisten des Regimes, „Klarstellungen" in Sachen „sozialistischer Demokratie" zu erteilen.

Wenn man *„nicht nur von Demokratie"* spricht, *„sondern ihr auch das Adjektiv ‚sozialistisch' hinzufüge"*, so muß nach Meinung des Parteiorgans „Trybuna Ludu" (vom 9. August) die *„Konsultation"* zwischen Partei und Arbeiterklasse *„... mit einer Zunahme an Disziplin, moralischer Entscheidungen (?) und praktischer Arbeit gleichermaßen Hand in Hand gehen"* (zit. nach „Monitor-Dienst", 10.8.76). Die vielgepriesenen *„Konsultationen sind kein Referendum, sondern eine Form, vom Volk Rat anzunehmen..."* (ebenda). Oder auch nicht!? Denn es heißt da weiter: *„Konsultationen sollen dem Staat und damit uns allen (?!) bei der Entscheidung helfen, die optimale Mischung von wirtschaftlichen Argumenten und gesellschaftlichem Bewußtsein am besten auszudrücken (!), was nicht bedeutet, daß sie stets mit der optimalen wirtschaftlichen Lösung identisch sind."*

Die Weisheit, was die „optimale wirtschaftliche Lösung" ist, hat dann im Zweifelsfall wohl immer noch die Partei- und Staatsführung gepachtet!?

In brutaler Offenheit wird den polnischen Werktätigen dann von den bürgerlichen Propagandisten der „Trybuna Ludu" eingehämmert, welchen Teil s i e in der „sozialistischen Demokratie" einzunehmen haben: *„Heutzutage besteht die e i n z i g e Möglichkeit der Werktätigen ..., ihren treuen Dienst an der Partei (!) und dem Volk (?) zu demonstrieren, indem sie p r o d u k t i v und r h y t h m i s c h a r b e i t e n und in jedem Bereich ... Reife erkennen lassen..."* (ebenda).

Die Arbeiter sollen gefälligst arbeiten. Die, die das zur Zufriedenheit der Herrschenden tun, „dürfen" dann „Ratschläge" im Rahmen der „Konsultationen" geben. Entschieden wird aber allemal von den revisionistischen Führern selbst.

Das ist die schlichte Wahrheit über die „sozialistische Demokratie" revisionistischer Prägung!

RGW-Kommission

DKP: „Mit vollem Recht verboten"

Die Terrorurteile in Polen gegen Teilnehmer der Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen vor einigen Wochen machen der DKP offenbar ziemlich zu schaffen. Die DKP mit ihrem Paradestückchen „Preisstop" sieht natürlich ganz schön alt aus, wenn sie der Bevölkerung hierzulande erklären soll, warum es im „sozialistischen" Polen überhaupt Preiserhöhungen (zudem teilweise in astronomischen Höhen) geben mußte, warum es Demonstrationen dagegen gab und warum schließlich Teilnehmer dieser Demonstrationen zu Haftstrafen zwischen drei und zehn (!) Jahren verknackt wurden. Einen solchen „Sozialismus" muß man der Bevölkerung hierzulande erst einmal verkaufen.

Bei ihren Rechtfertigungsbemühungen sind der DKP allerlei Kunststückchen eingefallen. Den Vogel abgeschossen hat der „UZ"-Redakteur Günther Hänsel. Er knüpfte an die Behauptung an, die verurteilten polnischen Arbeiter hätten *„Gebäude in Brand gesteckt und Eisenbahnschienen aufgerissen"*. Hänsel stellte also an das Ordnungsamt Neuss einen Antrag, aus Protest gegen die Preiserhöhungen hierzulande zwei Meter Straßenbahnschienen aufreißen zu dürfen. Dieser Antrag wurde, wie zu erwarten, abgelehnt. Triumphierend konnte Hänsel daraufhin feststellen: *„Immerhin habe ich amtlicherseits die Bestätigung: es ist grobe Demagogie, wildester Antikommunismus, wenn gewisse Zeitungen und Politiker aus Vandalismus (!) harmlose Protestaktionen machen und sich für solche Aktionen begeistern. Im eigenen Land sind sie mit vollem Recht (!!!) – wie in der Volksrepublik Polen auch – verboten"*.

Soweit hat sich also die DKP treiben lassen: Den westdeutschen Werktätigen kann und will sie nicht erklären, warum es im „Sozialismus" Preiserhöhungen und jahrelange Haft für protestierende Arbeiter geben muß. Stattdessen biedert die DKP sich der Bourgeoisie mit dem Hinweis an, daß diese doch auch **„mit vollem Recht"** im Prinzip genauso gegen das Volk vorgeht wie die polnischen Revisionisten. Die Oktoberrevolution der Bolschewiki – „Vandalismus"! Und Lenin hätte dafür eigentlich als „Rädelsführer" **„mit vollem Recht"** verknackt werden müssen. – Diese Argumentation der DKP mag der Bourgeoisie vielleicht einleuchten, aber mit den Interessen der Arbeiterklasse und ihres Kampfes sind diese Polizei-Theorien der DKP nicht zu vereinbaren.

Seltsam übrigens, daß das Phänomen des „Vandalismus" gerade das „sozialistische" Polen so stark heimsucht, wo es ja schon 1970 in der Bevölkerung zu starken Ausbrüchen von „Vandalismus", „Brandstiftungen", „Plünderungen" und ähnlichen, **„mit vollem Recht verbotenen"** Dingen kam. Aus der DDR beispielsweise hat man solche Dinge noch nicht gehört. Und in der BRD ist uns auch kein Fall erinnerlich, daß in den letzten Jahren Arbeiter wegen „Vandalismus", „Plünderung", Herausreißen von Eisenbahnschienen etc. zu zehn Jahren Haft verurteilt wurden. Haben wir es also beim „Vandalismus" mit einer speziellen Eigenheit des polnischen „Nationalcharakters" zu tun (sozusagen eine tief verwurzelte innere Neigung zum „Vandalismus") oder womöglich doch mit Klassenkampf? ...



KB auf „ML-Trip"?

Schwere Kritik am Artikel „Todesschüsse an der DDR-Grenze"

Heftige Kritik bei zahlreichen Genossen und in großen Teilen unserer Organisation hat der Artikel **„Todesschüsse an der DDR-Grenze"** (AK 86) hervorgerufen. Einige Genossen unterzogen sozusagen im selben Abwasch auch den Artikel **„Terrorurteile gegen polnische Arbeiter"** (AK 85) einer scharfen Kritik.

Hierzu liegen der Redaktion bisher vier schriftliche Stellungnahmen vor – von einem Genossen aus Westberlin, von einem Genossen aus Flensburg, von der Kieler Metall-Zelle und von einem Genossen des Druckbereichs Hamburg. Die Kritik an den Artikeln, insbesondere am Kommentar „Todesschüsse an der DDR-Grenze", ist in der Organisation natürlich wesentlich breiter, aber die bisher aufgetauchten Standpunkte scheinen in den vorliegenden Stellungnahmen im wesentlichen erfaßt zu sein.

Das geht bis zu der Vermutung, der AK sei jetzt auf den **„ML-Trip"** gegangen und bis zur Gleichsetzung der DDR mit *„anderen sozialistischen Ländern"* wie China und Albanien, die schließlich auch ihre Grenzen schützen müßten.

Es gab sogar einzelne Genossen – zum Glück wohl nicht allzu viele – die sinngemäß meinten, der erschossene italienische Lastwagenfahrer sei selbst schuld, denn schließlich sei er auf einer für Lastwagen bestimmten Fahrspur gegangen, habe sich also nicht „vorschriftsmäßig" verhalten. Und dann muß man eben

sich also nicht „vorschriftsmäßig" verhalten. Und dann muß man eben

damit rechnen, daß man erschossen wird... Das ist sicher sehr „deutsch" gedacht!

Allgemein läßt sich sagen, daß an dieser Frage, und an den Vorgängen in Polen, ein Widerspruch aufgebrochen ist, dessen tiefere Ursache in der ‚Behutsamkeit' zu suchen ist, mit der bisher insbesondere Vorgänge in der DDR (und an ihren Grenzen) von uns behandelt wurde. **Unsere Organisation ist e n t s t a n d e n u.a. auch in der kompromißlosen Abgrenzung gegen den ganzen „links" aufgemachten antikommunistischen Plunder der „ML"-scene, den diese als „Antirevisionismus" ausgibt.** Beispielsweise schreiben wir schon im April 1971 (!) in der noch vom SALZ und KAB Hamburg (Vorläufer des KB) herausgegebenen Broschüre **„Wer sind die Super-‚Linken' und wie schaden sie der Sache des Proletariats?"**: *„Die Super-‚Linken' übersehen geflissentlich das besondere Verhältnis des westdeutschen Imperialismus zur DDR, d.h. seine revanchistischen Ansprüche auf die DDR. Sie wollen nicht begreifen,* **daß in der Beurteilung der DDR wissenschaftliche Sorgfalt und hohes kommunistisches Verantwortungsbewußtsein unbedingt nötig sind,** *während dümmliche Pauschal-Urteile direkt dem Antikommunismus Vorschub leisten"* (S.16). Diesem Prinzip sind wir in unserer Haltung zur DDR gefolgt – was dann aber oft auch so aussah, daß zu bestimmten Fragen kein Urteil abgegeben wurde. Unter der Hand haben sich dabei in Teilen der Organisation jedoch Standpunkte einnisten können, die mehr oder weniger auf I l l u s i o n e n über die DDR hinauslaufen, und die zweifellos auch von den meisten Kritikern am Artikel „Todesschüsse an der DDR-Grenze" nicht geteilt werden. So scheiden sich denn in den Kritiken auch schon die Geister an der Frage, ob es richtig war, die Erschießung Corghis durch DDR-Grenzer als „Mord" zu bezeichnen oder nicht. Die Mehrzahl der Kritiker scheint nämlich diese Bezeichnung für berechtigt zu halten, kritisiert aber andere Schlußfolgerungen des Artikels.

In erster Linie richtet sich die Kritik gegen den Hinweis auf **„ähnliche frühere Fälle"** sowie auf die Behauptung, daß in der DDR **„der Polizei die Schußwaffen genauso locker sitzen wie in der BRD..."** und daß **„bei den DDR-Polizisten und -Grenzern ... systematisch die Schießwütigkeit ebenso geschürt und begünstigt (wird) wie in der BRD"**. Hingewiesen wird in den Kritiken darauf, daß die DDR-Grenzer *„oft genug... mit bewaffneten Provokationen gegen ihre Staatsgrenze konfrontiert sind"*, daß die DDR-Grenzorgane *„in erster Linie zur Abwehr von Provokationen von seiten der BRD eingesetzt sind"* und daß es *„das unbestreitbare Recht der DDR (sei), die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze auch mit Gewalt durchzusetzen"*.

Zu dieser Kritik ist zu sagen, daß wir sie teilweise für berechtigt halten. Nämlich in dem Sinn, daß in dem Artikel tatsächlich kein Hinweis darauf enthalten war, wie die BRD-Imperialisten und organisierte Rechtsradikale (bis hin zur Jungen Union) an der DDR-Grenze systematisch Spannungen und „Zwischenfälle" provozieren, welche Hetze vor allem die Springer-Presse in diesem Zusammenhang entfaltet usw. Das heißt, wir haben zwar die Scheinheiligkeit entlarvt, mit der sich ausgerechnet die bundesdeutschen Verantwortlichen für Polizei-Mord und Todesschuß über den Tod Corghis ereifern, aber **wir haben nicht die wesentliche Verantwortung des BRD-Imperialismus für die Situation an den Grenzen BRD-DDR bzw. Westberlin-DDR erwähnt.** Das ist ein Mangel des Artikels, aber unserer Meinung nach nicht der Hauptpunkt der Kritik.

Viele Genossen haben sich an dem Hinweis auf **„ähnliche frühere Fälle"** gestoßen. Mit Recht sagen sie, daß sie im AK noch nie von „ähnlichen früheren Fällen" gelesen haben. Wir schreiben das der schon erwähnten ‚Behutsamkeit' zu.

Hätte es keine „ähnlichen früheren Fälle" gegeben, wäre also die Erschießung Corghis nur ein E i n z e l f a l l , so hätten die DDR-Behörden völlig recht von einem „tragischen Mißverständnis" zu sprechen, denn dann würde es sich nur um die unglückliche, vereinzelt

sprechen, denn dann würde es sich nur um die unglückliche, vereinzelt

dastehende Tat eines DDR-Grenzers handeln, der vielleicht im „Übereifer" einen – leider tötlichen – Fehler begangen hat. Oder man müßte sogar in der Art der DKP – und einiger Genossen – zur Schlußfolgerung kommen: Wer sich an der DDR-Grenze „unvorschriftsmäßig" verhält und womöglich noch auf einen Anruf nicht gleich richtig reagiert, der kriegt halt eins auf den Pelz gebrannt. Denn der Vogel ist bestimmt ein Provokateur und Recht geschieht ihm. Daß Corghi wahrscheinlich k e i n Provokateur war (immerhin war er langjähriges Mitglied der PCI bis zu seinem Tod), ist sein persönliches Pech...

L o s g e l ö s t von „ähnlichen füheren Fällen" wäre der Tod Corghis nur eine politisch bedeutungslose „tragische Episode", die für uns a u s s c h l i e ß l i c h deshalb interessant wäre, weil die Bourgeoisie ein tagelanges antikommunistisches Feuerwerk rund um diese Episode abgebrannt hat.

Wir haben bisher keine Sammlung von „ähnlichen früheren Fällen" angelegt. Erinnern können wir im Moment konkret nur an den Fall des Hamburgers Willi Bubbers, der am 24. Juli dieses Jahres – offenbar versehentlich – über die auf westdeutschem Gebiet unzureichend markierte DDR-Grenze geriet und mit zwei Schüssen von DDR-Grenzern krankenhausreif gemacht wurde. Daß Bubbers kein Provokateur ist, sondern offensichtlich nur etwas „neugierig" und unvorsichtig war, ergibt sich aus der Tatsache, daß er nach seiner Rückkehr aus der DDR überaus freundlich von seiner Behandlung dort berichtet hat.

Daß die DDR es ständig mit tatsächlichen Provokationen von westdeutscher Seite zu tun hat, läßt sich sicher gar nicht bestreiten. Richtig ist auch, daß die DDR trotz „Ostverträgen" vom BRD-Imperialismus immer noch nicht als selbständiger Staat betrachtet wird, sondern als „Teil Deutschlands", dessen Alleinvertreterin wiederum die BRD ist. Wir haben übrigens schon 1971, entgegen den damaligen übergeschnappten Jubeleien der DKP, gesagt, daß diese Verträge nicht viel wert sind und an der grundlegenden Haltung des BRD-Imperialismus zur DDR nichts ändern werden.

Richtig ist, daß die DDR-Grenzer durch ständige Provokationen einem verschärften „Streß" (und teilweise auch ernsten Gefahren für Leib und Leben) ausgesetzt sind. Wir werfen den verantwortlichen Behörden der DDR jedoch vor, daß sie g e r a d e in dieser Situation die DDR-Grenzer nicht auf Besonnenheit und zurückhaltenden (!) Schußwaffengebrauch ausrichten, sondern genau im Gegenteil Schießwütigkeit schüren und begünstigen. Konkret geschieht dies, indem weitgehend u n d i f f e r e n z i e r t echten faschistischen Anschlägen, dann auch mehr symbolische Provokationen (beispielsweise Fackelaufmärsche der JU an der Grenze), Grenzverletzungen durch antikommunistisch verhetzte Einzelpersonen, und schließlich einfach durch „Neugierige" und „Erlebnishungrige" das gemeinsame Etikett der **„Grenzprovokation"** u.ä. aufgeklebt wird. Das heißt, es ist eine Situation geschaffen worden, wo kaum noch unterschieden wird zwischen bewaffneten faschistischen Grenzprovokateuren vom Typ der Gartenschläger-Bande und auf der anderen Seite Personen, die einfach aus Unachtsamkeit und Leichtfertigkeit eine Vorschrift oder ein Zeichen nicht beachtet haben, ohne daß sie deshalb irgendeine erkennbare Gefahr für die DDR-Staatsgrenze darstellen würden. Daß auf eine offensichtlich unbewaffnete und ungefährliche Person geschossen wird, das setzt eine gewisse Mentalität beim Schützen voraus, die erst produziert werden muß. Zu diesem Thema gehört eigentlich auch das Problem der DDR-„Republikflüchtigen", das noch gesondert zu diskutieren wäre.

Insgesamt stellt sich das Problem, unseren Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Faschismus (und von daher notwendigerweise immer auch eine gewisse „In-Schutznahme" der DDR) in Einklang zu bringen mit einer Kritik am System der DDR, von dem wir wissen, daß es insgesamt keineswegs mehr sozialistisch ist. Bei manchen Genossen ist es aber so, daß das „In-Schutz-Nehmen" der DDR umschlägt in Illusionen über die DDR, bis hin zur Übernahme und Verteidigung offizieller DDR-Positionen („Wer die Grenze verletzt, ist eben ein Provokateur...", „Der Corghi hat eben die Vorschriften nicht beachtet, und die DDR-Grenzer konnten ja nicht wissen, daß er kein Provokateur ist" usw.). Mit derartigen Sprüchen werden wir zweifellos keinen Arbeiter für den Sozialismus gewinnen können.

Ausdrücklich sei gesagt, daß sich unser Vergleich zwischen der westdeutschen Polizei und den DDR-Grenzern nur auf die Leichtfertigkeit des Schußwaffen-Gebrauchs bezog. Darüber h i n a u s eine Gleichsetzung von BRD- und DDR-Polizei zu machen, war nicht unsere Absicht. Insbesondere sind wir gar nicht in der Lage, konkrete und belegte Aussagen über den Schußwaffengebrauch und überhaupt das Auftreten der DDR-Polizei im Lande selbst zu machen. Wir hatten nicht vor, mit dem Artikel derartige verallgemeinernde Aussagen zu machen. Soweit in diesem Zusammenhang eine bestimmte Formulierung des Artikels kritisiert wird, halten wir die Kritik für berechtigt.

Im Grunde scheint es uns jedoch bei vielen Kritiken eher darum zu gehen, daß man sich in der „plötzlichen" Gesellschaft von erklärten Antikommunisten bei der Verurteilung bestimmter Praktiken an der DDR-Grenze oder der Repression in Polen nicht sehr wohl fühlt, und von daher eigentlich meint, wir d ü r f t e n diese Vorgänge gar nicht verurteilen, ohne damit „Zugeständnisse an den Antikommunismus" zu machen. Wir werden aber die Antikommunisten bestimmt nicht daran hindern können, bei ihrer Hetze gerade an r e a l e Vorgänge in den revisionistischen Ländern anzuknüpfen, und zwar natürlich mit Vorliebe an s o l c h e , die bei vielen Menschen in den kapitalistischen Ländern Empörung hervorrufen. Wir können es uns dann sehr bequem machen, und diese Menschen einfach als bedauernswerte „antikommunistisch verhetzte" Wesen abtun. Oder wir können es uns ebenso bequem machen, und diese Menschen nach üblicher „ML"-Manier einfach zu „Antirevisionisten" erklären.

Natürlich muß man mit solchen Menschen darüber diskutieren, warum beispielsweise der Tod Corghis oder auch die Geiselentführung von Entebbe bei ihnen Empörung und starke Anteilnahme hervorruft, nicht aber beispielsweise die grauenvollen faschistischen Massaker im Libanon usw. Einem halbwegs politisch bewußten Kollegen kann man bei einem Vergleich von Umfang und Art der Berichterstattung über bestimmte Ereignisse zeigen, wie „Empörung" sehr gezielt produziert und manipuliert wird (beispielsweise berichtete das Fernsehen mindestens vier Tage lang in den Nachrichten an erster Stelle über Corghis Tod, obwohl es a b s o l u t nichts Neues zu berichten gab!!).

Falsch wäre es allerdings unserer Meinung nach, einen „antikommunistisch verhetzten" Kollegen durch eine Beschönigung der revisionistischen Länder überzeugen zu wollen. Damit werden wir uns den Kopf einrennen und **dafür gibt es für uns als Kommunisten objektiv auch gar keinen Grund.**

Außerdem scheint es uns ein sehr **defensives** Herangehen, wenn man den Vergleich zwischen DDR-Grenzern und BRD-Polizisten hinsichtlich der Schießwütigkeit als „Zugeständnis" und „Zurückweichen" vor dem Antikommunismus interpretiert. **Welcher Antikommunist kann denn diesem Vergleich zustimmen?!** Die Stoßrichtung muß doch gerade sein,

Fortsetzung Seite 47

Fortsetzung Seite 47

Kommentare der linken italienischen Presse

Lotta Continua, 8.8.76

Die Erschießung eines italienischen Staatsbürgers an der DDR–Grenze

Der Tod des italienischen Lastwagenfahrers Corghi unter den MP-Salven der DDR-Grenzer an der Grenze zur BRD hat in Italien eine Serie von Kommentaren hervorgerufen, die vom übelsten Antikommunismus geprägt sind. Daß Corghi Mitglied der PCI war und daß diese Partei sofort einen lebhaften Protest an die ostdeutschen Behörden gerichtet hat, wurde in diesem Sinn ausgenutzt.

Offensichtlich ist, daß Corghi ermordet wurde von Polizisten, denen die Pistole locker sitzt und die dazu ausgebildet sind erst zu töten und danach Fragen zu stellen, wie alle Polizisten der kapitalistischen Länder. Aber wahr ist auch, daß die Leichtfertigkeit, mit der die ostdeutschen Polizisten schießen, eine Folge der Spannung an dieser Grenze ist. Wer von Entspannung spricht, sollte nicht vergessen, daß fast alle Truppen der NATO und des Warschauer Pakts in den beiden deutschen Staaten konzentriert sind, und daß der wahrscheinlich demnächst anstehende Zugewinn der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten führen wird

qoutidiano dei lavoratori, 7.8.76

Auch in Ostberlin stirbt man „versehentlich"

Im offiziellen Kommunique der DDR-Behörden heißt es, daß „sich ein Mann den Sicherheitsvorkehrungen am Grenzposten bei Hirschberg auf dem Territorium der DDR näherte". Der Mann war, wie man weiß, Benito Corghi, 38 Jahre, Lastwagenfahrer aus Reggio Emilia, seit längerer Zeit Mitglied der PCI. Er wurde von der MP-Salve eines Grenzers niedergemäht.

Wir schreiben diesen Kommentar mit ungutem Gefühl – dasselbe ungute Gefühl, daß Tausende von Genossen jedesmal erfahren, wenn es darum geht, von zuweilen erschreckenden Ereignissen zu sprechen, die „drüben" passieren und von denen wir wissen, daß sie hierzulande zu reaktionären Spekulationen mißbraucht werden, denen wir keineswegs Raum geben wollen. Die Unita (Zeitung der PCI – Anm. d. Übers.) berichtet von dem Vorfall auf der ersten Seite, sie drückt ihr Beileid aus. Aber reicht das Beileid? Das Kommunique der PCI von Reggio spricht von „tragischen Konsequenzen falscher Praktiken bei der Grenzabfertigung". Der Schmerz der Genossen ist sicher groß nicht nur wegen der Absurdität, daß ein Genosse auf eine so idiotische Weise getötet wurde, sondern auch, weil er von Leuten aus der DDR getötet wurde, die in Montreal so viele Goldmedaillen geholt hat.

Wir fühlten uns alle ein wenig stolz auf dieses Land, das sich als sozialistisch bezeichnet, und das den amerikanischen Riesen der Lächerlichkeit preisgegeben hat – so sehr, daß wir vergessen haben, was alles seit den tragischen Ereignissen von 1953 geschehen ist.

Benito Corghi wurde von einem „VoPo" erschossen – ein Wort, daß wir nie aussprechen und das letztlich in uns Schuldgefühle wachruft – fast so, als hinge unser Kommunist-sein davon ab, die Augen zu schließen vor der oft tragischen Wirklichkeit der „Länder des Ostens".

Ein eiserner, hierarchischer Bürokratismus; eine militaristische Mentalität, die ziemlich über das Bewußtsein hinausgeht, sich gegen kapitalistische Angriffe verteidigen zu müssen; eine verwaltungsmäßige Abstumpfung, die Menschen dazu bringt, MP-Salven auf einen Mann zu schießen, der die Grenze zu Fuß überquert, am hellen Tag, unter aller Augen, nachdem er seinen Lastwagen drüben gelassen hatte; konnte er etwa ein Schmuggler sein?

Also reicht das Beileid nicht. Man muß Kritik üben. Und das dürfen nicht die Reaktionäre tun, die das Reale-Gesetz feiern (ein Polizeigesetz, das u.a. Regelungen enthält, die der Freigabe des „Todesschusses" in der BRD entsprechen. – Anm. d. Übers.). Sondern das müssen wir Kommunisten tun, die wir Kommunisten gerade deshalb geworden sind, weil wir vor nichts die Augen verschließen wollen. Eine Gewalttat ist immer eine Gewalttat und ein Mord ist immer ein Mord. Wir wollen den Kommunismus und wir wissen sehr wohl, was „jenseits der Mauer" ist. Nur Narren oder Leute, die beim kalten Krieg stehen geblieben sind (das sind auch Narren) glauben noch, daß man nicht Kommunist sein könne wegen dem, was „drüben" passiert.

Wir sind Kommunisten wegen dem, was „h i e r" passiert, und den Kommunismus machen wir auf u n s e r e Art, ohne die Augen zu schließen vor den Morden eines schon seit langem pervertierten Gesellschaftssystems, und ohne jemals gemeinsame Sache mit den Mördern u n s e r e s Gesellschaftssystems zu machen.

il manifesto, 8.8.76

Die Grenzen der PCI

Benito Corghi, 39-jähriger Kommunist aus Reggio Emilia, ist tot, getötet von den Vopos der DDR. Ein bürokratischer Fehler, sagen heute die Behörden von Ostberlin: er ging auf der für Lastwagen reservierten Fahrspur und wurde daher dort niedergeschossen. Unsere Rechtspresse und die Sozialdemokraten – gar nicht zu reden von der westdeutschen SPD, die schon voll im Wahlkampf ist – suchen in dem tragischen Vorfall eine Gelegenheit, um wieder die Töne des Kalten Kriegs und der antikommunistischen Hysterie auszugraben. Noch bezeichnender ist die Reaktion der PCI. Die Unita hat der Meldung breiten Raum gegeben; sie hat nicht nur ihr Beileid, sondern auch entschiedenen Protest zum Ausdruck gebracht. Noch weiter ist die PCI von Reggio Emilia gegangen: In einem Kommunique spricht sie von der „absurden" Erschießung des Lastwagenfahrers; sie fordert, daß der Vorfall vollständig untersucht wird; und sie erklärt schließlich, daß Corghi „das unschuldige Opfer einer Realität gefährlicher Grenzen und politischer Spaltung in Europa ist, die immer weniger verständlich und akzeptabel sind".

Dieser letzte Absatz verdient unserer Meinung nach ein Nachdenken. In weit entfernten Jahren (fast ferner in der Erinnerung als in der Wirklichkeit) beschäftigte das Thema der deutschen Teilung, als zentraler Punkt der politischen Diskussion die Linke sehr stark. Die Berliner Mauer, „die Schandmauer", war die Fahne der Antikommunisten, und Palmiro Togliatti (früherer Führer der PCI – Anm. d. Übers.) führte große Schlachten zur Verteidigung des demokratischen Deutschland. Dann kamen andere Jahre und mit ihnen die Jahre der internationalen Entspannung, der Ostpolitik, des ideologischen Tauwetters und – zuguterletzt – der Konferenz von Helsinki. Deutschland verschwand aus der Diskussion und aus dem Interesse der Linken. Heute plötzlich kehrt das Thema wieder, mit einem „revisionistischen" Manöver von unfaßlicher Einfalt: Die Teilung Deutschlands, sagt die PCI von Reggio ist unverständlich und inakzeptabel. Punkt. Jahre wahrer politischer Schwerstarbeit werden mit einem Schwammstrich weggewischt.

Aber kann d a s wirklich der Weg sein, den uns der Leichnam von Benito Corghi weist? Für die PCI, in Reggio und auf nationaler Ebene, war dieser tragische Vorfall kein Anstoß für eine tiefergehende Untersuchung über das System der DDR. Ein System, meinen wir, daß nicht bloß die A r b e i t e r d e m o k r a t i e der wirtschaftlichen Effizienz geopfert hat, sondern das seine Entwicklung auf einer ebenso straffen wie unkontrollierbaren Organisation der Gesellschaft aufgebaut hat. Dazu gehören die 40 Meister von Montreal ebenso als notwendige Bestandteile wie die Grenzer an der Westgrenze. Und die Zöllner Ostberlins schießen nicht aus Versehen, sondern weil sie zur Selbstisolierung erzogen worden sind, zum Mißtrauen als Regel, zur Furcht.

Man kann, meinen wir, diese Probleme nicht lösen, indem man plötzlich für ein „vereintes" Deutschland und für „freie Grenzen" eintritt. Das ist außerdem ein wirkungsloser Sprung. Ein Sprung, der ausgehend von dem richtigen Erfordernis einer Überprüfung der Konzeption der „Diktatur des Proletariats" fast ohne Zwischenstufen in den Himmel der parlamentarischen bürgerlichen Demokratie führt.

Fortsetzung von Seite 46

diesen Vergleich **offensiv** zu benutzen, das heißt weg von Corghi und hin zu den Polizei-Morden etc. im e i g e n e n Land.

Noch abschließend ein Wort zur Kritik an dem Artikel **„Terrorurteile gegen polnische Arbeiter"** (AK 85). Kritisiert wird der Satz: „...*Dies sind Urteile, wie sie sonst nur in faschistischen Staaten gegen demonstrierende Arbeiter üblich sind!*" und: „*In den meisten kapitalistischen Ländern würde es allerdings kein Gericht wagen, demonstrierende Arbeiter mit derart hohen Strafen zu belegen, wie dies in Polen geschehen ist*". Dazu heißt es in einer Kritik: „*Soll das heißen, in Polen werden klassenbewußte Arbeiter stärker unterdrückt als in der BRD?*" Und in einer anderen Kritik: „...*Also Sozialfaschismus in Polen? Auf welcher klassenmäßigen Grundlage denn?*"

Diese Kritiken scheinen wohl von dem Grundsatz auszugehen, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf"? Wir fordern auf, die Richtigkeit der oben zitierten Sätze zu widerlegen. Es ist einfach ein F a k t , daß derartige Urteile (zwischen drei und zehn Jahren) gegen demonstrierende Arbeiter in bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Ländern nicht üblich sind. Wir verfallen deswegen weder auf die Idee, daß die BRD eben „demokratischer" sei als die VR Polen, noch gehen wir zur These vom „Sozialfaschismus" über. Zunächst einmal geht es unserer Meinung nach d a r u m, sich über bestimmte T a t s a c h e n klarzuwerden (beispielsweise auch über das Blutbad, das die polnische Polizei 1970 unter den demonstrierenden Arbeitern anrichtete), sie überhaupt einmal bewußt zur Kenntnis zu nehmen.

Vielfach ist die Tendenz da, daß man – völlig zu recht! – davon ausgeht, daß die revisionistischen Länder doch in vielerlei Beziehung „besser" sind als kapitalistische und imperialistische Länder, wie die BRD – nämlich deshalb, weil die Arbeiterklasse sich dort gesellschaftliche Umgestaltungen erkämpft hat, die ihr bis heute nicht vollständig wieder genommen werden konnten. Andererseits passen dann solche Dinge wie die Terrorurteile in Polen nicht in dieses Bild von den „besseren" revisionistischen Staaten, und an diesem Punkt geraten manche Genossen ins Schleudern.

Wir meinen, daß durch die verschiedensten Faktoren und historischen Entwicklungen in den revisionistischen Ländern außerordentlich komplexe und widersprüchliche Situationen entstanden sind, die weder den allgemeinen Schluß zulassen, es sei dort „schlimmer" als hierzulande, noch den umgekehrten einfachen Schluß, es sei dort „besser". Vielmehr gilt es, sehr genau und **immer am konkreten Fakt**, die Dinge einzuschätzen.

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an. Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Geldspenden sollen auf das Konto J. Reents, 451 83 78/Dresdner Bank, Hamburg überwiesen werden, Sachspenden können an den Verlag J. Reents, Rutschbahn 35, 2000 Hamburg 13, geschickt werden.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangegnen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

Spender	Betrag
Genossen aus Harburg und Wilhelmsburg (Hamburg)	150,00
Skatrunde Hamburg	28,00
KB-Familie aus Hamburg St. Georg	20,00
Sammeltopf Arbeiterbuch, Hamburg	452,00
Geburtstagsfeier Hamburger HBV-Mitglieder	246,30
Versteigerung auf Geburtstagsfeier in Hamburg	150,00
KB/Gruppe Bremerhaven	50,00
KB/Gruppe Lüneburg	168,75
KB/Gruppe Oldenburg	200,00
SSB Hamburg	60,00
KB/Gruppe Frankfurt, gesammelt im Club „Voltaire"	10,00
Referendargenossen aus Hamburg	287,00
P.H., Wuppertal	304,00
W.M., Hamburg	41,50
G.V., Butzbach	51,00
SSB-Studenten, Sommerlager Provence	1.500,00
2 Hagener Sympathisanten	54,10
Chemiebereich Hamburg, Branchen-Zelle Süd	150,00
Chemiebereich Hamburg, Betriebszelle Texaco Hamburg und Kollegen	900,00
Skatrunde „Rotes Blatt", Hamburg-Barmbek	120,00
BO Hamburg-Barmbek	218,10
W.R., Wolfsburg	200,00
U.S., Göttingen	230,00
KB/Gruppe Bremerhaven	65,00
J.S., Frankfurt	100,00
Gruppe Gesundheit, KB/Gruppe Westberlin	160,00
In AK 85 wurde die Spende der Betriebszelle Beiersdorf fälschlich an den MIR statt an die PFLP gebucht	464,00
Kontakte der BO Hamburg-Barmbek	226,00
Sammlung der BO Hamburg-Barmbek	421,75
K.R., Hamburg-Harburg	100,00
KB/Gruppe Bremen	455,20
Sammlung der BO Hamburg-Altona	301,00
Sammlung der BO Hamburg-Eimsbüttel	877,12
Summe	8.760,82
Damit erhöht sich unser Spendenkonto für die PFLP auf	42.410,72

Für MIR, Chile

Spender	Betrag
Genossin, Westberlin	100,00
Uni Gruppe II-Kiel, aus Benzinkasse von Genossen	45,16
W.R., Wolfsburg	100,00
Veranstaltung KB und SSB 1. Mai Bremerhaven	125,90
JZI Hamburg Harburg	110,10
Summe	481,16
in AK 85 Spende von Beiersdorf für PFLP fälschlich für MIR gebucht	–464,00
In AK 86 Doppelbuchung der Aachener Veranstaltung	–411,00
Zusatzspende zur Aachener Veranstaltung	+ 6,00
Summe	–381,84
Damit beträgt unser Sammelergebnis für den MIR	259.170,70

Für ANC, Südafrika

Spender	Betrag
Spender aus Hamburg ÖTV-Bereich	20,00
KB/Gruppe Hamburg	9,00
M.Z., Hamburg	30,00
Summe	59,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den ANC auf	345,97

Für ZANU, Zimbabwe

Spender	Betrag
M.L., Berlin	200,00
Damit erhöht sich unser Spenden für die ZANU auf	25.752,46

Für Frente Polisario, West-Sahara

Spender	Betrag
Postzelle, KB/Gruppe Hamburg	71,05
Sammlung Wohnungsfeier in Kiel	85,60
KB/Gruppe Stade	100,00
Summe	256,65
Damit erhöht sich unser Spenden: für die Frente Polisario auf	20.787,10

Für MES, Portugal

Spender	Betrag
KB/Gruppe Göttingen	120,00
KB/Gruppe Bremerhaven	12,00
Ein Hamburger Postkollege	10,00
Summe	142,00
Damit erhöht sich unser Spenden für den MES auf	76.376,14

Für ERP/PRT, Argentinien

Spender	Betrag
D.R., Uni-Gruppe II, Kiel	40,30
Damit erhöht sich unser Spenden für ERP/PRT auf	100,30

Bestellt!



Stellungnahme des zimbabwischen Genossen S. Mutumbuka, Repräsentant der ZANU u. Mitglied ihres Londoner Europa-Büros, zu Angola, zur reaktionären Rolle Sambias im südlichen Afrika, zum Verhältnis der ZANU zur OAU, zur Möglichkeit einer Annahme sowjetischer Waffenhilfe, sowie zu den politischen u. personellen Widersprüchen innerhalb der ZANU und unter den namhaften ZANU-Führern.

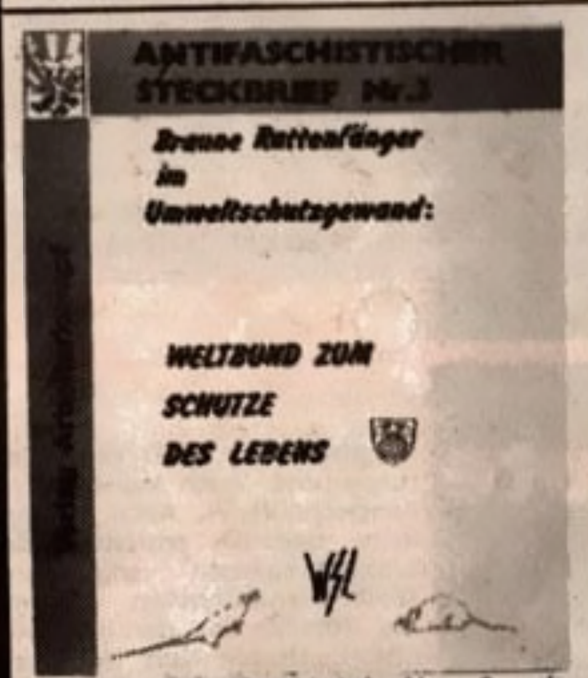
Juli 76 — 24 Seiten — 2.50 DM

Es lebe die afrikanische Revolution !

Abdruck der Reden, die auf der Veranstaltung gehalten wurden und der Reden, die aus Zeitgründen auf der Veranstaltung selbst nicht mehr verlesen werden konnten.

Gegen diese Kampagne haben sich einige dem Anspruch nach antiimperialistische Organisationen in der BRD gestellt und aktiv dagegen gehetzt: KBW, DKP, „KPD/ML" Im Anhang der Broschüre werden einige Artikel aus den Zeitungen und Flugblättern dieser Organisationen dokumentiert.

Juni 76 — DM 2,– — 32 Seiten



Antifaschismus-Steckbrief Nr. 3, eine Enthüllung, die dazu beiträgt, die braunen Rattenfänger in Umweltschutzinitiativen zu entlarven. Besonders gut geeignet zur mündlichen Agitation und zum direkten Einsatz in solchen Initiativen.
Darüberhinaus ein wichtiges Lehrstück, wie geschickt sich heute die finstersten Faschisten als Radikal-Demokraten zu tarnen wissen.

Juni 76 — DM -,50 — 8 Seiten

Schleswig-Holstein »braun durchdrungen«

Die Broschüre dokumentiert anhand von Beispielen aus Scheswig-Holstein
- die gute Zusammenarbeit von Staat und Justiz mit den Faschisten.
- Faschisten zu Frauenfragen.
- Ausbau des Polizeiwesens.

Mai 76 — 50 Seiten — DM 2,–



Die Broschüre gibt ein Bild des libanesischen Klassenkrieges. Es folgt ein Interview mit einem Sprecher der Volksfront (PFLP), Beirut, welches eine klare Darstellung des revolutionären Prozesses im gesamten arabischen Raum gibt.

Preis 2,- DM — 54 Seiten
reichhaltiges Anschauungsmaterial



In der BRD gibt es 3,4 Millionen Arbeiterinnen. Sie erfahren am Arbeitsplatz tagtäglich in besonderem Maße, was Ausbeutung bedeutet. Gerade für sogenannte Frauenarbeitsplätze wird besonders wenig getan. Über all dies berichtet die Broschüre.

April 76 — DM 2,50 — 89 Seiten
sehr viel aktuelles Bildmaterial

Spendenaufruf

Für den Volkskrieg in Libanon!

Der syrische Überfall auf den Libanon hat vor vier Monaten einen Sieg der fortschrittlichen Kräfte des Libanon gegen die Faschisten verhindert. Seitdem fühlen die Faschisten sich sicher: Die internationale Reaktion, Imperialisten und Zionisten stehen hinter ihnen. Mit der Erstürmung der Armenviertel und Flüchtlingslager Qarantina, Maslach, Dubaya, Dschisr al Bascha und Tall as Saatar und den folgenden grausamen Massakern haben die Faschisten gezeigt, was jetzt kommen soll: „... Die Endlösung, das, was Hitler mit den Juden gemacht hat" (nach „Stern", 19.8.76). Dabei zielen sie vor allem auf die libanesischen und palästinensischen linken Kräfte. Durch deren Vernichtung soll dem demokratischen Kampf der arabischen armen Massen der Boden entzogen werden.

Genossen!

Der libanesische Klassenkrieg ist kein isoliertes Ereignis. Der von den fortschrittlichen Kräften beherrschte Teil des Libanon ist ein befreites Gebiet im Herzen der gesamten arabischen Region. Es ist ein Brückenkopf der arabischen demokratischen Revolution, an dem die imperialistische Offensive im arabischen Raum zum Stocken kommen muß.

Der Führer der vereinigten Front der fortschrittlichen Kräfte, Kamal Dschumblatt, hat die jetzige Situation als „Schlacht um's Überleben" bezeichnet. Der Fall des Lagers Tall as Saatar unter dem Überfall der faschistischen Mordbanden hat Demokraten und Kommunisten des Libanon zusammengeschweißt. Er hat deutlich gemacht, daß eine Verhandlungslösung mit den Faschisten nur ein Schritt zum Selbstmord wäre. Die linken libanesischen und palästinensischen Kräfte haben eindeutig erklärt, daß ihr Kampf von nun an ununterbrochen weitergehen wird. Der Volkskrieg ist ausgerufen, die Phase des langandauernden Volksbefreiungskrieges hat begonnen.

Genossen!

Alle Ehre den heldenhaften antifaschistischen Kämpfern von Tall as Saatar! Unterstützt die demokratischen libanesischen und palästinensischen Kräfte! Für den Volkskrieg!

Spendenkonto :
H. Eckhoff, 4501 755 Dresdner Bank, Kennwort „PFLP"

Straßensammlung für den Befreiungskampf verboten

„*Wenn das Ordnungsamt einer Stadt eine Straßensammlung genehmigt, deren Erlös unter Umständen (!) zum Kauf von Waffen für Untergrundkämpfer in einem anderen Lande verwendet werden soll, könnte dies als eine kriegerische Aktion gegenüber dem fremden Staat gewertet werden. Das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit diesem Staat könnte gefährdet werden. Deshalb widerspricht eine solche Genehmigung dem Grundgesetz und ist rechtswidrig.*"

Mit dieser Begründung wurde dem Nahost-Komitee und dem Chile-Komitee in Heidelberg eine Straßensammlung für die Widerstandskämpfe im Oman und in Chile verboten. Das Gericht stilisierte Sammlungen für Befreiungsbewegungen zu „auswärtigen Beziehungen" hoch, die nach Artikel 73 des Grundgesetzes allein im Kompetenzbereich des Bundes lägen. Außerdem könne ein solches Verhalten die außenpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik auf das schwerste gefährden („Frankfurter Rundschau", 20.8.76). Der Sohn des libanesischen Faschistenführers Gemayel hatte es da vor drei Wochen leichter. Er verletzte nicht die außenpolitischen Zielsetzungen der imperialistischen BRD, als er um Waffennachschub anfragte. Kurz darauf verließen drei mit Waffen voll beladene Schiffe die BRD. Ziel der Imperialisten kann es natürlich nicht sein, Befreiungsbewegungen zu unterstützen, sondern ihre Henker.

Dennoch ist uns bisher kein Urteil bekannt, das in dieser Schärfe (kriegerische Aktion) eine internationale Unterstützung verbietet, die sich nicht mit imperialistischen Zielen deckt.

Nahost-Kommission

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint zweiwöchentlich

für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 16,80
für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 33,60
Förderabo für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 20,–
Förderabo für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 40,–

außerdem bestelle ich ältere Nummern der Zeitungen zum Thema ....

Rebell Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

für 6 Ausgaben	O ab Nr.	DM 4,80
für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 9,60
Förderabo für 6 Ausgaben	O ab Nr.	DM 6,–
Förderabo für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 12,–

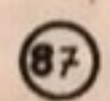
außerdem bestelle ich ältere Nummern der Zeitungen zum Thema ....

Die Internationale Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint monatlich

für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 28,80
für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 52,80
Förderabo für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 40,-
Förderabo für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 80,-

außerdem bestelle ich ältere Nummern der Zeitungen zum Thema..................

Anschrift:



(Datum) (Unterschrift)

– PSU (Frankreich) ergreift

Frankfurt:

Erneut Polizeischutz für Nazi-Aufmarsch



Unter dem Protest mehrerer Hundert Antifaschisten führte die NPD am 14. August in Frankfurt eine Kundgebung und Demonstration durch.

Schon morgens bei der Aufstellung eines NPD-Standes mit „nachgebildeter Berliner Mauer" an der Katharinenkirche hatten sich Dutzende Antifaschisten „vor Ort" versammelt, um gegen das Vorhaben der Neonazis zu protestieren und mit Passanten über die faschistische Gefahr zu diskutieren. Der KB, die SAG und die „Bürgeraktion gegen Neonazismus" führten dann um 11 Uhr, eine Stunde vor Beginn der NPD-Kundgebung, ebenfalls in der Innenstadt eine antifaschistische Gegenkundgebung durch und zogen anschließend wieder zur Katharinenkirche zurück, wo vorher bereits viele der Genossen an der Agitation gegen die Nazis teilgenommen hatten.

Die Zahl der Antifaschisten wuchs dort auf ca. 500 an – gegen rund 50 Neonazis, die allerdings, wie nicht anders zu erwarten, einen außerordentlich massiven Polizeischutz für ihre Provokation erhalten hatten. Als plötzlich aus der Menge der Antifaschisten einige Eier zu den Nazis herüberflogen, stürmte die Polizei denn auch sofort zum Knüppeleinsatz vor: mindestens zwei Antifaschisten wurden erheblich verletzt – darunter eine DDR-Journalistin, die für den Rundfunk ihres Landes über den Nazi-Aufmarsch berichten wollte.

Die anschließende Demonstration der NPD wurde ebenfalls noch vom größten Teil der Antifaschisten „begleitet", so daß der NPD-Lautsprecher sich nirgends gegen die lautstarken Pfiffe und Parolen („Nazis raus!", „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" usw.) Gehör verschaffen konnte. Zu einem zweiten Polizeieinsatz kam es, als später erneut Farbeier in Richtung der Faschisten und der neben ihr her demonstrierenden Polizisten flogen. Zwei Personen wurden dabei festgenommen.

Festgenommen, wie allerdings erst später aus der Presse zu entnehmen war, wurde auch ein Nazi, der allzu offen seine Gaspistole gezeigt hatte. Es kann allerdings wohl angenommen werden, wie auch bei ähnlichen früheren Fällen beobachtet (z.B. der Nazi-Aufmarsch 1974 in Ffm), daß noch weitere Faschisten Waffen bei sich trugen. Wäre umgekehrt bei einer Demonstration der Linken jemand mit einer Pistole rumgelaufen, hätte die Polizei jedenfalls mit Sicherheit sofort alle anderen Teilnehmer gefilzt und die Demonstration aufgelöst. Aber die Nazis haben ihre Waffen schließlich aus dem gleichen Grund wie die Polizei: gegen die Linken.

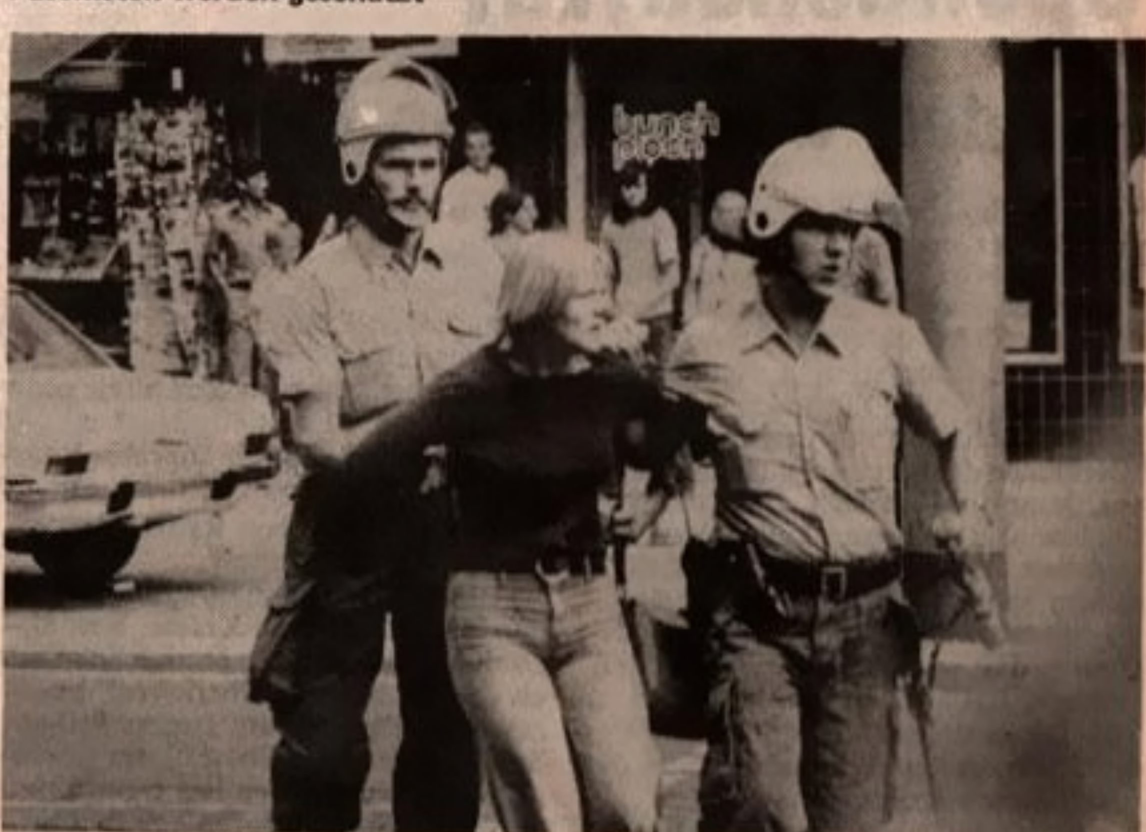
Um eine möglichst breite antifaschistische Gegenmobilisierung und Agitation in der Stadt zu erreichen, hatte unsere Organisation zuvor andere Gruppen zum Gespräch eingeladen. Während zumindest ein Teil der Spontis bereit ist, an direkten Protestaktionen „vor Ort" teilzunehmen, auch wenn die Spontis dies insgesamt nicht mittragen, läßt sich dies für die Agitation auf der Straße usw. leider nicht sagen: Weit verbreitet ist die Auffassung, daß der antifaschistische Kampf weniger in einer umfassenden Informations- und Agitationsarbeit unter den Massen aufzubauen ist als durch „direkte Aktionen".

Auf dem von uns vorgeschlagenen Aktionseinheits-Gespräch sollte ursprünglich auch über Protest und Agitation gegen eine am 21. August geplante Großveranstaltung der CDU mit Kohl, Dregger und Carstens beraten werden. Daß daraus nun nicht allzu viel werden wird, liegt ebenfalls an der bedauerlichen Blindheit und mangelnden Bereitschaft der maßgeblichen Kräfte der Linken in Frankfurt. Auf unsere eigenen Kräfte gestützt, werden wir in diesem Fall so vor allem eine breite Straßenagitation vor Stattfinden der CDU-Großkundgebung durchführen. Vom KBW ist anzunehmen, daß er ähnlich wie bei der CDU-Großveranstaltung vor den hessischen Landtagswahlen die Diskussion vor allem **mit** der CDU-Anhängerschaft auf der Kundgebung selbst suchen wird. Wenn er dann ähnlich wie bei der NPD-Kundgebung in Parolen wie „Die Mauer muß weg" mit einstimmt, dürfte er diesmal wahrscheinlich sogar einige Zuhörer finden...

KB/Gruppe Frankfurt



Faschisten werden geschützt –



Antifaschisten verhaftet